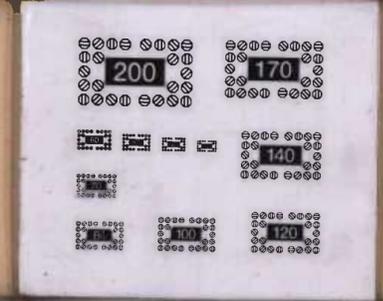


Mainz - Holy

Red main

Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim
Akte-N° : 00042-4



Mainz
NL Opp. / 42,4
Oppenheim

Stadtarchiv Mainz

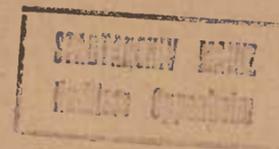
Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00042-4



NL_Oppenheim_00042-4

Oppenheim - Hof
Post
unter Landverordn.



Neugliederung oder nur Korrektur?

7. 4. 22. 1955, Von Erich Dombrowski

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 1

Kaum waren, noch nicht zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, die neuen Länder in ihrer Behausung warm geworden, als das Grundgesetz in seinem neunundzwanzigsten Artikel auch schon eine Neugliederung der Bundesrepublik vorsah. Das dürfte nicht überraschen. Denn die deutsche Geschichte ist eine endlose Kette von dynastischen Interessenkämpfen um Mehrung ihres Territorialbesitzes. Die Fürstengeschlechter sind inzwischen in dem privaten Lebensbereich aufgegangen, und die Staatsform, wo auch immer, ist republikanisch geworden. Die Unzufriedenheit mit dem Seienden, mit dem, wie die Grenzen nun einmal gezogen sind, ist unverändert geblieben. Das letzte große gebietsregulierende Reinemachen hatte, nach den napoleonischen Wirren, auf dem Wiener Kongreß vor hundertunddreißig Jahren stattgefunden, wenn man von Bismarcks späterer Abrundung Preußens absieht. In Wien mußte Bayern das Innviertel und Salzburg an Oesterreich abgeben und wurde dafür, sehr gegen seinen Willen, mit der Rheinpfalz abgefunden. Dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt wurden seine westfälischen Tupfen an der Lippe und Ruhr genommen, und es wurde, auch wiederum sehr gegen seinen Willen, mit Rheinhessen entschädigt. Diese beiden Gebiete, die Rheinpfalz und Rheinhessen, sind die wichtigsten Streitobjekte, um die es heute bei der Neugliederung des Bundes geht. Nicht zuletzt aus diesen ziemlich windigen historischen Gründen werden sie von Bayern und Hessen in Anspruch genommen. Hätten sie damit Erfolg, würde Rheinland-Pfalz, auseinanderbrechend, aufhören zu existieren. Das Reststück, der nördliche Teil des Landes, würde dann, der natürlichen Schwerkraft folgend, von Nordrhein-Westfalen aufgesogen werden. Voraussetzung für eine solche Lösung, für eine solche Auflösung wäre ein dahingehendes erfolgreiches Volksbegehren, das ein ebenso erfolgreicher Volksentscheid zu bestätigen hätte. Der Bund hätte daraus dann die gesetzgeberische Folgerung zu ziehen. Die Frage wird akut, wenn die Bundesrepublik, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, souverän geworden sein wird. Also in einigen Monaten. Gegenwärtig ist das Innenministerium des Bundes dabei, zunächst einmal die gesetzliche Grundlage für das Volksbegehren auszuarbeiten. Inzwischen hat der seinerzeit eingesetzte Sachverständigenausschuß, unter der Leitung des früheren Reichskanzlers Luther, die untersuchenden Vorarbeiten für die Möglichkeiten (oder Unmöglichkeiten) einer Neugliederung nahezu beendet. Im März hofft er, sein Gutachten vorzulegen. Dann kann der Tanz, um Länderfetzen hier und Länderfetzen da, beginnen. Denn nicht bloß Rheinland-Pfalz steht auf der Tagesordnung.

Bestimmte Vorschläge wird der Luther-Ausschuß freilich nicht machen. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Lediglich das Material wird er zusammenstellen und die Fragen zu beantworten haben, ob überhaupt, und wenn ja, wo die Voraussetzungen für eine Neugliederung gegeben seien. Zu welchem Schluß kommt der Ausschuss, in diesem Zusammenhange, gegenüber Rheinland-Pfalz? Wie Pilatus sagt er, die Hände in Unschuld waschend, nicht Ja, nicht Nein. Aber wer ein Ohr für Nuancen, für Zwischentöne hat, liest doch aus dem Konzept dies heraus: Warum will man Rheinland-Pfalz eigentlich zerschlagen? Es hat seine Bewährungsprobe genau so wie die anderen Länder, mit einer recht anständigen Zensur, bestanden. Der Ausschuss faßt seine Meinung in drei Möglichkeiten zusammen. Entweder, erklärt er, läßt man Rheinland-Pfalz bestehen, gegebenenfalls unter gewissen

Gebietszuweisungen (am rechtsrheinischen Ufer), oder man vereinigt es mit einem anderen Land, mit Hessen oder Baden-Württemberg oder, endlich, man teilt es überhaupt auf. In der Erläuterung, die er dazu gibt, setzt er den entscheidenden Akzent auf die Möglichkeit Nummer Eins: alles beim alten zu belassen. Der Bericht über die Eindrücke, die der Ausschuss auf seiner Reise durch das Land gewonnen hat, drückt das, unmißverständlich, in zwei Sätzen aus. Hier sind sie: Rheinland-Pfalz sei „ein mit eigenständigem Leben erfüllter Organismus, in dem sich, trotz der kurzen Spanne seines Bestehens, in weiten Teilen der Bevölkerung ein gewisses Staatsbewußtsein entwickelt habe“. Daher sei die Bevölkerung auch zum großen Teil an einer erneuten Veränderung nicht interessiert. Im übrigen sind die Finanzen durchaus gesund. Nach Bremen hat es den niedrigsten Schuldenstand unter den Bundesländern. In der steuerlichen Leistungsfähigkeit liegt es mit den übrigen, überwiegend agrarisch eingestellten Ländern, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in einer Linie. Auch sonst erfüllt es alle die Vorbedingungen, die das Grundgesetz für die Existenz eines Landes vorsieht. Ein besonderes charakteristisches Gepräge hat es noch dadurch, daß es siebzig Prozent des gesamtdeutschen Weinbaues zusammenfaßt. Was will man noch mehr?

Ueberraschenderweise ist vom Luther-Ausschuß noch ein ganz anderes Länderproblem aufgeworfen worden: die Aufteilung Nordrhein-Westfalens. Die Kommission hervorragender Juristen, die sich damit auseinanderzusetzen hatte, kam zu dem Schluß, daß sowohl durch ein verfassungsänderndes Gesetz als auch durch einen Staatsvertrag eine befriedigende Lösung dafür gefunden werden könne. Aber man war auch der Ueberzeugung, daß man die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht zerstören dürfe. Eine Ueberländer-Institution könne dem vorbeugen, ähnlich wie das seit 1920 der Ruhrsiedlungsverband tue. In dieser Hinsicht soll ein Modell für das Ruhrgebiet entworfen werden. In gleicher Weise soll das für Mannheim-Ludwigshafen und für Ulm/Neu-Ulm geschehen, wo die Landesgrenzen mitten durch wirtschaftlich korrespondierende Gebiete verlaufen. Unbestritten ist offenbar der Anspruch der Städte Mainz und Worms auf ihre rechtsrheinischen Vororte, die durch die Zonenlinie von ihrer Mutterstadt, nach diesem operativen Eingriff aus allen Wunden blutend, getrennt worden sind.

Die Suche nach einem kranken Mann, den man noch bei Lebzeiten fröhlich beerben könne, scheint, alles in allem, also in einem Nichts zu verlaufen. Die Ansprüche heben einander auf. Was letztlich noch übrigbleiben wird, werden höchstens einige Korrekturen am Rande sein. Daran kann man auch unverzüglich herangehen. Die grundsätzliche Neugliederung aber sollte man erst dann vornehmen, wenn Deutschland durch die Wiedervereinigung ein staatlicher Gesamtkörper geworden ist. Das ist um so notwendiger, als in der Sowjetzone inzwischen die sämtlichen Länder als föderalistische Hoheitsgebiete verschwunden sind und Mitteldeutschland in einzelne Regierungsbezirke aufgeteilt worden ist. Erst nach der Wiedervereinigung wird man die Möglichkeit haben, die Gewichte der Länder wirklich gleichmäßig zu verteilen und dabei auch die Frage zu beantworten, ob man auch dem ausgelöschten Preußen darin einen Raum, schon aus Gründen der geschichtlichen Tradition, zu geben vermag. Neugliederung ja. Aber erst später. Heute bloß Korrekturen unhaltbarer Verhältnisse.

tionfirma aus Dortmund den Auftrag zu stellen, in Bosnisch-Brod eine Oelraffinerie zu erstellen. Statt Benzin einzuführen, wollte Jugoslawien das billigere Rohöl kaufen und seine Raffinierungsmöglichkeiten mit einer weiteren Anlage erhöhen. Nach Fertigstellung der Anlage begannen im Oktober 1953 die probeweisen Versuche mit der neuen Raffinerie. Nach sechs Proben stellte es sich heraus, daß die Anlage fehlerhaft konstruiert und für den gedachten Zweck nicht verwendbar war. Jeder Probeversuch endete damit, daß die Röhren vollkommen verkorkten und die Arbeiten eingestellt werden mußten. Nach wiederholten Streitigkeiten zwischen der deutschen Firma und den jugoslawischen Auftraggebern, die beinahe schon einmal zur Austragung vor dem Schiedsgericht der Handelskammer in Paris geführt hätten, wurde kürzlich erneut ein Probeversuch durch die deutsche Firma unternommen. Am elften Tage der versuchsweisen Inbetriebnahme erfolgte eine Explosion, die einen großen Teil der Anlagen zerstörte. Eine Fachkommission stellte fest, daß das deutsche Fachpersonal die Anlage falsch bedient hatte und daß die Kontrollinstrumente nicht funktionierten.

Nach den Behauptungen der jugoslawischen Presse hat die Dortmunder Firma noch nie eine derartige Anlage gebaut und erst kurz vor Baubeginn in Bosnisch-Brod die Lizenz der Neuyorker Firma Kellogg erworben. Was an diesen Behauptungen richtig ist, muß dahingestellt bleiben. Tatsache dagegen ist, daß die Tätigkeit der Dortmunder Firma dem Ansehen deutscher Konstrukteure unabsehbaren Schaden zugefügt hat. Selbst wenn sich, wie wir erfahren, die Firma zur Schadensgutmachung freiwillig bereit findet, ist die Einbuße an deutschem Prestige kaum mehr wettzumachen.

Der von Wirtschaftsminister Erhard erteilte Rat, deutsche Firmen sollten sich im Ausland nicht übernehmen, scheint für die Dortmunder Firma zu spät gekommen zu sein, denn wie uns ein deutscher Fachmann versichert, handele es sich in Bosnisch-Brod — ohne Rücksicht auf mögliche Uebertreibungen der jugoslawischen Presse — um eine „heillose Blamage“.

Blankenhorn; aber auch die drei neuen Botschafter lernten sowohl die Einzelheiten als auch die großen außenpolitischen Pläne Adenauers kennen und gewannen enorme Kenntnisse der außenpolitischen Zusammenhänge.

Dr. Vollrath Freiherr v. Maltzan

Die Kunst, ständig liebenswürdig zu sein, ist diesem Weltmann offensichtlich angeboren. Man widersteht nur schwer der Versuchung, ihn die Verkörperung des Gentleman zu nennen. Er ist gepflegt, elegant und zuverlässig. Solcherart Selbstsicherheit und weltmännische Konzilianz, solcher Art hellen, wachen und geistreichen Verstandes (er verrät übrigens keine Spur von Dünkelhaftigkeit) gehören, wohl zum diplomatischen „Stil“. Maltzan ist in jedem Sinne ein Aristokrat und eins der großen diplomatischen Begabungen in der Koblenzer Straße.

Sein unbestrittenes Verdienst ist es in der Nachkriegszeit gewesen (er war seit 1948 nacheinander beim hessischen Wirtschaftsministerium in Wiesbaden, beim süddeutschen Länderrat in Stuttgart, bei der Verwaltung für Wirtschaft in Minden und bei der Zweizonenverwaltung in Frankfurt), im Ausland als der erste amtliche westdeutsche Beauftragte für den Außenhandel eine makellose Visitenkarte dieses ausgebluteten und zerstörten Nachkriegsdeutschlands abgeben zu haben. Es war zu jener Zeit keine volkstümliche Aufgabe. Er handhabte das Vermögen „Außenhandel“ auch später noch mit großem Geschick, als er ins Bundeswirtschaftsministerium, 1953 ins Auswärtige Amt als Leiter der Handelspolitik geholt wurde und ihn Handelsvertragsverhandlungen durch ganz Europa und nach Süd- und Nordamerika führten. Ein ausländischer Diplomat sagte uns einmal, daß man in jenen Jahren für die geschickte Art seines Auftretens und Verhandeln — nichts ließ ihn irremachen — das wohlmeinende Wort „Maltzanismus“ erfunden habe.

Große Erfahrungen hat Maltzan als Außenhandelsachverständiger sammeln können, und in seiner Lebenskraft erinnert er in mancher

Pfalzbesuch private Gesellschaftsreise

„Bayern hat rheinland-pfälzischem Protest Rechnung getragen“

Na. Mainz, 30. Oktober (Eigener Bericht). Ministerpräsident Altmeier hat die seit langem erwartete Antwort an den bayerischen Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer am Freitag der Presse übergeben. Altmeier stellt im Kernsatz seines Schreibens fest, daß Dr. Hundhammer mit seiner letzten Äußerung vom 15. Oktober dem Protest Rechnung getragen habe, den der Ministerpräsident am 7. Oktober eingelegt hat.

Der mehr als vier Schreibmaschinenseiten umfassende Brief Altmeiers beginnt mit der Feststellung, daß die Frage der Neugliederung und die Problematik des Artikels 29 des Grundgesetzes gar nicht Gegenstand seines ersten Schreibens gewesen sei. Es sei ihm lediglich darum gegangen, gegen das amtliche Auftreten oder gar Tätigwerden des Bayerischen Landtages oder einer seiner Ausschüsse im Hoheitsbereich des Landes Rheinland-Pfalz zu protestieren.

Altmeier erwähnt unter anderem das Programm für die Reise des Bayerischen Landtags-Pfalzausschusses vom November 1952, bei dem eine Besichtigung des Hafens von Ludwigshafen angekündigt wurde, ohne daß um eine in solchen Fällen übliche Genehmigung nachgesucht worden sei. In diesem Jahre sei die Reise des Pfalzausschusses von Dr. Hundhammer in seinem Amt als Landtagspräsident angekündigt worden. Die Presseverlautbarungen sprächen ausdrücklich von der Informationsreise des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtags. Gegen den angekündigten amtlichen Besuch, so fährt Ministerpräsident Altmeier fort, habe er protestiert und er sehe keine Veranlassung, diesen Protest zurückzunehmen oder irgendwie einzuschränken.

Hundhammer erkläre nun in seinem Schreiben vom 15. Oktober erstmalig, in Bayern falle es niemandem ein, „heute auf Pfälzer Gebiet Amtshandlungen vorzunehmen“ und die bayerischen Abgeordneten kämen auch nicht in die Pfalz in der Absicht, dort etwaige „Wünsche und Beschwerden“

entgegenzunehmen. Ministerpräsident Altmeier schreibt dazu wörtlich: „Wenn Sie erstmalig die Lesart vertreten, daß es sich bei diesem bevorstehenden Besuch nicht um eine amtliche Informationsreise, sondern um eine Reise von Mitgliedern des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtages und ihrer Familienangehörigen handelt, so habe ich festzustellen, daß damit aus der angekündigten Informationsreise des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtages mittlerweile eine private Gesellschaftsreise von Abgeordneten und Familienangehörigen ohne amtlichen Charakter geworden ist. Dagegen ist nichts einzuwenden, da uns als Fremdenverkehrsland jede Gesellschaft willkommen ist. Hierbei bleibt es dem Takt der Beteiligten anheimgestellt, alles zu unterlassen, was — nach den Worten des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard — sich in irgendeiner Weise direkt oder indirekt gegen die Autorität der Regierung — gegen die gesamte staatliche Autorität überhaupt — des Landes Rheinland-Pfalz richten könnte.“

Mit seinem Schreiben, so heißt es abschließend, trage Dr. Hundhammer dem rheinland-pfälzischen Protest vom 7. 10. 1953, Rechnung. Artikel 29 verdanke keinesfalls dem Verhältnis Bayern—Pfalz seine Entstehung, sondern in ihm seien die Grundsätze für eine Neugliederung des gesamten Bundesgebietes durch den Bundesgesetzgeber allgemein festgelegt.

•A-2. 31. 10. 53.

Ministerpräsident Altmeier hat zweifellos recht, wenn er die Formulierungen in dem letzten Schreiben Hundhammers so auffaßt, daß nunmehr aus dem amtlichen Besuch eine Art Familien-Fremdenbesuch geworden ist. Zur Aenderung des Besuchs-Charakters dürfte zweifellos auch beigetragen haben, daß namhafte Staatsrechtslehrer die Fragwürdigkeit einer amtlichen Betätigung des bayerischen Landtagsausschusses auf rheinland-pfälzischem Gebiet ausdrücklich bestätigt haben. (Siehe auch unter Rheinland-Pfalz.)

Der Atom-Motor ist Wirklichkeit

In der dritten Januarwoche waren wir Zeitgenossen eines Ereignisses, dessen Datum gewiß einmal die Geschichtsbücher zieren wird: Das amerikanische Unterseeboot „Nautilus“, das erste Schiff und das erste Fahrzeug mit Atomtrieb überhaupt, ist zur Probefahrt in See gestochen. Bisher sind die Versuche zufriedenstellend verlaufen. Was auch immer an Schwierigkeiten und Rückschlägen noch kommen mag, niemand kann sich der erregenden Tatsache verschließen, daß die Zähmung der Atomenergie nun wirklich gelungen ist.

„Nautilus“ hat einen auffallend wulstigen Bug, ein gedrungenes Vorschiff und einen stromlinienförmigen Turm. Es „sieht tatsächlich schnell aus“, man verspricht sich 35 Seemeilen in der Stunde, und es kann bis auf sechshundert Meter Tiefe tauchen, dreimal so tief wie seine gewöhnlichen Vorgänger. Es ist 93 Meter lang, wiegt 2800 Tonnen und besitzt im breiten Mittelstück einen Raum, der für Neugierige doppelt tabu ist: das Atomtriebwerk, das, obgleich im Prinzip bekannt, geheim gehalten wird und „heiß“, das heißt radioaktiv ist. Sein Kernstück ist der Kernreaktor, in dem spaltbare Elemente, wie Uran 235 oder Plutonium, die Wärme für den Antrieb der Schiffsturbine liefern. Ein besonderer Wärmetauscher sorgt dafür, daß die Turbine nicht auch radioaktiv wird. Da sich der „Treibstoff“, das spaltbare Material, nur sehr langsam verbraucht, kann „Nautilus“ theoretisch mehrere Male ohne aufzutauchen um die Welt fahren; seine Reichweite ist nur noch durch das Durchhaltevermögen der Besatzung begrenzt. Es ist aber ziemlich sicher, daß Vorkehrungen zur Reduzierung der Strapazen für die Besatzung getroffen worden sind; in den letzten Jahren ist über diesen Problemen sogar ein neuer Zweig der Technik entstanden, die Biotechnologie.

Biotechnologische Probleme sind auch bei der Entwicklung des Atomflugzeugs zu lösen, an der zur Zeit in den Vereinigten Staaten neben der Atomenergiekommission (AEC), der nationalen Luftfahrtforschungskommission (NACA) und der amerikanischen Luftwaffe (USAF) neun große Werke der Luftfahrtindustrie beteiligt sind, darunter mindestens zwei mit der Konstruktion von Prototypen des künftigen Atomflugzeugs selbst. Bei den anderen Werken sind transportable Kernreaktoren auf Prüfständen in Betrieb. Es handelt sich um Kleinst-Atomkraftwerke, die man wahrscheinlich auch zur Energieversorgung in der Arktis, auf Grönland und in der Antarktis verwenden wird.

Beim Atomflugmotor spielt nun aber das Gewicht eine viel größere Rolle als bei schwimmenden oder für Verwendung am Boden bestimmten Atomtriebwerken. Noch immer braucht man Bleiwände zur Abschirmung der im Kernreaktor entstehenden Gammastrahlen und Kadmium- oder Betonwände gegen die Neutronenstrahlung. Mit Beton, Blei und Kadmium kann man nicht mehr so leicht bauen, wie es in der Luftfahrt sonst üblich ist. Das Atomflugzeug wird also voraussichtlich zwischen hundert und zweihundert Tonnen wiegen, aber es hat den Anschein, daß es auf Grund neuester Forschungsergebnisse die Abmessungen einer B-36, des derzeit größten Bombers der Welt, nicht notwendigerweise zu übertreffen braucht.

Auch die Atomluftfahrt, an deren Schwelle wir offenbar jetzt stehen, ist doppelgesichtig: Als Aufklärer, Bomber und fliegende Radarstationen sind Atomflugzeuge von großem Wert. Treibstoff und Triebwerk halten wahrscheinlich länger durch, als man von der Besatzung verlangen kann. Die Biotechnik wird auch hier die derzeit erkennbaren Grenzen hinauschieben. Eine wirklich schöpferische

Dienststelle Blank ausschneidet, haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt und damit auch den Nachrichtendienst als solchen bekanntgemacht.

Trotzdem das Material über den Fall Heinz verschiedenen Illustrierten angeboten worden war, hat es verhältnis-

ren. Unter anderem handelt es sich um ein Verfahren, das ein Wiesbadener Rechtsanwalt gegen sich selbst eingeleitet hat. Der Anwalt war in einem Prozeß gegen einen Holländer namens Eland als Verteidiger abgelöst worden und wirft Heinz vor, durch falsche Aussagen die

Raab: Unsere Geduld geht zu Ende

Österreich protestiert gegen die anhaltende Besetzung

Wien, 30. Oktober. (UP) Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Moskauer Deklaration, in welcher Österreich von den Alliierten die volle Freiheit und Unabhängigkeit zugesichert wurde, fanden am Freitag in Österreich zahlreiche öffentliche Gedenk-Veranstaltungen statt. Um 9 Uhr morgens stand in ganz Österreich für fünf Minuten der Verkehr still. Um die gleiche Zeit ruhte in den Fabriken die Arbeit aus Protest dagegen, daß die Alliierten ihr 1943 gegebenes Versprechen noch immer nicht erfüllt haben.

Der österreichische Bundeskanzler Raab protestierte in einer Sondersitzung des österreichischen Parlaments gegen das dem Lande zugefügte Unrecht. „Das in der Moskauer Deklaration feierlich gegebene Versprechen der Großmächte, die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs wiederherzustellen, ist nach genau zehn Jahren noch immer nicht eingelöst“, sagte der

Kanzler. Ein kulturell so hochstehendes Volk wie das österreichische, „dessen Friedenswille außer Zweifel steht, das in einem musterhaften demokratischen Staatswesen lebt“, habe das Recht auf Freiheit und Souveränität, „die man heute auch weniger entwickelten Kolonialvölkern bewilligt“.

Leider sei Österreich ein Faustpfand in den Händen der Großmächte geworden, von denen keine — sei es aus strategischen, sei es aus Prestigegründen — die Besetzung aufgeben wolle, erklärte Raab weiter. Österreich könne sich aber damit nicht abfinden. Das österreichische Volk werde den Ruf nach Freiheit und Gerechtigkeit solange erheben, „bis es endlich gehört werden wird“. Raab erklärte, das österreichische Volk sei nicht mehr lange gewillt, das ihm zugefügte Unrecht zu tragen. „Unsere Geduld geht auch einmal zu Ende“, sagte Raab.

Polens Armee im Sowjetland

500 000 Mann im aktiven Dienst / Russische Offiziere in a

dad. Stockholm, 30. Oktober. Der zehnte Jahrestag der Gründung der „polnischen Volksarmee“, deren Einheiten im Rahmen der Roten Armee am Krieg teilnahmen, ist in Polen mit militärischen Paraden und

heit gegen mögliche deutsche Revisions-Ansprüche zu geben. Nicht von ungefähr fand auf dem Schlachtfeld von „Grundwald“, wie die Polen es nennen, von Tanenberg, wie es in Deutschland heißt, die

Rheinland-Pfalz nicht unterminieren!

Noch kein bindender Beschluß der Sozialdemokraten zur Neugliederung

^{4. 5. 19. 6. 53.}
Ludwigshafen, 16. Juni. (Irp) Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Justizrat Dr. Friedrich Wilhelm Wagner, erklärte, die Sozialdemokratie habe noch keinen bindenden Beschluß zur Neugliederung der Ländergrenzen gefaßt. Den Neugliederungsantrag der Bayernpartei im Bundestag bezeichnete er als eine Dummheit. Der neue Bundestag werde zu dem Fragenkomplex der Neugliederung ausführlich Stellung nehmen müssen.

Dr. Wagner betonte, die Neugliederung dürfe nicht Sache von Heißspornen sein, es sei unmöglich, die Pfalz aus dem Lande Rheinland-Pfalz zu lösen, ohne gleichzeitig die Frage zu klären, welches das Schicksal der restlichen Gebiete des Landes sein werde und welche Folgen hieraus für die gesamte Bundesrepublik entstünden.

Der Ludwigshafener Verwaltungsrat, Dr. Walter Siebler, wandte sich gegen eine vorzeitige Unterminierung von Rheinland-Pfalz. Der künftige Wohlstand der Pfalz werde davon abhängig sein, ob der Rhein Landesgrenze bleibe. Die rechtsrheinische Wirtschaft habe ungleich bessere Voraussetzungen gegenüber der linksrheinischen. Die staatliche Rückkehrspopaganda Bayerns werde jedoch aus den Finanzzuweisungen des Bundes bezahlt.

Die Veranstaltung war vom Verein Kurpfalz veranlaßt worden, der den

Anschluß der Pfalz an Baden-Württemberg fordert.

Ueberraschung beim Bretzenheimer Turnier

Ein erfreulich starkes Interesse fand der Kreistag der Tischtennisvereine des Kreises Mainz. Die Zahl der Vereine und Aktiven im Kreis Mainz hat sich weiterhin erhöht. Der Kreissachausschuß wurde einstimmig entlastet. Ph. Hofen (PSV Mainz) als Fachwart und L. Bretzer (Bl.-W. Gonsenheim) als Pressewart wurden wiedergewählt. Neu hinzu kommen Fr. Plocher (MHC) als Vertreter Hofens und Kreisjugendwart sowie W. Wolf (Tgs. Gonsenheim). Spielleiter sind M. Spinner (Tgs. Gonsenheim) und H. Schmitt (PSV Mainz).

finanz= mannes

ab
heute
in
der

REVUE

SIAMZ. NL Oppenheim 7424 - 4
Landespolitik Rheinland-Pfalz

A.Z. Dr. Hans Luther zur Neugliederung

15.6.53 Demnächst Informationsreise durch Rheinland-Pfalz

Mainz, 14. Juni. Wie dpa aus Münster meldet, sagte dort der Vorsitzende des Ausschusses zur Vorbereitung der gebietlichen Neugliederung der Bundesrepublik, der frühere Reichskanzler Dr. Hans Luther, daß territoriale Änderungen in keiner Weise über die Köpfe der Bevölkerung hinweg vorgenommen werden sollen. Da in manchen Gebieten die Bevölkerung sogar über eine etwaige Neuordnung abstimmen solle, sei es Hauptaufgabe des Ausschusses, die Volksmeinung zu diesen Fragen in den einzelnen Ländern zu erforschen.

Dr. Luther bezeichnete den Artikel 29 des Grundgesetzes über die ländermäßige Neugliederung der Bundesrepublik als seinen eigentlichen Auftraggeber. „Überall, wo die Bestimmungen dieses Artikels noch nicht verwirklicht sind, werden wir Vorschläge, notfalls Alternativvorschläge machen.“

Dr. Luther, der auf einer Pressekonferenz sprach, lehnte es ab, auf konkrete Fragen zur Neuordnung zu antworten. Er sagte, daß er sich erst ein abgerundetes Urteil verschaffen müsse. Er hat bereits Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen besucht. Nach seiner Informationsreise durch Nordrhein-Westfalen wird er Rheinland-Pfalz aufsuchen.

Flucht vor der Sammlung

Bemerkungen zum neuesten Werk Max Picards

braucht Max Picard, den großen | aufgehen müssen, wenn nicht die Menschen
verloren sein sollen. Prof. A. Hilckmann

Kulturnotizen

Dimitri Schostakowitsch, der repräsentativste Komponist Rußlands, erklärte bei einem ihm zu Ehren in der sowjetischen Botschaft in Wien gegebenen Empfang, daß er gegenwärtig an seiner „Zehnten Symphonie“ arbeite. Durch diese werde ein Musikzyklus abgeschlossen, der in der schweren Zeit des zweiten Weltkrieges, als er die „Leningrader“ Siebente Symphonie komponierte, begann. Ein Violinkonzert, das gleichfalls im Entstehen begriffen ist, soll durch den russischen Violinvirtuosen David Oistrach uraufgeführt werden.

Gina Lollobrigida wird einer der Glanzpunkte der Berliner Filmfestspiele sein, die vom 18. bis 28. Juni stattfinden. Italiens Filmstar Nummer 1, wegen seiner Schönheit, Rekordgagen und Prozesse weltberühmt, hat sein Erscheinen fest zugesagt, und wird über Paris, wo sie den „Prix Victoire“ aus den Händen von Staatspräsident Auriol empfängt, und London nach Berlin kommen.

Die Bielefelder Ratsherren wählten einstimmig den 1905 in Krefeld geborenen Dr. Herbert Decker zum neuen Intendanten der Städtischen Bühnen Bielefeld.

Während des internationalen Pen-Kongresses in Dublin wurde beschlossen, das bisher von Johannes R. Becher und Johan-

A.Z. Aufhebung des Artikels 29?

28.10.

53

Neugliederung der Länder soll beschleunigt werden

Na. Mainz, 27. Oktober. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ersucht in einem Antrag die Landesregierung, sie solle auf dem Wege über den Bundesrat dahin wirken, daß die Sperre des Artikels 29 des Grundgesetzes baldigst aufgehoben wird. In ihrer Begründung weist die Fraktion darauf hin, daß der bevorstehende Besuch bayerischer Landtagsabgeordneter in der Pfalz die Spannungen erneut aufgezeigt habe, „die sich aus der ungelösten Frage der künftigen Landeszugehörigkeit der Pfalz ergeben“. Es erscheine bedenklich, daß durch die Fortdauer eines Schwebezustandes die Autorität der Landesregierung von Rheinland-Pfalz in diesem Landesteil geschmälert sei. Darum habe es schon nahegelegen, daß die Landesregierung sich um eine beschleunigte Lösung dieser Frage bemühte und wenigstens im südwestdeutschen Raum klare Verhältnisse geschaffen hätte.

Der Artikel 29 betrifft die Neuregelung der Ländergrenzen im Bundesgebiet. Er ist seit langem von den Alliierten suspendiert kann also einstweilen nicht angewandt werden. Die Landesregierung und mit ihr namhafte Staatsrechtler vertreten den Standpunkt, daß dieser Artikel keinesfalls auf Rheinland-Pfalz zugeschnitten sei, sondern eine Neuregelung des gesamten Bundesgebietes betreffe. Zu der Frage, wohin die Pfalz gegebenenfalls gehören solle, hat sich die Sozialdemokratische Partei unseres

Landes bisher noch nie geäußert. Lediglich der Abgeordnete Bögler hat vor geraumer Zeit einmal einen Vorstoß dahingehend unternommen, daß eine Volksbefragung in der Pfalz stattfinden solle, ob sie weiterhin zum Lande Rheinland-Pfalz gehören wolle.

Der sozialdemokratische Antrag steht bereits auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung. Da inzwischen auch der Abgeordnete der Christlich-Demokratischen Union, Max Schuler, als Vorsitzender, des Bundes Bayern-Pfalz seine Beanstandungen gegen die Reise des bayerischen Landtagsausschusses in die Pfalz zurückgenommen hat, wird also die Frage des bayerischen Besuches in der Pfalz zu einem nicht unwichtigen Punkt der nächsten Landtagssitzung werden.

Weg zum Stahlroß

Frankfurter Ausstellung zu kommen

Sechstagerennen, dort widerfuhr ihm zum ersten Male die Anteilnahme des großen Publikums. Er durfte eine Ehrenrunde fahren. Zwischen den Sechstagegöttern.

Industrie im Grenzland

Kusel. Im Zuge der Industrieansiedlungen im Grenzland wurde in Altenglan, Kreis Kusel, mit der Errichtung einer Werkanlage der Rheinmetall-Gießerei, Kitzingen am Main, begonnen. Die Rheinmetall-Gießerei, deren Stammhaus in Saarbrücken 1943 ausgebombt wurde, baute in Kitzingen notdürftig wieder auf und wird nach Fertigstellung der neuen Anlagen ihren Betrieb nach Altenglan verlagern.

Früh krümmt sich . . .

Frankfurt am Main. Ein seltener Fall von großer Abenteuerlust wird aus Verden ge-

Aller, setzte sich in der Dunkelheit hinein und fuhr ohne Positionslampe zwischen den Schiffen auf Aller und Weser umher.

Ein Toter saß am Tisch

Frankfurt am Main. Einen grausigen Fund machten die Bergleute bei Aufräumungsarbeiten auf einer 650-Meter-Sohle im Kalischacht Riedel in Hänigsen im niedersächsischen Kreis Burgdorf. Sie fanden die Überreste eines Grubenaufsehers, der bei dem Explosionsunglück am 18. Mai 1946 ums Leben gekommen war. Wie überraschend der Tod gekommen sein muß, geht daraus hervor, daß der Tote noch an seinem Tisch saß. An dem Unglückstag explodierten in der Grube 11 000 Tonnen Munition, die während des Krieges eingelagert worden waren. 85 Bergleute fanden dabei den Tod.

In wenigen Zeilen

Das Frankfurter Handwerk eröffnete in den Römerhallen eine Leistungsschau moderner handwerklicher Arbeit, in der 38 Berrufe ihr Schaffen zeigen.

Ein Beispiel großzügiger Sozialleistung gaben die Casella-Farbwerke Mainkur in Frankfurt, die für ihre Arbeiter und Angestellten ein Badehaus für eine Million bauten.

Der Verband Rheinischer Sägewerke und verwandter Betriebe hält am Freitag, dem 30. Oktober, in Koblenz eine ordentliche Mitgliederversammlung.

Mit Begeisterung aufgenommen wurde in Trier ein Konzert des Kölner Männergesangsvereins, das von der Kritik als Maßstab gültigen Chorgesanges gewertet wurde.

80 Jahre besteht die Konsumgenossenschaft Ludwigshafen. Aus diesem Anlaß wurde im Pfalzbau eine Feierstunde gegeben.

Die Pfalzreise der Bayern

Justizminister Becher über die Stellungnahme der Sozialdemokraten

Mainz, 30. Oktober 1953. (Eigener Bericht) Die Reise, die der Pfalz-Ausschuß des bayerischen Landtags nach der Pfalz plant, wird voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am 4. November eingehend behandelt werden. Da inzwischen die Sozialdemokratische Partei die Aufhebung der Sperre des Artikels 29 des Grundgesetzes (Neugliederung der Länder) verlangt hat, weil es bedenklich sei, die künftige Landeszugehörigkeit der Pfalz ungelöst zu lassen, sind Ausführungen bemerkenswert, die Justizminister Becher über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei gemacht hat, als sie noch Mitglied der Regierungskoalition war.

Bereits im Juli 1950 hat, wie Becher erklärt, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf Beschluß der Landesregierung ein Protestschreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet, das die Reisen des bayerischen Landtagsausschusses als eine Einmischung in den Hohheitsbereich des Landes Rheinland-Pfalz charakterisierte. An der Redaktion dieses Schreibens sei einer der da-

maligen sozialdemokratischen Minister sogar sehr maßgeblich beteiligt gewesen. Noch in der Landtagsitzung vom 20. Oktober 1951 habe der frühere sozialdemokratische Minister Dr. Hoffmann mit der ihm eigenen Schärfe und Ironie die damals gerade stattfindende Reise des Hundhammer-Ausschusses in der Pfalz kritisiert und sich energisch gegen den vom bayerischen Landtagspräsidenten geführten „kalten Krieg in der unerlösten Pfalz“ gewandt. In der gleichen Sitzung habe der sozialdemokratische Fraktionsführer, der Abgeordnete Hertl, erklärt, daß er sich „im Interesse eines sauberen, korrekten Verhältnisses der Landesregierung“ ausdrücklich von der damaligen Reise des Ausschusses in der Pfalz distanzierte.

Justizminister Becher erinnert auch an die Haltung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Justizrat Wagner, in der Sitzung vom 29. April 1953, als die Bayernpartei einen Volksentscheid in der Pfalz-Frage verlangte. Wagner habe damals bedeutet: „Das ist eine pfälzische Sache und nicht Ihre (der Bayernpartei) über unseren Kopf hinweg über unser eigenes Land zu verfügen. Wir vertreten die Interessen und die Rechte unseres eigenen pfälzischen Landes.“

In offenem Widerspruch hierzu stehe, daß die Sozialdemokratische Partei heute erkläre, Besuche des Bayerischen Landtags in der Pfalz seien seit Jahrzehnten zur Gewohnheit geworden, und es bestehe kein Anlaß, sich gerade in diesem Jahre darüber besonders aufzuregen.

Von der Freien Demokratischen Partei sagte Justizminister Becher, ihre Haltung sei realpolitisch. Sie beruhe einzig und allein auf der verfassungsrechtlichen Regelung des Artikels 29. Danach könne die Neugliederung des Bundesgebietes nur eine einheitliche Gesamtlösung für das gesamte Bundesgebiet sein.

Der zerlegte Spruch. 1. Lied, 2. Undset, 3. Tafel, 4. Heck, 5. Englisch, 6. Racine - Luther.

Schach

Probleme wollen nicht nur gelöst, sondern auch betrachtet sein

Der Urdruck von Theo Steudel, Mainz, (Aufgabe Nr. 57) veranlaßte 14 Löser zu Einsendungen — wir hatten gehofft, daß es aus landsmannschaftlicher Verbundenheit diesmal mehr seien. Als Zugang begrüßen wir herzlich Herrn W. Daubermann, Rüsselsheim. Alle Einsender haben richtig gelöst, aber nur C. H. Mink und H. A. R. m haben die Absicht des Komponisten richtig erkannt und mit dem Fachausdruck beschrieben, obwohl der Hinweis auf die Juli-Aufgabe (es konnte nur Nr. 49 sein) allen Lösern die Möglichkeit gegeben hatte, das damals eingehend erläuterte Thema zu benennen. Wir wissen nun sehr wohl, daß eine ganze Reihe von Lösern an den Fachausdrücken der Problemwelt durchaus nicht interessiert sind. Das ist auch gar nicht schlimm. Sie sind uns als Löser genau so lieb wie die, die sich zu Problem - Kennern ausbilden wollen. Aber: Wir müssen doch immer wieder allen Problemfreunden zurufen: „Ihr bringt euch um den eigentlichen Genuß, wenn ihr ein Problem nur

versteckte Drohung: Te5 matt, weil durch seinen Wegzug die Linie c7-e5 dem Lc7 geöffnet wird. Das ist das Bittere. Will er nun die neue Drohung zugleich mit der alten parieren, dann folgt auf Sc4 das Matt Lb1 und auf Se4 das Matt Se3. Es ist wieder süß für ihn, zu wissen, daß er gleich 2 Fliegen auf einen Schlag getroffen, hat und es war herb für den Weißen, daß er schon sicher rechnend mit Te5 matt, gezwungen war, 2mal etwas Neues zu suchen. Sind nun diese 2 Varianten die einzigen des Problems? Nein, sie sind nur die „stärksten“. Ja, gibt es denn so etwas? Ist nicht eine Variante eines Problems genau so stark wie die andere? In den allermeisten Fällen ist es so. Aber das ist eben die Feinheit der sogenannten „fortgesetzten Verteidigung“, mit der wir es hier zu tun haben, daß einfache und potenzierte Paraden in einem Problem nebeneinander vorkommen. Nebeneinander? Nein, besser hintereinander! Das Allgemeine kommt zuerst, das Spezielle kommt aufgestockt auf das Fundament danach. Es ist das Tüpfelchen auf dem i. Deshalb schreibt man die Lösung nicht logisch auf, wenn man zuerst die Ausnahme bringt Sc4 oder Se4. Auch die Spiele — Se8, Sc8, Sb7, Sb5 (zusammengefaßt als „Sbel.“) sind Paraden. Der S hat ja damit seine Pflicht getan, die Drohung zu widerlegen, es werde mit Se7 matt. Er probiert also zuerst diese Verteidigung 1. Grades, her-

Hundhammer antwortet Altmeier

„Pfalzreise kein Eingriff in die Hoheitsrechte von Rheinland-Pfalz“

A. Z. 12. 10. 53.

München, 18. Oktober. (dpa) Der bayerische Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer hat das angekündigte Antwortschreiben an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, abgesandt.

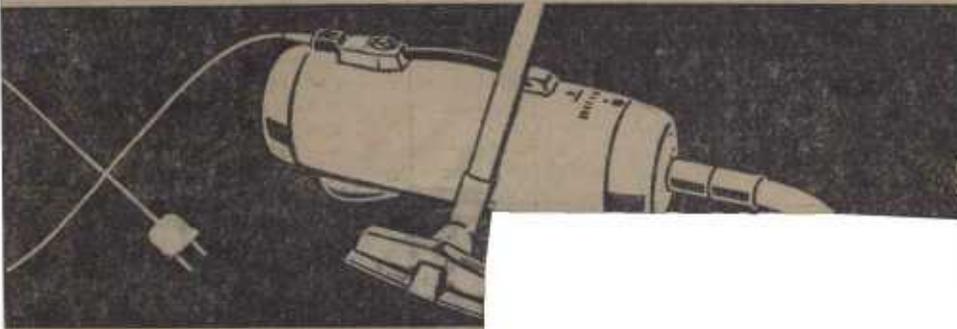
In dem längeren Schreiben des bayerischen Landtagspräsidenten wird noch einmal eingehend dargelegt, daß „Bayern und die Pfalz einen historischen Anspruch auf ihre Wiedervereinigung haben“. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die traditionelle Pfalzreise der bayerischen Abgeordneten eine von freundschaftlichem Geist getragene Besuchsreise und nicht, wie Altmeier behauptete, ein Eingriff in die Staatshoheit eines anderen Bundeslandes sei.

Unter der Überschrift „Kalter bayerisch-pfälzischer Krieg“ gibt die Augsburger „Schwäbische Landeszeitung“ einem Leitartikel zu der Pfalzfrage Raum. In dem Artikel, der mit dem Pseudonym Augustus gezeichnet ist, hinter dem ein Beamter aus der engsten Umgebung des bayerischen Ministerpräsidenten vermutet wird, schreibt das Blatt: „So fröhlich und harmlos die Auseinandersetzung zwischen Mainz und München aussieht, so ernst und entscheidend ist sie für die innere Struktur Deutschlands.“ Kein bayerischer Regierungschef, kein bayerischer Landtagspräsi-

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 7

dent und kein bayerischer Bürger könne vor der Geschichte verantworten, daß die Möglichkeit der Rückkehr der Pfalz in den bayerischen Staatsverband ungenutzt vorübergehe. „Der Bundeskanzler selbst ist Verbündeter der Mainzer Pfalzpolitiker“, erklärt Augustus. Er solle in einem Gespräch mit Leo Wohleb den Staat Rheinland-Pfalz als ein Definitivum bezeichnet und die bayerischen Ansprüche auf die Pfalz völlig bagatellisiert haben.

Auch die „Bayerische Staatszeitung“, das Regierungsorgan in Bayern, greift in die Diskussion um den Pfalzkonflikt ein und schreibt: „Es kann die letzte Sorge der Regierung in Mainz sein, daß ein Land wie Bayern, das im Bund der Hauptverfechter des föderalistischen Prinzips ist, die Staatshoheit eines anderen Bundeslandes antastet solange es besteht.“ Bei ruhiger Überlegung müßte man auch in Mainz erkennen, daß bayerische Besuche in der Pfalz eine „rechtmäßige Angelegenheit“ und kein Akt der bösen Willens oder gar feindseliger Gesinnung gegenüber einem anderen Bundesland seien. Die „Drohung mit dem amtlichen Hausknecht“ gegenüber Abgeordneten ist zweifellos originell. Das Grundgesetz gestattet keiner Landesregierung, Reisen von Abgeordneten anderer Bundesländer zu verbieten oder zu verhindern.



In die stark umrandeten Felder ist die Silbe „ter“ einzusetzen. Sodann ordne man die folgenden Buchstaben:

a - a - b - e - e - e - e - e - g -

weshalb er das Kabinett durch Minister ohne Verwaltungsbereich erweitere. Adenauer hob hervor, daß nur ein neues Fachministerium geschaffen werde, das Ministerium für Familienfragen. Bundestagspräsident Dr. Ehlers erklärte sich im Gegensatz zur Fraktion gegen diese Abtrennung vom Bundesinnenministerium. Der Vorsitzende des Bundes der vertriebenen Deutschen, Bundestagsabgeordneter Dr. Kather, wandte sich mit scharfen Worten gegen die Abgabe des Vertriebenenministeriums an den Gesamtdeutschen Block. Von verschiedenen Seiten wurde ihm entgegengehalten, daß der Gesamtdeutsche Block in die Verantwortung müsse, um zu erkennen, daß auch er nur mit Wasser kochen könne. Im allgemeinen stellte sich die Bundestagsfraktion der Christlich-Demokratischen Union/Christlich-Sozialen Union hinter die vom Bundeskanzler dargelegten Grundsätze für die Regierungsbildung.

Adenauer empfing Zinn

Bonn, 16. Oktober. (UP) Bundeskanzler Konrad Adenauer empfing den hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn zu einem Antrittsbesuch als neuer Bundesratspräsident.



Auf dem Weg nach Paris machte das griechische Königs Paar mit dem Prinzen von Hessen in München Station. Das Königs Paar kam mit dem Prinzen von Hesse.

Die Politik

Von Erich

Nun sind die Außenminister des Westens wieder einmal zusammengetreten. Adenauer hat man vorher abgetastet. Aber zugelassen ist Deutschland zu dieser Konferenz nicht, da es noch immer nicht salonfähig ist. Das heißt: Es verfügt noch

München und Mainz: Zankapfel Pfalz

150 Jahre lang gehörte die Pfalz zu Bayern, heute ist sie selbständig

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 8

Frankfurt. — In den Weinkellern der Pfalz ist in diesen Tagen der vielversprechende Jahrgang 1953, „Konrädle“ genannt, in voller Gärung. Es gärt aber nicht nur auf so harmlose Weise in der Pfalz, es gärt auch um die Pfalz. Hohe Persönlichkeiten des politischen Lebens, mehr noch, zwei Bundesländer, sind über sie in öffentliche Fehde geraten. Wie bereits gemeldet, wollten bayerische Landtagsabgeordnete auch in diesem Jahr wieder Deutschlands größtes Weinbaugebiet besuchen. Nicht, um sich dort vom Oktoberfest bei gutem Pfälzer Wein zu erholen, sondern um dem Land, das, wie man in München sagt, für mehr als 150 Jahre „ein sorglich gehütetes und gepflegtes Juwel im Kranze der bayerischen Kreise war“, innere Verbundenheit zu dokumentieren und mit der Parole „Bayern und Pfalz, Gott erhalt's“ den Treueschwur „auf ewig ungeteilt“ zu wiederholen.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und somit der derzeitige pfälzische Landesherr, Peter Altmeier, glaubte das nicht unwidersprochen hinnehmen zu können, und schrieb an den bayerischen Landtagspräsidenten, Dr. Alois Hundhammer, einen Brief, in dem er das Vorhaben der Reise mit der „Pflicht des bundesfreundlichen Verhaltens der Länder untereinander“ nicht vereinbar nannte und ankündigte, daß Rheinland-Pfalz nicht länger gewillt sei, „solche Übergriffe widerspruchslos und tatenlos hinzunehmen, sondern alle ihm durch das Grundgesetz und das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht gegebenen rechtlichen Möglichkeiten zur Abwehr solcher Verletzungen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik wahrnehmen werde.“

Das sind klare und unmißverständliche Worte. Dabei steht Ministerpräsident Altmeier mit seiner Meinung, daß die Bemühungen Münchens, die Pfalz zur Rückkehr unter bayerische Hoheit zu bewegen, nicht zu einer Mißachtung des „im Kreise der deutschen Bundesländer gleichberechtigten Rheinland-Pfalz“ führen dürften, nicht allein. Die CDU-Fraktion seines Landtags hat einstimmig gefordert, daß „Bayern den bestehenden Rechtszustand respektieren und sich jedem Versuche enthalten solle, in die Gebietshoheit von Rhein-

land-Pfalz einzugreifen und dort nicht zustehende Funktionen auszuüben“.

Der letzte Vorwurf bezieht sich auf den vorjährigen Besuch bayerischer Landtagsabgeordneter in der Pfalz, wobei diese die Bevölkerung wissen ließen, sie seien zu bestimmter Stunde in einem Hotel anzutreffen und wären dort auch bereit, Wünsche aus dem Mund der pfälzischen Bevölkerung anzuhören. — Die Erklärung der Mainzer CDU-Fraktion erhält dadurch besonderes Gewicht, daß selbst der Landtagsabgeordnete Dr. Schuler, zugleich Vorsitzender des Bundes „Bayern-Pfalz“, jener Organisation, die sich eigens konstituiert hat, um den Willen der pfälzischen Bevölkerung, zum „angestammten Heimatland“ wachzuhalten, ihr zugestimmt hat.

Im Hintergrund die Verfassung

Aber die Reiselust der Münchener Abgeordneten ist groß. Nach einer Aussprache mit Ministerpräsident Erhard hat Landtagspräsident Hundhammer erklärt, auch nach der neueren Entwicklung bestehe keinerlei Anlaß, die für Anfang November geplante Reise abzusagen. Die Delegation sei vom Landtag beauftragt, „alle mit dem Problem einer Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern im Rahmen des Artikels 29 des Grundgesetzes zusammenhängenden Dinge zu beobachten und zu prüfen“.

Der hier erwähnte Artikel 29 steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Pfalz. Er bestimmt allgemein, daß das Bundesgebiet unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern ist und sieht für die Gebietsteile, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben die Möglichkeit vor, daß binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheide gefordert werden kann.

Dieser Artikel ist jedoch vorerst noch suspendiert und tritt erst mit Wirksamwerden der deutsch-alliierten Verträge in Kraft. Das bedeutet, daß das von Bayern so schnell wie

möglich angestrebte Volksbegehren vorerst noch nicht diskussionsreif ist.

Das eigentümliche der Lage ist aber dies: die Regierung von Rheinland-Pfalz hat schon mehrfach versichert, daß sie durchaus willens ist anzuerkennen, daß der Artikel 29 auf die Pfalz Anwendung finden müsse und daher eine spätere Volksabstimmung unumgänglich sei. Das aber ist, wenn man von den Beteuerungen der Vordringlichkeit des Pfälzer Problems in ihren Argumenten absieht, haargenau der Standpunkt der bayerischen Regierung, des Landtages, des Bundes Bayern-Pfalz und somit aller streitenden Parteien.

Aber, und hier liegt der springende Punkt, alle Kontrahenten versuchen schon jetzt den Boden für die Volksbefragung zu bereiten und der Pfälzer Bevölkerung deutlich zu machen, welche Vorteile eine Entscheidung in ihrem Sinne für sie bringen werde.

Bayern verweist auf die geschichtliche Schicksalsverbundenheit hin, die während der letzten 150 Jahre Bayern und die Pfalz zusammengefügt habe und spricht von der „konstruktiven Tradition“, die man der „traditionslosen Konstruktion“ vorziehen müsse, versichert aber auch gleichzeitig, daß man in München fortfahren werde, die Pfalz als das „Lieblingskind unter den bayerischen Regierungsbezirken“ anzusehen. Wenn schon von der geschichtlichen Vergangenheit geredet werde, sagt man hingegen in Mainz, müsse man nicht nur 150 Jahre zurückgehen, sondern bedenken, daß das jetzige Land Rheinland-Pfalz genau dem alten kurrheinischen Verband entspreche, der eine weit ältere Tradition besitze und müsse sich sagen lassen, daß die Bewohner der Pfalz genau so wie die des übrigen Rheinlandes abstammungsmäßig Franken seien. Was aber die in Aussicht gestellte Bevorzugung der Pfalz durch Bayern angehe, so dürfe man nicht übersehen, daß man in München mit der Einverleibung der Pfalz schon im Hinblick auf die bedeutende chemische Industrie (vor allem die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen) ein gutes Geschäft zu machen gedenke.

In der Pfalz selbst nimmt man den Streit nicht so tragisch. Sicherlich, es gibt vor allem in den älteren Kreisen der Bevölkerung eine ganze Reihe erklärter Bayern-Freunde. Aber man lebt ja auch so ganz gut, und die Tatsache, daß es der Mainzer Regierung gelungen ist, gerecht und ausgleichend zu regieren und zu verwalten, wird nur von einigen Bayern-Extremisten bestritten. Es schmeichelt die Pfälzer nicht wenig, sich so umworben zu sehen, zumal man sich ja auch im Ernstfalle doch für einen Anschluß an den neuen Südweststaat entschließen könnte. Vorerst aber freut man sich des guten 53er Jahrgangs und wird ihn in München genau so gern verkaufen wie in Stuttgart und selbst auch in Mainz.

Wolf-Dieter Barchewitz

Hundhammer antwortet Altmeier

München (DPA). — Der bayerische Landtagspräsident, Dr. Hundhammer, hat am Freitag das angekündigte Antwortschreiben an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, abgesandt. In dem Schreiben des bayerischen Landtagspräsidenten wird noch einmal eingehend dargelegt, daß „Bayern und die Pfalz einen historischen Anspruch auf ihre Wiedervereinigung haben“. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die traditionelle Pfalzreise der bayerischen Abgeordneten eine von freundschaftlichem Geist getragene Besuchsreise und nicht, wie Altmeier behauptete, ein Eingriff in die Staatshoheitsrechte eines anderen Bundeslandes sei.

ien heruft Referrniten ein

Übersetzung mit Hindernissen

Von N. O. Scarpi

Mark Twain erzählt, wie er über Volkswirtschaft schreibt und seine Gedanken dauernd durch den Besuch eines Verkäufers von Blitzableitern unterbrochen werden. In seiner Verzweiflung bestellt er ungeheuerliche Quanten, läßt Blitzableiter für Küche, Schuppen, Köchin und Kuh pflanzen, nur um in Ruhe über die Beziehung zwischen Lord Byron, Georges Washington und der Volkswirtschaft schreiben zu können...

Bis zum gestrigen Tage fand ich die Geschichte sehr komisch, aber doch nur komisch; jetzt endlich, da mir eine ähnliche just passierte, entdeckte ich den tragischen Klang, der in der Leier jedes guten Humoristen verborgen ist, auch in diesem Erlebnis Mark Twains.

Es handelte sich nicht um die Volkswirtschaft, sondern um die Übersetzung eines Romans — oder vielmehr um seine Anzeige, was man hinter den Kulissen den Waschtzettel nennt, und es war auch nicht ein Verkäufer von Blitzableitern, der mich störte, sondern es ging mir geradewegs ans Leben.

Der Übersetzer tut immer gut daran, das, was er übersetzt, nicht im Voraus zu lesen, um sich die Spannung nicht zu verderben. Dafür ist er jeweils sechs Wochen lang Fachmann für irgend etwas, wovon er tags zuvor noch keine Ahnung hatte. Ist es „For ever Amber“, der Best-Seller aller Best-Seller, so muß er sich am Hofe Karls des Zweiten von England auskennen, die „Schwarze Rose“, ein köstlicher Ritt ins alte romantische Land, zwingt ihn zu gründlichen Studien des dreizehnten Jahrhunderts, bei den „Just so stories“ von Kipling ist man gar mitten in den prähistorischen Zeiten, da das Kamel seinen Buckel kriegt und der Leopard seine Flecken, und bei Upton Sinclairs Lanny-Budd-Serie, der Chronik der Zwischenkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit, wird einem in Erinnerung gerufen, was nie in Vergessenheit geraten darf.

Nun diesmal war sechs Wochen lang Mexiko an der Tagesordnung; es ist ein spannendes Buch — auch jenseits des Waschtzettels — und natürlich von einer Frau. Sie heißt Alice Tisdale Hobart, kann, wie alle angloamerikanischen Schriftstellerinnen, außerordentlich viel, ist gründlich dokumentiert über ihr Thema, und nichts Menschliches ist ihr fremd. „Denn es ist tatsächlich der Roman des ganzen Landes“, klappert die Maschine, mit seiner vielschichtigen, nuancierten Gesellschaft und seinen Wirtschaftsproblemen...

„Sie sind es Ihrer Familie schuldig“, sagt der freundliche Mann, der schon seit einigen Minuten in mich hineinredet, während ich versuche, über das Buch der Frau Hobart Endgültiges auszusagen.

„Was eigentlich?“ frage ich.
„Bedenken Sie — in Ihrem Alter — es ist geradezu höchste Zeit —“

„Da sind die alten spanischen Familien, Nachkommen jener spanischen Conquistadoren, die einst...“

Höchste Zeit? Wozu denn? In meinem Alter? Spricht man so zu einem wildfremden Menschen, der einem nichts getan hat, dessen Geschloß auf angloamerikanische Schriftstellerinnen nur gerichtet ist?

„Was wollen Sie von mir?“ frage ich. „Sie sehen, daß ich sehr beschäftigt bin, der Verleger wartet, der Setzer wartet, der Leser wartet, und auch dem Kritiker eilt es, den Übersetzer totzuschweigen.“

„Was ich von Ihnen will? Nichts! Oder vielmehr Ihr Glück will ich. Ich habe es Ihnen ja eine halbe Stunde lang auseinandergesetzt, daß Sie Ihrer Familie schuldig sind...“

Die Maschine wird ungeduldig.
... da sind die Indianer in den Dörfern, bis vor kurzem noch halbe Sklaven der Hacendaderos, der Großgrundbesitzer, die ihnen vor Menschenaltern das Land geraubt hatten...

... und meine Gesellschaft zahlt Ihnen die Versicherungssumme auf den Tisch...“

Siebzig! Ehe man sich's versieht! Um so rascher muß gesagt werden, was über den Roman der Frau Hobart zu sagen ist.

... die Kirche, noch vor nicht langer Zeit die größte Grundbesitzerin in Mexiko, mit dem spanischen Element, den reichen Familien, verbündet...“

„Oder nehmen Sie den andern Fall!“
Warum den andern Fall? Der Dativ ist hier durchaus am Platz!

„Sie sterben morgen...“

Bumm! Es hat eingeschlagen, und Mark Twains Blitzableitermann ist fern und kann mich nicht schützen. Das farbenreiche Mexiko der Frau Hobart wird grau und ich wahrscheinlich blaß.

Der Gast triumphiert. Endlich ist es ihm gelungen — ich sehe ihn an, ich höre ihm zu.

„Sie sterben morgen“, wiederholt er hell und heiter. „Wäre das nicht geradezu ein Haupttreffer?“

„Meinen Sie?“ stottere ich belegt.

„Ja, natürlich! Sie haben eine einzige Prämie bezahlt, und abermals zahlt meine Gesellschaft in altbekannter Solidität Ihnen — pardon —“, er lacht, er hält das sicherlich für witzig. „— natürlich nicht Ihnen, sondern Ihren Erben den ganzen Betrag auf den Tisch.“

Morgen... und hier in der Maschine ist, unvollendet, der Waschtzettel für das „Pfaunrad“ der Frau Hobart, mit dem Herzblut des Übersetzers geschrieben wie jeder Waschtzettel! Dort liegt die Liste jener Worte, über die kein Wörterbuch Aufschluß geben konnte

— jedes Buch hat dergleichen, und der Übersetzer tut gut, den Wörtern seines Textes gegenüber eine gewisse Reihenfolge einzuhalten. Was er nicht weiß, errät er, was er nicht errät, sieht er im Lexikon nach, was er im Lexikon nicht findet, kann er bei fachkundigen Freunden erfragen, und was auch die fachkundigen Freunde nicht wissen, das streicht er.

Nun, in dem Buch der Frau Hobart gab es nicht wenig zu erfragen; ausgefallene, amerikanische Worte, und vor allem Mexikanisches! Wer, in dieser Stadt, kennt sich in Mexiko aus?! Und morgen...

„Können Sie englisch?“ fahre ich meinen Mörder an.

Er lächelt überlegen. „Natürlich! Ich war fünf Jahre in Amerika.“

„Was heißt...?“ Und nun prasselt die Liste auf ihn herunter, mit der ich ihn zum Schweigen bringen kann.

Doch nein, er weiß alles, weiß es so rasch und gründlich, daß ich Hoffnung habe, bis morgen... morgen...

„Können Sie am Ende auch spanisch?“

Abermals ein überlegenes Lächeln. „Ich war fünf Jahre in Mexiko.“

In Mexiko! Ich bin gerettet — für heute wenigstens — meine Liste ist im Nu erledigt. Frau Hobart hätte sich nie träumen lassen, daß sie mit solcher Gewissenhaftigkeit übersetzt werden könnte; ich übrigens auch nicht.

„Und wie ist es mit der Versicherung?“ beginnt er jetzt von neuem.

Ich merke, daß ich in meiner Freude, einen Mexikokenner gefunden zu haben, leichtfertig gewesen war. Vorher hätte ich diesen

Der leere Himmel der

„Der Engel von Montparnasse“ im Renaissance

Wenig ist trauriger, als eine Komödie begraben zu müssen. Das Beruhigende immerhin: bei der Komödie läßt sich auf der Stelle feststellen, ob das Ding auch wirklich tot ist. Wenn die Leute nicht lachen, ist der Befund eines letalen Ausgangs unumstößlich. Beim Drama, bei der Tragödie sind — eben weil keine direkte Publikumsreaktion feststell-

bar ist — die Haare, die sterben muß und deren Liebesleben nun von den vier Engelt temperamenten begutachtet wird. Rückblende auf das Leben der kleinen Süßen. Und da sieht man denn die prekären Situationen in dem als Filmleinwand dargestellten Bühnenhintergrund. Immer, wenn die jungen

Altmeier ist jetzt einverstanden

Ein Schreiben an Hundhammer zum Besuch des Pfalzausschusses

31.10.53

Drahtbericht unseres Korrespondenten

kp. Mainz, 30. Oktober. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, hat am Freitag dem bayerischen Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer auf dessen Schreiben über die geplante Pfalzreise bayerischer Landtagsabgeordneter geantwortet. Er sehe sich veranlaßt, die Auseinandersetzung zwischen Bayern und Rheinland-Pfalz wieder auf die Frage zurückzuführen, die allein Gegenstand seines Protestschreibens gewesen sei. Nicht die Frage der Neugliederung und die Problematik des Artikels 29 des Grundgesetzes seien Grundlage seiner Einwände gegen die Reise in die Pfalz, sondern einzig und allein der Protest gegen das amtliche Auftreten oder gar Tätigwerden des Bayerischen Landtages oder eines seiner Ausschüsse im Hoheitsbereich des Landes Rheinland-Pfalz.

Ein solches amtliches Auftreten sei zweifellos während der vergangenen Jahre regelmäßig festzustellen gewesen. Unter Hinweis auf vorgesehene Besichtigungen staatlicher Einrichtungen, für die nicht einmal die erforderlichen Genehmigungen eingeholt worden seien, erklärt Altmeier weiter, daß der bayerische Landtagsausschuß ganz eindeutig in Rheinland-Pfalz amtlich in Erscheinung getreten sei. Er hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß er wiederholt, im Gegensatz zu Dr. Hundhammers Äußerung, Schritte bei der bayerischen Regierung gegen die Entsendung eines Landtagsausschusses erhoben habe.

Ministerpräsident Ehard habe ihm ausdrücklich bestätigt, daß die Reise der bayerischen Landtagsabgeordneten in die Pfalz ohne Mitwirkung der Bayerischen Staatsregierung geplant und ausgeführt worden sei. Da aber

die diesjährige Reise des Pfalz-Ausschusses von Dr. Hundhammer als Landtagspräsident angekündigt worden sei, habe er sich gezwungen gesehen, gegen diesen amtlichen Besuch zu protestieren. Wenn nunmehr Dr. Hundhammer den Besuch der Pfalz als nicht-amtlich hinstelle, dann habe er gegen diese Reise nichts einzuwenden, da Rheinland-Pfalz als Fremdenverkehrsland jede Gesellschaft willkommen sei. Hierbei bleibe es jedoch dem Takt der Beteiligten anheimgestellt, alles zu unterlassen, was sich in irgendeiner Weise direkt oder indirekt gegen die Autorität der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz richte. Damit sei seinem Protest Rechnung getragen worden.

Die 7800 heimkehrwilligen Nordkoreaner, die seit zehn Tagen die Kriegsgefangenenbefragungsaktion durch Nichterscheinen vor den Kommunisten unterbrochen haben, sind nach einer Erklärung des Leiters der neutralen Repatriierungskommission, General Thimaja, bereit, am Samstag zu der Befragung zu erscheinen.

Grausamkeiten vor die Vereinten Nationen?

Neuyork, 30. Oktober (dpa). Die Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, die Vollversammlung der Vereinten Nationen solle sich mit den Grausamkeiten befassen, die nach einem Bericht der amerikanischen Armee von kommunistischen Streitkräften an Gefangenen in Korea begangen worden sein sollen.

durch Eisenhower

g und Korruption sind weitere Gründe

sie die positiven Elemente dieser ersten „Erkenntnisbefragung“ bei der kommenden Ratifizierungsdebatte siegreich gestalten will.

Diese drei Vorbehalte sind: keine Ratifizierung ohne Garantien, die die französischen Interessen gewährleisten; Schutz der Integrität der französischen Uebersee-Union und die Schaffung eines „wahren europäischen

Die Europa-Armee zu

Die Republikanische Volkspartei (MRP), die größte Fraktion in der Regierungskoalition, hat am Donnerstagabend ihren Austritt aus dem Kabinett für den Fall angekündigt, daß der Verteidigungsvertrag von der Nationalversammlung abgelehnt werde. Ihr Parteivorstand erklärte, die Partei werde denen, die gegen die Ratifizierung des Vertrages stimmten, die volle Verantwortung für die Formulierung einer Alternativ-Politik überlassen. In Paris wird aus der Erklärung geschlossen, daß diese Partei bei einer Ablehnung des Verteidigungsvertrages nicht nur eine Regierungskrise auslösen, sondern sich auch nicht an einer späteren Regierung beteiligen wird, die sich mit der Ablehnung des Vertrages abfindet.

Kein Verfahren gegen Kommunisten

Der Immunitätsausschuß der Nationalversammlung sprach sich am Donnerstag gegen eine Aufhebung der Immunität des Generalsekretärs der französischen Kommunisten,

1954 eigene Produkt

Die Farbwerke Hoechst treffen Vorbe

Eigener Bericht der „Frank

KRG. Frankfurt, 30. Oktober. Die Farbwerke Hoechst AG bauen die erste Produktion von Streptomycin im Bundesgebiet auf. Die Herstellung des Heilmittels wird wahrschein-

überwacht. In Oppenheim / 42,4 - 10

Der Pfalzausschuß unterwegs

München, 6. November (dpa). Der Pfalzausschuß des Bayerischen Landtags hat am Freitag seine diesjährige Pfalzreise angetreten. Die Abgeordneten werden drei Tage lang durch das ehemalige „Bayern links des Rheins“ reisen. Diesmal ist auch den Ehefrauen der Abgeordneten eine wichtige Aufgabe zugedacht. Durch ihre Teilnahme soll die Reise den Charakter einer „Gesellschaftsfahrt“ erhalten und den politischen Akzent verlieren, den der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, befürchtet hatte. Als vor dem Maximilianeum, dem Landtagsgebäude in München, der große Reiseomnibus mit dem Namen „Condor“ vorfuhr, wurde unter den Parlamentariern scherzhaft von „Legion Condor“ gesprochen. **E. A. Z. 7. 11. 53.**

mal auf die Tätigkeit der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

Die junge, kaum drei Jahre alte Gesellschaft will zwar erst in zweiter Linie zur Finanzierung des deutschen Anteils an den Spielen beitragen und vorweg der Stärkung des olympischen Gedankens auf deutschem Boden dienen, doch hat sie schon 1952 den größten Teil der Summe aufgebracht, der für die Ausrüstung und Entsendung der Mannschaften zu den Spielen in Oslo und Helsinki verbraucht wurde. Sie kann es darum nicht verhindern, daß sich auch jetzt wieder mit ihrer Arbeit manche Hoffnungen verbinden. Unter ihrem Präsidenten Georg von Opel und ihrem angesehenen Geschäftsführer Guido von Meng-

Gillen-Cerruzzi siegen nach Punkten

Dortmund (UP). Ueberlegene Sieger des 12. Dortmunder Sechstagerrennens wurden vor fast 15 000 Zuschauern am Donnerstagabend der Luxemburger Lucien Gillen und der Italiener Fernando Cerruzzi. Die Schweizer

Volksabstimmung 1954?

De Mainz, 10. November. (Eigener Bericht)
Zu der am Montag veröffentlichten Meldung einer Presseagentur über seine Stellungnahme zu der Volksabstimmung in der Pfalz erklärte Landtagsabgeordneter Schuler (CDU), er habe in seiner Ansprache an die bayrischen Landtagsabgeordneten weder behauptet, daß der Bundeskanzler das Inkrafttreten des Artikels 29 des Grundgesetzes nicht für wünschenswert halte, noch daß er versuchen werde, die für die Volksabstimmung vorgesehene Frist zu verlängern. Er erwarte die Volksabstimmung im Jahre 1954 mit Bestimmtheit. Die Mitteilung, daß er erklärt habe „es sei fraglich, wie die Volksabstimmung ausgehe“, bezeichnete Schuler als frei erfunden. Er habe sich wie folgt geäußert: „Entweder stehe hinter dieser Bewegung eine echte Volksbewegung, dann sei es undemokratisch, sich dagegen zu wehren, oder diese Bewegung werde nur von einigen wenigen in Gang gehalten. Dann sei es das beste Mittel, dem Land zu seiner Ruhe zu verhelfen, wenn die Volksabstimmung möglichst rasch herbeigeführt und durch sie diese Frage restlos geklärt werde.“

A. Z. 11. 11. 53.

A.Z.
9.11.53. „Sehr fraglich, wie sie ausgeht“

Landtagsabgeordneter Schuler über Volksabstimmung in der Pfalz
StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 12

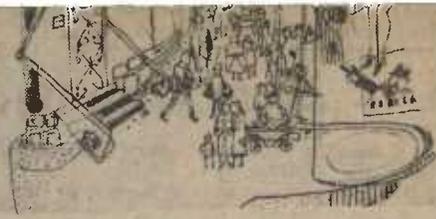
Neustadt (Weinstraße), 8. Nov. (lrp) Er sei „nur aus taktischen Gründen eine Zeitlang gegen den Besuch der bayerischen Parlamentarier in der Pfalz gewesen“, sagte der Vorsitzende des Bundes Bayern - Pfalz, Landtagsabgeordneter Max Schuler, vor den Mitgliedern des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtags. Der sozialdemokratische Antrag, den Artikel 29 des Grundgesetzes über die Neuregelung der Ländergrenzen sobald wie möglich in Kraft zu setzen, sei von vornherein solange zum Tode verurteilt, als die Bundesrepublik nicht ihre volle Souveränität erlangt habe, beziehungsweise solange nicht der Europavertrag in Kraft getreten sei.

Vor Pressevertretern deutete Schuler an, er zweifle daran, ob der Bundeskanzler das Inkrafttreten des Artikels 29 für wünschenswert halte. Er werde möglicherweise versuchen, die darin festgesetzte Frist für eine Volksabstimmung zu verlängern. Seiner Meinung nach werde Dr. Adenauer jedoch die hierfür erforderliche verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit nicht erhalten. Er, Schuler, sei deshalb der Ansicht, daß im nächsten Jahre auf alle Fälle die Volksabstimmung über die Pfalz stattfinden werde. „Wie sie allerdings ausgehen wird, ist noch sehr fraglich“, sagte Schuler.

Der Vorsitzende des bayerischen Pfalzausschusses, Dr. Karl Fischer, sagte, er hoffe, daß Schuler „trotz der Gefährlich-

keiten des politischen Spiels“ weiter an der Spitze des Bayern-Pfalz-Gedankens stehen werde.

...den Leinwand... Straße in Mainz wurde nachts ein Handwaschbecken abmontiert und gestohlen, das in einer Parterrewohnung angebracht war. Das Becken ist 56 Zentimeter breit und hat zwei Wasserhähne. Aus dem umzäunten Lager eines Tünchergeschäftes an der Ecke Josephstraße und Wallaustraße wurde ein schwarzer, mit weißer Farbe beschmierter Fahrradanhänger gestohlen. Die beiden Räder des Anhängers sind klein und haben starke Ballonreifen. Zu allen Diebstählen bittet die Kriminalpolizei um sachdienliche Mitteilungen, die



Eine der vielen schwungvollen Skizzen aus Paris, die nun in Mainz ausgearbeitet und gestaltet worden sind.

Zeichnung: Cilly Kirchoff

Manöver-Soldat

ichte im Ponton auf dem Altrhein

sicht fand, seinen Manöverposten loszuwerden. Man hatte den guten Sammy tatsächlich vergessen und am Nachmittag kamen dann die ersten mitleidigen Personen aus der Gemeinde, um ihrem ersten und letzten Bewacher wenigstens zuerst einmal den Hunger zu stillen. Aber weiter durfte die Fraternalisierung nicht gehen, und schroff schlug Sammy alle anderen Anerbieten aus.

So mußte halt Sammy drei volle Tage auf seiner Pontonstation, die er bei Nacht und Regen in eine Art Tauchstation umwandelte, ausharren, bis ein Ginsheimer Einwohner die erste Verbindung zu einer amerikanischen Dienststelle herstellte und so Sammy aus seiner mißlichen Situation befreite.

Man soll den braven Sammy als „Verteidiger des Brückenkopfs Ginsheim“ stark gefeiert haben.

-ma-

berzköpfe,
den, Knoten,
den, Müdig-
c.

In Apoth. ausdrücklich Zirkulano
aus der Schweiz verlangen. Kleine
KUR DM 5.75, gr. KUR DM 10.90.
Prospekt überall erhältlich.

Stimmen der Anderen

„Weiß-blaues Fähnelein ohne viel Aufwind“

Die „Süddeutsche Zeitung“ in München (früher „Münchener Neueste Nachrichten“) veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 11. November einen ziemlich satirisch gehaltenen Reisebericht über die „elegische Omnibusreise“ bayrischer Abgeordneter in die Pfalz. Wir verzichten auf die Schilderung der Empfänge, bei denen nach Feststellung des Blattes „das weiß-blaue Fähnelein ohne viel Aufwind“ dastand, alldieweil es nur „Volksbegeisterung aus der Retorte“ vorfand. Wir möchten jedoch mit den Schlussfolgerungen bekannt machen, die das Münchener Blatt aus der Reise zieht:

„Das traditionslose Rheinland-Pfalz hat zwar bei der Bevölkerung der Pfalz wohl immer noch weniger Sympathien als Bayern, aber die Regierung in Mainz hat im letzten Jahr doch ein gut Stück Boden

Zirkulin mit Alliin **Kreislaufstörungen**
Knoblauch-Perlen **Schwindelanfälle**

für sich gewinnen können. Ein echtes Staatsgefühl gibt es noch nicht, doch scheint es, als ob hier die Zeit gegen Bayern arbeite.

Es sind unsichere Verbündete, auf die sich München heute noch stützen kann: die Sozialdemokratie, daneben die Gefühle der alten, vielfach noch königstreuen Beamten und Soldaten, endlich diejenigen mancher Gemeinderäte die auf wirtschaftliche Besserstellung mit Hilfe Bayerns hoffen. Diesen Eindruck haben auch die bayrischen Abgeordneten gewonnen, und Ausschußvorsitzender Dr. Fischer aus Regensburg, der mit viel Charme und politischem Fingerspitzengefühl manche Peinlichkeit der Reise zu überbrücken verstand, gab selbst zu: „Wenn die Volksabstimmung noch länger als zwei, höchstens drei Jahre auf sich warten läßt, ist die Sache für uns verloren.“ Die Sozialdemokratie macht sich zwar im Augenblick aus taktischen Gründen für Bayern stark. Doch geht es ihr jetzt nur um die Zerschlagung des Landes Rheinland-Pfalz. Sie wird sich, so ist zu erwarten, bei einer Volksbefragung für jenes Land einsetzen, dessen sozialdemokratisches Lager zu stärken ihr dann gerade am sinnvollsten erscheint. Dieses Land muß nicht Bayern, es könnte auch Baden-Württemberg heißen, womöglich Hessen oder gar Saargebiet. A. Z. 13. 11. 53.

Inzwischen werden die Jungwähler die Majorität in der Pfalz ausmachen, die gar kein Verhältnis mehr zu den alten Traditionen haben — und schließlich werden die Gemeinden, die heute nach der bayrischen Staatskasse schießen, in absehbarer Zeit werbende Subventionen aus Mainz erhalten und außerdem den finanziellen Lockungen aus Stuttgart und anderen um ihre Gunst rivalisierenden Länderzentralen ausgesetzt sein.“

A.Z. Die Sperre der Neugliederung

4/1/53 Wann tritt Artikel 29 des Grundgesetzes in Kraft?

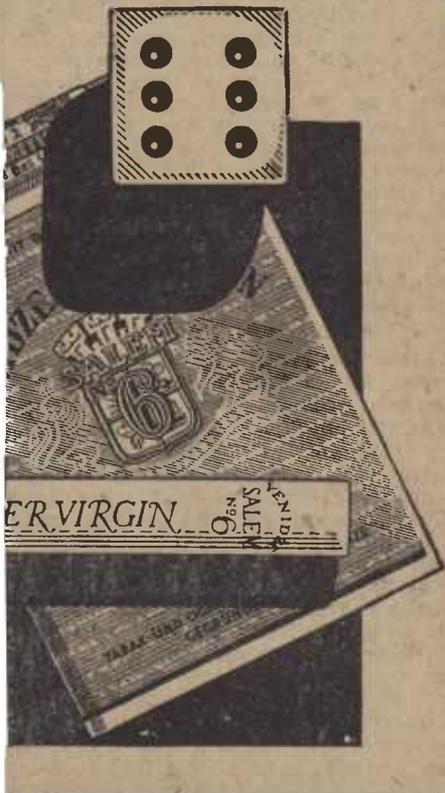
Heute, Mittwoch, tritt der Landtag von Rheinland-Pfalz zusammen. Voraussichtlich wird er sich mit der geplanten Pfalzreise aus Bayern befassen. Versöhnliche Äußerungen aus den letzten Tagen lassen hoffen, das Kriegsbeil werde begraben. Der Landtag wird sich aber mit einem sozialdemokratischen Antrag befassen müssen, der erwirkt will, daß die Sperre des Artikels 29 des Grundgesetzes (Neugliederung der Länder) aufgehoben wird. Aus diesem Grunde dürfte von Interesse sein, was die Pressekorrespondenz Deutschland-Union-Dienst (DUD) die dem Bundeskanzler nahesteht, zu dem sozialdemokratischen Antrag bemerkt.

Zur Sache selbst ist sehr wenig zu sagen. „Erstens ist der Bundesrat für die ganze Sache nicht zuständig, sondern die Initiative würde ausschließlich bei der Bundesregierung liegen, die nach Art. 29.6 ein Bundesgesetz zur Regelung des Verfahrens bei der Durchführung des Artikels 29 vorzulegen hat. Zweitens wird die durch den Vorbehalt der Besatzungsmächte vom 12. Mai 1949 verhängte Sperre über den Artikel 29 erst mit der Ratifizierung des Deutschland-Vertrages hinfällig, und drittens wäre für eine etwaige Bitte an die Alliierten um eine vorzeitige Aufhebung dieser Sperre (und das ist der Sinn des sozialdemokratischen Antrages) wiederum nur die Bundesregierung zuständig. Die sozialdemokratischen Antragsteller wissen aber natürlich sehr genau, daß in Bonn bestimmt niemand die Absicht hat,

wegen der keineswegs dringlichen Länderreform eine besondere diplomatische Aktion in die Wege zu leiten.“

Ich stellte meinen Wagen auf das Viereck Schustergasse, „Rex“ und „Salamander“. Zu meinem nicht geringen Erstaunen wurde mir gesagt, dies sei ein bewachter Parkplatz, und ich mußte notgedrungen 50 Pf Parkgebühr zahlen. Begreiflicherweise fehlte mir die Zeit, nach einem anderen Parkplatz zu suchen.

bewacht! Denn tagsüber wird wohl an den Wagen ohnehin nichts passieren. Außerdem sind ja die Wagenbesitzer zum größten Teil versichert. Selbst die sogenannten Nacht-Parkplätze erfüllen ihren Zweck nicht. Denn von 22 oder 23 Uhr ab ist meistens kein Parkwächter mehr am Platz.“



4.2
5.11.53 „Mit Musik, statt mit Polizei“

Altmeier: Der Streit mit Bayern um die Pfalz ist beendet

Mainz, 4. November. (X) Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier erklärte im Hinblick auf die Veröffentlichung des Reiseprogrammes des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtages, der zwischen Rheinland-Pfalz und Bayern entbrannte Streit um die Pfalz sei nach seiner Ansicht durch die Umwandlung des offiziellen Besuchs in einen „Familienausflug“ einzelner bayerischer Landtagsabgeordneter beendet worden.

Finanzminister Dr. Wilhelm Nowack sagte ergänzend, der Streit mit Bayern sei „kindisch“ in einem Augenblick, in dem der Kampf um das Saargebiet gehe.

Bayerns Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer erklärte in München auf Grund der neuesten Entwicklung, „wir werden wohl mit Musik und nicht mit der Polizei empfangen werden.“ Nach Abschluß der Reise werde man jedoch „eine lebendige Debatte“ über das Pfalzproblem führen müssen.

Die bayerischen Gäste werden am kommenden Freitag in Bergzabern eintreffen, um dort an einem Empfangs- und Heimatabend teilzunehmen. Hierzu sind führende Persönlichkeiten der Südpfalz eingeladen worden.

Die Bayern, darunter der bayerische Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer sowie die beiden Landtagsvizepräsidenten Hagen und Dr. Fischbacher, werden sodann in der Pfalz verschiedene Industriebetriebe und Einrichtungen der Weinwirtschaft besuchen. Für den kommenden Samstag ist eine Aus-

sprache mit pfälzischen und bayerischen „Parteifreunden“ in Edenkoben vorgesehen. Außerdem wollen die bayerischen Gäste historische und landschaftliche Sehenswürdigkeiten der Pfalz aufsuchen und das Südwest-Stadion in Ludwigshafen besichtigen. Die Reise dauert bis Montag nächster Woche.

Und als sie dem dunklen Gott ihren Leib für immer hingeben wollte, so streckte sie sich aus, ergeben und dumpfen Verlangens voll nach der traumlosen Ruhe, die alle Vergangenheit tilgt und die Zukunft verschlingt.

(Fortsetzung folgt)

das in drei kleinen Zimmern einer ehemaligen Tankstelle mehr als notdürftig untergebracht ist, nicht einmal 30 Personen Platz bieten würden. Es bedarf schneller und gründlicher Abhilfe, daß Studenten in solchen gesundheitsschädlichen Räumen nicht mehr arbeiten und Dozenten dort nicht mehr unterrichten müssen.

arff

A-Z

VORTEILHAFTE
EINKAUFSTATTEN

**Altmetalle - Schrott
Altpapier**
ADAM BROO & SÖHNE
MAINZ, am Flößhafen
Telefon 46 14

**Lichtpausen
Fotokopien
Vervielfältigungen**
J. METZLER, Rheinallee 30
Telefon 75 11
Privat Telefon 34 51

J. WEHRLE
DAMPF-WASCHANSTALT
Zahlbach, Backhaushohl 15, Tel. 77 60
wäscht zuverlässig und preiswert
Annahmestellen in allen Stadtteilen

Hundhammer verspricht Sonderstellung der Pfalz

Bad Dürkheim, 9. November. (Irp) Ministerpräsident Altmeier habe mit seiner Atom-Artillerie den Pfalzbesuch des „alten bayerischen Infanteristen Hundhammer“ nicht verhindern können, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundes Bayern-Pfalz, Ludwig Bretz, zur Begrüßung des bayerischen Landtagspräsidenten in der Pfalz.

An ein Wort des Justizministers von Rheinland-Pfalz anknüpfend, daß die Pfalz schon immer eine „vielumworbene Dame“

war, erklärte Dr. Hundhammer, er wisse sehr gut, daß die Pfalz zur Zeit stark umworben sei. „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß schöne Damen es nicht ungern haben, wenn sie umworben sind.“ Die Situation zwischen Bayern und der Pfalz sei jedoch ganz anders. Hier handele es sich um eine Ehe, die durch Zwang und Diktat gewaltsam getrennt worden sei. Gute Ehepartner streben aber immer aufeinander zu. Dafür müsse man eben Verständnis haben.

Die Pfalz, sagte Hundhammer, habe schon früher im bayerischen Staatsverband eine gewisse Sonderstellung eingenommen. Über alle politischen Parteien hinweg seien sich die führenden Persönlichkeiten Bayerns darüber einig, daß die Pfalz diese Position wiedererhalten müsse, wenn sie nach Bayern zurückkehre. A. Z. 10. 11. 53.

**A.2. „Kein Umsturzversuch
11.11.53. gegen Mainz“**

Ludwigshafen, 10. November. (lrp) „Der Tag der Abstimmung der Pfalz kommt“, erklärte der Vorsitzende des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtags, Dr. Karl Fischer, zum Abschluß der Pfalzreise. Auch Regierung und Landtag von Mainz könnten diesen Tag nicht aufhalten, der „mit mathematischer Sicherheit“ eintreffen werde, denn hinter den zwischen Bayern und der Pfalz vorhandenen Gefühlen stünden „politische Realitäten“. Wenn dabei irgendwo „Haare gelassen“ werden müßten, sei das nicht die Schuld Bayerns, sondern derer, die 1945 die nationalen Gegebenheiten auseinandergerissen hätten. Die Entscheidung über die Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern werde die Pfälzer Bevölkerung allein zu treffen haben. Bayern wende sich nicht gegen das Land Rheinland-Pfalz. „Wir haben keinen Umsturzversuch gegen Mainz gemacht“, rief Fischer, „aber wenn sich jemand durchaus unfreundlich gegen uns verhalten will, sind wir schon bereit, solche Unfreundlichkeiten mit doppelten Unfreundlichkeiten zu erwidern“.

Wenn Altmeier klagt...

we. München, 26. Oktober (Eigener Drahtbericht). Der Münchener Staatsrechtler Professor Dr. Maunz hat auf einer Pressekonferenz des Landesverbandes der Pfälzer im rechtsrheinischen Bayern zu dem Konflikt zwischen Mainz und München wegen der geplanten Reise bayerischer Landtagsabgeordneter in die Pfalz erklärt, zweifellos könne Ministerpräsident Altmeier wegen der von ihm behaupteten bundesunfreundlichen Haltung Bayerns Klage beim Bundesverfassungsgericht anstrengen, doch sei es nach Lage der Dinge unwahrscheinlich, daß sich damit ein Erfolg erzielen lasse. Wenn sich ein Land auf das Recht der Vorbereitung zur Umgliederung der Bundesländer berufe, könne darin wohl kein bundesunfreundliches Verhalten gesehen werden. Den Pfälzern müsse die Möglichkeit der eigenen Entscheidung gegeben werden. Es werde dabei allerdings keineswegs um die absolute Alternative gehen: Rückkehr zu Bayern oder Verbleib bei Rheinland-Pfalz. Wenn etwa Baden-Württemberg ähnliche Vorbereitungen trafe, so werde dagegen ebenfalls kaum etwas einzuwenden sein. Handlungen hoheitlicher Natur dürften allerdings auf keinen Fall von einem anderen Land auf dem Boden der Pfalz vorgenommen werden.

P.A. 7. 27.10.53.

„Pfalzfahrt findet statt“

München, 14. Oktober. (lrp) „Über alle Parteien hinweg waren sich sämtliche Sprecher im Pfalzausschuß des Bayerischen Landtags einig, daß sich die bayerischen Abgeordneten nicht hindern lassen, in die Pfalz zu reisen“, wird in einer offiziellen Verlautbarung der CSU-Korrespondenz der Christlich-Sozialen Union festgestellt. Die Fahrt sei nicht von Oktober auf November verschoben worden, um der Mainzer Regierung entgegenzukommen, sondern um allen Fraktionen des Pfalzausschusses Gelegenheit zu geben, sich vollzählig zu beteiligen. Von der SPD über die CSU bis zur FDP war man sich darüber völlig einig. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Pfalzfrage keine Parteisache, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes ist, dann hat diesen Beweis der Mainzer Ministerpräsident mit seinem Protest selbst provoziert, schließt die Stellungnahme. A. Z. 15. 10. 53.

Al

Nummer 240

Flugzeug-1 41 Grmach

Hundhammer antwortet Altmeier

Der bayerische Pfalzausschuß wird seine Reise doch antreten!

A. Z. 14.10.53.

München, 13. Oktober. (dpa) Der bayerische Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer erklärte, er sehe keinen zwingenden Grund dafür, daß der Pfalzausschuß des bayerischen Landtags seine traditionelle Pfalzreise nicht auch in diesem Jahr vornehmen solle. Aufgabe des Bayern-Pfalzausschusses sei es, mit der pfälzischen Bevölkerung Kontakt aufzunehmen, um die Probleme und die Stimmung für die Wiedervereinigung mit Bayern zu fördern, nicht aber, um sich Funktionen anzumaßen, wie dies von der Gegenseite behauptet worden sei.

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 20

Dr. Hundhammer gab die Erklärung in einer Sitzung des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtags ab, der trotz des Protestschreibens des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier an Hundhammer seine Pfalzreise auf den 6. bis 9. November festlegte.

Seinem Befremden gab der Landtagspräsident darüber Ausdruck, daß Ministerpräsident Altmeier nun auch die Reise des zur Durchführung von Artikel 29 bestimmten Neugliederungsausschusses unter dem Vorsitz von Altreichskanzler Luther abgesagt habe. Die Gründe für die Absage seien dem Vorsitzenden von Bonn aus mitgeteilt worden. In Bayern empfinde man ernste Besorgnis darüber, daß die Entscheidung über das Pfalzproblem allzuweit hinausgezögert werden könnte. „Es wird Sache des Bayerischen Landtags sein, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.“

Dr. Hundhammer will das Schreiben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten noch im Laufe dieser Woche beantworten.

Frankfurt, 13. Oktober. (Eigener Bericht.) In amtlichen britischen Kreisen wird hervorgehoben, daß Premierminister Churchills Erklärung in Margate, eine Verbindung Deutschlands mit den Atlantikpakt-Staaten müsse als Alternative

haben habe Churchill eine klare Warnung vor übertriebenen Hoffnungen über die möglichen Ergebnisse einer solchen Zusammenkunft ausgesprochen. Sie wäre nur eine der verschiedenen Methoden, durch die eine internationale Entspannung angestrebt werden könne.

Umwirbt Moskau wieder

London und Washington beraten über Tito-Vorschlag und den Pro

London, 13. Oktober. (UP) Das britische Kabinett trat unter Vorsitz von Premierminister Churchill zu einer Sitzung zusammen, in der über die gespannte Lage in der Triestfrage beraten wurde. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten, trotz der am Vortag überraschend von Seiten der Sowjetunion eingegangenen Note, bei ihrer Entscheidung bleiben werden, die Zone A zu räumen und sie Italien zu überlassen.

Die Sowjetunion hatte in einer Protestnote die anglo-amerikanische Entscheidung als eine schwere Verletzung des italienischen Friedensvertrages bezeichnet, den auch die Sowjetunion unterzeichnet hat. Die Note wird als ein Versuch

gewährte, seit Marschall Tito mit dem Kreml gebrochen hat.

Präsident Eisenhower hat mit den Mitgliedern des amerikanischen Sicherheitsrates über Triest beraten. Nach Ansicht amerikanischer Regierungsbeamter dürften weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten von ihrem Be-

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 21

Dr. Ehard antwortet Altmeier

A-Z
19.10.
53

„Die Reise des Pfalzausschusses kann nicht verhindert werden“

München, 12. Oktober. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, erklärte vor Pressevertretern, er werde sich hüten, sich in die Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Peter Altmeier und dem bayerischen Landtag einzumischen. Es sei Angelegenheit von Dr. Hundhammer, zu dem Protestschreiben des rheinland/pfälzischen Regierungschefs, gegen die beabsichtigte Reise des Pfalzausschusses des bayerischen Landtags Stellung zu nehmen. „Allerdings hätte Altmeier wissen müssen, daß man einem Landtag nicht dreinreden kann“, sagte der bayerische Minister-

präsident. Altmeier werde also die Pfalzreise der bayerischen Abgeordneten nicht verhindern können.

In Kreisen des bayerischen Landtags verlautet, daß die für die Zeit vom 15. bis 26. Oktober geplante Rheinland-Pfalzreise des Beirates zur Neugliederung der Länder, dem auch Landtagspräsident Dr. Hundhammer angehört, auf „höhere Weisung“ abgesagt worden sein soll. Mit der jetzt für den 6. bis 9. November angesetzten Pfalzreise des Pfalzausschusses des bayerischen Landtags und der Antwort des Landtagspräsidenten an Ministerpräsident Altmeier wird sich der Ausschuß in einer eigens dafür angesetzten Sitzung am Dienstag erneut befassen.

Sozialdemokraten:

Kein Grund zur Aufregung

Mainz, 12. Oktober. (X) Es bestehe kein Anlaß, sich über die beabsichtigte Pfalzreise eines Ausschusses des bayerischen Landtages besonders aufzuregen, nachdem die halbe Welt wisse, daß Bayern seinen Anspruch auf die Pfalz stets aufrechterhalten habe und im Zuge der politischen Entwicklung die Stellungnahme der Bevölkerung zu den neu zu bildenden Ländern in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Dies wurde von Sozialdemokratischer Seite in Mainz zu dem Protest von Ministerpräsident Peter Altmeier gegen die Informationsreise des bayerischen Pfalzausschusses erklärt. Die Besuche von Mitgliedern des bayerischen Landtages in der Pfalz in gewissen Zeitabständen seien bereits seit Jahren zur Gewohnheit geworden.

Der Vorschlag der Viermächtekonferenz ist in Noten enthalten, die den amerikanischen und britischen Geschäftsträgern in Belgrad am Montag überreicht worden waren.

Das britische Außenministerium hat sich zwar geweigert, eine offizielle Stellungnahme zu Triest zu geben, gleichzeitig aber unmißverständlich angedeutet, daß nicht beabsichtigt sei, sich den jugoslawischen Forderungen zu beugen. Der amtliche Sprecher wiederholte die britische Ansicht, daß Italien entgegen der jugoslawischen Auffassung keine Angriffsabsichten gegenüber der Zone „B“ habe, und daß es schwierig sei, die jugoslawische Auffassung zu verstehen, nach der die Anwesenheit italienischer Truppen in Triest ein „Angriffsakt“ sein würde.

In politischen Kreisen Roms wird Ende Oktober als Termin für die Ablösung der britisch-amerikanischen durch italienische Truppen in Triest genannt. Die Angestellten der Besatzungsbehörden in

die Verhandlungen mit Rußland über einen Staatsvertrag für Österreich erhalten, wenn der Kreml nicht mehr auf die noch strittige Triester Frage hinweisen könne. Politische Lösungen lassen sich aber weder aus dem Handgelenk schütteln, noch kann man weltpolitische Entscheidungen übers Knie brechen. Das haben die Westmächte erkannt, als sie das heiße Eisen Triest loswerden wollten. Das temperamentvolle Aufbegehren Titos darf man nicht in den Wind schlagen. Dem jugoslawischen Staatschef ist es durchaus zuzutrauen, daß er Ernst macht. Seine Bindungen an den Westen sind nicht so stark, daß er sich Vorschriften machen ließe. Er weiß aber auch, durch ein Aufklappen des Pulverfasses Balkan könnte ein neuer Weltkrieg entbrennen. Daher sein Vorschlag, eine Viererkonferenz über Triest zu berufen. Durch Verhandlungen wird immer Zeit gewonnen. So wird es auch hier sein. Zunächst wer-

Amerikanische

Menschenmenge stürmt anglo-am

Belgrad, 12. Oktober. (UP) Eine aufgebrachte Menschenmenge stürmte das amerikanische Informationszentrum in Belgrad und schlug den amerikanischen Presseattaché William B. King nieder. King, der von 1945 bis 1946 Pressevertreter in Belgrad war, wurde mit gebrochenem Nasenbein in ein Krankenhaus eingeliefert.

Die Menge stürmte dann den in der Nähe liegenden britischen Leseraum, der bereits am Donnerstag verwüstet und gerade wieder notdürftig hergerichtet worden war.

Die amerikanische Botschaft protestierte sofort energisch bei der jugoslawischen Re-

Protest Altmeiers gegen bayerische Eingriffe

Jetzt will auch Pfalzausschuß des bayerischen Landtags Propagandareise nach der Pfalz unternehmen

München, 9. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, hat unter dem 7. Oktober folgendes Protestschreiben an den Präsidenten des Bayerischen Landtages, den früheren Minister Hundhammer, gerichtet:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Aus mehrfachen übereinstimmenden Pressemeldungen ist ersichtlich, daß der „Pfalzausschuß des Bayerischen Landtages“ auch in diesem Jahr wieder eine Informationsreise in das Land Rheinland-Pfalz zu unternehmen beabsichtigt. Der „Münchener Merkur“, Ausgabe Nr. 237, vom 3. Oktober 1953 z. B. berichtet darüber wie folgt: **A-Z. 10.10.53.**

„Der Pfalzausschuß des Landtages wird seine diesjährige Informationsreise durch die Pfalz vom 16. bis 19. Oktober unternehmen, diesmal will der Landtag vor allem auch kleinere Orte besuchen.“

Für den Fall, daß diese Pressemeldungen zutreffen sollten, sehe ich mich veranlaßt, namens der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen dieses Vorhaben des Pfalzausschusses des Bayerischen Landtages in aller Form schärfste Verwahrung einzulegen.

Ich stütze diese Verwahrung einmal und in erster Linie auf zwingende verfassungsrechtliche Gründe. Das Land Rheinland-Pfalz rangiert nach dem Grundgesetz gleichberechtigt neben den anderen Bundesländern, die die Bundesrepublik bilden. Der Vorbehalt des Artikel 29 des Grundgesetzes gilt in gleicher Weise für alle deutschen Bundesländer. Es ist unzulässig, daß das Parlament eines deutschen Bundeslandes — sei es als Ganzes, sei es durch einzelne seiner Ausschüsse — in dieser Weise im Territorium eines anderen Bundeslandes Funktionen ausübt. Hinzu kommt, daß die Aufgabe der Neugliederung des Bundesgebietes — im Zusammenhang mit dieser Aufgabe steht ja erklärlicherweise die Tätigkeit des Pfalzausschusses Ihres Landtages — gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes Sache des Bundes ist und an keiner Stelle des Bundesgebietes Aufgabe des Landes Bayern und seines Landtages. Auch nach dem anerkannten ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz der Pflicht des bundesfreundlichen Verhaltens der Glieder untereinander und im Verhältnis zum Bund ist ein solches Vorgehen untragbar. Die Pflicht des bundesfreundlichen Verhaltens umschließt die Respektierung der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Ordnung in der Gliederung der deutschen Länder und schließt derartige Einmischungen in den Hoheitsbereich anderer Bundesländer aus.

Denn wohin sollte es in Deutschland füh-

ren, wenn die einzelnen Bundesländer aus diesem oder jenem Grunde zu diesem oder jenem Zwecke Ausschüsse, der einzelnen Landtage in das Gebiet eines anderen Landes entsenden wollten. Ich darf z. B. in diesem Zusammenhang die Frage stellen, was das bayerische Parlament etwa dazu sagen würde, wenn ein Parlamentsausschuß des Landes Hessen im Raume Aschaffenburg eine Tätigkeit entfalten würde, die erklärtermaßen im Zusammenhang mit einer erstrebten Angliederung des Aschaffener Landes an das Land Hessen stünde, oder wenn etwa ein Ausschuß des Landes Württemberg-Baden auf den Gedanken käme, eine entsprechende Tätigkeit im Raum von Augsburg zu entfalten. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß gerade das Land Bayern einen solchen Versuch unverzüglich auf das allerschärfste zurückweisen würde.

Auch das Land Hessen würde sich mit Recht dagegen wehren, wenn der Landtag unseres Landes beabsichtigte, im Nassauischen Raum Wiesbaden oder im Rheingau eine Aktion durch Entsendung eines Landtagauschusses zu entfalten. Das verfassungsmäßig und politisch Unmögliche des anscheinend beabsichtigten Vorgehens ihres Pfalzausschusses geht daraus bereits hervor, daß, außer Bayern bisher noch kein anderes Bundesland auf den Gedanken gekommen ist, etwas Ähnliches zu unternehmen. Ich darf sie bitten, sehr geehrter Herr Präsident, angesichts dieser eindeutigen Rechts- und Sachlage zu veranlassen, daß eine solche Reise ihres Landtagauschusses nicht stattfindet.

Das Land Rheinland-Pfalz ist jedenfalls nicht länger gewillt, solche Uebergriffe widerspruchslos und tatenlos hinzunehmen. Es wird vielmehr, das darf ich bereits jetzt in aller Bestimmtheit in Aussicht stellen, alle ihm durch das Grundgesetz und das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht gegebenen rechtlichen Möglichkeiten zur Abwehr solcher Verletzungen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik wahrnehmen.

Abschrift dieses Schreibens habe ich zugleich dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Bundesminister des Innern und dem Herrn bayerischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez.: Altmeier.

Die Antwort Hundhammers

Der bayerische Ministerpräsident Hundhammer, der dieses Schreiben am Frei-

STAMZ, NL Oppenheim 742.4 - 22

tag im bayerischen Pfalzausschuß bekanntgab, erklärte, daß die Pfalzfrage nicht anderen staatsrechtlichen Problemen im Bundesgebiet gleichgestellt werden könne. Der gegenwärtige Zustand Bayern-Pfalz sei 1945 durch Besatzungsrecht geschaffen worden. Es sei daher selbstverständlich, daß in Bayern der nachdrückliche Wunsch auf Rückkehr der Pfalz zu Bayern bestehe. Bayern würde es begrüßen, wenn sich die Pfalz frei zur Wiedervereinigung entschließen könnte. Die Reise des Pfalzausschusses solle der pfälzischen Bevölkerung das Interesse des Bayerischen Landtages an dieser Frage zeigen.

Pfalzreise soll doch stattfinden

An der Sitzung des Pfalzausschusses, auf der das Protestschreiben Altmeiers bekannt wurde, nahmen auch 45 auf einer Bayernreise zufällig in München anwesende Pfälzer Bürgermeister des Landkreises Zweibrücken teil.

Im Namen des Pfalzausschusses erklärte sein Vorsitzender Dr. Karl Fischer (CSU), daß „uns dieses scharfe Protestschreiben Altmeiers keineswegs abhalten wird, an dem festgelegten Termin die Pfalz zu besuchen. In einer freundlichen und fairen Weise wollen wir erneut demonstrieren, daß wir die Pfalz zu uns zurückführen wollen“.

Das Protestschreiben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten wird, wie wir erfahren, vom bayerischen Regierungschef Dr. Ehard selbst beantwortet.

Neue Erklärung von Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische Staatskanzlei hat, wie unser Na-Mitarbeiter mitteilt, am Freitagabend ihrerseits den Text des Briefes an den Präsidenten des Bayerischen Landtags bekanntgegeben und feststellt, daß Präsident Hundhammer es für richtig gehalten habe, den Inhalt dieses Schreibens der Öffentlichkeit bekanntzugeben, bevor er Ministerpräsident Altmeier eine Antwort erteilt habe. Im übrigen erwarte die Landesregierung nach wie vor die Antwort des Präsidenten des Bayerischen Landtags. Sie habe keine Veranlassung, von dem Rechtsstandpunkt irgendwie abzuweichen, den sie in ihrem Briefe eingenommen habe. Eigentlich müßte es selbstverständlich sein, daß der Präsident eines Landtages in erster Linie berufen sei, die Achtung vor der Geltung des Grundgesetzes zu beweisen und vor der durch dieses gewährleisteten verfassungsmäßigen Ordnung der Deutschen Bundesrepublik.

mit großer Mehrheit deskanzler gewählt

148 Nein-Stimmen, 14 Stimmenthaltungen

Bericht unseres Bonner Korrespondenten

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Die zweite Sitzung wählte der Deutsche Konrad Adenauer zum zweiten Male Deutschland. Von 466 Abgeordneten, 304 Stimmen abgaben, stimmten 304 für ein Nein, 14 enthielten sich, 14 gaben elf für Dr. Adenauer ihre Stimmen ab.

Konferenz von Rom beendet

Rom, 9. Oktober, (dpa) Die Konferenz der Außenministerstellvertreter der sechs Montanstaaten in Rom, die seit dem 22. September über das Statut für die geplante europäische Gemeinschaft berieten, ist mit der Feststellung abgeschlossen worden, daß



Am 11. Oktober 1928, vor 25 Jahren, startete nach Amerika. Unser Bild zeigt Hugo Eckener durch Neuyork (siehe Bericht im Unterhaltungsprogramm).

Die Geduld an

Von Erich

Man wirft den Deutschen vor, politisch ein ungeduldiges Volk zu sein. Zu dynamisch. Zu impulsiv. Zu unausgeglichen. Das mußte sich, nach Bismarcks Tode, das wilhelminische Deutschland, selbst die Weimarer Republik, immer wieder vom

Der historische Auftrag von Rheinland-Pfalz

Die Ansprachen des Innenministers und des Ministerpräsidenten beim Festakt zur Verfassungsfeier

Na. Mainz, 18. Mai. (Eigener Bericht.) Rheinland-Pfalz hat den Jahrestag der Annahme der Verfassung durch die Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 mit einem Festakt der Landesregierung gefeiert, der im Plenarsaal des Landtages stattfand und an dem die Spitzen aller staatlichen, kirchlichen und kulturellen Behörden, der Wirtschaft und der Gemeinden sowie die Mitglieder des Luther-Ausschusses teilnahmen. Zudem waren der französische Landeskommissar, Gesandter de Charmasse und die Vertreter der für Rheinland-Pfalz zuständigen konsularischen Missionen anwesend. A.Z.

Die Festrede des Innenministers

Innenminister Dr. Zimmer entwarf in seiner Festrede ein großzügiges Bild der Traditionen, die in Rheinland-Pfalz ihre Fortsetzung gefunden haben. Am Mittelrhein sei mit der Verfassung des Landes zu einer Zeit, als es noch keine Bundesrepublik gab, ein entscheidender Schritt für die deutsche Zukunft getan worden ohne jegliche materielle und ideelle Hilfe von außen. Kein anderes Gebiet Deutschlands habe dabei mitgewirkt. In Koblenz habe unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Altmeier vom 8. bis 10. Juli 1947 die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten stattgefunden, in der die Grundlagen für den parlamentarischen Rat und damit für das Grundgesetz der Bundesrepublik geschaffen wurden. Stets habe sich auch die Arbeit des Landtages und der Landesregierung im Sinne des gesamtdeutschen Auftrages bewegt, der schon im Artikel 74 der Landesverfassung niedergelegt worden sei. Dieser Auftrag beruhe auf der den Bewohnern dieser Landschaft gegebenen geschichtlichen Verantwortung.

Schon vor mehr als tausend Jahren seien aus dem Stamm der Franken, zu dem die Bewohner von Rheinland-Pfalz gehörten, Idee und Wirklichkeit des Reichs der Deutschen hervorgegangen. Des Abendlandes höchste Blüte habe sich am Mittelrhein entwickelt, dafür seien die Dome von Worms, Speyer und Mainz, die Kaiserpfalzen von Trier und Ingelheim heute noch Zeugen. Die Kurfürsten der Pfalz, von Mainz und Trier seien stets Stützen des Reichs gewesen ohne Eroberungsabsichten nach Westen hin. Darum habe aber auch kein Teil Deutschlands seit Ausgang des Mittelalters so sehr unter der Schwäche der Reichsgewalt gelitten.

Den Historikern sei heute die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß die dreihundert Jahre lange Rivalität von Kurmainz und Kurpfalz den Mittelrhein und seine Kraft zum Schaden des ganzen Reichs gelähmt habe. Kurmainz als geistlichem Fürstentum habe die Möglichkeit der Vererbung und der Machterweiterung gefehlt, die von den weltlichen Fürsten genutzt wurde. Kurpfalz sei es aber nicht gelungen, Kurmainz einzugliedern.

Reformideen für Reich und Kirche

Kein Zufall sei es, daß gerade aus unserem Lande immer wieder Reformideen für Reich und Kirche erwachsen seien. Dr. Zimmer erinnerte an Nikolaus von Cues, der als Stiftsherr von St. Florian in Koblenz im Jahre 1433 Schwäche und Ohnmacht des Reichs beklagte und das Ueberwuchern der Territorialgewalten über das Reich. Der Mainzer Staatsmann Berthold von Henneberg habe auf dem Reichstag von Worms 1495 die Reichsreform leidenschaftlich be-

trieben. Obwohl der Dreißigjährige Krieg die zahlreichen Fürsten des Reichs selbständig und bündnisfähig machte, sei die Idee der Reichsgewalt in unseren Landstrichen nie gebrochen worden. Im Wiener Kongreß hätten dann drei von den Fürsten die sich von Napoleon vorher Herzogstitel, Großherzogs- und Königstitel geben ließen, das linke Rheinufer unter sich aufgeteilt. Dieses sei dadurch zu machtlosem Randgebiet geworden während sich der politische Einfluß nach Osten und Norden verlagerte.

Die Reformpläne des Freiherrn vom Stein, der in unserem Lande beheimatet war, seien aus Liebe zum Volk und aus Abneigung gegen die Habgier der Fürstentümer erwachsen. Ein anderer Moselfranke, Josef von Görres, habe schon 1814 eine Verfassung mit starker Einheit in freier Vielheit gefordert. In den folgenden Jahren habe es in den preussisch gewordenen Landesteilen nicht weniger gegärt als in denen, die als Pfalz zu Bayern und als Rheinessen zu Hessen gekommen waren.

Der Redner erinnerte an das Hambacher Fest im Mai 1832, wo man die vereinigten Freistaaten Deutschlands und das konföderierte republikanische Europa gefeiert und gefordert habe. Er erinnerte an die Frankfurter Nationalversammlung von 1848, in der Sprecher der Pfalz, von Trier und von Rheinessen auf der Seite des nationalen Fortschritts gestanden hätten.

Das gewachsene Erbe des Landes

Das so gewachsene Erbe von Rheinland-Pfalz trage deutlich folgende Linien: Kein reichszerstörender Partikularismus, kein allmächtiger Zentralismus. Ein festgegliederter Bundesstaat, der die Glieder nach außen schütze und zusammenfasse, in dem die Glieder das Ganze tragen, ein durchgebildeter Rechtsstaat und kein Machtstaat. Demokratie als Regierung des Volkes und Wahrung der Volksrechte gegen jeden Absolutismus. Freiheit, Recht und Würde des einzelnen als Grundlage des öffentlichen Lebens.

Dr. Zimmer schloß mit dem Wunsch, daß der Beitrag, den Rheinland-Pfalz wie bisher, auch in Zukunft der gesamtdeutschen Nation bringe, seinem geschichtlichen Auftrage entsprechend von dem übrigen Deutschland gewürdigt werden und vom Segen für das ganze deutsche Volk begleitet sein möge.

Die Schlußansprache Altmeiers

Ministerpräsident Altmeier stellte in seiner Schlußansprache die Frage, ob es nach sieben Jahren gelungen sei, die Buchstaben der Verfassung mit lebendigem Leben zu erfüllen. Man dürfe feststellen, daß alle, die sich um diese Gemeinschaft bemühten, zu ihrem Teil dazu beigetragen hätten, zerstörtes Grenzland aufzubauen, soziale Gesetzgebung zu schaffen, eine saubere Verwaltung zu formen. Dies fordere Dank an alle. Auch die politische Kraft des Landes sei wieder wirksam. Stets seien das Land, sein Parlament und seine Bevölkerung Treuhänder im Westen des deutschen Vaterlandes gewesen. Altmeier gab dem Wunsch Ausdruck, man möge auch in Frankreich verstehen, daß kein Stachel zurückbleiben dürfe in dem Verhältnis guter Nachbarschaft. Darum dürfe unter keinen Umständen in dem Problem der deutschen Saar ein neuer Zankapfel entstehen.

Der Ministerpräsident erinnerte dann an den fünften Verfassungstag der Bundesrepublik und entbot den Deutschen in Mittel- und Ostdeutschland seine eigenen Grüße und die der Bevölkerung. Über allem stehe der Vor-spruch der Verfassung, nämlich „Das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott“.

Mittwoch, 19. Mai 1954

Will die Steuer-Reform 1. Oktober in Kraft setzen eine Sanierung des Verkehrs ist notwendig

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten, Bundesrat jedoch bis zu diesem Termin nicht fertig hätten, könne er jetzt nicht

Jahren vollkommen verstopft und jeder Verkehr auf den Straßen fast unmöglich werden. Auch der Fußgänger habe ein Recht, die Straßen zu benutzen. Der Kanzler sagte, er richte an alle Autofahrer, Motorradfahrer und insbesondere an die Lastkraftwagen-Führer die dringende Bitte, Rücksicht auf die Fußgänger zu nehmen.

Ein neuer Tarifvorschlag der Sozialdemokraten

Bonn, 18. Mai. (dpa) Nach einem Tarifvorschlag der Sozialdemokraten sollen die mittleren Einkommen bei der Steuerreform stärker entlastet, dafür aber die Steuerermäßigung für die hohen Einkommen ver-

Auf die Frage, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um wirtschaftlichen Rückschlägen zu begegnen, die der Bundesrepublik aus ihrer Beteiligung an der Montan-Union drohten, antwortete der Bundeskanzler, er könne es nicht anerkennen, daß man von wirtschaftlichen Rückschlägen in Verbindung mit der deutschen Beteiligung an der Montan-Union spreche. Vor allem dürfe man die Schwierigkeiten nicht übertreiben, die sich für den Kohlenbergbau ergeben haben.

Appell an die Kraftfahrer
Zu den Gesetzentwürfen für die Neuordnung des Verkehrs sagte Adenauer: „Ich halte es für unbedingt notwendig, daß wir alles tun, damit diese Gesetze, wenn auch mit gewissen Änderungen — das wird sich finden — möglichst bald in Kraft treten.“ Es sei dringend notwendig, daß etwas Durchgreifendes geschehe, denn anders würden die Straßen in wenigen

Wieder Bomben Verwirrung

Hanoi, 18. Mai. (UP/dpa) Das französische Oberkommando hat am Dienstag seine Drohungen wahrgemacht und die Luftangriffe auf die Kolonialstraße 41 in Indochina wieder aufgenommen, um den Abtransport der kommunistischen Truppen in das Delta des Roten Flusses zu unterbinden. Noch wenige Stunden vorher hatte das Oberkommando den Kommunisten ein neues Verhandlungsangebot unterbreitet, in dem die Überwachung der Straße 41 durch eine neutrale Kommission vorgeschlagen worden war. Dafür sei Frankreich bereit, den Kommunisten Medikamente für ihre eigenen Verwundeten zur Verfügung zu stellen. Die Vietminh haben auf dieses neue Angebot jedoch nur ausweichend geantwortet.

Trotz der französischen Luftangriffe sind am Dienstag die Verhandlungen über die Verwundeten wieder aufgenommen worden.



Der 22 000 Tonnen große Passagierdampfer Uebersee-Pieranlage von Hamburg angelegt. Baukosten betragen 8,5 Millionen Mark. 650 dessen 120 Meter langer doppelstöckiger Teil

Ein neues Land: Rhein-Main-Franken?

Der Ausschuß zur Neugliederung des Bundesgebietes heute in Darmstadt

Darmstadt, 3. Mai (Eigener Bericht). In der ehemaligen großherzoglich-hessischen Residenzstadt erwartet man heute den Ausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes, den sogenannten Luther-Ausschuß. Für den Nachmittag ist im Regierungspräsidium eine gemeinsame Sitzung mit den maßgeblichen Vertretern der Politik und Wirtschaft Südhessens festgesetzt, bei der Regierungspräsident Arnoul, die Darmstädter Ansicht zur Neuordnung der Ländergrenzen im Bundesgebiet darlegen wird.

Den Südhessen, die in Darmstadt ihr wirtschaftliches und politisches Zentrum haben, liegen zwei Dinge besonders am Herzen: die von Hessen abgetrennte Provinz Rheinhesen und das badische Gebiet zwischen der südlichen Bergstraße und dem Rhein. Wie wir aus dem Regierungspräsidium erfahren,

wird man sich aber nicht auf die Regelung dieser beiden Fragen beschränken, sondern die Schaffung eines rhein-main-fränkischen Landes fordern, das in den beiden Wirtschaftszentren von Frankfurt und Mannheim seine Stützen hat. Man betont dabei, daß das Gebiet um Mannheim wesentlich engere wirtschaftliche und volksmäßige Bindungen nach Hessen als nach dem weit entfernt liegenden Stuttgart habe. Man will unter anderem Karten vorlegen, aus denen diese Beziehungen klar hervorgehen.

Die Einbeziehung Rheinhesens, zu dem von Darmstadt aus noch besonders zahlreiche Verbindungen führen, wird sowohl mit wirtschaftlichen als auch mit geschichtlichen Argumenten gefordert. Man weist zunächst darauf hin, daß die aus pfälzischen und kurmainzer Bestandteilen auf dem Wiener Kongreß neugeschaffene Provinz seit

dem Jahre 1816 zu Hessen gehört und unter den Großherzögen eine besonders segensreiche wirtschaftliche Entwicklung genommen habe. Daneben gedenkt man Karten zu unterbreiten, die beweisen, daß auch heute noch aus den entlegensten rheinhessischen Orten Arbeiter bei Opel und der MAN ihr Brot verdienen.

Man vertritt beim Darmstädter Regierungspräsidium die Ansicht, daß eine befriedigende und den wirtschaftlichen Interessen großer Landesteile günstige Lösung erreicht werden könne, „ohne daß geschichtlich Gewordenes zu sehr zerstört werden müßte“. Die zuständigen Stellen glauben, daß man die Kommission nur von dem Gesamtplan wird unterrichten können, ohne daß es schon möglich sein wird, auf konkrete Einzelfragen einzugehen.

...Lassen sich Vorwürfen...
Polizei oder irgendwelcher Behörden nicht
unterworfen ist. Es sieht sich nicht ver-
anlaßt, seine gefällte Entscheidung zu
ändern. Darum wird die Bürgschaft von
fünfzig Pfund angenommen. Der nächste
Fall.“

Als Paul den Gerichtssaal verließ, be-
merkte er die Verwirrung; Dale stritt mit
dem Friedensrichter und entfernte sich
dann abrupt durch die private Seitentür.
Nachdem Paul im Büro des Gerichts-
gehilfen die Formalitäten erledigt hatte,
konnte er eine Viertelstunde später als
freier Mann hinausgehen.

Er trat auf die Straße, wo ihn die Tages-
helligkeit wie ein glänzender Speer traf
und zum Schwanken brachte. Dann ge-
wahrte er Lena und ihren Gefährten; sie
standen keine zehn Meter entfernt auf
dem Gehsteig. Der Anblick Lenas gab
seinem verwundeten Herzen seltsamen

einer Wärmflasche an den kalten Füßen.
Es war ihm gelungen, die Milch, die Lena
ihm gebracht hatte, zu schlucken und bei
sich zu behalten. Der höllische Schmerz
stach ihn immer noch in der linken Seite;
aber das wurde ausgeglichen durch die
Erleichterung, aus der Zelle draußen und
wieder in diesem friedlichen Zimmer zu
sein.

Dunn hatte die ganze Zeit über kein
Auge von Paul gelassen.

„Geht's besser?“ erkundigte er sich.

„Viel besser“, keuchte Paul.

Dunn bemerkte nichts dazu — vielleicht
hatte er in dieser Beziehung seine eigene
Ansicht. Wieder einmal betrachtete er
seine abgebissenen Nägel, für die er eine
tiefe Bewunderung zu hegen schien. Dann
sagte er: „Hören Sie zu, Söhnchen. Ich
möchte Sie nicht belästigen, wenn Sie
krank sind. Aber soviel ich weiß, beschäf-
tigt Sie etwas. Ich erfuhr es von Lena, die

ein schläfriger Ausdruck. Dann drehte er
sich unvermittelt um und ging hinaus.

ZEHNTES KAPITEL

Dieser Mann mit den gelangweilten
Augen und den abgeknabberten Nägeln
war ein Produkt von Wortley und gewis-
sen sonderbaren Erbumständen. Sein
voller Name, Luther Aloysius Dunn — er
verborg ihn wie ein Verbrechen, und wer
ihn gebrauchte, der wurde sein Todfeind
— wies als erstes auf seinen Ursprung hin;
denn er war als Ergebnis einer „Mische-
he“ zur Welt gekommen, die im Gegen-
satz zu vielen solchen Verbindungen, wo
gegenseitige Nachsicht und Verständnis
erreicht werden, höchst unglücklich ge-
wesen war. Seine kalvinistische Mutter
und sein katholischer Vater hatten heftig
und fortwährend miteinander gestritten.

(Fortsetzung folgt.)

ONKO-GOLD, dem man höchst

AZ. Gebietsreform am Rhein

W. E. In dieser Woche hält sich Reichs-
kanzler a. D. Dr. Luther in Hessen, kurze
Zeit später in Rheinland-Pfalz auf, um
sich an der Spitze des Sachverständigen-
Ausschusses für die Vorbereitung der Neu-
gliederung des Bundesgebietes über die
Probleme bei einer Neugliederung in die-
sem Raum zu informieren.

Dr. Luther hat, wie man sich erinnert,
in den zwanziger Jahren einen Plan

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 25
für die Neugliederung des damaligen
Reichsgebietes entworfen. Damals gehörte
er schon zu den Vertretern einer kleineren
Lösung für den hiesigen Raum. Er sah die
Zusammenfassung des Volksstaates Hes-
sen und der Provinz Hessen-Nassau zu
einem Land vor. Vertreter der Wirt-
schaftsgeographie traten dafür ein, daß
auch noch die Regierungsbezirke Koblenz
und Trier und einige badische und baye-
rische Gebiete hinzukommen sollten.

Nach 1945 wurden der Volksstaat Hessen
und die Provinz Hessen-Nassau zu einem
neuen Land Hessen vereinigt. Durch den
Verlauf der Zonengrenze konnten aber die
vier dazugehörigen Kreise Oberwester-
wald, Unterwesterwald, Unterlahn und
St. Goarshausen und die frühere Provinz
Rheinessen nicht mit einbezogen werden.
Sie gingen in das neugebildete Land
Rheinland-Pfalz ein und bilden dort heute
die Regierungsbezirke Rheinessen und
Montabaur. Auf sie richten sich daher in
erster Linie die Blicke, wenn es um Fra-
gen der Gebietsreform geht. Sie werden
auch bei dem Besuch Dr. Luthers die wich-
tigste Rolle spielen, wenn daneben auch
noch andere Fragen, wie zum Beispiel im
Mannheimer, Aschaffener und nord-
hessischen Raum anstehen.

Nach der Bildung des Landes Rhein-
land-Pfalz stellen sich die Fragen der ge-
bietlichen Neugliederung in diesem Raum
ganz anders als früher. Sie werden natur-
gemäß auch diesseits und jenseits des
Rheins verschieden beurteilt. Danach
scheinen die Rückgliederungsmöglichkei-
ten der noch abgetrennten früheren hes-
sischen Gebiete zumindest erschwert. Sie
sind geradezu zu einer Existenzfrage des
Landes Rheinland-Pfalz geworden. Mit
Mainz würde es zum Beispiel eine von sei-
nen zwei Großstädten und gleichzeitig
seine Landeshauptstadt an Hessen ver-
lieren.

Die Gebietsreform ist heute wie früher
letztilich eine politische Frage. Dr. Luther
ist Politiker. Auch in den zwanziger Jah-
ren hat er sein Konzept aus den politi-
schen Gegebenheiten entwickelt und kam
zu eigenen Lösungen. So wird er es auch
heute tun. Ob es nach seinem Gutachten,
das zu keiner Entscheidung verpflichtet,
in unserem Gebiet zu Änderungen kom-
men wird, dürfte unter den jetzigen Ge-
gebenheiten schwer zu sagen sein. Das ist
vor allem auch davon abhängig, welche
Lösungen er mit seinen Kommissions-
mitgliedern für andere Teile des Bundes-
gebiets, die er schon besucht hat oder noch
besuchen will, vorsehen wird.

Fabrikdirektor und Bundestagsabgeordneter der Freien Demokraten Wellhausen keineswegs verübeln. Er kennt seine Landsleute und scheint davon überzeugt zu sein, daß sie seines Vertrauens würdig sind. Eine schlechtere Meinung herrscht hingegen wohl amtlicherseits in Würtemberg-Baden vor; hat doch der Präsident der Bundesbahndirektion Karlsruhe vor nicht allzu langer Zeit noch öffentlich vor der Aufhebung der Bahnsteigsperrn gewarnt. Mit erhobenem Zeigefinger wies er auf die Gefahren hin, die er für den Bundesbahnsäckel zu erspähen glaubte, wenn infolge der gelockerten Kontrolle an den Bahnsteigen eine wüste Schwarzfahrrerei losginge. Dieser Herr hielt also seine Landsleute für mehr oder weniger abgefeimte Spitzbuben, die sich sozusagen einen Sport daraus machen, die Eisenbahn kräftig zu betrügen. So ist es denn doch wohl nicht, und wir freuen uns ehrlich über das schrankenlose Vertrauen, das nun die alleroberste Instanz des größten Verkehrsunternehmens Europas in die Fahrgäste setzt. Wir können uns jetzt wenigstens in dieser Hinsicht mit den übrigen Europäern gleichgeschaltet fühlen. Und wir werden auch beweisen, daß sich Herr Wellhausen in seiner guten Meinung nicht geirrt hat. Im übrigen bleibt auch immer noch ein Sicherheitsventil eingebaut: die auf den Bahnsteigen eingesparten Beamten werden als zusätzliche Kontrolleure in den fahrenden Zügen eingesetzt. Aber das ist im anderen Europa auch so.

Hinter diesen

Roman eines Justizirrtums

Copyright by Scherz u. Goverts Verlag, Stuttgart
57)

Bisheriger Inhalt — kurz gefaßt

Ort des Geschehens: England. — Paul Burgess-Mathry ist davon überzeugt, daß sein Vater, der seit fünfzehn Jahren im Zuchthaus eine Strafe wegen Mordes verbüßt, unschuldig und das Opfer eines Justizirrtums ist. Paul versucht ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen und wendet sich nach mehreren Fehlschlägen an den Parlamentsabgeordneten George Birley, der den Fall „Rees Mathry“ im Unterhaus zur Sprache bringt. Der Innenminister verhält sich aber ablehnend. Auch eine Unterredung mit Staatsanwalt Sprott bleibt ergebnislos. Völlig niedergeschlagen, ohne Geld und halb verhungert, irrt Paul durch die Stadt, bis er schließlich bei dem Mädchen Lena Andersen Unterkunft findet. Eine neue Spur verfolgend, glaubt er, daß Epoch Oswald,

sammenarbeit der Landesregierung mit den Landkreisen und den Landräten habe sich in den letzten Jahren sehr bewährt. Der Präsident des Rechnungshofes von Rheinland-Pfalz, Dr. Dahlgrün, glaubte, man werde bei dem unerfreulichen Streit über den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wahrscheinlich doch auf eine Quotenfestsetzung kommen, und zwar so, daß durch einen neuen Artikel des Grundgesetzes eine Regelung getroffen werde. Grundsätzlich seien die Gemeinden daran interessiert, daß die Finanzen der Länder gesund seien, damit ein erträglicher kommunaler Finanzvergleich möglich sei.

Landespolitik Rheinland-Pfalz

StAMZ, Nl. Oppenheim / 42,4 - 26

Ein ausgeglichenes Staatswesen

Feststellungen zum Besuch des Luther-Ausschusses in Rheinland-Pfalz

zz Eine Entwicklung wäre überhaupt nicht denkbar, wenn in gewissen Zeitabständen alles wieder auf den „status quo ante“, auf den ursprünglichen Zustand, zurückgeführt würde. Das soll aber nach Ansicht gewisser Gruppen mit Hilfe des sogenannten Luther-Ausschusses geschehen, der sich in den nächsten acht Tagen im Lande Rheinland-Pfalz aufhalten wird.

Diesem Ausschuss ist die Aufgabe gestellt worden, ein Gutachten darüber abzugeben, wie eine Neugliederung der Länder im Bundesgebiet vorgenommen werden könnte, damit gewisse Voraussetzungen erfüllt werden, die im Artikel 29 des Grundgesetzes festgelegt worden sind. Nirgendwo ist dort aber gesagt, daß Länder, die nach dem Zusammenbruch neu entstanden, wieder in ihre Bestandteile aufgelöst werden müßten, damit frühere Bindungen wieder zu ihrem Recht kämen. Es wird nur verlangt, daß Länder geschaffen werden, „die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können“.

Das Land Rheinland-Pfalz ist zwar nicht durch einen Willensakt seiner Bewohner entstanden, das heißt, seine Grenzen sind entsprechend besatzungspolitischen Gründen bestimmt worden. Durch die Annahme seiner Verfassung auf Grund einer unanfechtbaren Abstimmung ist es aber am 18. Mai 1947 auf deutscher Rechtsgrundlage in den Kreis deutscher Bundesländer eingetreten.

Inzwischen hat sich das junge Staatsgebilde zu einem lebendigen Organismus entwickelt, der unter anfangs besonders ungünstigen Bedingungen seine Lebensfähigkeit bewiesen hat. Der Haushalt für das Jahr 1954 weist einen ausgeglichenen Gesamtetat auf, der zum ersten Male die Milliarden-grenze überschritten hat. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau konnten dabei um fünf Millionen auf 114 Millionen Mark erhöht werden, wirtschaftsfördernde Darlehen von fünf auf sechs Millionen. Die Darlehen für Schulbauten wurden auf die Summe von sieben Millionen verdoppelt. Für den Ausbau der Universitätskliniken konnte der Landtag fünf Millionen statt der vorgesehenen 3,5 Millionen bereitstellen. In den Jahren 1950 bis 1953 konnten über 30 Millionen Mark für die Universität ausgegeben werden. Damit dürfte bereits erwiesen sein, daß Rheinland-Pfalz als Staatswesen die Forderung nach einem wirtschaftlich und sozial zweckmäßigen Gefüge erfüllt. Das Land beruht zudem in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft auf der gesunden Grundlage von Klein- oder mittelgroßen Betrieben, die eine stabile Basis für eine gedeihliche Entwicklung bieten. Nicht zu vergessen, daß Rheinland-Pfalz das deutsche Weinland ist, so daß auf seinem Gebiete vier Fünftel des gesamten Weinmostes geerntet werden.

Geschichtliche Zusammenhänge sollen für die Bundesländer gegeben sein. Und hier

hakt der Bund „Bayern und die Pfalz“ ein, um auf eine Verbundenheit hinzuweisen, die heute nicht mehr ausschlaggebend sein kann. Die Väter des Grundgesetzes haben zweifellos vergessen, darzutun, daß Exklaven, das heißt außerhalb der Landesgrenzen liegende Gebiete, aus wirtschaftlichen Gründen bei einer innerdeutschen Flurbereinigung beseitigt werden sollten. Wenn Bayern Ansprüche auf die Pfalz machen darf, dann ist nicht zu ersehen, warum Niedersachsen als Nachfolgestaat von Oldenburg nicht seine Exklave Birkenfeld zurückverlangen kann oder Rheinland-Pfalz als Nachfolgestaat von Kur-Mainz seine frühere Exklave Würzburg im Lande der Bayern.

Eine geschichtliche Gemeinsamkeit von Rheinland-Pfalz ist unzweifelhaft gegeben. Sie beruht darauf, daß das Land etwa tausend Jahre lang, bis zur napoleonischen Zeit, als das Kernstück der mittelrheinischen Kurfürstentümer Mainz, Trier und Pfalz ein, im großen und ganzen gesehen, gemeinsames Schicksal hatte. Erst die Wiener Verträge von 1815 brachten, ohne daß die Bewohner darüber befragt wurden, die Aufteilung des mittelrheinischen Gebietes an Hessen, Preußen und Bayern. Man fragte damals auch nicht nach Voraussetzungen, wie sie im Artikel 29 des Grundgesetzes verlangt werden. Maßgebend bei der Aufteilung war nur die Befriedigung dynastischer Entschädigungsansprüche.

Mit der gemeinsamen geschichtlichen Entwicklung des rheinland-pfälzischen Gebietes sind auch die gemeinsamen kulturellen Zusammenhänge offenkundig. Es bleibt nur noch die landsmannschaftliche Verbundenheit zu erweisen. Sie ist dadurch gegeben,

daß alle Bewohner von Rheinland-Pfalz Franken sind und zwar so einheitlich des gleichen Stammes, wie das kaum in einem anderen Bundeslande der Fall sein dürfte.

Es werden sich gewiß beim Besuch des Luther-Ausschusses in den einzelnen Landesteilen Sprecher finden, die diese oder jene Voraussetzung dafür, daß Rheinland-Pfalz einem Bundeslande entspricht, wie es im Artikel 29 des Grundgesetzes gefordert wird, nicht wahrhaben wollen. Sie werden gefühlsbetonte Argumente anführen, Gründe einer parteipolitischen Zweckmäßigkeit, oder wirtschaftliche Erwägungen, die nur dann ausschlaggebend sein könnten, wenn es sich bei den Bundesländern um abgeschlossene Zollgebiete handelte. Der Beweis, daß Rheinland-Pfalz auch heute noch kein lebensfähiges Land sei und daß ihm daher auf Grund des Artikels 29 des Grundgesetzes der Garau gemacht werden müsse, selbst ohne Rücksicht auf das Saargebiet und auf eine später ebenfalls notwendige Neugliederung der jetzigen Sowjetzone, dieser Beweis dürfte schwerlich zu erbringen sein.

Als der Krieg in seiner Endphase der Wirtschaft immer mehr Menschen entzog und der Feldpostverkehr sich immer mehr verstärkte, hatte die Post große Schwierigkeiten, die Briefbeförderung und -verteilung zu bewältigen. Bauernsöhne aus abgelegenen Dörfern hätten in normalen Zeiten nie Briefe geschrieben, aber im Kriege schickten sie aus Griechenland, Norwegen oder aus dem Kaukasus viele Briefe in die Heimat. Hier mußte die Post hauptsächlich mit Aushilfskräften die Postverteilung vornehmen. Wie sollten diese Hilfskräfte wissen, wo Oberaudorf liegt, wenn nicht die Bezeichnung des Landes oder der nächstgrößeren Stadt angegeben war? Aus diesem Dilemma rettete der glückliche Einfall der Postleitzahlen.

Heute sind Postleitzahlen nicht mehr unbedingt erforderlich; denn die Post verfügt wieder über gut ausgebildetes und eingearbeitetes Personal. Noch vor wenigen Jahren war es empfehlenswert, sich der Postleitzahlen zu bedienen, wenn man an wenig bekannte Orte schrieb. Heute gibt es nicht allzu viele Leute, die wissen, daß Niederrhausen ebenso wie Wiesbaden die Postleitzahl 16 hat. Das System der Postleitzahlen ist durch ergänzende Buchstaben kompliziert und erschwert worden. Da es aber für die Postverteilung eine Erleichterung bedeutet, denkt man jetzt daran, es zweckmäßiger zu gestalten. Bis dahin sollten wir ruhig die alten Postleitzahlen vor die Bestimmungsorte setzen — sofern wir sie wissen! WGB

Fahrt des Altertumsvereins

Der Mainzer Altertumsverein unternimmt am Sonntag, 23. Mai, eine Frühlingssfahrt nach Aschaffenburg und Mespelbrunn mit Besichtigung des Schlosses, Stiftskapitelmuseums und der Stiftskirche. Auf der Hin- und Rückfahrt ist der Besuch des Erthalschen Schlosses und des Parks von Schönbusch vorgesehen.

Der Mainzer Dom — neu gesehen

Der zweite Teil der Dombesichtigung durch die Volkshochschule (Führung Dr. Leitermann) ist heute, Mittwoch, den 19. Mai, um 18 Uhr.

Die deutsche Orgelmusik

Kantor Lutschewitz setzt seine Einführungsabende in die deutsche Orgelmusik im Rahmen der Volkshochschule heute, Mittwoch, 19. Mai, um 20 Uhr fort. Der mit Beispielen reichlich versehene Abend ist im Paulussaal der evgl. Gemeinde (Barbarossaring).

Wann und wo?

„AQUA-TERRA“, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, Mainz, hat seinen nächsten Ausspracheabend am Freitag, 21. Mai,

der Aero-Club Ingelheim verdienen ganz besonders hervorgehoben zu werden. Die rege Beteiligung und die wirklich vorbildlichen Leistungen ihrer Mitglieder wur-

den: 1. Flugsportverein Sobernheim 322 Sekunden; 2. Palme, Karl, Heidesheim 314 Sek. — Fesselflieger: Geschwindigkeitssieger: Breihof, Willi, Sobernheim 105 km/h. — Kunstflug: Eßler, Herwig, Sobernheim.



Landespolitik Rheinland-Pfalz

A. Z. 20. 5. 54

Der Luther-Ausschuß an der Arbeit

Einführungsrede des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 27

Na, Mainz, 19. Mai. (Eigener Bericht.) Die Besprechungen des Luther-Ausschusses haben am Mittwochvormittag in der Staatskanzlei begonnen. Einstweilen ist lediglich die Rede bekanntgegeben worden, die Ministerpräsident Altmeier zu Beginn gehalten hat. Darin hat er zunächst an die Tätigkeit des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther erinnert, die er als Reichsminister, Reichsbahnpräsident, deutscher Botschafter in Amerika und als Reichskanzler ausgeübt hat. Dr. Luther habe auch schon im parlamentarischen Rat bei der Schaffung des Grundgesetzes mitgewirkt und nun mit dem Vorsitz im Ausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes eine besonders hohe und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen.

Die gebietliche Neuordnung Deutschlands sei eigentlich ein altes Problem. Schon in der Weimarer Republik habe der Artikel 18 der Verfassung sozusagen den Vorgänger zum Artikel 29 des heutigen Grundgesetzes gebildet. Gerade Dr. Luther habe sich bemüht, im Sinne des Artikels 18 wirksam zu werden. Das bilde jetzt eine Gewähr dafür, daß er „an die Neugliederung des Bundesgebietes mit jener Behutsamkeit und jenem Verantwortungsbewußtsein herangehe, die die Lösung dieser Frage heute sicherlich mehr als je erfordert, angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit nur einen Teil des früheren Deutschen Reiches umfaßt“.

Die Landesregierung heiße den ganzen Vorstand herzlich willkommen und sei bereit, alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen zu beschaffen, die ein objektives Urteil über die Geschichte, die Struktur und die politische Funktion von Rheinland-Pfalz ermöglichen, vor allen auch über seine Leistungen in den vergangenen schweren Jahren eines mühsamen Wiederaufstiegs.

Altmeier erinnerte an eine bemerkenswerte Episode aus dem Jahre 1948. Damals hätten die Militärgouverneure die Ministerpräsidenten ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen und zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschten. Die Ministerpräsidenten der damaligen elf Länder hätten diesem alliierten Ersuchen nicht entsprochen. Er selbst, Altmeier, habe am 16. Juni 1948 vor dem Landtag erklärt, die Neuformung und Neuabgrenzung der deutschen Länder sei eine ausschließlich deutsche Angelegenheit, für die nur deutsche Interessen in Frage kämen und nicht die offenbar vielfach voneinander abweichenden Interessen der Besatzungsmächte. Er halte sich als Ministerpräsident darum nicht für befugt, „an einer durch die Besatzungsmächte erfolgenden territorialen Neugliederung Deutschlands auch nur durch die Erstattung eines Gutachtens mitzuwirken“.

Heute sei Dr. Luther mit seinen Ausschußmitgliedern als Vertreter des von

der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses nach Mainz gekommen. Er, Altmeier, sei also von einer verständlichen Genugtuung darüber erfüllt, daß das Problem der Neuordnung jetzt in die deutsche Zuständigkeit gehöre, wie er es damals gewünscht habe.

Der Ministerpräsident schloß, indem er seine Bereitschaft wiederholte, positiv an der Verwirklichung des Artikels 29 des Grundgesetzes mitzuwirken, wobei er immer davon ausgehe, daß es sich nach dem klaren Auftrag dieses Artikels um die Neugliederung des gesamten Bundesgebietes handle.

Die Referate und vor allem die sich daran anschließende Reise werden dem Ausschuß einen unmittelbaren und lebendigen Eindruck von dem Lande vermitteln. „das als Grenzland seine Aufgabe stets darin sieht, Treuhänder Deutschlands im Westen unseres Vaterlandes zu sein“.

Die Gutachter

zz. Altreichskanzler Dr. Hans Luther, der Vorsitzende des Gutachterausschusses für die Neugliederung der Länder, ist 75 Jahre alt. Zu seinem Sachverständigen-Ausschuß gehören als stellvertr. Vorsitzender Minister a. D. Dr. Süsterhenn, Rheinland-Pfalz, Minister a. D. Dr. Strickrodt, Hessen, Staatssekretär a. D. Dr. Brill, Hessen, Generalstaatsanwalt Dr. Kratzer, München, Ministerialrat a. D. Dr. Weitz, Nordrhein-Westfalen, Dr. Paul Beyer vom Deutschen Industrie- und Handelstag, Professor Aubin von der Universität Freiburg und Regierungsdirektor Dr. Jacobs Hamburg. Ferner begleiten als engster Mitarbeiterstab den Altreichskanzler Landesrat a. D. Dr. Kühl, Westfalen und Ministerialrat Dr. Schröder, München.

Bereits im März vergangenen Jahres hat

Dr. Luther zum Ausdruck gebracht, daß sich seine Arbeit angesichts der Schwierigkeiten und Vielfältigkeiten der Probleme über mehrere Jahre erstrecken müsse.

Der Ältestenrat des Landtages von Rheinland-Pfalz hat beschlossen, wegen der Anwesenheit des Luther-Ausschusses und wegen des Parteitages der Christlich-Demokratischen Union in der Woche vom 24.—29. Mai von Ausschußsitzungen abzusehen.

Transporter

Freiung:

Kraft

Die Dame,
die am Freitagabend
(14. 5.) im Rex-Film-
theater einen schwar-
zen Stoff-Gürtel auf-
gehoben und mit-
genommen hat, ist
erkannt und wird
gebeten, denselben
umgehend an der
Rex-Kasse abzugeb.

Kapitalmarkt

Kurzfristig
3000,- DM

sucht Hohe Zin-
n und Sicherheit
boten. Off. unter
3972 an d. AZ.,
linz.

Suche
1000,- DM

gen gute Verzin-
ng und Sicherheit
ein Jahr. (Nota-
ll) Off. unter Mz
71 an die AZ.,
linz.

Pachtungen

Verkstätte

100—200 qm
kaufen od. pach-
gesucht Off. u.
6942 an d. AZ.,
linz.

Tiermarkt

weiße
Pfau-
Tauberte
kaufen gesucht.
Hechtshelm,
Südstraße 1

Lieber
Leichter,
Lieber*
Mercedes

Rein Orient
BATSCHARI-TRADITION

* Viele sagen bereits: *am liebsten!*

10 Pf

Landespolitik Rheinland-Pfalz

A. Z. 21. 5. 54.

Luther über seine Aufgabe

„Nicht Neugliederung der Länder, sondern Neugliederung des Bundes“

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 28

Mainz, 20. Mai. (Eigener Bericht.) - Nach der Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten vor dem Luther-Ausschuß in der Staatskanzlei, über die wir schon berichtet haben, dankte der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebiets, Altreichskanzler Dr. Luther, für die Begrüßung.

Dr. Luther erklärte, der Auftrag des Ausschusses beziehe sich, wie er ausdrücklich betonen möchte, nicht auf eine Neugliederung der Länder, sondern auf eine Neugliederung des Bundes. Die Mitteilungen in der Ansprache des Ministerpräsidenten über die „Londoner Empfehlungen“ betrachte er als einen wertvollen Beitrag für seine Aufgabe.

Die Ministerpräsidenten hatten es damals abgelehnt, durch die Militärgouverneure eine Änderung der Ländergrenzen vornehmen zu lassen, da es sich bei einer solchen Neugliederung um eine innerdeutsche Angelegenheit handle. Der Altreichskanzler stellte fest, der Artikel 29 des Grundgesetzes, der keine sehr einfache Lektüre darstelle, sei eine Sammlung von Rechtsbegriffen, die man nur auslegen könne, indem man sie an den Zustand in Deutschland anlege und entsprechend gedanklich ausfülle.

Es folgten dann die einzelnen Referate. Zum Thema „Geschichtliche Räume und

Grenzen im Mittelrhein“ sprachen Universitätsprofessor Dr. Steinbach, Bonn und Minister Dr. Zimmer. Ministerialdirigent Dr. Schäfer vom Justizministerium behandelte die staatsrechtliche Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz und Ministerialrat Dr. Schmitt von der Staatskanzlei die politische und Verwaltungsleistung, während der Präsident des Rechnungshofes, Dr. Dahlgrün, über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes sprach. An die Referate schlossen sich zum Teil ausführliche Diskussionen an. Der Luther-Ausschuß befindet sich am 21. Mai in Koblenz, am 22. Mai in Montabaur und am 23. Mai in Trier. Am 26. Mai wird er von der Pfalz her Rheinhessen besuchen.

an Preisen gibt es bei dem großen internationalen Photo-Porst-Wettbewerb. Der farbenfrohe „Nürnberg-Phototrichter“ (die auflagenstärkste Photo-Hauszeitschrift der Welt!) enthält die Bedingungen.

Für ein halbes Jahr kommt der Phototrichter kostenlos zu Ihnen, wenn Sie nur ein Postkärtchen an PHOTO-PORST schreiben. (Sonst bekommen ihn nur die Photo-Porst-Kunden kostenlos. Zweimonatlich ein herrliches Heft.) Lassen Sie sich gleichzeitig auch den 240seitigen kostenlosen „Photohelfer“ mitkommen. Er enthält nicht nur all die guten Markenkameras, die PHOTO-PORST bei nur einem Fünftel Anzahlung, Rest in 10 Monatsraten bietet, sondern auch wertvolle Ratschläge, interessante Lektüre und wundervolle Farbbilder. Am besten gleich mal ein Kärtchen schreiben an der Welt größtes Photohaus



, lesen
In der
ung

Rhabarber läßt grüßen

Die Sonne hat dafür gesorgt, daß Freund Rhabarber, die erste frische Frucht aus dem Garten, auch



in diesem Jahr pünktlich zur Stelle ist. Renate

macht jetzt oft einen feinen Dr. Oetker-Vanille-Pudding mit Rhabarber als erfrischende Zugabe. Besseres kann man den Kindern zum Frühjahr nicht auf den Tisch bringen. -

Aber auch die Erwachsenen langen kräftig zu.



Pudding-einfach und gut mit



Zwei Strömungen in der Pfalz

Luther: Die Frage der Mainzer Vororte müßte zu lösen sein

54.

Na. Neustadt, 25. Mai. (Eigener Bericht.) Ein weiß-blaues Transparent hat den Luther-Ausschuß begrüßt, als er bei Diedelskopf, unweit von Kusel, die Grenze des Regierungsbezirks Pfalz erreichte. „Bayern und Pfalz, Gott erhalt's“, stand darauf zu lesen.

Als der Ausschuß in Zweibrücken zu seiner ersten Besprechung mit Vertretern der Pfalz zusammentraf, war im Saal eine Nummer der Zeitschrift „Stimme der Pfalz“ in dreißig Exemplaren ausgelegt. Darin war die Tatsache, daß Vertreter der Landesregierung den Ausschuß begleiten, dahin gedeutet, daß diese wohl alles tun würden, um eine freie Meinungsäußerung des Pfälzer Volkes nicht aufkommen zu lassen. Staatssekretär Dr. Haberer ließ die Hefte entfernen. Er erklärte unserem Korrespondenten, daß bei allen Sitzungen des Ausschusses Vertreter der verschiedensten Richtungen und Gruppen volle Redefreiheit gehabt hätten.

Auf der Sitzung in Kaiserslautern begründete Oberlandesgerichtspräsident Dr. Ritterspacher das Recht der Pfalz auf „Wiedervereinigung mit Bayern“ aus der jahrhundertelangen dynastischen Verbindung und der hundertdreißigjährigen Zusammengehörigkeit. Die Landesverfassung von Rheinland-Pfalz sei am 18. Mai 1947 in der Pfalz mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Heute werde in geschlossenen Sitzungen in Anwesenheit von Beamten der Landesregierung nur geladenen Vertretern das

SIAMZ, NL Oppenheim / 42.4 - 29

Wort erteilt. Für die Pfalz bleibe aber das Recht des Wiederanschlusses bestehen.

Als Vertreter des Vereins Kurpfalz lehnte der Zweite Bürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Reichert, den Anschluß der Pfalz an Bayern als eine überlebte Vorstellung ab. Er widerspreche auch den klaren Gesichtspunkten des Artikels 29 des Grundgesetzes. Ein Anschluß an Baden-Württemberg dagegen bilde die einzige zweckmäßige Lösung.

Reichskanzler a. D. Dr. Luther erklärte in Neustadt an der Weinstraße nach einer fünfständigen Konferenz vor der Presse, der Ausschuß sei zu politischen Entscheidungen keineswegs berufen. Die Entscheidung habe die Bundesregierung zu treffen. Es dränge sich aber jedem die Frage der Mainzer Vororte auf. Jedermann sage, daß sich doch ein vernünftiges Mittel finden lassen müsse, diesen Zustand zu beseitigen. In die Außenpolitik einzugreifen, sei einem Ausschuß selbstverständlich versagt. Darum habe auch die Saarfrage bei den ganzen Beratungen keine Rolle spielen dürfen.

Der Versammlung soll empfohlen werden, die Saarfrage auf September zu vertagen. Mit der Vertagung der Saarfrage ist auch der Naters-Plan wieder etwas in den Hintergrund getreten. Es fragt sich, ob die deutsch-französischen Gespräche nun bis zum September zu einem Abschluß kommen werden, so daß die Beratende Versammlung selbst nicht mehr die internationale Saarkonferenz zu beschließen braucht.

Unsicherheit über Genf

Molotows finden bei den Delegierten geteilte Aufnahme

durch die Kommunisten vor. Ein weiterer wichtiger Punkt der Erörterungen ist die Frage, ob die politische Seite des Waffenstillstands erst nach der Einigung über eine Waffenruhe, oder im Wechsel mit den militärischen Problemen behandelt werden soll.

Es hat sich in Genf eine neue Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Verhandlungen verbreitet. Während ein Teil der Delegierten in den neuen Vorschlägen Molotows, in Genf nur die politischen Fra-

gen zu regeln, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand aber den kriegführenden Parteien zu überlassen, ein sicheres Zeichen dafür erblicken will, daß die Konferenz nunmehr erdgültig zum Scheitern verurteilt sei, glauben andere Beobachter, daß man den Verhandlungen noch eine weitere Chance einräumen solle. Eden sprach in diesem Zusammenhang am Dienstag von ein bis zwei Wochen, die man noch zugeben müsse. Die östliche Seite ließ demgegenüber erkennen, daß sie noch lange verhandeln wolle und nicht bereit sei, die Verantwortung für einen Abbruch der Konferenz auf sich zu nehmen.

Indische Bemühungen

Der indische Sonderbotschafter Menon unternahm auch am Dienstag alle Anstrengungen, um ein Uebereinkommen für einen Waffenstillstand zu erreichen. Menon führte erneut Unterredungen mit Eden und Tschou En-lai. Auch Molotow suchte den britischen Außenminister zu einer Aussprache auf-

Luther beendet seine Rheinland-Pfalz-Reise

Die Wiedervereinigung von Mainz wird befürwortet / Der Ausschuß erarbeitet erst die Empfehlung

STAMZ. NL Oppenheim / 42,4 - 30

Na. Mainz, 26. Mai. (Eigener Bericht.) Der Lutherausschuß für die Neugliederung der Bundesrepublik hat am Mittwochvormittag im Regierungspräsidium in Mainz seine Sitzung über die Probleme Rheinlans abgehalten. Anwesend waren der Regierungspräsident, Vertreter der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft, der Rektor der Mainzer Universität, ferner Vertreter der Post, der Bahn und der Kirchen sowie von den politischen Parteien der Bundestagsabgeordnete der Christlich-Demokratischen Union, Schlick, die Landtagsabgeordneten Steger (Freie Demokratische Partei) und Markschffel (Sozialdemokratische Partei).

Regierungspräsident Dr. Rückert gab zu Beginn der mehr als vierstündigen Sitzung ein grundsätzliches Referat über die Verhältnisse Rheinlans. Oberbürgermeister Stein berichtete über die Abtrennung Mainzer rechtsrheinischer Vororte. Die Stadt sei 1945 durch die Zonentrennung auseinandergerissen worden. Der linksrheinische Teil mit jetzt 108 000 Einwohnern unterstehe seit dieser Zeit dem Lande Rheinland-Pfalz in der französischen Zone, während der rechtsrheinische Teil mit 41 000 Einwohnern und mit den großen Industriegebieten zu Hessen in der amerikanischen Zone gekommen sei. Der Oberbürgermeister bezeichnete es als widersinnig, daß die Stadt in einen rheinland-pfälzischen und einen hessischen Teil zerschnitten sei. Auch außerhalb

des Artikels 29 des Grundgesetzes über die Neugliederung der Länder könne seiner Ueberzeugung nach die Rückgabe der rechtsrheinischen Mainzer Stadtteile durch einen Staatsvertrag zwischen den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Hessen erfolgen. **A. Z. 27.5.54.**

Dr. Luther bemerkte zu diesen Ausführungen, sein Ausschuß könne sich mit der Frage nicht befassen, da es sich um ein juristisches Problem handele. Persönlich, als Staatsbürger, der Zutritt zu den verschiedensten entscheidenden Stellen habe, werde er sich aber gerne dafür einsetzen, daß die Vorortfrage zugunsten der Stadt Mainz gelöst werde.

Altmeier spricht für das Land

Auf der Schlußbesprechung des Lutherausschusses in der Staatskanzlei erwiderte Ministerpräsident Altmeier auf die Ausführungen des Reichskanzlers a. D. Luther, das Saarproblem gehöre nicht zu den Aufgaben des Ausschusses, daß dieses Problem bei der Neugliederung aber doch nicht außer acht gelassen werden dürfe. Die Existenzfrage des Landes Rheinland-Pfalz werde erst dann ein normales Gesicht bekommen, wenn die besonders schweren Kriegsfolgelasten abgetragen seien. Dann werde sich auch der gesunde Ausgleich zeigen, den das Land vorzuweisen habe. Leistungsschwächere und stärkere Länder werde

es immer geben, allerdings müßten die Spitzenunterschiede ausgeglichen werden.

Altmeier wies dann an Zahlen nach, daß die Mittel aus dem Finanzausgleich im Verhältnis zum Etat des Landes ständig gesunken seien, 1951 machten sie noch 4,5, 1952 3,9 und 1953 nur noch 2,3 Prozent aus. Daß in einem Land, das erst acht Jahre bestehe, ein ausgesprochenes Staatsbewußtsein noch nicht vorhanden sei, liege auf der Hand. Der Ausschuß habe aber sicher während seiner Reise erkannt, daß sich die Bevölkerung nicht als in einem Niemandsland gefühlt habe.

„Allgemeine Zeitung“

Neuer Mainzer Anzeiger

Donnerstag/Freitag, 27./28. Mai 1954

„... einem Flugzeugträger“

20 Verletzte

...lich die Untersuchungen

...gelaufen. Im Laufe der Jahre hatte es an Bord des Flugzeugträgers schon mehrere schwere Unfälle gegeben.

Eine deutsche Anleihe für die Grundstoff-Industrie der Saar?

Strasburg, 26. Mai. (Eigener Bericht.) Mit der Verschiebung der Saar-Debatte ist bei den deutschen Abgeordneten die Erörterung der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes in den Vordergrund getreten. Man hält es für notwendig, die Saarfrage zu klären, bevor die Saarfrage...



Landespolitik Rheinland-Pfalz

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 31

A.Z. 25.5.54.

„Innerbehördlich“

zz. Seit einigen Tagen bereist der Luther-Ausschuß das Land-Rheinland-Pfalz, um sich ein Bild von den landsmannschaftlichen, wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnissen in dem neuen Staatswesen zu machen. In den verschiedenen Landesteilen finden Sitzungen statt, an denen Vertreter der Behörden, der Kirchen, des kulturellen Lebens, der Wirtschaftsorganisationen und der Parteien teilnehmen. Nur die Vertreter der Presse sind dabei ausgeschlossen.

Jeden Tag wird eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, wer bei dieser oder jener Zusammenkunft gesprochen habe, welches Thema von ihm behandelt worden sei. Wenn man Persönlichkeit und Thema kennt, vermag man etwa die Tendenz des Vortrages zu erraten. Aber genügt das? Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, mehr zu erfahren.

Zugegeben, Dr. Luther hat selbst erklärt, es gehe seinem Ausschuß nur darum, Akten zu sammeln, um vielleicht im Frühjahr nächsten Jahres dem Bundesinnenministerium Empfehlungen für eine Neugliederung des Bundes vorlegen zu können. Seine Arbeit wird dennoch als so wichtig empfunden, daß bereits Verbände sich verpflichtet fühlen, öffentliche Erklärungen abzugeben, die sich mit den Untersuchungen des Luther-Ausschusses befassen. So hat sich beispielsweise der dritte Landesverbandstag der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) Rheinland-Pfalz (laut „Deutsche Presse-Agentur“) am Sonntag in Mainz gegen eine Auflösung des Landes ausgesprochen, da es sich zu einem eigenständigen Staatsgebilde entwickelt habe. Andererseits entfalten in der Pfalz die An-

hänger eines erneuten Anschlusses an Bayern eine heftige Propaganda für ihre Ziele.

Das kann weiter nicht erstaunen, aber es ist bedauerlich, daß der Bund „Bayern und Pfalz“ mit dem Anschein einer gewissen Berechtigung der Landesregierung dabei unterstützen kann, sie versuche, die Meinungsbildung der pfälzischen Bevölkerung zu unterdrücken. Ein Sprecher des Bundes hat nämlich erklärt, dies gehe daraus hervor, daß die Presse zu der für das Schicksal der Pfalz bedeutungsvollen Besprechung bei der Bezirksregierung in Neustadt und zu den übrigen Besprechungen in der Pfalz nicht zugelassen werde.

Auch bei der Eröffnungssitzung in Mainz, in Koblenz, Montabaur und Trier war die Presse nicht anwesend. Man kann daraus nicht, wie es der Bund „Bayern und Pfalz“ tut, der Landesregierung in Mainz deshalb einen Vorwurf machen. Altreichskanzler Dr. Luther hat selbst in Montabaur erklärt, es handle sich bei der Arbeit seines Sachverständigen-Ausschusses um einen „rein innerbehördlichen Vorgang“, weshalb Einzelheiten über seine Tätigkeit grundsätzlich nicht mitgeteilt werden sollen.

Dieser Einstellung mag man insoweit Verständnis entgegenbringen, daß der Ausschuß keine öffentlichen Versammlungen wünscht, bei denen vielleicht von Interessenten versucht werden könnte, die Szene zum Tribunal werden zu lassen und die Hinrichtung des Landes Rheinland-Pfalz mit Hilfe der Straße zu fordern. Aber mögliche Mißverständnisse und die Verdächtigung der Landesregierung unwillkommene Meinungen könnten nicht genügend zu Gehör kommen, wären von vornherein ausgeschlossen, wenn die Presse als das Ohr der Öffentlichkeit bei den Sitzungen zugegen wäre. Die Versicherung, es handle sich nur um innerbehördliche

Vorgänge, will uns nicht einleuchten, denn es werden überall Vertreter zugezogen, die keiner Behörde angehören.

Der Luther-Ausschuß möge sich daher überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den bisherigen Ausschluß der Presse aufzuheben und ihre Vertreter wenigstens bei der Abschlußsitzung in Mainz zuzulassen.

andere räumen erklären, das Erbe habe kurz vor dem Kriege gerade ausgezahlt werden sollen. Dessen ungeachtet unternahmen Ahnenforscher bis jetzt immer wieder weite Reisen, um jeder winzigen Spur Reinhardts in Kirchenbüchern oder Familienchroniken nachzugehen.

... die schmeckt,
und bekömmlich ist sie auch!



... die schmeckt,
und bekömmlich ist sie auch!

Günstige Finanzlage in Rheinland-Pfalz

42.
20.5.54. Ein Vierteljahresbericht der Landes-Finanzverwaltung

zz Mainz, 25. Mai. (Eigener Bericht.) Die Landes-Finanzverwaltung von Rheinland-Pfalz hat soeben einen ausführlichen Bericht von 33 Schreibmaschinenseiten über das erste Vierteljahr 1954 vorgelegt. Er dürfte sehr gut als Beitrag zu den „Akten“ des Lutheraususses zu verwenden sein, da er bedeutungsvolle Einblicke in die finanziellen Verhältnisse des Landes gewährt. Wir greifen die wichtigsten Angaben heraus.

Das Aufkommen der Einnahmen entspricht im wesentlichen der befriedigenden Entwicklung der drei vorhergehenden Vierteljahre des Rechnungsjahres. Bei den Steuereinnahmen und bei den übrigen Einnahmen des Haushalts ist das veranschlagte Soll in den meisten Fällen überschritten worden. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts haben im ersten Quartal rund 181 Millionen betragen. Die straffe Haushaltsführung wird es wahrscheinlich ermöglichen, den Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1952 weitgehend abzudecken. Im außerordentlichen Haushalt wird das Haushaltssoll nach dem derzeitigen Stand nicht voll in Anspruch genommen werden. Wie man sich erinnern wird, ist für das Rechnungsjahr 1954 der Haushaltsplan wiederum in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen, und zwar im ordentlichen Haushalt mit 847 Millionen und im außerordentlichen Haushalt mit 195 Millionen Mark.

An die Gemeinden und Gemeindeverbände sind im ersten Quartal 1954 insgesamt 7,31 Millionen Mark ausgeschüttet worden. Damit sind die Verpflichtungen des Landes auf Grund des Finanzausgleichs den Gemeinden und Landkreisen gegenüber für das Rech-

nungsjahr 1953 nahezu restlos erfüllt. Die noch ausstehenden Zahlungen werden erfolgen, sobald ihre endgültige Höhe feststeht.

Die Besatzungskosten haben sich gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr für die Streitkräfte und Verwaltungsdienststellen von 108,8 auf 104,6 Millionen Mark verringert, die nicht anerkannten Besatzungskosten von 15,6 auf 13,1 Millionen Mark. Vom Landesentschädigungsgericht sind im ersten Quartal 5484 Schadensfälle abgewickelt worden, die ausgezahlten Beträge belaufen sich auf 2,01 Millionen Mark. Die Freigabe von 158 Wohnungen, acht Gewerbebetrieben, zwei Schulen und einem Sportplatz konnte in der gleichen Zeit erreicht werden. Bei den alliierten Dienststellen waren währenddessen 53 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, von denen rund achttausend unmittelbar aus alliierten Mitteln entlohnt wurden. Im Zusammenhang mit Bauten für die alliierten Streitkräfte sind für Gemeinden an Aufschließungs-Darlehen 729 000 Mark gewährt worden.

Der Schuldenstand des Landes beträgt insgesamt 275,9 Millionen, davon 116,19 Millionen für den sozialen Wohnungsbau. Demgegenüber betragen die Ausgleichsforderungen 669,07 Millionen Mark. Rund 422,5 Millionen Mark waren bis 31. März ins Landes-schuldbuch eingetragen, das sind rund 87 Prozent der Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Bausparkassen und der Landes-zentralbank von Rheinland-Pfalz.

Im ersten Vierteljahr 1954 sind Erhebungen über das unbewegliche und bewegliche Vermögen des Landes angestellt worden. Nicht berücksichtigt wurde dabei das Ver-

waltungsvermögen des Landes und was sich im Gemeingebrauch befindet, wie Straßen, Wasserstraßen und Brücken. Bei den Forsten konnten Werte überhaupt nicht eingesetzt werden, da bundeseinheitliche Bestimmungen fehlen. Bis zu der für 1. April 1955 vorgesehenen Vermögensrechnung glaubt man, diese Mängel beseitigen zu können.

Das Vermögen der Heil- und Pflegeanstalten, Haftanstalten wird mit 13,8 Millionen angegeben, das Betriebsvermögen der landwirtschaftlichen Domänen, Weinbaudomänen, Lehr- und Versuchsanstalten sowie der Staatsbäder beläuft sich auf die gleiche Summe. Das allgemeine Kapital- und Sachvermögen wird mit 33,8 Millionen ausgewiesen. Den größten Anteil machen Kapitalbeteiligungen aus, 37,9 Millionen, sowie Darlehnsforderungen 262,47 Millionen, womit sich das zunächst mit Vorbehalten errechnete Landesvermögen insgesamt auf rund 379,6 Millionen Mark beläuft. Ein Sondervermögen an Grundstücken und Gebäuden aus ehemaligem nationalsozialistischem und jüdischem Vermögen wird mit 15,4 Millionen Mark ausgewiesen.

ndige Tradition

K S T E I N

Jahre und Jahrzehnte sind gekommen und gegangen, und vieles hat sich gewandelt, seit die erste ECKSTEIN geschaffen und gern geraucht wurde. Über alle Zeiten aber haben die Tabakmeister einander ihre in lebendiger Tradition erworbene Cigaretten-Fachkunst getreulich weitergegeben. Und so konnte die ECKSTEIN zur Freude der Raucher immer eine Muster- und Meister-Cigarette sein und bleiben.



Luther-Ausschuß auf der Fahrt

Mainz, 21. Mai. (Eigener Bericht.) Während die beiden ersten Tage des Besuches des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes in Rheinland-Pfalz der Erörterung von zusammenfassenden Grundsatzfragen gewidmet waren, hat der Ausschuß am Freitag von Mainz aus seine Fahrt durch das Land angetreten, wo die einzelnen Regierungsbezirke aufgesucht werden. Er will so die Eindrücke der allgemeinen Darlegungen der Mainzer Referate durch Besichtigungen und Fühlungnahme mit den Vertretern der Wirtschaftsorganisationen, der Parteien, der Kirche, des Kulturlebens und der Behörden an Ort und Stelle vertiefen. Die Schlußbesprechung führt dann die Teilnehmer am 26. Mai wieder in Mainz zusammen.

Am 20. Mai referierte Prof. Dr. Zwick, Präsident des Statistischen Landesamtes, Bad Ems, über „Die Stellung der rheinisch-pfälzischen Wirtschaft in der Wirtschaft des Bundes“. Sein Vortrag wurde ergänzt durch Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Steinlein vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr über den Aufbau der Wirtschaft und des Verkehrs in Rheinland-Pfalz. Den Arbeitsmarkt und das soziale Gefüge des Landes schilderte Minister a. D. Junglas vom Sozialministerium. Ministerialdirektor Hartmann sprach über die rheinisch-pfälzische Landwirtschaft und den Abschluß bildete ein Vortrag von Archivdirektor Dr. Illert, Worms, über das Thema „Der rheinisch-pfälzische Raum als kulturgeschichtliche Einheit“.

A. Z. 22.5.54.

Die Sozialdemokraten zur Neugliederung

Mainz, 25. Mai. (x) Die Sozialdemokratische Partei halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß bei einer kommenden Entscheidung in Fragen der Gebietszugehörigkeit in erster Linie der Willê der rheinhessischen Bevölkerung respektiert werden müsse.

erklärte der Bezirksvorsitzende G. Markschffel zu den Beratungen des Luther-ausschusses, Um dem Volkswillen Ausdruck zu geben, bestehe die Möglichkeit einer Volksabstimmung.



SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 35

Stein sprach im Luther-Ausschuß

Oberbürgermeister Franz Stein hielt gestern vor dem Luther-Ausschuß ein Referat über Mainz, die „amputierte Stadt im Westen“, wobei er die unseren Lesern bekannte, durch die Halbierung entstandene unglückselige Situation schilderte und zum Schluß folgendes betonte:

„Nachdem die Gründe für die Abtrennung der rechtsrheinischen Mainzer Stadtteile restlos fortgefallen sind, ist es nicht nur das Recht, sondern vielmehr die Pflicht von Bürgerschaft und Stadtverwaltung, auf die Wiederherstellung des alten, rechtlich verbrieften Zustandes zu bestehen. Die Stadt erhofft sich auch von dem Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes eine Unterstützung ihrer Bemühungen um die Wiederherstellung ihrer Einheit.“ (Siehe auch Seite 2.)

entwendeten elf Doppelrollen bräunliche und grünliche Tapeten. Wer sachdienliche Wahrnehmungen gemacht hat, wird von der Kriminalpolizei um Benachrichtigung gebeten.

rt

dh zu den Flörsheimern olitik soll der Bürger stehen

Woche wolle er bis 20 Uhr Sprechstunde abhalten, möglichst mit den Beigeordneten und dem Stadtverordnetenvorsteher zusammen, damit etwaige Entscheidungen getroffen werden können. Ihm komme es darauf an, allen zu helfen, soweit dies in seiner Macht stehe, doch forderte er auch Verständnis für unpopuläre Maßnahmen, die im Interesse

Oberhessische Bauernwurst

standen zur Debatte.

SIAMZ, NL Oppenheim / 424 - 36

Luthers Reise 24.5.54.

Montabaur, 23. Mai. (Irp) Der Luther-Ausschuß wird seine Empfehlungen für die Neugliederung voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres dem Bundesinnenministerium vorlegen können, teilte der Altreichskanzler in Montabaur einem dpa-Vertreter mit. Er hoffe, daß der Ausschuß bis zu diesem Zeitpunkt seine Arbeiten beenden könne. Einzelheiten sollen grundsätzlich nicht mitgeteilt werden, da es sich bei der Arbeit des Sachverständigen - Ausschusses um einen rein innerbehördlichen Vorgang handle.

Dr. Luther hatte in Koblenz erneut betont, daß der von ihm geleitete Ausschuß nur Unterlagen für eine Neugliederung des Bundesgebietes, nicht aber für die Reform einzelner Länder schaffen solle. Dabei gehe es nur darum, Akten zu sammeln, um zu einem Urteil zu kommen. Die eigentliche

Neugliederung werde dann dem Gesetzgeber obliegen.

Der Ausschuß bereiste am Samstag Montabaur. Er hielt sich vor allem im Kreis Altenkirchen auf. In Wehbach wurden die Mitglieder in einer vom rheinland-pfälzischen Justizminister Bruno Becker geleiteten Sitzung von Vertretern der Wirtschaft über die wirtschaftliche Lage der Industrie dieses Gebietes unterrichtet. Bei der Bezirksregierung in Montabaur fand eine zweite Sitzung statt, in der Regierungspräsident Dr. Schüling über die Verhältnisse in seinem Verwaltungsgebiet berichtete.

Am Sonntag besuchte der Luther-Ausschuß den Regierungsbezirk Trier und am Montag und Dienstag die Pfalz. Für Mittwoch ist eine Abschlußbesprechung in Mainz vorgesehen. An sämtlichen Sitzungen nahmen Vertreter der Wirtschaftsorganisationen, der Parteien, der Kirchen, des kulturellen Lebens und der Behörden teil.

modernem Gemüth der jungen
Laden.

Das eben noch müde Gesicht des Juweliers strahlte urplötzlich Freundlichkeit aus. „Womit kann ich Ihnen dienen, mein Herr?“

„Einen Brillantring hätte ich gern!“

Die neue Welt

fluß aus. Im kommenden Juni und Juli werden in mehreren Gegenden Frankreichs literarische und musikalische Gedenkveranstaltungen stattfinden. Die Hauptfeier ist am 1. Juli in Paris.

Voltaire-Blamage geht weiter

Die Erregung über den grotesken Voltaire-Prozeß in Wien, der zum Freispruch eines Verlegers führte, hat neue Nahrung bekommen, weil der Staatsanwalt die Revision des Urteils beantragt hat. Bitter schreibt eine österreichische Zeitung dazu: „Nun wird also der Oberste Gerichtshof wegen Voltaire bemüht werden, trotz allen Vorstellungen des PEN-Klubs, der Buchhändler und der Presse, trotz dem schallenden Gelächter des Auslandes über diese Tölpelereien in Wien, das sich eine Kulturstadt nennt, trotz den Protesten aller fortschrittlichen Menschen in Oesterreich gegen die gute alte österreichische Sittenpolizei. Gibt es keine Stelle in unserer Republik, die diesem Amoklauf der Unbildung und Borniertheit Einhalt gebietet?“ **AR**

Der Phlegmatiker geht langsam und langsam um das Hindernis herum.

Der Sanguiniker sieht im Hindernis eine Abwechslung und springt über

Landespolitik Rheinland-Pfalz

A. Z. 29. 5. 54

Nach Luthers Informationsreise

STAMZ, NL Oppenheim / 42.4 - 37

Der Altreichskanzler über Sinn und Zweck seiner Tätigkeit

Der Luther-Ausschuß zur Neugliederung des Bundesgebietes hat seine Informationsreise durch Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Seine Mitglieder haben das Land, das letzte, dem sie ihr Augenmerk zuwandten, schon den Rücken gekehrt. Es läßt sich nicht leugnen, sie lassen bei manchen seiner Bewohner ein Unbefriedigtsein zurück. Man hört von ihnen die Frage, was denn nun eigentlich der Zweck der Übung gewesen sei, wenn jetzt doch niemand wisse, ob Rheinland-Pfalz — als „nichtexistenzfähig“ in seine Bestandteile aufgelöst werde. Oder ob es — als eigenständiger Staat, der die Voraussetzungen des Artikels 29 Absatz 1 des Grundgesetzes erfüllt — für immerdar unter den Bundesländern einen festen und wohlgeachteten Platz einnehmen werde.

Der Altreichskanzler bemerkte bei einer abschließenden Pressekonferenz in Mainz, es habe ihm die größte Freude bereitet, in einer norddeutschen Zeitung die Schlagzeile zu lesen: „Luther kam, hörte und — schwieg“.

Der 74jährige mit dem überlegenen Lächeln der Wissenden schwieg sich auch in Mainz vor der Presse aus. Er gab bemerkenswerte Erläuterungen über Sinn und Zweck seiner Aufgabe. Er antwortete mit schlagfertigen Paraden, er wich auch mit witzigen Bemerkungen eindeutigen Fragen aus. Nur zu etwas ließ er sich nicht verlocken, zu einer Andeutung darüber, welches Ergebnis seine Informationsreise durch Rheinland-Pfalz habe, das heißt, in welchem Sinne sich das Gutachten äußern werde, das der Ausschuß der Bundesregierung bis zum nächsten Frühjahr erstatten will. Als ihn einer der anwesenden Journalisten auf eine angebliche Bemerkung in der Pfalz festlegen wollte, äußerte Dr. Luther lächelnd: „So etwas würde ich nicht einmal zu mir selbst sagen.“ Auf eine andere Frage erklärte er, daß seine Aufgabe nichts mit den Bestrebungen des Luther-Bundes zur Neuordnung des Reiches in der Weimarer Zeit gemeinsam habe.

Was ist denn nun wirklich der Sinn der Übung? Hat sie überhaupt einen praktischen Zweck? Dr. Luther gab eine sehr einleuchtende Erklärung dafür ab, warum er sich mit seinem Ausschuß „gleichsam wie ein reisendes statistisches Amt“ betätige. Der Artikel 29 des Grundgesetzes, der sich mit der Neugliederung des Landesgebietes befaßt, ist zur Zeit durch die Alliierten noch gestoppt. In dem Augenblick, in dem er in Kraft gesetzt wird, beginnt eine kurz bemessene Frist von einem Jahre für die gesamte Neugliederung zu laufen. Das heißt, zunächst muß ein Ausführungsgesetz erlassen werden, zu dessen Beratung und Annahme eine Mindestzeit von vier Monaten erforderlich ist. In den verbleibenden acht Monaten haben beantragte Volksbegehren und Volksentscheidungen stattzufinden, wozu Dr. Luther bemerkte, daß er durchaus ein Freund von vernünftigen Volksbegehren sei. In den gleichen acht Monaten hat die Bundesregierung aber auch politische Entscheidungen zu fällen, für die sie Unterlagen benötigt, die bisher noch nicht vorhanden

waren. Eine umfassende Schau Deutschlands in diesem Sinne gibt es nicht. Sie zu beschaffen ist die festumrissene Aufgabe, die der Luther-Ausschuß erhalten hat und die er, so objektiv wie nur möglich, zu erfüllen bemüht ist. Es kommt ihm auf klare Sachdarstellungen an und Dr. Luther versicherte, bei dem Bestreben nach Objektivität werde man es auch in keinem Falle unterlassen, eine Regierungsdarstellung eingehend nachzuprüfen.

Aus den „raumforschenden“ Untersuchungen wird der Luther-Ausschuß ein Gutachten erarbeiten, das aber nach den Worten des Altreichskanzlers, die Zuständigkeitsgrenzen nicht überschreiten werde. Es werde „nicht einmal die Andeutung einer Entscheidung“ enthalten und nicht mehr darstellen, als statistisches Material, das „unter der Verpflichtung zur Dienstverschwiegenheit“ gesammelt worden sei. Auch die Regierung von Rheinland-Pfalz wird, wie alle Länderregierungen der Bundesregierung eine abschließende Denkschrift überreichen.

Die Dienstverschwiegenheit gibt eine Erklärung für die trotzdem bedauerliche Tatsache, daß die Presse zu den Sitzungen des Ausschusses nicht zugelassen wurde. Das führte namentlich in der Pfalz zu Mißdeutungen, da von Interessentengruppen „öffentliche Streitgespräche“ angekündigt worden sind, die lediglich zur politischen Seite des Problems nicht zur Raumforschung und zur Meinungsbefragung gehören. Es ist dem Ausschuß verdacht worden, daß er, ebenso wie in den anderen Ländern die Landesregierung zur Hilfe nahm, um die maßgebenden Strömungen im Lande kennenzulernen. Dr. Luther meinte mit einem Lächeln, die Gegensätzlichkeit der Äußerungen in der Pfalz hätte klar bewiesen, daß die Persönlichkeiten, die zu Worte kamen, nicht im Interesse der Landesregierung ausgewählt worden seien. Wenn man von den Ausschußsitzungen in der Pfalz auf kommende Streitgespräche nach Freigabe des Artikels 29 schließen wolle, so müsse er annehmen, daß sie eine „sehr schöne Veranstaltung“ werden würden.

Inzwischen läuft weiter Wasser den Rhein hinunter, es wird vermutlich noch viel Wasser sein. Und inzwischen wird sich vermutlich das Zünglein der Waage für das Weiterbestehen des Landes Rheinland-Pfalz weiter senken. Im Trierer und Koblenzer Gebiet hat man sich, wie wir von Sitzungsteilnehmern erfahren, nur bei einer Auflösung des Landes für einen Anschluß an Nordrhein-Westfalen ausgesprochen. Selbst im Regierungsbezirk Montabaur soll man nicht bedingungslos einen Anschluß an Hessen der Zugehörigkeit bei Rheinland-Pfalz vorgezogen haben. In der Pfalz stehen sich drei Gruppen gegenüber, von denen sehr wohl jene die Mehrheit hinter sich haben kann, die für das Verbleiben bei Rheinland-Pfalz ist. Und in Rheinhessen haben sich anscheinend vor dem Ausschuß nur die Sozialdemokraten rückhaltlos, die Freien Demokraten dagegen sehr bedingt und mit erheblichen Vorbehalten für den Anschluß an Hessen ausgesprochen. Die Flieh-Kräfte scheinen eben weniger stark zu sein als jene Kräfte, die das Beharrungsvermögen unterstützen. Und schließlich: Ein einmal bestehender Organismus zeigt immer das Bestreben, noch mehr zusammenzuwachsen.



Louisiana, hat bereits
Deutschland ihren Ruf
und sie die Aida singen.

Astrid Varnay ist Mitglied der Metropolitan Opera in Neuyork.
Sie kam durch ihre Bayreuther Gastspiele nach Europa und wird
in Mainz als Kundry in Richard Wagners „Parsifal“ zu hören sein.

UITENBERG- FÜHRUNGEN 1954

Sängerinnen und Sänger kommen nach Mainz

Ein bekannter Dirigent hat einmal erzählt,
er habe, als er eine Reihe besonderer Auffüh-
rungen vorzubereiten hatte, einen schreck-
lichen Traum gehabt. Er sei am ersten Abend
der Aufführungen im Orchesterraum auf sein

Bau des Teilstücks durch den Len-
SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 38

Die Ingelheimer Umgehungs-
straße wird zu Pfingsten noch nicht dem
Verkehr freigegeben werden können. Erst
14 Tage später dürfte sie ganz fertig sein.
Diese Feststellung war das Hauptergebnis
einer Besprechung bei der Mainzer Bezirks-
regierung. Befürchtungen, die man in Gon-
senheim und Mombach, aber auch in Bu-
denheim wegen einer übermäßigen Ver-
kehrslastung durch den Kraftverkehr der
Pfingsttage nicht ohne Grund hegte, sind
damit gegenstandslos geworden. Ingelheim
aber wird es bedauern, daß auch an diesen
beiden Tagen seine Hauptstraße wieder
zu einem Strom von Motorfahrzeugen wer-

Kritik an der Lutherreise

Na. Mainz, 30. Mai. (Eigener Bericht.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beruft sich in einer Großen Anfrage auf die Kritik, die in der Öffentlichkeit vielfach an den Vorbereitungen zur Reise des Lutherausschusses durch Rheinland-Pfalz geübt worden sei. Die Landesregierung habe bei der Auswahl der einzuladenden Personen und der Verpflichtung der Referenten „eine offensichtliche Einseitigkeit“ gezeigt. Die Fraktion bittet um Auskunft über die Gesichtspunkte, die dabei maßgebend waren.

Ein Rededuell Altmeier-Schmidt im Landtag

Heftige Kritik der Sozialdemokraten an der Vorbereitung zum Besuch des Luther-Ausschusses

Na. Mainz, 14. Juni. (Eigener Bericht.) Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat am Montag einstimmig die Mitglieder für die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten bestimmt und das Abkommen zwischen den an den Rhein angrenzenden Ländern über die Schiffsgerichts-Bezirke angenommen. A.Z. 15.6.54.

Eine „Große Anfrage“ der sozialdemokratischen Fraktion über die Vorbereitung des Besuchs des Luther-Ausschusses durch die Staatskanzlei führte dann zu einem Rededuell zwischen dem Abgeordneten Schmidt und Ministerpräsident Altmeier. Als Wortführer der Sozialdemokratie erklärte Schmidt, seine Partei bleibe bei ihrer alten Auffassung, daß das Land keine Existenz-Berechtigung habe. Auch heute noch seien die Gefahren für ein deutsches Land, das nur linksrheinisch gelagert sei, nicht überwunden. Die Spekulanten, die zwischen 1945 und 1947 mit dem Plan der Bildung eines Landes ähnlich dem heutigen Saargebiet gespielt hätten, gäben ihr Spiel noch nicht ganz verloren. Wie es mit der deutschen Souveränität bestellt sei, zeigten ja noch die Presseberichte über den Prozeß in Koblenz gegen einen Werber für die Fremdenlegion und die Flucht, durch die sich der maßgebende Zeuge der Sureté habe entziehen müssen. Es wäre gut, wenn der Justizminister eine Erklärung darüber ab-

Die Entgegnung des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Altmeier antwortete daß die sozialdemokratische Anfrage ja eigentlich nur zwei ganz spezielle Fragen enthalte, über deren Bereich der Sprecher weit hinausgegangen sei. Die eigentliche Neugliederung stünde gar nicht zur Tagesordnung. Wenn aber der Abgeordnete Schmidt auf den besonderen politischen Charakter des Augenblicks angespielt habe, so müsse er sagen, daß es doch wichtigere Fragen auf der Welt gebe, als die der staatlichen Neugliederung und daß man eine Rangordnung der Werte anerkennen müsse. Er selbst habe vor dem Luther-Ausschuß ausdrücklich erklärt, daß die Landesregierung in voller Bereitschaft an der Ausführung des Artikels 29 und seiner Vorbereitung mitarbeiten wolle. Wenn die Sozialdemokratie der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft zugestimmt hätte, dann wäre ja auch der Artikel 29 sofort in Kraft getreten. Er als Ministerpräsident müsse aber auch darauf hinweisen, daß alle Parteien gerade in den Jahren 1945 bis 1947 immer zusammengestanden hätten. Die Sozialdemokratie habe selbst an der Verfassung mitgewirkt. Sie habe sich auch an der Regierungskoalition beteiligt. Sie habe bei dieser Gelegenheit einmal erklärt, daß eine Neuregelung zur Unzeit nicht behandelt werden solle. Die Unzeit sei also offenbar nur dann gegeben, wenn die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung sei. Auch sei man doch letzten Endes über eine rechtsrheinische Verankerung des Landes allgemeiner Meinung. Warum solle man nicht jetzt auch diese rechtsrheinische Verankerung von Kaub aus rheinaufwärts bis gegenüber von Mainz und Wiesbaden ausdehnen.

Die Zusammensetzung der Referenten

Wenn man den Altreichskanzler Luther zu der Verfassungsfeier eingeladen habe, so sei dies doch wohl nicht mehr gewesen als eine Frage des Geschmacks und Anstandes. Der Zapfenstreich am Abend des Verfassungstages habe in Mainz übrigens recht gut gefallen. Man habe ihn veranstaltet, weil in München der sozialdemokratische Innenminister Högnert einen so schönen Zapfenstreich gemacht habe, so daß man ihn jetzt auch in Mainz nachahmen wollte. Die Be-

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 39
gebe, ob diese Meldungen zutrafen oder nicht.

Schmidt sagte, er glaube nicht, daß die Verfassungsfeier und die Rede, die der Innenminister dabei gehalten habe, auf den Altreichskanzler Luther einen großen Eindruck gemacht hätten. Auch von dem Fackelzug, der an diesem Abend von der Polizei veranstaltet wurde, könne man wohl das gleiche sagen. Polizisten als Fackelträger im Gleichschritt seien keine sehr schöne Angelegenheit. Wenn allerdings eine Abstimmung in Rheinland-Pfalz eine Mehrheit für den Bestand des im Jahre 1946 geschaffenen Landes ergäbe, dann sei für die Sozialdemokratie jede Diskussion für immer beendet. Für den Luther-Ausschuß aber habe man die Meinung gelenkt. Die Ministerialbürokratie und nicht die Parteien, die bei den deutschen politischen Angelegenheiten maßgebend seien, hätten die maßgebende Rolle dabei gespielt. Die Ministerialbürokratie spiele sich überhaupt immer mehr in den Vordergrund. Der Artikel 29 des Grundgesetzes gebe erstmalig dem deutschen Volke einen verfassungsrechtlich begründeten Auftrag, aus eigener Kraft und Verantwortung eine vernünftige Raumordnung in Deutschland zu formen. Er sei der Meinung, daß drei möglichst starke Länder nebeneinander die beste Barriere gegen einen überspitzten Föderalismus darstellten.

stellung der Referenten vor den Luther-Ausschuß sei ebenso wie die Einladung der verschiedensten Gruppen der Bevölkerung nach einem vom Luther-Ausschuß selbst genau vorgeschriebenen Schema erfolgt, das auch bei allen anderen Bundesländern angewendet worden sei. Es gehe aber auch nicht, daß man einerseits die Zugehörigkeit von Beamten zu politischen Parteien wünsche, andererseits diesen Beamten, wenn sie als Beamte irgendeine Funktion erfüllten, auf einmal parteipolitisch bewerte, wie es die Sozialdemokratie offensichtlich mit ihrer Frage nach der Zusammensetzung der Referenten und der Geladenen vor den Luther-Ausschuß tue.

Abgeordneter Schmidt antwortete darauf, daß eine Mitarbeit an der Verfassung und an der Regierung durch seine Partei keines-

wegs ein Verzicht auf ihre Grundsätze bedeute. Die Art der Auswahl der Referenten und Teilnehmer für den Luther-Ausschuß sei von der Landesregierung mit unbestreitbarem Geschick gehandhabt worden.

Für die Freie Demokratische Partei betonte der Abgeordnete Motz, daß man doch in aller Ruhe den Artikel 29 praktizieren solle, wenn es so weit sei. Die Freie Demokratische Partei stehe auf dem Standpunkt, daß Länder geschaffen werden müßten, die sich selbst tragen könnten.

Die Besoldung der Richter

Das Haus nahm dann nach längerer Debatte ein Gesetz zur Änderung und Erhöhung des Besoldungsrechtes für Richter und Staatsanwälte in zweiter und dritter Beratung an.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hertel begründete dann eine Große Anfrage seiner Fraktion über die Stellungnahme der Landesregierung zu der Regelung des Verhältnisses zwischen Bundesbahn und Verkehrsgewerbe. Das Gesetz sei geeignet, das Verkehrsgewerbe in die größten Schwierigkeiten zu bringen. Die Probleme könnten vom Standpunkt einer zeitfremden Bürokratie nicht gelöst werden und das Land Rheinland-Pfalz werde in seinen sowieso schon starken finanziellen Spannungen unter der von der Regierung gewünschten Lösung zu leiden haben.

Ministerpräsident Altmeier erwiderte darauf, daß man die komplizierten Gesetze nicht einfach ablehnen könne. Die Landesregierung habe im Bundesrat eingehend bei der Vorbereitung der Gesetze mitgewirkt. Von 60 Abänderungsvorschlägen seien im Bundesrat damals 40 angenommen worden, darunter jener, den das Land selbst eingebracht habe. Dieser diene, wie bereits berichtet, dem Transportgewerbe im Saargrenzgürtel. Die Gesetze gingen aber jetzt an den Bundestag, und es liege bei den Fraktionen des Hauses, über ihre Bundestagsfraktionen ihre Wünsche geltend zu machen. Ob die Landesregierung im Bundesrat, wenn die Gesetze nach ihrer Verabschiedung im Bundestag wieder vor dieses Gremium kommen, ihre Zustimmung geben werde oder nicht, könne unmöglich schon heute gesagt werden, denn eine Stellungnahme sei erst dann möglich, wenn man wisse, was der Bundestag nun endgültig verabschiedet habe.

Am Ende der Geduld sich endlich entscheiden

Souveränität beim Scheitern der Europa-Armee

Bericht unseres Bonner Korrespondenten

uld, mit der Bonn Frankreichs Ent-
vertrag und den Vertrag über die
nschaft abgewartet hat, geht, wie
zu Ende. Eine weitere Verzögerung
ordnung nach voller Wiederherstel-
beantwortet werden. Wenn die Euro-
t durch die französische Nationalver-
muß nach Ansicht Bonner Kreise der
t gesetzt werden.

hat, daß es für die Aufstellung deutscher
Soldaten einen besseren Weg als die
Europäische Verteidigungsgemeinschaft
nicht gibt, wird die Lösung, wenn Frank-
reich seine Zustimmung versagt, auch
ohne Europa-Armee kommen müssen, da
die Weltlage ein längeres Zögern nicht
mehr trägt. Der Schwebezustand, in
dem sich die Bundesrepublik befindet, ist
eine der wichtigsten Ursachen für die auf
der Genfer Konferenz besonders sichtbar
gewordene Schwäche in der Position der
freien Welt.

Die in Paris ausgebrochene Regierungs-
krise und die damit aufgeworfene Frage
nach dem Kurs der französischen Politik
— man kann in Bonn unmöglich über die
Tatsache hinwegsehen, daß als erster
Kandidat für das Amt des Ministerpräsi-
denten der Neutralist Mendès-France ge-
nannt worden ist — scheinen Anlaß genug
zu sein, um die Wiederherstellung der
deutschen Souveränität auch ohne Grün-
dung der Europäischen Verteidigungs-
gemeinschaft nun sehr ernsthaft in Be-
tracht zu ziehen. Alles hängt jetzt davon
ab, wie schnell Frankreich zu einer neuen
Regierung kommt und ob diese Regierung
nun das Notwendige tun wird, um die
Europäische Verteidigungsgemeinschaft
zu verwirklichen.

einer weiteren Verschleppung der Ent-
scheidung dürften auch Washington und
London der Ansicht sein, daß der
Schwebezustand, in dem sich die Bundes-
republik seit mehr als zwei Jahren be-
findet, auf andere Weise beendet werden
muß. London und Washington haben den
Deutschlandvertrag längst ratifiziert. Es
ist kaum zweifelhaft, daß sie notfalls auch
damit einverstanden sein werden, daß
dieser Vertrag ohne die Bildung einer
Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
in Kraft tritt.

Die Wiederherstellung der deutschen
Souveränität würde auch die volle Wie-
derherstellung der deutschen Wehrhoheit
beinhalten müssen. Obwohl Bundeskanz-
ler Dr. Adenauer immer wieder betont



Der auf dem linken Flügel der französischen R
hat den Auftrag des Staatspräsidenten Coty,
Er hat sich über die Europa-Armee bisher n
men, daß er zu ihren Gegnern zählt (links). —
amt und jetzige Bundestagsabgeordnete der
wird den Vorsitz im „Koordinierungs-Aussch
übernehmen (rechts).

Wettlauf n

os. Der Westen macht einen Wettlauf
mit der Zeit. Sogar der Frieden ist in
diesen unheilvollen Strom hineingeraten.
Mit jedem Monat, den der „Kalte Krieg“
länger dauert, scheint der Frieden gleich
einer Fata Morgana einen Schritt zurück-
zuweichen.

nds unhaltbar

nt mit ihrer Arbeit

schen Fehlentscheidungen von Jalta und
Potsdam übertönen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer versicherte,
daß die Bundesregierung die Wieder-
vereinigung stets als zentrale Aufgabe be-
trachtet habe, und daß sie dabei von den
freien Ländern des Westens voll unter-
stützt worden sei. Die staatliche Einheit
müsse vor allem ein Anliegen des ge-
samten deutschen Volkes und jedes ein-
zelnen Bürgers sein.

In einer Ansprache verlangte der sozial-
demokratische Vorsitzende Ollenhauer,
daß für die deutsche Wiedervereinigung
jede nur mögliche Anstrengung un-
ternommen werde. Für die Unionsparteien
betonte Dr. von Brentano, daß die Deut-
schen niemals schweigen dürften, solange
die Trennung ihres Vaterlandes anhalte.
Bundesminister Dr. Schäfer (Freie Demo-
kraten) sagte, die Wiedervereinigung sei
kein nationalistisches Anliegen, sondern
eine demokratische und menschenrecht-

Vielgestaltige Wünsche in Rheinland-Pfalz

Die Reise Dr. Luthers durch das Land beendet F.A.Z.

Drahtbericht unseres Korrespondenten 29.5.54.

kp. Mainz, 28. Mai. Der Studienausschuß
zur Neugliederung des Bundesgebietes unter
Vorsitz von Reichkanzlers a. D. Dr. Luther
hat in den vergangenen acht Tagen Rhein-
land-Pfalz besucht. Der Ausschuß bereiste
während seines Aufenthaltes in Rheinland-
Pfalz die Regierungsbezirke Koblenz, Mont-
baur und Trier, weiter die Pfalz und Rhein-
hessen, um sich einen Ueberblick über die
Strömungen in den einzelnen Landesteilen zu
verschaffen.

die Mittel aus dem Länder-Finanzausgleich
im Verhältnis zum Etat des Landes ständig
gesunken seien, 1951 hätten sie noch 4,5, 1953
dagegen nur noch 2,3 Prozent ausgemacht.
Daß in einem Land, das erst acht Jahre be-
stehe, kein ausgesprochenes Staatsbewußtsein
vorhanden sei, liege auf der Hand. Er glaube
aber, daß der Ausschuß sich davon überzeugt
habe, daß die Bevölkerung von Rheinland-
Pfalz nicht das Gefühl besitze, in einem Nie-
mandsland zu leben.

Dabei wurden im nördlichen Landesteil
Wünsche zu einem Anschluß an Nordrhein-
Westfalen, in der Pfalz einmal an Bayern, aber
auch an Baden-Württemberg und in Rhein-
hessen an Hessen vorgetragen. Die im Landtag
vertretenen Parteien ließen durch ihre Ver-
treter keine klare Auffassung zu diesen Fra-
gen erkennen, da sowohl bei den Freien Demo-
kraten als auch bei den Sozialdemokraten Be-
fürworter eines Status quo, aber auch entschie-
dene Anhänger der verschiedenen Anschluß-
bestrebungen vorhanden sind.

Dr. Luther versicherte auf einer Presse-
konferenz in Mainz, alle Angaben, auch die der
Landesregierung, würden sorgfältig vom Aus-
schuß geprüft. Er habe den Eindruck, daß alle
Urkräfte des Landes zu Worte gekommen seien.
Dr. Luther hob erneut den unpolitischen Cha-
rakter des Ausschusses hervor, der nur als ein
reisendes statistisches Amt zu bezeichnen sei.
Die Landesregierung wurde vom Ausschuß
aufgefordert, ein neues Memorandum zur Neu-
gliederungsfrage vorzulegen.

Zum Abschluß der Reise hatte Minister-
präsident Altmeier nochmals auf den Charak-
ter des Landes als Grenzland und seine be-
sondere Mission für das Saargebiet hinge-
wiesen. Wie die Neugliederung auch immer
gelöst werde, immer werde damit das Saar-
problem berührt. Die Existenzfähigkeit des
Landes könne nur dann im richtigen Ver-
hältnis gesehen werden, wenn die besonderen
Kriegsbelastungen des Landes beseitigt seien.
Er wies dann an Hand von Zahlen nach, daß

Eine Liste ohne Dibelius / Erste Absagen

Eigene Drahtberichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

d. Berlin, 28. Mai. Das russisch-orthodoxe Patriarchat in Moskau hat über den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union der Sowjetzone, Nuschke, eine größere Anzahl von Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einem Besuch in die Sowjetunion eingeladen. Die Gäste, die zum orthodoxen Pfingstfest am 13. Juni in Moskau eintreffen sollen, sollen Gelegenheit erhalten, die kirchlichen Verhältnisse zu studieren. Die Einladung wurde von dem zur gegenwärtigen Tagung des Weltfriedensrates in Ost-Berlin weilenden Metropoliten Nikolaj an Nuschke überbracht, der die Weiterleitung übernahm.

Wie von kirchlicher Seite mitgeteilt wird,

ist unter anderen der Leiter des kirchlichen Außenamtes, Kirchenpräsident Niemöller, dagegen nicht der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, verzeichnet. In kirchlichen Kreisen wird hierüber Verwunderung geäußert, weil für Bischof Dibelius seit Herbst 1952 eine Moskauer Einladung vorliegt, die damals nur wegen einer Erkrankung des Moskauer Patriarchen nicht befolgt werden konnte.

Die Namen der meisten übrigen Eingeladenen sind nicht bekannt. Doch wird von kirchlicher Seite erklärt, daß eine Reihe der angesprochenen Persönlichkeiten schon abgesagt habe. Propst Grüber, Berlin, der zu den Eingeladenen gehört, wird wahrscheinlich nicht nach Moskau fahren.

Die Regierung habe Honduras den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vorgeschlagen. Sachverständige beider Länder sollen sobald als möglich Einzelheiten beraten. Der Außenminister erklärte, der Abwurf von anti-kommunistischen Flugblättern durch ein unbekanntes Flugzeug über Guatemala werde von der Regierung als außerordentlich ernster Zwischenfall angesehen.

Auch Formosa im Südostasienspakt?

London, 28. Mai (AP). Großbritannien wird sich nach einer am Freitag vom Foreign Office ausgegebenen Erklärung an den militärischen Besprechungen über die Lage im Fernen Osten beteiligen, die in der nächsten Woche in Washington beginnen werden. Außer Großbritannien und den Vereinigten Staaten nehmen höchste Stabsoffiziere aus Frankreich, Australien und Neuseeland an diesen Besprechungen teil. Das Außenministerium betont, die Teilnahme an den Besprechungen verpflichte Großbritannien in keiner Weise zu irgendwelchen Aktionen.

Nach Mitteilung Admiral Radfords, des Chefs des gemeinsamen Stabes der amerikanischen Streitkräfte, vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses am Mittwoch, ist daran neben Großbritannien, Australien, Neuseeland, den Philippinen auch Nationalchina beteiligt. Der Ausschuß hat durch den Bericht Radfords den Eindruck gewonnen, daß

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 41

Nr. 13 / 16. Januar 1951

Zug nach Norden in Koblenz-Trier

Telegramm von Bundestagsabgeordneten löste Diskussion aus

11. Z. 16. 1. 51.
Koblenz, 15. Januar (NZ). — Die Bundestagsabgeordneten Dr. Franz-Josef Wuermeling (CDU), Matthias Joseph Mehs (CDU), Hugo Mayer (CDU), Dr. Wilhelm Nowack (FDP) und Dr. Karl Atzenroth (FDP) aus den beiden Regierungsbezirken Koblenz und Trier im Nordteil des Landes Rheinland-Pfalz haben an den Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinrich Weitz, ein Telegramm gerichtet, in welchem sie „entsprechend dem unveränderten Willen der Bevölkerung die Initiative zur Wiedervereinigung mit dem nördlichen Rheinland im Rahmen einer wirtschaftlichen und finanziellen Neugliederung der deutschen Länder gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes“ begrüßen. Finanzminister Dr. Weitz hatte einige Tage vorher die Aufteilung des steuerschwachen Landes Rheinland-Pfalz gefordert.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, hatte darauf geantwortet, daß eine solche Neugliederung keinen finanziellen Notstand beseitigen könne. Angesichts der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands werde es immer steuerstarke und -schwache Länder geben, wobei Nordrhein-Westfalen mit dem Ruhrgebiet zu den starken, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen zu den ärmeren Ländern gehören würden.

Dr. Haberer sprach von Verfassungsbruch

Der Schritt der Bundestagsabgeordneten rief in politischen Kreisen des Landes Rheinland-Pfalz eine beachtliche Reaktion hervor. Staatssekretär Dr. Hanns Haberer, der Chef der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, erklärte am Wochenende in Mainz laut dpa und Südwestfunk, das Justizministerium von Rheinland-Pfalz wolle eine Untersuchung einleiten, um festzustellen, ob das Vorgehen der Unterzeichner des Telegramms an Minister Weitz „einen Bruch der Landesverfassung“ darstelle. Sowohl Ministerpräsident

Altmeier wie der Justiz- und Kultusminister Dr. Adolf Süsterhenn teilen jedoch diese Auffassung Dr. Haberers nicht und erklärten inzwischen, daß es jedem Staatsbürger unbenommen sei, seine Auffassung in Telegrammen zum Ausdruck zu bringen, sooft es ihn beliebe. Dr. Haberer hatte vor der Presse seinem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß die Initiative zu diesem Telegramm von einigen Abgeordneten ausgegangen sei, die „nicht aus diesem Land stammten, sondern lediglich gegenwärtig ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hätten“.

Bundestagsabgeordneter Dr. Wuermeling erklärte dazu dem NZ-Korrespondenten, diese Argumentation sei völlig unverständlich, da die Bewohner eines Wahlkreises bekanntlich selbst entschieden, wem sie ihr Vertrauen geben wollten. Es sei notwendig, in der Behandlung des Neugliederungsproblems keine „einseitige“ Stellungnahme aufkommen zu lassen. Bisher seien fast nur die Verfechter einer Beibehaltung des Landes Rheinland-Pfalz im Lande selbst zu Wort gekommen. Aber es sei offensichtlich und durch die Stellungnahme von führenden Persönlichkeiten und Körperschaften leicht zu beweisen, daß die Bevölkerung im Nordteil von Rheinland-Pfalz aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen „nach Norden“ tendiere und mit dem Gebiet im Bereich des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen wiedervereinigt werden wolle. Das Telegramm an Minister Dr. Weitz sei zwar nur von 3 CDU- und 2 FDP-Abgeordneten abgesandt worden, aber es bestehe nach seiner Auffassung kein Zweifel darüber, daß auch die übrigen 4 CDU- und 2 SPD-Bundestagsabgeordneten aus Koblenz-Trier über die Auffassung ihrer Wähler in dieser Frage in gleicher Weise orientiert seien.

Altmeier: „Noch zu früh“

Ministerpräsident Peter Altmeier hat nun am Sonntag in einer Kundgebung der CDU in Oberlahnstein am Rhein indirekt zu den durch das Telegramm aufgeworfenen Fragen Stellung genommen. Altmeier ist der Auffassung, daß eine Neugliederung allein innerhalb des Bundesgebietes im jetzigen Zeitpunkt den Eindruck hervorrufen müsse, als ob Westdeutschland die Deutschen in der Sowjetzone „abgeschrieben“ habe. Das gleiche gelte in abgeänderter Form auch für die Saar, deren enge landsmannschaftliche, geschichtliche, kulturelle und religiöse Verflechtung mit dem Land Rheinland-Pfalz aller Welt

Ausschuß-Vorschlag zum „Sicherungsgesetz“ fertig

Bonn, 15. Januar (NZ). — Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestages hat seine Beratungen über das „Gesetz für Sicherungs- und Ueberleitungsmaßnahmen“ auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft beendet und dem Plenum eine gegenüber dem Regierungsentwurf in vielen Punkten veränderte Fassung zur Verabschiedung zugeleitet. Gleichzeitig wurden dem Plenum Anträge zugeleitet, das Zentralbüro für Mineralöl und andere Privatorganisationen nicht mehr in die Mineralölbewirtschaftung einzuschalten sowie die Bundesregierung zu beauftragen, bei der Hochkommission darauf hinzuwirken, daß die Vergebung von Besetzungsaufträgen oder die Auflage von Lieferungen künftig über deutsche Stellen erfolgt oder diese dabei zumindest mitwirken können; damit sollen unerwünschte Preissteigerungen und Spannungen in der Versorgung vermieden werden.

Auch soll die Regierung bei der Hochkommission zu erreichen suchen, daß Besetzungsaufträge voll auf Lieferauflagen im Rahmen zwischenstaatlicher Verpflichtungen des Bundes angerechnet und für alle Aufträge, deren Erfüllung von Importrohstoffen abhängt, diese Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden.

Zustimmung des Bundesrates nötig

Nach dem Ausschuß-Vorschlag für das „Sicherungsgesetz“ kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Vorschriften erlassen über Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung, Lieferung und Bezug durch gewerbliche Unternehmen sowie über die statistische Erfassung von festen Brennstoffen, Mineralöl, Edelmetallen und den daraus hergestellten Erzeugnissen „zur Sicherstellung der Deckung des Bedarfs“ an diesen Produkten; ferner über Verwendung und Vorratshaltung für Waren der gewerblichen Wirtschaft (soweit es sich um Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse handelt) zur Verhinderung oder Behebung von Störungen „in der Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen und lebensnotwendigen Bedarfs auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft“. Unter die Bestimmungen fallen auch die zur Erfüllung der Besetzungsanforderungen benötigten Sach- und Werkleistungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft.

Die westdeutsche Der Produkt

Frankfurt, 15. Januar. — Der statistisch erfaßbare Produktionswert der westdeutschen Kunststoffindustrie dürfte 1950 mehr als 600 Mill. DM betragen haben; daran ist die Kunststoffherzeugung mit knapp 350 Mill. DM beteiligt, während der Umsatz der etwa 27 000 Personen beschäftigenden 1100 Betriebe der kunststoffverarbeitenden Industrie des Bundes — soweit sie sich auf die Verarbeitung von Kunststoffen beschränkt — für 1950 mit fast 300 Mill. DM angenommen werden kann. Die Herstellung von Kunststoffen in der Bundesrepublik stieg nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der kunststoffherzeugenden Industrie (unter Ausschaltung der Doppelzählungen) auf etwa 80 000 t gegenüber 55 000 t im Vorjahre. Sie hat damit ungefähr 14 v. H. der nordamerikanischen Produktion von 1950 erreicht. Westdeutschland liegt nunmehr knapp hinter Großbritannien an dritter Stelle unter den kunststoffherzeugenden und -verbrauchenden Ländern.

Die in Europa einst führende deutsche Kunststoffindustrie, die viele moderne Werkstoffe entwickelte, schickt sich nach Beseitigung der erheblichen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden an, ihre frühere Stellung erneut einzunehmen. Im Vergleich zu 1949 brachte das Jahr 1950 eine Zunahme des westdeutschen Kunststoffverbrauchs pro Kopf; zurzeit beträgt er jährlich etwa 1,45 kg gegenüber 5,2 kg in den USA. Sowohl hinsichtlich der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten als auch der Verbesserung der Qualitäten der auf den Markt kommenden Kunststoffe darf man noch manche Ueber-raschung erwarten. Es besteht alle Aussicht, daß der Verbrauch auch im Bundesgebiet noch wesentlich steigen wird, zumal die „klassischen“ Werkstoffe gerade jetzt immer knapper werden.

Mainz, 16. März. (Eigener Bericht.) Mit der Frage der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit des Landes beschäftigte sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Christlich-Demokratischen Union in einer Sitzung am Samstag in Mainz.

Professor Dr. Zwick, Präsident des Statistischen Landesamts, belegte diese Existenzfähigkeit in einem grundlegenden Referat mit eingehendem Zahlenmaterial. Danach ist festzustellen, daß in Rheinland-Pfalz mit acht Prozent der gesamten Bundesfläche die Anteilquoten aller Produktionszweige im Vergleich zur Fläche und Bevölkerungsdichte der gesamten Bundesrepublik höher liegen als die entsprechenden Bundesquoten. Die Industriekapazität bietet viele Ausbaumöglichkeiten.

Der Ausschuß sprach sich für eine weitere Intensivierung der Industrieansiedlung aus. Bei den Exportquoten verschiedener Spezialprodukte, wie zum Beispiel Wein mit 85 Prozent, liege Rheinland-Pfalz an den vordersten Stellen des Gesamtexports der Bundesrepublik. Eine gesunde soziale Struktur des Landes zeige sich in der Tatsache, daß Rheinland-Pfalz innerhalb der Bundesrepublik die meisten selbständigen Existenzen aufweise. Durch diese besondere wirtschaftliche Struktur des Landes werde einer Vermassung, wie sie in den industriellen Schwerpunkten möglich sei, wirksam entgegen getreten.

...die Sprengwirkung
hntausend Tonnen der herkömm-
plosivstoffe hat. Sie werde auf
n zur Entzündung gebracht.

Eine junge Frau

nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht,
die andere Hälfte auf Listen der Parteien

Reuter: Chaos in

Harriman: Malenkow eine

Neuyork, 16. März. (X) In einem Fernsehinterview mit dem früheren Leiter des Amtes für gemeinsame Sicherheit in Europa, Harriman, erklärte der Regierende Berliner Bürgermeister Reuter, er habe den Eindruck, daß in der sowjetischen Zone ein noch größeres Durcheinander herrsche, als man es sich vorstelle. Die weitaus meisten Flüchtlinge aus der Zone seien zwischen 20 und 45 Jahre alt und nur 1,2 Prozent über 65 Jahre. Daß so viele arbeitsfähige Flüchtlinge Heim und Eigentum zurückließen, sei ein Beweis für das in der Sowjetzone herrschende Chaos.

Als Harriman Reuter nach dem Regierungswechsel in der Sowjetunion fragte, sagte dieser: „Nach meiner Auffassung

„Unternehmen

Die größten Luftmanöver nach

London, 16. März. (UP) „Unternehmen Dschungelkönig“, die größten Manöver der britischen Luftwaffe seit dem Kriege, hat begonnen. Mehrere hundert Bomber und Jagdflugzeuge der verschiedensten Typen, von der viermotorigen Superfestung aus der Zeit des zweiten Weltkrieges bis zum modernsten Düsenjäger, nehmen an dieser Übung teil, die eine Woche dauern soll.

Der Grundgedanke des Manövers ist fol-

Zeitung

Preis 20 Pfennig



Der amerikanische Botschafter Dr. Conant hat am Montag zum ersten Male als Botschafter der Stadt Mainz und dem Land Rheinland-Pfalz einen Besuch abgestattet. In der Staatskanzlei wurde er von der Landesregierung empfangen. Von links nach rechts: Frau Conant, der amerikanische Botschafter, Ministerpräsident Altmeyer und Landtagspräsident Wolters.

Foto: Pfülb

Wer wird in Rheinland-Pfalz regieren?

14.2.27.5.55

Von Erich Dombrowski

Am Anfang des nächsten Monats wird der neu gewählte Landtag von Rheinland-Pfalz zusammentreten. Dann wird er den Ministerpräsidenten zu wählen haben. Ihm fällt die Aufgabe zu, das Kabinett zu bilden. Die Parteien haben also nicht mehr viel Zeit, sich darüber klar zu werden, wie die künftige Regierung aussehen soll. Es gibt vier Möglichkeiten. Die erste ist

eine Allein-Regierung der Christlichen Demokraten, die mit ihren einundfünfzig Sitzen von insgesamt hundert im Landtag über eine absolute Mehrheit verfügen. Sie können sich das also leisten. Aber eine solche einseitige Lösung käme wohl erst in Betracht, wenn alle Stricke reißen, wenn alle Verhandlungen mit anderen Parteien sich als ergebnislos erweisen sollten. Wahrscheinlich würde in diesem Falle der Ministerpräsident die beiden Ministerien, welche die Freien Demokraten bislang besetzt haben, zwei parteipolitisch ungebundenen Fachministern übertragen, um den Anschein zu vermeiden, daß engstirnige parteipolitische Erwägungen sachliche Beweggründe bei der

ische Politik

ferenz der deutschen Botschafter

Zeitung

er

Preis 20 Pfennig



Der amerikanische Botschafter Dr. Conant hat am Montag zum ersten Male als Botschafter der Stadt Mainz und dem Land Rheinland-Pfalz einen Besuch abgestattet. In der Staatskanzlei wurde er von der Landesregierung empfangen. Von links nach rechts: Frau Conant, der amerikanische Botschafter, Ministerpräsident Altmeyer und Landtagspräsident Wolters. Foto: Pfülb

Wer wird in Rheinland-Pfalz regieren?

Von Erich Dombrowski

Am Anfang des nächsten Monats wird der neu gewählte Landtag von Rheinland-Pfalz zusammentreten. Dann wird er den Ministerpräsidenten zu wählen haben. Ihm fällt die Aufgabe zu, das Kabinett zu bilden. Die Parteien haben also nicht mehr viel Zeit, sich darüber klar zu werden, wie die künftige Regierung aussehen soll. Es gibt vier Möglichkeiten. Die erste ist

eine Allein-Regierung der Christlichen Demokraten, die mit ihren einundfünfzig Sitzen von insgesamt hundert im Landtag über eine absolute Mehrheit verfügen. Sie können sich das also leisten. Aber eine solche einseitige Lösung käme wohl erst in Betracht, wenn alle Stricke reißen, wenn alle Verhandlungen mit anderen Parteien sich als ergebnislos erweisen sollten. Wahrscheinlich würde in diesem Falle der Ministerpräsident die beiden Ministerien, welche die Freien Demokraten bislang besetzt haben, zwei parteipolitisch ungebundenen Fachministern übertragen, um den Anschein zu vermeiden, daß engstirnige parteipolitische Erwägungen sachliche Beweggründe bei der Regierungsbildung in den Hintergrund hätten treten lassen. Die beiden Ministerien, um die es sich dabei handelt, sind das Finanz- und das Justiz-Ministerium. Hervorragende Fachleute auf diesen beiden Gebieten ständen für die Portefeuilles zur Verfügung.

ische Politik

konferenz der deutschen Botschafter

regierung zu den bevorstehenden Viermächteverhandlungen bekanntgeben.

Rosen und Nelken für Prinzessin Margaret

Bonn, 23. Mai. (dpa) Zu einem sechsstündigen Besuch im Bundesgebiet ist Prinzessin Margaret Rose am Montagmittag bei schönem Sonnenwetter in einer Maschine der britischen Luftwaffe auf dem Flugplatz Wahn bei Köln eingetroffen. Zur Begrüßung der Prinzessin, die einen hellblauen leichten Sommermantel, ein blaues Käppchen und eine weiße Handtasche trug, waren der britische Botschafter Sir Frederick Hoyer Millar und mehrere hohe britische Offiziere in Paradeuniform und mit großer Ordensschnalle erschienen. Als Vertreter des Bundespräsidenten überreichte Staatssekretär Dr. Klaiber der Prinzessin einen Strauß roter Nelken, Protokollchef Dr. Mohr schloß sich als Abgesandter der Bundesregierung mit einem Bukett gelber Rosen an. Die Prinzessin will in Wuppertal britische Einheiten besichtigen.

Immer neue Zwischenfälle in Französisch-Nordafrika

Algier, 23. Mai. (UP) Die Auseinandersetzungen zwischen arabischen Nationalisten und französischen Truppen in Französisch-Nordafrika fordern täglich neue Todesopfer. Am Montag schlugen französische Einheiten einen Angriff einer Gruppe der „Armee Allahs“ zurück. Kampfflugzeuge griffen mit Bomben und Bordwaffen in die blutigen Kämpfe ein und töteten den größten Teil der arabischen Einheit. Auch in Marokko und Tunesien kam es über das Wochenende zu neuen Zwischenfällen. Allein in der vergangenen Woche wurden 23 Menschen in Marokko getötet und 47 verwundet.

tskrise bedroht

ik für Samstag ausgerufen

auf 61 die Ent- und Beladearbeiten planmäßig ausgeführt werden können.

Neben dem Streik der Hafnarbeiter droht Großbritannien ein Streik der Lokomotivführer und -heizer, der für den kommenden Samstag ausgerufen worden ist. Ein Ausstand dieser Gewerkschaft würde praktisch den gesamten Schienenverkehr stilllegen. Wenn der Eisenbahnerstreik nicht noch in letzter Stunde abgewendet werden kann, sieht sich die britische Wirtschaft der schwersten wirtschaftlichen Krise seit dreißig Jahren gegenüber. Durch die geplante Arbeitsniederlegung der Lokomotivführer und -heizer, der sich höchstwahrscheinlich auch die übrigen Eisenbahner anschließen würden, soll eine Lohnerhöhung für gewisse Gruppen des Maschinenpersonals durchgesetzt werden.

Einstweilen halten sich die Christlichen Demokraten aber zweifellos noch an die Zusicherung, daß sie, wie auch immer der Wahlkampf ausginge, auch weiterhin mit den Freien Demokraten in der Regierung zusammenarbeiten würden. Allerdings hat sich das Stimmenverhältnis im Landtag inzwischen erheblich zuungunsten der Freien Demokraten verändert. Von ihren bisherigen neunzehn Mandaten haben sie nur dreizehn behaupten können. Immerhin würde das, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht irgendeine Rückwirkung auf die künftige Zusammensetzung des Kabinetts haben. Das heißt: vier zu zwei. Vier Christliche Demokraten gegenüber zwei Freien Demokraten. Aber eines ist wohl sicher, daß man einige Voraussetzungen an den Wiedereintritt der Freien Demokraten in die Regierung knüpfen wird. Die eine wäre, unseres Erachtens, ein Bekenntnis zum Staate Rheinland-Pfalz. Das ist von besonderer Bedeutung in einem Moment, da die Neuordnung der Länder nunmehr, nach der Aufhebung des Besatzungsstatutes, akut geworden ist. Dieses Bekenntnis könnte freilich zeitlich begrenzt werden, bis sich eine territoriale Neuordnung Deutschlands sowieso infolge der Wiedervereinigung notwendig machen wird. Die andere wäre, daß die Freien Demokraten ihre wiederholt laut gewordenen parteipolitischen Personalwünsche für Regierungspräsidenten- und Landratposten zurückstellten. Ganz abgesehen davon, daß ja in erster Linie die Kreistage über eine Neubesetzung von Landräten zu entscheiden hätten, muß ja wohl nun, auch bei politischen Beamten, allmählich zu der alten Tradition zurückgekehrt werden, daß in erster Linie die fachlichen Vorbedingungen und der einwandfreie Charakter des Anwärter bei einer Berufung zu berücksichtigen sind und daß parteipolitische Erwägungen erst in zweiter Linie ausschlaggebend sein dürfen. Die niedersächsische Regierung Kopf hat sich zuletzt deswegen bei der Landtagswahl nicht behaupten können, weil sie die ganze Beamtenschaft gegen eine betont parteipolitisch eingestellte Personalpolitik aufgebracht hatte. Dabei möchten wir dem Ministerpräsidenten dringend ans Herz legen, sich nicht etwa selbst aus seinen eigenen Parteikreisen, zu der Bildung eines neuen Ministeriums, etwa eines Sozial- oder Wirtschaftsministeriums drängen zu lassen, da die steuerzahlende Öffentlichkeit viel eher an einem Abbau als an einer Neuaufstockung der Verwaltungsmaschinerie interessiert ist. Denn wenn einmal ein neues Ministerium gebildet wird, folgt dem automatisch ein ganzer Schwanz neuer behördlicher Ober-, Mittel- und Unterstufen.

Die dritte Möglichkeit einer Kabinettsbildung wäre eine Koalition zwischen den

Christlichen Demokraten und den Sozialdemokraten. Der Gedanke hätte durchaus etwas Verführerisches an sich. Sie könnte ein Wegbereiter für neue politische Wandlungen im Bund sein, wenn es gilt, möglichst die ganze Nation, sowohl in der Außen- wie auch in der Wehrpolitik, um ihrer größeren psychologischen Durchschlagskraft willen, zusammenzuschweißen. Im Augenblick ist eine solche Hoffnung, bei der schroffen Oppositionsstellung der Sozialdemokraten, nicht begründet. Für Rheinland-Pfalz wäre aber noch ein anderer Gesichtspunkt ausschlaggebend: das schon erwähnte Bekenntnis zum Staate Rheinland-Pfalz, wie er heute ist. In der vorvergangenen Landtagsperiode haben die Christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten zusammengearbeitet. Dabei hat der führende sozialistische Vertreter, der inzwischen verstorbene Finanzminister Hoffmann, die Versicherung abgegeben, daß sie nicht zur „Unzeit“ das Problem der Neugliederung des Landes aufrollen würden. Auf dieser Grundlage war dann einer gemeinsamen Regierung Raum gegeben. Würden sie bereit sein, auch heute noch sich an diese Ausweichsformel zu halten und sie dahin auszulegen, daß erst nach einer Wiedervereinigung Deutschlands über eine staatliche Veränderung von Rheinland-Pfalz gesprochen werden wird? Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokratie eine solche Brücke der Verständigung beschreiten wird, nachdem sie ihren Wählern gegenüber sich bereits so bestimmt im entgegengesetzten Sinne festgelegt hat. Außerdem dürften, nebenbei gesagt, auch personelle Fragen bei der Verteilung der Portefeuilles an die Sozialdemokratie eine nicht geringe, eine sogar recht schwierige Rolle spielen.

Bleibe als vierte Möglichkeit die Große Koalition, die alle heute im Landtag vertretenen Parteien umfaßt. Das wäre, gerade wo heute Rheinland-Pfalz um seine staatliche Existenz in der Auseinandersetzung über die Neugliederung der Länder kämpft, eine ideale Lösung. Große gesetzgeberische Aufgaben, in denen die Parteien hart aufeinander prallen könnten, stehen zur Zeit nicht zur Debatte. Infolgedessen wäre nur eine verhältnismäßig geringe Reibungsfläche vorhanden, nachdem das umstrittene Volksschulgesetz verabschiedet worden ist. Aber die Barriere, über die man auch hier nicht hinwegkommen dürfte, wird eben das Bekenntnis zum Staate Rheinland-Pfalz sein. So darf man nur hoffen, daß die alte Koalition, wie sie bisher war, das Zusammengehen von Christlichen und Freien Demokraten, auch fernerhin bleiben wird. Bei einigen guten Willen beider Parteien, nicht bloß ihrer Fraktionen, sondern auch ihrer Landesvorstände, sollte das nicht unmöglich sein.

Rhein Hessen der wunde Punkt

Wir erhalten folgende Zuschrift aus Rhein Hessen:

„Als die Christlich-Demokratische Union am 15. Januar ihren Landesparteitag in Ludwigshafen abhielt, fiel es uns auf, daß Ministerpräsident Altmeier in seinem großen Rechenschaftsbericht mit keinem Wort auf die Frage der Neugliederung des Bundesgebietes einging. Und als wir ihn nachher deswegen fragten, meinte er, das sei nicht mehr notwendig. Es gebe die Frage nach der Existenzberechtigung von Rheinland-Pfalz eigentlich gar nicht mehr.“

Das Ergebnis der Landtagswahl scheint diese Ansicht Altmeiers bestätigt zu haben. Eine Partei, die 51 aller hundert Landtagsitze erobert hat, kann dies durchaus mit Recht als einen Vertrauensbeweis betrachten. Und auch wenn man sich nur an die prozentuale Verteilung der Stimmen hält, bleiben 46,8 Prozent ein voller Sieg.

Dennoch muß man heute, wo der viel erörterte Artikel 29 des Grundgesetzes über die Neugliederung des Bundesgebietes seit der Beendigung des Besatzungsstatuts in der Kraft ist, daran erinnern, daß es bei dieser Frage weniger auf das Land als auf seine Gebietssteile ankommt. In ihnen sind die Volksbegehren auf Aenderung der Landeszugehörigkeit vorgesehen, und in diesen Gebietssteilen sollen die Volksentscheide stattfinden.

Insofern kommt aber gerade Rhein Hessen eine besondere Bedeutung zu. Denn der Gebietsteil Rhein Hessen ist der fast einzige, in dem die Sozialdemokraten mehr Stimmen als die Christlichen Demokraten gewonnen haben. In Koblenz-Nord hat die Union mit 56,9 Prozent das Doppelte von den 28 Prozent der Sozialdemokratie gewonnen, in Koblenz-Süd ist das Verhältnis 40,3 zu 24,8 Prozent, in Trier sogar 65,2 zu 18,7 Prozent. Die Vorderpfalz brachte der Union 39,5, den Sozialisten 38,1 und nur noch in der Hinterpfalz überragt die Sozialdemokratie mit 38 Prozent die Union um ein halbes Prozent.

Natürlich ging der Wahlkampf im Zeichen der großen Bundespolitik vor sich. Die Länderfrage stand durchaus im Hintergrund.

Mag man nun über das Verhältnis der Gegner und Freunde des Landes Rheinland-Pfalz innerhalb der verschiedenen Parteien meinen, was man wolle, sicher sind die sozialdemokratischen Wähler Rhein Hessens in ihrer Mehrzahl für den Anschluß an Hessen. Damit aber scheint sich nunmehr der Regierungsbezirk Mainz als der neutralistische Punkt für die Existenz des Landes in den Vordergrund zu schieben. Hier hat die Union 34,8, die Sozialdemokratie aber 37,8 Prozent aller Stimmen bekommen.

Hier ist also die Gefahr besonders groß, daß bei einem Volksentscheid eine Mehrheit für die Ausgliederung aus Rheinland-Pfalz und die Angliederung an Hessen er-

Paris

Ein bewaffnetes, neutralisiertes

L. Dt. Paris, im Mai.

Das Eiltempo, das seit der letzten Pariser Konferenzwoche, in welcher die Westeuropäische Union Wirklichkeit wurde, jetzt in die internationalen Probleme getragen wird, scheint Paris, das so ungeduldig schien, nicht nur überrascht, sondern ein wenig überrumpelt zu haben. Das liegt daran, daß die Franzosen, noch weniger als die anderen Alliierten, eine Patentlösung für die deutsche Frage gefunden haben. Was London und Washington unter Umständen recht sein mag, ist ihnen noch lange nicht billig. Nicht, weil sie etwa zuviel oder Unmögliches verlangen, sondern weil sie jetzt, wo sie in die Lage kommen, ja sogar in sie gedrängt werden, zu sagen, was sie wollen, gerade das nicht genau wissen.

Bevor sie noch mit ihren alliierten Partnern in Widerspruch kommen — was zu erwarten steht —, sind sie es untereinander. Ein kleiner Spaziergang durch die verschiedenen politischen Lager zeigt dies

Das Parteiengesetz

Hoffmann wünscht einen Saarkommi

Saarbrücken, 23. Mai. (X) Der saarländische Ministerpräsident Hoffmann hat am Montag angekündigt, daß seine Regierung schon im nächsten Monat die notwendigen Maßnahmen einleiten werde, um das sogenannte Parteiengesetz aufzuheben. Der Beginn der Vorbereitungsperiode für die Volksabstimmung an der Saar werde jedoch vom Zustandekommen der neutralen Kontrollkommission abhängig sein. Ihre Ernennung habe die Regierung des Saarlandes schon seit langem beantragt. Hoffmann sprach sich dafür aus, einen Staatsangehörigen eines Landes der Westeuropäischen Union für das Amt des europäischen Saarkommissars zu wählen. Eine neutrale Persönlichkeit, wie etwa ein Skandinavier oder Schweizer, könne das Saargebiet kaum in Fragen der Landesverteidigung vertreten, wie dies im Statut vorgesehen sei.

Hoffmann gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Pariser Entschließung des Rates der Westeuropäischen Union kein Weisungsrecht gegenüber der Saarregierung vorsehe. Lediglich in dringenden und schweren Fällen müsse die Saarregierung auf Ersuchen des Kommissars unverzüglich beanstandete Maßnahmen aussetzen.

Conant in Mainz

Fortsetzung von Seite 1

Im weiteren Verlaufe seines Vortrags gab der amerikanische Botschafter im Mainzer Landtag seiner Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr auch weitere Fortschritte auf dem Wege zur großen europäischen Einheit gemacht werden könnten. Die wirkliche Aussöhnung und tatkräftige Zusammenarbeit der freien europäischen Nationen sei lebenswichtig für die ganze Welt. Conant wies sodann an vielen Beispielen nach, daß noch manche Mißverständnisse zwischen den Völkern aus dem Wege zu räumen seien, daß aber die Deutschen und Amerikaner immer stärker zueinander finden müßten und könnten, denn ihrer Verständigung stünde im Grunde genommen, nichts im Wege. Schließlich hätten beide Länder als Verbündete die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere freie Welt wirtschaftlich und politisch gesund bleibe. Das heißt, sie hätten die gemeinsame Aufgabe, den Expansionsgelüsten der Sowjetunion zu widerstehen, ohne damit Grund für die Behauptung zu geben, die freie Welt verfolge selber Angriffsabsichten. Nach seiner Überzeugung sei mit dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands die Aufgabe verbunden, eine weltweite Entspannung herbeizuführen. Wenn es uns gelinge, einträchtig und entschlossen zusammenzuarbeiten, dann würden wir unseren Aufgaben gewachsen sein.

Der Vortrag des Botschafters wurde auch am Schluß mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommen.

Zwei Notkran

Die Epidemie greift

Hagen, 23. Mai. (dpa/UP) In Hagen und in Gevelsberg sind am Montag in zwei Schulen Notkrankenhäuser zur Unterbringung der Typhuskranken und -verdächtigen errichtet worden. Die Zahl der Kranken und Verdächtigen hat sich auf rund 450 erhöht. Eine 61jährige Frau ist gestorben. Das Notkrankenhaus in Hagen soll 150 Betten und das in Gevelsberg zunächst hunderte Betten umfassen, die vom Deutschen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt werden.

reicht wird. Das aber würde das Ende des Landes bedeuten.

Natürlich stehen den Befürwortern des Landes eine Fülle von Argumenten zu Gebote, die wir jetzt und hier nicht alle anführen können.

Die Stellung der Sozialdemokraten aber bekommt durch diese „landes-strategische“ Lage ihr besonderes Gewicht auch in den

ONKO-KAF

gierung zu den bevorstehenden Viermächteverhandlungen bekanntgeben.

Rosen und Nelken für Prinzessin Margaret

Bonn, 23. Mai. (dpa) Zu einem sechsstündigen Besuch im Bundesgebiet ist Prinzessin Margaret Rose am Montagmittag bei schönem Sonnenwetter in einer Maschine der britischen Luftwaffe auf dem Flugplatz Wahn bei Köln eingetroffen. Zur Begrüßung der Prinzessin, die einen hellblauen leichten Sommermantel, ein blaues Käppchen und eine weiße Handtasche trug, waren der britische Botschafter Sir Frederick Hoyer Millar und mehrere hohe britische Offiziere in Paradeuniform und mit großer Ordensschnalle erschienen. Als Vertreter des Bundespräsidenten überreichte Staatssekretär Dr. Klaiber der Prinzessin einen Strauß roter Nelken, Protokollchef Dr. Mohr schloß sich als Abgesandter der Bundesregierung mit einem Bukett gelber Rosen an. Die Prinzessin will in Wuppertal britische Einheiten besichtigen.

Immer neue Zwischenfälle in Französisch-Nordafrika

Algier, 23. Mai. (UP) Die Auseinandersetzungen zwischen arabischen Nationalisten und französischen Truppen in Französisch-Nordafrika fordern täglich neue Todesopfer. Am Montag schlugen französische Einheiten einen Angriff einer Gruppe der "Armee Allahs" zurück. Kampfflugzeuge griffen mit Bomben und Bordwaffen in die blutigen Kämpfe ein und töteten den größten Teil der arabischen Einheit. Auch in Marokko und Tunesien kam es über das Wochenende zu neuen Zwischenfällen. Allein in der vergangenen Woche wurden 23 Menschen in Marokko getötet und 47 verwundet.

tskrise bedroht

ik für Samstag ausgerufen

auf 61 die Ent- und Beladearbeiten planmäßig ausgeführt werden können.

Neben dem Streik der Hafendarbeiter droht Großbritannien ein Streik der Lokomotivführer und -heizer, der für den kommenden Samstag ausgerufen worden ist. Ein Ausstand dieser Gewerkschaft würde praktisch den gesamten Schienenverkehr stilllegen. Wenn der Eisenbahnerstreik nicht noch in letzter Stunde abgewendet werden kann, sieht sich die britische Wirtschaft der schwersten wirtschaftlichen Krise seit dreißig Jahren gegenüber. Durch die geplante Arbeitsniederlegung der Lokomotivführer und -heizer, der sich höchstwahrscheinlich auch die übrigen Eisenbahner anschließen würden, soll eine Lohnerhöhung für gewisse Gruppen des Maschinenpersonals durchgesetzt werden.

hätten treten lassen. Die beiden Ministerien, um die es sich dabei handelt, sind das Finanz- und das Justiz-Ministerium. Hervorragende Fachleute auf diesen beiden Gebieten ständen für die Portefeuilles zur Verfügung.

Einstweilen halten sich die Christlichen Demokraten aber zweifellos noch an die Zusicherung, daß sie, wie auch immer der Wahlkampf ausginge, auch weiterhin mit den Freien Demokraten in der Regierung zusammenarbeiten würden. Allerdings hat sich das Stimmenverhältnis im Landtag inzwischen erheblich zuungunsten der Freien Demokraten verändert. Von ihren bisherigen neunzehn Mandaten haben sie nur dreizehn behaupten können. Immerhin würde das, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht irgendeine Rückwirkung auf die künftige Zusammensetzung des Kabinetts haben. Das heißt: vier zu zwei. Vier Christliche Demokraten gegenüber zwei Freien Demokraten. Aber eines ist wohl sicher, daß man einige Voraussetzungen an den Wiedereintritt der Freien Demokraten in die Regierung knüpfen wird. Die eine wäre, unseres Erachtens, ein Bekenntnis zum Staate Rheinland-Pfalz. Das ist von besonderer Bedeutung in einem Moment, da die Neuordnung der Länder nunmehr, nach der Aufhebung des Besatzungsstatutes, akut geworden ist. Dieses Bekenntnis könnte freilich zeitlich begrenzt werden, bis sich eine territoriale Neuordnung Deutschlands sowieso infolge der Wiedervereinigung notwendig machen wird. Die andere wäre, daß die Freien Demokraten ihre wiederholt laut gewordenen parteipolitischen Personalwünsche für Regierungspräsidenten- und Landratposten zurückstellten. Ganz abgesehen davon, daß ja in erster Linie die Kreistage über eine Neubesetzung von Landräten zu entscheiden hätten, muß ja wohl nun, auch bei politischen Beamten, allmählich zu der alten Tradition zurückgekehrt werden, daß in erster Linie die fachlichen Vorbedingungen und der einwandfreie Charakter des Anwärters bei einer Berufung zu berücksichtigen sind und daß parteipolitische Erwägungen erst in zweiter Linie ausschlaggebend sein dürfen. Die niedersächsische Regierung Kopf hat sich zuletzt deswegen bei der Landtagswahl nicht behaupten können, weil sie die ganze Beamtenschaft gegen eine betont parteipolitisch eingestellte Personalpolitik aufgebracht hatte. Dabei möchten wir dem Ministerpräsidenten dringend ans Herz legen, sich nicht etwa, selbst aus seinen eigenen Parteikreisen, zu der Bildung eines neuen Ministeriums, etwa eines Sozial- oder Wirtschaftsministeriums drängen zu lassen, da die steuerzahlende Öffentlichkeit viel eher an einem Abbau als an einer Neuaufstockung der Verwaltungsmaschinerie interessiert ist. Denn wenn einmal ein neues Ministerium gebildet wird, folgt dem automatisch ein ganzer Schwanz neuer behördlicher Ober-, Mittel- und Unterstufen.

Die dritte Möglichkeit einer Kabinettsbildung wäre eine Koalition zwischen den

4.2.11.7.55
Die Neugliederung
StMZ NI Oppenheim / 42 4 - 44
Nachdem der Lutheratassessur sein Gutachten fertiggestellt und der Bundesregierung vorgelegt hat, redet man sich gegenwärtig wieder einmal die Köpfe um die Neugliederung des Bundesgebietes heiß. Im Mittelpunkt der Diskussion steht der rheinland-pfälzische Staatskanzler, Dr. Schmitt, hat am Samstag in der Staatsregierung die Auffassung vertreten, die Bevölkerung werde es sich zu geben Zeit reichlich überlegen, ob sie die Grundlage der selbständigen Gestaltung ihres eigenen Schicksals zugunsten ihrer eigenen Schicksals zugunsten ihrer irrendwähler anderer Lösungen aufgeben. Damit hat Dr. Schmitt die größte Chance herausgestellt, die die Befürworter des Landes für sich buchen können: Wenn auch sicher nicht alles so ist, wie es sein soll, so weiß der Staatsbürger doch, was er an dem jetzigen Zustand hat, und er weiß nicht, was ihn nach einer Zerschlagung des Landes erwartet. Die Sozialdemokraten haben demgegenüber auf ihrer Landeskonzern am Samstag in Mainz von „der staatspolitischen Notwendigkeit“ gesprochen, die die Auflösung des Landes fordere. Franz Bögler, der Vorsitzende des Landesausschusses der Sozialdemokraten, sieht noch immer strategisch-politische Forderungen der Franzosen, wenn er sagt, die Franzosen hätten ihre Pläne hinsichtlich des linken Rheinlandes nur zurückgestellt, weil die allgemeine politische Konstellation für ihre Verwirklichung zur Zeit ungünstig sei. Wir glauben, daß die vielzitierte „rechtsrheinische Verankerung“ heute im Rahmen der westeuropäischen Entwicklung keine Rolle mehr spielt. Bei der objektiven Prüfung des Gutachten des Lutheratassessur bleibt eigentlich nur zu fragen: Kann eine Umgliederung in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile bringen? Dazu ragt ein Vorschlag heraus, ein neues Land Rheinland zu bilden, das dann zweifellos über eine große wirtschaftliche Kapazität verfügen würde. Hier dürften sich aber unüberwindbare Schwierigkeiten aufbauen. Eine Umrumpelung sämtlicher Länder wäre notwendig, die auf Grund der schwierigen Abstimmungsverhältnisse nach vielem Aufwand an Zeit, Geld und Nervenkraft doch wie das Hornberger Schießen verlaufen dürfte. Die Bildung einer Enklave, worauf der Anspruch Bayerns auf die Pfalz hinausläuft, sollte als überwinden betrachtet werden. Was wird also nun? Auch der Bundesrat hat auf die Wiedervereinigung verwiesen. Sollen wir uns mit Teillösungen zufrieden geben? Sind diese überhaupt durchführbar? Auch ein Staatsgebilde ist zahl. Es ist nicht leicht, in einen eingespielten Organismus einzugreifen und Teile zu reparieren, während eine Generaüberholung des Ganzen notwendig wäre.

bung des Landesbauernverbandes Rhein-
land-Hessen-Nassau sprach, be-
tonte allerdings, daß das Gesetz bei weitem
noch nicht den Vorstellungen des Bauern-
verbandes entspreche.

Rehwinkel kündigte an, daß der Bauern-
verband in Zukunft „seinen ganzen Ein-
fluß geltend machen“ werde, um durch eine
aktive Agrarpolitik mit Hilfe des Gesetzes
die wirtschaftliche und soziale Gleichstel-
lung der Landwirtschaft zu erreichen.
Wörtlich sagte der Präsident des Bauern-
verbandes: „Die Debatte um das Gesetz hat
eindeutig bewiesen, daß in Zukunft keine
Regierung, sie mag aussehen wie sie will,
an der Verpflichtung vorbeikommen kann,
Mittel der Wirtschafts- und Agrarpolitik
einzusetzen, um die Nachteile der Land-
wirtschaft gegenüber anderen Wirtschafts-
bereichen auszugleichen.“

Zellstoff Waldhof erhöht Kapital

vwd. Der Aufsichtsrat der Zellstoff-
fabrik Waldhof wird der Hauptver-
sammlung (10. August) eine gegenüber dem
Vorjahr unveränderte Dividende von 6 Pro-

Preis 20 Pfennig



StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 45

1. 2. 23. 6. 55

Oberbürgermeister Völker: Rhein Hessen wieder zu Hessen

Nordheim / Ried, 22 Juni. (Eigener Be-
richt.) Oberbürgermeister Völker, Worms,
hat aus Anlaß einer Tagung des Natur-
schutz-Ausschusses in Nordheim erklärt:
„Hoffentlich können wir bald zusam-
men.“ Völker hat damit gemeint, daß
Rhein Hessen wieder zu Hessen komme,
nicht etwa aus politischen Gründen, son-
dern weil die Verbundenheit mit der
rechtsrheinischen Seite so gut sei, daß
sie gar nicht unterbrochen werden könne.
Im Laufe der Tagung wurde ein Land-
schaftsschutzgebiet „Südhessische Rhein-
uferlandschaften“ gegründet.

A. Z. 4. 6. 55.

Für die Erhaltung

des Landes Rheinland-Pfalz

StAMZ, NL Oppenheim / 42, 4 - 46

Mainz, 3. Juni. (X) Eine repräsentative Volksbefragung in der Pfalz hat ergeben, daß sich 55 Prozent der befragten Pfälzer für die Aufrechterhaltung des Landes Rheinland-Pfalz und zugleich gegen eine Umgliederung in ein anderes Land ausgesprochen haben. 38 Prozent seien für die Aufteilung des Landes, sieben Prozent hätten in dieser Frage keine Meinung gehabt. Die 38 Prozent, die sich für die Aufteilung des Landes entschieden hätten, gliederten sich in Anhänger Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens. Hieraus ergebe sich, daß 20 Prozent bayerischen Chancen 55 Prozent rheinland-pfälzischen gegenüberstehen.

Morit / Von Franz Jenrich

ie mächtige Seil uns höher und höher trägt,
en bis wir auf dem Plateau des Pfänders
d stehen, überwältigt von der Schönheit,
zu die uns aus allen Himmelsrichtungen um-
er brandet! Den Pfänder muß der Schöpfer
en aller Dinge in einer seiner glücklichsten
nd Stunden an diese Stelle gepflanzt haben.
ch Unsere Augen, nicht groß genug, all die
us Wunder zu fassen, tasten sich von Alm zu
ch Alm, von Gipfel zu Gipfel bis hin zum
ar fernsten, eisfunkelnden Firn. Dort ist ein
n, Zwei- und ein Dreitausender an den an-
e deren gereiht zu langer Kette: der Hoch-
n vogel und der Krottenkopf, die Mädele-
st gabel, die Uentschelerspitze, und wie sie
sonst noch heißen, diese „Großkopften“
der Alpenwelt. Zur anderen Seite hin
aber breitet sich der blinkende, heitere

Vorschläge des Luther Ausschusses

Ein Gutachten für Schröder

R. Bonn, 3. Juni (Eigener Drahtbericht).
Die vom Bundesinnenminister eingesetzte
Gutachterkommission für die Neugliederung
des Bundesgebietes wird, wie der Vorsitzende
des Ausschusses, Dr. Luther, vor dem Wirt-
schaftspolitischen Club in Bonn mitteilte,
Ende dieses Monats ihr Gutachten — in einem
einzigem Exemplar — dem Bundesinnenmini-
ster erstatten. Wie aus den Ausführungen Dr.
Luthers hervorging, wird die Kommission in
dieser umfangreichen Niederschrift Möglich-
keiten einer Neugliederung des Bundesgebietes
darlegen. Dr. Luther erklärte, daß zwar eine
nicht unerhebliche Anzahl der bestehenden
Bundesländer die Prüfung bestanden habe, ob
sie den Richtbegriffen des Artikels 29 des
Grundgesetzes über die Gliederung des Bun-
desgebietes entsprächen, aber bei einer zwei-
ten Gruppe von Ländern könne diese Frage
schwer bejaht werden.

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 47

Dr. Luther unterstrich jedoch nachdrück-
lich zu Meldungen, daß sich die Kommission
zum Beispiel für eine Teilung von Nordrhein-
Westfalen oder die Bildung eines neuen Lan-
des Rheinfranken einsetzen werde, bei diesen
Meldungen handele es sich um Kombinati-
onen. Die Kommission könne überhaupt nur
Möglichkeiten erörtern und dem Bundesinnen-
minister gutachtlich unterbreiten. Luther hob
aber grundsätzlich hervor, daß der Artikel 29
die Neugliederung des Bundesgebietes durch
Bundesgesetz vorschreibe und damit die For-
derung, die Neugliederung bis zur Wiederver-
einigung aufzuschieben, mit der Verfassung
nicht in Einklang stehe. Der Artikel sei der
Ueberzeugung des Parlamentarischen Rates
entsprungen, daß ein lebensfähiger Föderalis-
mus lebensfähige Länder brauche und die
durch die Besatzungsmächte geschaffenen
Ländergrenzen revidiert werden müßten. Un-
terdessen seien allerdings wegen der Suspen-
dierung des Artikels durch die Besatzungs-
mächte fünf Jahre vergangen.

Nach dem Muster Oesterreichs

Ein sowjetischer Vorschlag an Tokio

Tokio, 3. Juni (AP). Außenminister Schigemitsu hat nach einer Pressemeldung aus Tokio vor Mitgliedern der Demokratischen Partei erklärt, er werde jeden sowjetischen Vorschlag auf Neutralisierung Japans bei den Londoner Friedensverhandlungen zurückweisen. Schigemitsu vertrat die Ansicht, die Sowjetunion werde möglicherweise Japan eine Neutralisierung nach österreichischem Muster vorschlagen. „Oesterreich hat in die Neutralität einge-

willigt, um die Besetzung zu beenden. Japan ist nicht von der Sowjetunion besetzt, sondern es ist unabhängig.“

Unterdessen hat die japanische Nachrichtenagentur Kiado gemeldet, die sowjetischer Unterhändler hätten der japanischen Delegation in London mitgeteilt, daß sie einen Friedensvertrag nach dem Muster des Oesterreichvertrages unterbreiten würden. Aus diesem Grunde habe Delegationschef Matsumoto auch den japanischen Gesandten in Wien, Katsumi Ono, nach London gebeten, um die japanische Delegation über die Oesterreichverhandlungen zu informieren.

Verhandlungen nur über Kleinvermögen

Vizekanzler Schärf warnt in Frankfurt vor Illusionen

Eigener Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

b. Frankfurt, 3. Juni. Der österreichische Vizekanzler Dr. Schärf, der am Freitag von Wien nach Kopenhagen geflogen ist, um dort

verletzen. Der Staatsvertrag aber verbietet grundsätzlich eine Rückgabe der deutschen Vermögen. Eine andere Lage könne nur mit

Bildung eines Staates „Rhein-Franken“?

Die Zusammenlegung von Hessen und Rheinland-Pfalz vorgeschlagen

Bonn, 30. Juni. (UP) - Der Ausschuß zur Neugliederung des Bundesgebietes hat unter dem Vorsitz von Reichskanzler a. D. Luther am Donnerstag in Bonn seine voraussichtlich letzte Volltagung abgehalten. Im Anschluß daran wurden die Ausschußmitglieder von Bundesminister Schröder empfangen. *A.Z. 1.7.55*

Vor der Veröffentlichung des Gutachtens über die mögliche Formen einer neugegliederten Bundesrepublik soll, wie bekannt wird, noch ein Redaktionskomitee letzte Hand an die Vorschläge legen. Wann mit der Veröffentlichung zu rechnen ist, wurde noch nicht bekannt.

Wie weiter bekannt wird, soll der Ausschuß die Aufteilung des jetzigen Landes Nordrhein-Westfalen in zwei selbständige Länder „Rheinland“ und „Westfalen“ für erwägenswert halten. Allerdings hat der Düsseldorfer Regierungschef Arnold gegen Pläne dieser Art Bedenken angemeldet. Ferner tritt der Ausschuß angeblich für die Neubildung eines Landes „Rhein-Franken“ ein, das die jetzigen Länder Rheinland-Pfalz und Hessen sowie Nordbaden und das Gebiet um Aschaffenburg umfassen soll. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier sowie Teile des Bezirks Montabaur sollen zu „Rheinland“ kommen.

er deutschen Grenzen

schaft der Sowjets ab, zur Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt etwas zu unternehmen. Man sprach jedoch die Hoffnung aus, daß der Plan auch den Sowjets entgegenkomme, weil am Status quo zwischen Ost und West dabei wenig geändert werde. Während im Westen der Atlantikpakt erhalten bleibe, werde auch das Vertragssystem des Ostblocks durch eine solche Regelung nicht berührt. Beide Systeme aber könnten durch eine gemeinsame Garantie gegenüber Deutschland miteinander in Beziehung gesetzt werden. Da die Garantie auch anderen Staaten offenstehen solle, liege hier vielleicht ein Ansatzpunkt für eine großräumige Lösung auch der Abrüstungsfrage.

Das sowjetische Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands scheint in letzter Zeit erlahmt zu sein, aber Pro-



Die Eröffnungskundgebung des sechsten Ge Bundesbahnbeamten und -Anwärter“, der vierte vereint, hat am Donnerstag im Zeichenverkehrsministers Dr. Seehofer (rechts) Gewerkschaft, Dominik (links), ein herzlich

D. F. Rheinhesen 24.5 der wunde Punkt 55

Wir erhalten folgende Zuschrift aus Rheinhesen:

StAMZ Nr. Oppenheim / 42.4 - 49.
„Als die Christlich-Demokratische Union von Rheinland-Pfalz ihren Parteitag in Ludwigshafen abhielt, fiel es uns auf, daß Ministerpräsident Altmeier in seinem großen Rechenschaftsbericht mit keinem Wort auf die Frage der Neugliederung des Bundesgebietes einging. Und als wir ihn nachher deswegen fragten, meinte er, das sei nicht mehr notwendig. Es gebe die Frage nach der Existenzberechtigung von Rheinland-Pfalz eigentlich gar nicht mehr.“

Das Ergebnis der Landtagswahl scheint diese Ansicht Altmeiers bestätigt zu haben. Eine Partei, die 51 aller hundert Landtagsitze erobert hat, kann dies durchaus mit Recht als einen Vertrauensbeweis betrachten. Und auch wenn man sich nur an die prozentuale Verteilung der Stimmen hält, bleiben 46,8 Prozent ein voller Sieg.

Dennoch muß man heute, wo der viel erörterte Artikel 29 des Grundgesetzes über die Neugliederung des Bundesgebietes seit der Beendigung des Besatzungsstatuts in Kraft ist, daran erinnern, daß es bei dieser Frage weniger auf das Land als auf seine Gebietsteile ankommt. In ihnen sind die Volksbegehren auf Aenderung der Landeszugehörigkeit vorgesehen, und in diesen Gebietsteilen sollen die Volksentscheide stattfinden.

Insofern kommt aber gerade Rheinhesen eine besondere Bedeutung zu. Denn der Gebietsteil Rheinhesen ist der fast einzige, in dem die Sozialdemokraten mehr Stimmen als die Christlichen Demokraten gewonnen haben. In Koblenz-Nord hat die Union mit 56,9 Prozent das Doppelte von den 28 Prozent der Sozialdemokratie gewonnen, in Koblenz-Süd ist das Verhältnis 40,3 zu 24,8 Prozent, in Trier sogar 65,2 zu 18,7 Prozent. Die Vorderpfalz brachte der Union 39,5, den Sozialisten 38,1 und nur noch in der Hinterpfalz überragt die Sozialdemokratie mit 38 Prozent die Union um ein halbes Prozent.

Natürlich ging der Wahlkampf im Zeichen der großen Bundespolitik vor sich. Die Länderfrage stand durchaus im Hintergrund.

Mag man nun über das Verhältnis der Gegner und Freunde des Landes Rheinland-Pfalz innerhalb der verschiedenen Parteien meinen, was man wolle, sicher sind die sozialdemokratischen Wähler Rheinhesens in ihrer Mehrzahl für den Anschluß an Hessen. Damit aber scheint sich nunmehr der Regierungsbezirk Mainz als der neutralgische Punkt für die Existenz des Landes in den Vordergrund zu schieben. Hier hat die Union 34,8, die Sozialdemokratie aber 37,8 Prozent aller Stimmen bekommen.

Hier ist also die Gefahr besonders groß, daß bei einem Volksentscheid eine Mehrheit für die Ausgliederung aus Rheinland-Pfalz und die Angliederung an Hessen erreicht wird. Das aber würde das Ende des Landes bedeuten.

Natürlich stehen den Befürwortern des Landes eine Fülle von Argumenten zu Gebote, die wir jetzt und hier nicht alle anführen können.

Die Stellung der Sozialdemokraten aber bekommt durch diese „landes-strategische“ Lage ihr besonderes Gewicht auch in den Koalitionsverhandlungen, die augenblicklich noch hinter verschlossenen Türen geführt werden. Zweifellos ist man sich dessen auch in der Union bewußt. Denn die erste Verlautbarung der Sozialdemokratie, daß sie mit besonderem Interesse von der Vorbereitung des Bundesgesetzes zu Artikel 29 in Bonn Kenntnis genommen habe, war deutlich genug und hatte nur den einen Sinn, auf diese Schlüsselstellung hinzuweisen.“

Blatt

Preis 20 Pfennig *



at sich, wie berichtet, im Hamburger Hafen
Gefahr für die riesigen Treibstofftanks der
tötet, andere zum Teil schwer verletzt. Das
em durch die Explosion aufgerissenen Tank.
Bild: AP

ch Berlin

Rolle spielen. Da aber Zinns Besuch in
der ehemaligen Reichshauptstadt recht
schnell auf einen Besuch in der bayer-
rischen Landeshauptstadt folgt, dürfte er
doch mehr bedeuten.

Die drei verbliebenen sozialdemokra-
tischen Ministerpräsidenten — ein solcher
ist ja auch der Regierende Bürgermeister
von Berlin, Dr. Suhr — haben allen
Grund, in Fühlung zu bleiben. Bei Ge-
legenheiten wie dem jetzt gerade bei-
gelegten Streit zwischen Bund und Län-
dern um die Einkommens- und Körper-
schaftssteuer hat Bundeskanzler Aden-
auer bekanntlich „seine“ Ministerpräsi-
denten zu sich gebeten und mit ihnen ge-
wissermaßen eine Vorrunde durchge-
fochten. Um bei dem Beispiel zu bleiben:
auch die sozialdemokratischen Länder-
chefs scheinen vor der Entscheidung eine
Vorrunde austragen zu wollen.

Es wird sich dabei wohl kaum nur um
den Kulturbesitz handeln. Es gibt noch
eine ganze Reihe von Fragen, die es den
sozialdemokratischen Ministerpräsidenten
geraten erscheinen lassen könnten, sich
abzusprechen. Da ist zum Beispiel die Frage
der Wiederaufrüstung und die damit zu-
sammenhängenden Probleme. Die sozial-
demokratischen Länderkabinette haben
da sicher besondere Wünsche. Beispiels-
weise hinsichtlich der geplanten Land-
mannschaftlichen Zusammensetzung der
kommenden Divisionen und der

„Keine Sonderregelung“

Die Regierungserklärung Altmaiers

kp. Mainz, 6. Juni (Eigener Drahtbericht).
Der Landtag von Rheinland-Pfalz ist am Mon-
tag zur zweiten ordentlichen Plenarsitzung der
neuen Legislaturperiode zusammengetreten,
um die Regierungserklärung von Ministerprä-
sident Altmaier entgegenzunehmen. Der Mi-
nisterpräsident versicherte in seiner Erklärung,
die bisherige Politik werde bewußt fortgesetzt,
weil damit die Kontinuität in Bonn und auch
eine vom Vertrauen breiter Volksschichten ge-
tragene Politik auf der Landesebene garantiert
werde. F.A.Z. 7.6.55.

In seiner Rede ging Altmaier auf das Ver-
hältnis zwischen Bund und Ländern ein. Er
sagte, bei den Auseinandersetzungen über den
Bundesanteil aus der Einkommen- und Kör-
perschaftsteuer gehe es um die Wahrung der
legitimen Länderinteressen. Die Länder seien
durchaus bereit, dem Bund zu geben, was er
zur Deckung seines Bedarfs benötige. Der Bun-
desrat mache aber selbstverständlich von sei-
nem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, den
im Bundeshaushalt aufgestellten Bedarf auf
eine Notwendigkeit zu überprüfen.

Zur Neugliederung der Länder sagte Alt-
maier, daß die Parteien der Regierungskoali-
tion von Rheinland-Pfalz, die Christlichen
und die Freien Demokraten, mit der Annahme
der Pariser Verträge die Inkraftsetzung des
Artikels 29 des Grundgesetzes und damit die
im Rahmen einer bundesgesetzlichen Regelung
etwa erforderlich werdenden Volksbegehren
ermöglicht hätten. Ohne diese positive Ent-
scheidung der Landesregierung wäre das Be-
satzungsstatut noch nicht beseitigt worden
und der Artikel 29 immer noch suspendiert.
Die Landesregierung werde sich, so versicherte
Altmaier, an der Verwirklichung der Länder-
neugliederung im Rahmen der ihr zur Verfü-
gung stehenden Möglichkeiten aktiv beteiligen.
Sie werde aber darin kein Sonderinstrument
zur Behandlung des Landes Rheinland-Pfalz
erblicken, zumal es sich dabei um die Grund-
lage einer organischen Neugliederung des Bun-

SIAMZ NI Oppenheim / 42,4 - 50
desgebietes handele, die jede Sonderregelung
für Rheinland-Pfalz als im Widerspruch zu
dem Grundgesetz stehend ausschließe.

Im übrigen seien sich die Parteien der Re-
gierungskoalition darüber einig, daß die ge-
samtdeutsche Länderreform erst angepackt
werden könne, wenn die Wiedervereinigung
Deutschlands in Frieden und Freiheit herbei-
geführt sei. Wer die Wiedervereinigung
Deutschlands in Ost und West nicht nur in
Worten, sondern in der Tat als das oberste
Ziel einer jeden deutschen Politik bezeichne,
der könne nicht in diesem Falle der deutschen
Länderreform den Vorrang geben.

In der Aussprache wandte sich ein Spre-
cher der Sozialdemokraten gegen einen Auf-
schub der Länderneugliederung. Ein Zusam-
menhang zwischen der Wiedervereinigung
Deutschlands und der Neugliederung bestehe
nicht.

Dieser Auffassung widersprach ein Spre-
cher der Freien Demokraten. Er sagte, seine
Partei wolle um die Erhaltung des Landes
Rheinland-Pfalz nicht sonderlich streiten, doch
sollte eine Länderneuordnung erst nach der
Wiedervereinigung erfolgen. Unter Hinweis
auf das Wahlergebnis erklärte ein Sprecher
der Christlich-Demokratischen Union, daß sich
die Mehrheit der Bevölkerung des Landes für
den Fortbestand von Rheinland-Pfalz ausge-
sprochen habe.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz billigte
dann mit den Stimmen der beiden Regierungs-
parteien die von Ministerpräsident Altmaier
abgegebene Erklärung.

bei der Beschaffung für die Streitkräfte, auch wenn diese Verwaltung zivil sein wird, die Frage stellen, ob sie auf Länderbasis organisiert werden kann.

Eine weitere Frage wird die Abgrenzung des Begriffs der zivilen Wehrverwaltung werden. Bis jetzt stand man bei Blank auf dem Standpunkt, daß die zivile Wehrverwaltung bis zum Kasernentor gehen solle. Aber es gibt

Kein Verzicht auf Integration

Etzel bestreitet Rücktrittsmeldungen

R. Bonn, 6. Juni. Der Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion, Dr. Etzel, hat am Montag in Bonn nachdrücklich Meldungen dementiert, nach denen er erklärt habe, zurückzutreten, falls Monnet nicht wiedergewählt würde. Etzel sagte weiter, er habe mit Monnet sehr gut zusammengearbeitet, und er hoffe auch auf eine gute Zusammenarbeit mit René Mayer.

Dr. Etzel hob gegenüber der, wie er sagte, aus einer gewissen Europamüdigkeit, einer Akzentverschiebung ins Nationale und durch Mißverständnisse entstandenen Kritik an der Montanunion hervor, diese habe bei der Stahlproduktion der Montanländer, die jetzt 52 Millionen Tonnen erreicht habe, durchaus Erfolg gehabt. Sie habe den Warenaustausch zwischen den Partnerländern gefördert und durch das Verbot der Doppelpreise zu einer Stabilität des Preises geführt. Die Montanunion habe keine Störungen gebracht, sondern Impulse für ein werdendes Europa gegeben, und sie sei die ökonomische Vorbereitung eines

Maiziere ist zum neuen Leiter politischen Abteilung der Dienststelle Blank ernannt worden. De Maiziere ist Nachfolger von Oberst a. D. Graf Keilmannsegg, der voraussichtlich als deutscher Militärattaché einen Posten im Ausland übernehmen wird. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer Versetzung nach Washington oder zum deutschen atlantischen Stab in Paris.

Marchal Botschafter in Bonn?

Eine lebhafte Diskussion in Paris

Paris, 6. Juni (dpa). Der Generalsekretär des Straßburger Europarates, Léon Marchal, soll vom letzten französischen Ministerrat als Nachfolger François-Poncets zum Botschafter in Bonn bestimmt worden sein. Wie am Montag in Paris geäußert wurde, ist diese Entscheidung am Freitagabend nach einer außerordentlich heftigen Diskussion zwischen den überzeugten „europäischen“ Ministern und den „gedämpfteren“ Anhängern des europäischen Gedankens zustande gekommen, die beinahe zum Rücktritt des Justizministers Schuman geführt haben soll. Eine amtliche Bestätigung dieser Darstellung steht noch aus.

Schuman soll sich mit aller Kraft für eine Entsendung des früheren Vorsitzenden des Interimsausschusses der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Alphand, nach Bonn ausgesprochen haben.

Heine antwortet

Bonn, 6. Juni (dpa). Der Pressechef der Sozialdemokratischen Partei, Heine, hat am Montag die Äußerung des Bundeskanzlers vor den Führungsgremien der Union zurückgewiesen, daß die Sowjetunion jetzt nicht zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung bereit wäre, wenn man den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei nachgegeben hätte. Heine erklärte, wer eine solche Behauptung aufstelle, vergifte das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition und betriebe eine unverzeihliche Irreführung der Öffentlichkeit. „Der deutschen Politik wäre besser gedient, wenn Adenauer sachlich zum

Landespolitik Rheinland-Pfalz

Die Zwickmühle

zz Im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz ist in der letzten Zeit mehrfach davon gesprochen worden, daß der Artikel 29 des Grundgesetzes und die durch ihn angebahnte Neugliederung der Länder jetzt das entscheidende Problem seien, an dem man überhaupt nicht vorbeugehen könne, ohne es gelöst zu haben. So ist die Sache doch nicht ganz. Man muß zwar bei einer Koalitionsbildung im Lande auf die Stellungnahme des Partners zum Artikel 29 weitgehend Rücksicht nehmen, man darf aber annehmen, daß sowohl mit den Freien Demokraten wie mit den Sozialdemokraten gegebenenfalls ein Stillhalteabkommen für die Neugliederung getroffen werden könnte.

Das klingt zunächst absonderlich, da gerade die Sozialdemokratische Partei bei ihrer ersten Zusammenkunft nach den Wahlen den verstärkten Kampf gegen das Weiterbestehen des Landes Rheinland-Pfalz zur Parole gemacht hat. Im Sinne ihrer Landespolitik kann man verstehen, daß für sie ein Land schwer tragbar sein mag, in dem die Christlichen Demokraten die absolute Mehrheit besitzen, dessen Ministerpräsident nicht nur als Bundesratspräsident ein treuer Paladin des Bundeskanzlers ist.

Wie sieht aber die Sache von der Ländersseite aus? Was wäre der Gewinn der Sozialdemokraten, wenn Rheinland-Pfalz in seine Bestandteile zerlegt werden würde? Beginnen wir mit Rheinhessen. Selbst wenn die sämtlichen 78 512 sozialdemokratischen Stimmen der Landtagswahl vom 15. Mai den sozialdemokratischen Stimmen der letzten hessischen Landtagswahl zugezählt würden, so würden in dem durch

SIAMZ, Nl. Oppenheim 424-51

Rheinhessen in Hessen die Sozialdemokraten einen Gewinn von fünf Prozent erzielen, also einen Gesamtanteil von 47 Prozent. Sie hätten damit weiterhin den Vorrang an Stimmen, aber es wäre fraglich, ob es ihnen jemals gelingen würde, die absolute Mehrheit in Hessen zu erringen, denn auch die Zahl der nichtsozialdemokratischen Wähler, die durch Rheinhessen gegebenenfalls zu Hessen kämen ist nicht gering zu veranschlagen. Eine Angliederung von Montabaur an Hessen würde für die Sozialdemokraten die Lage erst recht nicht günstiger gestalten, denn dort hatten die Christlichen Demokraten 45,2 Prozent, während die Sozialdemokraten nur 32,3 Prozent hatten.

Wenden wir uns Bayern zu. Kämen die 213 772 sozialdemokratischen Wähler der beiden pfälzischen Wahlkreise nach Auflösung von Rheinland-Pfalz in Bayern zur Geltung, so würde dort der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen von 28,1 auf 36,1 steigen. Das würde in der bayerischen Landespolitik keinen sichtbaren Ausschlag geben.

Ganz anders aber sähe es in Nordrhein-Westfalen aus, wenn die Regierungsbezirke Trier und Koblenz zu diesem Lande kämen, die sonst bei der Zerschlagung von Rheinland-Pfalz in der Luft hängen. In Nordrhein-Westfalen geht ein ständiges Ringen um die Macht zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichen Demokraten vor sich, da dieses reichste Land eine Schlüsselstellung unter den Ländern einnimmt. Bisher war das Stimmverhältnis der Christlichen Demokraten 41 Prozent gegenüber 34 Prozent der Sozialdemokraten. Der Unterschied betrug also 7 Prozent. Kämen die vorher erwähnten Gebiete zu Nordrhein-Westfalen, so würden die Christlichen Demokraten 47 Prozent der Stimmen für sich in Anspruch nehmen können, die Sozialdemokraten aber nurmehr 37 Prozent. Damit würden die Sozialdemokraten in

Nordrhein-Westfalen auf nicht absehbare Zeit auf die zweite Stelle verwiesen bleiben.

Es wird sehr darauf ankommen, wie die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei ihre nächsten möglichen Angriffsziele bewertet. In dem Bestreben, unter allen Umständen Machtpositionen zu erreichen, könnte sie, wie versichert wird, möglicherweise bereit sein, sich, wie seinerzeit ihr Finanzminister Hoffmann, davon überzeugen zu lassen, daß es „unzeitig“ sei, die Neugliederung der Länder schon vor der Wiedervereinigung Deutschlands aufzurollen.

finanziellen und anderen Maßnahmen weiterhin notwendig sein werden, um den Straßentransport von und nach Berlin voll aufrechtzuerhalten, bis die Westmächte sich zu neuen direkten Interventionen entschlossen haben.

Wie in diesem Zusammenhang bekannt wird, werden auch Bedenken Bundesfinanzminister Schäffers zur Diskussion stehen, die sich gegen das Verfahren der Rückerstattung von Straßengebühren im Interzonenhandel und im Verkehr mit Berlin in seiner jetzigen Form wenden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat seinerseits davor gewarnt, den Werkverkehr von der Rückerstattung auszu-

zwischen den beiden Machtblöcken in Europa einen Gürtel neutraler oder neutralisierter Staaten von Skandinavien bis zur Adria zu errichten, ist vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Ollenhauer, am Dienstag erneut scharf abgelehnt worden. Vor seiner Bundestagsfraktion wies Ollenhauer darauf hin, daß eine dauerhafte Entspannung in der Welt nicht dadurch erzielt werden könne, daß zwischen zwei bestehende Machtblöcke ein dritter Block geschoben werde. Es gehe vielmehr darum, die Blockpolitik überhaupt abzulösen und durch ein umfassendes System kollektiver Sicherheit zu ersetzen, in dem auch das wiedervereinigte Deutschland seine Rechte und Pflichten erhalten müsse.

Der Preiswelle

tätiges Gesetz gefordert

Wendungen

zu verbessern, restlos gescheitert sei, bleibe neben steuerlichen Entlastungen und Kapitalhilfen nur eine zweckentsprechende Anhebung des landwirtschaftlichen Preisniveaus übrig.

Mit betonter Schärfe wird das Zurückweichen der Bundesregierung vor den gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhungen, insbesondere im Bergbau, kritisiert. Die daraus folgende Kohlenpreiserhöhung werde eine Lawine von Preissteigerungen, vor allem bei den wichtigsten Betriebsmitteln der Landwirtschaft, zur Folge haben. Die Vorgänge auf diesem Gebiet gäben Veran-

Tito

Daß der mächtigste Mann der Kommunistischen Partei in Rußland, vielleicht der mächtigste Mann in der Sowjetunion überhaupt, sich bei dem „Verräter“ Tito in Belgrad einlud, mag tatsächlich als ein Eingeständnis sowjetischer Schwäche gelten. Ebenso gut aber kann man dieses Ereignis als auch für einen Beweis höchster Kaltblütigkeit halten, der es gleichgültig ist, ob man sein Gesicht verliert, wenn man ganz bestimmte Vorteile dafür erzielen kann. Chruschtschew, der Führer der Kommunistischen Partei, und nicht der Außenminister führt die russische Abordnung. Dies ist von Kennern der Sowjets als ein Beweis dafür angesehen worden, daß in Belgrad nicht nur außenpolitische Gespräche geführt werden sollen, sondern daß sich die beiden kommunistischen Parteien, die große in Moskau und die kleine in Belgrad, wieder einander zu nähern beginnen. Die bittere Feindschaft neigt sich nunmehr dem Ende zu. Das muß auch außenpolitische Folgen haben.

Der Erfolg

Wir möchten nicht so weit gehen, nun an eine Wiedereingliederung Jugoslawiens in den östlichen Block zu glauben; dafür ist der Marschall Tito in den sieben Jahren seiner Trennung von Moskau zu sehr an Selbständigkeit gewöhnt worden. Aber auf der anderen Seite zeichnet sich doch immer deutlicher ab, daß Jugoslawien aufhören wird, ein Bundesgenosse der westlichen Welt zu sein, auf den man unbedingt vertrauen kann. Er wird sich kaum gegen den Westen wenden. Aber der General Gruenther wird in seinen Berechnungen über einen künftigen Auf-

STAMZ, NL Oppenheim/42.4 - 52

Der Verräter

den Einzug Hitlers in Wien

für das deutsche Eigentum seien durch seine Partei in den Staatsvertrag hineingebracht worden.

Das argentinische Kabinett geschlossen zurückgetreten?

Buenos Aires, 22. Juni. (UP) Wie in der argentinischen Hauptstadt von maßgeblicher, aber nichtamtlicher Seite bekannt geworden ist, haben sämtliche Mitglieder des argentinischen Kabinetts

Hundhammer über einen Anschluß der Pfalz an Bayern

Wasserburg, 22. Juni. (X) Auf einer Versammlung der Christlich-Sozialen Union in Wasserburg am Inn hat der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Hundhammer scharfe Angriffe gegen die bayerische Regierungskoalition gerichtet. Zur Lehrerbildungsfrage bemerkte der Redner, wer die konfessionelle Lehrerbildung abschaffe, verstoße gegen die bestehenden Verträge des bayerischen Staates mit den Kirchen. Eine solche Haltung in der Schulfrage schade auch den Bemühungen um den Wiederanschluß der Pfalz an Bayern, da bei den letzten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz die Mehrheit der dortigen Bevölkerung sich im christlichen Sinne entschieden habe.

A. 2. 23. 6. 53

Landespolitik Rheinland-Pfalz

„Rheinbayern“ 3. 2. 53.

zz. Eines zieht das andere nach sich. Auf unsere Glosse „Der enge Gürtel“ hin, zu der ein Leser uns das Material darüber geliefert hatte, daß Rheinhessen und insbesondere die Stadt Mainz früher vom Lande Hessen geradezu stiefmütterlich behandelt worden sind, meldet sich jetzt auch ein geborener Pfälzer. Im Gegensatz zu einer gewissen Gruppe seiner Landsleute, die der Meinung sind, der Pfalz sei es niemals besser gegangen als unter bayerischer Oberhoheit, behauptet er, Bayern habe es immer wohl verstanden, aus der Pfalz Geld zu ziehen, ohne an entsprechende Gegenleistungen zu denken. Zum Beweis dafür legt er uns ein Werk vor, das 1831 in Speyer erschienen ist und das den Titel trägt: „Statistisch-topographische Schilderung von Rheinbayern“. Als Verfasser zeichnet G. Friedr. Kolb.

In diesem Buche heißt es an einer Stelle: „Der Rheinkreis (gemeint ist die Pfalz) ist übrigens ganz ungleich höher besteuert, als irgend einer der jenseitigen Kreise Bayerns. Der Herausgeber hat im vorigen Jahr unter Zugrundelegung der offiziellen Angaben über die Summe der Steuern folgende Berechnung aufgestellt: Kreis Isar: direkte Steuern 1 358 588 Gulden. Beislagsprocente 1, gesamt direkte Steuern 1 372 173 Gulden. Kreis Obermain: direkte Steuern 995 046 Gulden. Beislagsprocente 1½, gesamt direkte Steuern 1 009 971 Gulden. Rheinkreis: direkte Steuern 872 658 Gulden. Beislagsprocente 51½ (!), direkte gesamt Steuern 1 322 076 Gulden.“

Wir haben uns mit dem Beispiel der Kreise Isar, Obermain und Rheinkreis begnügt und stellen fest, daß alle anderen

SIAMZ NL Oppenheim / 424 - 53

Kreise außer dem Rheinkreis, der mit 51½ Beislagsprozenten bedacht worden war, nur 1 bis 2½ Beislagsprocente zu zahlen hatten. Der Verfasser Kolb fährt fort: „Ein Mitglied der Ständeversammlung von 1810 hat damals, nach den vom Minister selbst vorgelegten Notizen über dieses Mißverhältnis eine Berechnung aufgestellt, welche um so mehr auch jetzt noch als richtig angenommen werden muß, als auch seitdem alle Erleichterungen, welche in Bayern stattgefunden haben, den jenseitigen Kreisen weit mehr, als der Rheinprovinz, zu Theil geworden sind.“

Wir möchten nicht verfehlen, noch die folgenden Sätze wiederzugeben: „Im Jahre 1819 waren die Gesamteinkünfte des Staats (Bayern) aus dem Rheinkreis (der Pfalz) 3.53 Millionen Gulden, alle dahin zurückfließenden Ausgaben dagegen betragen 1,95 Millionen Gulden, Verlust für den Rheinkreis 1.57 Millionen Gulden. Nach den Protokollen der Deputiertenkammer betragen in der laufenden Finanzperiode (vermutlich 1830 oder 1831) die Staatseinnahmen aus dem Rheinkreise 2.35 Millionen Gulden, die zurückfließenden Ausgaben 566 070 Gulden, Verlust 2.16 Millionen Gulden. Davon gehen weiter als ein Drittel der Post und des Lottos — 253 000 Gulden —, somit Gesamtverlust 2.42 Millionen Gulden, wovon nur noch der Betrag für die Unterhaltung des im Kreise garnisonierenden Militärs abzuziehen ist.“

Man sieht auch in diesem Falle, die „gute alte Zeit“ war bestimmt nicht die beste Zeit. Es segnete sich, wer an der Quelle saß, und wer weit davon entfernt war, hatte das Nachsehen.

des Rechtsanspruches auf Formosa bestehen werde. Nehru, der zur Zeit an der Konferenz der Ministerpräsidenten des Commonwealth in London teilnimmt, hatte am Mittwoch eine Unterredung mit dem rotchinesischen Geschäftsträger in London, Hsiang. Durch diese Unterredung sei Nehru erneut in seiner Auffassung bestätigt worden.

Sechs kommunistische Demonstranten verurteilt

Karlsruhe, 2. Februar. (dpa) Sechs Personen, die am Montag vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Fortsetzung des Kommunistenprozesses demonstriert hatten und dabei verhaftet worden waren, sind am Mittwoch vom Amtsgericht Karlsruhe wegen Aufbaus zu je einer Woche Haft verurteilt worden. In der Urteilsbegründung des Gerichtes heißt es, das öffentliche Interesse verlange, daß gerade bei einem Prozeß des Bundesverfassungsgerichts Ruhe und Ordnung gewahrt werden, um eine unbeeinflusste Verhandlung zu gewährleisten.

in Amerika

ngen in Südafrika

reiche Häuser zerstört wurden, fand man die Leichen von zwanzig Negern. Aus den Trümmern einer Negerschule wurden eine Lehrerin und mehrere Schulkinder ge-

„Russland“. Das ist genau dasselbe, was Eden im Frühjahr 1954 in Berlin vorschlug. Damals war diesem britischen Schritt eine gemeinsame Absprache der drei Westmächte mit der Bundesrepublik vorausgegangen, in der eine „Kontrolle“ abgelehnt wurde. Der Westen glaubte sich dazu verpflichtet, weil er keinem östlichen Staat Exekutivbefugnisse in Westdeutschland einräumen wollte. Es kann demnach keineswegs der Schluß gezogen werden, die Sowjets hätten nunmehr, ein Jahr nach der Berliner Konferenz, das zugestanden, worum man seinerzeit so schwer und schließlich doch vergeblich gerungen habe. Die Berliner Konferenz ist eben nicht, wie weithin angenommen wird, am Eden-Plan gescheitert, sondern an den nicht übereinstimmenden Meinungen, welcher Status (vor allem auf militärischem Gebiet) einem wiedervereinigten Deutschland zugebilligt werden solle. Das wissen natürlich auch die Russen. Dennoch glauben sie es sich leisten zu können, längst bekanntgewordene, inzwischen aber wieder vergessene Tatsachen aufzuzischen und damit Unruhe zu stiften. Daß sich auf die Dauer aber mit Ladenhütern keine Politik machen läßt, wird den Russen ebenso bekannt sein. Wenn sie also Erfolge wünschen, müssen sie schon mehr anbieten. Ist aus diesem Grunde der Oberste Sowjet vorzeitig einberufen worden?

Herr Müller hat Pech

A. M. Herr Müller wünscht sich kein Auto, denn er hat bereits eins. Wer ein Auto hat, pflegt damit zu fahren. Also fuhr Herr Müller. Und da er außer seinem Wagen noch ein romantisches Gemüt besaß, steuerte er ihn gelegentlich durch enge Gäßchen. Dabei gelang es ihm eines

Rheinland-Pfalz und die Länderreform

Erfolgreiche Arbeit der politischen Parteien und der Regierungsorgane

STAMZ NL Oppenheim / 42.4 - 54

Wenn über das Thema „Neugliederung des Bundesgebietes“ gesprochen wird, dann pflegt im Mittelpunkt der Erörterungen regelmäßig das Land Rheinland-Pfalz zu stehen. Es hat mitunter sogar den Anschein, als sei die Auflösung dieses Ländchens, dessen Bildung durch Dekret des ehemaligen Generalgouverneurs der französischen Besatzungszone, Armeegeneral Pierre Koenig, vom 30. August 1946 verkündet wurde, eine längst beschlossene und unabänderliche Tatsache. N. Z. 25. 11. 52

Ob die Bundesregierung nach Aufhebung der Suspension des Artikels 29 im Grundgesetz durch die Alliierten das heiße Eisen der Länderreform noch vor den Neuwahlen zum Bundestag anpacken wird, erscheint sehr zweifelhaft. Es mehren sich sogar die Stimmen, die dafür plädieren, die Neugliederung des Bundesgebietes bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zurückzustellen, da diese ja auch wieder Länderfragen aufwerfen wird.

Zwei Faktoren, mit denen die Befürworter einer Auflösung von Rheinland-Pfalz operieren, klingen durchaus überzeugend. Einmal ist es die unbestreitbare Tatsache, daß der künstlich geschaffene Status des Landes insofern sehr deutlich zum Ausdruck komme, als man bei der Bildung von Rheinland-Pfalz die für ein gesundes Staatsgefüge sehr wichtigen Voraussetzungen der landsmannschaftlichen Verbundenheit der Bevölkerung und geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge unberücksichtigt gelassen hatte. Hieraus resultieren die Forderungen Bayerns auf Rückgliederung der Pfalz und die Ansprüche

Hessens auf das rheinhessische Gebiet und die rechtsrheinischen Länderteile mit dem Regierungsbezirk Montabaur. Als zweites Argument schließlich wird angeführt, daß Rheinland-Pfalz ein finanzschwaches Land sei und zur Sicherung seiner Existenz von anderen Bundesländern unterstützt werden müsse.

In den maßgeblichen rheinisch-pfälzischen Regierungskreisen weist man alle Forderungen, die sich gegen den Bestand des Landes richten, entschieden zurück. Dem Einwand, zwischen der Bevölkerung der Pfalz und der des anderen Landesteiles fehle es an der zum Gedeihen des Landes notwendigen landsmannschaftlichen Verbundenheit, wird entgegengehalten, daß das gemeinsame Erleben und Erleiden als Grenzvolk im Westen, ganz besonders die gemeinsam getragenen Opfer zweier Weltkriege, die Menschen am Mittelrhein zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt habe.

Die Argumente der finanzschwachen Lage des Landes versucht die rheinisch-pfälzische Regierung dadurch zu entkräften, daß die heutigen Verwaltungskosten in Rheinland-Pfalz nicht wesentlich höher seien, als sie es im gleichen Gebiet vor dem Kriege waren. Darüber hinaus dürfe man sagen, daß die Verwaltung des Landes, was die Sparsamkeit anbetreffe, im Bund ihresgleichen suche. Welche politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung hat Rheinland-Pfalz seit seiner Gründung genommen?

Mit den Regierungsbezirken Pfalz, Rheinhessen, Trier, Koblenz und Montabaur umfaßt das Land eine Fläche von 19 500 qkm und zählt etwas mehr

als drei Millionen Einwohner. Das derzeitige Kabinett des Ministerpräsidenten Peter Altmeier ist eine Koalition zwischen CDU und FDP. Die SPD, mit 38 Sitzen im Parlament die zweitstärkste Partei (CDU 43 Sitze, FDP 19 Sitze), befindet sich in der Opposition. Obwohl die Mitarbeit der SPD, die in der vergangenen Legislaturperiode, ebenfalls unter Altmeier, mit zur Koalition gehörte, sich äußerst fruchtbar auf den wirtschaftlichen Aufbau des Landes ausgewirkt hatte, mußte eine Erneuerung dieser Koalition schließlich scheitern, da die SPD zielstrebig auf die Auflösung von Rheinland-Pfalz hinarbeitete. Die FDP, ebenfalls eine Gegnerin des Föderalismus, hatte sich bereit erklärt, aus Gründen der Loyalität der nach dem Grundgesetz vorgesehenen Neugliederung des Bundesgebietes nicht vorzugreifen.

Wenn in Rheinland-Pfalz als einem der ersten Bundesländer bei den Landtagswahlen 1951 die letzten noch verbliebenen Kommunisten aus dem Parlament herausgewählt wurden, so spricht das einmal für die gesunde Einstellung der Bevölkerung, zum andern aber auch für die erfolgreichen Bemühungen der politischen Parteien und Regierungsorgane im Lande, die Staatsbürger an ihre politischen Aufgaben und Pflichten heranzuführen. Das rheinisch-pfälzische Landesverwaltungsgericht war das erste in der Bundesrepublik, das durch Entscheid vom 20. Februar 1952 die rechtliche Handhabe gegeben hat, Personen, die links- oder rechtsradikalen Organisationen angehören beziehungsweise nahestehen, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Umfassende Maßnahmen der Exekutivorgane machen jede Agitationstätigkeit verfassungsfeindlicher Elemente so gut wie unmöglich.

Um die Leistungen des Landes auf wirtschaftlichem Gebiet richtig beurteilen zu können, muß man vorausschicken, daß der Umfang der Kriegsschäden in keinem Lande so groß war wie in Rheinland-Pfalz. Von 770 000 Wohnungen waren bei Kriegsende 180 000 zerstört und 120 000 schwer beschädigt. Viele Ortschaften im Grenzgebiet, der sogenannten „Roten Zone“, existierten nur noch dem Namen nach. Mit der Erstellung von 20 000 Wohnungen im Jahre 1950 hatte sich Rheinland-Pfalz nach dem Urteil maßgeblicher Kreise der Bundesregierung an die Spitze sämtlicher Bundesländer gestellt. Zur Beseitigung der Kriegsschäden allein an Straßen und Brücken, deren Höhe etwa 276 Millionen DM betrug, hatte die Landesregierung bis Ende 1950 über 95 Millionen DM aufgebracht.

Die soziale Gesetzgebung von Rheinland-Pfalz dient heute weitgehend als Grundlage für die Bundesgesetzgebung. Das bereits 1948 verabschiedete Landesgesetz über die Versorgung der Kriegsoptioner galt als das beste im Bund und wurde durch das für die Betroffenen wesentlich ungünstigere Bundesversorgungsgesetz vom 20. Dezember 1950 abgelöst. In der Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung gegenüber den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen steht das Land Rheinland-Pfalz an der Spitze der Aufnahmeländer.

Welch große Bedeutung die Landesregierung der Kulturpflege beimißt, ist schon daraus ersichtlich, daß in dem Ministerium für Unterricht und Kultus die Abteilung „Volksbildung“ die umfangreichste ist. Besondere Aufmerksamkeit widmet man aber auch dem Schulwesen. Der Wiederaufbau der zerstörten Schulgebäude namentlich in den Grenzgebieten und die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte haben in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht. Im Zuge einer inneren Schulreform wurde erstmals 1951 aus den Volksschul-Lehrkräften des Landes eine Landeslehrerververtretung gebildet, die ein für die Schulaufsichtsbehörden autorisiertes Beratungsorgan in allen Volksschulfragen darstellt. Ebenfalls anderen Ländern voraus ist Rheinland-Pfalz mit der Einführung der politischen Gemeinschaftskunde als Unterrichtsfach in allen Schulen. Schließlich sei auch erwähnt, daß in der rheinisch-pfälzischen Verfassung als in der einzigen sämtlicher Bundesländer die Anerkennung und Bedeutung der Kirchen für die Grundlagen des menschlichen und staatlichen Lebens förmlich ausgesprochen ist.

Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Regierungs- und Verwaltungsstellen von Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren manches unterlassen haben. So ist es unter anderem nicht gelungen, die Bevölkerung der Pfalz stärker an das Land zu binden. Während die übrige Grenzlandbevölkerung, deren Belange in früheren Jahren nur wenig berücksichtigt wurden, sich zu der mit ihren Nöten und Sorgen sehr gut vertrauten Regierung in Mainz hingezogen fühlt, werden in der Pfalz — allerdings von außen her forcierte — Loslösungsbestrebungen aus dem jetzigen Staatsverband immer offensichtlicher. Ebenfalls ist nach Ansicht maßgeblicher Wirtschaftskreise manche Gelegenheit versäumt worden, durch eine Stärkung der Wirtschaft aus eigener Initiative heraus das Land aus dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu lösen. Trotz vorhandener räumlicher Möglichkeiten und qualifizierter Arbeitskräfte sind beispielsweise Gelegenheiten, die Industrialisierung zu fördern, kaum genutzt worden.

H. W.

Herstellung des „Friedens der Königin“

Politische und wirtschaftliche Maßnahmen können die Gründe des Mau-Mau-Terrors beseitigen

Von unserem Korrespondenten Peter de Mendelssohn

aller Volks- und Rassengruppen und gewiß nicht ohne die Weißen garantiert werden. „Wir werden in Afrika bleiben“, erklärte Lyttleton, „darüber möge sich niemand im Zweifel sein.“ Einer Bande von Terroristen werde nicht gestattet werden, die ganze mühsame und kostspielige Aufbauarbeit zu zerstören.

Mau-Mau, so versicherte der Minister, sei „eine Geheimgesellschaft, die sich aus einem pervertierten Nationalismus und einer Sehnsucht nach der Barbarei nähre“. Sie stelle eine unheilige Allianz aus dunklem Aberglauben und dem Apparat des modernen Gangstertums dar, und der einzige Zusammenhang zwischen Mau-Mau und den Wirtschaftsproblemen bestehe in der Geldgebühr, welche ihre Führer für die Ableistung des geheimen Eides verlangten. Dieses „grauenhafte Gift“ fließe tief in den Adern des Kikuyu-Stammes, aus dem die Mau-Mau sich rekrutiert, und die Verhaftung der vermeintlichen Rädelsführer allein werde dem Terror noch kein Ende machen. Man solle sich über die fürchterliche Gewalt von Verfluchungen und

Hexenbeschwörungen über die Eingeborenen keine Illusionen machen. Sie seien höchst greifbare politische Realitäten. Erstes Gebot, ehe man an die Weiterführung und den Ausbau der in Angriff genommenen Reformen gehen könne, sei deshalb die Wiederherstellung des „Friedens der Königin“.

Hier sind beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen. Die erste Phase der Antiterrormaßnahmen, nämlich die Verhaftung der vermeintlichen Anführer des Terrors, ist abgeschlossen. Die zweite Phase, die systematische Verteilung von Polizei und Truppen über das ganze gefährdete Gebiet, die die loyale Bevölkerung beschützen und die örtlichen Mau-Mau-Führer ausfindig machen sollen, nähert sich dem Abschluß. Die dritte Phase wird in der Einrichtung zahlreicher ständiger Polizeiposten an Stelle der gelegentlichen Patrouillen in der gesamten Kikuyu-Reservation bestehen. Die Hauptschwierigkeit besteht hier in den zur Verfügung stehenden unzureichenden Polizeikräften.

Die in Kenya eingeführten Notstandsgesetze, die Freiheitsbeschränkungen sowie Beeinträchtigungen der Freizügigkeit, des Versammlungsrechtes und der Eingeborenen-Presse mit sich bringen, gehen nach Auffassung vieler Sachverständiger zu weit, und vor allem die Aussicht, daß auch die „Kenya Africa Union“ verboten werden kann, erregt in England deshalb Unbehagen, weil sie die einzige Organisation ist, in der verantwortliche, gemäßigte Eingeborene sich zusammenfinden können. Würde sie verboten, wie der Minister es andeutete, so würde ein gefährliches Vakuum entstehen. Lyttleton konnte sich jedoch darauf berufen, daß ganz ähnliche, von der Labour-Regierung in Malaya eingeschlagene Wege zur Wiederherstellung des „Friedens der Königin“ von Erfolg gekrönt worden seien. Diese Parallele hat nicht sehr überzeugt. Wenn es richtig ist, daß die Partnerschaft zwischen allen Rassen in Kenya die einzige wirkliche Hoffnung für Britisch-Afrika darstellt, so muß vor allem vermieden werden (erklären die Kritiker der Regierung), daß die loyalen Eingeborenen führerlos gemacht werden oder daß ihre Führer daran gehindert werden, wirklich zu führen.

Was die Zukunftsmaßnahmen betrifft, so heißt es auf die Ergebnisse der Erhebungen der Königlichen Kommission warten, die sich jetzt mit dem gesamten Problem Kenya, vor allem aber mit der Frage des Landbesitzes, befassen wird. Neben den

Entwicklung der FDP

(Fortsetzung von Seite 3)

FDP als Kompromiß hin, daß neben dem Vorsitzenden Franz Blücher und dem Stellvertreter Hermann Schäfer auch der sehr rechtsstehende Mittelhaube in die enge Führung berufen wurde, in Wirklichkeit beweist diese Wahl aber wieweit die Kreise, die aus der FDP eine Rechtspartei machen wollen, sich durchsetzen konnten.

Das „Hamburger Echo“ (SPD) kommt zu folgendem Ergebnis: „... Die Freie Demokratische Partei hat aufgehört, eine freie demokratische Partei zu sein. Für die innerpolitische Entwicklung der Bundesrepublik ergeben sich daraus weitgehende Folgerungen. Sehen wir von den bereits notorisch gewordenen Angriffen des Bundesjustizministers Dr. Dehler ab, so bleibt für alle, die von dem Parteitag der FDP eine Erklärung erwarteten, nur die betrübliche Feststellung übrig, daß die Freien Demokraten sich nicht für die liberale Einheit, sondern für den restaurativen Rechtskurs entschieden haben. Die Demokratie hat eine Schlacht verloren.“

Das an der deutschen Innenpolitik stark interessierte französische Linksblatt „Combat“ vertritt die Ansicht, daß das Übergewicht des „deutschnationalen“ Mittelhaube-Flügels der FDP über den „altliberalen“ Flügel Dr. Maiers zu einer politischen Neuorientierung der Partei führen könnte.

Nach Auffassung der unabhängigen Amsterdamer „Het Parool“ befindet sich der deutsche Liberalismus durch die Versuche Mittelhaubes, auch solche Elemente an die FDP zu binden, die sich innerlich noch nicht vom Nationalsozialismus distanzieren haben und durch das liberale Mani-

fest der Hamburger FDP in einer ziemlichen Krise.

durch den Präsidenten der Bank deutscher Länder und den Bundesfinanzminister rechtfertigte. Auch die Höhe der Anleihe mit 500 Millionen DM rechtfertigt eine besondere Beachtung. Nur zu leicht wird ein derartiger Betrag als verhältnismäßig bescheiden angesehen, da man bei den öffentlichen Finanzen und bei den vielseitigen Wünschen, die an den Kapitalmarkt gestellt werden, allzusehr an Milliardensummen gewöhnt ist. Man muß den Anleihebetrag messen an den Summen, die der Kapitalmarkt der Bundesrepublik an langfristigen Papieren einschließlich Pfandbriefen in der Vergangenheit aufgenommen hat. Das waren im 1. Halbjahr vorigen Jahres 358,7 Millionen DM, im 2. Halbjahr 434 Millionen DM und im 1. Halbjahr dieses Jahres 622,1 Millionen DM.

Nun wird allerdings ein Teil der Anleihe mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln bezahlt werden, also nur eine Umformung kurzfristiger Papiere in eine fünfjährige Anleihe sein. Dies machte dem Bankenconsortium die Zusage, 400 Millionen DM fest zu übernehmen, auch relativ leicht. Wie hoch der reine Umwandlungsbetrag sein wird und wieviel „neues Geld“ einkommt, wird einmal davon abhängen, welchen Anklang die Anleihe im breiten Publikum findet und wieviel die Banken abzugeben gewillt sind. Die Banken werden hierbei die außerordentlichen Steuervorteile, die die Anleihe gerade beim Kapitalansammlungs-Vertrag bietet, gegen Ueberlegungen über ihre Liquidität abzuwägen haben.

Die Anleihe wird nicht aufgelegt, weil die Bundeskasse im Augenblick besondere Schwierigkeiten hätte. Sie soll es vielmehr unter anderem dem Bund ermöglichen, den Stoß der Besatzungskosten im Rahmen seines Kreditvolumens aufzufangen zu können. Wie man aus einer etwas zurückliegenden Veröffentlichung des Bundesfinanzministeriums schätzen kann, dürften bisher rund

A.Z. 22.4.53. Im Lichte der Geschichte

Rheinland-Pfalz deckt sich mit dem kur-rheinischen Raum

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 55

Na. Es ist schon oft von der Landesregierung — wenn immer die Existenzberechtigung des Landes Rheinland-Pfalz bestritten wurde — neben anderen Argumenten von Ministerpräsident Altmeier daran erinnert worden, daß Rheinland-Pfalz sehr genau mit jenen Gebieten übereinstimmt, die Jahrhunderte lang das Kerngebiet der drei Kurfürstentümer Trier, Mainz und Pfalz bildeten.

Nun ist von Dr. Eugen Ewig, dem Mainzer Privatdozenten für mittelalterliche Geschichte, eine kleine Broschüre erschienen, die diesen „Geschichtlichen Grundlagen des Landes Rheinland-Pfalz“ mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nachgeht. Sie beginnt mit der Gliederung des Rheinlands in römischer Zeit. Sie stellt fest, daß die von Karl dem Großen geschaffene kirchliche Ordnung mit den Bistümern Trier, Mainz und Köln die spätere rheinische Geschichte maßgebend bestimmte.

Die Mainzer Erzdiözese umfaßte in karolingischer Zeit neben dem eigentlichen Mainzer Raum das Nahegebiet, den Taunus und die Wetterau und sogar das alte Hessen und Teile Thüringens. Politisch beherrschte Mainz nach dem Sturz der Stauer das Gebiet von der Nahe bis nach Hessen, und der Machtbereich Triers reichte von der Sauer im Westen bis an die Lahn im Osten.

Im einzelnen verlief die historische Entwicklung, der die Darstellung der hier besprochenen Broschüre folgt, natürlich vielfältiger, als wir sie hier wiedergeben können. Man kann aber den Schlußfolgerungen Dr. Ewigs zustimmen, daß die Rheinlande in ihrer heutigen Gestalt aus

den vier Kurfürstentümern Pfalz, Mainz, Trier und Köln erwachsen sind. Köln bildete allmählich einen eigenen „niederländischen“ Raum. Mainz verlor die Verbindungen mit Mitteldeutschland, Trier die mit Oberlothringen. Als neuzeitliche Verbindung schwächte die Angliederung an Bayern die Stellung der Pfalz im rheinischen Verband. Im Grunde aber entstanden — völlig organisch und in Jahrhunderte langer wechselvoller Geschichte — ein niederrheinisch-westfälischer und ein „kurrheinischer“ Raum. „Das Land Rheinland-Pfalz“ — so schließt die Broschüre — „entspricht dem alten kurrheinischen Verband. Historisch gehören ihm zu: Nassau, die Wetterau, Darmstadt (Katzenelnbogen) und die rechtsrheinischen Gebiete der alten Pfalz.“

SCHUH-PASTA
 Drogerie Ackermann, Gaustraße 55
 am Ackermann, Löwendrogerie,
 Stadionshofstraße
 Drogerie Delle, Klarastraße 19
 Drogerie Fußwinkel, Graben 2
 Drogerie Keppinger, Pfandhausstraße 3
 Drogerie Künstler, Forsterstraße 19
 Drogerie Krug, Ecke Bopp- u. Kurfürstenst.
 Drogerie Landmann, Martin-Luther-Str. 75
 Drogerie Lorey, Gaustraße 15
 Drogerie Massing, Neckarstraße 2
 Drogerie Mees, Höfchen 2
 Drogerie Rupp, Kaiser Wilhelm-Ring 79
 u. Kaiser-Karl-Ring 11
 Drogerie Schollmayer, Augustinerstraße 32
 Schwarzwald-Drogerie, Zanggasse 17
 Otzenheim: Drogerie Jayme
 Gonsenheim: Drogerie Becker
 Mombach: Drogerie Ziegler
 Drogerie Mai
 Drogerie Norkus
 Weisenau: Drogerie Schlenger
 Gonsenheim: Drogerie Veil
 Mithen: Drogerie Darmstadt
 Gonsenheim: Drogerie Kürten
 Gonsenheim: J. D. Roth
 Gonsenheim: Drogerie Doß
 Gonsenheim: Drogerie Buhl
 Gonsenheim: Drogerie Schröder II
 Oppenheim: Fachdrogerie Hotmann Nacht.

Wir suchen für unsere Verkaufsorganisation

Verkäufer

mit Verkaufstalent und guter Allgemeinbildung für Kleinlastwagen und Pkw. Wir bieten auch branchenfremden Herren fachliche Ausbildung, Fixum und Provision und das Verkaufsprogramm von zwei führenden Firmen der Kraftfahrzeugindustrie. Handschriftliche Bewerbungen, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild unter Mz 3860 an die Allgemeine Zeitung, Mainz.

Drogen- und Kolonialwarengroßhandlung sucht zum baldmöglichsten Eintritt

jüngere, zuverlässige Bürokräft

Handschriftliche Bewerbung mit Zeugnisabschriften unter Mz 3846 an die allgemeine Zeitung, Mainz.

ange

Rechenbuchhalterin

nach Anweisung arbeitend, von Großunternehmen in Mainz per sofort oder in nächstmöglichen Termin gesucht.

Voraussetzung: Beherrschung der Buchungsmaschine oder flotte Maschinenschreiberin, die sich durch gute Auffassungsgabe auszeichnen. Alter: bis 22 Jahre.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Zeugnisabschriften senden unter Mz 3864 an die Allgemeine Zeitung, Mainz.

Vers
I
Stre:
Lage
Best:
zuba
über
Fran

H
wird
arbei
Wohn
Ange

Be
B
er
M
Tr
MÜN
U.H

Nr. der Haushaltsstelle	Dienststelle	Notwendigerweise zu beseitigende Schäden und Zerstörungen	Ungefähre Kosten hierfür RM	Vor
64	Vermessungswesen	1 Kataster-Theodolit u.a.	3 050.--	
660	Tiefbauverwaltungsstelle	1 Lichtpausmaschine	5 000.--	wi uz
661	Werkstätten der Tiefbauverwaltung	Neueinrichtung verschiedener Werkstätten	161 200.--	
662	Strassenunterhaltung	Wiederherstellung von Strassen, zusätzliche Einreissarbeiten	485 000.-- 45 000.--	
663	Wasserstrassen und Brücken	Instandsetzungsarbeiten an Uferanlagen	120 000.--	
7101	Strassenreinigung	Beschaffung von Kehrmaschinen, Elektro-Waschmaschinen und Sprengwagen usw.	81 400.--	
7102	Kanalunterhaltung	Instandsetzungsarbeiten an den Entwässerungsanlagen	672 000.--	
7103	Latrineabfuhr	Beschaffung von Fäkalienwagen	20 000.--	
7104	Bedürfnisanstalten	Aufbau der Bedürfnisanstalten	8 000.--	
7105	Müllabfuhr	Anschaffung von Müllwagen	150 000.--	
7106	Fuhrpark	Instandsetzung des Verwaltungsbaues, des Wohnhauses für den Werkmeister, der Garagen, Pferdeställe und Schuppen, sowie der Unterkunfshäuser, usw.	173 900.--	
		Se. Tiefbauamt	1 924 550.--	
7107	Friedhöfe	Errichtung eines Verwaltungsgebäude und einer Leichenhalle Friedhof Mainz	28 000.--	
		Behelfsmässige Herrichtung der Verwalterwohnung	16 000.--	
		Beseitigung der Schäden an Gebäuden, Umzäunung, Wegen und Gräbern, an Geräten und Materialien, an Bäumen, Sträuchern und Pflanzstücken im Friedhof Mainz, Mainz-Mombach, -Gonsenheim, -Bretzenheim, -Weisenau	215 379.50	
			259 379.--	
7108	Gartenanlagen	Beschaffung einer Bodenfräse Instandsetzung der Gewächshäuser	6 500.--	

Sturzheimbung. In Han. Aufsatz i. J. 1880.

**42 Sozialdemokraten 7./11.53.
zur Süsterhenn-Erklärung**

Mainz, 6. November. (Eigener Bericht.) In einer Funktionär- und Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei erklärte der Landtagsabgeordnete Günther Markscheffel, es wäre höchste Zeit, daß sich der Präsident des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz, Professor Dr. Süsterhenn, bei seiner politischen Tätigkeit die seinem hohen Amt geziemende Reserve auflege. Die öffentliche Stellungnahme Dr. Süsterhenns in der Saarfrage und der Zeitpunkt, zu welchem sie der Presse übergeben wurde, habe der deutschen Sache an der Saar geschadet, was auch durch nachträgliche Erläuterungen nicht geändert werden könne. Es sei höchst bedauerlich, daß weder der Bundeskanzler noch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier bis zur Stunde öffentlich von den juristischen Auslegungen Süsterhenns über die territoriale Zugehörigkeit des Saargebietes abgerückt seien. Diese Unterlassung müsse leider zu dem Schluß führen, daß die prominentesten Parteifreunde Professor Süsterhenns keinerlei Anstand an den unglücklichen Formulierungen nähmen und scheinbar auch den Zeitpunkt, zu welchen sie veröffentlicht wurden, durchaus in der Ordnung hielten.

Die Sozialdemokraten zur Süsterhenn-Erklärung

Mainz, 8. November. (X) In der Samstagausgabe veröffentlichten wir unter der obigen Ueberschrift eine uns von der Sozialdemokratischen Partei übermittelte Stellungnahme zu der Erklärung von Professor Dr. Süsterhenn. Die dabei wiedergegebenen Aeüßerungen Markscheffels sind inzwischen von zuständiger Regierungsseite mit dem Hinweis auf die „eindeutigen Erklärungen“ des Ministerpräsidenten zur Saarfrage in der Landtagssitzung vom Mittwoch zurückgewiesen. Die Formulierung Markscheffels sei im übrigen unverständlich, so wurde betont, da das von ihm geleitete sozialdemokratische Parteiorgan am Freitag in einem Bericht über die Landtagsdebatte ausdrücklich festgestellt habe: „In seiner Erwiderung distanzierte sich Ministerpräsident Altmeier eindeutig von der Erklärung seines Parteifreundes Süsterhenn.“ 2. 9. 11. 53

Saargebiet und Rheinland-Pfalz

Vereinigung der Nachbarländer muß offen gehalten werden

Mainz, 1. November. (Eigener Bericht.) Die Frage der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz müsse in Verbindung mit der Saarfrage gesehen werden, stellt die „Staatszeitung“, das offizielle Organ der rheinland-pfälzischen Landesregierung, zu Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard fest. Ehard hatte unter anderem erklärt: „Es ist mit bestem Willen nicht einzusehen, wieso die Pfalz im Hinblick auf eine vernünftige Saarregelung eine besondere Aufgabe zu vollziehen hätte.“

Bereits nach der Volksabstimmung von 1935 sei die Rückgliederung des Saargebietes nicht in der Weise erfolgt, schreibt die „Staatszeitung“, daß die einzelnen Teile des Saargebietes wieder auseinandergerissen und einfach zu Preußen und Bayern geschlagen worden seien. Erst recht dürfte es heute nach einer Wiedereingliederung der Saar in die deutsche Bundesrepublik nicht möglich sein, das Saargebiet zu zerschlagen und etwa den Südtel von München und den Nordteil von Düsseldorf aus regieren zu lassen. Es gebe für die Wiedereingliederung der Saar in Deutschland nur zwei Möglichkeiten: entweder werde das Saargebiet trotz seiner Einwohnerzahl von nicht ganz einer Million ein weiterer deutscher Bundesstaat oder es werde mit seinem deutschen Nachbarland Rheinland-Pfalz vereinigt. Solange eine Willensäußerung der Saarbevölkerung nicht vorliege, müßten beide Möglichkeiten offen gehalten werden.

In ihren weiteren Ausführungen weist die „Staatszeitung“ darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den Bewohnern des Mosel-

landes, der Pfalz und der Saar seit Jahrhunderten die engsten seien, die man sich nur vorstellen könne.

Mit am meisten beachtet werden sollte aber die Haltung unserer Hausfrauen, die in Mainz wie andernorts in dieser Streitfrage absolut klar und eindeutig bekennen: drei Sonntage! Für die ohnehin geplagten und gehetzten Hausfrauen, von denen viele obendrein noch berufstätig sind, reicht die Zahl der drei Verkaufstage gerade hin, um ihre Besorgungen für das Fest zu erledigen. Hinzu kommt noch, daß der vorweihnachtliche Zauber an jenen drei Sonntagen die Freude am Schenken außerordentlich beflügelt.

der Polizeiamter Bingen, Ingelheim und Alzey, der Gendarmeriekreise Mainz, Alzey, Bingen und Worms, der Wasserschutzpolizei und der Polizeiverwaltung Nierstein kleideten Dank und Geschenke in den Wunsch, der Nachfolger möge in die gleichen Fußtapfen treten. Zum gesprochenen gellte sich das gesungene Wort, in seltener Klangschönheit dargeboten von den Gesangsquartetten der Gendarmeriekreise Alzey und Mainz, zu denen die Gesangsabteilung der Polizeidirektion Mainz mit einem eigens für diese Stunde und die Musikkapelle der Mainzer Direktion mit einem Kranz schöner Melodien trat.

Wer wird Gröningers Nachfolger werden? Amtmann Müller wäre nächst Gendarmerierat Gröninger, dessen Weggang er in feierliches Licht rückte, durch Leistung und Erfahrung wohl der nächste gewesen. Wenn, wie wir hören, ein Spätheimkehrer in die Verantwortung eintreten soll, mag das ein Zeichen des Verneigens sein vor denen, die an der deutschen Not am längsten und am schwersten getragen haben.

Kindestötung bestraft

nach der Hauseigentümer vor Gericht

jährige Söhnchen des Ehepaars beim Spielen der Lücke zu nahe, stürzte das fünfstöckige Treppenhaus hinunter und war sofort tot.

Das Gericht erkannte gegen die Eltern auf je hundert Mark, gegen den Hauseigentümer und seine Söhne auf je fünfzig Mark Geldstrafe, an Stelle von einem Monat bzw. zwei Wochen Gefängnis.

Tot aufgefunden

Im Hof eines Mainzer Geschäftshauses wurde frühmorgens ein Angestellter tot aufgefunden. Die Ursache seines Ablebens war vermutlich ein Herzschlag.

„Völkerrechtliche Haarspaltereien?“

Von Staatsminister a. D. Professor Dr. Süsterhenn

Staatsminister a. D. Dr. Adolf Süsterhenn hatte im „Bundesländerdienst“ einen Artikel veröffentlicht, den wir auszugsweise wiedergegeben hatten und der eine heftige Ablehnung nicht nur in der Presse, sondern auch im Landtag von Rheinland-Pfalz zur Folge hatte. Man nahm daran Anstoß, daß er das Saargebiet als einen Bestandteil Deutschlands, aber nicht als einen Gebietsteil der Bundesrepublik bezeichnet hatte. Daraus mußte man schließen, daß er der Bundesrepublik, die ja nur einen Teil Deutschlands bis zur Wiedervereinigung mit der Sowjetzone bildet, die Legitimation für die Lösung des Saar-Problems bestritt. Wir geben Professor Süsterhenn aus Gründen der Loyalität im Folgenden das Wort:

Die Redaktion

A. Z. 6. 11. 53.
In Nr. 257 der „Allgemeinen Zeitung“ vom 4. November 1953 wird gegen mich der Vorwurf erhoben, in meinem im „Bundesländerdienst“ Nr. 5/6 vom 3. November 1953 veröffentlichten Artikel „Europa und die Saar“ hätte ich „völkerrechtliche Haarspaltereien“ und „Sophistik“ betrieben. Dieser Vorwurf stützt sich auf meine in dem vorgenannten Artikel getroffene Feststellung „Bestandteil Deutschlands und Gebietsteil der Bundesrepublik ist nicht dasselbe“. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Artikel 23 des Grundgesetzes lautet: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Tei-

len Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ V. Mangoldt bemerkt in seinem Grundgesetz-Kommentar zu diesem Artikel folgendes: „Satz 1 des Artikels bestimmt den räumlichen Bereich, in dem das Grundgesetz gelten soll. Damit wird zugleich das Bundesgebiet in seinen Grenzen abgesteckt... Das Bundesgebiet besteht danach aus dem Gebiet der elf westdeutschen Länder und Groß-Berlins.“ Den gleichen Standpunkt vertritt der Staatsrechtler Giese, Maunz und Dennewitz äußern sich in gleicher Weise.

Das Gebiet Deutschlands ist größer

Angesichts dieser durch das Grundgesetz gegebenen Rechtslage liegt es im lebenswichtigen nationalen Interesse des deutschen Volkes, daran festzuhalten, daß das Gebiet Deutschlands größer ist als das Gebiet der Bundesrepublik, die sich im Grundgesetz gerade auch im Hinblick auf ihre Gebietsbeschränkung den Charakter eines Provisoriums beigelegt hat. Zu Deutschland gehören nicht nur die im Grundgesetz aufgezählten deutschen Länder, sondern alle Gebiete des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937. Die Bundesrepublik nimmt, wie sich aus der Präambel des Grundgesetzes ergibt, die Rechtskontinuität mit diesem Deutschen Reich für sich in Anspruch. Da noch keine rechtskräftige völkerrechtliche Entscheidung über das Gebiet des Deutschen Reiches getroffen worden ist, sind auch das Saargebiet ebenso wie die Sowjetzone und die unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie nach geltendem Völkerrecht nach wie vor Bestandteile Deutschlands, ohne damit allerdings Teile des Bun-

STAMZ, NL Oppenheim / 42, 4 - 60
desgebietes gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes zu sein und zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu gehören.

Die Wiedervereinigung der jetzt getrennten Gebietsteile Deutschlands ist eine von allen Deutschen bejahte Aufgabe, die durch einen endgültigen Friedensvertrag oder durch ein anderes an die Stelle eines Friedensvertrages tretendes Abkommen zu lösen ist. Der Satz 2 des Artikels 23 sieht aber vor einer derartigen Generallösung bereits die Möglichkeit des Beitritts von „anderen Teilen Deutschlands“ zur Bundesrepublik vor, wobei dieser Beitritt durch „vorgängige freie Willenserklärung“ der „zuständigen Organe des dem Bund beitretenden Teils Deutschlands“ zu erfolgen hat.

Die Möglichkeit einer Saar-Lösung

Wegen der Vertretung dieses Rechtsstandpunktes wird mir von Otto Peters — wenn auch in Form einer rhetorischen Frage — der Vorwurf gemacht, ich wolle „das Saargebiet für die Franzosen sturmreif machen“. Demgegenüber muß ich darauf hinweisen, daß ich in meinem von der Nachrichtenagentur nur bruchstückweise wiedergegebenen Artikel unter anderem ausdrücklich erklärt habe: „Der deutsche Ausgangspunkt für die Saar-Verhandlungen kann nur der sein, daß die Saar noch heute völkerrechtlich ein Gebietsteil Deutschlands ist... Der Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik ist ein politisches Ziel, das wohl jedem Deutschen am Herzen liegt und das die Bundesrepublik mit politischen Mitteln anstreben darf. Sie kann sich dabei in ihrer Argumentation auf die deutsche Volkszugehörigkeit der Saarländer, die völkerrechtliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland und auf die Anerkennung der deutschen Grenzen von 1937 durch die Alliierten stützen.“

Für die von mir erörterte provisorische Zwischenlösung der Saarfrage habe ich ausdrücklich die Zustimmung der Saarbevölkerung gefordert. Darüber hinaus habe ich für die von mir als Möglichkeit erörterte freie und international kontrollierte Volksabstimmung der Saarbevölkerung über die provisorische Zwischenlösung ausdrücklich erklärt: „Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß auch bei der Vorbereitung der Volksabstimmung den Vertretern der verschiedenen zur Entscheidung gestellten Lösungen die Gelegenheit gegeben wird, einzeln und gemeinschaftlich für ihre Auffassung in voller Freiheit und Gleichberechtigung in Rundfunk, Presse, Versammlungen und mit den sonstigen üblichen Mitteln der politischen Werbung einzutreten.“

Die deutschen Ostgebiete

Wenn Otto Peters weiterhin gegen mich den Vorwurf erhebt, ich würde „den Russen alle Trümpfe für ihre Deutschlandpolitik in die Hand spielen“ und die deutschen Ostgebiete preisgeben, dann ist das unrichtig. Ich habe in meinem Artikel nicht nur die völkerrechtliche Zugehörigkeit des Saargebietes, sondern auch der Sowjetzone und der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zu Deutschland betont und damit ausdrücklich den Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf diese Gebiete herausgestellt. Zur Verwirklichung dieses deutschen Rechtsanspruchs ist nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von den Westmächten, die durch internationale Kontrolle garantierte freie politische Selbstentscheidung des deutschen Volkes gefordert worden, die ich sogar schon für eine nur provisorische Zwischenlösung der Saarfrage gefordert habe. Rußland hat aber bisher gerade die Selbstbestimmung der Deutschen in Freiheit abgelehnt. Die von mir vertretene Forderung nach freier demokratischer Selbstbestimmung des deutschen Volkes über sein politisches Schicksal, auch in den von der Bundesrepublik getrennten deutschen Gebieten, steht zur russischen Politik in einem diametralen Gegensatz.

Die europafeindlichen Kräfte

Im übrigen war die in meinem Artikel vorgenommene Untersuchung der Lösungsmöglichkeiten der Saarfrage von der Sorge getragen, „daß die Saarfrage zum unüberwindlichen Hindernis auf dem Wege zur europäischen Einheit“ zu werden droht. Dabei habe ich mit voller Deutlichkeit auf die europa- und deutschfeindlichen Kräfte in Frankreich hingewiesen, die nichts von der französischen Souveränität zugunsten Europas opfern wollen, die jede Wiederbewaffnung Deutschlands — gleichgültig in welcher Form — ablehnen und letztlich auf die Karte der französisch-russischen Allianz gegen Deutschland setzen. Diesen anti-europäischen Kräften sollte man nach meiner Meinung nicht in die Karten spielen, indem man — wie ich in meinem Artikel betont habe — durch eine „starre Unnachgiebigkeit“ gegenüber einem politischen und wirtschaftlichen Saarpvisorium angesichts der nun einmal realpolitisch gegebenen Situation die europäische Integrationspolitik gefährdet.

Weihnachtspakete für armen deutsche Familien

zwölf bis sechzehn Pfund Lebensmittel verteilt

amerikanische Regierung wird der
festest eine größere Menge Lebens-
bedürftige in der Bundesrepublik zur

destens 100 Millionen Mark zu verzeichnen
wäre. Der von anderen Sachverständigen
geschätzte Ausfall von 25 Millionen Mark sei
wesentlich zutreffender.

Neue Verhandlungen um die Weihnachts-Zuwendungen

Bonn, 5. November. (UP) Bundesfinanz-
minister Schäffer hat Vertreter des Deut-
schen Gewerkschaftsbundes, der Angestell-
tengewerkschaft und des Beamtenbundes für
die kommende Woche zu Besprechungen
über die geforderte Weihnachtsgratifikation
für die Beschäftigten des öffentlichen Dien-
stes nach Bonn eingeladen. Hierbei soll auch
die Erhöhung der Steuerfreigrenze...



Admiral Radford, der Chef der amerikanischen Kommission für Deutschland.

sowie eine 840 Gramm schwere Dose
Rindfleisch enthalten.

Für die Verteilung in Deutschland sol-
len hauptsächlich die staatlichen Wohl-
fahrts-Behörden herangezogen werden.

Die amerikanische Oberkommission
rechnet, mit der Gesamtmenge der Le-
bensmittel rund zwei Millionen deutschen
Familien eine Weihnachtsfreude machen
zu können.

100 Millionen Steuerausfall bei erhöhter Freigrenze?

Bonn, 5. November. (dpa) Der Steueraus-
fall bei einer Erhöhung der Steuerfreigrenze
für Weihnachtsgratifikationen von 100 auf
200 Mark wird im Bundesfinanzministerium
auf 100 Millionen Mark geschätzt. Nach Auf-
fassung des Ministeriums wird der Bundes-
rat einer solchen Erhöhung nicht zustimmen,
nachdem die Steuerfreigrenze erst vor einem
Jahr gesetzlich festgelegt worden ist. Von
dem Steuerausfall würden rund 60 Millionen
auf die Länder und 40 Millionen auf den
Bund entfallen.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
bezweifelt, daß ein Steuerausfall von min-

Brentano e

Der Fraktionsvorsitzende d

Draht

Da. Bonn, 5. November. Trotz der neuen
Absage aus Moskau darf der Westen nach
deutscher Auffassung das Gespräch nicht
abreißen lassen. Der Vorsitzende der Bun-
destagsfraktion der Christlichen Demokra-
ten, Dr. von Brentano, erklärte, die
Westmächte sollten die Einladung zu einer
Viererkonferenz über Deutschland mit Ter-
min und den Ortsangaben wiederholen.

Wie Dr. von Brentano hervorhob, habe
die Sowjetregierung die Vierer-Konferenz
von unannehmbaren Bedingungen für die
Westmächte abhängig gemacht, denn sie
hielt daran fest, daß die gesamtdeutsche Re-
gierung erst nach dem Aushandeln eines
Friedensvertrages gebildet werde und daß
die gesamtdeutschen Wahlen zum Schluß
kommen. Die Hoffnung auf eine Vierer-
konferenz sei wieder stark geschwunden,
und anscheinend werde auch das von Chur-

Eden: Nicht die al

Er fordert Teilnahme Deutschlands

London, 5. November. (UP) Außen-
minister Eden eröffnete die erste außen-
politische Debatte des Unterhauses in der
neuen Sitzungsperiode. Er trat für einen
deutschen Verteidigungsbeitrag im Rah-
men der Europa-Armee ein und schlug
vor, daß Deutschland zu internationalen
Besprechungen „über die Zukunft der
westlichen Welt“ herangezogen werde. Es
gäbe nur eine Alternative zu deutschen
Kontingenten in einer europäischen
Armee: eine deutsche Nationalarmee,
„mit der sich Deutschland dann auf die
Seite dessen stellen könnte, der am mei-
sten bietet“.

„Wäre es nicht besser“, fuhr Eden fort,
„Deutschland an den Bemühungen der
anderen fünf westeuropäischen Mächte
teilnehmen zu lassen, als zu sagen, was

Globale Lu

Amerika zeigt die Schl

**Sozialdemokratische Anfrage
wegen des Süsterhenn-Artikels**
Na. Mainz, 12. November. (Eigener Bericht.)
Der Vorsitzende der sozialdemokratischen
Landtagsfraktion, Hertel, drückte vor Presse-
vertretern sein Bedauern darüber aus, daß
der Bundeskanzler bisher noch nicht von
den bekannten Saarerklärungen des Prä-
sidenten des rheinland-pfälzischen Ver-
fassungsgerichtshofs, Dr. Süsterhenn,
öffentlich abgerückt sei. Man müsse daraus
schließen, daß der Bundeskanzler mit den
juristischen Auslegungen Süsterhenns über
die territoriale Zugehörigkeit des Saar-
gebietes zur Bundesrepublik einverstanden
sei und sich ihrer zur Untermauerung seiner
Europäisierungsgedanken bei den Verhand-
lungen über die Saarfrage nicht zu bedienen
beabsichtige. A. Z. 13. 11. 53.
Von dem Ministerpräsidenten Peter Alt-
meier müsse man jetzt auf Grund seiner
bekannten, durchaus positiven Haltung zum
Saarproblem erwarten, daß er die sozial-
demokratische Frage beantworte, ob Pro-
fessor Süsterhenn noch im höchsten Richter-
amt in Rheinland-Pfalz tragbar sei.
15 Millionen Ballen

Süsterhenns Saar-Meinung widerlegt

A. 2.
5. 11. 53

Nowack: Saar gehört staatsrechtlich zur Bundesrepublik

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 62

Na. Mainz, 4. November. (Eigener Bericht.) Die Äußerungen Professor Süsterhenns über die Saarfrage, die wir gestern in unserem Blatte wiedergegeben haben, bezeichnete Finanzminister Dr. Wilhelm Nowack als Landesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei vor der Presse als eine juristische Ueberspitzung, die zu einem Fehlurteil geführt habe. Auch Berlin sei nicht ein Gebietsteil der Bundesrepublik, aber Berliner Abgeordnete dürften doch an den Beratungen des Deutschen Bundestags unbehindert teilnehmen. Dagegen verhindere der französische Einspruch die Teilnahme saarländischer Abgeordneter an der gesetzgeberischen Arbeit in Bonn.

Es unterliege keinem Zweifel, daß der gegenwärtige Status des Saargebietes allein

durch die völkerrechtlich nicht anerkannten Maßnahmen einer Besatzungsmacht, nämlich Frankreichs, geschaffen worden sei. Bundesregierung und Bundestag hätten diesen Status niemals als rechtmäßig anerkannt. Sie hätten auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Saargebiet ein bleibender Bestandteil Deutschlands sei und in seiner staatsrechtlichen Zugehörigkeit niemals durch einen einseitigen Akt einer Besatzungsmacht beeinträchtigt werden könne. Allein die deutsche Bundesrepublik sei berechtigt, die Interessen des Saargebietes rechtsverbindlich wahrzunehmen. Die Freien Demokraten müßten daher die Gedankengänge des Herrn Süsterhenn entschieden ablehnen. (Siehe auch Landtagsbericht.)

Staaten mehr Sicherheit brauchen, als sie heute besitzen. In diesem Zusammenhang soll nicht verschwiegen werden, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten an einer raschen Lösung der Saarfrage als letztem Schritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft das größte Interesse zeigen und daß ein Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen für die strategischen Pläne der Amerikaner nicht ohne Folgen wäre.

Für den Fall einer deutsch-französischen Verständigung auf der jetzt sichtbar gewordenen Basis wird an der Saar voraussichtlich eine neue Stadt entstehen. Die Kommission, die im Auftrag der Montan-Union umhergereist ist, um eine Stadt zu finden, die sich als europäische Zentrale eignet, hat an der Saar Neubauten vorgeschlagen, statt daß man sich in Saarbrücken einrichtet. Europas Hauptstadt würde also bei ihrer Gründung eine große Aufgabe für die moderne europäische Architektur sein und wahrscheinlich als eine Gemeinschafts-

nat er sich auch heute nur anes, was er sagt, um Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Wirkung gebracht.

Bei Stalingrad

Als in den Wintertagen des Jahres 1942 die deutsche VI. Armee bei Stalingrad eingeschlossen wurde, erwies sich der Ring zunächst noch als dünn. Man durfte hoffen, ihn durchstoßen zu können. Der Oberbefehlshaber der Armee, der Generaloberst Paulus, sah die Möglichkeit dazu. Er sah auch die Gewißheit, daß die Armee verloren sein würde, wenn man noch lange wartete, bis die Russen stärker geworden wären. So beschloß er den Ausbruch nach Südwesten, um den Anschluß mit den deutschen Truppen wiederherzustellen. Aber die Verblendung des Reichsverderbers im Führerhauptquartier wollte nicht sehen, was jeder begreifen mußte, der einen Blick auf die Karte warf. Der wütende Gegenbefehl Adolf Hitlers zerbrach alle Ausbruchsvorbereitungen wieder und ver-

Landespolitik Rheinland-Pfalz

A. 2. 27. 11. 53

Altmeier zur Süsterhenn-Anfrage

„Vorwurf undeutschen oder ehrenrührigen Verhaltens ist nicht zu erheben“

Mainz, 26. November. (Eigener Bericht.) Zum Fall Süsterhenn, der in der Presse und im Landtag von Rheinland-Pfalz eingehend behandelt worden ist, nimmt jetzt Ministerpräsident Altmeier wie folgt Stellung:

„Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Hertel, hat in der Landtagssitzung vom 4. November gefragt, ob der Präsident des Landesverwaltungsgerichts und Vorsitzende des Verfassungsgerichtshofs, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Süsterhenn, angesichts des von ihm im ‚Bundesländerdienst‘ veröffentlichten Artikels ‚Europa und die Saar‘ als höchster Richter des Landes ‚auf die Dauer in seinem Amt noch tragbar ist‘. Nach Presseberichten vom

13. November hat Hertel erneut der Erwartung Ausdruck verliehen, daß der Ministerpräsident jetzt die von der Sozialdemokratischen Partei im Landtag gestellte Frage beantwortet, ob Süsterhenn im höchsten Richteramt in Rheinland-Pfalz noch tragbar sei‘.

Hierzu wird zunächst festgestellt, daß der erwähnte Artikel in der Presse durchweg nur unvollständig bzw. nur auszugsweise wiedergegeben wurde, wobei wesentliche Stellen fehlten. Aus der Originalfassung ergibt sich, daß die Äußerungen von Dr. Süsterhenn sich im Rahmen der ‚verfassungsmäßigen Ordnung‘ bewegen und nichts enthalten, was geeignet wäre, gegen Dr. Süsterhenn den

Vorwurf eines undeutschen oder sonstwie ehrenrührigen Verhaltens zu erheben. Vielmehr ist ausdrücklich der deutsche Rechtsanspruch auf die Saar herausgestellt, auf die deutsche Volkszugehörigkeit der Saarbevölkerung, die ‚völkerrechtliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland und die Anerkennung der deutschen Grenzen von 1937 durch die Alliierten‘ hingewiesen.

Im übrigen hat Dr. Süsterhenn bei den politischen Erörterungen und bei den in dem Artikel aufgezeichneten Lösungsmöglichkeiten von dem in Grundgesetz und Landesverfassung proklamierten Recht des Bürgers Gebrauch gemacht, ‚seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten‘.

Diese Feststellungen ändern nichts an meinem der deutschen Öffentlichkeit seit Jahr und Tag bekannten und stets unverändert gebliebenen Standpunkt in der Saarfrage. Europa muß sich auf den Nationen

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 63

aufbauen. Deshalb kann und darf kein Teil Deutschlands vom deutschen Volkskörper — auch nicht provisorisch — abgetrennt werden. Die Saar aber war und ist ein Teil Deutschlands und die Saarbevölkerung ein Teil des deutschen Volkes.

gez.: Altmeier, Ministerpräsident.“

Wie aus der Erklärung des Ministerpräsidenten und aus einem Vergleich der Ausführungen Süsterhenns mit dem von den Nachrichtenagenturen verbreiteten Text hervorgeht, wurden die in der Presse erschienenen Sätze über Süsterhenns Stellung zur Saarfrage aus dem Zusammenhang einer längeren Darstellung herausgenommen. Wenn man auch verschiedener Auffassung über die Methoden sein kann, die zu einer Lösung der Saarfrage führen, so ergibt die Darstellung Süsterhenns trotz aller gegensätzlichen Auffassung über die Methoden, daß ihm kein Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung gemacht werden kann.

Kein Kundenkredit ohne Anzahlung

Unkontrolliertes Teilzahlungsfieber ist schädlich / Geordnetes Kreditgeschäft verdient Förderung

tr. Nicht der Teilzahlungskredit als solcher ist bedenklich. Er ist in unserer Wirtschaft sogar notwendig. Bedenklich ist, was die Menschen — Verbraucher, wie bestimmte Einzelhändler — aus diesem Kredit gemacht haben.

Die unlängst bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse einer Bergbaugesellschaft des Ruhrgebietes zeigen in krasser Weise die schädlichen Folgen eines offenbar unkontrollierten Teilzahlungsfiebers. Erfahrungen des heimischen Einzelhandels dagegen gehen dahin, daß Arbeiter und Angestellte zu den sichersten Teilzahlungskunden gehören. Allgemein liegen die Kreditausfälle in unserem engeren Wirtschaftsgebiet unter 1 Prozent. Es scheint demnach nicht angebracht einen Kampf gegen den Teilzahlungskredit zu führen, wohl aber gegen seinen Mißbrauch.

Falsch wäre es freilich, aus diesen kreditpolitischen Überlegungen den organisierten Teilzahlungskredit erzwingen zu wollen. Fiskalische Anweisungen etwa, Buchaußenstände des Einzelhändlers als Teilzahlungsgeschäfte nicht mehr anzuerkennen, würden durch ihren Zwangscharakter berechtigten Widerstand hervorrufen. Demgegenüber wird die Einsicht, daß sich auch die privatwirtschaftlichen Schäden für Einzelhandel und Verbraucher auf dem Weg über den organisierten Kredit ausschalten lassen, dessen Ausdehnung ohnehin fördern. Nach den Beobachtungen des Einzelhandels ist diese Entwicklung für unser engeres Wirtschafts-

insbesondere scheint es notwendig zu sein, die Schutzgemeinschaften für Absatzfinanzierung mehr als zur Zeit im allgemeinen üblich, einzuschalten, um Handel und Teilzahlungsinstitute vor Ausfällen zu bewahren. Erst das Bewußtsein des Kunden, daß er mit keinem Kredit rechnen kann, wenn er einmal seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, wird eine gefährlosere Anwendung des Kredits gewährleisten. Es kann weiterhin nur von Vorteil sein, wenn die Teilzahlungszuschläge dem Kunden beim Kaufabschluß offen ausgewiesen werden, um leichtsinnigen Kaufabschlüssen vorzubeugen.

Protest gegen begrenzte Versicherungsberechtigung
Die Deutsche Angestellten-Gesellschaft

Die Reichsbankanteile

Zentralbankrat erörtert Umstellung

Bz. Der Zentralbankrat besprach in Anwesenheit von Bundesfinanzminister Schäfer und Staatssekretär Westrick Fragen des Kapitalverkehrsgesetzes, die Außenhandelslage sowie Pläne über die zukünftige Behandlung der Reichsbankanteile. Es besteht keine Neigung, die Reichsbankanteile günstiger als 1:1 abzufinden. Man will die kommende Regelung wahrscheinlich in das Notenbankgesetz einbauen, dabei soll beachtet sein, die Reichsbankanteile in 64 Millionen Reichsbankanteile in 64 Millionen Reichsbankanteile, auch darüber soll diskutiert werden sein, können, auch wenn sich die Ansicht des Bundesfinanzministers durchsetzt, im Verhältnis 100:60 abgewertet werden. Sollte dieser Vorschlag Wirklichkeit werden, dann bliebe der Rahm, den das Zentralbanksystem aus dem alten Besitzstand abgeschöpft hat, in Höhe von

Pflicht des Gehorsams auch gegenüber einem Wahnsinnigen, unter dem Einfluß der kalten und entschlossenen Natur seines Generalstabschefs, so wick Paulus der letzten, der höchsten Verantwortung aus. Als er schließlich die Kapitulationsurkunde unterschrieb, bestand die VI. Armee nur noch aus Trümmern.

Gut behandelt...

Es scheint seitdem sein Schicksal zu sein, in einen tragischen Konflikt der Pflichten zu geraten. In der Gefangenschaft hat er lange gezögert, sich gegen Hitler zu erklären, obwohl ihm auf dem vereisten Totenfeld von Stalingrad endgültig klar geworden war, wie sehr der Oberste Befehlshaber im Führerhauptquartier die Armee mit seinen Hilftversprechungen belogen hatte. Als Paulus dann in der Gefangenschaft zum Kampfe gegen Hitler aufrief, tat er es in einer Form, die erkennen ließ, daß er wieder das Opfer stärkerer und skrupelloser Naturen geworden war. Er sagte den deutschen Soldaten durch den Rundfunk, daß sie als Kriegsgefangene gut behandelt werden würden und daß sie nur kurze Zeit in Gefangenschaft zu bleiben brauchten; sie könnten sich ruhig ergeben. In voller Ehrlichkeit hat er so geholfen, Hunderttausende zu täuschen.

Kann er sich wehren?

Muß man nicht heute wieder das Gefühl haben, daß er in voller persönlicher Ehrlichkeit doch das Spiel anderer Leute spielt? Der Aufruf, den er aus Mitteldeutschland erlassen hat, ist im Grunde eine Werbung für die russische Politik. Aber hat diesen Aufruf ein Mann erlassen, der wirklich frei ist? Hat er unter Druck gehandelt? Und wenn der Generalfeldmarschall Paulus es auch ehrlich meint, wie kann man ihm noch vertrauen, da er sich so oft und so gründlich getäuscht hat? Vielleicht, so darf man annehmen, ist Friedrich Paulus nach zehnjähriger Gefangenschaft, nach dem Tode seiner Frau, nach dem Zusammenbruch aller seiner Träume, nach der Erkenntnis seiner eigenen Irrwege heute nur noch müde und möchte seinen Lebensabend in Ruhe und Frieden verbringen. Wer wollte ihm das mißgönnen, nur deshalb, weil seine anerzogene Lebensform des Gehorchens sich stärker erwiesen hat als seine Erkenntnis von der großen Aufgabe, die einmal vor ihm stand. Aber hat er heute wirklich die Freiheit, in Frieden und Ruhe zu leben? Die Mächtigen in der Politik sind oft erbarmungslos. Für sie ist das Schicksal von Menschen nur ein Rechenexempel; und niemand ist erbarmungsloser als die Machthaber im Kreml... Wenn sie beschlossen haben, einen Feldmarschall aus der Zeit Hitlers als Propagandafigur zu benutzen, wie kann er sich dagegen wehren?

Schlechte Propaganda
Für den Beobachter wird freilich von neuem deutlich, wie unzulänglich die Vorstellungen der Russen von Deutschland sind und wie wirkungslos daher ihre Propaganda sein muß. Wer die Gefühle der Deutschen ein wenig kennt, hätte den Russen längst sagen können, daß man mit einem Mann wie Paulus in Deutschland kein Gehör mehr findet. Für uns ist er schon fast vergessen, untergegangen in der Erinnerung an eine Zeit, die immer mehr hinter uns versinkt und in der Friedrich Paulus nur eine jener vielen Hamletgestalten bleibt, die das Böse nicht wollten und doch ohnmächtig in der Auflehnung bleiben.

Saarfrage vor dem Landtag Rheinland-Pfalz

Eine umfangreiche Tagesordnung wurde in einer Sitzung erledigt

Na. Mainz, 4. November. (Eigener Bericht.) Die Vormittagssitzung des Landtags begann am Mittwoch mit einer grundsätzlichen Debatte über die Möglichkeit, einen besonderen Weinbauausschuß einzusetzen, und endete mit einer Kampfabstimmung über die Erteilung von Sonderurlaub an Jugendgruppenleiter der Jugendpflege. Dazwischen lag der sehr magere Bericht über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, der sich mit der Elternantragsaktion auf Schulumwandlungen befäßt hat.

Den Weinbauausschuß begründete für die Christlich-Demokratische Union der Abgeordnete Dr. Wolf. Da im Verlauf der Debatte eine Erweiterung seiner Aufgaben beantragt wurde, beschloß man die Ueberweisung an den Geschäftsausschuß

Die Elternbefragung A.Z. 5. 11. 53.

Ueber die Tätigkeit des Schuluntersuchungs-Ausschusses berichtete dessen Vorsitzender, der CDU-Abgeordnete Schlick. Das Ergebnis läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß der von sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses einstimmig genehmigte Bericht feststellt, es seien Ordnungswidrigkeiten von den Anhängern und von den Gegnern der Konfessionsschule vorgekommen, sie beruhten aber nicht auf Böswilligkeiten, sondern seien aus mangelnder Kenntnis der Rechtslage usw. entsprungen. Die zu beanstandenden Fälle änderten nichts an dem Ergebnis der Elternbefragungsaktion.

Die Weihnachtsbeihilfen für Hilfsbedürftige

Der Antrag der Freien Demokraten auf Gewährung von Weihnachtsbeihilfen für die Hilfsbedürftigen des Landes wurde an die Ausschüsse überwiesen. Staatsminister a. D. Junglas teilte dazu mit, daß etwa 350 000 Mark notwendig seien, um die gleichen Bezüge zu gewähren, wie sie im vergangenen Jahre ausbezahlt worden seien, nämlich 25 Mark für Alleinstehende, 10 Mark für jeden Angehörigen und 10 Mark für die in Anstalten wohnenden Hilfsbedürftigen. Grundsätzlich habe der Ministerrat dieser Regelung zugestimmt.

Eine Aenderung des Brandschutzwesensgesetzes, das für alle Dienstgrade bei der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr die Pensionierung erst mit dem 60. Lebensjahr eintreten läßt, wurde ebenso einstimmig angenommen, wie der Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses, der einen Antrag der Sozialdemokraten auf Erlaß eines Landesgesetzes für Entschädigung von Impfschäden als erledigt ansieht.

Die Errichtung von Sozialgerichten

Zu dem neuen Landesgesetz über die Errichtung von Sozialgerichten berichtete Staatsminister a. D. Junglas, daß es sich praktisch nicht um eine neue Einrichtung, sondern nur um eine Verschiebung der Zuständigkeiten, die früher von den Oberversicherungsämtern wahrgenommen wurden, auf die neu geschaffenen Sozialgerichte handele. Das Landessozialgericht wird in Mainz eingerichtet werden. Die Unterbringung, so sagte Junglas, mache Schwierigkeiten, obwohl das Finanzministerium die Mittel dafür zur Verfügung stellen wolle. Ein Mehraufwand von etwa 500 000 Mark jährlich sei notwendig. Das Gesetz müsse bis zum 1. Januar 1954 fertig sein, da auf Grund eines Bundesgesetzes die Sozialgerichte dann in Funktion treten müßten.

Das Landespolizeibeamten-Gesetz

Innenminister Dr. Zimmer sprach zur ersten Beratung des Landespolizeibeamten-Gesetzes. Darin seien die von den Innenministern der deutschen Länder vereinbarten Grundsätze berücksichtigt. Das Recht

zur parteipolitischen Betätigung sei dem Polizeibeamten in dem Gesetz ausdrücklich zugesagt, jedoch werde die absolute parteipolitische Neutralität im Dienst verlangt. Der Minister sprach der Polizei seine Anerkennung aus für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit.

Das Selbstverwaltungs-Gesetz

Dr. Zimmer begründete auch die Novelle zum Selbstverwaltungs-Gesetz. Unter anderem enthalte es erstmalig die Regelung, daß die Zuweisung von Aufträgen des Landes an die Gemeinden mit der Erschließung entsprechender Mittel verbunden sein müsse. Die Beschaffung der Mittel werde von der Landesregierung auch angestrebt, wenn die Gemeinden Aufgaben des Bundes zuteilte bekämen. Ortsteile werde im Gesetz die Möglichkeit gegeben, eine örtliche Verwaltung und einen Ortsbeirat zu bekommen, dessen Zusammensetzung sich nur nach dem politischen Stärkeverhältnis in dem betreffenden Ortsteil zu richten habe. Für die Gemeinden bis zu 3000 Einwohner werde die unmittelbare Wahl der Bürgermeister wieder eingeführt. Ferner sei vorgesehen, daß bei einer außerplanmäßigen Neuwahl des Gemeinderates auch die von diesem Gemeinderat gewählten Beamten neu gewählt werden müßten.

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiter

Zu einer das Publikum überraschenden Diskussion kam es dann bei dem sozial-

demokratischen Antrag, der für Jugendliche über achtzehn Jahre, die in der Jugendpflege als Jugendgruppenleiter arbeiten, einen zusätzlich bezahlten Sonderurlaub von zwölf Arbeitstagen im Jahre vorsieht. Diesem Antrag hatte der Ausschuß für Sozialpolitik und der Rechts- und Geschäftsausschuß zugestimmt. Der Wirtschaftsausschuß und Wiederaufbauausschuß dagegen hatte ihn abgelehnt.

Während sich der Abgeordnete Wingendorf (CDU), ebenso wie einige SPD-Abgeordnete für diesen Sonderurlaub aussprachen, wandten sich andere CDU-Abgeordnete und die offiziellen FDP-Sprecher dagegen. Die Gegner des Antrages machten geltend, es handle sich um ein eigenes Gesetz für eine kleine Personengruppe, das zudem noch den guten Willen der Industrie mit Mißtrauen beantworte. Befürworter, vor allem der Abgeordnete Hitter und der Abgeordnete Schmidt, wiesen darauf hin, es kämen nicht nur 80 bis 100, sondern etwa 3000 Fälle in Frage, die man nicht der zufälligen guten Gesinnung der einzelnen Arbeitgeber überlassen dürfe.

In zweiter Lesung wurde zunächst über den die Vorlage ablehnenden Antrag des Wirtschaftsausschusses abgestimmt. 49 widersprachen der Meinung dieses Ausschusses, befürworteten also die Vorlage, 41 waren anderer Meinung.

Zur dritten Lesung beantragte der Abgeordnete Völker namentliche Abstimmung. Die Abstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 50 bejahenden und 43 verneinenden Stimmen.

Die Neugliederung der Länder

Hauptgegenstand der Nachmittagssitzung war der Antrag der Sozialdemokraten, in dem die Landesregierung in Zusammenhang mit dem Streit Bayern-Rheinland-Pfalz ersucht wird, über den Bundesrat bei der Bundesregierung die Aufhebung der Sperre des Artikels 29 des Grundgesetzes zu erreichen.

Der Abgeordnete Hertel befäßte sich zunächst in launiger Form mit dem bekannten Streit zwischen München und Mainz, betonte aber, daß die Landesregierung doch etwas duldsamer sein müsse gegen die nun einmal in der Pfalz bestehenden bayernfreundlichen Strömungen. Nur die Bundesregierung habe das Recht, das Saargebiet für sich zu reklamieren, nicht etwa ein Bundesland.

Der Saar-Status

In diesem Zusammenhang kam Hertel auch auf die Auffassung Professor Süsterhenns über das Statut des Saargebietes zu sprechen. Er bezeichnete sie als deplaciert, als eine unberufene Einmischung und ein kaum glaubliches Eingreifen in schwebende Verhandlungen. Er müsse den Ministerpräsidenten fragen, ob Süsterhenn nach diesen seinen Aeußerungen auf die Dauer noch in seinem hohen Amt als Präsident des Verfassungsgerichtes von Rheinland-Pfalz vertretbar sei.

Hertel stellte dann wieder die Behauptung auf, daß die mangelnden Leistungen des Landes Rheinland-Pfalz der separatistischen Propaganda der Saarregierung immer wieder neues Material böten. Die Sozialdemokratie sei sehr besorgt über die Resignation, mit der die Bundesrepublik in diesem entscheidenden Stadium der drohenden Gefahr eines Verlustes des Saargebietes gegenüberstehe.

Ministerpräsident Altmeier stellte demgegenüber fest, daß er niemals das Saargebiet so wie es Abgeordneter Hertel behauptet hatte, als einen kommenden Bestandteil des Landes Rheinland-Pfalz bezeichnet hätte. Das Saargebiet habe nie aufgehört, zu Deutschland zu gehören, dessen Grenzen von 1937 von den Alliierten garantiert worden seien. Es sei Schuld der Besatzung, daß die Bevölkerung an der Saar an der Bundestagswahl im Jahre 1949 nicht habe teilnehmen können. Aber die Präambel des Grundgesetzes spreche ja schon davon, daß die Glieder der Bundesrepublik stellvertretend für jeden handeln müßten, dem die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik zur Zeit noch nicht möglich sei. Den Artikel Professor Süsterhenns könne er nicht in seinen Einzelheiten. Aber solche Auffassungen, wie sie nach den Zeitungsberichten von Professor Süsterhenn geäußert worden seien, werde er niemals zu den seinen machen.

Ministerpräsident Altmeier fuhr fort, er habe nie die Länderreform zu verhindern oder zurückhalten versucht. Dem Abgeordneten Hertel möge er dafür danken, daß er sich bemüht habe, die Autorität der Landesregierung zu wahren. Einen besseren Antriebe zur Inkraftsetzung des Artikels 29, als das Eintreten der Landesregierung für die Europa-Verträge und die damit verbundene Aufhebung des Besatzungsstatutes einschließlich der Hemmung des Artikels 29, könne es überhaupt nicht geben.

Der Streit mit Bayern

Zum Streit mit Bayern wies der Ministerpräsident darauf hin, daß schon seine erste Landesregierung die von der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei gebildet war, im Jahre 1949 Protest gegen bayerische Ansprüche auf die Pfalz erhoben habe. Altmeier erinnerte auch an die Rede, die der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wagner am 29. April dieses Jahres gegenüber einem Antrag der Bayern-Partei gehalten hat und meinte, im gegenwärtigen Augenblick, da außenpolitische Probleme im Vordergrund stünden, müsse eine gewisse Rangordnung der Werte beachtet werden. Dabei habe auch die Auseinandersetzung über die Länderreform zurückzustehen. Schließlich müsse er fragen, ob der sozialdemokratische Antrag überhaupt ernst gemeint gewesen sei.

Das Haus lehnte dann den sozialdemokratischen Antrag gegen die Antragsteller ab.

Nach Abschluß der Debatte über die Neugliederung der Länder verabschiedete der Landtag noch einstimmig zwei Gesetze. Die von den Freien Demokraten eingebrachte Novelle zum Landesgesetz über die Erhebung einer Schanksteuer bestimm, daß die Abgabe alkoholfreier Getränke in Werkskantinen an Betriebsangehörige nicht besteuert werden darf, wenn sie während der Arbeitszeit oder während der in der Arbeitszeit fallenden Pausen zu einem nicht die Selbstkosten überschreitenden Entgelt erfolgt.

Durch Annahme eines Entwurfs der Christlichen Demokraten zum Besoldungsrecht für Lehrer wird auch die Besoldungsverbesserung für Blinden-Oberlehrer und Taubstummen-Oberlehrer wirksam, die in der Novelle vom 22. Juli dieses Jahres „vergessen“ worden war.

Die nächsten Sitzungen des Landtags werden voraussichtlich am 9. und 10. Dezember stattfinden.

Drastische Sparmaßnahmen werden von Schäffer gefordert

Keine Weihnachts-Gratifikation für öffentliche Bedienstete Auch kein auf 200 DM erhöhter Steuer-Freibetrag

Drahtbericht unseres Bonner Korrespondenten

Da. Bonn, 4. November. Der Bundesfinanzminister lehnt die Erhöhung der Steuerfreigrenze für Weihnachts-Gratifikationen von 100 auf 200 Mark auch in diesem Jahre ab, weil nach seiner Ansicht Weihnachts-Gratifikationen, die über 100 Mark hinausgehen, keine Bedürftigen trafen. Wie verlautet, sind in diesem Jahre für öffentlich Bedienstete keine Weihnachts-Gratifikationen vorgesehen, da die im vorigen Jahr gezahlten Gratifikationen ein Vorriff auf die inzwischen durchgeführten Gehaltserhöhungen gewesen seien.

Einnahmequellen in Höhe von jährlich 200 Millionen Mark.

Der Finanzminister will den Bundesanteil an der Einkommensteuer von 38 auf 40 Prozent erhöht haben oder 30 Prozent der Mehreinnahmen erhalten, die die Länder im nächsten Jahre gegenüber dem laufenden Jahre bei der Einkommensteuer erzielen.

Bundeswirtschaftsminister Erhard verlangte den Abbau der jetzigen Höhe der direkten Steuern, weil sie sich lähmend auf die echte Produktionssteigerung auswirkte. Erhard verlangte dagegen Erhöhung und Ausweitung der indirekten Steuern, um zugleich das Sparen als Mittel zur Belebung des Kapitalmarktes anzuregen. Der Kapitalmarkt sei die Lebensfrage der deutschen Wirtschaft. Er habe echte soziale Funktionen. Um seinetwillen müsse die Reglementierung vor allem auch im Wohnungsbau abgebaut werden. Durch Anreiz zu Produktionssteigerungen solle man die Initiative zu echten privaten Investitionen fördern, um auf diese Weise die öffentlichen Investitionen zu entlasten. Es sei ein Unding, mit Steuergeldern Investitionen durchzuführen und dadurch den Kapitalmarkt zu entlasten.

Das Bundeskabinett, in dem die Weihnachtsgratifikationen zur Sprache kamen, begann am Mittwoch unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers eine zweitägige Grundsatzsprache. Die Beratungen wurden von Finanzminister Schäffer mit einem Überblick über den Haushalt eingeleitet, dem sich wirtschaftspolitische Ausführungen von Bundesminister Erhard anschlossen.

Schäffer lehnte jede Erweiterung des Haushaltes ab und bezeichnete den Ausgleich des Haushalts als Voraussetzung für die Große Steuerreform. Schon heute müsse für den Haushalt 1954/55 mit einem Fehlbetrag von 3,3 Milliarden Mark gerechnet werden, wenn keine drastischen Sparmaßnahmen beschlossen würden. Der Bundesfinanzminister forderte unter anderem einen Abbruch von vier Prozent bei sämtlichen Einzelplänen.

Die Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Sozialversicherung sollen in einer Höhe von 512 Millionen Mark auch im nächsten Haushaltsjahr wieder in Form von Schuldverschreibungen beglichen werden. Die Kriegsgefangenen-Erschädigung erfordert, wie Schäffer behauptet, neue



Als vor 25 Jahren Hirohito, der Tenno von Japan, den Thron einer 2500 Jahre alten Dynastie bestieg, war er ein Gott. (Bild links.) Im Jahr 1946 verlor er seine Gotteigenschaft. Der Kaiser (mit Regenschirm auf dem Bild rechts) als „Mensch unter Menschen“. Foto: dpa

Eine tragische Figur

Von Paul Setho

Es gibt eine Macht des Schicksals, der auch bedeutende Männer nicht gewachsen sind. In solchen Fällen sind Anklagen sinnlos. Wo das Übermenschliche an Willenskraft gefordert wird, ist Versagen menschlich entschuldbar. Die Erinnerung aber an das Versagen bleibt als ein Schatten und verläßt den Menschen nicht mehr, der einmal als unzulänglich befunden wurde, und von da an begleitend Zweifel und Mißtrauen ständig seinen Weg.

Darf man anklagen? Auch der General Friedrich Paulus ist ein bedeutender Mann. Sein Ruf als einer der ersten Taktiker war im deutschen Heere jahrelang lebendig. Er galt als eine untadelige Persönlichkeit, und in schimpflicher Schwäche hatte ihn niemand gesehen. Sein Unglück war es, daß ihn das Schicksal an einen Platz gesetzt hat, der von ihm mehr als die gewöhnliche Fähigkeit des Handelns und des Befehlens erforderte. Seine Einsicht reichte noch aus; aber ihm fehlte der letzte Wagemut, die letzte geheimnisvolle Bereitschaft zum äußersten Entschluß, die das Wesen des Genies ausmacht. Friedrich Paulus hätte eine weltgeschichtliche Persönlichkeit sein können. Er ist es nicht geworden, als ein Geschlagener ist er in die Gefangenschaft gegangen und als einer der wenigen Überlebenden ist er jetzt als einer der Letzten nach Hause gekommen. Darf man ihn anklagen, weil er den rettenden Entschluß versäumt hat? Die schwersten Gewissensfragen tun sich auf. Sicher ist nur, daß er die große Probe nicht bestanden hat; und darum

Wird Europas Hauptstadt an der Saar liegen?

Neue Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung über das Saargebiet

Drahtbericht unseres Bonner Korrespondenten

Bonn, 4. November. Als der Ministerrat der Union seinerzeit einen konkreten Auf-

Saarlösung bestätigt. Die gesamtdeutsche Regierung, mit der der Friedensvertrag zu vereinbaren sein wird, wird auf die Saarfrage auf jeden Fall zurückkommen können. Wenn die heutige Europa-Politik ihre Ziele erreicht, so wird die Europäische Gemeinschaft bei Abschluß des Friedensvertrages eine Bedeutung haben, um derenwillen Deutschland die europäische Hauptstadt, wenn auch mit besonderem Status, im deutschen Raum wird behalten wollen; die gegenwärtigen deutsch-französischen Besprechungen gehen davon aus, daß sich das freie Europa einigen muß und daß seine

Saarlösung bestätigt. Die gesamtdeutsche Regierung, mit der der Friedensvertrag zu vereinbaren sein wird, wird auf die Saarfrage auf jeden Fall zurückkommen können. Wenn die heutige Europa-Politik ihre Ziele erreicht, so wird die Europäische Gemeinschaft bei Abschluß des Friedensvertrages eine Bedeutung haben, um derenwillen Deutschland die europäische Hauptstadt, wenn auch mit besonderem Status, im deutschen Raum wird behalten wollen; die gegenwärtigen deutsch-französischen Besprechungen gehen davon aus, daß sich das freie Europa einigen muß und daß seine

Tagblatt



Idris el Senussi, der König von Libyen (rechts), der gegenwärtig als Gast der Regierung in Spanien weilte, wurde von General Franco (links) im Prado in Madrid empfangen. Foto: Keystone

Die Saar darf nicht verkauft werden

A.Z. x D.T. v. 11.53. Von Otto Peters

Seit einigen Tagen geschehen für die Zukunft Europas entscheidende Dinge. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich auf einer Basis, die ein neues Europa und einen für unseren Kontinent gesicherten Frieden tragen soll. Nach dem, was sich in

der jüngeren Vergangenheit ereignet hat, sollte man doch annehmen können, daß eine solche Einigung das Herzensbedürfnis aller Gutwilligen und ein Verstandesakt aller Vernünftigen sein müsse. Unverständlich aber bleibt, daß der Streit um ein kleines Stückchen Land die beiden Völker immer neu zerreißt. Längst wäre dieser Streit beigelegt, wenn unter der Scholle dieses Landes an der Saar nicht Kohle und Eisen lägen und auf ihr nicht Fördertürme und Hochöfen empor-schössen. Es ist natürlich für jeden bitter, auf diese Güter zu verzichten. Sie allein aber können niemals einem Stärkeren das Recht auf Besitzergreifung geben. Denn wo wollte man hinkommen, wenn solche Grundsätze das Leben von Volk zu Volk bestimmen würden?

hat begonnen

ine Entscheidung treffen

ndenten

gewarnt, da ein derartiger Lösungsversuch auf das „Nein“ der Freien Demokraten stoßen werde.

Der Pressedienst der Freien Demokratischen Partei bemerkt, von einer Einigung zwischen der Bonner und der Pariser Regierung auf Kosten des Gebietsstandes innerhalb der Grenzen von 1937 zu sprechen sei schon deshalb verfrüht, weil weder das Kabinett, noch das Parlament in Bonn mit einer solchen Entscheidung befaßt worden seien. Der Pressedienst der Freien Demokratischen Partei betont dann weiter, daß sich bisher, soweit die Freien Demokraten unterrichtet seien, nichts ereignet habe, was als ein Abweichen von der Saarentschlußung des Bundestags vom 2. Juli 1953 anzusehen wäre. Diese Entscheidung habe bekanntlich für die deutschen Verhandlungsträger Richtlinien aufgestellt, die sich nicht erst auf die mehr oder weniger ferne Zukunft von Friedensvertragsverhandlungen, sondern auch auf die gegenwärtig zu führenden Saarverhandlungen bezögen.

Die deutsche und die französische Auffassung, und was bei einer grundsätzlichen Einigung berücksichtigt werden muß, bringen wir auf Seite 2.

Marokko-Resolution abgelehnt

Vereinte Nationen, Newyork, 3. November. (UP) Die von den fünfzehn Ländern des arabisch-asiatischen Blocks eingebrachte Marokko-Resolution wurde von der Generalkonferenz der Vereinten Nationen abgelehnt. In dieser Resolution sollte Frankreich aufgefordert werden, auf eine Verminderung der Spannungen in Marokko hinzuwirken und eine freie demokratische Entwicklung in Marokko zu gewährleisten.

Haarspaltereien

der Bundesrepublik

densvertrag oder ein an seine Stelle tretendes Abkommen erfolgte. „Durch eine derartige Abmachung würde auch die Gefahr einer Vorentscheidung hinsichtlich der deutschen Ostgebiete ausgeräumt sein“, meinte Süsterhenn. Sie wäre ja nur vorübergehend.

Auch von der Bundesrepublik könnten gegen die von Frankreich gewünschte Volksabstimmung an der Saar über die Europäisierung keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben werden. „Im Gegenteil kann man sogar sagen, daß eine Volksabstimmung gegenüber einer parlamentarischen Wahl die demokratischere Methode zur Feststellung des Volkswillens ist.“

Süsterhenn betonte abschließend, wenn auch Kreise der Bonner Regierungskoalition in der Saarfrage den „intransigenten Parolen“ der Sozialdemokraten folgten, dann wäre dies „ein Beweis für den Mangel an politischer Einsicht in die Zusammenhänge“.

Schärfste Proteste

Entscheidend für die beabsichtigte und von allen dringend gewünschte Lösung des Zwistes können nur völkerrechtliche Gesichtspunkte sein und nicht das zufällige Vorhandensein von Eisen und Kohle. Völkerrechtlich aber gehört das Saargebiet unbestritten zu Deutschland und mithin auch zum Bundesgebiet. Diese Stellung des Saargebietes ist selbst in den Zeiten anerkannt worden, in denen die Siegermächte nach der bedingungslosen Kapitulation das Saargebiet einfach für Frankreich hätten inkassieren können. Das haben sie selbst damals, als oft Diktat vor Recht ging, nicht einmal gewagt. Man hielt sich an den allgemeinen Grundsatz, daß alle Gebiete Deutschlands zugehörig bleiben sollten, die im Jahre 1937 bereits zu Deutschland gehörten. Das trifft auch für das Saargebiet zu. Frankreich wurden lediglich wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht. Auf sie will man aber auch von deutscher Seite weitgehend Rücksicht nehmen.

Gewisse Kreise französischer Politiker sahen nun plötzlich eine Chance, das Saargebiet doch noch für Frankreich gewinnen, zum mindesten aber von der Bundesrepublik abspalten zu können. Sie verlangten es als Tauschobjekt für die französische Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Schärfste Proteste wurden im Bundesgebiet laut, als ein solches Ansinnen bekannt wurde. Mit einer wirtschaftlichen Europäisierung war man wohl einverstanden, nicht aber mit einer politischen, die im Grunde ja gleichbedeutend mit einer Abtretung war. Selbst der Kanzler wurde gewarnt, den Franzosen zu weit entgegenzukommen und um den Preis des Saargebietes den Europäischen Verteidigungsvertrag einzuhandeln. Zwei Koalitionsparteien drohten bereits mit ihrem Ausscheiden aus der Koalition, wenn die Bundesregierung sich auf das Tauschgeschäft „Saar - Europavertrag“ einlassen würde.

Gefährliche Deutung

Mitten in die im Augenblick mit dem französischen Oberkommissar, François-Poncet und Bundeskanzler Adenauer in Gang gekommenen Verhandlungen stößt nun der ehemalige Staatsminister von Rheinland-Pfalz, A. Suesterhenn, hinein und erklärt am Tage der ersten offiziellen Saarverhandlungen, das Saargebiet sei gar kein Gebietsteil der Bundesrepublik, sondern lediglich ein Bestandteil Deutschlands. Was soll diese Sophisterei? Will er das Saargebiet für Frankreich sturmtreif machen? Ferner erklärt er, das Saarland könne nur freiwillig der Bundesrepublik beitreten. Mit dieser Ansicht gibt er nicht nur alle legitimen Rechte der Bundesrepublik auf das Saargebiet preis, sondern auch unsere Rechte an den ost-deutschen Gebieten. Suesterhenn spielt mit seiner Auslegung, wenn sie anerkannt

würde, den Russen alle Trümpfe für ihre Deutschlandpolitik in die Hand, die sie sich nur wünschen könnten. Auch die Ostzone war einmal ein Bestandteil des Deutschen Reiches und ist jetzt durch Gewalt vom Bundesgebiet abgetrennt. Nach Sueterhenn müßten wir also auch auf die deutschen Ostgebiete verzichten und dürften sie nicht mehr als echte, gewaltsam losgelöste Teile der Bundesrepublik betrachten. Herr Sueterhenn dürfte kaum einen Deutschen finden, der ihm zustimmen würde, aber Millionen in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone, die auf das schärfste von seinem politischen Außenseitertum abrühen.

Deutsche Vorschläge

Daß die Bundesregierung nicht daran denkt, den Gedankengängen des Herrn Sueterhenn zu folgen, zeigt der bisherige Gang der Verhandlungen, die jetzt unter dem Druck der meisten Parteien auf eine für Deutschland tragbare Lösung geführt werden. Deutschland schlägt Frankreich die Schaffung eines Saar-Dominiums vor, das bis zum Abschluß eines Friedensvertrages sich unter der Kontrolle der sechs Montan-Union-Staaten selbst verwaltet und in wirtschaftlichen Dingen alle Partner gleichmäßig behandelt, also Frankreich nicht mehr einseitig bevorzugt. Später solle dann ein neugewählter Landtag über die künftige Stellung der Saar beraten. Frankreichs Gegenvorschläge sind im Augenblick noch schwer in Einklang mit diesen deutschen Wünschen zu bringen. Die Franzosen möchten nämlich jetzt schon endgültige Regelungen treffen, während Deutschland Endabmachungen vor Abschluß des Friedensvertrages nicht eingehen will.

Einiges Erstaunen hat in den Kreisen der Freien Demokraten, der Deutschen Partei und der Sozialdemokratie die Tatsache hervorgerufen, daß unter Umgehung der Parteien und des Parlaments zwischen der Regierung und den Franzosen doch schon mehr verhandelt worden ist, als man bisher zugegeben hat. Die Mißstimmung, die dadurch entstanden ist, läßt es ratsam erscheinen, keinen allzu großen Optimismus hinsichtlich einer Einigung zu hegen. Denn noch sind nicht das Kabinett und das Parlament mit der Saarfrage beschäftigt worden.

Sowjets entlassen 4 Schweizer

Berlin, 3. November. (UP) Drei ehemalige Kriegsgefangene und ein Zivilinternierter wurden am Dienstag als Schweizer aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen und von den Sowjets der schweizerischen Militärmission in Berlin übergeben. Zwei der Entlassenen erklärten jedoch nach ihrer Ankunft in West-Berlin, sie seien Deutsche und hätten sich nur als Schweizer Bürger ausgegeben, da sie hofften, auf diese Weise schneller entlassen zu werden.

Christliche Demokraten besprechen Ausschuss-Besetzung

Bonn, 3. November. (UP) Der Fraktionsvorstand der Christlichen Demokraten erörterte in einer Sitzung die personelle Besetzung der rund 36 Bundestagsausschüsse. Entscheidungen sollen von der gesamten Fraktion in einer Sitzung getroffen werden, die für den 10. November anberaumt ist.

Als feststehend bezeichneten Sitzungsteilnehmer die Berufung folgender Persönlichkeiten als Ausschussvorsitzende: Hugo Scharnberg (CDU) Geld und Kredit, Erwin Schöttle (SPD) Haushaltsausschuß, Wilhelm Nägel (CDU) Wirtschaftspolitische Ausschuß, Hans Wellhausen (FDP) Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen, Anton Sabel (CDU) Arbeitsausschuß, Johannes Kunz (CDU) Lastenausgleich, Eugen Gerstenmaier (CDU) Auswärtiger Ausschuß.

England weiter

Die Thronrede

London, 3. November. (UP) Königin Elizabeth II. erklärte in ihrer Thronrede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des englischen Parlaments, daß sich ihre Regierung im Verein mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und in enger Beratung mit der deutschen Bundesregierung weiterhin um eine Lösung des Problems der deutschen Einheit bemühen werde. Auch betrachte ihre Regierung die Entspannung der internationalen Lage und die Erhaltung des Friedens

Luftschutz-Gesetz

Der Werkluftschutz in eigen

Hl. Bonn, 3. November. (Eig. Drahtbericht.) Ein Entwurf für ein Bundesluftschutzgesetz ist nunmehr vom Bundesinnenministerium fertiggestellt worden. Allerdings hängt die endgültige Formulierung des Entwurfes noch an der Klärung der Finanzfrage, da der Bund sich nicht in der Lage sieht, die Finanzierung von sich aus allein zu übernehmen. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz werden auch Überlegungen angestellt, bei Neubauten für entsprechende Schutzmöglichkeiten vorzusehen.

Gegenüber dem früheren Reichsluftschutzgesetz wird das neue Gesetz über die Form von Rahmenvorschriften hinausgehen. Seine Durchführung wird den Ländern und Gemeinden in Form einer Auftragsverwaltung des Bundes übertragen. Der örtliche Luftschutzleiter wird aber der leitende Kommunalbeamte und nicht mehr der zuständige Polizeichef sein, weil die Aufsicht über die örtlichen Feuerwehren und das Gesundheitswesen bei dem leitenden Kommunalbeamten liegt. Außerdem soll eine Bundesanstalt für Luftschutz errichtet werden.

Der Werkluftschutz, der von der Industrie finanziert werden soll, wird in die Selbstverwaltung der Wirtschaft gegeben, wobei entsprechende steuerliche Erleichterungen vorgesehen sind. Produktion und Verkauf von Luftschutzgeräten sollen völlig frei sein, wobei zum Beispiel bei Gasmasken eine Typisierung und Zulassungspflicht vorgesehen ist.

„Drei Verkaufssonntage im Interesse der Verbraucher“

Köln, 3. November. (dpa) Nach Ansicht der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels liegt es im Interesse der meisten Ver-

Atom-Bomber in Marokko

Paris, 3. November. (dpa) Auf dem marokkanischen Großflugplatz Sidl Slimane trafen 45 amerikanische B-47-Bomber zu Übungszwecken ein. Sie sind normalerweise in Großbritannien stationiert und werden nach Ablauf mehrerer Wochen nach dorthin zurückkehren.

Sie feierte 101. Geburtstag

Ansbach, 3. November. (UP) In Ansbach feierte Frau Lisette Meißner ihren 101. Geburtstag. Sie ist Deutschlands älteste Pfarrerswitwe. Schon 1875 heiratete sie als Waisenkind den evangelischen Pfarrer Meißner, mit dem sie 58 Jahre eine glückliche Ehe führte. Seit 1933 lebt Frau Meißner als Witwe in Ansbach. Pressevertretern gegenüber bekannte sie ihre Furcht vor dem 110. Geburtstag, „weil dann wieder so viele Menschen zum Gratulieren kommen werden.“

Vergrößerung Hessens durch Neugliederung

Sieben Vorschläge des Luther-Ausschusses für das Rhein-Main-Gebiet

Frankfurt, 13. Juli. (X) Das Gutachten des Luther-Ausschusses, der sich seit drei Jahren mit der Vorbereitung der Neugliederung des Bundesgebietes beschäftigt hat, schlägt vor, daß Rheinland-Pfalz entweder vergrößert werden oder durch Aufteilung mit anderen Landesgebieten vereinigt werden sollte. Für den mittelwestdeutschen Raum mit den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hat der Luther-Ausschuß insgesamt sieben verschiedene Lösungsvorschläge ausgearbeitet. D. T. 14. 2. 55.

Der erste Vorschlag sieht die Erhaltung des Landes Rheinland-Pfalz mit einer Gebietserweiterung durch Stadt- und Landkreis Mannheim, Stadt- und Landkreis Heidelberg, Kreis Sinsheim, die rechtsrheinischen Vororte von Worms und Mainz sowie den Rheingau vor. Mit dieser Regelung soll, wie im Gutachten betont wird, eine industrielle Stärkung des Agrarlandes Rheinland-Pfalz erreicht

werden. Der zweite Lösungsvorschlag will Rheinland-Pfalz zerschlagen und, entsprechend der historischen Tradition, die Pfalz an Bayern, Rheinhessen an Hessen und Koblenz/Trier an Nordrhein-Westfalen angliedern. Der dritte Lösungsvorschlag entspricht im wesentlichen dem zweiten, jedoch mit dem Unterschied, daß danach die Pfalz zu Baden-Württemberg kommen soll. Der vierte Vorschlag schlägt die Pfalz zu den Teilen des alten Landes Baden, das nach ihm neu entstehen soll. Der fünfte sieht die sogenannte große Lösung Mittelwestdeutschlands vor, wonach Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordbaden zu einem Land zusammengeschlossen werden sollen. Nach dem sechsten Lösungsvorschlag, der sogenannten kleineren Lösung Mittelwestdeutschlands, wird der Raum Koblenz/Trier Nordrhein-Westfalen angegliedert. Der siebente Lösungsvorschlag des Luther-Ausschusses regt schließlich die Bildung eines neuen Landes Pfalz beiderseits des Rheins an,

das Rheinland-Pfalz und Nordbaden einschließt. Die Erhaltung von Rheinland-Pfalz in seiner jetzigen Form ist also in keinem der gemachten Vorschläge aufgeführt.

Wenn in dem Gutachten auch ausdrücklich betont wird, daß nicht einmal die Reihenfolge eine Bewertung enthalte, so fällt doch auf, daß der Luther-Ausschuß der Lösung Nummer eins, welche die Erhaltung von Rheinland-Pfalz vorsieht, den größeren Raum gewidmet hat. Zugunsten dieses Vorschlages wird angeführt, daß die Bevölkerung des Landes fränkisch sei und somit die vom Grundgesetz geforderte landsmannschaftliche Verbundenheit gegeben sei. Eine landsmannschaftliche Verbundenheit zwischen Bayern und der Pfalz wird verneint. Zur Leistungsfähigkeit von Rheinland-Pfalz wird gesagt, die Wirtschaft sei nicht allzu krisenempfindlich. Im ganzen ergebe sich vom Land her gesehen kein Zwang zur Neugliederung.

Die Hochzeit der Feinde

Roman von Stefan Andres

36)

Was bisher geschah:

Frau von Clairmont hat mit ihrer Tochter eine französische Dienststelle in Trier aufgesucht und berichtet Captain Frécourt vom Schicksal ihres Gatten, der während des letzten Weltkrieges als Arzt in der deutschen Armee diente. Frécourt, dessen Frau während des letzten Krieges in Spionageangelegenheiten verwickelt war und sich das Leben genommen hat, besucht die Familie von Clairmont und gewinnt tiefe Zuneigung zu der 16jährigen Tochter Luise. Eines Tages quittiert er den Dienst und kehrt nach Frankreich zurück. Luise besucht für längere Zeit ein Pensionat in der Schweiz.

Zwei Jahre später kommt Frécourt wieder nach Trier, wo er und Luise sich ihre Liebe gestehen. Clairmont, dessen Frau inzwischen verstorben ist, weist eine Verbindung der beiden entschieden zurück, denn ein wichtiger Umstand, von dem außer ihm selbst niemand weiß, spricht gegen eine Heirat seiner Tochter mit dem Franzosen: Clairmont hat im Krieg in Frankreich Denise, die Frau Frécourts, geliebt.

Er las damals, ehe die Zeit des Bastelns begann, deutsche und ausländische Kriegsmemoiren, und zwar hauptsächlich die von Generälen und Politikern, die von den Schriftstellern reifen erst später. Was ihn geradezu bestürzte, war der Umstand, daß diese Männer bereits 1919 Bücher über ihre Tätigkeit herausgaben. Und unter der Beklemnis seiner eigenen Schuld empfand er eine böse Bestätigung darin, zumal diesen geschlagenen Generälen nächtelang zu lauschen, wie sie, jeden Schuldbewußtseins bar, sich ausschließlich als Techniker der Katastrophe fühlten und über eine verlorene Schlacht sachlich und kühl wie Schachmeister sprachen; galt es doch nur die Ursache der Niederlage darzustellen und nebenbei auch zu erhärten, daß die Schlachtintelligenz unschuldig sei. Die Partie war verloren, gewiß, aber sie würde, auch das stand in diesen Büchern, wenn man zu lesen verstand, eines Tages wiederholt werden . . . Und je mehr

Copyright by R. Piper & Co. Verlag, München

Clairmont las, um so deutlicher wurde ihm, daß die ganze Welt durch diesen Krieg auf die schiefe Ebene gekommen sei.

Wie verheerend dieser vergangene Krieg sich im einzelnen auswirkte, sah Clairmont am besten aus seinem eigenen Leben. Es gab in allem diesen Riß, nichts mehr war ganz und heil. Überall klaffte der Abgrund der Erinnerung und Schuld, über den es keine Brücke gab. In einem einzigen Fall, da er mit Aufrichtigkeit den Riß, nein, den Abgrund, zu schließen versuchte, hatte man nur den Menschen, zu dem man aufrichtig war, ins gleiche Unheil gestürzt, und dieser Mensch war die eigene Frau. Clairmont hatte, es war nach Frécourts erstem Besuch, seiner Frau gestanden, was geschehen war zwischen ihm und Denise. Und da wurde ihm bestätigt, was er doch schon wußte, daß es wohl möglich wäre, durch Vertrauen und Aufrichtigkeit einen neuen Anfang zu schaffen; daß aber hingegen selten ein Herz gefunden wird, das imstande ist, bis auf den Grund der Schuld im anderen Herzen zu sinken. Frau Luise litt, schwieg und wurde eine Duldlerin, und Clairmont konnte sich nie darüber klar werden, ob seine Frau auf diese Weise sich an ihm und an der ganzen Welt — ohne es recht zu wissen — rächte, oder ob sie diesem Blick in die Tiefe, einem Kinde gleich, nicht gewachsen war und einfach verstummte.

Was seinen Sohn betraf, so sah Clairmont deutlich, wie andere und stärker Kräfte als er in der Seele dieses jungen Menschen Fundamente legten, alle andere als einen neuen Anfang bedeuten — hier konnte sich nur die Wiederkehr des gleichen Unsinn abspielen.

In diesem Zustande begann er mit dem Basteln. Es war, als ob er sich von selb-

Radar gegen Verkehrssünder

Frankfurt, 13. Juli. (lh) Die amerikanische Militärpolizei will in Kürze Radargeräte zur Kontrolle der amerikanischen Fahrzeuge in der Bundesrepublik einsetzen. Vier Radargeräte, die bereits vor acht Monaten bei einer amerikanischen Firma bestellt worden sind, sollen in diesen Tagen in Deutschland eintreffen. Sie sollen vornehmlich der Überprüfung der Geschwindigkeiten dienen. Gegenwärtig werden zahlreiche Militärpolizisten auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Die Radargeräte können sowohl am Straßenrand aufgestellt als auch in den Streifenwagen der Polizei eingebaut werden.

Protest gegen Zivilstreifen

Hanau, 13. Juli. (lh) Gegen Zivilstreifen, die die Verkehrspolizei Hanau seit einiger Zeit einsetzt, wurde in einer Sitzung des städtischen Verkehrsausschusses am Mittwoch heftig protestiert. Eine Verkehrskriminalpolizei sei vollkommen überflüssig. Der Hanauer Polizeichef Hobein sagte dagegen, nur durch Zivilstreifen könne man die Verkehrsrowdies ermitteln. Die Verkehrssicherheitswoche 1955 sei in Hanau ein Schlag ins Wasser ge-

ten von Mittwoch bis zum Freitag dieser Woche ihre Vertreter in das studentische Selbstverwaltungsparlament. In diesem Semester wird die Hälfte aller 42 Sitze des Parlamentes neu besetzt werden. In den vergangenen Tagen hatten Versammlungen aller fünf Fakultäten stattgefunden, in denen die Kandidaten nominiert und die Richtlinien für die kommenden Monate festgelegt wurden. Aufgabe des Studentenparlamentes ist es, über alle Fragen, die die Studenten direkt angehen, zu entscheiden. Das Parlament wählt auch den allgemeinen Studentenausschuß (ASTA).

Die Kandidaten für die Wahl kommen aus fast allen studentischen Vereinigungen und Verbindungen. Bei den letzten Studentenwahlen im Frühjahr hatten sich nur knapp 45 Prozent aller Studierenden an den Wahlen beteiligt.

Auf die Bildung eines Senats für Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau beim Landesozialgericht hat das Land Hessen verzichtet. Der entsprechende Senat des Landesozialgerichts Celle ist durch Staatsvertrag auf Bremen und Hessen ausgedehnt worden.

Mit 892,5 Millionen Mark lag der Wert der hessischen Ausfuhr von Januar bis Mai um 54,3 Millionen Mark höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1954.

den. Das Mädchen wurde wahrscheinlich erdrosselt und dann in das Weizenfeld geschleppt. Der Mörder ist vermutlich der 29 Jahre alte Gerhard Wilsch, der bereits bei der Gegenüberstellung ein Teilgeständnis abgelegt hat. Er räumte die Möglichkeit ein, daß er den Mord im Unterbewußtsein begangen habe. Wilsch ist Angehöriger einer Hilfseinheit der französischen Truppen, die im Gebiet Wetzlar stationiert sind.

Nach 10jähriger Gefangenschaft nach Hofheim zurück

Hofheim im Taunus, 13. Juli. (X) Nach zehnjähriger russischer Gefangenschaft sind jetzt Heinz und Horst Kersten nach Hofheim im Taunus zurückgekehrt. Die beiden mußten 1945 als Vierzehn- und Fünfzehnjährige im Volkssturm in Ostpreußen gegen die Russen kämpfen. Sie gerieten in russische Gefangenschaft und wurden zu je fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im vorigen Jahr wurden sie entlassen. Das Geld für die Rückreise mußten sie sich selbst verdienen.

Der Verbandsausschuß des VdK Hessen hat in seiner konstituierenden Sitzung in Bad Nauheim am Mittwoch den bisherigen geschäftsführenden Vorsitzenden Erich Schaeffter (Rüsselsheim) wiedergewählt. (+)

F.A.Z. Enttäuschung 15.7.55 über den Luther-Ausschuß

s. Wiesbaden, 14. Juli (Eigener Drahtbericht). In politischen Kreisen der Landeshauptstadt ist die Veröffentlichung des Luther-Ausschusses zur Neugliederung des Bundesgebietes nicht günstig beurteilt worden. Man zeigt sich allgemein enttäuscht von den, wie es heißt, unbefriedigenden Lösungen, die in den sieben Vorschlägen für den mittelwestdeutschen Raum enthalten seien. Während man aus der Staatskanzlei hört, daß man an dem schon im Vorjahr gemachten hessischen Vorschlag festhalten wolle, meint man in Kreisen der Opposition, daß weder Rheinland-Pfalz durch hessisches Gebiet vergrößert noch Hessen und Bayern sich den rheinland-pfälzischen Braten teilen dürften. Der hessische Vorschlag fordert die Stadt Mainz, Rheinhessen und einen Teil des Nahetals sowie den Regierungsbezirk Montabaur als ein Gebiet, das zu Hessen gehören müsse. Der Vorschlag des Luther-Ausschusses, den Rheingau mit Rheinhessen zu vereinigen, so daß er staatlich zu Rheinland-Pfalz komme, wird bei den Regierungsparteien als unsinnig bezeichnet, da der Rheingau wirtschaftlich und nach seinem Volkstum zu Wiesbaden und Hessen gehöre. Schließlich wird noch geltend gemacht, daß es besser sei, mit der Gebietsneuordnung bis zu einer Wiedervereinigung zu warten.

„Rheinland-Pfalz lebensfähig“

Die sieben Neugliederungs-Vorschläge des Luther-Ausschusses

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 68

Frankfurt, 13. Juli. (X) Das Gutachten des Luther-Ausschusses, der sich seit drei Jahren mit der Vorbereitung der Neugliederung des Bundesgebietes beschäftigt hat, schlägt vor, daß Rheinland-Pfalz entweder vergrößert werden oder durch Aufteilung mit anderen Landesgebieten vereinigt werden sollte. Für den mittelwestdeutschen Raum mit den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hat der Luther-Ausschuß insgesamt sieben verschiedene Lösungsvorschläge ausgearbeitet. *A. 2. 14. 7. 55*

Der erste Vorschlag sieht die Erhaltung des Landes Rheinland-Pfalz mit einer Gebietserweiterung durch Stadt- und Landkreis Mannheim, Stadt- und Landkreis Heidelberg, Kreis Sinsheim, die rechtsrheinischen Vororte von Worms und Mainz sowie den Rheingau vor. Mit dieser Regelung soll, wie im Gutachten betont wird, eine industrielle Stärkung des Agrarlandes Rheinland-Pfalz erreicht

werden. Der zweite Lösungsvorschlag will Rheinland-Pfalz zerschlagen und, entsprechend der historischen Tradition, die Pfalz an Bayern, Rheinhessen an Hessen und Koblenz/Trier an Nordrhein-Westfalen angliedern. Der dritte Lösungsvorschlag entspricht im wesentlichen dem zweiten, jedoch mit dem Unterschied, daß danach die Pfalz zu Baden-Württemberg kommen soll. Der vierte Vorschlag schlägt die Pfalz zu den Teilen des alten Landes Baden, das nach ihm neu entstehen soll. Der fünfte sieht die sogenannte große Lösung Mittelwestdeutschlands vor, wonach Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordbaden zu einem Land zusammengeschlossen werden sollen. Nach dem sechsten Lösungsvorschlag, der sogenannten kleineren Lösung Mittelwestdeutschlands, wird der Raum Koblenz/Trier Nordrhein-Westfalen angegliedert. Der siebente Lösungsvorschlag des Luther-Ausschusses regt schließlich die Bildung eines neuen Landes Pfalz beiderseits des Rheins an,

das Rheinland-Pfalz und Nordbaden einschließt. Die Erhaltung von Rheinland-Pfalz in seiner jetzigen Form ist also in keinem der gemachten Vorschläge aufgeführt.

Wenn in dem Gutachten auch ausdrücklich betont wird, daß nicht einmal die Reihenfolge eine Bewertung enthalte, so fällt doch auf, daß der Luther-Ausschuß der Lösung Nummer eins, welche die Erhaltung von Rheinland-Pfalz vorsieht, den größeren Raum gewidmet hat. Zugunsten dieses Vorschlages wird angeführt, daß die Bevölkerung des Landes fränkisch sei und somit die vom Grundgesetz geforderte landsmannschaftliche Verbundenheit gegeben sei. Eine landsmannschaftliche Verbundenheit zwischen Bayern und der Pfalz wird verneint. Zur Leistungsfähigkeit von Rheinland-Pfalz wird gesagt, die Wirtschaft sei nicht allzu krisenempfindlich. Im ganzen ergebe sich vom Land her gesehen kein Zwang zur Neugliederung.

Statistische Landesamt sollte den tatsächlichen Finanzbedarf aller Gemeinden ermitteln und der Finanzmasse gegenüberstellen. Da selbst bei genügender Dotierung der Finanzmasse die Berechnung der Schlüsselzuweisungen den Verhältnissen nicht mehr genüge, soll zum Ausgleich der Kosten für im einzelnen nicht erfaßbare Auftragsangelegenheiten und sonstige vom Gesetzgeber auferlegte neue Aufgaben allen Gemeinden eine Ersatzleistung von mindestens drei Mark pro Kopf der Bevölkerung neben den Schlüsselzuweisungen gewährt werden. Eine gerechtere Regelung der Kreisumlage hält der Städteverband ebenfalls für erforderlich. Die Hilfe für besonders belastete Städte, die umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen zu bewältigen haben, sei trotz des Ergänzungsansatzes zu den Schlüsselzuweisungen nicht mehr genügend. Diese Städte sollten deshalb Sonderzuschüsse erhalten.

Der Bund der Steuerzahler zu den Steuervorschlägen

Mainz, 13. Juli. (dpa) Eine abwartende Haltung gegenüber den Vorschlägen für eine Umgestaltung des Steuererhebungssystems bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer hat der Bund der Steuer-

bei den deutschen Dienstgruppen

pp. Mainz, 13. Juli. (Eigener Bericht.) Der Interessenverband der Freiwilligen-einheiten bei den französischen Streitkräften, hat mitgeteilt, daß mit umfangreicheren Entlassungen von Angehörigen der zivilen deutschen Dienstgruppen zum 1. September zu rechnen ist. Die Entlassungen sind auf eine starke Kürzung der Mittel für die im Bundesgebiet stationierten alliierten Streitkräfte zurückzuführen. Der Interessenverband hat bereits Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung in Nürnberg und mit dem Bundesarbeitsministerium aufgenommen, um eine rasche Eingliederung der zur Entlassung kommenden Dienstgruppenangehörigen in den Wirtschaftsprozess zu erreichen. Nach dem 1. September werden in der ehemaligen französischen Zone noch etwa 7500 Deutsche bei französischen Militärdienststellen tätig sein. Für diese soll ein Sonderlohnabkommen in Kürze abgeschlossen werden. Entsprechende Verhandlungen wurden zwischen den Gewerkschaften und dem Bundesfinanzministerium aufgenommen. Das Lohnabkommen wird die bisher von den Alliierten festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen dem deutschen zivilen Arbeitsrecht angleichen.

und zuletzt zwei Monate Gefängnis mit Bewährung erhielt, hatte sich trotz einer Alkoholkonzentration von 3,5 pro Mille mit seinem Personenwagen in den Verkehr begeben und dabei einen Motorradfahrer und drei spielende Kinder auf einem Bürgersteig gefährdet.

Eine Straßenschlacht zwischen Taxifahrern und Amerikanern

Pirmasens, 13. Juli. (dpa) Eine Straßenschlacht hat sich in der Nacht zum Mittwoch zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Taxifahrern in Pirmasens abgespielt. Ausgelöst wurde der Streit, als ein Soldat, der von einem Hotel aus eine Taxe bestellt hatte, sich weigerte, die Anfahrt mitzubezahlen. Als der Fahrer ihn daraufhin aufforderte, auszustiegen, setzte ihm der Amerikaner mit der Drohung „Du weiterfahren“ ein Messer an die Rippen. Der Fahrer fuhr zum nächsten Taxistand, wo seine Kollegen den Amerikaner verprügelten. Dieser floh in Richtung Kaserne, wurde aber eingeholt und trat eine Schaufensterscheibe ein, um zu entkommen. Dabei zog er einem der Fahrer noch das Messer über die Stirn. Inzwischen versuchten einige Soldaten, ihren verprügelten Kameraden zu rächen. Die Militärpolizei nahm den Messerhelden fest.

„Mainzer Vorstoß wird erfolglos bleiben“

Pressedienst der Christlichen Demokraten zitiert Grundgesetzartikel 29

A. Z. 8. 9. 54.

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 69

Der Deutschland-Union-Dienst (DUD), der Pressedienst der Christlichen Demokraten, hat am Montag zu dem Vorstoß des Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein zur Wiedervereinigung der Stadt mit ihren rechtsrheinischen Vororten erklärt, der Schritt Steins könne in dieser Form nicht zum Erfolg führen. Die Bitte Steins an die Landesregierung, sich für Mainz bei der alliierten hohen Kommission zu verwenden, erweise nur erneut, daß es sich hier um einen der tragischen Konflikte der Nachkriegszeit handele, der möglichst bald auf legalem Wege bereinigt werden sollte.

Die Landesregierung, so unterstreicht der DUD, habe sofort erklärt, daß Stein mit seiner Bitte von einer falschen Auffassung des zur Zeit gültigen Rechts ausgehe. Die Vorschriften der Besatzungsmacht über die Ländergrenzen sei einzwischen durch deutsche Vorschriften abgelöst worden. Die Ländergrenzen könnten nur auf Grund des Artikels 29 des Grundgesetzes geändert werden, der aber noch suspendiert sei. Die Landesregierung halte es für politisch nicht vertretbar, jetzt hiermit an die Besatzungsmächte heranzutreten. Ob andere Wege gefunden werden könnten, bleibe eine offene Frage.

tember, 11 Uhr, ein Einleitungsvortrag statt.

Geschäftliche Mitteilungen

„Märchenbuch der Mode“ im Schloß

Kommenden Freitag, 10. September, um 16 und 20 Uhr wird in Mainz im neuen Saal des Kurfürstlichen Schlosses das „Märchenbuch der Mode“ aufgeschlagen. Es ist der Auftakt des Reizens von Modeschauen in unserer Stadt. Das Seidenhaus Giese (wo auch der Vorverkauf ist) arrangiert ihn in Gemeinschaft mit der „Constance“ und weiteren namhaften Mainzer Firmen. Diese Modenschau will im Rahmen einer auch für die Herren unterhaltsamen Veranstaltung allen modisch interessierten Frauen die Möglichkeit geben, sich einen umfassenden Eindruck von der Mode der Saison zu beschaffen. Die künstlerische Leitung hat Heinz Goedecke. Am Mikrophon plaudert mit Fachkenntnis und Humor Fred Weyrich, der bekannte Schlagersänger von Schallplatte und Rundfunk. Besondere Berücksichtigung finden aparte Modelle für die herbstliche Saison.



Eine Szene aus dem neuen CinemaScope-Farbfilm „Quo vadis“ mit Robert Taylor und Deborah Kerr in den Hauptrollen. Der von Mervyn Le Roy inszenierte Großfilm nach dem Roman von Henryk Sienkiewicz wurde in seinen wesentlichen Aufnahmen in Rom gestaltet. Die Breitwand-Bilder gestatten Massenszenen von einem bisher kaum möglichen Ausmaß. Die Metro-Goldwyn-Mayer hat mit dieser Neuverfilmung des gewaltigen geschichtlichen Stoffes aus der Zeit der Christenverfolgung unter Nero alles aufboten, um ein eindrucksvolles Filmwerk zu schaffen. Der Film

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 70

Der Luther-Ausschuß stellt richtig

Bonn, 19. Juli (UP). Der Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebiets (Luther-Ausschuß) hat sich am Dienstag gegen Meldungen über den angeblichen Inhalt seines Gutachtens gewandt und erklärt, den Meldungen habe das Gutachten nicht zugrunde gelegen. Das Wort „restaurativ“ komme zum Beispiel weder im Text noch inhaltlich im Gutachten vor. Alle Einzelheiten des Gutachtens, das sich nicht auf einzelne Länder, sondern auf das Bundesgebiet beziehe, hätten ihre Bedeutung nur im Zusammenhang des Ganzen. Der Ausschuß habe überhaupt keine Vorschläge für die politischen Entscheidungen gemacht und konnte sie nicht machen.

Seine einzige Aufgabe sei es gewesen, die Anwendung des Artikels 29 des Grundgesetzes auf Tatbestände und Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen. „Dieses rein sachliche Gutachten wird erst in einer Reihe von Wochen dem Herrn Bundesminister des Innern zugehen. Im Einverständnis mit dem Herrn Bundesminister des Innern bittet der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses, Dr. Luther, dringend, Schlußfolgerungen so lange zurückzuhalten, bis das Gesamtgutachten in endgültiger Fassung vorliegt. Die Drucklegung wird auf das äußerste beschleunigt werden.“

F.A.Z. 20.7.55

Nur Mainz und Wiesbaden Gründerstädte

Wiesbaden nimmt zu den Mainzer Zweckverbands-Vorschlägen Stellung

4. 2. 14, S. 55

Mainz hat nunmehr, wie der Wiesbadener Stadtrat Hammersen gestern in einer Pressekonferenz mitteilte, zu den Wiesbadener Satzungsentwürfen für den „Zweckverband Rhein-Main“ Stellung genommen.

Der Mainzer Vorschlag unterscheidet sich von dem Wiesbadener dadurch, daß Mainz die heute selbständigen rechtsrheinischen Stadteile Bischofsheim und Gustavsburg sowie den Ort Budenheim nicht sofort bei Gründung eines Zweckverbandes in diesen einbezogen wissen möchte. Vielmehr sollen nur Mainz und Wiesbaden Gründerstädte sein. Aus der sofortigen Einbeziehung von

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 71
Gustavsburg und Bischofsheim befürchtet Mainz eine formale Anerkennung der Abtrennung dieser Stadteile von Mainz.

Wie der Wiesbadener Stadtrat Hammersen hierzu sagte, werde Wiesbaden daran den Zweckverband nicht scheitern lassen, auch wenn man die Einbeziehung dieser Gemeinden in den Zweckverband gerne sähe. Außerdem wünsche Mainz, daß beide Städte im Zweckverband die gleiche Stimmenzahl, nämlich zehn, erhalten, daß die Umlagen aber nach der Einwohnerzahl gestaffelt werden.

Hinsichtlich des Aufgabenkreises des Zweckverbandes erklärte Mainz sich einverstanden. Beide Städte werden jetzt je dreiköpfige Ausschüsse bilden, die die beiden Vorschläge auf einen Nenner bringen und dann den parlamentarischen Körperschaften vorlegen sollen. gl

Umsatzwerte stiegen durch höhere Preise

Genossenschaft Gimbsheim berichtet / Entlastung für 1953 nachgeholt

Die Bezirksgenossenschaft für Gartenbau-erzeugnisse in Gimbsheim gab ihren zahlreichen Mitgliedern aus 42 rheinhessischen Gemeinden einen Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1954. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und einiger Gäste aus dem Genossenschaftswesen durch Aufsichtsratsmitglied Seibel, erstattete Geschäftsführer Will den Geschäftsbericht. Der Gesamtumsatz belief sich wertmäßig bei Obst auf 701 215,75 DM, bei Gemüse auf 427 344,90 DM, zusammen 1 128 560,65 DM. Mengenmäßig belief sich der Umsatz auf insgesamt 2 656 932,00 kg. Finanziell gesehen ist eine Erhöhung des Umsatzes bei Obst und Gemüse festzustellen, während die abgelieferten Gemüsearten in der Menge zurückgegangen sind. Die ersichtliche wertmäßige Umsatzsteigerung konnte durch höhere Preise erzielt werden.

Zu dem wichtigen Punkt der Tagesordnung, Vorstand und Aufsichtsrat auch für das Jahr 1953 zu entlasten, gab Verbandskreisstellenleiter Fölsing (Mainz), Erläuterungen. Durch die Verfehlungen des früheren Geschäftsführers war für das Geschäftsjahr 1953 keine Entlastung erteilt worden. Nach der gerichtlichen Klärung des Falles und durch das ergangene Urteil sei ein Verschulden der Aufsichtsorgane nicht festgestellt. Er empfahl, die im Jahre 1953 tätig gewesenen Verwaltungsorgane zu entlasten. Die Versammlung folgte dem Antrag. Der finanzielle Schaden, den die Genossenschaft seinerzeit erlitten hat, ist im wesentlichen ausgeglichen.

A. Z. Artikel 29 S. 5. S. 55.

Mainz, 4. Mai. (Eigener Bericht.) Wenn am 5. Mai das Besatzungsregime endet, tritt auch die Suspension des Artikels 29 des Grundgesetzes automatisch außer Kraft. Das heißt, die Fristen, die in diesem Artikel, der die Neuregelung der Länder anstrebt, angegeben sind, beginnen zu laufen. Es kann also in Gebietsteilen, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, binnen eines Jahres durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefordert werden.

Der Bund Bayern und Pfalz hat bereits erklärt, er werde „sofort alle Maßnahmen ergreifen“. Das heißt, er kann sich jetzt schon darum bemühen, das vorgeschriebene Zehntel der zum Landtag wahlberechtigten Bevölkerung für ein Volksbegehren zu gewinnen. Bisher hat er nur 0,8 Prozent der Bevölkerung in der Pfalz als Mitglieder. Aber auch für diesen Bund dürfte es sich empfehlen, abzuwarten, bis der Bundestag das erforderliche Ausführungsgesetz zu dem sehr umstrittenen Artikel 29 verabschiedet hat. Der Bundestag hat schon einmal den Anlauf zu einem solchen Gesetz genommen, ist aber nicht weiter gekommen. Auch jetzt wird er das Gesetz nicht von heute auf morgen herzaubern können.

Mainz schlägt einen Staatsvertrag vor

4.2. Ein Vorstoß zur Rückgliederung der rechtsrheinischen Vororte
2.10.54.

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 73

Na. Mainz, 8. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat am Dienstag der Regierung von Hessen offiziell den Vorschlag gemacht, einen Staatsvertrag abzuschließen, der eine vorläufige Rückgliederung der rechtsrheinischen Mainzer Vororte bis zur Entscheidung über die Ländergrenzen im Sinne des Artikels 29 des Grundgesetzes herbeiführen soll.

Dazu erklärte Oberregierungsrat Dupré, es gehe darum, ein Provisorium zu schaffen, das der Bevölkerung der rechtsrheinischen Vororte die Möglichkeit lasse, im Zusammenhang mit dem Artikel 29 darüber selbst zu entscheiden, ob sie zu Hessen oder zu Rheinland-Pfalz gehören wolle.

Schon seit geraumer Zeit habe die Landesregierung versucht, mit Hessen in ein Gespräch über die Frage der Rückgliederung zu kommen, das aber immer wieder gescheitert sei. Die verschiedentlichen Bemühungen zur Gründung eines Zweck-

verbandes kämen zur Wiederherstellung der Stadt Mainz in ihrem alten Bestand nicht in Betracht. Das bedeute an sich nicht, daß solche Zweckverbände nicht später gegründet werden sollten. Der Staatsvertrag, der jetzt geplant sei, solle die rechtsrheinischen Vororte so stellen, als ob sie zur Stadt Mainz gehörten. Alle kommunalen Angelegenheiten sollten demnach wieder dem Mainzer Oberbürgermeister und dem Stadtrat zufallen, alle staatlichen Angelegenheiten dagegen bei Hessen bleiben.

Selbstverständlich müsse eine ganze Reihe von Fragen, zum Beispiel die der Vertretung der rechtsrheinischen Mainzer im Stadtrat, durch Einzelbestimmungen des Staatsvertrages geregelt werden. Die Landesregierung jedenfalls warte nun darauf, was die Regierung von Hessen zu diesem durchaus realen Vorschlag zu sagen habe, der in keiner Weise den Regelungen vorgreife, die vielleicht im Zusammenhang mit dem Artikel 29 eintreten könnten.

General Gumbert, der französische Generalstabschef, befindet sich auf einer Informationsreise durch die Vereinigten Staaten.

Auch Heimarbeiter haben Anspruch auf zwölf Tage bezahlten Urlaub im Jahr, wie aus einer Mitteilung des Bundesarbeitsministeriums hervorgeht. (X)

Die Industriegewerkschaft Bergbau der Sowjetzone hat eine Delegation zur Beisetzung der zehn Bergleute entsandt, die am vergangenen Wochenende bei dem Gru-

Der Ausnahmezustand ist in der libyschen Hauptstadt Benghazi nach der Ermordung des Hofministers Shilhi verhängt worden.

Die letzten chinesischen Verbände von sieben Divisionen haben nach einer Meldung des nordkoreanischen Rundfunks Nordkorea verlassen. (dpa)

Mehr als zehn Millionen Unterschriften sind in Japan für ein Verbot aller Atom- und Wasserstoffbomben gesammelt worden.

chende Zahl von Besatzungswohnungen wurde mit Geldern aus dem alliierten Besatzungskostenhaushalt neu gebaut. Von den Freigaben entfielen 1019 auf Rheinland-Pfalz.

„Drei Volksbegehren“

Na. Mainz, 6. Oktober. (Eigener Bericht.) Ein Sprecher der Staatskanzlei erwähnte am Mittwochnachmittag, wenn der Artikel 29 des Grundgesetzes über die Neugliederung des Bundesgebietes in Kraft treten würde in der Pfalz möglicherweise drei Volksbegehren in Betracht kommen, wies dies vor einigen Tagen im Anschluß an eine Pressekonferenz mit Reichskanzler a. D. Dr. Luther gemeldet worden sei. Es sei auch wahrscheinlich, daß die drei Fragen getrennt dahin lauteten, ob man nach Württemberg-

Landespolitik Rheinland-Pfalz

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 74

Denkschrift für den Luther-Ausschuß

A. Z.
7.10.54. Rheinland-Pfalz beansprucht den Rheingaukreis

zz Mainz, 6. Oktober. (Eigener Bericht.) Wie man sich erinnern wird, hat der sogenannte Luther-Ausschuß bei seiner Informationsreise in Rheinland-Pfalz Ende Mai dieses Jahres die Landesregierung darum gebeten, daß sie ihm eine Denkschrift über die Stellung des Landes im Rahmen der Neugliederung des Bundesgebietes übermittle. Ein ähnliches Ersuchen war übrigens auch an die übrigen Länder gerichtet worden.

Die Landesregierung hat, wie in einer Pressekonferenz mitgeteilt worden ist, ihre Denkschrift am Mittwoch wunschgemäß in 60 Exemplaren dem Luther-Ausschuß übersandt. Die Denkschrift gibt ein vollständiges Spiegelbild der Verhältnisse des Landes unter dem Gesichtswinkel der Neugliederungs-Faktoren, die im Artikel 29 des Grundgesetzes aufgeführt werden. Sie beleuchtet das Land auf Grund der geschichtlichen, der stammesmäßigen und landsmannschaftlichen Zusammenhänge, auf Grund der landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur, des sozialen Gefüges, der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der politischen Leistung und der Verwaltungsleistung. Weiterhin setzt sich die Denkschrift mit der besonderen Neugliederungs-Problematik der einzelnen Landes-

teile eingehend auseinander. Sie kommt abschließend zu dem Ergebnis, das Land Rheinland-Pfalz stelle bereits in seiner gegenwärtigen Abgrenzung ein lebensfähiges staatliches Gebilde dar, das in der Lage sei, wirksam alle Aufgaben zu erfüllen, die ihm als Gliedstaat des deutschen Bundes obliegen.

Im Verhältnis zum Nachbarland Hessen hält die Denkschrift an mehreren Stellen eine Verbesserung der gegenwärtigen Grenzziehung für erforderlich. Diese Verbesserung soll zunächst in der Eingliederung der rechtsrheinischen Vororte der Stadt Mainz in das Land Rheinland-Pfalz bestehen, damit der Gebietsbestand des Regierungsbezirks Rheinhessen und die kommunale Einheit der Landeshauptstadt wiederhergestellt werden. Aus entsprechenden Gründen sollen die abgetrennten rechtsrheinischen Teile in den Stadt- und Landkreis Worms wieder einbezogen werden. Schließlich spricht sich die Denkschrift für die Einbeziehung des Rheingaukreises nach Rheinland-Pfalz aus. Dies wird damit gerechtfertigt, daß der Rheingaukreis aus historischen, geographischen, landsmannschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen — besonders als Weinbaugebiet — zu Rheinland-Pfalz strebe.

Landtagswahl am 15. Mai

Na. Mainz, 6. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Ministerrat hat als Termin für die Neuwahlen zum Landtag von Rheinland-Pfalz den 15. Mai 1955 bestimmt.

Niemandes Recht wird eingeschränkt

Na. Mainz, 6. Oktober. (Eigener Bericht.) Auf einer Pressekonferenz übte am Mittwochnachmittag Ministerialrat Dr. Schmitt Kritik an Äußerungen, die der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Jäger, am 2. Okt. in München auf einer Tagung des Bundes Bayern-Pfalz gemacht hat. Man habe zwar Verständnis dafür, daß bayerische Politiker die Pfalzfrage als eilig ansähen. Man müsse aber nicht zugeben, daß die Bevölkerung-

sein werden. Man hofft, daß bis zum Ende dieses Jahres die Ergebnisse festliegen.

22 000 Offiziere für die neue Armee

Bonn, 6. Oktober. (UP) Am Mittwoch ist in Bonn von zuständiger Seite der Bundesregierung mitgeteilt worden, daß die neue deutsche Armee etwa 22 000 Offiziere, darunter rund 40 Generale, benötigen werde. Außer den 40 Generalen würden rund 250 Oberste, 900 Oberstleutnante, 2000 Majore, 6300 Hauptleute sowie 12 300 Oberleutnante und Leutnante gebraucht. Vom Oberst an aufwärts solle jede Ernennung die vorherige Zustimmung des Bundeskabinetts erfordern. In der Bundesrepublik lebten gegenwärtig noch rund 1200 ehemalige Generale.

unverändert“

Gewerkschaftskongreß

des ihre Grenzen habe und zur Durchsetzung gewisser Forderungen — so der Vierzig-Stunden-Woche —, Ausdauer und ein einmütiges Zusammenstehen der Gewerkschaften nötig seien.

Den zweiten Teil des Kongresses, der Referate und Debatten über Arbeitsrecht und Sozialpolitik vorsieht, leitete Professor Herschel, Ministerialdirektor im Bundesarbeitsministerium, mit einem Vortrag ein. Er forderte die Gewerkschaften auf, die arbeitsrechtlichen Fragen im engen Kontakt mit den Betrieben zu be-

staaten besitzen. Jeder Staat des Westens außer Deutschland hat das Recht, so viel schwere Geschütze, Schlachtschiffe, Panzer und Atomwaffen herzustellen, wie er will. Wenn die meisten Staaten des Westens keine Werkstätten einrichten, um Atomwaffen oder Radargeräte zu bauen, so tun sie dies, weil ihre technische oder ihre finanzielle Kraft dazu nicht ausreicht. Ausdrücklich verboten ist es ihnen nicht. Die Bundesrepublik aber wird unter einem solchen Verbot stehen. Wer es mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung ganz genau nahm, hätte also den Londoner Vereinbarungen seine Zustimmung verweigern müssen. Aber offenbar denkt in der Bundesrepublik kein Mensch, zum mindesten kein einflußreicher Politiker daran, gerade aus einem solchen Grunde nein zu sagen. Mit dieser Einschränkung der westdeutschen Souveränität ist jedermann einverstanden. Man könnte umgekehrt sagen, daß man es dem Kanzler sehr übelgenommen hätte, wenn er die Konferenz aus einem solchen Grunde hätte scheitern lassen. Man hätte nicht seine Charakterstärke gelobt, sondern ihn wegen Prinzipienreiterei getadelt.

Materielle Interessen?

An einem solchen Beispiel wird der Wandel der deutschen Auffassungen während der letzten Jahrzehnte deutlich. Vor 1914 pflegte die sozialdemokratische Propaganda gegen die Heeresverstärkung mit der Behauptung aufzutreten, hier würden nur die Interessen der „Panzerplatten-Fabrikanten“ gewahrt. In dieser Behauptung war vieles übertrieben. Die Wünsche, eine stärkere Wehrmacht zu haben, rührten im wesentlichen aus

A. Z. 3. 12. 54.

Aussprache Zweckverband

Oberbürgermeister der Nachbarstädte
trafen sich in Mainz

Städtische Presseamt Mainz teilt
mit. ~~SA. 12.~~ NL Oppenheim / 424 - 75

Oberbürgermeister Dr. Mix (Wiesbaden) besuchte am Donnerstag seinen Mainzer Kollegen, Oberbürgermeister Stein und legte ihm den Wiesbadener Entwurf für einen Zweckverband der Städte Mainz und Wiesbaden vor. Er bat, diesen Entwurf zu überprüfen und ihn dann in einer neuen Zusammenkunft zu besprechen. Oberbürgermeister Stein sagte die unverzügliche Ueberprüfung des Entwurfes zu. Er werde ihn auch den zuständigen Mainzer Gremien zur Durchsprache übergeben. Danach werde er dem Oberbürgermeister Dr. Mix sofort Mitteilung über das Ergebnis zugehen lassen, damit anschließend in gemeinsamen Beratungen ein endgültiges Statut ausgearbeitet werden könne.

Handform ein, aus denen er die grundsätzlichen Zusammenhänge von Gestalt und Seele deutete.

Dem Thema „Leib und Seele — der Einfluß seelischer Kräfte auf Gesundheit und Krankheit“ (nach Leitgedanken aus Prof. Fischers Werk „Krankheit und Schicksal“) folgte als letzter Vortrag „Was muß man über die menschliche Hand wissen“, Anthropologische Studien über den Zusammenhang zwischen Hand und Hirn, Hand und Sprache, wie sie Prof. Dr. Max Westenhöfer in „Der Eigenweg des Menschen“ vertritt, bildeten die Grundlage.

Eltern und Erzieher schöpften aus dem Dargebotenen so viel Bereicherung und Anregung, daß sie sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, deren Zweck Vertiefung des neuen Wissens und seine Anwendung in der Lebenspraxis sein soll. Auskünfte geben für Interessenten die Geschäftsstelle des Kneippvereins, Graben Nr. 2, und das Reformhaus in der Boppstraße. FG

Schulschließung in Hochheim

Landespolitik Rheinland-Pfalz A. Z. 23. 5. 54.

Von Montabaur bis Idar-Oberstein

Die „Annexionswünsche“ Hessens auf Nachbargebiete

pp. Mainz, 22. August. (Eigener Bericht.)
Presseberichte über den Inhalt der von der hessischen Landesregierung ausgearbeiteten und teilweise bekanntgegebenen Denkschrift zur Neugliederung des Bundesgebietes wurden von den maßgebenden politischen Kreisen der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Offiziell wird lediglich bemerkt, als Ergänzung zu dem Gutachten des Luther-Ausschusses würden alle besuchten Landesregierungen eine eigene Denkschrift zur Frage der Länderneugliederung ausarbeiten und der Bundesregierung vorlegen. Die Landesregierung ist eben dabei, ihre Stellungnahme ebenfalls als Denkschrift niederzulegen.

Ganz allgemein wurden die Ansprüche Hessens, die sich nicht nur auf den Regierungsbezirk Montabaur und Rheinhessen beschränken, sondern auch auf das Nahetal einschließlich Idar-Oberstein ausgedehnt wurden, als ein ausgesprochen taktisches Manöver bezeichnet, um wenigstens den Anschluß von Rheinhessen an Hessen zu erreichen. Schon bei dem Besuch des Luther-Ausschusses habe sich aber gezeigt, daß bei der Bevölkerung von Rheinhessen nur recht wenig Neigung für eine solche Lösung bestehe. Hier sei immer noch nicht die alte Redewendung von der rheinhessischen Kuh

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 76

vergessen, die in Starkenburg gemolken und deren Milch in Oberhessen verkauft werde. Als völlig abwegig wird vor allem die Einbeziehung des Nahetales mit Bad Kreuznach und Idar-Oberstein in den hessischen Staat angesehen. Nicht weniger problematisch sei der hessische Wunsch nach der Wiedervereinigung des jetzigen Regierungsbezirks Montabaur mit Hessen, da sich die Bevölkerung des Westerwaldes und der anschließenden Bezirke wirtschaftlich und landsmannschaftlich nur nach dem Koblenzer Raum, und nicht nach Hessen hin ausgerichtet habe. In Mainz wird vor allem auf Widersprüche der Denkschrift hingewiesen, so zum Beispiel, wenn der alte kulturelle Zusammenhang von Rheinhessen mit dem gesamten linksrheinischen Lande nicht beachtet, dagegen der Besitz des südlichsten Teiles von Hessen mit historischen Gründen verteidigt werde.

Die als „überspannte Forderungen“ angemeldeten Gebietsansprüche Hessens werden schließlich noch von den zuständigen Kreisen in Mainz mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die von Hessen beanspruchten Landesteile dann nur noch ein Anhängsel des hessischen Staates würden. Kommunale und wirtschaftliche Probleme, wie sie sich immer mehr im Rhein-Main-Gebiet herauskristallisierten, könnten aber durch

überregionale Zusammenschlüsse in Form von Zweckverbänden gelöst werden.

Als sicher kann angenommen werden, daß auch Rheinland-Pfalz gewisse Gebietsberichtigungen wünscht. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß vor Fertigstellung der Denkschrift die Landesregierung ihre Wünsche bekanntgibt. Der Pressedienst der Christlich-Demokratischen Union hat sich inzwischen in scharfer Weise gegen die „ungerechtfertigten Annexionswünsche der hessischen Landesregierung auf Kosten des Landes Rheinland-Pfalz“ gewandt.

schreibt zu dem Feinschnitt der Kontinenz: „Ein englischer Journalist kann sich der traurigen Schlußfolgerungen nicht entziehen, daß die Existenz einer übernationalen Organisation kein Heilmittel für die jahrhundertealten nationalistischen Antipathien bedeutet. Wie anders könnte die Lage der Europa-Armee sein, wenn England, das so viel Blut in diesem Teil Europas geopfert hat, der Verteidigungsgemeinschaft beigetreten wäre, den deutsch-französischen Kampf um die Führerschaft beiseite geschoben und die Führung selbst übernommen hätte.“

... und Bundeskanzler Konrad Adenauer

h Off-Berlin

Asyl in der Sowjetzone

in Fühlung stand, aber erst „abgerufen“ wurde, als die Brüsseler Konferenz ihren Höhepunkt erreicht hatte.

In der Bundeshauptstadt schlug die Nachricht von dem Übertritt Schmidt-Wittmacks in die Sowjetzone wie eine Bombe ein. Der Bundeskanzler, der sich in Brüssel gerade in einer Nachtsitzung befand, wurde sofort durch ein Blitzgespräch in Kenntnis gesetzt. Der Sicherheitsapparat der Bundesrepublik läuft seit Samstagnacht auf hohen Touren. Bundesminister Strauß erklärte, der neue Fall stünde zweifellos mit dem Fall John in Zusammenhang.

Auch in London und in Brüssel hat die Flucht des Bundestagsabgeordneten ungewöhnliches Aufsehen erregt. In belgi-

...art wir heute noch nicht übersehen können? Jedenfalls dürfte er als der vorläufige Bestatter der europäischen Gemeinschaft anzusehen sein. Er wird sagen, daß er um des inneren Friedens in Frankreich willen so gehandelt hat, und daß ihm die wirtschaftliche Ruhe, die Festigung des französischen Imperiums und der Friede in Ostasien näher gestanden haben als deutsche Divisionen, die einmal wieder auf europäischen Feldern zur Sicherheit unseres Erdteiles sich erproben sollen. Unterstützt dürfte ihn bei diesen Gedankenängsten zweifellos Rußland haben.

Vielleicht

Nun soll aber Frankreich nicht glauben, daß der gegenwärtige Zustand so bleiben könnte. Vor allem muß es darauf gefaßt sein, daß es nicht zum zweiten Male die anderen Völker einschließlich Amerika in gleicher Weise überspielen kann. Es wird nämlich von politischen Kreisen geargwöhnt, daß die Politiker des Westens zu selbstsicher waren und nicht genügend Tuchfühlung mit ihren Gegenspielern hatten. Vielleicht hat sich auch auf deutscher Seite bemerkbar gemacht, daß wir keinen eigentlichen Außenminister haben und der Kanzler immer noch das Kanzleramt mit dem des Außenministers koppelt.

Wie dem auch sei. Der Fragen und der „Vielleichts“ wird es noch ungezählte geben. Sie alle bringen uns aber nicht über die traurige Einsicht hinweg, daß wir mit leeren Händen dastehen. Und wenn sie einmal mit dem Gewehrkolben einer Nationalarmee gefüllt werden sollten, dann bleibt Europa doch als Leere bestehen und die Wiedervereinigung möglicherweise in noch weitere Ferne gerückt. Denn die Befreiung mit Gewalt ist

Landespolitik Rheinland-Pfalz

A.Z. 26.8.54.

Wer soll was „annektieren“?

„Rheinland-Pfalz kann berechtigtere Ansprüche auf den Rheingau stellen“

Wiesbaden, 25. August. (X) Staatssekretär Dr. Hermann Bach wandte sich gegen den Vorwurf, daß die hessische Landesregierung „ungerechtfertigte Annexionswünsche“ auf Teile von Rheinland-Pfalz habe.

Es sprächen durchaus stammesgeschichtliche, soziologische und wirtschaftliche Gründe dafür, neben der bei einer Neugliederung des Bundesgebietes angestrebten Wiederangliederung Rheinhessens und Montabours auch für eine Angliederung des unteren Nahetales von Bingerbrück bis Idar-Oberstein an Hessen einzutreten. Wenn auch das Gebiet vor 1933 nicht zu Hessen, sondern zu Preußen gehört habe, so sei doch die Nahe keine Trennungslinie. Im unteren Nahetal werde der gleiche Dialekt wie in Rheinhessen gesprochen, wie auch die Menschen vom gleichen Volksstamm, den ehemaligen Franken, kämen. Insbesondere auch wirtschaftlich sei das Gebiet mit Hessen verbunden, wie Idar-Oberstein und andere Bereiche mit Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet und nicht etwa mit Düsseldorf oder Köln arbeiteten.

Der Behauptung, daß in Rheinhessen und Montabaur angeblich sehr wenig Neigung für eine Vereinigung mit Hessen bestehe, hielt Staatssekretär Bach entgegen, daß sich schon sehr viele Einwoh-

ner dieser Gebiete bei der hessischen Regierung dafür ausgesprochen hätten, bei einer Neuerteilung zu Hessen und nicht zu Nordrhein-Westfalen zu kommen.

STAMZ, NL Oppenheim 142,4 - 77

zz In Regierungskreisen von Rheinland-Pfalz wird darauf hingewiesen, Staatssekretär Dr. Bach habe keine neuen Argumente vorgebracht und die alten nicht beweiskräftiger gemacht. Das strukturell mittelständische Gebiet von Kreuznach und Idar-Oberstein habe niemals irgendwelche Beziehungen zu dem heutigen Hessen gehabt, auch nicht wirtschaftlich. Die Industrie von Idar-Oberstein sei vorwiegend exportorientiert. Der fränkische Dialekt spreche dagegen, daß dieses Gebiet mit Hessen verbunden werde. Er beweise, daß seine Bewohner nichts mit den Chatten zu tun haben, sondern zu dem Siedlungsraum der Rhein-Franken gehören, der, wie Professor Edmund Stengel (Universität Marburg) darlege, von Köln über Worms hinausreiche und schwächere Gebiete im Regierungsbezirk Wiesbaden und zum Teil bis Frankfurt besitze.

Es sei also im Gegenteil zu rechtfertigen, wenn Rheinland-Pfalz geltend machen würde, ihm müßten die rechtsrheinischen rheinfränkischen Siedlungs-

gebiete zugeschlagen werden. Dies hätte auch wirtschaftliche Vorteile, denn dann würde der Rheingau als Weinbaugebiet mit dem größten Weinland des Bundes vereint. Was ein geschlossenes Weinbaugebiet bedeute, habe man zum Beispiel an der Nahe erfahren, denn erst seit der Vereinigung des Nahegebietes mit Rheinland-Pfalz im Jahre 1945 habe der Nahewein seine richtige Bedeutung gewonnen.

Wie die Bewohner Rheinhessens sehr wohl wüßten, sei ihr Land zu einem wenig sorglich behandelten Randgebiet geworden, seit es 1815 als Austauschobjekt zu Hessen geschlagen worden sei und Mainz sein politisches Schwergewicht im rheinmainischen Raum verloren habe. Nicht ohne Grund sei zwischen 1870 und 1890 die Bevölkerung von Mainz und Worms gegenüber den Nachbargebieten zahlenmäßig zurückgeblieben. Die Rheinhessen hätten wenig Lust, wieder zu einem bedeutungslosen Randgebiet zu gehören.

Was nun Montabaur angehe, so hätten seine Vertreter des Regierungsbezirkes Altreichskanzler Dr. Luther gegenüber klar zum Ausdruck gebracht: wenn schon Rheinland-Pfalz aufgelöst werden sollte, so wollten sie keineswegs zu Hessen, sondern mit dem Koblenzer Raum, zu dem sie die engsten wirtschaftlichen Verbindungen hätten, zu Nordrhein-Westfalen.

Das Neugliederungs-Quiz kann mit wechselnden Gebieten zwischen den Ländern auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt werden. Es wird sich noch abwechslungsreicher gestalten, sobald sich auch andere Bundesländer, wie etwa Bayern, wieder daran beteiligen werden.

worden. Sie hoffen, daß der geflüchtete Abgeordnete Schmidt-Wittmack, der dem Sicherheitsausschuß des Bundestags angehört hat, den Franzosen als glaubwürdiger Zeuge gilt und sie in der Furcht vor angeblichen Geheimklauseln zu dem Vertrag über die Verteidigungs-Gemeinschaft bestärkt. Man weiß jetzt in Bonn, daß die Fälle John und Schmidt-Wittmack von langer Hand vorbereitet waren, um in die französische Debatte über die Verteidigungsgemeinschaft einzugreifen.

Hauptquartier der 12. amerikanischen Luftflotte hat am Mittwoch mitgeteilt, daß bis zum 27. August ein großes Luftmanöver stattfindet. Die 12. Luftflotte wird während der Manöver von dem ersten taktischen französischen Luftkommando und der kanadischen ersten Luftdivision unterstützt. Deutsche Städte werden keine Angriffspunkte sein, obwohl einige Ortschaften mit Tiefflüglern rechnen müssen, insbesondere dort, wo militärische Einheiten in der Nähe der Ortschaften stationiert sind.

n Sportler als Heberläufer

athlet in die Sowjetzone geflüchtet / Motiv: „wirtschaftliche Not“

lange nicht mehr richtig trainieren. Eigentlich wollte ich einen anderen Einstand bei euch geben; aber ich werde es noch schaffen, obwohl ich schon über vierzig Jahre alt bin. Mein Ehrgeiz ist, wieder meine Spitzenleistungen zu erreichen, und ich denke, daß mir dies in der Deutschen Demokratischen Republik gelingen kann, wo die Last der Sorge um das tägliche Brot von mir genommen ist.“

Im Jahre 1951 stand Kruzycki über 5000 Meter an dritter Stelle in Deutschland mit 14:37 Minuten und über 10 000 Meter hinter Herbert Schade an zweiter Stelle mit 30:36 Minuten. Im gleichen Jahr gewann er außerdem bei den westdeutschen Titelkämpfen den 10 000-Meter-Lauf vor Hesselmann und Eberlein. In Sao Paulo siegte

er damals bei dem traditionellen Silvesterlauf.

Wollweber: Hunderte von westdeutschen Agenten verhaftet

Leuna, 25. August. (x) Der Chef des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes, Wollweber, hat vor den Arbeitern der Leunawerke von einer erfolgreichen Verhaftungswelle in der Sowjetzone berichtet. Hunderte von Agenten der Organisation Gehlen seien am 2. und 3. August schlagartig unschädlich gemacht worden. Den westdeutschen Geheimdienst bezeichnete Wollweber als die gefährlichste aller westlichen Agentenzentralen. Gleichzeitig forderte er die Agenten Gehlens bei Zusicherung von Straffreiheit auf, sich freiwillig zu stellen.

Wollweber, der ähnlichen Motiven, schon wesentlich intensiver in das Ostgeschäft haben einschalten können. In Bonn scheinen die Meinungen darüber jedoch geteilt zu sein. Während sich Vizekanzler Blücher unlängst eindeutig für eine energische Steigerung des Ost-Handels einsetzte, „um einige handelspolitische Probleme besser lösen zu können“, trat der Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Maltzan, in dieser Frage wesentlich kürzer. Im Falle einer stärkeren handelspolitischen Orientierung nach dem Osten würde Westdeutschland, so befürchtet von Maltzan, die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Schwankungen im Westen nur gegen eine Abhängigkeit von den sprunghaften Außenplanungen der östlichen Diktaturen eintauschen, die zudem noch als Druckmittel in der Außenpolitik des Ostens mißbraucht werden könnten. Diese Gefahren dürften bei der Beurteilung einer Umschaltung oder Schwergewichtsverlagerung nach dem Osten nicht unterschätzt werden.

Warum noch Benachteiligung?

Diese Argumente haben in der Diskussion um den Ost-West-Handel stets eine Rolle gespielt. Aber eine andere Frage bleibt, ob sich im Falle einer Ausweitung des Austausches mit dem Osten überhaupt wieder die traditionelle Warenliste in der Ein- und Ausfuhr ins Leben zurückrufen ließe, eine Warenliste, die dem natürlichen Austausch zwischen Industrieland und Agrar-Überschußgebieten stets ihr Gepräge gegeben hatte. Sicherlich

Rheinland-Pfalz wehrt sich

Führende politische Kreise weisen die hessischen Gebietsansprüche zurück

F.A.Z. 21.8.54. Drahtbericht unseres Korrespondenten

SIAMZ, Nl. Oppenheim / 42.4 - 78

kp. Mainz, 20. August. Die Berichte über den Inhalt der von der hessischen Landesregierung ausgearbeiteten und jetzt teilweise bekanntgegebenen Denkschrift zur Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 des Grundgesetzes werden von den maßgebenden politischen Kreisen der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Offiziell lehnt die Landesregierung nach einer Mitteilung ihrer Pressestelle eine Stellungnahme zu der hessischen Denkschrift ab, da sie noch damit beschäftigt sei, ihre Stellungnahme zu dem Neugliederungsproblem ebenfalls in Form einer Denkschrift zu skizzieren.

Die führenden politischen Kreise bezeichnen die Ansprüche Hessens, die sich nicht nur auf die Regierungsbezirke Montabaur und Rheinhessen erstrecken, sondern auch auf das Nahe-tal einschließlich Idar-Oberstein ausgedehnt wurden, als ein ausgesprochen taktisches Manöver, dem die Absicht zugrunde liege, durch das weiter gesteckte Ziel wenigstens den Anschluß von Rheinhessen an Hessen zu erreichen. Schon bei dem Besuch des Luther-Ausschusses in Rheinland-Pfalz habe sich aber gezeigt, daß in der Bevölkerung von Rheinhessen nur recht wenig Neigung für eine solche Lösung bestehe. Hier sei immer noch nicht die alte Redewendung von der rheinhessischen Kuh, die in Starkenburg gemolken und deren Milch in Oberhessen verkauft werde, vergessen. Als völlig abwegig wird besonders die Einbeziehung des Nahetales mit Bad Kreuznach und Idar-Oberstein in das Land Hessen angesehen. Wenn schon Hessen, so argumentieren die zuständigen Kreise, als das „Land der Mitte“ betrachtet werden wolle, so bleibe völlig unerfindlich, was dieses ausgesprochen westliche Grenzgebiet damit zu tun habe. Nicht weniger problematisch sei es mit dem hessischen Wunsch nach der Wiedervereinigung des jetzigen Regierungsbezirks Montabaur mit Hessen. Die dabei angeführten historischen Gründe seien angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutungslos, da die Bevölkerung des Westerwaldes und der anschließenden Bezirke sich wirtschaftlich und landsmannschaftlich nur nach dem Rheinland, das heiße dem Koblenzer Raum, und nicht nach Hessen hin ausgerichtet habe. In Mainz wird vor allem gegen die Argumentation der hessischen Denkschrift eingewendet, daß sie je nach Belieben einmal die geschichtlichen, dann aber wieder die aktuellen Argumente hervorbringe. Daraus ergäben sich Widersprüche, zum Beispiel wenn der alte kulturelle Zusammenhang von Rheinhessen mit dem gesamten linksrheinischen Lande ignoriert, dagegen der

Besitz des südlichsten Teiles von Hessen mit historischen Gründen verteidigt werde, obwohl dieses Gebiet jetzt wirtschaftlich zum sogenannten Einzugsraum von Mannheim und Heidelberg gehöre.

Die als „überspannte Forderungen“ bezeichneten Gebietsansprüche Hessens werden schließlich noch von den zuständigen Kreisen der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die von Hessen beanspruchten Landesteile dann nur noch ein Anhängsel des hessischen Staates seien, die einen außerordentlichen politischen und wirtschaftlichen Substanzverlust erleiden würden. Angesichts der großräumigen Entwicklung dürften keine Grenzen in zusammenwachsende Räume, so wie das im Koblenzer Gebiet der Fall sei, hineingelegt werden. Eine Länderneugliederung müsse diesen Gegebenheiten Rechnung tragen, wie andererseits kommunale und wirtschaftliche Probleme, wie sie sich immer mehr im Rhein-Main-Gebiet herauskristallisierten, durch überregionale Zusammenschlüsse in Form von Zweckverbänden gelöst werden könnten. Schließlich wird mit Entschiedenheit bestritten, daß Ländergrenzen sich innerhalb des Bundesgebietes überhaupt noch hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Gebietsteile auswirken könnten.

kaum mit einer Massenankunft und einem Spurtsieg zu rechnen ist.

Nach Vorläufen (am 21. und 23. August) und einen Hoffnungslauf (24. August) wird dann am 26. August auf der 400-Meter-Zementbahn in Wuppertal die Steherweltmeisterschaft ausgefahren, für die der Titelverteidiger Verschuere (Beligen) trotz seiner Berliner Niederlage erneut als Favorit gilt.

Am 24. August beginnen in Köln die Radballweltmeisterschaften und die Europameisterschaften im Einerkunstfahren, die am 25. August abgeschlossen werden.

Vom 27. bis 29. August ermitteln dann auf der 500-Meter-Bahn in Köln Amateure und Berufsfahrer ihre Weltmeister im Flieger- und Verfolgungsrennen. Während bei den Profis mit dem Australier Patterson (Verfolgung) und dem Holländer van Vliet (Flieger) die Titelverteidiger am Start sind, werden bei den Amateuren auf jeden Fall neue Namen erscheinen. Die Italiener Morettini (Flieger) und Messina (Verfolgung) sind Berufssportler geworden. Im Fliegerrennen hat Deutschland mit dem Olympiadritten und Dritten der Vorjahresweltmeisterschaft, Potzernheim, einen Favoriten im Rennen.

ernent ein sportlicher Mittelpunkt

terschaften in der Leichtathletik beginnen am 25. August

Als erste der teilnehmenden Nationen ist bereits am vergangenen Sonntag die sowjetische Mannschaft (ohne die Weltrekordlerin und Jahresbeste im Diskuswerfen Nina Dumbadse) eingetroffen, die sich nach einer fünftägigen Bahnreise zunächst ein paar Tage erholte und in Ruhe akklimatisierte. Von Donnerstag an wird von 7.30 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit scharf trainiert. Mit 19 Jahren ist die Landesrekordlerin über 100 Meter Irina Turowa (11,6 Se-

heimat und dem deutschen Saargebiet an der Tagung teilnehmen, um „weitere Maßnahmen zur Förderung des gesamtdeutschen Spiel- und Sportverkehrs zu erörtern und festzulegen“.

Der Deutsche Sportbund hat den Sportlern der Bundesrepublik die Teilnahme an diesem Kongress nicht gestattet.

Thiedemann startet in Herborn

Sch. Bei 250 Pferde wurden über 800 Nennungen für das Reit- und Fahrturnier in Herborn abgegeben, das an diesem Wochenende stattfindet. Ueberaus stark besetzt sind die Jagdspringen, für die eine Reihe der besten deutschen Reiter ihren Start angesagt haben. Unter anderen wird auch Thiedemann (Elmshorn), der deutsche Springerbysieger 1954 in sämtlichen Springen an den Start gehen, da er außer seinen bekannten Pferden „Meteor“ und „Diamant“ auch noch drei Nachwuchspferde genannt hat.

Das stärkste Nennungsergebnis zeigt das Jagdspringen der Klasse M mit 120 Pferden, es folgt das Jagdspringen der Klasse L mit 86, das Jagdspringen der Klasse Sa mit 85 und das Kanonenspringen der Klasse Sb mit 70 Pferden.

als Quartier ausgesucht, haben dabei den Schweden jedoch nichts voraus, die im Hotel Gurtenkulm residieren und dort ebenfalls rund dreißig Franken pro Tag und Zimmer für jeden einzelnen bezahlen. Als zweite Mannschaft traf am Dienstag, mit einem Sonderflugzeug aus Bukarest kommend, das rumänische Aufgebot in der Schweiz ein.

Die deutschen Athleten werden erst kurz vor Eröffnung der Meisterschaften nach Bern anreisen, bereiten sich aber gleichfalls schon Tage vorher in Ruhe auf die Wettkämpfe vor. In dem Freiburger Trainingslager treffen laufend Mitglieder der 62köpfigen Mannschaft ein, die schon fast vollständig ist. Ein zweimaliges Training pro Tag soll sie in beste Form bringen.

Kampftag wurden folgende Begegnungen angesetzt:

ASV Friesenheim—Germania Deltingen; AC Thaleischweiler—ASV Frankfurt 1886; VfK Schifferstadt—Germania Hösbach; Eiche Hanau gegen AC Pirmasens; StuRC Kahl—Darmstadt 1910; Vorwärts Groß-Zimmern—Viktoria Eckenheim.

Sport in Kürze

An Stelle von Ludwig Hörmann, der wegen Erkrankung absagte, startet Jean Schorn neben dem deutschen Meister Karl Kittsteiner bei der Steher-Weltmeisterschaft, deren erster Vorlauf am Samstag im Wuppertaler Stadion stattfindet.

Die ungarische Fußballelf Honved Budapest ist auf der Skandinavienreise noch ohne Gegner. Dem 4:0 gegen eine dänische Fußballauswahl folgte ein 5:0 über Norrköping, wobei Puskas (2), Kocsis, Czibor und Bozsik die Tore schossen.

Einen neuen deutschen Schwimmrekord hat nach einer Meldung des sowjetischen Nachrichten-

Beschwerden gegen Bezirksregierung eingereicht

StAMZ, Nr. Oppenheim 742,4 - 79

A. Z. Der „Fall Steinhalle“ rollt weiter / Die Ansicht von Experten

24. 4. 54
Eine Beschwerde des Mainzer Stadtrats gegen die Anordnung der Bezirksregierung von Rheinhessen über die Wiederrichtung der sogenannten „Steinhalle“ im Hofe des kurfürstlichen Schlosses wird beim rheinland-pfälzischen Innenministerium eingereicht.

Beigeordneter Dr. Dahlem, der Vorsitzende des Rechtsausschusses der Stadtverwaltung, hat am Freitag die Beschwerde schriftlich unterzeichnet. Auf die Frage, ob bei Zurückweisung der Beschwerde durch die Landesbehörde Klage bei dem Landesverwaltungsgericht erhoben werden solle, meinte Dr. Dahlem, über einen solchen Schritt könne erst nach einer genauen Prüfung der bisher vorliegenden Sachverständigenutachten entschieden werden. Die von der Stadt benannten Experten, nämlich Reichsbahndirektionspräsident Adam Kleinschmidt und der Darmstädter Professor

Grund, halten einen Wiederaufbau des Gebäudes aus kunstgeschichtlichen Erwägungen heraus nicht für erforderlich.

Eine gegenteilige Auffassung vertritt bekanntlich der Denkmalspfleger beim Regierungspräsidenten.

er. Zwei komfortable Fahrgastschiffe werden
türken. Foto: Karin Eckert

Der „Frauensdreck“ sch gemein und brutal“

Dann schleppte er sie in einen Weinberg und
tat ihr Gewalt an. Als sie wieder zu sich
kam, sagte er: Halt den Mund, wenn du

geteilten Stadt Mainz gewissen, politisch in-
teressierten Leuten nahezu legen . . .“

In dem Antwortschreiben des Oberbürger-
meisters Stein an Herrn Mayer heißt
es u. a.:

„Es wäre sehr nett, wenn Sie mit Ihrem
Herrn Bürgermeister Robinson in San
Franzisko verhandeln würden. Vielleicht
läßt sich zwischen San Franzisko und Mainz,
der alten, zweitausendjährigen Stadt, eine
Patenschaft herstellen. Ich würde bei-
spielsweise gern bereit sein, einigen Bürgern
von San Franzisko ab Oktober d. J. oder evtl.
ab 1. Januar des nächsten Jahres Aufenthalt
und Arbeit in Mainz zu verschaffen. Ich



FAZ: Hessen will Rheinhessen wiederhaben

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 80

Das Gutachten der Landesregierung zur Neugliederung des Bundesgebietes

18.8.54.

Drahtbericht unseres Korrespondenten

S. Wiesbaden, 17. August. Das Gutachten, das die hessische Landesregierung dem Luther-Ausschuß im Mai vorlegte, ist jetzt in Buchform fertiggestellt worden. Das Gutachten entwickelt die hessischen Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebietes. In der Begründung für die hessischen Vorschläge wird angeführt, daß es dabei Fragen gebe, die für das gesamte Land und in noch höherem Maße für einige seiner Gebiete von größter Bedeutung seien. Es handle sich vor allem um die Wiedereingliederung althessischer und alt-nassauischer Gebiete, die 1945 nicht in das heutige Hessen einbezogen werden konnten, weil die Grenzen zwischen der amerikanischen und der französischen Besatzungszone ein unübersteigbares Hindernis gebildet hätten.

Diese 1945 von den hessischen und nassauischen Gebieten abgetrennten Teile müßten im Zuge einer Neugliederung des Bundesgebietes wieder an ihre alten Landschaften und damit an das jetzige Land Hessen angeschlossen werden. Es handele sich um den linksrheinischen Teil der früheren Provinz Rheinhessen des Volksstaates Hessen, den heutigen Regierungsbezirk Rheinhessen (Rheinland-Pfalz), mit einem Gebiet von rund 1300 Quadratkilometer und einer Bevölkerung von rund 407 000 Menschen und die vier früher zu Nas-

sau gehörigen Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen, die heute dem Regierungsbezirk Montabaur angeschlossen sind. Dies ist ein Gebiet von rund 1800 Quadratkilometer und einer Bevölkerung von rund 246 000 Menschen. Weiter weist das Gutachten in diesem Zusammenhange auf den Kreis Kreuznach und den südlichen Teil des Kreises St. Goar hin. Diese Gebiete böten sich bei einer Neuordnung in diesem Raum ebenfalls für eine Eingliederung an das heutige Land Hessen an.

Weiter wird in dem Gutachten angeführt, daß das hessische Sozialprodukt über dem Durchschnitt des Bundesgebietes liege und daß Hessen bei dem Finanzausgleich zwischen den Bundesländern keine Mittel erhalten und keine abzuführen habe. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur Hessens wird als besonders krisenfest bezeichnet. Das Rhein-Main-Gebiet dürfe als zentraler Raum des Mittelrheins betrachtet werden, der nach den vorgeschlagenen Rückgliederungen seine Rolle als Mittelpunkt noch besser erfüllen könne als augenblicklich. Schließlich weist das Gutachten auch darauf hin, daß die Grenzänderungen nicht allzu umfangreich und weitergehende Veränderungen nicht erforderlich seien.

ilzeck

lemann
nz Heidenreich
n Wilzeck

954

lle in Mainz statt.

ng

dwigshafen am Rhein—
stadt einschl. Gemeinde-
mittags 3 Uhr, in Mutter-
h Schmitt, auf 9 Jahre
er Versteigerung durch

ein.

Tagessordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1953 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1953.
3. Beschlußfassung über die Bemessung der Aufsichtsratsanteile für 1953.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1953.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstandes, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat, das Grundkapital um bis zu DM 800 000.— durch Ausgabe neuer Stammaktien gegen Einlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital) und die näheren Ausgabebedingungen festzusetzen, Entsprechende Aenderung des § 3 der Satzung.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1954.

Wegen Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechtes siehe Bundesanzeiger Nr. 154 vom 13. 8. 1954.

Rheindürkheim, den 13. 8. 1954

Der Vorstand.

Führendes Spezialunternehmen

Großhandel für Werkzeuge, Maschinen und techn.
Industriebedarf

sucht Generalvertretung für das Saargebiet

für in Frage kommende, liberalisierte Waren.

Zuschr. u. C H 8260 an die Frankfurter Allgemeine,
Frankfurt am Main.

CH
QU
Ein
die
bes
I
n
13
Ver
bes
73-4
(dt)

kompl
25 Net
Zust
furter

Jg. K
alt,
Aug
Hau

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 81

A.Z. 22.9.54. Weitschauend und deshalb gemeinsam planen!"

Ein neues Bosch-Gutachten über das Mainmündungsgebiet veröffentlicht

IMS. Der Wiesbadener Magistrat hat nunmehr ein neues Gutachten des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz vorgelegt. Es trägt den Titel „Mainz-Wiesbaden und das Mainmündungsgebiet“ und behandelt die wirtschaftliche Struktur des Gebietes und die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit. Mit anderen Worten, es behandelt letzten Endes das Thema „Zweckverband“.

Ohne zunächst einmal auf die vielen Spezialgebiete, die diese 113 Seiten umfassende Schrift erfaßt, einzugehen — die mehr oder weniger bekannte Tatsachen in ihren Ursachen und Auswirkungen eingehend behandelt —, fordert auch dieses Gutachten ein künftiges Zusammengehen beider Gemeinden. Dr. Bosch, der Verfasser des Gutachtens, kommt zu dem Schluß, daß ungeachtet des Eigenlebens, das beide Gemeinden wohl noch geraume Zeit führen werden, doch heute schon bei allen Entscheidungen nicht außer acht gelassen

werden sollte, daß sie in vielen Punkten engstens miteinander verbunden und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu erheblichen Teilen voneinander abhängig sind. Ganz abgesehen von gegenseitigen Ergänzungen auf den verschiedensten Gebieten, die geradezu zu einer gemeinsamen Planung zwingen.

Bosch bestätigt wieder einmal mehr, daß die industriellen Möglichkeiten Wiesbadens ebenso am Rhein liegen wie die der Stadt Mainz. Dieser große deutsche Strom fordert, daß man nicht rechts und links des Rheines getrennt weiterarbeiten darf, daß dieses Gebiet einmal ein einheitlicher Industriestandort werden muß, wenn alle seine wirtschaftlichen Gegebenheiten hundertprozentig ausgenutzt werden sollen. Dazu kommt, daß das Mainmündungsgebiet im gleichen Sinne auch eine Siedlungs- und Verkehrseinheit ist. Mainz kann seine gewisse räumliche Beengtheit auf längere Sicht nur in Verbindung mit Wiesbaden lösen.

Auch Dr. Bosch erkennt die schweren wirtschaftlichen Verluste, die Mainz durch die Abtrennung der AKK-Vororte erlitten hat, an und meint schließlich, daß die gegenwärtige Grenzziehung und die Schwierigkeiten, die einer Änderung entgegenstehen, zunächst die Errichtung eines Zweckverbandes doch empfehlenswert erscheinen lassen. Entscheidend sei allerdings, so folgert Bosch, nicht die organisatorische Form. Entscheidend allein sei die Bereitschaft auf allen Seiten zur gemeinsamen Lösung großer und dringender Aufgaben.

... und unternahmen nach einem gemeinsamen Mittagessen eine Fahrt nach Mainz und Wiesbaden.

Am Abend fand im „Turnerheim“ ein Konzert statt, in dem die beiden Vereine schöne Chöre und Volkslieder darboten. Bei dieser Gelegenheit überreichten die Liedertäfler ihren Freunden als Erinnerungsgabe ein schönes Bild vom goldenen Mainz und die Stuttgarter übergaben einen schönen Pokal.

Nach dem Konzert waren die Sänger bei einem bunten Abend gemütlich beisammen. Der erste Vorsitzende des Männerchors Stuttgart-Heßlach, Held, wurde dabei zum Ehrenmitglied der „Liedertafel“ ernannt, ebenso der Chorleiter des Männerchors, Schachtner. Beide erhielten das silberne Ehrenzeichen der „Liedertafel“ und eine

Sänger zu außerordentlichen Mitgliedern ernannt.

Ein von Ehrenpräsident Jean Herr verfaßtes Spiel „Die weiße Hochzeitskutsche“ leitete den Abend ein, wobei die Kleinsten der „Liedertafel“-Familie ihre Kunst zeigen konnten.

Am Sonntag war man dann bei einer Rheinfahrt gemütlich beisammen, um sich näher kennen zu lernen. Herzlich nahm man dann am Abend im Vereinslokal „Zum Engel“ voneinander Abschied. Der Vorsitzende des Stuttgarter Männerchors Heßlach dankte noch einmal im Namen seiner Sänger für die herzliche Kostheimer Gastfreundschaft und sprach seine Hoffnung auf ein nicht allzu fernes Wiedersehen in Stuttgart aus.

Giftmischerin beim Psychiater

Die 65jährige Landwirtswitwe Elisabeth Sperling aus Alsheim bei Worms, die vom Oberstaatsanwalt in Mainz des versuchten Mordes beschuldigt wird, soll, wie am Mittwoch von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde, auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Frau Sperling, die sich zur Zeit im Mainzer Untersuchungsgefängnis befindet, soll versucht haben, mit einem besonders gefährlichen Schädlingsbekämpfungsmittel ihren 33jährigen Sohn Richard zu vergiften. Der Tat waren familiäre Streitigkeiten vorausgegangen. Die psychiatrische Untersuchung der Beschuldigten soll in Mainz genommen werden. Mit der Anklage ist nicht vor Ende August zu rechnen.

Helfen die Amerikaner?

Die anhaltenden Regenfälle in letzter Zeit haben den Hauptfeldweg von Ludwigshöhe zum Rhein so sehr aufge-

weicht, daß durch die vielen Wagenkolonnen der amerikanischen Besatzungsarmee zwei tiefe und breite Fahrinnen entstanden sind. Für die Bauern ist es unmöglich, einen solchen aufgewühlten Weg mit Erntewagen zu befahren.

Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn noch vor der Ernte ein amerikanisches Spezialgerät den Weg eineben würde, wie es vor zwei Jahren schon einmal der Fall war. Fe.

Sich wartet gesonnen

Ein Sportplatz gestellt

... / Tagesgespräch in Guntersblum

4.2. 1946
H. H. H. „So schnell wie möglich Verträge“

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 82

CDU von Mainz und Wiesbaden zum Satzungsentwurf für Zweckverband

Die CDU-Fraktionen des Mainzer Stadtrats und der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden haben zusammen den Entwurf der Industrie- und Handelskammern Wiesbaden und Mainz über die Bildung eines Zweckverbandes Main-Mündungsgebiet erörtert. Sie begrüßen diesen als wichtigen Beitrag zu einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden Städten.

Wenn es gelingt, in den Fragen der Verkehrsplanung, der Industrieansiedlung und der Erschließung von Wohngebieten zu einer einheitlichen Regelung zu kommen, wird damit die beste Grundlage für ein Aufblühen beider Städte und ihres gemeinsamen Wirtschaftsraumes geschaffen.

Seit Jahren vertreten beide Fraktionen den bereits 1952 formulierten Standpunkt, daß sich die Voraussetzungen für die treuhänderische Verwaltung der Vororte, die zur Zeit durch die Stadt Wiesbaden ausgeübt wird, gegenüber dem Jahre 1945 in tatsächlicher Hinsicht erheblich geändert haben und daß durch Verhandlungen zwischen beiden Städten die Rückgabe dieser Vororte auf kommunalpolitischer Ebene unter Berücksichtigung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit erfolgen soll. Hierbei sollen die berechtigten Wünsche der Bevölkerung und

der Wirtschaftskreise dieser Vororte entsprechende Berücksichtigung finden.

Es ist das Anliegen beider Fraktionen der CDU, daß so schnell als möglich zwischen unseren Städten entsprechende vertragliche Abmachungen zustande kommen.

gez. Dr. Fresenius,

gez. Westenberger,

Wiesbaden

Mainz

ein Siebtel der Vorortsgemarkung

onen Mark / Wohn-, Geschäfts- und Industriebebauung vorgesehen

verwaltung Hechtsheim zur Kenntnis, ist, die deutlich das Ziel der Eingemeindung problem wieder im Vordergrund der Hechtsheim 1929 die Gemüter erhitzte. Am 7. Juli 1929 die Eingemeindung aus! Und mit neun gegen erats gleichfalls gegen eine Eingliederung in

bis an die Weinbergsgrenze auf dem Kamm der Hechtsheimer Höhe. Das sind beachtliche Ausmaße!

Eingemeindungsproblem spruchreif

Die Stadt beruft sich auf die Eingemeindungsverhandlungen der Jahre 1929/30 und 1938, denen der Krieg schließlich ein Ende bereitet hatte. Die 1929 vorliegenden Gründe sind nach Ansicht der Stadt Mainz heute noch dringender. Denn das Gebiet vor Hechtsheim reiche heute bis in die unmittelbare Nähe des bebauten Stadtgeländes, bis zur Luther-Siedlung heran. Die Stadt selbst aber dränge bei ihrer Ausdehnung nach Süden in ein Gebiet, für das Mainz einen Aufbauplan aufgestellt habe, dem freilich unter dem Vorbehalt der Hoheit der Hechtsheimer Gemeinderats zugestimmt hatte.

Mainz bekennt die Notwendigkeit, sich nun mit dem Eingemeindungsproblem zu beschäftigen. Längere Verhandlungen seien notwendig. Als ein Nahziel sei aber nun die Ausgemarkung des genannten Hechtsheimer Gemarkungsteiles und seine Einverleibung in das Stadtgebiet zu erstreben. Wohn-, Geschäfts- und Industriebebauung ist hier

A. Z. 1. 2. 54.

Bei der Voranschlagsberatung im Mainzer Stadtrat wurden auch die Verhältnisse wegen Gründung eines „Zweckverbandes“ der beiden Städte besprochen, und zwar allgemein zustimmend. Bei Beratung des zuständigen Ausschusses in Mainz aber war man der Ansicht, daß bei den Gegensätzen, die zwischen den beiden Ländern Hessen und Rhein-Pfalz bestehen, die Gründung eines „Zweckverbandes“ infolge des Reichsgesetzes vom 7. Juni 1939 sehr erschwert würde und es daher besser wäre, eine „Interessen-Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ zu gründen. Damit würden die Interessen des gesamten Rhein-Main-Gebietes wohl am besten gefördert. Denn gemeinsame Geländefragen bleiben ausgeschlossen, und nur großzügige gemeinwirtschaftliche Werke sind gemeinsam zu errichten und zu fördern. Als solche kommen die Wasserwerke, der Schlacht- und Viehhof und anderes mehr in Frage.

Alle diese Fragen werden aber erschwert, wenn man — wie in Wiesbadener Pressestimmen — die willkürlich geschaffenen Zonengrenzen als rechtmäßig betrachten und die wirkliche Rechtslage ganz außer acht lassen möchte. Wenn man dazu noch vorschlägt, über solche Rechtsfragen eine Volksabstimmung vorzunehmen, so muß dies mehr als müßig bezeichnet werden.

Auch die führenden Kreise von Wiesbaden betonen, daß Recht Recht bleiben muß. Ebenso vertreten die früheren Oberbürgermeister Dr. Krücke und Redlhamer sowie besonders auch der jetzige Oberbürgermeister Dr. Mix, Wiesbaden, und insbesondere dessen Partei, die Ansicht, daß es sich bei den AKK-Orten für Wiesbaden nur um eine „Treuhandverwaltung“ handelt, und daß dieser Zustand lediglich durch die Zonengesetzgebung geschaffen wurde und sobald als möglich aufgegeben werden müßte. Die Sozialdemokratische Partei in Wiesbaden nimmt eine ähnliche Haltung ein, und die CDU in Wiesbaden, die bisher unter Führung der Herren Dyckerhoff und Fresenius einen anderen Standpunkt vertrat, muß den nunmehr aufgeben, da ihr Kreisvor-

sitzender, der frühere Oberbürgermeister Redlhamer, den gerechten Standpunkt der Stadt Mainz vertritt.

Auch der Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker ist der Ansicht, daß die Fragen der Mainzer Vororte nicht unter den Paragraphen 29 der Länderregelung fallen. Reichskanzler Luther steht auf dem gleichen Standpunkt. Beide sind der Meinung, daß das Unrecht, das der Stadt Mainz durch Wegnahme der rechtsrheinisch gelegenen Vororte zugefügt wurde, in gemeinsamer Aussprache der beiden Länder wiedergutmacht werden müßte.

Auch ich habe vor kurzem an dieser Stelle den Standpunkt in einem Artikel vertreten und dabei betont, daß beispielsweise das Unrecht, das dem Land Hessen durch Abtretung des Regierungsbezirkes Montabaur geschehen ist, ebenfalls wiedergutmacht werden müßte, also dieser Regierungsbezirk an Hessen zurückzugeben sei.

Die Vorort-Fragen von Mainz dürften mithin gar kein Hindernis für die zu bildende „Interessengemeinschaft“ für das Rhein-Main-Gebiet sein. Schon über 30 Jahre werden auch die Interessen gemeinwirtschaftlicher Betriebe zugunsten des gesamten Rhein-Main-Gebietes betrieben, und Mainz liefert den Orten der Mainspitze von seinem Wasserwerk, vom „Schönauer Hof“, Wasser, und die Stadtwerke Mainz-Wiesbaden bringen einträchtig Gas und Elektrizität in diesen Bezirk.

Obwohl die AKK-Orte seit 1945 in Treuhandverwaltung von Wiesbaden stehen, hat es die Stadtverwaltung Mainz nicht versäumt, die durch Bombenangriffe vernichteten Wohnungen in diesen Vororten wieder völlig aufzurichten, und hat lediglich verlangt, daß vom Land Hessen durch den Treuhandfonds die entsprechenden Wohnungsgeld-Zuschüsse geleistet wurden, was nur durch Vermittlung von Wiesbaden geschehen konnte. So wird auch das „Volksbad“ in Kastel jetzt von Mainz wieder aufgebaut, wozu aus dem AKK-Fonds natürlich ein entsprechender Zuschuß geleistet werden muß. Aus alledem ersieht man, daß die Interessen der Vororte bisher schon kräftig gewahrt wurden und mithin eine zu gründende „Interessengemeinschaft“ nicht von den Vorort-Fragen abhängig sein kann!

Die Industrie- und Handelskammern Wiesbaden und Mainz haben bekanntlich einen Satzungsentwurf vorgelegt, der als Basis für die Gründung geeignet erscheinen kann. Die Zusammenarbeit der Städte Mainz und Wiesbaden nebst dem wirtschaftlichen Bezirk dieses Gebietes muß also unter Einhaltung der bisherigen gesetzlichen Rechtslagen die Grundlage für alle weiteren Verhandlungen bilden, und keinerlei Rechtsverdrehungen, wie dies ein Teil der Wiesbadener Presse versucht, dürfen dabei eine Rolle spielen.

helm-Ring.
Die Schulkameradinnen der Klasse Lony Becker (1906 bis 14) halten ihr Monatstreffen am 5. Juli in der Kaisertor-Gaststätte.

Schiffahrtsberichte

Remagen passierten am 30. Juni:

6.30 MS Favorit, 6.30 MS Badus, 7.00 MS Expres 42, 7.00 MS Hansa 2, 7.00 TM Mathias Stinnes 100, 7.00 MS Sieg, 1 Kahn: SB CBL 231, 7.00 TM Kapella, 7.00 TM Arkadia, 1 Kahn: Liesa, 7.00 MS Rhenus 89, 7.00 Fritz, 1 Kahn: Turingia, 7.00 MS Baden 308, 1 Kahn: Niederhorn, 7.00 MS Troostwijk, 1 Kahn: Schouen, 7.30 TM Thessalia, 7.30 Tigre, 1 Kahn: Stadt Brügge, 7.30 Sacre Coeur, 1 Kahn: Imaculata, 8.00 Ijmir, 2 Kähne: König Marke, Huygens, 8.00 MS Düsseldorf, 8.00 MS Max Gaßmann, 8.00 MS Engelbert Rauheiser, 1 Kahn: Ingeborg, 10.30 MS Lahnreue, 10.45 MS Kari Clausen, 10.45 MS Königsstein, 12.30 MS Rhenus 116, 12.30 TM Valeriana, 1 Kahn: Vernela, 12.30 TM Union 5, 12.30 MS Maupassant, 12.30 MS Hanswijk, 12.30 MS Haniel Kurier 23, 1 Kahn: Magdalena 4.

13.00 MS Emil Thierdorf, 13.00 MS Expres 15, 13.15 MS Karl Friedrich, 13.30 TM Westschiffahrt 20, 13.30 MS Geschwisteral, 13.30 TM Raab Kärcher 102, 13.30 Heinz, Maria, 2 Kähne: Harpen 35, Esso 38, 13.45 MS Carlu, 14.00 Haniel 20, 4 Kähne: Fluviale 11, Haniel 72, 86, Damco 14.00 MS Aux, 14.00 MS St. Antonius, 14.00 MS Karin, 14.30 TM Eva 13, 14.30 TM Litzel, 14.45 Biene, 1 Kahn: Ina.
15.00 MS Wodan, 15.00 MS Karl Benz, 15.00 MS Eduard Siquet, 15.00 MS Westerwald, 15.30 TM Piz Rossek, 15.00 MS Schulte & Bruns 10.

Heuck, Dieter vorhitz, Boris Woll-Mann, Klaus Störck, Wolfram vom Stain — spielt das Quintett C-dur von Beethoven und das Sextett G-dur von Brahms.

16.00 MS Neckar, 15.45 Artemis, 1 Kahn: Klöckner 4, 16.00 Vigilia, 16.00 MS Ludwig Friedrich, 16.15 Abschlus.

Mannheim passierten am 30. Juni:

10.00 TM Jörg, MS Raab Kärcher 9, 3 Kähne: Raab Kärcher 66, 41, 50, 10.15 MS Will 1 Kahn: Karl-Heinrich, 10.30 MS Riedensboot, 1 Kahn: Maurice, 10.35 MS Immental, MS Spaniardsdier, 10.50 TM Anna, 11.00 MS Weijkdienst 21, 1 Kahn: Gertrud, 11.30 MS Rhenus 47, 1 Kahn: Leoville, 11.50 MS Glöckner 26, 1 Kahn: Petro, 12.00 MS Speranza, 13.00 Roland, 3 Kähne: Harpen 55, Mannheim 224 Rheinfahrt 123 13.20 Adelheid, 4 Kähne: Regia, Palatia, Renova, Revisia, 13.30 MS Gunot, 14.10 MS Käthe Neuvort, 14.20 Kommeran, 3 Kähne: Lyda, Regina, Afra, 14.40 MS Sabine, 2 Kähne: Ranklin, Wilma, 14.45 MS Poseidon, 15.00 MS Käthe, 15.30 MS Lisa, 3 Kähne: Hilde Grimm, Pucinl, St. Petrus.

Wasserstandsrichten

vom 30. Juni, 13 Uhr

Rhein: Straßburg 3.12 (-16), Maxau 4.85 (+1), Mannheim 3.33 (+16), Worms 2.50 (+6), Mainz 2.89 (-5), Bingen 1.94 (-4), Kaub 2.11 (-4), Koblenz 2.01 (-6), Andernach 2.33 (-8).
Main: Limbach 30 (+-0), Steinbach 1.26 (+10), Schweinfurt 33 (-1), Würzburg 59 (+7), Frankfurt 2.28 (+-0).
Wasserwärme: 19 Grad.



Der Weg ist zu weit

Zwar steht das Barometer noch auf dem Nullpunkt, und durch die Badehose in der hintersten Ecke des Kleiderschranks fresen sich die Motten, aber... man muß trotzdem davon sprechen, obwohl der Sommer noch weit ist:

Die Badeanstalten sollen verschwinden. Sie sollen im Frühling nicht mehr am Rheinufer vor der Uferstraße ihren angestammten Platz beziehen, wie wir gehört haben, sondern weit stromauf verbannt werden. Hinauf an den Winterhafen, zwischen Ruderverein- und Kanuvereinigungs-Bootshaus.

In Anbetracht dessen, daß Mainz auch im kommenden Sommer immer noch kein Schwimmbad haben wird, weil man im Pulverturm anscheinend bis zur Lösung dieses Projektes auch das Wasser weiterer Jahre den Rhein hinunterfließen lassen will, wird für viele Mainzer und darunter besonders für die Berufstätigen ein Schwimmbad unerreichbar sein, zumal, wenn sie in der Neustadt wohnen oder arbeiten.

Der neue von der Stadt oder besser von den Gesundheitsbehörden angeordnete Ankerplatz der Badeanstalten bringt selbstverständlich für die Badeanstaltsbesitzer, die noch heute einen Teil der Mittel für den aus eigener Initiative geleisteten Wiederaufbau ihrer Bäder zurückzahlen haben, wiederum neue Kosten für neue Wasser-, Gas- und Lichtleitungen, die, wie wir erfahren, für die größere der beiden Bade-

Die geplante Altstadt-Diagonalstraße kostet 3 Millionen DM

Bewilligungsfreudige Stadtväter / Rund 340 000 Mark für Straßenbau / 150 000 DM Zuschuß für Jugendherberge

F. J. Es war eine überaus friedliche, leidenschaftslose Sitzung. Unsere Mainzer Stadträte leisteten gestern nachmittag ebenso flotte wie sachliche Arbeit. Sie hielten nicht allzu kräftig die Daumen auf der kommunalen Geldtruhe, sondern bewilligten nicht nur mehr als eine halbe Million an Krediten und einen Zuschuß von 150 000 Mark zur Errichtung der dringend notwendigen, mit 600 000 Mark Baukosten veranschlagten Jugendherberge, sondern gaben auch ihre Zustimmung zur Festlegung des Teilbebauungsplans für das Gebiet der geplanten Diagonalstraße durch die Altstadt. Zu diesem Zweck muß man recht tief in die Tasche greifen: sind doch dazu Baukosten und Gelder für Entschädigungen usw. in Höhe von rund drei Millionen aufzubringen. A. Z. 19. 2. 54.

Oberbürgermeister Stein gab zu Beginn der Sitzung dem Haus Kenntnis von einem herzlichen Dankschreiben des Bundespräsidenten, dem die Stadt Mainz bekanntlich wertvolle Radierungen zum Geburtstag geschenkt hatte. Ferner teilte der Oberbürgermeister mit, daß man dem verunglückten Oberbrandmeister Kleinmann mit Wünschen zu baldiger Genesung eine Stärkungsgabe übersandt habe. Man gratulierte dann zwei Geburtstagskindern, den Stadträten Schell und Heller, und nunmehr war die Bahn frei für die Abwicklung der Tagesordnung. In den Vorstand der Volksschule wurde neu berufen Schulrat Zwickler, in das Ausgleichsammt der Bretzenheimer Kaufmann Thomas. Die Stadtväter legten ohne Debatten Fluchtlinien in der Altstadt sowie Teilbebauungspläne in Mombach, Gonsenheim und im Bereich der künftigen Diagonalstraße zwischen der Großen Bleiche und Flachsmarktstraße fest, einbezogen die Reichklarastraße und das Gebiet um Frauenlobschule und Naturhistorischem Museum.

Lediglich zum Thema „Diagonalstraße“ gab schon der Berichterstatter, der Stadtrat Freitag (Soziald.), ausführliche Erklärungen. Diese Straße, die einem wesentlichen Teil der Mainzer Altstadt ein neues Gesicht geben werde, sei heute schon unseren Bürgern zu einem Begriff geworden. Vor vier Jahren habe sich der Stadtrat schon mit diesen Plänen ausführlich befaßt. Das Stück Rheinstraße bis zur Halle von Auto-Müller sei bereits von der Regierung genehmigt worden. Man müsse jetzt den Teilbebauungsplan endgültig festlegen, zumal da sich schon viele Baulustige an dieser Diagonalstraße gemeldet hätten. Ergänzend hierzu teilte Beigeordneter Dr. Dassen, der dieses Projekt gleichfalls zur Annahme empfahl, den Stadträten noch mit, daß an Kosten für Straßenbau, Kanalarbeiten, Entschädigungen usw. nahezu drei Millionen Mark aufgebracht werden müßten.

Stadtrat Christ (Freier Demokrat) und

die Realschule zu Zwecken der Begabtenförderung rief die Fraktionen auf den Plan, die das Für und Wider ausführlich begründeten. Es geht hier weniger um finanzielle Dinge (Kosten jener Angleichung: 26 000 Mark), als vielmehr um grundsätzliche Fragen. An der ausgedehnten Debatte beteiligten sich u. a. die Stadträte Letroit (CDU), der auch der Berichterstatter war, Westenberger (CDU), von den Freien Demokraten Stadtrat Christ, von der SPD-Fraktion Ehmig, Nieusela, von kommunistischer Seite Frau Halein und Stadtrat Janneck. Die Sozialdemokraten bestanden vor allem auf der ausdrücklichen Klarstellung und schriftlichen Fixierung, daß die E-Klassen auch für die Zukunft Bestandteile der Volksschule bleiben.

Anträge der Fraktionen

Nachdem der Oberbürgermeister ebenfalls unterstrichen hatte, daß an keine „Köpfung“ der Volksschule gedacht sei,

Rechts und links des Rheins

26 Verkehrstote im ersten Halbjahr 1954 meldet Wiesbaden. Das sind zehn Tote mehr, als der Verkehr im ersten Halbjahr 1953 erforderte. Allein im Juni d. J. gab es in Wiesbaden acht Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang.

Regelrechte Zigeunerjagden im Odenwald mußte die hessische Polizei veranstalten, um etwa zehn steckbrieflich gesuchte Zigeuner dingfest zu machen. Die Zigeuner waren auf der Flucht vor der badischen Polizei ins Hessische gekommen; sie fuhrten acht durchweg neue Personenwagen der Typen Kapitän, Mercedes und Volkswagen. Da noch nicht alle gesuchten Zigeuner aufgegriffen werden konnten, wird die Bevölkerung gebeten, beim Auftauchen von Zigeunern die nächste Polizeistation zu benachrichtigen.

Zum Pfälzer Katholikentag am 25. Juli auf Johanniskreuz im Pfälzer Wald werden rund dreißigtausend Besucher erwartet, davon 6000 bis 8000 aus dem Saarland. Die große Waldmesse wird Bischof Dr. Emanuel zelebrieren.

Das Landespflanzenchutzamt von Rheinland-Pfalz hat erneut zur Kartoffelkäferbekämpfung aufgerufen. Es sei jetzt höchste Zeit, die Larven dieses Schädling zu bekämpfen. Nur wenn rechtzeitig Giftmittel gestreut würden, sei ein voller Erfolg sicher.

Eine Musikschule für Jugend und Volk ist auf dem Winterberg in Saarbrücken eröffnet worden. Der Lehrplan der Schule sieht Instrumentalunterricht, Gesang, Bastelkurse, Musiklehre und die Anleitung zum Zusammenspiel mit Laiengruppen vor.

Mit 103 Verkehrsunfällen, bei denen es 65 Verletzte und 8 Tote gab, war der Juni im Landkreis Kaiserslautern der unfallreichste Monat seit zehn Jahren. An den Unfällen waren vor allem junge Motorradfahrer beteiligt, die zwischen Kaiserslautern und Landstuhl regelrechte Motorrad-

rennen veranstaltet hätten und dabei verunglückten.

Anklage wegen Staatsgefährdung

Die Frankenthaler Staatsanwaltschaft hat gegen den 25-jährigen kommunistischen Parteisekretär Helmut Hofer aus Pirmasens Anklage wegen Staatsgefährdung erhoben. In der Wohnung des Sekretärs waren einige Tausend kommunistische Flugblätter sichergestellt worden, in denen die Bundesregierung herabgewürdigt wurde. In den Flugblättern wurde die Bundesregierung beschuldigt, den Aufstand vom 17. Juni provoziert zu haben.

Nachhilfestunden für Kraftfahrer

Nachlässige Kraftfahrer oder solche, bei denen man Lücken in den Kenntnissen über die Verkehrsvorschriften feststellt, sollen künftig zur Teilnahme am Verkehrs-Nachhilfeunterricht bei der Kaiserslauterer Verkehrspolizei geladen werden. Genügt dies nicht und sollte auch eine zweite keine

SIAMZ Nr. Oppenheim / 42,4 - 84
Zweckverband - Vereinigung Hessens mit Rheinland-Pfalz?

Tragende Kraft müßte die Wirtschaft sein / Sitz des Verbandes in Mainz / Bundesmittel notwendig

Von dem **Bischofsheimer Gemeinderat Hans Mehlig** geht uns eine Stellungnahme zu dem geplanten Zweckverband Rhein-Main zu, der um so interessanter erscheint, als er die Ansicht eines Kommunalpolitikers aus einem der rechtsrheinischen Mainzer Vororten darstellt und das Problem des Zweckverbandes aus der Sicht der vom Kreis Groß-Gerau treuhänderisch verwalteten Gebiete behandelt. Gemeinderat Mehlig schreibt uns:

Scho seit Wochen, ja Monaten wird über den Zweckverband debattiert. Trotz der Befahrung der so lebenswichtigen Fragen unseres Industriegebietes hat es durch die vielen „Wenn“ und „Aber“ den Anschein, als ob dadurch einer aktiveren Behandlung dieser Frage nicht gedient wäre.

„Zuerst aber müssen die Mainzer Vororte wieder zurück . . .“ soll Herr Bürgermeister Hufschmidt anlässlich eines Vortrages gesagt haben. Klingt dieses „Müssen“ nicht etwas undemokratisch, nicht etwas zu „zwingend“? Ist uns denn jetzt schon die Möglichkeit gegeben, darüber eine Klärung herbeizuführen, oder müssen wir damit nicht noch warten bis wir einmal Herr im eigenen Haus sind? 4. 2. 19. 2. 54

Ist die Sachlage nicht folgend: 1945 wurde durch außerdeutsche Maßnahmen die Zonen-grenze bestimmt. Die rechtsrheinischen Vororte von Mainz wurden in „treuhänderische Verwaltung“ der Stadt Wiesbaden bzw. des Kreises Groß-Gerau gegeben. Gleichzeitig damit wurde Mainz aus dem Landesverband Hessen gerissen. Die Frage könnte lauten: „Wer ist untreu geworden, wir die wir erst seit 1930 als Vororte zu Mainz gehörten, oder Mainz, das schon seit Jahrhunderten zu Hessen gehört? Trotzdem wir Hessen sind und bleiben wollen, sind wir aber nicht so ‚blind‘ daß wir uns nicht über die Rechtmäßigkeit eines Vertrages im klaren wären.“

Mainz wird in seinem Rechtsanspruch bei

Gründung des Zweckverbandes in keiner Weise gefährdet (siehe treuhänderisch) ja ich glaube, daß für Mainz mit diesem Verband viel größere Möglichkeiten erwachsen.

Weitere Städte und Kreise?

Es ist klar, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund maßgeblich mit bei Gründung des Verbandes in Betracht zu ziehen ist. Sinn und Zweck soll ja sein, das Wirtschaftsgebiet Rhein-Main allen Wirtschaftsfragen besser zu erschließen. Zur Wirtschaft gehört ja unbedingt das große Heer der Arbeitnehmer. Aber wenn vom DGB und von Wiesbaden verlangt wird, über dieses Gebiet weitere Kreise einzubeziehen, dann finde ich es zweckmäßiger, wenn man dem Zweckverband einen anderen Namen gibt. Oder es wäre in Ausweitung dieses Gedankens, vielleicht besser, man vereinige Hessen und Rheinland-Pfalz, und dann wäre Hessen etwa wieder das, was es nach 1787 war.

Meines Erachtens wird das Wirtschaftsgebiet Rhein-Main durch folgende Gemeinden begrenzt: Gustavsburg-Ginsheim, Bischofsheim, Rüsselsheim-Raunheim, über Flörsheim Hochheim, Kostheim, Kastel, Amöneburg, Biebrich und Mombach, Mainz und Weisenau. Die Stadt Wiesbaden gehört vielleicht nur durch Verkehrsmittel und Kraftwerke zum Wirtschaftsgebiet und müßte wieder, zu ihrer verantwortungsvollen Berufung als Weltkurstadt zurückkehren.

Sitz des Zweckverbandes müßte Mainz sein. Staatsrechtliche Bedenken dürften insofern von untergeordneter Bedeutung sein, da ja unsere Bundesregierung durch Bundesmittel z. B. Wohnungs-, Straßen-, Brückenbau stärkstens beansprucht werden müßten.

Welche Aufgaben hätte der Zweckverband?

1. Verkehrsmittel: In besonderer Beachtung des Berufsverkehrs müßten sowohl Straßenverkehrsmittel und Bundesbahn eine bessere gegenseitige Abstimmung erfahren. Das gleiche müßte mit benachbarten Kreisen durchgeführt werden. Hier gibt es z. B. einen „Zweckverband Ried“, welcher mit den Omnibussen der Opelstadt in dieser Beziehung denkbar gut abgestimmt ist. Darüber hinaus müßte eine fühlbare Entlastung unsres so dichtbesiedelten Gebietes durch die Fernlastwagen erreicht werden. Möglichkeiten hierzu bestehen. Unbedingt von Vorteil wäre es, wenn die Direktion Mainz wieder ihre frühere Zuständigkeit

bedenkt, daß die Weltfirma Opel Rüsselsheim nicht nur das „Tischleindeckdich“ für Tausende unseres Wirtschaftsgebietes ist, sondern daß darüber hinaus weitere Mengen Arbeiter aus dem Odenwald, Hunsrück z. B. vier und mehr Stunden Fahrzeit haben, um ihren Verdienst zu haben, dann wäre die Lösung dieser sozialen Frage mit einer dringenden Angelegenheit. Wohnungsmöglichkeiten für diese Leute zu schaffen, müßte mit Bundesmitteln ermöglicht werden. Ich treibe da keine Kirchturmpolitik, wenn ich gerade meine Gemeinde dafür als unbedingt geeignet bezeichne. Bischofsheim ist als Wohnsitzgemeinde mit dem großen Güterbahnhof und den hier zusammenlaufenden Straßen von und nach allen Richtungen und dem vorhandenen Baugelände dafür bestens geeignet.

Als tragende Kraft für den Zweckverband käme in erster Linie natürlich die Wirtschaft als solche in Frage. Also Industrien, Arbeitnehmer Verkehrsmittel aller Art. Dann auch die kommunale Verwaltung und die Bundesregierung.

Wer aber sollte diesen Anfang machen, damit man über diese Kompetenzstreitigkeiten hinwegkommt? Meines Erachtens läge die vielleicht vorläufige Federführung bei den Wirtschaftskammern unseres Bezirkes. Wenn je ein oder zwei Vertreter der Städte und je ein Beauftragter von vielleicht drei bis vier Gemeinden den kommunalen Sektor vertreten würden, hierzu von den größeren Industrien, der Bundesbahn, dem Kraftverkehr und den Arbeitnehmern Vertreter gebeten würden, dann wäre der Anfang gemacht und würde sicher zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis führen.

Was andere Wirtschaftsgebiete können, müßte auch bei uns möglich sein, wenn nicht aus diesem Stillstand ein Rückgang werden soll. Daß zum Vorteil in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht bald etwas Positives getan wird, dürfte der Wunsch größter Bevölkerungskreise unseres Wirtschaftsgebietes sein.“

SIAMZ Nr. Oppenheim / 42,4 - 84
Zweckverband - Vereinigung Hessens mit Rheinland-Pfalz?

Tragende Kraft müßte die Wirtschaft sein / Sitz des Verbandes in Mainz / Bundesmittel notwendig

Von dem **Bischofsheimer Gemeinderat Hans Mehlig** geht uns eine Stellungnahme zu dem geplanten Zweckverband Rhein-Main zu, der um so interessanter erscheint, als er die Ansicht eines Kommunalpolitikers aus einem der rechtsrheinischen Mainzer Vororten darstellt und das Problem des Zweckverbandes aus der Sicht der vom Kreis Groß-Gerau treuhänderisch verwalteten Gebiete behandelt. Gemeinderat Mehlig schreibt uns:

Scho seit Wochen, ja Monaten wird über den Zweckverband debattiert. Trotz der Befahrung der so lebenswichtigen Fragen unseres Industriegebietes hat es durch die vielen „Wenn“ und „Aber“ den Anschein, als ob dadurch einer aktiveren Behandlung dieser Frage nicht gedient wäre.

„Zuerst aber müssen die Mainzer Vororte wieder zurück . . .“ soll Herr Bürgermeister Hufschmidt anlässlich eines Vortrages gesagt haben. Klingt dieses „Müssen“ nicht etwas undemokratisch, nicht etwas zu „zwingend“? Ist uns denn jetzt schon die Möglichkeit gegeben, darüber eine Klärung herbeizuführen, oder müssen wir damit nicht noch warten bis wir einmal Herr im eigenen Haus sind? 4. 2. 19. 2. 54

Ist die Sachlage nicht folgend: 1945 wurde durch außerdeutsche Maßnahmen die Zonen-grenze bestimmt. Die rechtsrheinischen Vororte von Mainz wurden in „treuhänderische Verwaltung“ der Stadt Wiesbaden bzw. des Kreises Groß-Gerau gegeben. Gleichzeitig damit wurde Mainz aus dem Landesverband Hessen gerissen. Die Frage könnte lauten: „Wer ist untreu geworden, wir die wir erst seit 1930 als Vororte zu Mainz gehörten, oder Mainz, das schon seit Jahrhunderten zu Hessen gehört? Trotzdem wir Hessen sind und bleiben wollen, sind wir aber nicht so ‚blind‘ daß wir uns nicht über die Rechtmäßigkeit eines Vertrages im klaren wären.“

Mainz wird in seinem Rechtsanspruch bei

Gründung des Zweckverbandes in keiner Weise gefährdet (siehe treuhänderisch) ja ich glaube, daß für Mainz mit diesem Verband viel größere Möglichkeiten erwachsen.

Weitere Städte und Kreise?

Es ist klar, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund maßgeblich mit bei Gründung des Verbandes in Betracht zu ziehen ist. Sinn und Zweck soll ja sein, das Wirtschaftsgebiet Rhein-Main allen Wirtschaftsfragen besser zu erschließen. Zur Wirtschaft gehört ja unbedingt das große Heer der Arbeitnehmer. Aber wenn vom DGB und von Wiesbaden verlangt wird, über dieses Gebiet weitere Kreise einzubeziehen, dann finde ich es zweckmäßiger, wenn man dem Zweckverband einen anderen Namen gibt. Oder es wäre in Ausweitung dieses Gedankens, vielleicht besser, man vereinige Hessen und Rheinland-Pfalz, und dann wäre Hessen etwa wieder das, was es nach 1787 war.

Meines Erachtens wird das Wirtschaftsgebiet Rhein-Main durch folgende Gemeinden begrenzt: Gustavsburg-Ginsheim, Bischofsheim, Rüsselsheim-Raunheim, über Flörsheim Hochheim, Kostheim, Kastel, Amöneburg, Biebrich und Mombach, Mainz und Weisenau. Die Stadt Wiesbaden gehört vielleicht nur durch Verkehrsmittel und Kraftwerke zum Wirtschaftsgebiet und müßte wieder, zu ihrer verantwortungsvollen Berufung als Weltkurstadt zurückkehren.

Sitz des Zweckverbandes müßte Mainz sein. Staatsrechtliche Bedenken dürften insofern von untergeordneter Bedeutung sein, da ja unsere Bundesregierung durch Bundesmittel z. B. Wohnungs-, Straßen-, Brückenbau stärkstens beansprucht werden müßten.

Welche Aufgaben hätte der Zweckverband?

1. Verkehrsmittel: In besonderer Beachtung des Berufsverkehrs müßten sowohl Straßenverkehrsmittel und Bundesbahn eine bessere gegenseitige Abstimmung erfahren. Das gleiche müßte mit benachbarten Kreisen durchgeführt werden. Hier gibt es z. B. einen „Zweckverband Ried“, welcher mit den Omnibussen der Opelstadt in dieser Beziehung denkbar gut abgestimmt ist. Darüber hinaus müßte eine fühlbare Entlastung unsres so dichtbesiedelten Gebietes durch die Fernlastwagen erreicht werden. Möglichkeiten hierzu bestehen. Unbedingt von Vorteil wäre es, wenn die Direktion Mainz wieder ihre frühere Zuständigkeit auch bei uns erhalten würde.

2. Wasserwege: Ich vermisse eine intensive Behandlung der Frage Rhein-Main-Donaukanal und der dadurch bedingten Notwendigkeit eines Umschlaghafens an der Mainmündung. Wenn diese Frage einmal brennend werden sollte, dürfte es zu spät sein, denn trotz vieler Nachteile gegenüber unserem ideal zentral liegenden Gebiet wird Frankfurt nicht schlafen.

3. Neugründungen und Industrie-Erweiterungen: Unser Gebiet dürfte doch unstrittig das ideale Industriegebiet sein. Gerade unsere Gegend mit dem großen Güterbahnhof, des Zusammenlaufens der Schienenwege, des Straßennetzes, des Wasserweges bietet doch alle Möglichkeiten.

4. Wohnungsbau: Hier müßte stärkstens das Interesse des Bundes-Wohnungsministeriums geweckt werden. Wenn man

bedenkt, daß die Weltfirma Opel Rüsselsheim nicht nur das „Tischleindeckdich“ für Tausende unseres Wirtschaftsgebietes ist, sondern daß darüber hinaus weitere Mengen Arbeiter aus dem Odenwald, Hunsrück z. B. vier und mehr Stunden Fahrzeit haben, um ihren Verdienst zu haben, dann wäre die Lösung dieser sozialen Frage mit einer dringenden Angelegenheit. Wohnungsmöglichkeiten für diese Leute zu schaffen, müßte mit Bundesmitteln ermöglicht werden. Ich treibe da keine Kirchturmpolitik, wenn ich gerade meine Gemeinde dafür als unbedingt geeignet bezeichne. Bischofsheim ist als Wohnsitzgemeinde mit dem großen Güterbahnhof und den hier zusammenlaufenden Straßen von und nach allen Richtungen und dem vorhandenen Baugelände dafür bestens geeignet.

Als tragende Kraft für den Zweckverband käme in erster Linie natürlich die Wirtschaft als solche in Frage. Also Industrien, Arbeitnehmer Verkehrsmittel aller Art. Dann auch die kommunale Verwaltung und die Bundesregierung.

Wer aber sollte diesen Anfang machen, damit man über diese Kompetenzstreitigkeiten hinwegkommt? Meines Erachtens läge die vielleicht vorläufige Federführung bei den Wirtschaftskammern unseres Bezirkes. Wenn je ein oder zwei Vertreter der Städte und je ein Beauftragter von vielleicht drei bis vier Gemeinden den kommunalen Sektor vertreten würden, hierzu von den größeren Industrien, der Bundesbahn, dem Kraftverkehr und den Arbeitnehmern Vertreter gebeten würden, dann wäre der Anfang gemacht und würde sicher zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis führen.

Was andere Wirtschaftsgebiete können, müßte auch bei uns möglich sein, wenn nicht aus diesem Stillstand ein Rückgang werden soll. Daß zum Vorteil in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht bald etwas Positives getan wird, dürfte der Wunsch größter Bevölkerungskreise unseres Wirtschaftsgebietes sein.“

MAINZ

Der Weg ist zu weit

Zwar steht das Barometer noch auf dem Nullpunkt, und durch die Badehose in der hintersten Ecke des Kleiderschranks fressen sich die Motten, aber... man muß trotzdem davon sprechen, obwohl der Sommer noch weit ist.

Die Badeanstalten sollen verschwinden. Sie sollen im Frühling nicht mehr am Rheinufer vor der Uferstraße ihren angestammten Platz beziehen, wie wir gehört haben, sondern weit stromauf verbannt werden. Hinauf an den Winterhafen, zwischen Ruderverein- und Kanuvereinigungs-Bootshaus.

In Anbetracht dessen, daß Mainz auch im kommenden Sommer immer noch kein Schwimmbad haben wird, weil man im Pulverturm anscheinend bis zur Lösung dieses Projektes auch das Wasser weiterer Jahre den Rhein hinunterfließen lassen will, wird für viele Mainzer und darunter besonders für die Berufstätigen ein Schwimmbad unerreichbar sein, zumal, wenn sie in der Neustadt wohnen oder arbeiten.

Der neue von der Stadt oder besser von den Gesundheitsbehörden angeordnete Ankerplatz der Badeanstalten bringt selbstverständlich für die Badeanstaltsbesitzer, die noch heute einen Teil der Mittel für den aus eigener Initiative geleisteten Wiederaufbau ihrer Bäder zurückzahlen haben, wiederum neue Kosten für neue Wasser-, Gas- und Lichtleitungen, die, wie wir erfahren, für die größere der beiden Bade-

Die geplante Altstadt-Diagonalstraße kostet 3 Millionen DM

Bewilligungsfreudige Stadtväter / Rund 340 000 Mark für Straßenbau / 150 000 DM Zuschuß für Jugendherberge

F. J. Es war eine überaus friedliche, leidenschaftslose Sitzung. Unsere Mainzer Stadträte leisteten gestern nachmittag ebenso flotte wie sachliche Arbeit. Sie hielten nicht allzu kräftig die Daumen auf der kommunalen Geldtruhe, sondern bewilligten nicht nur mehr als eine halbe Million an Krediten und einen Zuschuß von 150 000 Mark zur Errichtung der dringend notwendigen, mit 600 000 Mark Baukosten veranschlagten Jugendherberge, sondern gaben auch ihre Zustimmung zur Festlegung des Teilbebauungsplans für das Gebiet der geplanten Diagonalstraße durch die Altstadt. Zu diesem Zweck muß man recht tief in die Tasche greifen: sind doch dazu Baukosten und Gelder für Entschädigungen usw. in Höhe von rund drei Millionen aufzubringen. A.Z. 19.2.54

Oberbürgermeister Stein gab zu Beginn der Sitzung dem Haus Kenntnis von einem herzlichen Dankschreiben des Bundespräsidenten, dem die Stadt Mainz bekanntlich wertvolle Radierungen zum Geburtstag geschenkt hatte. Ferner teilte der Oberbürgermeister mit, daß man dem verunglückten Oberbrandmeister Kleinmann mit Wünschen zu baldiger Genesung eine Stärkungsgabe übersandt habe. Man gratulierte dann zwei Geburtstagskindern, den Stadträten Schell und Heller, und nunmehr war die Bahn frei für die Abwicklung der Tagesordnung. In den Vorstand der Volksschule wurde neu berufen Schulrat Zwickler, in das Ausgleichsamt der Bretzenheimer Kaufmann Thomas. Die Stadtväter legten ohne Debatten Fluchtlinien in der Altstadt sowie Teilbebauungspläne in Mombach, Gonsenheim und im Bereich der künftigen Diagonalstraße zwischen der Großen Bleiche und Flachmarktstraße fest, einbezogen die Reichklarastraße und das Gebiet um Frauenlobschule und Naturhistorischem Museum.

Lediglich zum Thema „Diagonalstraße“ gab schon der Berichterstatter, der Stadtrat Freitag (Soziald.), ausführliche Erklärungen. Diese Straße, die einem wesentlichen Teil der Mainzer Altstadt ein neues Gesicht geben werde, sei heute schon unseren Bürgern zu einem Begriff geworden. Vor vier Jahren habe sich der Stadtrat schon mit diesen Plänen ausführlich befaßt. Das Stück Rheinstraße bis zur Halle von Auto-Müller sei bereits von der Regierung genehmigt worden. Man müsse jetzt den Teilbebauungsplan endgültig festlegen, zumal da sich schon viele Baulustige an dieser Diagonalstraße gemeldet hätten. Ergänzend hierzu teilte Beigeordneter Dr. Dassen, der dieses Projekt gleichfalls zur Annahme empfahl, den Stadträten noch mit, daß an Kosten für Straßenbau, Kanalarbeiten, Entschädigungen usw. nahezu drei Millionen Mark aufgebracht werden müßten.

Stadtrat Christ (Freier Demokrat), und ebenso auch Stadtrat Schütz (FDP) wünschten in diesem Zusammenhang, daß das Gelände an der Peterskirche völlig frei bleibe, daß man die Stockwerkshöhe nicht auf zwei oder drei Etagen begrenze und daß die Trottoirbreite nicht drei Meter überschreiten solle. Bei zwei Stimmenthaltungen bei den Kommunisten wurde die Vorlage genehmigt.

Mainzer Fastnacht bl

Der große Erfolg der MCV-Fre

B. G. - Dem MCV bereiten seine Fremdensitzungen in keiner Hinsicht Sorgen. Besuch, Gehalt und Erfolg dieser Sitzungen sind geradezu garantiert. Um dem starken Interesse der auswärtigen Freunde des Main-

die Realschule zu Zwecken der Begabtenförderung rief die Fraktionen auf den Plan, die das Für und Wider ausführlich begründeten. Es geht hier weniger um finanzielle Dinge (Kosten jener Angleichung: 26 000 Mark), als vielmehr um grundsätzliche Fragen. An der ausgedehnten Debatte beteiligten sich u. a. die Stadträte Letroit (CDU), der auch der Berichterstatter war, Westenberger (CDU), von den Freien Demokraten Stadtrat Christ, von der SPD-Fraktion Ehmig, Nieusela, von kommunistischer Seite Frau Halein und Stadtrat Janacek. Die Sozialdemokraten bestanden vor allem auf der ausdrücklichen Klarstellung und schriftlichen Fixierung, daß die E-Klassen auch für die Zukunft Bestandteile der Volksschule bleiben.

Anträge der Fraktionen

Nachdem der Oberbürgermeister ebenfalls unterstrichen hatte, daß an keine „Köpfung“ der Volksschule gedacht sei,

Neunundsiebzig Prozent stimmten für Mainz

Das Ergebnis unserer Leserbefragung / Erfreuliches Echo, aber die Jugend fehlt / Alle Berufe vertreten
STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 85

Die Umfrage bei unseren Lesern in den rechtsrheinischen Vororten „Sind Sie für eine Rückkehr nach Mainz?“ hat ein erfreulich starkes Echo gefunden. Und auch ein erfreuliches Ergebnis, denn rund 79 Prozent aller eingegangenen Stimmen sprechen sich für eine Rückkehr in die Vaterstadt Mainz aus. An der Spitze liegen Amöneburg mit 90, Kastel mit 86 und Bischofsheim mit 80 Prozent „Ja“-Stimmen. Jüngster Einsender war ein 13jähriger Leser, älteste waren mehrere 79jährige. A.Z. 26.2.55

Die Antworten geben einen Querschnitt durch alle Berufsgruppen und Volksschichten, vom Oberstaatsanwalt zum Kleinrentner, vom Regierungsbaurat zum Pflasterer, vom Bankdirektor zum Ruhestandsbeamten, vom Bildhauer zum Zimmermann. Dominierend aber sind Beamte aus Verwaltung, Beamte der Post, Eisenbahn oder Polizei, Hausfrauen, Ingenieure und Rentner. Aber auch das Handwerk in seinen verschiedenen Gattungen ist stark vertreten. Und das bei den Befürwortern genau so, wie bei den „Nein“-Sagern.

Interessant jedoch, daß die Jugend bei der Beantwortung unserer Umfrage nur sehr schwach vertreten ist. Die Masse der Einsender machen die Altersgruppen zwi-

schen 40 und 65 aus. Interessant auch, daß die meisten der „Ja“-Stimmen ohne Kommentar abgegeben wurden, während die „Nein“-Stimmen zum größten Teil noch eine Bemerkung, die sich in einigen Fällen durch sehr drastische Ausdrucksweise Luft machte, auf dem Rand des Stimmauschnittes haben.

Hier einige Proben aus den Kommentaren zu den „Nein“-Stimmen. Ein Bischofsheimer Ingenieur schreibt: „Die letzte Eingemeindung mit ihren nicht gehaltenen Versprechungen ist noch in Erinnerung. Unsere Steuern können wir selbst verbrauchen. Unseren Wald können wir auch ohne die Stadt Mainz verkaufen. Unsere Straßen haben wir auch ohne die Stadt Mainz in Ordnung gebracht. Das Märchen von der höheren Besoldungsgruppe zieht nicht mehr.“ Ein Gustavsburger techn. Angestellter schreibt im Namen seiner sechsköpfigen Familie: „Warum nach Rheinland-Pfalz? In Hessen bessere Lebensweise, Löhne und Gehälter.“ Oder ein Kasteler Kaufmann: „Würde Kastel zu Mainz gehören, wäre es heute noch eine Schutt- und Trümmerstadt wie Mainz.“ Und ein Gustavsburger Lehrer: „Rhein Hessen gehört zu Hessen. Die Schulpolitik von Rheinland-Pfalz ist nicht verlockend.“ Und noch ein Kasteler Kaufmann: „Die Betreuung durch Wiesbaden ist vorbildlich, besonders auf finanziellem Gebiet. Das zerstörte Mainz kann das nicht bieten. Mit den städtischen Steuerbehörden in Wiesbaden habe ich gute Erfahrungen gemacht, mit den Mainzer leider nicht. Vielleicht überlegt man sich einen Zusammenschluß.“ Und ein dritter Kasteler Kaufmann meint: „Halte ein selbständiges Stadtgebilde mit Kastel als Zentrum für zweckmäßiger.“

Wie gesagt, die Befürworter der Rückkehr aber haben meist keine besonderen Erklärungen ihrer Stellungnahme für notwendig gehalten. Dafür haben sich ganze Familien, ja Hausgemeinschaften, zur Beantwortung zusammengefunden, wie zum Beispiel auf einer Liste aus Bischofsheim, in der es heißt: „... teile ich mit, daß alle

nachstehenden Unterzeichneten sehr für eine Rückkehr nach Mainz sind.“ Aus Kostheim schreibt ein Postbetriebswart: „Wir wollen wieder zu unsrer Vaterstadt Mainz. Aus Mäazern macht ihr käa Nassauer.“ Oder eine Geschäftsfrau schreibt: „Es drängt mich, als echtes Mainzer Kind, mein aufrichtiges „Ja“ zu der oben gestellten Frage zu geben.“ Eine Ginsheimer Hausfrau: „Ich sage „ja“ zu einer Rückkehr nach meinem lieben Mainz.“ Eine Kasteler Witwe sagt nur: „Durchaus ja!“ Ein Pensionär und eine Hausfrau aus Bischofsheim allerdings geben ihr „Ja“ mit einer Einschränkung: „Ja, aber gleichberechtigt.“ Dagegen schreibt ein Werkmeister aus Gustavsburg: „Es sollte eigentlich gar keine andere Antwort auf Ihre Frage geben, als ein aufrichtiges „Ja“. Was die völlig zerstörte Stadt Mainz im Wiederaufbau ge-



leistet hat, ist imponierend, wenn man bedenkt, wieviel Schwierigkeiten gerade sie in den ersten Nachkriegsjahren zu überwinden hatte.“

Das also ist das Ergebnis unserer Rundfrage. Sie kann und soll keine Richtschnur sein, weil ihr die Vollständigkeit fehlt und weil es uns fern liegt, einer politischen Entwicklung vorgreifen zu wollen. Uns kam es lediglich auf das „Wer“ und „Wieviel“ der Beteiligung an. Das Ergebnis hat unseren Erwartungen entsprochen, ja, sie sogar übertroffen.

oten des 27. Februar

gsstunde im Städtischen Theater

kehr des unheilvollen 27. Februar 1945, genen schweren Angriffen zu 80 Prozent am Sonntag, dem 27. Februar, 11.30

Glatthaar-Dackel, ein Schäferhund, ein Glatthaarfox (Hündin), ein Pintscher (Rüde), ein Dackel (Kreuzung, Rüde), ein Kater.

Alle Tiere sind gesund und in gutem Zustand. Sie können täglich von 17.30 Uhr an im Tierheim besichtigt werden. Auskunft in Tierschutzangelegenheiten gibt die Geschäftsstelle des Tierschutzvereins, Mainz, Schubertstraße 7, Telefon 45 33.

Studenten im „Panzerwerk“

Das Mainz Ordnance Maintenance Depot in Verbindung mit der Firma Jordan & Co., in der Stadt Mainz als „Panzerwerk“ bekannt, begrüßte in seinen Werkstätten eine Gruppe von Studenten vom physikalischen Institut der Johannes-Gutenberg-Universi-

Ihren Augen das Beste:
eine Brille von Sonntag
MAINZ, AUGUSTINERSTRASSE 60 OPTIKERMEISTER



tät. Der Kommandeur des Depots, Oberst John W. Cave, und Betriebsdirektor Wilhelm Brockerhoff brachten bei dem Empfang zum Ausdruck, daß dieser Besuch als ein Beweis für die Zusammenarbeit von amerikanischen und deutschen Stellen in Deutschland zu werten sei. Man wolle den zukünftigen Diplom-Ingenieuren einen praktischen Einblick in Produktionsmethoden geben, die sich mehr und mehr auch in der deutschen Industrie durchzusetzen beginnen.

Wie wir hören, soll auch in Zukunft dieses Programm der Zusammenarbeit mit interessierten Stellen der Universität fortgesetzt werden.

Fälscher und Fälschungen

Am Montag, 28. Februar, hält Konservator Sepp Schüller (Aachen) in der Volkshochschule einen Lichtbildervortrag über berühmte Kunstfälschungen in der Kunstgeschichte. Er behandelt u. a. die gefälschten mittelalterlichen Malereien in der

Leichtsinige Autobesitzer haben das Nachsehen

Zwei Personenwagen aufgebrochen / Die Diebe erbeuteten Ledermäntel

An verschiedenen Stellen im Mainzer Stadtgebiet sind zwei verschlossen abgestellte Personenwagen aufgebrochen und ausgeraubt worden. Die Diebe machten sich, wie schon so oft, die Bequemlichkeit der Autobesitzer zunutze, die Bekleidungsstücke und Aktentaschen in den Fahrzeugen zurückgelassen hatten.

Gestohlen wurden aus dem einen Wagen ein brauner Ledermantel ohne Knöpfe, aber mit Gürtel, schrägen Taschen und braunem Seidenfutter, eine mittelbraune Aktentasche, ein Bandmaß von zwanzig Meter Länge in hellem Lederetui und ein Paar braune Lederhandschuhe.

In dem zweiten Wagen erbeuteten die Diebe einen dunkelblauen Ledermantel ohne Knöpfe mit schwarzem Innenfutter, einen dunkelblauen, einreihigen Wollstoffmantel und einen gelben Schal. Die Kriminalpolizei warnt vor dem Ankauf des Diebesgutes und bittet um sachdienliche Mitteilungen. -rt-

Unfälle im Schneetreiben

Auf das Konto des starken Schneetreibens am Donnerstag sind neun Verkehrsunfälle zu setzen, von denen sich fünf im Stadtgebiet von Mainz, drei in Gonsenheim und einer in Zahlbach ereigneten. Zum Glück waren sämtliche Zusammenstöße leichter Art, so daß auch der Sachschaden meist gering war. Verletzte gab es nicht. In Mitleidenschaft gezogen wurden deutsche und amerikanische Personen- und Lastwagen sowie ein Straßenbahnzug. Auch die geschlossene Schranke am Bahnübergang 39 in Gonsenheim wurde beschädigt, als sie von einem amerikanischen Personenwagen gerammt wurde. -rt-

Fahrerflucht in Nackenheim

Auf der Bundesstraße 9 in Nackenheim fuhr ein Personenwagen ein sechzehnjähriges Mädchen auf dem Bürgersteig an, das dabei verletzt wurde. Der Fahrer hielt kurz an und setzte dann seine Fahrt fort, ohne sich um den Unfall zu kümmern. Nach An-

pete, aber ohne dreifache Dusch, abgelehnt worn!

Wer jetzt am bunte Treiwe noch nit genug hot, der soll sich widder mehr als wie bisher mit de groß und klää Bollidik befasse. So bunt wie awa issee, is schun lang nit

gabe von drei Zeugen soll der Fahrer unter Alkohol gestanden haben. Da die Nummer des Fahrzeuges notiert wurde, wird er sich demnächst wegen Fahrerflucht zu verantworten haben.

Diebesgut wiedergefunden

In Guntersblum wurden in einem Weingut drei kupferne Weinspritzen und ein kupferner Trichter gestohlen. Die Gegenstände konnten später in einem Versteck wieder gefunden werden. Es ist anzunehmen, daß ein jugendlicher die Sachen gestohlen hat, um sie später gelegentlich an einen Altwarenhändler zu verkaufen.

Zusammenstöße ohne Verletzte

Aus mehreren Orten des Landkreises wurden Zusammenstöße gemeldet. Auf der Bundesstraße 40 in Nieder-Olm fuhr ein Personenwagen und ein Combi aufeinander. An beiden Fahrzeugen entstand Schaden. — Bei einem Zusammenstoß in der Niersteiner Oberdorfstraße wurden ein amerikanischer und ein deutscher Personenwagen beschädigt. — Auch in Nackenheim fuhr ein Personenwagen aufeinander und kamen mit Sachschaden davon. — Außerdem prallten an einer unübersichtlichen Kurve ein Personen- und ein Lastkraftwagen aufeinander. Am Personenwagen entstand mittlerer, am Lastwagen geringer Schaden.

Bayern hofft vergeblich auf die Pfalz

Die Pläne des Luther-Ausschusses zur Neugliederung der Länder

A. Z. 19.1.55.

pp. Mainz, 18. Januar. (Eigener Bericht.) Der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigen-Ausschuß zur Neugliederung des Bundesgebietes, der sogenannte Lutherausschuß, wird seine Empfehlungen bis Ende März der Bundesregierung vorlegen. Ein wesentlicher Teil der Arbeit zu dem Gutachten wurde in Unterkommisionen von Fachleuten geleitet, die schon zu konkreten Vorschlägen gekommen sind.

Die entscheidende Feststellung der Unterkommision ist, daß bei einer Länderneugliederung, ganz gleich, in welcher Form sie vorgenommen wird, die Pfalz nicht mehr zu Bayern gehören soll. Der erste Vorschlag hat den Fortbestand von Rheinland-Pfalz zum Ziel. Allerdings wird eine gebietliche Abrundung durch Einbeziehung des jetzt zu Hessen gehörenden Rheingaus und die Wiedervereinigung der rechtsrheinischen Vororte von Mainz und Worms, die gleichfalls gegenwärtig von Hessen verwaltet werden, als notwendig bezeichnet. Dem zweiten

Vorschlag entsprechend soll Rheinland-Pfalz mit Hessen vereinigt werden, wobei die Pfalz an Baden-Württemberg angeschlossen würde. Als dritte Lösungsmöglichkeit wird die Auflösung von Rheinland-Pfalz bezeichnet. In diesem Falle sollen die nördlichen Teile des Landes wieder mit Nordrhein-Westfalen, Rheinhessen mit Hessen und die Pfalz mit Württemberg-Baden verbunden werden. Sofern im Rahmen einer Neuordnung des südweststaatlichen Raumes die Auflösung von Baden-Württemberg erfolgen sollte, wird der Anschluß der Pfalz an Baden ähnlich der früheren Kurpfalz als zweckmäßig erachtet. Württemberg soll dann als selbständiges Land bestehen bleiben.

Ministerpräsident Altmeier hat dieser Tage mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht die Frage der Länderneugliederung noch nicht akut sei. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, daß im Bundesinnenministerium ein Gesetz in Vorbereitung ist, das die technische Durchführung eines Volksbegehrens für die Länderneugliederung vorsehe.

Seit den frühen Morgenstunden des Dienstags sind auch mehrere Gemeinden in der Umgebung von Worms von den Ueberschwemmungen unmittelbar bedroht. Der Hochdamm bei Ibersheim wurde von den Wassermassen an einer Stelle unterspült, an der sich schon früher ein katastrophaler Dambruch ereignet hatte. Regierungspräsident Dr. Rückert, Mainz, und Landrat Schick, Worms, haben sich an Ort und Stelle von den eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen überzeugt. In Speyer, wo sich durch den Rückstau des Neckars eine besonders gefährliche Lage ergeben hat, konnten größere Wassereinbrüche durch den Einsatz

Hauptstadt bestent große Gefahr. Am Zusammenfluß von Seine und Yonne mußten Hunderte von Menschen ihre Häuser fluchtartig räumen.

Während England gegen Hochwasser kämpft und Nordirland einen der schwersten Schneestürme seit vielen Jahren erlebte, sind in den schottischen Grafschaften Chaitness und Sutherland Hunderte von Gehöften und Dörfern durch Schneeverwehungen nun schon seit einer Woche von der Umwelt abgeschnitten. Am Dienstag haben sich zum erstmaligen britische Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge an den Rettungsmaßnahmen beteiligt, welche die britische Regierung eingeleitet hat.

Ausgleichszahlung für Beamte

Na. Mainz, 18. Januar. (Eigener Bericht.) Der Ministerrat beschloß in Angleichung an die Maßnahmen für die Bundesbeamten, den Beamten des Landes für die Zeit bis zum 31. März 1955 eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe eines Drittels des derzeitigen Grundgebhalts (140 Prozent) zu leisten und der Versorgungsempfängern des Landes entsprechende Zahlungen zu gewähren.

31 000 Krankenbetten

Mainz, 18. Januar. (X) Für einen weiteren Ausbau der Krankenhäuser in Rheinland-

vorhergesagt werde, seien Gegenmaßnahmen rechtzeitig möglich.

Die Entschädigung für Kriegsgefangene

Mainz, 18. Januar. (X) Ein Ausführungsgesetz zum Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz des Bundes hat die Landesregierung dem Landtag zugeleitet. Das Gesetz bestimmt das Sozialministerium zur obersten Landesbehörde für die Ausführung des Entschädigungsgesetzes und die Landratsämter oder die Stadtverwaltungen in den kreisfreien Städten zu zuständigen Dienststellen.

Jugendweihen

Ludwigshafen, 18. Januar. (Eigen. Bericht)

A. Z. 4. 2. 55. Hemmschuh einer einheitlichen Entwicklung

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 87

Das Thema Vorort-Frage — von einem Rechtsrheiner beleuchtet

Vom Kreisverband Mainz der Deutschen Partei erhalten wir aus den Reihen seiner Mitglieder im rechtsrheinischen Mainzer Raum eine Zuschrift zur Veröffentlichung, die die Vorortfrage behandelt. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgendes:

Die Stadt Mainz hat juristisch gesehen, das absolute Recht nach Wiedereingliederung ihrer rechtsrheinischen Vororte, da diese einst abgeschlossenen Eingemeindungsverträge noch heute volle Rechtsgültigkeit besitzen. Wenn auch das hessische Innenministerium 1952 in einem ministeriellen Erlaß feststellte, daß diese Auffassung irrig sei, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß dies nicht stimmt. Denn nur durch einen willkürlichen Akt (vom 30. 7. 1945) wurden neue Ländergrenzen geschaffen, nicht aber jene Vororte außer Kraft gesetzt. Wenn außerdem behauptet wird, durch die Wahlen ab Dezember 1945 habe sich die Bevölkerung in demokratischer Form für eine Loslösung von Mainz entschieden, so ist das genau so falsch. Denn es blieb ja der rechtsrheinischen Bevölkerung überhaupt keine Möglichkeit der Entscheidung für oder gegen Mainz, da durch das Diktat der Siegerstaaten nur die Frage der treuhänderischen Verwaltung durch Wiesbaden,

bzw. durch den Kreis Groß-Gerau, zur Debatte stand. Niemals ist also die Bevölkerung der betreffenden Vororte freiwillig aus dem Kommunalverband Mainz ausgeschieden. Es wurde durch die Stadt Wiesbaden und den Landrat von Groß-Gerau lediglich die „treuhänderische“ Verwaltung dieser Stadtteile übernommen.

Mainz hat die damals festgesetzten Ländergrenzen weder gewünscht noch herbeigeführt, und wenn es der Wille der Siegerstaaten gewesen wäre — hätten die Vororte etwa Wiesbaden etwas dagegen tun können, wenn sie zu Rheinland-Pfalz gekommen wären? Aus diesem Grunde darf hier auch nicht von einer „demokratischen Entwicklung“ gesprochen werden.

Das Schlimmste bei diesem Streit ist jedoch, daß Mainz-Wiesbaden und das Gebiet bis Rüsselsheim ein einheitlicher Wirtschaftsraum sind, der jedoch nur durch diese noch nicht geklärten Fragen entscheidend in seiner Entwicklung gehemmt ist. Wenn man den Raum Frankfurt betrachtet und feststellt, welche ungeheure Aufwärtsentwicklung dieser genommen hat, dann muß zu tiefst bedauert werden, daß unser Wirtschaftsraum, der gleichstark sein könnte, nicht diese einheitliche Entwicklung aufweisen kann.

Mainz soll wieder eine Garten-

Blumenschau in diesem Jahr / Die Bürgerschaft wird z

In einigen Wochen soll in Mainz wieder die erste Versammlung des Mainzer Gartenbauvereins seit 1939 stattfinden. Es sei schon heute verraten, daß alles versucht wird, an die große Tradition anzuknüpfen. In diesem Jahr soll auch wieder eine Blumenschau stattfinden.

„Mainz auf dem Wege zur Blumenstadt“ — „Bürgersinn schmückt Fenster, Balkone und Vorgärten mit Blumen“ — „Blumen im goldenen Mainz“ — „Nacht der hunderttausend Blüten“ — „Im Zauber bunter Herbstblumen.“ Solche Schlagzeilen standen unter vielen anderen einmal in der Mainzer Presse. Die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Blumenschmucks in Groß-Mainz“ hatte durch selbstlose Bemühungen den Bürgersinn der Mainzer geweckt, hatte sie begeistert für die kulturelle, freudenspendende Macht der Blütenpracht.

Zehntausende Besucher jährlich

Der Verkehrsverein, der Mainzer Verschönerungsverein, der Verein deutscher Rosenfreunde, der Rheinische Heimatverein, die gärtnerischen Organisationen und viele andere, insgesamt fünfzehn Vereine und Institutionen, hatten sich in jener Ar-

Zweck dieses Vereins ist die Förderung deutscher Gartenkultur unter Berücksichtigung der gartenbaulichen Pflanzkunde, insbesondere aber die Pflege der Pflanzen im Garten und Heim. Als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks dienen dem Verein Vorträge, Ausstellungen, Verlosung von Blumen, Blattpflanzen oder Erzeugnissen des Obstbaues aus Mitteln des Vereins.“ Der 1. Vorsitzende war nicht ein Erwerbsgärtner.

Der letzte Sekretär des Vereins, Garteninspektor E i m l e r, kam durch Bomben ums Leben. Gleichzeitig wurden sämtliche Akten vernichtet. Der Krieg brachte Not und Zerstörung. Der Mainzer Gar-

Die Gefahr für den G

Landesregierung hat den Bau eine

Die Integrität der Stadt muß endlich wiederhergestellt werden!

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 88

Mainz will nicht mehr länger „auf Krücken“ gehen

Der Oberbürgermeister appelliert an das Verständnis der Landesregierung / Die rechtswidrige, sinnlose Amputation nicht länger zu verantworten

F. J. - Nach mancherlei inoffiziellen und halboffiziellen Gesprächen, nach Erklärungen hüben und drüben und verschiedenerlei Resolutionen dürfte die Rückführung der rechtsrheinischen Mainzer Stadtteile nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten sein. Gestern nachmittag gab Oberbürgermeister Franz Stein der Presse eine Stellungnahme, in der er noch einmal die Entwicklung der Nachkriegsjahre aufzeichnete, den klaren, nnantastbaren Rechtsanspruch auf die rechtsrheinischen Vororte unterstrich und betonte, daß unmöglich durch weiteres Warten und Hinauszögern der Weg zur Herbeiführung des alten Rechtszustandes verbaut werden könne. In einem Brief an die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zu Händen von Ministerpräsident Altmeier, mit Abschriften an Reichskanzler a. D. Dr. Luther, an das Präsidium des Deutschen Städtetags, den Präsidenten und die Mitglieder des Landtags von Rheinland-Pfalz sowie an die Staatsminister und die Mainzer Stadtratsmitglieder, aber auch an Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen, soweit sie rheinhessische Interessen vertreten, bittet Oberbürgermeister Stein eindringlich, einen rheinland-pfälzischen Kabinettsbeschluß zu fassen, mit dem Ziel, die Integrität der Stadt Mainz wiederherzustellen. Die rechtswidrige und sinnlose Amputation von Mainz müsse endlich beseitigt, die 52 Prozent des Stadtgebietes auf der rechten Seite müßten wieder der Verwaltung von Mainz unterstellt werden und rund vierzigtausend Mainzer Bürger vom jenseitigen Ufer damit gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich dahin zurückfinden, wohin sie gehören.

Mainz will nicht länger „auf Krücken“ gehen: so möchten wir mit einem Satz den Sinn der jüngsten Aktion unseres Oberbürgermeisters in dieser Angelegenheit charakterisieren. Einer Aktion, die nicht nur vom gesamten Mainzer Stadtrat aktivste Unterstützung erwartet, sondern sich vor allem an die Landesregierung von Rheinland-Pfalz wendet, um endlich eine Entscheidung in dieser schon so lebhaft und lange diskutierten Frage herbeizuführen und dafür zu sorgen, daß ein Zustand offensichtlichen Unrechts nicht etwa durch seine Fortdauer legalisiert wird. A. z. 1. 9. 54.

Ein unseliger Riß mitten durch Mainz

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt auf jene unhaltbare Situation hingewiesen worden, die schon ein Jahrzehnt unverändert besteht und die dem linksrheinischen Mainz auch enormen wirtschaftlichen Schaden zugefügt hat. Gingen ihm doch rund 23,5 Millionen allein an Steuereinnahmen verloren. Gerade die stillschweigende Verlängerung dieser „scheußlichen Lage“, wie sie Reichskanzler a. D. Dr. Luther nennt und die unsere Stadt halbiert, bedeutet eine große Gefahr. Denn es ist zu befürchten, daß man

sich mit der Zeit an die gegenwärtig bestehenden Verhältnisse gewöhnt, daß man sich resigniert damit abfindet, zumal da ja nach außen hin die klaffende Wunde im Mainzer Stadtgebiet nicht mehr sichtbar in Erscheinung tritt.

Gewiß, Stacheldraht und Brückenposten hüben und drüben existieren nicht mehr. Wohl aber hemmt der unselige Riß die gesunde Entwicklung von Gesamt-Mainz. Der Blutstrom kann sich nicht entfalten, die Wirtschaftskraft nicht voll auswirken. Die Amputation der Stadt, die ja kein Chirurg fachgerecht ausführte, zehrt am Lebensnerv unseres Gemeinwesens.

Kurzum, es ist weder rechtlich noch moralisch länger zu verantworten, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Darum der Appell des Mainzer Oberbürgermeisters, sein fast beschwörender Ruf: Stellt die Integrität der Stadt Mainz wieder her! Welchen Weg die Landesregierung nun gehen wird, liegt allein in ihrem Ermessen. Daß sie sich jedoch der Sache annahmen wird, dürfte nach Lage der Dinge nicht zu bezweifeln sein.

Verhältnis Mainz—Wiesbaden unberührt

Eines sei lediglich noch hervorgehoben, wie es auch Oberbürgermeister Stein vor den Pressevertretern nachdrücklichst unterstrich: das seit Jahren vorherrschende gutnachbarliche Verhältnis von Mainz und Wiesbaden wird durch die nunmehr mit besonderer Aktivität aufgerollte Vorort-Frage keineswegs angetastet! „Mit Leidenschaft und Klarheit möchte ich betonen“, so erklärte Oberbürgermeister Stein, „daß sich die recht gute Situation zwischen unseren beiden Städten nach keiner Richtung hin verschlechtern soll. Die Sache hat auch nichts mit der Angelegenheit des Zweckverbandes zu tun, für den wir uns nach wie vor lebhaft einsetzen werden. Wiesbaden und Mainz haben viele Berührungspunkte verkehrsmäßiger, wirtschaftlicher und kultureller Art.“

Und nun wollen wir unseren Lesern den Wortlaut des Schreibens zur Kenntnis geben, den der Mainzer Oberbürgermeister an die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zu Händen von Ministerpräsident Altmeier gerichtet hat:

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Jahre 1945 hatte General Eisenhower, der damalige Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Alliierten, verfügt, daß zwischen den neu geschaffenen Ländern Groß-Hessen und Rheinland-Pfalz die Zonengrenze gezogen wurde. Diese Ent-

scheidung Eisenhowers ist in der Proklamation Nr. 2, Artikel 1, vom 28. 9. 1945 festgelegt. Die Proklamation hatte als Niederschlag militärischer Gesichtspunkte der amerikanischen Heeresleitung natürlich nur zeitgebundenen, also transitischen Charakter. Sie war nach Ansicht hoher amerikanischer Offiziere erforderlich, weil der Flugplatz Erbenheim ausschließ-

lich den amerikanischen Kontingenten vorbehalten bleiben sollte. Diese Darstellung wurde bei gelegentlichem Gedankenaustausch auch von hohen französischen Offizieren bestätigt. Der Erbenheimer Flugplatz aber liegt an der alten Stadtgrenze von Mainz-Kastel und Wiesbaden-Erbenheim.

Die Verfügung des Generals Eisenhower, die im Blickpunkt militärischer Erfordernisse erlassen wurde, läßt sich übrigens mit den bestehenden international vereinbarten Haager Kriegsrechten nicht rechtfertigen.

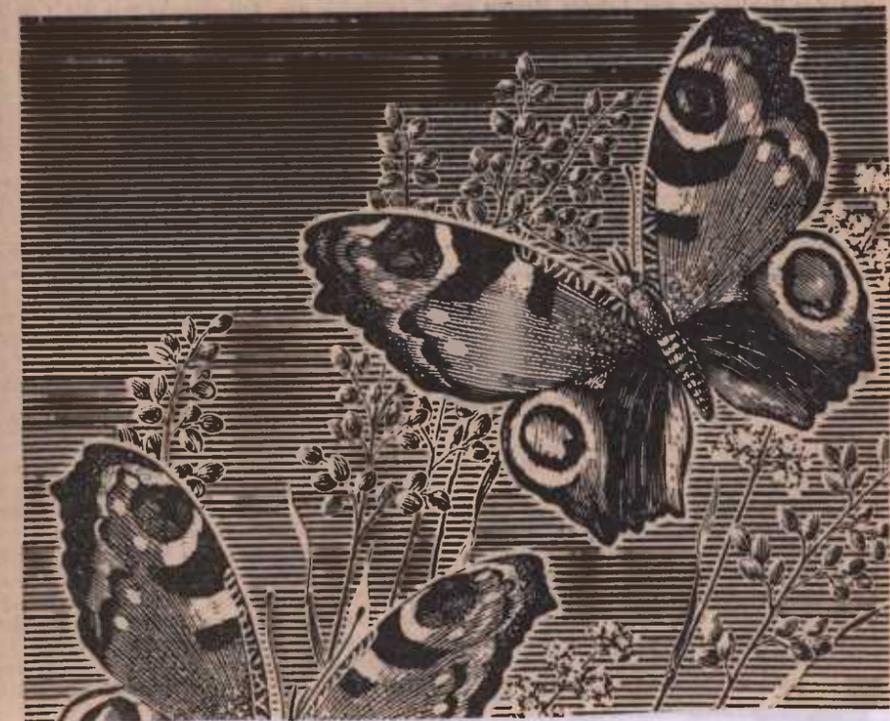
Ungeheurer wirtschaftlicher Schaden

Die Eisenhower-Proklamation Nr. 2 hat der Stadt Mainz ungeheuren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Es wäre notwendig zu untersuchen, in welcher Weise der Stadt Mainz in den letzten zehn Jahren zugefügte Schaden im Wege der Wiedergutmachung zu ersetzen ist. Mainz mußte vorläufig 52 %

(Fortsetzung nächste Seite)



Diese Skizze veranschaulicht deutlich den tiefen Riß, der mitten durch Mainz geht und der die amputierte Stadt schuf.



Der Brief der Stadt an die Landesregierung

(Fortsetzung von Seite 3)

seines Stadtgebietes auf der rechten Rheinseite in der amerikanischen Besatzungszone und im Lande Hessen aus seiner Verwaltung aufgeben. 40 000 Mainzer Bürger auf der rechten Rheinseite wurden durch die Entscheidung des Generals Eisenhower treuhänderisch unter die einstweilige Verwaltung der Nachbarstadt Wiesbaden und, soweit linksrheinisch wohnhaft, unter die Verwaltung des Landkreises Groß-Gerau gestellt.

Die Stadt Mainz ist seit Generationen mit ihrem rechtsrheinischen Stadtgebiet gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich verflochten und ethnologisch aufs engste verwandt. Fast das gesamte industrielle Potential der Stadt Mainz ist auf der rechten Rheinseite in den fünf Stadtteilen verteilt. Die fünf rechtsrheinischen Mainzer Stadtteile sind: Mainz-Kastel mit dem Gemarkungsteil Mainz-Amöneburg, Mainz-Kostheim, Mainz-Gustavsburg, Mainz-Ginsheim und Mainz-Bischofsheim mit einem Gesamtareal von 4669 ha.

Eine absolut klare Rechtslage

Alle diese Mainzer Stadtteile sind durch freiwillig abgeschlossene Eingemeindungsverträge mit der Stadt rechtlich verbunden. Die Eingemeindungen sind auf Antrag der Stadt Mainz und der jeweiligen Gemeinde durch Beschlüsse des Hessischen Landtages und der Regierung des Landes Hessen gesetzlich bestätigt worden. Es gab und gibt kein deutsches Gesetz, das diese Rechtsgrundlage und die vor Jahrzehnten getroffene Regelung zerstören könnte.

Mainz hat in den vergangenen Jahrzehnten enorme Kosten aufgewendet, um seine rechtsrheinischen Stadtgebiete wirtschaftlich zu erschließen und zu entwickeln. Die Aufwendungen für den Straßenbau, die notwendigen Kanalisationen, die Kosten für die Versorgungsleitungen,

Nach wie vor
hat das älteste und seit Jahrzehnten bekannte Mainzer
Taxen-Unternehmen den alten, unveränderten
Taxi-Ruf 7000
Tag und Nacht
am Hauptbahnh.
Auto-Droschen-Centrale E.V. - Mainzer Taxen-Dienst

sowie für den Wohnsiedlungsbau, für Schulbauten usw. gingen in die Millionen Reichsmark. In den Jahren der wirtschaftlichen Depression nach 1930 sind zu Lasten der Gesamtgemeinde große finanzielle Opfer für die Unterstützung zahlreicher Erwerbsloser und ihrer Familien gebracht worden. Kein Mainzer Bürger rechts oder links des Rheines konnte erwarten, daß durch die einseitige und rein militärische Entscheidung eines amerikanischen Generals — ohne Mitwirkung der deutschen ge-

setzgebenden Faktoren — jemals in die kontinuierliche Entwicklung unseres Gemeinwesens so ungeheuerlich eingegriffen und zum Schaden der Stadt verfahren würde.

Immer wieder vertröstet

Dieser Zustand hält nun trotz ununterbrochener Bemühungen der Stadt Mainz um seine Aufhebung schon fast zehn Jahre an. Die Bürger der Stadt Mainz bitten deshalb die Landesregierung in Wahrung ihrer Verpflichtung dringend, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß dieser Unrechtszustand nicht schon durch seine Dauer legalisiert, sondern die Integrität des Mainzer Stadtgebietes schnellstens wiederhergestellt wird. Die Stadt Mainz hat sich in der Vergangenheit jederzeit für den ungeteilten Besitzstand des Deutschen Reiches mit Gut und Blut eingese-

Mainz ist in einer „scheußlichen Lage“

Manches Jahr hindurch wurden wir Mainzer mit dem Hinweis vertröstet, wenn Deutschland wieder seine Souveränität erlangen habe, dann würde sich gemäß Artikel des Grundgesetzes „alles von selbst bereinigen“. Diese sowohl von der Landesregierung als auch der Bundesregierung herausgestellte Auffassung ist jedoch irrig. Reichskanzler Dr. Luther hat als Vorsitzender des Ausschusses für die Ländergrenzen-Bereinigung bei den Mainzer Besprechungen im Mai dieses Jahres zum Ausdruck gebracht, daß der Artikel 29 des Grundgesetzes nicht ohne weiteres die Frage der Wiedervereinigung des Stadtgebietes von Mainz auslöse. Er erklärte weiter, daß sich die Stadt Mainz „in einer scheußlichen Lage“ befinde, und versicherte, bei den zuständigen Bonner Stellen sich für die Stadt Mainz einzusetzen.

Schon vor einem Jahr ist dem Mainzer Oberbürgermeister Stein von dem französischen Oberkommissar, Botschafter François-Poncet, erklärt worden, daß keine Veranlassung mehr bestünde, den seitherigen Zustand zu belassen. Er sei sich mit den Oberkommissaren Amerikas und Englands darüber einig, daß der historische und staats- und verfassungsmäßige Gebietszustand der Stadt Mainz, wie er vor der Amputation bestanden habe, wieder herzustellen sei. Die Oberkommission würde auf Antrag der Landesregierung einen Beschluß in diesem Sinne fassen.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wurde über diese Anregung des Botschafters François-Poncet eingehend unterrichtet. Das Kabinett hat aus staatspolitischen Erwägungen bisher keinerlei Neigung bekundet, nach dieser Richtung hin wirksam zu werden. In jüngster Zeit hat sich jedoch

setzt. So haben sich die Mainzer Bürger in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts mit großem Erfolg gegen die Separationsbestrebungen gestellt. Es wäre eine Ungeheuerlichkeit, wenn nach dem zweiten Weltkrieg die rechtswidrige und sinnlose Amputation der Stadt nicht beseitigt würde.

Mit allem gebotenen Nachdruck bemühen sich die Bundesregierung und alle Länderregierungen, daß Ost- und Westdeutschland wieder vereinigt werden. Ebenso wichtig und lebensnotwendig ist der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Saargebiet. Um den Unrechtszustand im viergeteilten Berlin zu beseitigen, erfolgen die gleichen Bemühungen. Außerdem werden für die ehemalige Reichshauptstadt Berlin viele fiskalische Erleichterungen geschaffen und mancherlei finanzielle Beihilfen zur Verfügung gehalten. Nur der alten, zweitausendjährigen Stadt Mainz gegenüber nimmt man den Standpunkt des „laissez faire, laissez passer“ ein.

eine Wandlung gezeigt. Justizminister Becker und Staatsminister a. D. Dr. Haberer haben dem Mainzer Oberbürgermeister gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ein erneuter Vorschlag heute in einem den Lebensnotwendigkeiten der Stadt Mainz entsprechenden Sinne behandelt würde.

Weiteres Warten unmöglich!

Sicher hat die Auffassung, daß schon vor der Wiederherstellung der deutschen Souveränität alle Maßnahmen zur Überwindung des Unrechtszustandes getroffen werden müssen, Boden gewonnen. Diese Lebensnotwendigkeiten der altehrwürdigen Stadt Mainz, wie sie in den Erkenntnissen der Beratungen des Luther-Ausschusses und in den Äußerungen der Staatsminister ihren Niederschlag gefunden haben, veranlassen den Mainzer Oberbürgermeister zu dem Antrag und der ergebenen Bitte: die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz möge im Kabinett den Beschluß fassen, die Integrität der Stadt Mainz wiederherzustellen.

Die Stadt Mainz kann sich unmöglich durch weiteres Warten den Weg zur Herbeiführung des alten Rechtszustandes verbaun lassen. Die seither erfolgreich geführten Bemühungen um die Hebung der Wirtschaftskraft der Stadt, des Wiederaufbaues und der Verbesserung der Finanzkraft werden so ernsthaft gefährdet, daß sich ein weiteres Stillehalten in dieser Kardinalfrage mit der schweren Verantwortung, die auf den Schultern des Oberbürgermeisters, der Stadtverwaltung und der Stadträte liegt, nicht mehr vereinbaren läßt.

Dienstjubiläum bei der Bahn

Sein vierzigjähriges Dienstjubiläum beim Bahnbetriebswerk Mainz feiert am 1. September der Oberlokomotivführer August Dürr, Mainz, Richard-Wagner-Straße 15. Dürr, der als Schlosserlehrling bei der Bundesbahn eingetreten ist, war lange Jahre im Streckendienst bei Personen- und Schnellzügen eingesetzt. Heute findet er vornehmlich Verwendung im Schienenomnibusdienst. Dort hatte er die beiden ersten Sonderfahrten der Bundesbahndirektion Mainz nach dem Kriege ins Ausland und zwar nach

Main

EINE ALTE GASTSTA

Entwurf und Bauleitung Di Mainz, Schneckenbur

Vollständig renoviert und im Innern neu gestaltet hat die MAINZER AKTIEN-BIERBRAUEREI ihre Gaststätte BRAUHAUSKELLER „ZUM RAD“ wieder eröffnet. Wenn auch während der Bauzeit der Betrieb in den anderen Räumen und Nebenzimmern der Gaststätte weiterging, so steht jetzt das Hauptlokal wieder uneingeschränkt zur Verfügung.

Es wurde mit Sitznischen versehen, erhielt eine Vertäfelung, ebenfalls aus Eichenholz, neue Beleuchtungskörper usw. Im ganzen wurde die Anlage dem heutigen



Blick in die neugestalteten Gasträume

Geschmack und den gestiegenen Ansprüchen einer gepflegten Gaststätte angepaßt. Auch eine besondere Ecke für die Stammische wurde nicht vergessen.

Das im „RAD“ den Gästen Gebotene steht auf der gleichen Höhe. Dafür bürgt schon die allen Mainzern wohlbekannte Wirtsfamilie Flaschl. Hier wird nicht nur das gute „Mainzer Aktien-Bier“ ausgeschenkt, sondern auch alle sonstige Labsal ist in bester Güte zu erhalten.

Die Veränderungen an der Außenfront fallen auch den Passanten erfreulich ins Auge. Hier hat der Architekt Dipl.-Ing. Peter Schreiner, unter dessen Leitung die gesamten Arbeiten ausgeführt wurden, den Eingang an die Drususstraße verlegt und dahinter einen geräumigen Windfang angeordnet. Die Fassade wurde mit einem

lichen Kegelstuben. Die fünf Kegelbahnen des „RADKELLERS“ sind ja in ganz Deutschland in Keglerkreisen bekannt. Hier fanden schon Ausscheidungskämpfe für die Weltmeisterschaft statt.

Die Küche wurde in das Erdgeschoß verlegt, vergrößert und mit allen modernen Einrichtungen versehen. Kutscherstube und Bärenzimmer wurden hergerichtet und jetzt zum Schluß das Hauptlokal auf Hochglanz gebracht. Leider verhinderte der verregnete Sommer, daß sich auch viele Gäste an dem für Mainz einzigartigen, großen Garten erfreuen konnten.

Zu dem hier Entstandenen kann man der MAINZER AKTIEN-BIERBRAUEREI, dem Wirt und den Mainzern, die die Annehmlichkeiten dieser Gaststätte genießen, nur Glück wünschen.

Ein Vorschlag mit Hand und Fuß

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 89

Erster Schritt zum Zweckverband Main-Mündungsgebiet

Gemeinsame Verkehrs-, Industrie- und Wohnsiedlungspläne / Mainz und Wiesbaden stimmengleich

kps. - Die Industrie- und Handelskammern für Rheinhessen und von Wiesbaden haben in gemeinsamer Arbeit einen Satzungsentwurf über die Bildung eines Zweckverbandes Main-Mündungsgebiet ausgearbeitet, der in einer Pressekonferenz auf der „goldenen Mitte“, im Sitzungssaal des Wasser- und Schiffsamtes in Kastel, der Öffentlichkeit übergeben wurde. Es wäre zu wünschen, wenn dieser weder von parteipolitischen noch von sonstigen Sonderinteressen getrübt Vorschlag, die Wirtschaftseinheit dieses Raumes zu verankern, auch von den zuständigen Verwaltungsbehörden eher sachlichen und schnellen Prüfung unterzogen würde, um den Zweckverband zu verwirklichen.

Denkschrift bejaht Mainzer Anspruch

Das Gebiet an der Mainmündung, durch einen politischen Zufall in zwei Zonenteile zerrissen, stellt einen einheitlichen Wirtschaftsraum dar und bildet den westlichen Schwerpunkt des Rhein-Main-Gebietes, des bedeutendsten Wirtschaftszentrums Europas. Mit einer Ausdehnung von 250 Quadratkilometern und seinen 400 000 Bewohnern, etwa 1500 Menschen pro Quadratkilometer, soll der Zweckverband zunächst den Raum zwischen Mainz und Wiesbaden und die zum Mainmündungsgebiet gehörenden Gemeinden Bischofsheim, Budenheim, Ginsheim und Gustavsburg umfassen. Die strittige Frage der Rückgliederung der Mainzer Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim wurde bewußt aus dem Problembereich des Zweckverbandes ausgeklammert, da die politische Zugehörigkeit dieser AKK-Gemeinden innerhalb des Zweckverbandes unerheblich ist. Der Mainzer Wunsch, eine politische Berichtigung dieser Grenzziehung herbeizuführen, wird in der Denkschrift anerkannt.

Weitere Anschlüsse möglich

In kurzen Referaten unterstrichen Dr. Charissé als Vertreter der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen und Dr. Weynen namens der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden an zahlreichen Beispielen die enge Verflechtung dieses Raumes und betonten die Notwendigkeit, angesichts der Probleme, die eine europäische Integration aufgaben, auch kleinliche Souveränitätsstandpunkte in dieser mehr lokalen Frage dem gemeinsamen Ziel einer fruchtbaren Zusam-

meinsam vertreten. Der Kreis der beteiligten Gebietskörperschaften wurde bewußt eng gefaßt, weil es der weiteren Entwicklung überlassen bleiben solle, später noch anderen Nachbargemeinden des Rhein-Main-Gebietes den Anschluß zu ermöglichen.

Die Verteilung der Stimmen

Das Organ des Verbandes ist die Verbandsversammlung, in die Gebietskörperschaften bis zu 25 000 Einwohner zwei Vertreter, von mehr als 25 000 bis 100 000 Einwohner sechs Vertreter, von mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohner zehn Vertreter und über 200 000 Einwohner 16 Vertreter entsenden. Das Stimmenverhältnis wurde so gewählt, daß die Städte Mainz und Wiesbaden sich nicht gegenseitig überstimmen können. Bei Zurechnung der Stimmzahl von Bischofsheim, Ginsheim und Gustavsburg zu der von Mainz ergibt sich Stimmengleichheit gegenüber Wiesbaden.

Die Wirtschaft hofft nunmehr, daß sich die Vertreter der Bürgerschaft der angesprochenen Städte und Gemeinden unverzüglich zu einer Aussprache über die Bildung eines Zweckverbandes Main-Mündungsgebiet zusammenfinden.

A.Z. 3. 6. 54

Beim Kegelklub zum Rad

aller in wilden Raufereien zu Bruch gegangenen Filmmöbel, trotz allen Aufwandes an rauchschwarzen Platzpatronen ist dieser knapp 60 Minuten lang laufende Film sehr billig gewesen. In doppelter Hinsicht billig. — Um einiges erfreulicher ist der als Vorspann laufende Kriminalkurzfilm, der etwas aus der Arbeit von Scotland Yard (mehr als reißerisch) erzählt. Zudem — der Streifen vom Fußballendspiel um die Deutsche Meisterschaft ist auch im Vorprogramm geblieben. Zur Freude aller Fußballfreunde. Das wär's. -ga-

Wetttschreiben der Mainsspitze

In Groß-Gerau fand am Sonntag das Wetttschreiben der Arbeitgemeinschaft der Stenografenvereine der Mainsspitze statt, bei dem 263 Wetttschreiber aus den Vereinen Bischofsheim, Ginsheim, Groß-Gerau, Kelsterbach und Rüsselsheim teilnahmen. Geschrieben wurde in den Silbenzahlen von 60 bis 300 Silben. Die Höchstleistung erreichte Erich Zwetscher, Kelsterbach. Die Ehrenpreise verteilen sich im einzelnen auf die Vereine Bischofsheim (3), Ginsheim (1), Groß-Gerau (13), Kelsterbach (4) und Bischofsheim (17). Das seit 1950 durchgeführte Staffelschreiben wurde in der Staffel A von Groß-Gerau und in der Staffel B von Rüsselsheim gewonnen.

Die Liste der Ehrenpreisträger: 60 Silben: Heidrun Lippert, Kelsterbach, Hannelore Jakobs, Waltraud Schnell, Annemarie Zebisch, Helga Töttel (alle Rüsselsheim), Anni Liebald (Groß-Gerau). — 80 Silben: Eilfriede Schmitt, Hans Morgenroth, Erwin Diehl, Ute Müller (alle Rüsselsheim). — 100 Silben: 1. Hans Hermann Scherer, Werner Arnold, Irmgard Busch (alle Groß-Gerau), Hella Schädel, Irmtraud Thomas, Sonja Schraudt, Margot Schneider (alle Rüsselsheim), Irene Rauch (Groß-Gerau).

Kostheims Fahnen wehen für die Radfahrer

„Solidarität“ feiert an Pfingsten ihr Jubiläum / Gutes Programm

Der Radfahrerverein „Solidarität“ Kostheim wird, wie bereits berichtet, während der Pfingstfeiertage sein goldenes Jubiläum feiern.

Die Veranstaltung steht unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz und wird eine große Anzahl Radsportler nach Kostheim locken, denn Kostheim ist als guter Organisator für Großveranstaltungen bekannt, so wie die Bevölkerung bekannt ist für ihre Gastfreundschaft.

Der Samstag hat zum Auftakt ein erstklassiges Programm, das ab 20 Uhr in dem großen Festzelt, das an der Floßhafenbrücke aufgestellt wird, abrollt: Der berühmte Exzentrik-Komiker „Pong“ mit seiner Partnerin, bekannt aus allen Sendern, sowie der bekannte Musik-Clown „Timo Sasso“ mit Partnerin werden ein einmaliges Gastspiel geben, das die Besucher besonders anlocken wird, zumal Pong auch als Ansager wirkt. Unter anderem werden auch die „3 Endros“ und die „5 Nickols“ vom Kunst-Kraftsportverein Finthen ihre hohe Kunst unter Beweis stellen. Im Radsport tritt der bekannte

Einer-Kunstoffahrer Winfried Abel von Launsbach bei Gießen auf. Die Ortsvereine, unter anderen der Turnverein 1877, der MGV Liedertafel und der Athletenclub werden das reichhaltige Programm vervollständigen.

Am ersten Pfingsttag ab 8 Uhr treten die Radballer zum großen Jubiläumsturnier an, bei welchem Mannschaften aus Vollmarshausen bei Kassel, Langenselbold, Wiesbaden, Breithardt, Dotzheim, Bierstadt, Bretzenheim, Hechtsheim und Kostheim um die Pokale kämpfen, so daß erstklassige, spannende Kämpfe zu erwarten sind. Um 14 Uhr startet ein Festzug mit Korso vom Wienerplatz, vorweg die Motorradfahrer mit geschmückten Maschinen durch die Ortsstraßen zum Festzelt, wo ab 15 Uhr ein großes Radsportrennen mit mehreren „Deutschen Meistern“ sich abwickeln wird.

Am 2. Pfingstfeiertag ab 9 Uhr findet ein Jugendradball-Turnier statt mit humoristischen Einlagen und ab 14 Uhr ein Kinderfest, wozu alle Schulkinder eingeladen sind.

Beide Feiertage schließen mit einer Tanzveranstaltung.

Die Millionengrenze bereits überschritten

Erfreuliche Bilanz der Spar- und Darlehenskasse Bretzenheim

dafür folgende Gewinnverteilung vorgeschlagen: 8000 DM Reservefonds, 6826 DM Betriebsrücklage, 500 DM für soziale Zwecke.

Nachdem Aufsichtsratsvorsitzender Barthel Josef Lemm und Prüfer Hensel (Ländlicher Genossenschaftsverband) dem Kassenvorstand sparsames und sauberes Arbeiten bescheinigt hatten, stimmten die Mitglieder ohne Ausnahme den Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnung der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und der vorgeschlagenen Verwendung des Reingewinns zu. Auch die Erhöhung der Passiv-Kreditgrenze von einer auf zwei Millionen DM wurde akzeptiert.

Das Vertrauen der Mitglieder zeigte sich auch in der Wiederwahl von Hugo Speckert (Vorsitzender), Valentin Schneider und Karlheinz Heftrich (beide Aufsichtsratsmitglieder), die eigentlich statutengemäß hätten ausscheiden sollen. Kurzvor-

„Wir wollen Mainz nicht schlucken“

Wiesbadens Oberbürgermeister für eine friedliche Kommunalpolitik

Auf der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mainz und Wiesbaden lag der Schwerpunkt grundsätzlicher Ausführungen, die Oberbürgermeister Dr. Erich Mix über aktuelle kommunalpolitische Fragen auf der Monatsversammlung der FDP-

Ortsgemeinschaft „West“ machte. Das Stadt- oberhaupt vertrat dabei die Auffassung, daß sowohl die Mainzer, als auch die Wiesbadener Kommunalpolitik in Beziehung zum gemeinsamen Wirtschaftsraum stehen müsse.

„Wir sind jederzeit bereit“, sagte Dr. Mix, „mit Mainz über die Zukunft der AKK-Vororte zu sprechen.“ Verhandlungen über die Änderung der kommunalen Grenzen zwischen beiden Städten seien jedoch nur bei gleichzeitiger Einigung über die Bildung eines öffentlich-rechtlichen kommunalen Zweckverbandes möglich. Die beiden Nachbarstädte könnten sich nur mit einer gemeinsamen Wirtschaftskonzeption auf die Dauer befriedigend entwickeln. „Das ist einzig und allein unser Ziel, wir wollen Mainz nicht schlucken.“

zu suchen, wurde die Einigung von Vor-
klassen beschlossen.

Inzwischen hat sich die Mainzer Tanzschule Liesel und Lala Führ erneut auf einem Turnier bewährt. Wie erinnerlich, hatte diese Schule Ende April im Schloß einen Wettbewerb auf dem Parkett inszeniert, bei dem die Offenbacher als Sieger hervorgingen. Nun traten die Führs, bzw. der aus den Reihen ihrer Schüler rekrutierte Tanz-



Ein Blick auf den mächtigen Turm der kurz vor dem Richtfest stehenden katholischen Kirche in der Gemeinde „Maria hilf“ Kostheim.
Foto: Karin Eckert

Aufschwung beim Athletenverein „Hellas“

Rasenkraftsportler haben noch immer...

Es war ein kleines Häuflein Idealisten, das im Oktober 1952 den traditionsreichen Athletenclub „Hellas“ Mainz wiedergründete und ein halbes Jahr später den Sportbetrieb aufnahm, nachdem der Krieg sämtliches Inventar zerstört und die früheren Mitglieder sich inzwischen anderen Vereinen angeschlossen hatten. An dieses „Nichts“ erinnerte Vereinsvorsitzender Hch. Schmidt

„Das käme für Mainz einem Selbstmord gleich“

^{17.28.6.54.}
Bürgermeister Hufschmidt zu dem Zweckverbands-Entwurf der Wirtschaft

Der von den Industrie- und Handelskammern der Städte Mainz und Wiesbaden vorgelegte Satzungsentwurf für einen Zweckverband „Rhein-Main-Mündung“ sei für Mainz untragbar und entspreche im übrigen in keiner Weise den Bestimmungen des Zweckverbandsgesetzes. Diese Ansicht vertrat der Mainzer Bürgermeister und Dezent für die rechtsrheinischen Vororte der Stadt, Bürgermeister Max Hufschmidt, gegenüber einem „dpa“-Vertreter. Er wies darauf hin, daß die Verwirklichung dieses Entwurfs eine Ueberstimmung der Stadt Mainz bei allen Abstimmungen bedeuten und die Rückgliederung der zur Zeit abgetrennten rechtsrheinischen Vororte an die Landeshauptstadt von Rheinland - Pfalz wahrscheinlich erschweren würde. Die Verwirklichung dieses Entwurfs käme deshalb für Mainz einem Selbstmord gleich.

Während der Vorschlag der Industrie-

StAMZ, Nr. Oppenheim / 424- 91
und Handelskammern, der ausschließlich auf Wiesbadener Gedankengänge zurückgehe, die Interessen der hessischen Kur- und Landeshauptstadt wahre, würden die Interessen von Mainz völlig vernachlässigt. Trotzdem hat Bürgermeister Hufschmidt neue Vorschläge unterbreitet, deren Annahme nach seiner Ansicht die Bildung eines Zweckverbandes eher ermöglichen könnte. Ueber den Entwurf der Industrie- und Handelskammern von Mainz und Wiesbaden und die Aenderungsvorschläge finden zur Zeit Besprechungen statt.

Das Mitglied der Bezirkspersonalvertretung bei der Bundesbahndirektion Mainz, Oskar Vongerichten, der seit März 1952 dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn angehört, feiert am Montag, 28. Juni, sein vierzigstes Dienstjubiläum. Vongerichten hat sich neben seiner Tätigkeit bei der Bundesbahn und bei der Eisenbahnergewerkschaft besondere Verdienste im Kampf gegen die Separatisten in der Pfalz erworben. Nach dem Zusammenbruch 1945 war er wieder einer der ersten, der sich an den Wiederaufbau der zerstörten Eisenbahnanlagen und der Einheitsgewerkschaft machte. Die Belange des Personals und dessen Nöten standen immer im Vordergrund seines Wirkens.

„Goldene“ in Bischofsheim

zant 79 Jahre, seine Frau ist ein Jahr älter. Der durch einen Betriebsunfall 1930 aus dem Bahndienst scheidende goldene Bräutigam leistete in den Kriegsjahren erneut Dienst bei der Bahn.

Am Mittwoch, 30. Juni, können die Eheleute Alois Gall, Rangiermeister i. R., und Frau Marie geb. Nievelt, Am Frohnsee, das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Das Ehepaar kam 1947 als Heimatvertriebene Sudentenländer nach Bischofsheim. -ma-

Hohes Alter



Am 27. Juni feierte Frau Maria Gerbracht geb. Christoph, St a d e e k e n, Burggraben 8, in körperlicher und geistiger Frische im Kreise ihrer Kinder den 82. Geburtstag. Die Jubilarin wohnte früher in Mainz in der Kurfürstenstraße. Jahrzehntelang liest Frau Gerbracht die „AZ“.

Jeder wird gehört werden!

Der „Luther-Ausschuß“ wird acht Tage in Rheinland-Pfalz bleiben

zz Mainz, 9. Mai. (Eigener Bericht.) Der Bund Bayern und Pfalz hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der sogenannte Luther-Ausschuß, der sich zur Zeit in Marburg aufhält, das Land Rheinland-Pfalz nur fünf Tage besuchen werde. Ein derartiger „Blitzbesuch“ habe wenig Zweck, denn es sei allein schon ein größerer Zeitraum notwendig, um den echten Willen der Bevölkerung in der Pfalz kennenzulernen. Der kurzfristige Besuch komme aber offenbar der Mainzer Regierung sehr gelegen.

Wie wir von zuständiger Stelle dazu erfahren, wird der Luther-Ausschuß nicht fünf, sondern acht Tage in unserem Lande bleiben, und zwar vom 19. Mai bis einschl. 26. Mai. Es sind keine offiziellen Empfänge geplant, es finden aber in den verschiedenen Landesteilen Zusammenkünfte mit Referaten und Diskussionen statt. Bei den Zusammenkünften wird jede Richtung zu Wort kommen, damit der Luther-Ausschuß, der keine Entscheidung zu treffen hat, sich auf-

tragsgemäß eingehend informieren kann. Die Landesregierung wird sich dabei neutral verhalten und nur darum bemüht sein, daß die Aussprachen ruhig und sachlich verlaufen.

Die Pfälzer werden auch unserer Meinung nach besonders ausgiebig zu Wort kommen müssen, denn bei ihnen gibt es eine Richtung, die zu Bayern will, eine andere, die für den Anschluß an Baden-Württemberg ist und eine dritte, nicht so laute, aber nicht weniger bedeutsame Gruppe, die für das Verbleiben im Lande Rheinland-Pfalz ist.

kampfes im kommenden Frühjahr zu machen. Wenn die Sozialdemokratische Partei dies tue, so würde sie auf scharfen Widerstand stoßen.

it Rücktritt

e Bau-Politik

Auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, des Evangelischen Volksdienstes und der Katholischen Volksarbeit setzte sich Lücke am Samstag in der Frankfurter Paulskirche erneut für eine familiengerechte Wohnungsbaupolitik und für den Bau von Siedlungen und Eigenheimen ein. Er vertrat die Ansicht, daß sich viele Erscheinungen im Wohnungsbau der Nachkriegszeit in gar nichts von der Ost-Berliner Stalinallee, der östlichen Repräsentation des Kollektivismus.

rüchteten eine Verstimmung Molotows und eine Erschwerung der Genfer Verhandlungen. Sie halten heute solche Rücksichten nicht mehr für angebracht. Auch steht heute fest, daß Foster Dulles seit seiner Rückkehr nach Washington dort in völligem Einvernehmen mit London und Paris die Organisation eines pazifischen Sicherheitssystems begonnen hat. Diese Arbeit ist sowohl auf die Möglichkeit eingestellt, daß Genf den Krieg in Indochina beendet, als auch auf den Fall eines Scheiterns der Konferenz, und weder London noch Paris lassen den geringsten Zweifel darüber, daß dann der Krieg in Indochina internationalisiert wird. „Wir müßten sonst ganz Asien aufgeben und unsere Verteidigung am Suez-Kanal organisieren“, sagt man in Genf.

Der Fall Juin

Der Fall von Dien Bien Phu ist endlich auch eine Gelegenheit geworden, um offen über das Zerwürfnis zwischen Marschall Juin und der französischen Regierung zu sprechen. Man hat es zunächst nicht recht eingesehen, mit welcher Begründung der Marschall sein atlantisches Kommando behalten sollte. Jetzt erst erfährt man, daß sich Juin wegen der Führung des Krieges in Indochina und nicht so sehr wegen der Europa-Armee mit der Regierung über-

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 93
Eine Antwort aus Wiesbaden in der Vorortfrage

Zweckverband hat mit den Rückglieder

Künftige Zugehörigkeit der AKK-Gemeinden bei der Verbandspl

Die Frage der künftigen Zugehörigkeit der rechtsrheinischen Mainzer Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim, die zur Zeit auf Grund der Zonengrenzziehung durch Wiesbaden verwaltet werden, ist ausdrücklich aus den Plänen zur Bildung eines Zweckverbandes Rhein-Main-Mündungsgebiet ausgeklammert. Diese Mitteilung machte der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Dr. Weynen, zugleich auch im Namen der Mainzer Kammer in Erwiderung auf Äußerungen des Mainzer Oberbürgermeisters Stein vor dem Stadtparlament. A. Z. 25. 6. 54.

Oberbürgermeister Franz Stein hatte am Montag dieser Woche in seiner Etatrede vor dem Mainzer Stadtrat gesagt, selbst wenn eine Aenderung der Ländergrenze zwischen Rheinland-Pfalz und Rheinhessen einmal akut werden sollte, könne die Stadt Mainz nicht erhoffen, daß ihr in Verbindung damit die rechtsrheinischen Vororte ohne weiteres zufallen würden. Er sei daher der Auffassung, daß die Stadt Mainz endgültig das höchste Gericht (Bundesverfassungsgericht) zur Entscheidung dieser Rechtsfrage anrufen müsse. Man sei wegen der Rückführung der rechtsrheinischen Vororte bis jetzt praktisch keinen Schritt vorwärts gekommen. Auch parteigebundene Ausschüsse, die mit gleichartigen Ausschüssen von Wiesbaden verhandelt, hätten noch keinen Weg zur Lösung anbahnen können. Der Oberbürgermeister hatte in diesem Zusammenhang auf den Initiativvorschlag Hufschmidts zur Gründung eines Zweckverbandes und auf die Gegenvorschläge von Wiesbaden und den Industrie- und Handelskammern beider Städte hingewiesen. Er hatte weiter erklärt, die für die Gründung des Zweckverbandes von den beiden Kammern ausgearbeiteten Vorschläge seien geeignet, den bestehenden Zustand hinsichtlich der Mainzer Vororte zu

festigen und damit möglicherweise zu verewigen.

Dr. Weynen betonte, daß die Vororte auf jeden Fall zu dem festen Bestandteile eines solchen Zweckverbandes gehören müßten. Demjenigen, dem es auf eine Zusammenarbeit ankomme, könne es gleichgültig sein, wer diese Vororte in den Zweck-

ung nichts zu tun

Frage zweiten Ranges

verband einbringe. Zur Zeit wäre dies Wiesbaden, in der Zukunft könne es aber genau so gut auch Mainz sein. Fest stehe jedenfalls, daß zur Zeit diese Vororte von der Stadt Wiesbaden verwaltet werden.

Es sei jedoch nicht einzusehen, daß diese Tatsache für den Zweckverband von ausschlaggebender Bedeutung sein sollte. Ebenso sei nicht einzusehen, daß der von den Industrie- und Handelskammern ausgearbeitete Vorschlag geeignet sei, den bestehenden Zustand zu festigen und damit zu verewigen. Der Zweckverband hänge mit der politischen Entscheidung über die Zugehörigkeit der Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim nicht zusammen. Jede gegenteilige Behauptung sei aber irrig. pp.

er Altrhein

ickhaltebecken wird aufgebaut

baches unmittelbar in den Neurhein zu leiten.

Professor Dr. Reploh vom Hygienischen Institut in Bielefeld, der bei der Besprechung als Sachverständiger anwesend war, und der von der Firma Merck den Auftrag hat, ein Gutachten über die Reinigung der Abwässer zu erstatten, erklärte, er sei fest davon überzeugt, daß eine einwandfreie Reinigung der Abwässer der Firma Merck möglich ist, und daß er in etwa 14 Tagen sein Gutachten der Aufsichtsbehörde vorlegen werde.

Ein Raubüberfall auf Boelcke

Nach einem Zwischenbericht der Wiesbadener Kriminalpolizei zu den Ermittlungen in der Unfallsache Boelcke wurde der Verdacht eines Raubüberfalles auf Generaldirektor Boelcke eindeutig ausgeräumt. Wilhelm Boelcke fuhr, wie bekannt, am 5. Juni, morgens gegen 2.15 Uhr, unmittelbar vor seiner Haustüre gegen einen Baum, wurde dabei schwer verletzt und starb in der gleichen Nacht.

In den Abendstunden des 22. Juni hat die Kriminalpolizei unter Hinzuziehung sämtlicher Augenzeugen und einiger Sachverständiger eine Rekonstruktion des möglichen Unfall- oder Tatherganges durchgeführt. Es wurde die Frage eines einfachen Verkehrsunfalles wie auch die Frage des Mitwirkens einer zweiten Person eingehend überprüft. Die Ermittlungen werden, wie die Kriminalpolizei mitteilte, in allen bisher möglichen Richtungen mit gleicher Intensität weitergeführt. — Nach wie vor fehlen jedoch greifbare Anhaltspunkte dafür, daß er überfallen wurde; positiv dagegen spricht seine Äußerung gegenüber dem ersten am Tatort er-

F.A.Z. 29.10.54. Zinn antwortet Altmeier

Die rechtsrheinischen Mainzer Vororte

s. Wiesbaden, 28. Oktober. Der hessische Ministerpräsident Zinn hat am Donnerstag in einem Schreiben an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier den Vorschlag, einen Staatsvertrag zwischen den beiden Nachbarländern über die früheren Mainzer Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim abzuschließen, abgelehnt.

Zinn erklärte, daß ein solcher Vertrag das vom Grundgesetz zur Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehene Verfahren umgehen würde. Nach einer Beseitigung der willkürlich gezogenen Grenzen zwischen Hessen und Rheinhessen durch die zu erwartende Neugliederung würden verfassungs- und staatsrechtliche Bedenken gegen die Rückgliederung der Vororte in das Mainzer Stadtgebiet von selbst

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 94

entfallen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei eine gedeihliche Zusammenarbeit der Städte Mainz und Wiesbaden am besten durch die Bildung eines Zweckverbandes „Mainmündung“ gewährleistet. Ein Staatsvertrag sei hierzu nicht notwendig.

Die hessische Landesregierung habe volles Verständnis für die Bestrebungen der Stadt Mainz, ihr Stadtgebiet wieder im früheren Umfange herzustellen. Ein Staatsvertrag, der dem Vorschlag entsprechend die früheren Mainzer Vororte so stellen würde, als ob sie schon wieder in das Mainzer Stadtgebiet einbezogen wären, würde das Ergebnis einer Neugliederung für ein Teilgebiet vorwegnehmen und dabei die unmittelbare Befragung der Bevölkerung ausschalten, der nach dem Grundgesetz ausschlaggebende Bedeutung zukomme. Außerdem verbürgten Grundgesetz und Hessische Verfassung den Gemeinden das Recht auf Selbstverwaltung.

England absagen?

erst genommen werden kann

letzungen und durch den Rücktritt des Mannschaftskapitäns Fritz Walter aus, der Rest hatte mit Formkrisen zu kämpfen. Die Schwierigkeiten sind groß, es bleibt indessen wenig Zeit, sie zu beheben; denn die dritte und schwerste Bewährungsprobe steht dicht bevor. Am 1. Dezember soll die Nationalmannschaft in London gegen England spielen.

Der alte Lehrmeister des Fußballspiels hat in den letzten Jahren viel vom alten Ruf eingebüßt. Nach bitteren Niederlagen gegen Ungarn konnte Englands Nationalvertretung auch bei der jüngsten Weltmeisterschaft keine Rolle spielen. Die Briten resignieren jedoch nicht. Sie wollen im Spiel gegen den Weltmeister ihren Fußballruhm auffrischen. Ihre Hoffnungen werden keineswegs allein durch den Kräfteverlust der deutschen Nationalmannschaft genährt. Tatsache ist auch, daß der Spätherbst für den britischen Fußball immer schon die beste Zeit war. Das Spiel gegen die Deutschen wird zudem noch im eige-

Italiener und einige andere Länder, sondern auch die Freunde des deutschen Fußballs allmählich einsehen müssen. Aber der Ausfall etlicher wertvoller Kräfte kann unmöglich eine Begründung für die Absage längst vereinbarter Spiele sein. Für den Deutschen Fußball-Bund erst recht nicht, denn er ist mit seinen 1,6 Millionen Mitgliedern einer der größten Verbände des Weltfußballs. Unter der Masse dieser Mitglieder stehen 54 000 Mannschaften mit über 600 000 Aktiven. 76 Mannschaften der ersten und 48 der zweiten Liga mit insgesamt 2200 Spielern bilden den Vertragsfußball. Ein solcher Verband kann einer ersten Prüfung nicht ausweichen, er muß sie auf sich nehmen, und seien die Verlegenheiten auch noch so groß.

Weitere Siege in Japan

Kanazawa (AP). Die in Japan gastierenden deutschen Leichtathleten beendeten ihren Start am Donnerstag in Kanazawa gegen eine japanische Auswahl mit einem neuen eindrucksvollen Erfolg. Die Gäste, deren Auftreten immer noch stärkstes Interesse erregt — in Kanazawa waren abermals rund 30 000 Zuschauer anwesend — konnten neun von elf Wettbewerben für sich

Bedeutung von Mainz würde gewahrt

Abgeordneter Markscheffel zu den hessischen Rückgliederungsvorschlägen
STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 95

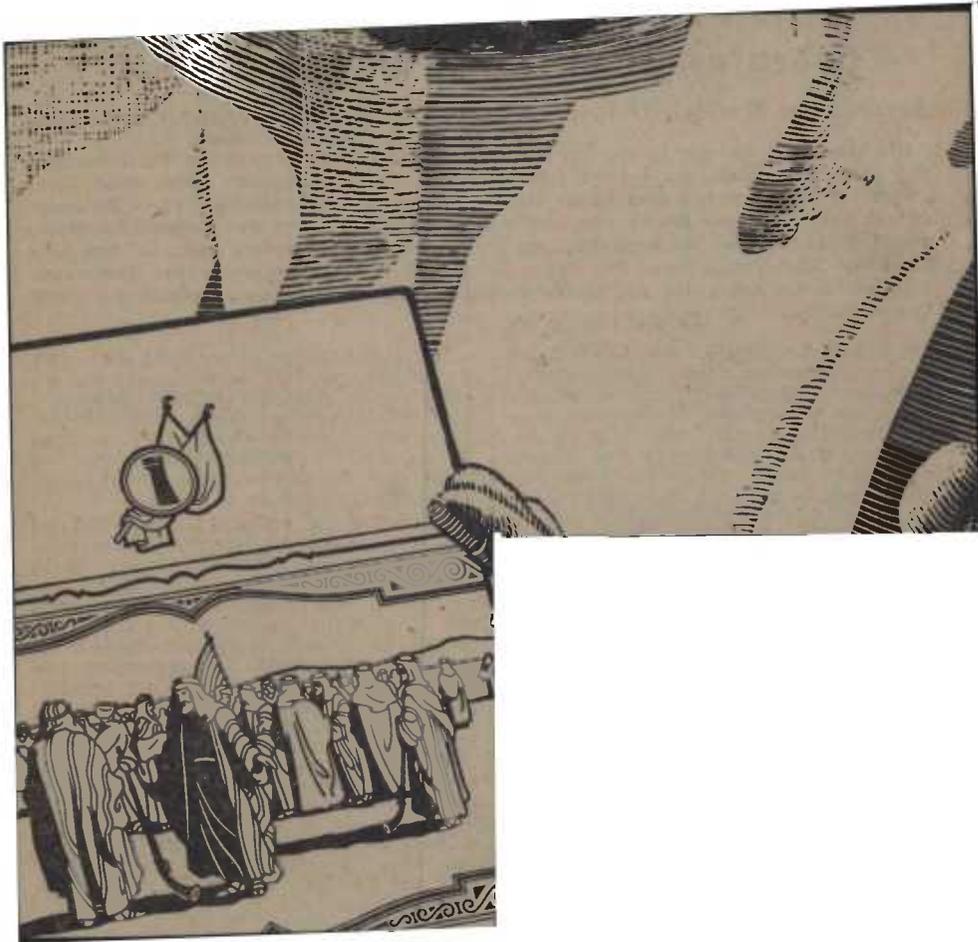
Die hessische Landesregierung hat bereits Maßnahmen beschlossen, um die Bedeutung der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt und Universitätsstadt Mainz nach ihrer „Wiedervereinigung“ mit dem Lande Hessen zu erhalten. Dies geht aus einer Stellungnahme hervor, die der Bezirksvorsitzende der SPD Rheinhessen, der Mainzer Landtagsabgeordnete Günther Markscheffel, am Freitag zu dem Schreiben gab, in dem der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn die Vorschläge der rheinland-pfälzischen Regierung für die Wiederherstellung der kommunalen Einheit der Stadt Mainz ablehnte. A. Z. 30.10.54.

Markscheffel erklärte, der Brief Zinns enthalte mindestens insofern eine staatsrechtliche Unmöglichkeit, weil darin die Rede davon sei, daß die Wiederherstellung der kommunalen Einheit der Stadt Mainz nach einer Zusammenführung von Rheinhessen und Hessen durch ein hessisches Landesgesetz beschlossen werden könne.

Ein solches Gesetz sei gar nicht notwendig, da es sich bei der Wiederherstellung der kommunalen Einheit der Stadt Mainz, deren rechtsrheinische Vororte seit der Zonen-grenzziehung unter hessischer Verwaltung stehen, um die Wiederinkraftsetzung von früher im hessischen Staat selbst abgeschlossenen Verträgen handele.

Im übrigen, so erklärte Markscheffel, sei ihm bekannt, daß die hessische Landesregierung für den Fall einer Wiedervereinigung Rheinhessens mit dem Lande Hessen unverzüglich ihre rechtsrheinischen Vororte der Stadt Mainz zurückgeben werde. Ferner sei die hessische Regierung entschlossen, die Universität Mainz zu unterhalten und fortzuentwickeln. Bei Fortfall der Landesregierung Rheinland-Pfalz sollen hessische Staatsbehörden in Mainz untergebracht werden.

Markscheffel betonte, daß darüber hinaus die kommunale Zusammenarbeit zwischen Mainz und Wiesbaden immer begrüßt werde, da sie in vielfacher Hinsicht eine notwendige Selbstverständlichkeit sei, die sich schon aus der allgemeinen Entwicklung des Verkehrs und der Wirtschaft ergebe.



„Staatsvertrag würde das Grundgesetz umgehen“

Hessens Ministerpräsident zum Mainzer Vorschlag über Rückgliederung der rechtsrheinischen Vororte

SIAMZ, Nl. Oppenheim / 42 4 - 96

Der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn begründete am Donnerstag in einem Schreiben an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier die hessische Ablehnung des vorgeschlagenen Staatsvertrages über die früheren Mainzer rechtsrheinischen Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim damit, daß ein solcher Vertrag das vom Grundgesetz hinsichtlich der Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehene Verfahren umgehen würde.

Nach einer Beseitigung der willkürlich gezogenen Grenzen zwischen Hessen und Rheinhessen im Zuge der zu erwartenden Neugliederung entfielen verfassungs- und staatsrechtliche Bedenken gegen die Rückgliederung der Vororte in das Mainzer Stadtgebiet von selbst, so daß diese dann durch einfaches hessisches Landesgesetz beschlossen werden könne. Bis dahin erscheine eine gedeihliche Zusammenarbeit der Städte Mainz und Wiesbaden am besten durch die Bildung eines „Zweckverbandes Mainmündung“ gewährleistet, wobei Hessen eine Befürwortung und Förderung dieser Städte-Zusammenarbeit durch Rheinland-Pfalz dankbar begrüßen würde. Ein Staatsvertrages bedürfe es hierzu nicht.

Der Ende September übermittelte Vorschlag Altmeiers sah unter anderem vor, daß durch eine sofortige Regelung in einem Staatsvertrag „die seit 1945 geteilte Stadt Mainz kommunalpolitisch wieder vereinigt“ werden und die Kommunalsteuern ausschließlich Mainz zufließen sollten. Staatsrechtlich solle das rechts-

rheinische Gebiet weiterhin zu Hessen gehören, so daß die staatlichen Steuern aus diesem Gebiet Hessen zufallen würden.

Zinn betonte, daß die hessische Landesregierung volles Verständnis für die Bestrebungen der Stadt Mainz habe, ihr Stadtgebiet wieder im früheren Umfang herzustellen. Sie sehe aber leider keine Möglichkeit, diesem Ziel auf dem vorgeschlagenen Wege näherzukommen. Ein Staatsvertrag, der dem Vorschlag entsprechend die früheren Mainzer Vororte so stellen würde, als ob sie bereits wieder in das Mainzer Stadtgebiet einbezogen wären, würde das Ergebnis einer Neugliederung für ein Teilgebiet vorwegnehmen und dabei die unmittelbare Befragung der Bevölkerung ausschalten, der nach dem Grundgesetz ausschlaggebende Bedeutung zukomme. Außerdem verbürgten Grundgesetz und hessische Verfassung den Gemeinden das Recht auf Selbstverwaltung. 4.2.29.10.54.

Anschließend verwies Zinn auf die bevorstehende Neugliederung des Bundes. Die einjährige Frist für das Einleiten von Volksbegehren nach Artikel 29 des Grundgesetzes werde wahrscheinlich in Kürze zu laufen beginnen. Die hessische Regierung nehme an, daß diese Neugliederung entsprechend den von ihr gemachten Vorschlägen vorgenommen und damit die willkürlich gezogene Grenze zwischen den beiden Ländern an verschiedenen Stellen beseitigt werde.

Zu der bis dahin am vorteilhaftesten erscheinenden Mainz-Wiesbadener Zusammenarbeit durch Bildung eines

„Zweckverbandes Mainmündung“ bedauere es die hessische Regierung, daß die auf einen solchen Zusammenschluß gerichteten Bemühungen der Industrie- und Handelskammern beider Städte noch nicht zu einem konkreten Ergebnis geführt hätten. Hessen halte es für begrüßenswert, wenn Rheinland-Pfalz die Städte-Zusammenarbeit auf dieser Grundlage gleichfalls befürworten und fördern würde. js.

Von der Landesregierung von Rheinland-Pfalz war am Donnerstag zu der Antwort Zinns noch keine Stellungnahme zu erhalten, da Ministerpräsident Altmeier zur Bundesratssitzung nach Bonn gefahren war und die Beamten der Staatskanzlei dem Regierungschef nicht vorgreifen wollten. Auch der Mainzer Oberbürgermeister Stein will sich nicht vor Freitag zu dem Brief des hessischen Ministerpräsidenten äußern, da er sich erst gründlich mit der Angelegenheit befassen will.

Fast vier Behntel des Wohnungsfehlbestandes im Lande

Mainz ist gegenüber anderen Städten übel dran / Muß man Flüchtling sein, um eine Wohnung zu erhalten?

Vor den Delegierten des Kreisverbandes Landeshauptstadt Mainz des Bundes der vertriebenen Deutschen referierte der Dezernent für Wohnungswesen bei der Stadtverwaltung, Beigeordneter Zahn, über das Wohnungsproblem in Mainz.

Beigeordneter Zahn ging in seinen Darlegungen vor den Delegierten der Heimatvertriebenen aus allen Mainzer Stadtteilen davon aus, daß trotz des Baues von einigen tausend Wohnungen in der Landeshauptstadt seit 1949 die Zahl der Wohnungssuchenden nicht abgenommen hat, sondern ständig steigt. 8000 Heimatvertriebenen, ungerechnet die Sowjetzonenflüchtlinge, seien in der Landeshauptstadt wohnhaft. Beiden Gruppen sind von 1950 bis zum 30. 9. 1954 nur 1076 Wohnungen zugeteilt worden. Ihr Anteil liege damit unter dem Durchschnitt und widerlege die vielfach verbreitete Meinung, man müsse nur Flüchtling sein, um eine Wohnung zu erhalten. Das sei keineswegs der Fall, da die Heimatvertriebenen praktisch nur im Rahmen des zweckgebundenen sozialen Wohnungsbaues unterkommen könnten. Erst ein gesunder Eigenheimbau mit eigenem Kapital kann das in Mainz noch so bedrückende Wohnungspro-

blemsatzungsverdrängte, 12 an Evakuierte und 58 an sonstige Anspruchsberechtigte vergeben werden müssen. Sie könne darum auch für die Heimatvertriebenen auf dem Wohnungsmarkt nur insofern etwas tun, als man sie unter Mitwirkung der entsprechenden Ausschüsse in der für sie zweckgebundenen Wohnungen einsetze. Nur durch wesentlich höhere Zuteilungen von Förderungsmitteln könne auf lange Sicht das in Mainz noch unsagbar große Wohnungs-elend und die Wohnungsnot behoben werden.

Die Mietsätze zu hoch

Die Sprecher der Heimatvertriebenen in Mainz legten in der Aussprache u. a. dar, daß es bei Wohnungsmieten von mehr als 80 und 90 Mark monatlich nicht mehr möglich sei, von sozialem Wohnungsbau zu sprechen. Kaum einer der Vertriebenen und der übrigen Geschädigten könne solche Mietsätze bezahlen. Beim Vorwurf auf mangelhafte Beaufsichtigung des sozialen Wohnungsbaues wurde geltend gemacht, manche Bauvorhaben würden zu komfortabel ausgeführt. Ein besonderes Problem bildeten die Baukostenzuschüsse oder Mietvorauszahlungen, die auch dann von den Bauherren verlangt würden, wenn sie zweckgebundene Landesmittel erhalten hätten. Leider käme es nur zu häufig vor, daß Wohnungssuchende sogar unaufgefordert solche Zuschüsse anboten, um nur in den Besitz der Wohnung

zu kommen. Vorauszahlungen von 200 bis 4000 DM für die Wohnung seien auf dem Mainzer Baumarkt selbst bei Förderung durch Landesmittel die Regel.

Ungerechter Maßstab für Mainz

Die Vorschläge und Anregungen der Heimatvertriebenen an die Stadtverwaltung faßte der BvD-Kreisbundvorsitzende, Stadtrat Nicusela, unter Ueberreichung eines Nachweises von 22 dringlichsten Notständen bei Vertriebenen in Mainz zusammen. Er erinnerte dabei daran, daß der Fehlbestand an Wohnungseinheiten in der Landeshauptstadt 11 628 betrage und damit 38,97 v. H. des Wohnungsfehlstandes im Landesmaßstab ausmache. In Ludwigshafen betrage dagegen der Wohnungsfehlbestand nur noch 18,7 und in Kaiserslautern gar nur noch 3,65 v. H. Dieser Maßstab sei für Mainz gegenüber den anderen Städten des Landes ungerecht und bedeute, daß es bei gleichen Verhältnissen noch zwölf Jahre dauern würde, bis der normale Wohnungsbestand erreicht werde. dk.

Verband der Fliegergeschädigten

Neue Geschäftsstelle im Gewerkschaftshaus

Der Kreisverband der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten hat seine Geschäftsstelle vom 2. November an im Gewerkschaftshaus, Mainz, Kaiserstraße 26-30, Zimmer 105, 1. Stock. Die Geschäftsstunden sind Dienstag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr, Freitag von 17 bis 19 Uhr (nicht wie bisher Mittwoch).

Freitags stehen der Kreisvorsitzende und die Mitglieder der einzelnen Ausschüsse beim Ausgleichsamt in Mainz in den Räumen des Gewerkschaftshauses zur Verfügung.

A. Z. 20. 11. 54.

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 97

Wiesbaden für neue Zweckverbands-Gespräche

Oberbürgermeister Dr. Mix bittet Kollegen Stein um Terminangabe

Nachdem der Wiesbadener Magistrat und das Stadtparlament der hessischen Landeshauptstadt aus den verschiedenen Entwürfen einer Satzung für den Zweckverband Rhein-Main einen abschließenden Entwurf geformt hat, der nach Wiesbadener Ansicht eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit Mainz darstellt, hat der Wiesbadener Oberbürgermeister Dr. Erich Mix gestern den Mainzer Oberbürgermeister in einem Schreiben gebeten, einen Termin für die Überreichung dieses Entwurfs zu nennen.

Der jetzige Wiesbadener Entwurf lehnt sich, wie wir vom Wiesbadener Oberbürgermeister erfahren, von einigen Abweichungen abgesehen, an den seinerzeit von den beiden Handelskammern Mainz und Wiesbaden erarbeiteten Entwurf an,

über den wir bereits ausführlich berichtet haben. Dieser Kammerentwurf sieht bekanntlich vor, daß sich einige Gebietskörperschaften, besonders die Städte Mainz und Wiesbaden, zu einem Zweckverband zusammenschließen. Aufgabe dieses Zweckverbandes soll es sein, eine Reihe von überlokalen Aufgaben gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Zu diesen Aufgaben gehören unter anderem die Verkehrspolitik sowie das besonders wichtige Gebiet der Industrie- und Wohnsiedlung. Die Kosten, die sich aus der Bewältigung dieser Aufgaben ergeben, sollen von den beteiligten Städten und Gemeinden ihrer Einwohnerzahl entsprechend aufgebracht werden.

in Präsident des MCG

neue Wege gen geschaffen werden

daß die Teilnehmer an diesem Bauvorhaben lediglich an Bargeld eine Risikoeinlage von 300 Mark zahlen müssen und in spätestens einem Jahr eine schöne und gesunde Wohnung ihr eigen nennen können. —

Die organisatorischen Arbeiten sind nunmehr soweit abgeschlossen und in den nächsten Tagen wird das im Besitz der Stadt befindliche Bauland an den Bauträger übergeben. Die Stadt selbst ist darum stark interessiert, daß die projektierten Straßen gleichlaufend mit dem Baufortschritt einheitlich hergestellt werden und nach Errichtung der Häuser fertiggestellt sind. Da auch gleichzeitig die übrigen Straßen des Siedlungsgebietes nicht nur notdürftig, sondern endgültig ihr richtiges „Gesicht“ erhalten, könnte der neue Hochheimer Stadtteil am Ende des Jahres in vollem Umfang fertig sein.

Endlich heimgekehrt

Dr. Fritz Steinböck nach Kastel heimgekehrt

Dieser Tage kehrte Doktor Fritz Steinböck nach zehnjähriger Gefangenschaft nach Kastel heim. An der deutsch-österreichischen Grenze aufgewachsen, vermochte er nun nicht mehr nach dort zurückzukehren, zumal seine Eltern seinerzeit von den Russen erschossen wurden und er kein Zuhause mehr besitzt. Nach schwerer Kriegsgefangenenzeit, in der er später auf Grund seines

Ihrer Gesundheit zuliebe
EDEN-Margarine
Nur im Reformhaus!

Berufes als Arzt tätig war, und anschließend als Zivilinternist noch als Arzt gebraucht wurde, lernte Dr. Fritz Steinböck die Leiden

Was die rechtsrheinischen Bürgermeister meinen

Kleine Umfrage bei den Bürgermeistern zur Mainzer Aktion um die Vorortfrage

H. H. - Die erneute Aktion des Mainzer Oberbürgermeister zur Integrität der Stadt Mainz, das heißt zur Rückführung der rechtsrheinischen Mainzer Vororte, hat nicht nur bei den Regierungsstellen, sondern auch bei den Betroffenen selbst, nämlich den Ortsverwaltungen der Orte Kastel mit Omöneburg, Kostheim, Ginsheim, Gustavsburg und Bischofsheim ihr Echo gefunden. Zumindestens bildet sie dort drüben „am anderen Ufer“ den Gesprächsstoff auf Aemtern und in Privatkreisen.

Wir haben nun die einzelnen Bürgermeister und Ortsvorsteher dieser Vororte aufgesucht, um von ihnen eine kurze Stellungnahme zu dieser Aktion des Mainzer Oberbürgermeisters zu erhalten. Mit einigen Schwierigkeiten konnten wir folgendes registrieren:

Kastel:

Der Stellvertreter des in Urlaub befindlichen Ortsvorstehers Franz Both, Oberinspektor Jäger: „Die beste Lösung wäre, wenn Rheinhessen wieder zum Staate Hessen zurückkehren würde. Für den jetzigen Vorschlag des Oberbürgermeisters Stein aber wäre es notwendig, daß sich die Rheinland-Pfälzische Landesregierung stärker hinter die Mainzer Wünsche stellen würde, soweit ihr das überhaupt möglich ist. Zwar wird auch in Kastel die Rückkehr zur Vaterstadt Mainz stark befürwortet, doch andererseits sollte man daran denken, daß auch hier die wirtschaftlichen Erwägungen für die Kasteler eine Rolle spielen.“

Kostheim:

Ortsvorsteher Treber: „Man hätte bereits 1946 daran denken sollen, das rechtsrheinische Mainz in irgendeiner Form zusammenzufassen, um so die Bindungen zur Vaterstadt wenigstens in loser Form zu erhalten. Heute ist es für einen Aufruf zur Rückführung schon reichlich spät, obwohl in Kostheim nach wie vor bei vielen die Tendenz nach Mainz besteht. Mir erscheinen die Wünsche des Mainzer Oberbürgermeisters berechtigt, doch das beste wäre es für beide Teile, wenn Rheinhessen wieder wie früher zu Hessen zählen würde.“

Gustavsburg:

Bürgermeister Brunner: „Eine Regelung kann nur auf höherer Ebene stattfinden,

es ist eine Sache der Länder, diese Frage untereinander auszuhandeln. Neun Jahre sind bereits dahingegangen und die Frage muß weiterhin der Zeit überlassen bleiben. Die Gustavsburger haben sich bisher weder für noch gegen Mainz entschieden. Man muß sich klar darüber sein, daß die Vororte nur Objekte sind, doch man bedauert es in Gustavsburg sehr, daß die Stadt Mainz alle Maßnahmen ohne Anhören der Orte, um die es ja geht, eingeleitet hat. Es wäre besser

Mainz und Wiesbaden als Großstadt vereint?

Vorschlag aus Hessen / Neue Stellungnahme des Oberbürgermeisters Stein

Zur gegenwärtig so aktuellen Frage der Wiedervereinigung des Mainzer Stadtgebiets befragte der Südwestfunk (Dr. Klügel) noch einmal den Mainzer Oberbürgermeister Stein. Im ersten Teil der Unterredung entwickelte der Oberbürgermeister im wesentlichen die Gedanken, die er bereits in seinem bekannten Schreiben an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier fixiert hat.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellte Dr. Klügel dann folgende Frage: „Es gibt doch noch eine gewisse Hoffnung, daß dieser gordische Knoten der Zerteilung der Stadt Mainz einmal gelöst wird. Es gäbe nämlich, und das hat gestern abend der hessische Staatssekretär Bach vorgeschlagen, eine sehr einfache Lösung aus dem Dilemma: Man vereinige, so sagte Bach, die Städte Wiesbaden und Mainz zu einer einzigen Großstadt — wohl verstanden unter den Fittichen des Landes Hessen — und mache mit diesem kommunalpolitischen Eintopf jede weitere Debatte überflüssig. Wie stehen Sie zu diesem Gedanken, Herr Oberbürgermeister?“

Oberbürgermeister Stein antwortete hierauf: „Ich bin über die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Bach etwas erschrocken. Wenn er nämlich Pech gehabt hätte, wäre er heute Oberbürgermeister von Mainz, und er müßte genau so handeln

gewesen, wenn sich die Beteiligten erst einmal unterhalten hätten.“

Ginsheim:

Bürgermeister Bender: „Zuerst Regelung der Ländergrenzen. An Rheinland-Pfalz haben wir gar kein Interesse und schließlich haben wir inzwischen neun Jahre erfolgreicher Selbstverwaltung hinter uns.“

Bischofsheim:

Beigeordneter Kretschmar für den in Urlaub befindlichen Bürgermeister Graf: „Ich möchte einer Stellungnahme des Bürgermeisters nicht vorgreifen, denn meine Stellungnahme braucht ja schließlich nicht die Stellungnahme des Bürgermeisters zu sein.“

wie ich. Wenn er nun heute als Staatssekretär des Landes Hessen eine andere Haltung einnimmt, dann scheint mir das nicht objektiv zu sein. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Recht Recht bleiben muß. Die Vorort-Verträge sind von der damaligen hessischen Landesregierung und ihrem Parlament gesetzlich verankert worden, und es gibt keine deutsche Instanz, die diese Verträge irgendwie abzuändern vermag. Deshalb bestehen wir nach wie vor darauf, daß die rechtsrheinischen Vororte so rasch wie möglich an uns zurückgeführt werden.“

Dr. Klügel wies weiter darauf hin, daß die Rechte einer Stadt, also eines organischen Wachstums, im Gegensatz zu den künstlichen und Retorten-Konstruktionen unserer Länder nach dem Zusammenbruch, die älteren Ansprüche hätten und daß kein neues Gesetz, selbst das Grundgesetz, sich einfach darüber hinwegsetzen könne.

Hierzu erklärte der Oberbürgermeister u. a.: „Sie wissen, daß Mainz zweitausend Jahre alt ist. Als Mainz von den Römern begründet wurde, hatte man noch nicht einmal etwas von Deutschland gewußt, und Mainz wird in zweitausend Jahren noch bestehen. Da weiß man auch vielleicht nichts mehr von Rheinland-Pfalz und von Hessen und von Deutschland. Wir können das nicht voraussehen, aber die Stadt als solche hat den Vorrang in unserer Betrachtung, und wir müssen, wenn wir unsere Pflicht erfüllen, dafür sorgen, daß Mainz in dieser ungeheuerlichen Weise nicht geschädigt wird.“

Im übrigen meinte Oberbürgermeister Stein, er sei gespannt auf die Vorschläge, die die Landesregierung der Stadt Mainz übermitteln werde. Denn es hänge vieles für Mainz davon ab. Er könne allerdings im Augenblick noch nicht sagen,

welche Wege die Stadt weiter einschlagen werde. „Aber wir werden in unserem Kampf nicht erlahmen, die Einheit der Stadt Mainz wieder zu erreichen.“

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 98
Zustimmung der SPD

Zu der erneuten Initiative des Mainzer Oberbürgermeisters Franz Stein, die Wiederherstellung der kommunalen Integrität der Stadt Mainz zu beschleunigen, und zu den im Zusammenhang damit erfolgten Stellungnahmen der Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Hessen erklärte der Landtagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende der SPD Rheinhessens, G. Markscheffel: „Es ist das unbestreitbare Recht und die Pflicht des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz, alle Wege zu suchen, die zur Wiederherstellung der kommunalen Einheit von Mainz führen können. Die Stadt Mainz wurde durch das Besatzungsdekret geteilt und hat dadurch unermeßlichen Schaden erlitten. Unabhängig von der durch die Besatzungsmächte erfolgten Regelung der Landesgrenzen müssen auch vor Aufhebung der Suspendierung des Artikels 29 des Grundgesetzes von allen an dem Problem interessierten Stellen schon aus Gründen der Wahrung der kommunalen Rechte einer Stadt ständig Versuche unternommen werden, die zur Beseitigung eines Besatzungsrechtes führen können.“

Die Sozialdemokratische Partei in Rheinhessen hat auf ihrem diesjährigen Bezirksparteitag in Oppenheim daher ausdrücklich noch einmal festgestellt, daß sie jede Initia-

Oberhessische Bauernwurst

FEINKOST-KLEIN · Bahnhofstraße 1
gegenüber der Hauptpost, Telefon 74 21

tive der Stadt Mainz zur Wiederherstellung ihrer kommunalen Einheit auch vor einer allgemeinen Neuregelung der Ländergrenzen unterstützen werde. Das gleiche bezieht sich auch auf die im rechtsrheinischen Gebiet liegenden Stadt- und Gemeindeteile der Stadt Worms, der Gemeinde Gunterstblum und des Kreises Mainz.“

Lieber Petrus!

Wie ich sehe, hast Du mit mir und anderen braven Kindern ein Einsehen gehabt und uns seit langer Zeit wieder einmal die liebe Sonne geschickt. Das ist schön von Dir. Und weil dem so ist, hat Mutti mir mein Laufstüchlein, in dem ich allerdings mei-



Foto: Karin Eckert

stens sitze, hinaus in den Garten gestellt, damit ich ungestört den schönen Nachsommer genießen kann und groß und stark werde.

Aber den Daumen kann ich schon halten. Ich halte ihn für Dich, lieber Petrus, und Dein gutes Herz, auf daß es für die nächsten Wochen den kleinen und großen Kindern

Die Schwarzen Männer bringen Ruß - und Glück!

Vom Schornsteinfeger wird sehr viel verlangt / Dach-„Promenaden“ mit Leiter, Besen und Kratzeisen

„Heut hab ich Glück! Eben sah ich einen Schornsteinfeger!“ Oft hört man diese Worte. Und wir berichteten sogar schon von hochfiziellen Angelegenheiten, die diesem alten Volksglauben Rechnung trugen. Als Staatssekretär Dr. Haberer zum Beispiel vor Jahren in die neue Staatskanzlei einzog, als der 100 000. Mainzer Bürger in seinem Bettchen quäkte — immer war ein „schwarzer Mann“ zur Stelle, der Fortuna durch seine Gegenwart „herbeibeordern“ sollte...

Für diesen alten Aberglauben gibt es zwei Gründe. Der eine: der Beruf des Schornsteinfegers ist mit großen Gefahren verbunden. Er braucht also Glück, und darum bringt er auch selber Glück. Die andere: er schützt durch seine verantwortungsvolle Arbeit die Mitbürger vor Feuer und Rauch — er bringt ihnen Glück...

Umfangreiches Aufgabengebiet

„In den 21 Kehrbezirken des Regierungsbezirkes Rheinhessen ist je ein Bezirksschornsteinfegermeister tätig“, berichtet der seit 1934 in der rheinhessischen Schornsteinfeger-Innung führende tätige Obermeister Hermann L a h r. „Einer dieser Kehrbezirke — genannt II (M a i n z) — interessiert Sie wohl am meisten. Hier steht Philipp P u d e r an der Spitze. Er arbeitet im Sommer mit einem, im Winter mit zwei Gesellen...“

Gustavsburger Wohnungsmarkt belebt sich

Bis Dezember werden wieder 160 Familien glückliche Wohnungsbesitzer

Einen überaus positiven Bericht kann man über die Tätigkeit auf dem Wohnbausektor der Gemeinde Gustavsburg geben. Mit besonderer Freude konstatieren die Bürger die Bemühungen der Gemeindeverwaltung, die mehr als fünfzig Prozent aller Bauvorhaben aus Gemeindemitteln finanziert.

Vier Baugemeinschaften, darunter eine Notgemeinschaft und eine Reihe privater Baulustiger, sind dabei die Träger der Bauvorhaben — die zusammen 160 Wohnungen ausmachen. Die GEWOBA darf dabei unter den Bauträgern als die im Augenblick aktivste gelten. Sie errichtet an zwei Plätzen 36 bzw. 27 Wohnungen für die Gemeinde, von denen eine ganze Anzahl bereits im Rohbau fertig sind.

Mit dem Bau von zwölf Eigenheimen mit

Der Bezirksschornsteinfegermeister hat umfangreiche Aufgaben zu erfüllen. Ihm obliegen: Aufsicht über Gesellen und Lehrlinge, Prüfung der Schornsteine und Feueranlagen durch die sogenannte „Feuerstätten- und Brandschau“, Benachrichtigung der Eigentümer, wenn sich gefahrbringende Mängel zeigen, Beratung der Bevölkerung in heiztechnischen Fragen, Hilfeleistung bei Schadenbränden, aktive oder — wenn es die Gesundheit nicht mehr zuläßt — inaktive Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Es ist nicht so leicht...

„Im ganzen Regierungsbezirk Rheinhessen beschäftigen wir nur vier Lehrlinge“, erfahren wir weiter. „Nachwuchs meldet sich genug. Aber wir stellen nur so viel ein, wie wir später auch behalten können. Einen Berufswechsel nach Ende der Lehrzeit gibt es also bei uns nicht.“

Glücksbringer zu werden, ist nicht einfach. Der junge Bewerber muß erst einmal eine E i g n u n g s p r ü f u n g machen. Er muß schwindelfrei sein, Orientierungssinn haben, technische Begabung und gute Allgemeinbildung aufweisen und — er darf keine Angst vor Schmutz haben!

Ist die Prüfung erfolgreich „durchgeschwitzt“, beginnt die dreijährige Lehre. Sechs bis acht Wochen besucht der Lehrling in jedem Jahr die Fachschule in Frankfurt, bis er zur Ge-

sellenprüfung reif ist. Dann fängt die fünf Jahre währende Gesellenzeit an. Wieder geht's in die Fachschule und dann in die Meisterschule nach Kaiserslautern, wo sich der „schwarze Mann“ in Heiz- und Wärmetechnik, in Zeichnen, Planlesen, technischem Rechnen und besonders im Schriftverkehr mit den Behörden vervollkommen muß.

„Wir wünschen uns...“

Man sieht: Schornsteinfeger müssen nicht nur Schornsteine fegen können. Auf vielerlei Dinge haben Sie zu achten. Ihr Hauptaugenmerk gilt natürlich der „Lunge des Hauses“, dem Kamin. Der darf nicht baufällig sein. Ofenrohre dürfen keinen Kontakt mit Holzteilen haben, Ofentüren müssen dicht sein...

„Die B r a n d s c h a u der letzten Jahre gab in Mainz nur noch zu wenigen Beanstandungen Anlaß, freut sich Obermeister Lahr. „Nach dem Kriegsende waren dagegen natürlich Mängel im Übermaß festgestellt worden...“ Jeder Kamin unserer Stadt wird jährlich fünfmal gefegt. Da treten also die Attribute des Glücksmannes in Aktion: Leiter, Kugel, Besen und Kratzeisen. Und da heißt es für die Hausfrauen: Wäsche weghängen, mit dem Putzen warten, Ofenrohre abdichten, Kaminöffnungen verstopfen! Denn sonst wirbeln die Rußflocken durch Stuben und Gänge. Und dann fängt die Schimpferei an: „Der Kerl hat wieder einen Dreck gemacht!“

„Wenn die tags zuvor erfolgende Ankündigung: „Morgen kommt der Schornsteinfeger!“ besser beachtet würde, hätten auch die Hausfrauen mehr Spaß“, sagt Obermeister Lahr. „Denn wir haben ja nicht die Absicht, durch unsere Arbeit die Hausfrau zu verärgern. Wir wollen doch nur helfen, Unglück zu verhüten. Und wenn man ein bisschen Ruß dabei nicht in Kauf nehmen will, muß man eben Vorsorge treffen.“

„Noch ein guter Rat für Ihre Leser“, verabschiedet er sich: „Ofenrohranschlüsse braucht man nicht unbedingt mit Cha-

Vororte können Mainzer Aufbau nicht bezahlen“

Wiesbadener Stadtverordneter antwortet Oberbürgermeister Stein

A. Z. 6. 9. 54.

StAMZ, NL Oppenheim / 42.4 - 99

Nicht nur Ministerpräsident Zinn, Staatssekretär Bach und andere Mitglieder der hessischen Regierung, sondern auch die Wiesbadener Stadtverordneten und Magistratsmitglieder haben sich in den letzten Tagen mit dem Mainzer Vorstoß befaßt, die Rückgliederung der AKK-Vororte nach Mainz in die Wege zu leiten. Stadtverordneter Werner Freitag, Vorsitzender der FDP in Kastel und Kostheim, nahm gestern ebenfalls zu dem Mainzer Schritt Stellung.

Freitag erkannte das Recht des Mainzer Oberbürgermeisters zu diesem Schritt an, aber, so meinte er, man könne den Spieß ebenso umdrehen. Wir können mit dem gleichen Recht behaupten, daß die gesamte Stadt Mainz ebenso unrechtmäßig von Hessen abgetrennt und dem Land Rheinland-Pfalz eingegliedert worden sei.

Sicherlich ist Mainz eine amputierte Stadt. Wenn Mainz jetzt seine Krücken abwerfen und sich dafür eine Prothese anlegen will, so ist das durchaus erfreulich. Diese Prothese kann aber nur heißen: Zweckverband Wiesbaden-Mainz. Hier müssen aber alle politischen wie persönlichen Vorbehalte dem Wohl der Allgemeinheit weichen.

Hinsichtlich des Steueraufkommens, das Mainz einmal von den AKK-Vororten zu erwarten hat, ist Freitag sehr skeptisch. „So viel Steuergelder bringen die AKK-Vororte nun auch nicht auf, daß sie den Wiederaufbau von Mainz entscheidend beeinflussen oder gar finanzieren könnten. Kastel ist genau so schwer zerstört wie Mainz, und in Kostheim stehen heute noch die Elendsbaracken aus der Zeit des ersten Weltkriegs.“

ges. Mainz würde also nur erneut belastet werden, wenn es die Vororte weiter so unterstützen wollte, wie es seit Jahren von Wiesbaden getan wird.“

Freitag erklärte schließlich, daß auch die Bürgermeister von Bischofsheim, Ginsheim und Gustavsburg ähnliche Betrachtungen erwogen haben und in einer Rückgliederung — nach neunjähriger Selbständigkeit — keinerlei Vorteile für ihre Gemeinden erblicken könnten. Lediglich eine Rückkehr nach Hessen und ein wohlüberlegter Zweckverband können allen Gemeinden im Maindreieck finanziell, wirtschaftlich und kulturell jene Stärke geben, die dieses Gebiet braucht, um einen zweiten wirtschaftlichen Schwerpunkt zwischen Rhein und Main zu bilden. IMS

In der letzten Sitzung des Wiesbadener Magistrats wurde wiederum eingehend die Frage des Zweckverbandes Mainz—Wiesbaden erörtert. Der Magistrat beschloß, einen Redaktions-Ausschuß zu bilden, der sich nochmals eingehend mit den Statuten des Zweckverbandes befassen soll.

als bescheidener Dank

überreicht / Vorstand wiedergewählt

Das goldene Treue-Ehrenzeichen für 25jährige Mitgliedschaft erhielten durch den Kreisvorsitzenden folgende Personen: H. Weber, G. Anthes, L. Römer, B. Drescher, E. Müller, M. Becker, G. Keil, J. Burk, H. Bruegnitz, H. Domanitzki, K. Kappel, A. Schmitt, K. Fleischer, G. Herdt, Ph. Jung. Mit dem silbernen Treueabzeichen für zehnjährige Mitgliedschaft wurden W. Gebert, B. Görlich.

... durch Prinzessin Margot I. aus Hochheim den großen Silberpokal, den man in der kommenden Kampagne beim ersten Zusammentreffen der Frankfurter, Hochheimer und Rüsselsheimer Karnevalisten mit edlem „Hochheimer“ füllen will.

Altbürgermeister Dörfler als Protektor der Veranstaltung steuerte „Selbstgeschmiedetes“ bei, der Ansager Heinz Schuhmacher hatte in den „drei sauren Burschen“ aus Frankfurt — im Stile der „Travellers“, dem Hofballett des Mainzer Carneval-Clubs mit den sechs anmutigen Rüsselsheimerinnen und ihrer Solistin Margrit Scheller, dem zwerchfellerschütternden Musikal-Clown und den Gebrüdern Wilhelm die besten Interpreten heiterer Kunst. Die Rüsselsheimer Hofsänger unter Wolfgang Beuthner, das Raunheimer Sensesstein-Mundharmonika-Trio, das Tanzpaar Wilma Schramm, Helmut Semmler, die Kapelle Haumann hatten Anteil am Gelingen des bunten Manöverballetts, bei dem man die Abordnungen des Rüsselsheimer Carnevalvereins, der Prinzess-Margot-Garde Hochheim, des Carneval-Club 48 Weisenau, der ersten Langener Carnevalgesellschaft, der Kostheimer „Roten Husaren“, der Ginsheimer „Altrheinschützen“, des Flörsheimer Carnevalvereins, der Ranzengarde Offenbach-Bürgel, des Frankfurter Ruder-Club begrüßen konnte. -ma-

BISCHOFSHHEIM

Besuch aus Wonsheim. — Nachdem vor Wochen die Bischofsheimer Gemeindejugend ihrem ehemaligen Pfarrer Burghardt und seiner Gemeinde Wonsheim einen Besuch abstattete, freuen sich die Bischofsheimer jetzt darauf, am 28. September Pfarrer Burghardt in Bischofsheim will-

... in diesen Tagen werden in Gießen gesprochen: Dr. Holzschuh, Amtsgerichtsrat, Darmstadt, „Neue Wege der Bekämpfung der Jugendkriminalität“. Chefredakteur Abel, Frankfurt: „Schwarze und weiße Arbeiter in Afrika“. „Warum entgleitet Afrika den Weißen?“ Elisabeth Burger, Frankfurt: „Erziehungsschwierigkeiten beim Klein- oder Schulkind und Jugendlichen“. Rektor Weinheimer, Kornsand: „Die Ginsheimer Rheinauen“. Dr. Enders, Rüsselsheim: „Warum Naturschutz?“. „Was soll jeder über Atome wissen?“. Dr. Ockel, Frankfurt: „Sind Träume nur Schäume?“. Studienrat Hefeke, Darm-

„Wohnungsbau-Groß“

Bemerkenswerter Vorschlag der.

Nachdem in der Stadtratssitzung vom 22. Juni die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union einen Antrag auf Erstellung von Wohnungen in einfacher Bauweise eingebracht hatte, der auf Beschluß des Stadtrates dem Bauausschuß überwiesen wurde, befaßte sich auch der Sozialausschuß der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft Mainz eingehend mit dieser Frage.

In einer Entschliebung wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen dringend notwendigen Baumaßnahmen um Hilfe für einen Personenkreis handle, der nur eine geringe Miete und keinerlei Baukostenzuschuß zahlen könne. In Betracht käme auch ein nicht kleiner Kreis minderbemittelter Wohnungssuchender aller Art. Da in diesen Fällen das Wohnungsamt keine Abhilfe schaffen könne, müßten, wie bereits in verschiedenen Städten, andere Wege aufge-

Landesregierung erklärt: „Politisch nicht vertretbar“

Die neue Aktion des Oberbürgermeisters in der Vorortfrage wird recht kühl aufgenommen

Zu dem Brief des Mainzer Oberbürgermeisters, in dem er die Landesregierung bittet, für die Integrität der Stadt Mainz einzutreten, erklärt die Landesregierung, daß sie sich außerstande sehe, in dem vom Oberbürgermeister der Stadt Mainz gewünschten Sinne bei dem französischen Oberkommissar beziehungsweise bei der Alliierten Oberkommission tätig zu werden. Sie werde aber auf Grund des Schreibens des Oberbürgermeisters die Lage erneut prüfen und „keine Möglichkeit ungenutzt lassen, die sich aus der gegenwärtigen Situation ergibt und geeignet ist, die Wiederherstellung der kommunalen Einheit der Landeshauptstadt herbeizuführen.“

Im einzelnen erklärt die Staatskanzlei, zwar seien die Länder der Bundesrepublik durch besatzungsrechtliche Anordnungen gebildet, diese Vorschriften jedoch später durch deutsche Rechtsvorschriften abgelöst worden. Spätestens mit der Annahme der einzelnen Landesverfassungen durch das Volk seien die Länder des Bundes demokratisch gebildet worden. Selbst wenn die zuständigen Besatzungsmächte sich zu einer Aufhebung oder Änderung der Errichtung von Ländern betreffenden besatzungsrechtlichen Vorschriften verstehen würden, so ergäbe sich aus dieser formellen Aufhebung oder Änderung keinerlei Wirkung auf den Gebietsbestand der Länder.

Weiter aber hätten sich die Alliierten mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts selbst verpflichtet, das Grundgesetz zu respektieren und sich jedes unmittelbaren Eingriffs in die deutsche Rechtsordnung zu enthalten. Ländergrenzen könnten nur geändert werden im Rahmen der Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes. Diese seien zur Zeit von den Alliierten noch suspendiert. Damit sei aber nicht ein Vorbehalt ver-

bunden, daß die Besatzungsmächte nun selbst Ländergrenzen ändern könnten.

Von diesen rechtlichen Erwägungen abgesehen, halte es aber auch die Landesregierung politisch nicht für vertretbar, mit einem entsprechenden Antrag an die Besatzungsmacht heranzutreten, in einem Zeitpunkt, wo sich die Bundesregierung um die Wiederherstellung der vollen Souveränität der Bundesrepublik bemühe. Ein Schritt im Sinne des Antrages des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz würde bedeuten, daß den Besatzungsmächten Befugnisse zugestanden würden, die ihnen nach dem Besatzungsstatut längst nicht mehr zustünden.

Das Echo aus Wiesbaden

Zu dem Schritt des Mainzer Stadtoberhauptes erklärte Wiesbadens Oberbürgermeister Dr. Erich Mix: „Ich stelle mit Genugtuung fest, daß Oberbürgermeister Stein in seinem Schreiben erklärt, der geplante Zweckverband, der zur Erfüllung wesentlicher Aufgaben beider Städte notwendig ist, von diesem Schritt nicht berührt wird. Andererseits liegen jedoch die verwaltungsrechtlichen und verfassungsmäßigen Schritte, die von der

STAMZ, NL Oppenheim/42,4-100

Stadt Mainz und dem Land Rheinland-Pfalz angestrebt werden, außerhalb der Zuständigkeit und der Einflußmöglichkeiten der Stadt Wiesbaden.“

Scharfe Ablehnung in Hessen

Zu dem Verlangen des Mainzer Oberbürgermeisters Stein erklärte der hessische Ministerpräsident Dr. Zinn, es müte ihn merkwürdig an, wenn jetzt eine deutsche Behörde mit Hilfe der Besatzungsmächte einen verfassungsmäßigen Zustand ändern wolle. Eine solche Gebietsveränderung sei rechtlich gar nicht möglich, da es sich ja nicht um eine Änderung der damaligen Eisenhowerschen Proklamierung handle, sondern um eine Neuregelung der deutschen Ländergrenzen im Rahmen des deutschen Staatsrechtes. Von Hessen aus gesehen, gehe es auch nicht um die rechtsrheinischen Vororte der Stadt Mainz, sondern um ihre Zugehörigkeit zu Rheinhessen. Im übrigen sei Rheinhessen wie auch Montabaur erst zum späteren Land Rheinland-Pfalz gekommen, nachdem diese Gebiete bis 1945 zu Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt gehört hatten. Damals aber hätten die Franzosen den Wunsch gehabt, auf rechtsrheinischem Gebiet Fuß zu fassen und einen ausgedehnten Brückenkopf zu besitzen. Von Hessen werden die Ansichten des Mainzer Oberbürgermeisters als abwegig beurteilt. Auch in dem in diesen Fragen federführenden Bundesinnenministerium teile man die Ansichten Oberbürgermeister Steins bekanntlich nicht.

FDP begrüßt Mainzer Vorstoß

Der FDP-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Finanzminister Dr. Wilhelm Nowack, erklärte am Mittwoch, seine Partei begrüße den Mainzer Vorstoß. durch ihn werde das gleiche Recht gefordert, für das die Freie Demokratische Partei selbst seit Jahren eintrete. Die logische Korrektur des 1945 geschaffenen Zustandes würde zugleich eine Bresche in den Artikel 29 des Grundgesetzes schlagen, der die Gestaltung der künftigen, nach alliierten Militärgesetzen geschaffenen Ländergrenzen den wahren deutschen Belangen anpassen solle.



Kläranlage für Ginsheim-Gustavsburg

Bürgermeister-Dienstversammlung in Groß-Gerau / Einwandfr

Die Beratung über den Bau von Kläranlagen stand im Mittelpunkt der Dienstversammlung der Bürgermeister des Landkreises Groß-Gerau. Landrat Seipp führte aus, daß die kleineren Gemeinden gegenüber den Städten nur dann bestehen könnten, wenn sie ihrer Bevölkerung gleiche Vorteile bieten. Der Bau von Kläranlagen und die Schaffung einwandfreier hygienischer Verhältnisse bedeute dabei einen der Grundfaktoren.

Der starke Bevölkerungszuwachs der Nachkriegsjahre und der damit verbundene Wohnungsneubau stellt in vielen Gemeinden die Kanalisationsfrage in den Vordergrund und bringt damit auch den Bau von Kläranlagen zur Debatte. Im Landkreis Groß-Gerau habe Kelsterbach als erste Gemeinde den Bau einer Kläranlage, die 2,2 Millionen Mark erfordert, begonnen und die Arbeiten sind inzwischen so weit gediehen, daß sie in wenigen Wochen schon in Betrieb genommen werden kann. Auch der zweite Teil dieses Kläranlagenbaues für den südlichen Teil ist bereits im Bau. Die Stadt Rüsselsheim plant ebenfalls den Bau einer Kläranlage und hat 650 000 Mark für den ersten Bauabschnitt zur Verfügung gestellt. Die Anlage soll zugleich die Flörsheimer Abwässer aufnehmen.

Wie der Landrat weiter bekanntgab, sind jetzt Verhandlungen im Gange, die den Bau einer gemeinsamen Kläranlage für Goddelau, Stockstadt und Crumstadt sowie die der Landes-Heil- und Pflgeanstalt Philipps-hospital zum Ziele haben. Auch für die Gemeinden Ginsheim, Gustavsburg und Bischofsheim sei ein solcher Plan bereits aufgegriffen worden. Für Mörfelden und Wall-dorf, die beide mit dem Kanalisationsprojekt anfangen, stünden gleiche Möglichkeiten zur Verfügung.

In einem Lichtbildervortrag wurden danach die Bürgermeister durch Ingenieur Dr. Merkel mit den verschiedensten Klärsystemen bekanntgemacht. Da die Anlagen keine

Gewinne abwerfen, könnten wirtschaftlich günstige Lösungen nur durch Zusammenschlüsse erzielt werden. Die Erzeugung von Trockenschlamm gebe gerade im Raume des Kreisgebietes wirtschaftlichen Nutzen.

In der Aussprache wurden Finanzierungsfragen diskutiert, wie Dr. Merkel hierzu ausführte, erforderten Kläranlagen für 5000 bis 10 000 Menschen eine jährliche Belastung von 14 000 Mark. Den Ansprüchen entsprechend könnten sich aber diese Kosten ändern. In diesem Zusammenhang führte der Landrat aus, daß die Gemeinden, die sich mit Recht gegen eine Verschmutzung der Gewässer durch die Industrie wehrten, in der Frage der Abwässerreinigung mit gutem Beispiel vorangehen sollten. -ma-

Vier Verletzte bei Unfällen

Als nachmittags ein vierjähriger Junge im Barbarossaring über die Straße lief, wurde er von einem Lastwagen angefahren. Bei seinem Sturz erlitt das Kind Kopfverletzungen. Leicht verletzt wurde zur gleichen Zeit eine Frau, die in einem Straßenbahnzug der Linie 10 saß, als dieser an der Bruchspitze in Gonsenheim einen Zusammenstoß mit einem Lastwagen hatte.

Nach Mitternacht rammte ein Personenwagen einen auf dem Schillerplatz in Mainz stehenden Markierungspfosten. Bei dem Anprall wurden der Fahrer und eine neben ihm sitzende Frau verletzt. Auch der Fahrer

Müllabfuhr wird in Flörsheim obligatorisch

„Auflösung des Landes wäre Ruin für Mainz“

Generalversammlung der Christlichen Demokraten, Kreisverband Mainz

A. Z. 28.6.54.

In der Generalversammlung der Christlich-Demokratischen Union, Kreisverband Mainz, erstattete der 1. Vorsitzende, Rechtsanwalt Westenberger, Bericht über die Tätigkeit der Stadtratsfraktion, der Arbeitskreise und Ausschüsse der Partei.

Die Fraktion hat dem neuen Etat der Stadt Mainz zugestimmt, führte Rechtsanwalt Westenberger aus, obwohl noch Wünsche offen blieben und manche Bedenken vorhanden seien. Die Getränkesteuer würde grundsätzlich von der Fraktion abgelehnt. Solange jedoch ein Ersatz für den Steuerausfall nicht gefunden sei, müsse die Streichung im Haushaltsplan als unverantwortlich abgelehnt werden. Die Fraktion wehre sich auch dagegen, daß die Gewerbesteuer zu früh erhoben würde. Dadurch würden der Wirtschaft die Gelder vorzeitig entzogen.

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 101

Die rege Tätigkeit der Ausschüsse der Partei zeige, daß sehr nützliche Arbeit geleistet worden sei. Erarbeitete Stellungnahmen zu den verschiedensten Problemen wurden den zuständigen Stellen zugeleitet und von dort als wertvolle Beiträge bezeichnet. Die eventuelle Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz bedeute für die Stadt Mainz den Ruin, führte Westenberger aus. Universität und Landeshauptstadt bestimmten Mainz erst zur Großstadt und das wirtschaftliche Leben wäre eng damit verbunden.

Der geschäftsführende Vorsitzende Georg Diehl gab einen erfreulichen Bericht über den vollendeten Organisationsausbau, das Finanzwesen und die Aktivierung der Kreispartei im vergangenen Jahr. Außer einem beträchtlichen Mitgliederzuwachs konnte Diehl auch auf die gesunden finanziellen Verhältnisse innerhalb der Kreispartei hinweisen.

Arbeitstagungen und Mitgliederversammlungen wechselten in reicher Folge in dem abgelaufenen Geschäftsjahr einander ab. Der gute Besuch dieser Veranstaltungen war ein Zeichen des aktiven Mitgehens der Mitglieder und weiter Bevölkerungskreise. Aber auch die persönlichen Beziehungen der Mitglieder zueinander wurden gepflegt und gefördert.

Mit einem Appell an die Mitglieder, auch künftig in Eintracht und Geschlossenheit zusammenzustehen, ging der Sprecher auf die im kommenden Frühjahr stattfindenden Landtagswahlen ein. Hier müsse sich zeigen, ob das Staatsvolk von Rheinland-Pfalz sich seiner historischen und kulturellen Vergangenheit bewußt sei.

Kassierer Gottfried Gerster konnte auf die ausgeglichenen Finanzen der Kreispartei hinweisen. — Auch in der Diskussion kam immer wieder die Geschlossenheit der Partei zum Ausdruck. Ueber die Ausführungen des 1. Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Peter Altmeier, wurde bereits berichtet.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Rechtsanwalt Westenberger, 2. Vorsitzender Diakon Hermann Matthes, geschäftsführender Vorsitzender Georg Diehl, 1. Kassierer Gottfried Gerster, 2. Kassierer Michael Müller, 1. Schriftführer Karl Schiebel, 2. Schriftführer Fr. Elisabeth Ludwig, Beisitzer: die Stadträte Egli und Becker. Neben den geborenen Mitgliedern des erweiterten Vorstandes wurden die beiden Regierungsdirektoren Urban und Weber wiedergewählt.

den, die Ausschachtung der Fundamente hat anderen geblieben war, werden einige Dutzend nischen Besatzungsmacht über einer geschlossenen Straße bis zum Flachmarkt entstehen.

en Mark überschritten

Generalversammlung / 327 Mitglieder

können. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung seien in Ordnung befunden worden. Der Vorstand habe verantwortungsbewußt gearbeitet.

Geschäftsführer Friedrich Rös ch betonte in seinem Bericht, die allgemein gute Wirtschaftsentwicklung habe sich auch auf das heimische Bankunternehmen ausgewirkt. Er wies besonders auf die vielseitige Tätigkeit des Vorstandes hin. „Wir verwalten Gelder von allen Bevölkerungsschichten“, sagte Rös ch, „ebenso können auch Finanzgeschäfte jeglicher Art durch uns getätigt werden.“

Ihm folgte Oberprüfer Vogt, der zu Beginn neben seinem Kollegen Weber vom Prüfungsverband und neben Direktor Müller von der Landeszentralbank Wiesbaden als Ehrengast begrüßt worden war, und der der Versammlung nun einige Erläuterungen zur Bilanz, besonders aber zu dem mit 72 266 Mark bezifferten Posten „Grundstücke und Gebäude“ gab. Jahresrechnung sowie Gewinn- und Verlustrechnung wurden dann von der Versammlung einstimmig angenommen.

Ohne Diskussion billigte man auch die Ge-

Nuhn, Worms, Rundfunkmechanikermeister Schmidt, Worms, und Elektromaschinenbaumeister Jörg, Mainz.

In den Fachtagungen sprachen Bundesfachgruppenleiter Amann (Karlsruhe) über die wirtschaftliche Situation im Elektro-Installationshandwerk, Elektro-Ingenieur Marquardt, Mainz, über Fernstechnik und elektrongesteuerte Maschinen. In der Verbandsversammlung referierte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Knies, Worms, über betriebswirtschaftliche Beobachtungen.

Die Vorträge und Vorführungen sowie die fachlichen und wirtschaftlichen Diskussionen boten den Teilnehmern einen hochinteressanten Stoff. Als alte verdiente Mitarbeiter in der Berufsorganisation wurden die Elektromeister Jakob Dunkel, Koblenz, Willi Mattern und Fritz Muscheid, Neuwied, mit der goldenen Ehrennadel des Bundesinnungsverbands ausgezeichnet.

Fahrradanhänger verschwand

Seinen „Besitzer gewechselt“ hat ein einachsiger, gummibereifter Fahrradanhänger mit hellgrau gestrichenem Holzkastenaufbau. Der Boden des Kastenaufbaues ist grün gestrichen und trägt die Aufschrift: „Bense und Mohr“. Der Anhänger wurde vor dem Geschäft des Eigentümers in der Schöffnerstraße gestohlen. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

rt.

Kabelbrand im Auto

Ein Kabelbrand im Motorengehäuse entstand am Samstagabend an einem in der Mittleren Bleiche abgestellten Personwagen eines Mannes aus H o c h h e i m. Die Städtische Feuerwehr löschte den Brand mit „Tetra“-Löschern und schloß den Wagen „kurz“, damit der Autobesitzer seinen Wagen wenigstens nach Hause steuern konnte.

rt.

Ehrendoktor der Theologie

Dem Direktor des Herborner theologischen Seminars der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Professor Lic. August Dell, einem gebürtigen Mainzer, verlieh die evangelisch-theologische Fakultät der Johannes - Gutenberg - Universität Mainz die Würde eines Ehrendoktors der Theologie.

H.Ru.

„Peter Jaegers“ nahm Dienst auf

Am Samstag wurde das neuerbaute 600-t-Motorgüterschiff „Peter Jaegers“ planmäßig in Betrieb genommen. Das Schiff wurde von der Rheinwerft GmbH, Mainz-Mombach erbaut. Eigentümer ist die Reederei Josef Jaegers Mainz und Aschaffenburg.

Abschiedsvorstellung Defrank

In der letzten Aufführung von „Eurydikes

Kalksteins wesentlich verringert, ist beendet. Da der häßliche Anblick, den der einige hundert Meter weiter abgelagerte Grund bietet, schon seit jeher gestört hatte, ergab sich die Frage, ob es nicht möglich sei, hier Abhilfe zu schaffen. Die Betriebsleitung hat auch daran gedacht, und ein Plan steht bereits fest. Sobald sich die sogenannte „Kippe“ gesetzt haben wird, wird mit der Bepflanzung begonnen werden, und zwar in der Art, daß die gesamte gelbbraune „Rutschbahn“, die bis jetzt noch besteht, mit Grün bedeckt sein wird.

Besonders der Fremde, der von Osten über den Rhein oder von Norden, von Mainz

Elf Baupläne in der Ziel

Baufragen im Niersteiner Gemein

Auf einer Tagung des Niersteiner Gemeindeparlaments gab Bürgermeister Strub davon Kenntnis, daß seit Freitag der Anschluß an die Wasserleitung nach D e x h e i m mit einer 150er Leitung fertiggestellt ist. Mit dieser Zusatzleitung sowie

F.A.Z. 3.9.54

Streit um Mainzer Vororte

„Keine Rechtsgrundlage“

SIAMZ Nr. Oppenheim / 424 - 102

Nr. Mainz, 2. September (Eigener Drahtbericht). Der Oberbürgermeister von Mainz, Stein, hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ersucht, sich bei der alliierten Oberkommission um eine Rückgliederung der im Jahre 1945 abgetrennten rechtsrheinischen Vororte zu bemühen. Die Regierungen von Hessen und von Rheinland-Pfalz haben am Mittwoch zu dem Mainzer Ersuchen ähnlich lautende Erklärungen abgegeben. Die Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz teilte mit, für eine Rückgliederung bestehe keine Rechtsgrundlage. Mit der Annahme der einzelnen Landesverfassungen seien die Länder in demokratischer Weise gebildet worden. Auch das Grundgesetz gehe von ihrer staatsrechtlichen Existenz aus. Das Besatzungsstatut aber biete den Alliierten keine Möglichkeit, in den derzeitigen Gebietsstand der Länder einzugreifen. Rheinland-Pfalz werde jedoch erneut die Lage prüfen und keine Möglichkeit ungenutzt lassen, um die Wiederherstellung der kommunalen Einheit der Landeshauptstadt herbeizuführen.

Die hessische Regierung vertrat darüber hinaus die Auffassung, nur ein Anschluß Rheinhessens an Hessen könne die Mainzer Wünsche befriedigen.

Der Landesvorsitzende der Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz, Finanzminister Dr. Nowack, erklärte, seine Partei begrüße den Mainzer Vorstoß. Auch die Sozialdemokraten in Rheinhessen setzten sich für die Mainzer Bitte ein.

richten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Anschrift für Verlag und Redaktion: Frankfurt a. M., Börsenstr. 2, Tel.: Sammelnummer 9 31 54. Telegrammadresse: E F A Z E T. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr geleistet. Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 91393. Fernschreiber: Frankfurt a. M. Nr. 041-116.

10 000 DM als Baustein der Stadt für den Bonifazkirchturm

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 103

„Mainz muß letzte Entscheidung selbst herbeiführen!“

Oberbürgermeister Stein schnitt in seiner Etatrede erneut die Frage der rechtsrheinischen Vororte an

Hf. - Wohl hätte es die Stadtväter gestern bei der mehrstündigen Etatberatung nach einer kühlen Erfrischung gelüftet. Aber die von Oberbürgermeister Stein eingangs begrüßte städtische Vertretergruppe des Mainzer gastronomischen Gewerbes im Zuhörerraum war ohne „dienstbare Geister“ und ohne die „Eisbombe“ für den Stadtrat erschienen, auf die das Stadtoberhaupt humorvoll anspielte. Hemsärmelig stieg man, der Gewitterschwüle Tribut zollend, in die Beratungen ein, hörte die 32 Seiten starke Etatrede des Oberbürgermeisters an und trat dann in die Generaldebatte ein. Das Plenum zog sich um 19.30 Uhr mit dem Blick auf die Abschlußfeier der Bonifazius-Gedenktage zurück und wird heute um 15 Uhr wieder zusammentreten. A.Z. 22.5.54.

Wieder ließ der Oberbürgermeister Blumen sprechen: hatten sie in der letzten Sitzung auf dem Platz der Stadträtin Frau Hennig gestanden, gratulierte der Stadtrat diesmal dem Beigeordneten Dr. Dahlem mit einem Angebinde roter Rosen zum Geburtstag. Gleich erfreulich war die Zustimmung des Gremiums (bei 8 Stimmenthaltungen) zu einem vom Ältestenrat unterstützter Vorschlag der Stadtverwaltung, der katholischen Kirchengemeinde St. Bonifaz 10 000 DM als Baustein für den Turm der wieder aufgebauten, gestern konsekrierten Mainzer Bonifazius-Kirche zu gewähren. Sie sollen den beabsichtigten Aufbau des Turmes einleiten helfen, wie Oberbürgermeister Stein sagte, und Anregung zu weiteren Stiftungen sein. Bürgermeister Dr. Schwahn übermittelte bei der abendlichen Abschlußfeier im Kurfürstlichen Schloß die großherzige Gabe als Beitrag der Stadt zu dem Gedenken ihres ersten Erzbischofs in diesen Tagen.

Verwaltungsrat Thesen trug dann die Etatrede vor, von deren Verlesung der Oberbürgermeister selbst aus gesundheitlichen Gründen hatte Abstand nehmen müssen. Leider war, obwohl die Rede gewiß kein Geheimdokument ist, ihr Manuskript erst nach abgeschlossener Verlesung zu erhalten, und es war der Presse deshalb, wie im Vorjahr, unmöglich, sich an Hand der schriftlichen Fassung über die wichtigsten Punkte so rechtzeitig und stichhaltig zu informieren, daß sie in diesem Bericht mit anklingen könnten! Die Rede war ein umfassender Ueberblick, sowohl ein Rechenschaftsbericht wie ein wägender Ueberblick und Ausblick, dem es an aufschlußreichen Vergleichen nicht mangelte.

Zur Frage der rechtsrheinischen Mainzer Vororte stellte Franz Stein fest: „Ich hatte Gelegenheit, dem in Mainz tagenden Luther-Ausschuß am 26. Mai die Forderung der Stadt Mainz auf Beseitigung der bestehenden Abtrennung der rechtsrheinischen Gebiete vorzutragen. Meine Ausführungen hatte ich durch Überreichung einer kleinen gedruckten Denkschrift untermauert, in der nachgewiesen ist, daß das Mainzer Gebiet links und rechts des Rheines aus historischen wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen eine Einheit ist. Alt-Reichskanzler Dr. Luther hat die Bedeutung und die Berechtigung der Forderung der Stadt Mainz sehr wohl erkannt.“

Im übrigen halte ich aber nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, daß die Stadt Mainz selbst die mögliche letzte Entscheidung herbeiführen muß. Verhandlungen der beteiligten Instanzen führen m. E. nur zur weiteren Verschleppung, wobei mir klar ist, daß die Zeit nicht für, sondern gegen Mainz arbeitet. Auch für den Fall, daß etwa eine Änderung der Ländergrenze zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen gemäß Artikel 29 des G. G. akut werden sollte, kann die Stadt Mainz nicht erhoffen, daß ihr in Verbindung damit die rechtsrheinischen Vororte ohne weiteres zufallen werden. Aus diesen Gründen bin ich der Auffassung, daß die Stadt Mainz endgültig das höchste Ge-

richt zur Entscheidung dieser Rechtsfrage anrufen muß. Ich halte dies für notwendig, um nicht nur die derzeitige Stadtverwaltung, sondern auch Sie, als gewählte Vertreter der Bürgerschaft, vor dem etwaigen Vorwurf zu bewahren, daß rechtsrheinische Vororte einmal verloren gingen, weil in Verkennung der wirklichen Sachlage vage Hoffnungen auf die Nachgiebigkeit der Gegenseite davon abgehalten haben, die letzte und endgültige Entscheidung zu suchen. Ich glaube, mich damit auch in Übereinstimmung zu der Auffassung unserer Bürger rechts des Rheines zu befinden, die ebenso sehnlichst die endgültige Rückkehr wünschen.“

Die Fraktionen in der Generaldebatte

In der Debatte sagte Stadtrat Herrmann als Sprecher der Sozialdemokraten: „Die SPD hat versucht, die Belange der sozial Schwachen und der Schaffenden aller Art, soweit es im Rahmen des Möglichen war, zu erfüllen.“ Im Aufbau und Ausbau der Schulen, besonders der Volksschulen, dürfe keine Hemmung eintreten.

Ein besonderes Augenmerk galt dem Thema Städtebau und Planung: „Daß die so zerstörte Stadt nicht in wenigen Jahren wieder hergestellt werden kann, zumal dabei für die zukünftige Entwicklung des Verkehrs notwendige Änderungen beachtet werden müssen, ist nach unserer Meinung in kurzer Zeit nicht möglich. Es müßten aber einige besondere Baumaßnahmen zu einer schnelleren und alsbaldigen Erledigung gebracht werden. Stadtrat Herrmann nannte hier u. a. das Fischtor — „hier sollte die Bauverwaltung mit aller Energie an eine rasche Herrichtung herangehen“ — die Instandsetzung der Stadthallenterrasse, den Wiederaufbau der im Besitz von Land-

Stadtrat Fritz Kohl (FDP) bemerkte als Vorsitzender des Finanzausschusses zur Etatrede und zu den Voranschlägen: „Es ist dem Finanzausschuß ein Lob und eine Anerkennung auszusprechen. Gerade diesmal war es besonders schwer, den Etat auszugleichen“, was Kohl nochmals an Zahlen beleuchtete.

Nachdem Stadtrat Kohl, ausgehend von den nur etwa 6,5 Millionen Mark umfassenden Gewerbesteuern, die ungünstige steuerliche Lage der Stadt mit den anderen Städte verglichen hatte, sprach er sich in bemerkenswert straffen Gedanken für einen fixen Anteil der Städte an den Einkommensteuern aus, der nach seiner Ansicht gewährt werden müßte. Die Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen enthielten, nachdem die Gemüter bei den Beratungen in den Ausschüssen wohl oft genug hart aufeinandergeprallt waren, außer wohlmeinenden Empfehlungen die Zustimmung zu den Voranschlägen und drückten den Willen aus, im Rahmen der Pläne alles zu tun für Wohl und weitere Entwicklung der Stadt und ihrer Bewohner. Als erster sprach der Fraktionsvorsitzende Herrmann.

und Bund befindlichen Gebäude, wie Dalheimer Hof in der Klarastraße und Bauhofkasernen. „Auch dürfte es der Neustädter Heimstätte, die ja ein staatliches Unternehmen ist, möglich sein, durch Finanzierungshilfe zerstörte Häuser in der Kaiser-, Hindenburg- und Schulstraße sowie Rheinallee selbst aufzubauen oder aufbauen zu lassen. Daß durch Bundeserlaß die Wohnungsbaumittel zu 50 Prozent für Eigenheime gegeben werden, bedauern wir, denn wir befürchten dadurch eine gewaltige Einschränkung des sozialen Wohnungsbaues.“ Wenn dazu noch in zerstörten Städten, vornehmlich der Kern, aufgebaut werden soll — gegen diese Maßnahme haben wir im Prinzip nichts einzuwenden —, so ist doch zu erwarten, daß dann in der Neustadt und in den Vororten nicht in dem Umfang gebaut wird, wie es notwendig wäre. Auch werden die im Stadtkern erstellten Wohnungen eine wesentliche höhere Miete bedingen. Es müßten nach unserer Meinung besondere Mittel bereitgestellt und pro Wohnung ein

größerer verbilligter Betrag gegeben werden. Die geplante Erhöhung der Gebühren für Wasser, Gas und Strom wird von uns nicht abgelehnt. Es dürfte aber, auch nachdem die Wirtschaftsberatung die unbedingte Notwendigkeit dargelegt hat, doch noch eine eingehende Beratung über die Angelegenheit stattfinden. Bei den Verhandlungen über Bildung eines Zweckver-

STÄDTISCHES THEATER MAINZ

Heute, 22. 6., 19.30 Uhr: Gutenberg-Festauführung: Die Zauberflöte

bandes mit Wiesbaden werden wir ernsthaft mitarbeiten. Die im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Bauvorhaben sind in mehreren Sitzungen durchgesprochen, und wir wünschen nur eins, daß die in der Aufstellung eingeführten Vorhaben recht bald je nach der Dringlichkeit verwirklicht werden.“

Stellungnahme der CDU:

Dr. Eismayer als Sprecher der Christlich-Demokratischen Union empfahl mit Blick auf das von Jahr zu Jahr zu beobachtende Ansteigen der persönlichen Kosten, die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter den Verhältnissen angepaßt zu erhalten, die Vermehrung des Personals abzukümmern. Der Oberbürgermeister solle entlastet werden; es sei die Möglichkeit zu prüfen, einen Stadtkämmerer zu ernennen. Ein höherer Zuschuß des Landes für die höheren Schulen sei erforderlich. Dr. Eismayer begrüßte die Fortschritte im Wohnungsbau (die CDU bedauere, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet haben, mehr Evakuerte in die Vaterstadt zurückzuführen) und unterstrich die Notwendigkeit, Mit-

Baumwollkleidung der Clou

für Damen hochsommerlich buntfarben und chic ist unsre Stärke!



Wagner & Wettskind
am Gutenbergplatz in Mainz

tel und Wege zu finden für eine intensivere Räumung von Trümmeregeländen an den Hauptstraßen. Bedauerlich sei, daß das Weingut der Stadt Mainz einen Zuschuß erheische; es wäre deshalb zu überlegen, ob das Weingut nicht ebenso „abgestoßen“ werden solle, wie das mit dem ehemals städtischen Hotel „Rheinstein“ in Rüdesheim geschehen ist. Seine Fraktion sei der Meinung, daß der Ankauf eines Hotels durch die Stadt unterbleiben solle; sie rate davon ab, sich städtischerseits auf diesem Gebiet zu betätigen, das solle man dem Gewerbe überlassen.

Eindringlich appellierte Dr. Eismayer an die Bevölkerung, die Straßen besser sauber zu halten und nicht als „Papierkorb“ für leere Zigarettenpackungen usw. zu benutzen.

Ueber das Maß der vorgesehenen Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise sei noch zu beraten. Die Entscheidung sei, wie bei Berechnungen für die Straßenbahn, infolge von Vergleichsmaterial aus früheren Jahren schwierig. Die veranschlagte halbe Million aus der Getränkesteuer sei trotz allen Ueberlegungen nicht andersartig zu ersetzen; die Stadt sei auf diese Gelder angewiesen. Nach seiner, Dr. Eismayers Ansicht, könne diese Frage nicht von der einzelnen Kommune, sondern müsse bündeseinheitlich gelöst werden.

Dr. Eismayer schloß mit einem Wort an die linksrheinischen Vororte. Wohl seien in den vergangenen Jahren nicht alle Wünsche erfüllt, aber es sei viel getan worden und werde, wie die Zahlen des Haushaltsplanes bewiesen, auch weiterhin getan. Man dürfe und solle aber nicht übersehen, daß manche Vororte, wenn selbständig, gewisse Aufgaben nicht so, wie es geschehen ist, hätten erfüllen können.

Die Freien Demokraten:

Stadtrat Herrmann, der sich auch für eine Förderung von Volksbühne und Lesehallen eingesetzt hatte, sah sich in seinen Vorschlägen zur Erhaltung einst repräsentativer Bauwerke von Stadtrat Christ (Freie Demokraten) unterstützt und ergänzt. Manche Anträge seien von der FDP-Fraktion in den vergangenen Jahren zwar gefaßt, aber wegen Fehlens der Mittel nicht ausgeführt worden. Er nannte unter anderem den Römischen Kaiser, das Reich-Klara-Kloster, den Holz- und den Eisernen Turm. Die Frage der Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler müsse von der Stadt betrieben; auch Mittel müßten bereitgestellt werden. Die Freien Demokraten wollten demnächst einen Aufbau-Antrag für die Höhere Mädchenschule und einen weiteren für eine Darlehensaufnahme von fünf Millionen stellen, um die vorbezeichnete Erhaltung wichtiger Gebäude ermöglichen zu können.

Stadtrat Christ nannte die Abtrennung der rechtsrheinischen Vororte das Mainzer Grundproblem. Auf die Ankündigung des Oberbürgermeisters in seiner Etat-Rede eingehend: „Wir werden ihn in seinem Antrag unterstützen, weil wir die Bevölkerung in dieser Sache voll auf unserer Seite haben, auch die Anhänger führender Parteien in Wiesbaden.“ Die Treuhandverwaltung müsse unbedingt aufgehoben werden. Die Frage der AKK-Gemeinden falle nicht unter das Grundgesetz, sondern sei allein Sache der beiden Landesregierungen. Wenn der Stadt Mainz ihr Recht wieder würde, seien auch die Budgetberatungen leichter, und die Stadt könne ihre Aufgaben wieder freier durchführen als jetzt. In diesem Zusammenhang sprach sich Christ für den ursprünglichen Satzungsentwurf des Mainzer Bürgermeisters Max Hufschmidt aus. Kriterium des Zweckverbandes müsse sein, daß die gemeinwirtschaftlichen Betriebe möglichst in gemeinsame Hände kämen. Seine Fraktion werde die Arbeit für den Zweckverband unter allen Umständen fortsetzen.

Wenn es mit dem Wiederaufbau im Mainzer Stadtkern vorangehen solle, sei es notwendig, größere Gelände-Erwerbe vorzunehmen. In punkto Getränkesteuer vertrat auch Stadtrat Christ die Meinung, daß sie nicht gestrichen werden könne.

Evangelische Kirchengeschichtler

tagen morgen in Mainz

Die Mitglieder und Freunde der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung in Mainz treffen sich am Mittwoch, 23. Juni, zu ihrer Jahresversammlung. Diese Vereinigung entstand einst als Abteilung des Historischen Vereins im damaligen Großherzogtum Hessen. Nach dem Zusammenbruch 1945 konnte der Bischofsheimer Pfarrer Lic. Dr. Steitz der Vereinigung zu neuem Leben verhelfen. Auf ihrer Hauptversammlung 1949 dehnte sie ihre Tätigkeit auf den gesamten Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau aus und konnte später sogar das Gebiet der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck in die Arbeit einbeziehen.

In den Veröffentlichungen der Vereinigung wird die alte, hundert Bände umfassende Reihe der Hessischen Volksbücher in einer neuen Folge fortgesetzt, die ein Gedenkbuch für den Präläten D. Dr. Diehl, die Gedichte des oberhessischen Mundartdichters Peter Geibel und kürzlich den Rodensteiner, eine Darbietung und Auswertung des Sagenreichen und allbekannten Odenwälder Sagenkreises, brachte.

Die Hauptversammlung am Mittwoch findet im Kurfürstlichen Schloß statt. Der Erlanger Ordinarius für Kirchengeschichte, Professor D. Wilhelm Maurer, früher kurhessischer Propst und Marburger Dozent, wird in einem Vortrag des Vormittags eine neue Schau der heiligen Elisabeth von Marburg vermitteln. In der Festversammlung des Nachmittags sprechen Professor Dr. Biundo (Mainz) und Dekan Dr. Dr. Steitz (Bischofsheim) über führende pfälzische und hessische Schulreformer aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

„Kostheime“ gewinnen Preise

Die Kostheimer evangelische Jugend bietet nummerierte Kärtchen an, die für einen einzelnen Hohlblockstein stehen. Das Kärtchen kostet den Preis des Steines, 0,80 DM. Mit dem Erlös soll das Erdgeschos des Jugendheimes erstellt werden, Stein um Stein. 1500 Steine werden gebraucht. Zwei Nummern der durchnummerierten Kärtchen gewinnen wahlweise eine Armbanduhr oder einen Füllhalter. Die niedere der beiden Nummern gewinnt zugunsten des Käufers, die höhere zugunsten des Verkäufers des betreffenden Kärtchens. Wer verkauft mit? Wer kauft mit?

Jugendsonntag mit Theaterabend

Der 27. Juni wird im ganzen evangelischen Kirchengebiet als Jugendsonntag begangen. In Kostheim ist ein Jugendabendmahl nach dem als Jugendgottesdienst gestalteten Hauptgottesdienst, nachmittags sind Sportwettkämpfe auf der Maarau und um 20 Uhr in der Siedlungsaula ist ein Theaterabend zugunsten des Jugendheimbaufonds vorgesehen. Alle Kostheimer sind eingeladen. Am Abend bietet die evangelische Jugend allerlei fröhliche Theaterstücke ähnlich denen des Bazars von neulich dar.

Johannisfeuer

Am 24. Juni veranstaltet die evangelische Jugendgemeinde Kostheim an der Mainzspitze ein Johannisfeuer, wozu sie jeden einlädt.

Bundesgawart Felger kommt

Der bekannte Mitarbeiter des Westdeutschen Evangelischen Jungmännerwerkes spricht am 25. Juni in der Knabenschulaula zur männlichen Jugend, die herzlich eingeladen ist.

Fünfhunderter für ein

Das Glücksrad rollte beim Gewinn

In der Schalterhalle der Mainzer Volksbank fand wiederum die monatliche Auslosung statt, zu der zahlreiche Mitglieder erschienen waren. Das Mitglied des Vorstandes des Gewinn-Sparvereins, Bickert, begrüßte die Gewinn-Sparer und bat, wie üblich, zwei Mitglieder zum Auslosungstisch, die, ebenso wie ein Polizeibeamter, den Auslosungsvorgang überwachten. Notar Köhler führte die Auslosung in gewohnter Weise flott durch. Ein Kriegsblinder zog jeweils die Losnummern aus der Trommel.

Alle Anwesenden erwarteten gespannt die Ziehung des Haupttreffers von 500 DM. Eine Hausfrau aus Mainz-Kostheim

Volksbank Gonsenheim: bald tausend Mitglieder

Generalversammlung offenbarte erfreuliche Entwicklung / Einmütiges Vertrauen in die Leistung

„Die in den Vorjahren festgestellte Aufwärtsentwicklung hat im Geschäftsjahr 1953 unvermindert angehalten“, begann Direktor Richard Jung seinen Geschäftsbericht auf der Generalversammlung der Volksbank Gonsenheim, nachdem Aufsichtsratsvorsitzender Franz Ludwig Alexander neben Mitgliedern und Gästen auch Direktor Diefenbach von der Genossenschaftlichen Zentralbank Mainz begrüßt hatte. Die Bilanz erreichte eine Summe von fast 4 Millionen DM und habe sich gegenüber dem Vorjahr damit um 26 Prozent erhöht. Die Guthaben auf Spar- und laufenden Rechnungskonten sowie die sonstigen befristeten Einlagen erhöhten sich auf 3.189.000 DM (30 Prozent Steigerung). „Wir glauben, daß wir mit diesem Prozentsatz über dem Durchschnitt der Einlagenerhöhung bei anderen Geldinstituten liegen“, gab Direktor Jung unter Beifall bekannt.

Auch die Kreditgeschäfte seien 1953 außerordentlich lebhaft gewesen. 235 neue Kredite mit einem Betrag von 1.003.585 DM seien bewilligt worden. Der Durchschnittsbetrag liege bei 4270 DM. Die Gesamtausleihungen bezifferten sich Ende 1953 auf 2.753.000 DM, verteilt auf 617 Posten. Der sich hier ergebende Durchschnitt von 4300 DM stimme fast mit der Durchschnittshöhe der Neuausleihungen überein.

Auch der Mitgliederbestand habe sich erhöht. Ende 1953 habe die Genossenschaft 966 Mitglieder mit 992 Anteilen registrieren können. Bald werde man wohl 1000 Mitglieder zählen. Die aus dem Anschluß an den „Volksparverein Stadt- und Landkreis Mainz“ resultierende Kleinsparvereinigung vereinige jetzt weit über 1000 Sparer. Die 1953 nach Gonsenheim gefallenen Gewinne beliefen sich auf 27.211 DM. Dem Vorschlag des Vorstandes und des Aufsichtsrates entsprechend, seien aus den Reingewinnen der

In der neuen Bonifatiuskirche: „Nachtverhör“

Eindrucksvolle Aufführung des van Eyckschen Spiels durch die Bardo-Gilde

Vor ihrer feierlichen Konsekration, die gestern erfolgte, erlebte die neue Bonifatiuskirche am Freitagabend eine erhebende Feierstunde. Die Bardo-Gilde führte, als Auftakt zu den Feierlichkeiten der Bonifatiusstage in Mainz, Tony van Eycks ereignisreiches Zeitspiel „Nachtverhör“ auf. Der breite Altarraum mit seinen schönen Treppenstufen und den schlanken Rechtecksäulen

Jahre 1948 bis 1952 über 3932 DM einem Sonderfonds für nachträgliche höhere Umstellung der am 20. Juni 1948 vorhandenen Reichsmark-Geschäftsguthaben zugeführt worden. Durch Zuweisung von 5067 DM aus dem Geschäftsergebnis des Jahres 1953 sei der Fonds inzwischen auf 9000 DM angewachsen.

Die für die Altsparenschädigung erteilte Gutschriftsumme betrage 151.396 DM. Durch Erweiterung von Bilanzsumme und Geschäftsbetrieb seien auch die persönlichen und sachlichen Kosten gegenüber dem Vorjahr um rund 10.000 DM gestiegen; der Unterschied entspreche einer Steigerung von 10 Prozent, die Kosten lägen wesentlich unter dem Durchschnitt anderer Geldinstitute.

Die Bank berechne heute für Darlehenskredite nur noch 8,5% Zinsen ohne jegliche Nebenkosten. Laufende Rechnungskredite stellten sich auf etwa 9 Prozent. Die Auszahlung aller Kreditbeträge erfolge zu 100 Prozent. Der Reingewinn des Instituts betrage für 1953 über 20.684 DM. Davon würden an die Mitglieder (einschließlich Kapitalertragssteuer) über 10.236 DM ausgeschüttet.

Balthasar Zink berichtete dann über die Tätigkeit des Aufsichtsrats, bescheinigte dem Vorstand kluges und ordentliches Arbeiten und befürwortete den Vorschlag über die Verteilung des Reingewinns. Einstimmig genehmigte die Mitgliederversammlung folgendes: Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, Verteilung des Reingewinns, Wiederwahl von Peter Neuhäuser (Vorstand), Josef Datz und Johann Clemens Stein (Aufsichtsrat) und die Neufestsetzung der Kreditgrenzen.

Demnach bleibt dem Vorstand allein die Bewilligung aller Kredite bis zu 10.000 DM überlassen, die Aktivkreditgrenze beträgt nun 50.000 DM, die Passivkreditgrenze sechs

strebte und an der Seite von Wilhelm Dieterle dann das „Seelchen“ des Romans spielen durfte. In ihrem „Nachtverhör“ erweist sie sich als eine Dramatikerin von Qualität und hohem Können. Sie greift mutig hinein in unsere Zeit und beleuchtet in eindrucksvollen Szenen den rücksichtslosen, und grausamen Vernichtungskampf der christentumsfeindlichen atheistischen Macht-

Millionen DM. Direktor Jung erwähnte noch die Tatsache, daß die Volksbank Gonsenheim als einziges Geldinstitut die Reichsmark-Geschäftsguthaben zu 15 Prozent umgestellt habe.

Kindergärten sind notwendig

Dr. Ursula Nolte spricht in der Volkshochschule (Karmelitterschule) über den Kindergarten als funktionale Erziehungsberatung. Zu-vordrängt ein Tonfilm „Minderwertigkeitsgefühle ihre Ursachen, Entwicklung und Behandlung“. Der Filmvortrag ist Dienstag, 22. Juni, um 20 Uhr, in der Karmelitterschule.

Jahrgangstreffen

Jahrgang 02 und 03, Klasse Nauheimer und Domitian, treffen sich Mittwoch, 23. Juni, ab 17 Uhr im Weinhaus Quintin, Kleine Quintinstraße.

Gutenberg-Fest im Funk

„Gutenberg-Erbe heute“, darüber spricht Bibliotheksrat Dr. Helmut Preßler heute um 18.00 Uhr im ersten Programm des Südwestfunks Mainz.

Neuer Mittelpunkt d

Die Weihe der Sankt-B

„... und neues Leben blüht aus den Ruinen!“ Schillers Wort aus der „Glocke“ mag auch hier angebracht sein, wo eine katholische Kirche auf den Trümmern der alten neu erstanden ist. Die alte Bonifatiuskirche mit ihrem weithin sichtbaren Spitzturm überdauerte das Inferno des Krieges nicht. Nur der Turm blieb wie ein himmlisches Mahnmal stehen. Die neue Architektur hat ihn, seiner Spitze beraubt, in das nunmehr fast vollendete neue Gotteshaus eingefügt. So bleibt ein Teil der alten Kirche in der neuen erhalten, als Brückenschlag gewissermaßen aus der Zeit sinnloser Vernichtung in eine — hoffentlich — sinnvollere Zukunft.

Als Abschluß der feierlichen Bonifatiusstage in Mainz nahm Bischof Dr. Albert Stohr Montag vormittag die Weihe der neuen Bonifatiuskirche vor. Ein wolkenlos heiterer Himmel spannte sich an diesem Scheidestage des Frühlings seidenblau über dem jungen Morgen aus, als die Gläubigen dichtgedrängt das Portal der Kirche umstanden und innig Anteil nahmen an den Handlungen des heiligen Weiheaktes. Dieser setzt sich aus sieben Hauptteilen zusammen, mit Umgängen um die Kirche und in der Kirche, mit Weihe der Kirche von außen, des Altars und der Kirche von innen. Der Beräucherung und Salbung des ganzen Altars und der Kirche folgt der Schlußakt mit dem „Altar in Duft und

Vom Latwergabend bis

Lebhafter Bischofsheimer Vereinska

Unter Leitung des Sprechers der Bischofsheimer Ortsvereine, Jochen Schönwiltz, fand eine Sitzung aller Vereinsvorsitzenden von Bischofsheim statt. Der 1. Vorsitzende des Geflügelzuchtvereins, Ludwig Schrad, gab zunächst einen Überblick über die vom Verein geplanten Veranstaltungen im Jubiläumsjahr. Am 3. Juli ist abends im Bischofsheimer Saalbau ein Festkommers, für den namhafte Künstler verpflichtet wurden. Ein Jubiläumsball am 27. November gibt Gelegenheit zur Ehrung langjähriger verdienter Mitglieder und Rassegeflügelzüchter, während

Altmeier: Ein mittelhessischer Staat

F.A.Z. Dr. Luther gegen eine Verschiebung der Neugliederung

23.2.54 Drahtbericht unseres Korrespondenten

We. München, 22. Februar. Während des Abschlußbesuches des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes in München, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther leitete, hat das Ausschußmitglied Dr. Jaenicke sich mit dem Wunsch des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Altmeier, befaßt, die Neugliederung möge vorläufig zurückgestellt werden. Dr. Jaenicke erklärte, Altmeier schwebte offenbar vor, diesen Artikel durch ein verfassungsänderndes Gesetz aus den Angeln zu heben. Damit sei ein erheblicher Unruhefaktor in die bisher sachlich geführte Diskussion getreten.

Dr. Luther bemerkte dazu, offenbar bestehe mancherorts der Eindruck, der Ausschuß tue etwas Unbefugtes, wenn er die deutschen Länder bereise. Er führe jedoch nur einen Beschluß des Bundestages aus. Mit den nachfolgenden politischen Entscheidungen habe er nichts zu tun. Das Bestreben, die Ausführung des Artikels 29, also auch die vorbereitende

Arbeit des Ausschusses, hinauszuschieben bis zu einer Neuregelung der gesamtdeutschen Grenzfragen, verstoße direkt gegen den Wortlaut dieser Bestimmung. „Der Tatbestand ist so klar, daß ich nicht begreife, daß man ihn anders verstehen kann.“ Wenn der von fremden Mächten noch blockierte Artikel 29 nicht durch ein verfassungsänderndes Gesetz aufgehoben werde, laufe die Frist für das Volksbegehren als Notfrist, die aus keinerlei Gründen aufgeschoben werden könne.

Ministerpräsident Dr. Ehard fügte hinzu, es handle sich hier um eine politische Meinungsäußerung des Ministerpräsidenten Altmeier. Ihm seien keine Bestrebungen bekannt, den Artikel 29 zu ändern oder zu beseitigen. Für Bayern gebe es keine Neugliederungsprobleme, außer mit der Pfalz. Die Entscheidung liege ausschließlich bei der Pfälzer Bevölkerung. Bayern erwarte, daß ihr der Weg dazu nicht versperrt werde.

Ministerialdirigent a. D. Dr. Mayer wandte sich bei der Abschlußveranstaltung in der Schack-Galerie in seinem Referat „Bayern und Pfalz“ entschieden gegen eine Kopplung der Saarfrage mit dem rein innenpolitischen Pfalzproblem. Es lägen hier keinerlei französische Andeutungen vor, die das verständlich erscheinen lassen könnten. Hätte man nach dem Kriege die Pfalz in die amerikanische Zone einbezogen, so gäbe es heute überhaupt nichts mehr zu verhandeln. Erst durch die Eingliederung in den französischen Bereich sei ein einhundertdreißigjähriges staatsrechtliches Band zwischen Bayern und der Pfalz zerschnitten worden, das seine letzte Rolle jedoch noch keineswegs gespielt habe.

Blick in das Mittelalter

Trier, 22. Februar (dpa). Bei einer Gedenkfeier zum sechshundertsten Todestag des Trierer Kurfürsten Erzbischof Balduin von Luxemburg in Trier am Sonntag hat Ministerpräsident Altmeier die Schaffung eines starken christlichen mittelhessischen Staates gefordert. Diese dem Land Rheinland-Pfalz gestellte Aufgabe sei ein echter Auftrag für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Wenn es auch nicht die Aufgabe der heutigen Generation sei, neue Kurfürstentümer zu schaffen, so sei es doch angebracht, wenn die Völker des Westens — vor allem Frankreich und Deutschland — den Blick in das Mittelalter richteten, um die jüngste Vergangenheit zu vergessen. Dies sei eine Aufforderung und ein Auftrag für beide Völker, in Gleichberechtigung zu dem gemeinsamen Ausgangspunkt der europäischen Einheit im Mittelalter zurückzukehren. Der verbundene Haß der Nationalstaaten in Europa müsse überwunden werden, wobei das stärkste Fundament für ein neues Europa das Christentum sei.

Kampf in Spanau wiederholt (7. März). In den übrigen Begegnungen kam es dagegen zu drei klaren Siegen: Tennis-Borussia schaltete den der dritten Spielklasse angehörenden Polizei-SV mit 6:0 aus, Alemannia 90 gab dem Amateurligisten Rapide Wedding mit 4:1 das Nachsehen, und Hertha Zehlendorf erwies sich auch in Schöneberg den Kickers mit 2:0 als überlegen. Die Leistung der Zehlendorfer im Pokalwettbewerb ist recht beachtlich, denn sie hatten dreimal hintereinander auswärts gegen Vertragsligavereine anzutreten und konnten sich trotzdem durch Siege über Blau-Weiß, den Berliner SV 92 und jetzt die Kickers behaupten.

Der BSV 92 lieferte am Sonntag wieder einmal einen Beweis seiner Unbeständigkeit. Auf eigenem Platz verlor er, fast in kompletter Besetzung angetreten, gegen den Spitzenreiter der Amateurliga, Südring, ein Freundschaftsspiel mit 2:3. Wacker 04 und Union 06, die beiden Vereine, die der unvergessene Karl-Heinz-Schulz betreut hatte, standen sich in einem Karl-Heinz-Schulz-Gedächtnisspiel gegenüber, das gerechterweise 2:2 unentschieden endete.

Die Aufstellung der Berliner Stadtelf erregt zur Zeit die Gemüter der fußballbesseren Berliner: Bereits vor fast 14 Tagen hatte der Verbandstrainer Hanne Sobek die Aufstellung der Stadtelf für das Spiel am kommenden Sonntag gegen Westdeutschland im Olympiastadion be-

West-Süd-Block (VORAUFGANG): ZWOITERWETTE:
1. Rang etwa je 33 964 Mark, 2. Rang etwa je 1049 Mark, 3. Rang etwa je 85 Mark. ZEHNERWETTE:
1. Rang etwa je 6076 Mark, 2. Rang etwa je 163 Mark, 3. Rang etwa je 15 Mark.

Die deutschen Badminton-Meisterschaften wurden am Sonntag ausgetragen, wobei es mit einer Ausnahme allen Vorjahrsmeistern gelang, ihre Titel erfolgreich zu verteidigen. Die vorjährige Damen-Meisterin Tietze unterlag im Endspiel der Solingerin Schmidt. Die Meister, Dameneinzel: Schmidt (Solingen); Herreneinzel: Walbrück (Bonn); Herrendoppel: Walbrück-Ropertz (Bonn); Damendoppel: Tietze-Schmidt (Kiel-Bonn); Gemischtes Doppel: Schmidt-Dr. Riegel (Bonn).

Nach dem überraschenden 2:1-Sieg des MREC Mannheim über den EV Rosenheim am Sonntag in Mannheim sind nun alle drei Teilnehmer der Eishockey-Aufstiegsrunde, Mannheim, Rosenheim und der Berliner Schlittschuhclub, punktgleich. Das Turnier um den Aufstieg wird wiederholt werden.

Die Damen des TV Eimsbüttel konnten ihren Titel als norddeutscher Hallenhandballmeister erfolgreich verteidigen. Sie gewannen das Endspiel gegen die Lübecker Turnerschaft mit 7:2 (4:0) Toren.

N.Z. 19.1.53.

Hessen bemüht sich um seinen Süden

Drei-Länder-Eck kann seine Schwierigkeiten nur mit Mühe meistern

Worms, 18. Januar (NZ). — Wo Hessen, der Südweststaat und Rheinland-Pfalz aneinandertreffen, wird besonders viel über eine Reform der Landesgrenzen gesprochen. Man unterhält sich darüber, ob die Pfalz nach einer möglichen Auflösung von Rheinland-Pfalz dem Südweststaat oder Bayern zugeschlagen würde, und man tauscht Meinungen darüber aus, was in Zukunft mit Rheinhessen geschehen solle. Immer wieder werden von den verschiedenen Interessengruppen Vorschläge gemacht, die — seien sie vernünftig oder unvernünftig — wenigstens die Wirkung haben, daß sie die Diskussion nie einschlafen lassen.

Die Lage im „Drei-Länder-Eck“ ist auch für den Kreis Bergstraße, Hessens größten Landkreis, von großer Bedeutung. Der Chef der Kreisverwaltung, Dr. Lommel, muß sich demgemäß mit Problemen befassen, wie sie in dieser Weise wohl nicht so leicht ein anderer Landrat kennt.

Der Kreis Bergstraße ist 728 qkm groß und zählt 106 Gemeinden mit 172 000 Einwohnern. Er hat etwa 40 km Rheinufer, berührt zwischen Neckarsteinach und Hirschhorn den Neckar und reicht tief in den Odenwald hinein. „Grenzpolitisch“ war das Neckarstück bisher Gefahrenpunkt Nummer 1, da sich hier ein zwar nicht übermäßig großer, aber für Hessen doch schmerzhafter Gebietsverlust anbahnte. Einflußreiche Kreise betrieben die Eingliederung der genannten Gemeinden in Baden. Die Landesregierung in Wiesbaden war daran nicht ganz ohne Schuld. Sie hatte es vor allem in den ersten Kriegsjahren versäumt, Hessen südlichsten Zipfel ausreichend zu unterstützen. Die stark befahrenen Straßen gelangten in einen unbeschreiblichen Zustand, und für die Sanierung der darniederliegenden Neckarschiffahrt wurde kaum etwas getan. „Hessen hat kein Interesse an uns; nur von Baden kann Hilfe kommen!“ war die Mei-

nung vieler. Und sie forderten eine Volksabstimmung.

Inzwischen hat die hessische Regierung ihre Fehler eingesehen. Vor allem 1952 ist viel für die Neckarorte getan worden. Das hessische Stück der Bundesstraße 37 wurde ausgebaut, und die Regierung hat mehr als die Hälfte der zur Förderung der Binnenschiffahrt zur Verfügung stehenden Mittel den Schiffseignern am Neckar zukommen lassen. Die Bevölkerung hat den Eindruck gewonnen, daß sie für Hessen doch kein „fünftes Rad am Wagen“ ist.

Zweiter und noch nicht bereinigter Gefahrenpunkt ist das Ried. Das Ried ist ein am Rhein liegendes Gebiet mit 40 000 Einwohnern. Bevor die Zonengrenzen geschaffen wurden, gehörte es zum Landkreis Worms, und die Wormser möchten es wiederhaben. Verschiedene Geldinstitute der Nibelungenstadt haben Firmen im Ried erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt. Überdies baut Worms jetzt eine neue Rheinbrücke, um den Riedbewohnern den Weg zum Einkauf in ihrer alten Kreisstadt zu erleichtern. Ministerpräsident Peter Altmeier von Rheinland-Pfalz hat im abgelaufenen Jahr wiederholt darauf hingewiesen, daß Hessen von Rechts wegen das umstrittene Gebiet dem Kreis Worms zurückgeben müßte. Hessens Regierung ist dazu aber erst bereit, wenn über die Zukunft von Rheinhessen mit den Städten Worms und Mainz, bis 1945 eine hessische Provinz, endgültig entschieden ist. Landrat Dr. Lommel ist die Aufgabe zugefallen, die acht fraglichen Gemeinden bis zu einer zukünftigen Regelung mit dem gegenwärtigen Zustand auszu-söhnen.

Hessens Territorium ist indessen auch noch bei den „Grenzstädten“ Lampertheim und Viernheim — mit zusammen rund 30 000 Einwohnern — bedroht. Das naheliegende reiche Mannheim übt hier einen starken Sog aus. Da viele zur Arbeit nach dahin fahren, gibt es viele Stimmen, die einer Eingemeindung nach Mannheim bzw. einem Anschluß an den Südweststaat das Wort reden. Demgegenüber hat Hessen nach Wegen gesucht, die die Beziehungen zur Stadt Mannheim und zu Baden enger machen sollten, ohne daß damit eine Ausgliederung der beiden Städte nötig würde. So wurden wesentliche Verbesserungen im Arbeiterberufsverkehr erzielt. Der badischen Arbeitsverwaltung wurde gestattet, in Lampertheim und Viernheim Verbindungs- und Beratungsbüros zur Erleichterung der Arbeitsvermittlung einzurichten. Außerdem ist der Kreis Bergstraße korporativ der „Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar“ beigetreten.

Die Landkreisverwaltung Bergstraße brauchte sich mit diesen Sorgen nicht zu plagen, gebe es im Kreis ein reiches wirtschaftliches Zentrum, das alle Interessen auf sich konzentrieren würde. Diesen Zustand zu ändern ist sehr schwierig. Die dünne Besiedlung im Ried erlaubt keine Industrialisierung in großem Stil, und der Odenwald läßt kaum eine Ausdehnung der Landwirtschaft zu. Dennoch bemüht sich der Landrat, neue Betriebe anzusiedeln, und der „Südhessische Wirtschaftsverband“ will ihm dabei behilflich sein. Ferner wird angestrebt, immer mehr Erholungssuchende aus den großen Städten in den Odenwald und an die Bergstraße zu locken. Immerhin ist es Deutschlands wärmste Gegend mit dem frühesten Frühling. Gedeihen hier doch sogar Edelkastanien, Mandeln und Feigen. Um verstärkt für den Odenwald werben zu können, hat der Wirtschaftsverband mit den Stadtverwaltungen von Darmstadt und Heidelberg Führung aufgenommen.

Helmut Rödlcr

Ein sanfter Tod erlöste heute gegen

Herrn Wilh

Fa

von seinem langen Leiden.

Seit 50 Jahren leitete der Verstorbene der Firma und trug mit vorbildlicher Emporzuführen.

Wir verlieren einen Unternehmer und werden wir stets in hohen Ehren ha

Mönchengladbach, den 20. Februar 1

CHR

DIE NEUE ZEITUNG

erscheint täglich (außer sonntags) im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin.

9. JAHRGANG 19. JANUAR NUMMER 15

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt am Main, Zell 102, Telefon: 9 03 71. Verlag: Information Division, Office of the United States High Commissioner for Germany. Herausgeber und Chefredakteur: Hans Wallenberg. Stellvertretender Chefredakteur: Ernest J. Cramer.



„DIE NEUE ZEITUNG“ ist die amerikanische Zeitung in Deutschland. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die der Redaktion dar. Nicht verlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Briefen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, wenn nicht der Einsender anderweitige Wünsche äußert.

Anzeigenverwaltung: Frankfurt a. M., Zell 123, Telefon: 9 47 57 - 59. Gültig Anz.-Preis. Nr. 4. Abonnementspreis monatlich 2,50 DM. Zustellgebühr: Durch Träger 0,45 DM, durch Post 0,54 DM. Postverlagsort Frankfurt am Main. Verantwortlich für den Vertrieb in Österreich: Wiener Kurier, Wien VIII.

Griechenland

Sonderinterview

Der amerikanische Botschafter in Griechenland, John E. Peurifoy, der sich zurzeit auf einem kurzen Deutschlandbesuch befindet, gab vor seiner Abreise aus Athen unserem Sonderkorrespondenten Alfred Joachim Fischer ein Interview, das wir nachstehend veröffentlichen.

Wenn im Gespräch mit verantwortlichen griechischen Staatsmännern der Name des amerikanischen Botschafters in Athen, John E. Peurifoy, fällt, dann hört man nur Worte höchster Anerkennung. Immer waren seine Ratschläge darauf abgestimmt, den Griechen zu helfen, eine ihnen gemäße, aktionsfähige Demokratie aufzubauen.

Peurifoy wurde im Jahre 1907 in South Carolina als Sohn eines Bezirksrichters geboren. Früh Vollwaise geworden, mußte er aus materiellen Gründen West Point, die amerikanische Militärakademie nach zweijähriger Studienzzeit verlassen. Als typischer Selfmademan absolvierte Peurifoy eine ganze Berufslaufbahn: Flugschüler, Hauslehrer, Aushilfsbuchhalter, Einkäufer für eine Restaurationskette etc. Fahrstuhlführer des Washingtoner Capitols war sein erster Posten im Staatsdienst. Dann wurde er Wirtschaftsanalytiker des Arbeitsministeriums, und im Jahre 1938 in gleicher Funktion vom State Department übernommen. Im Jahre 1943 wurde er mit der Vorbereitung der San-Fran-

Kritik und Gegenkritik

An den Fronten in Straßburg hat sich nichts geändert. Die Konturen sind vielleicht noch etwas deutlicher geworden. Und was die Festigkeit dieser auf nationalen und parteipolitischen Erwägungen beruhenden Fronten angeht, an der man oft in der Hoffnung zu zweifeln geneigt war, es werde sich doch noch, wenn es darauf ankommt, ein Modus vivendi für alle finden lassen, so hat sich diese Hoffnung erneut als trügerisch erwiesen: die Fronten sind sehr fest.

Bei einem Rückblick auf die zehn Tage, an denen im Straßburger Europahaus europäische Versammlungen ihre Sitzungen abhielten, ist es zur Klärung der Begriffe richtig, die Tagung der Montanversammlung aus dem Bild herauszunehmen. Denn diese Versammlung befaßte sich wohl mit Problemen, die für die Einigung Europas äußerst wichtig, doch mit dem aktuellsten politischen Geschehen nicht so eng verknüpft sind, wie es bei den Themen der Sonderversammlung und der Beratenden Versammlung des Europarates der Fall war. Wenn also von Fronten gesprochen wird, so sind damit die Standpunkte gemeint, die hervorragende europäische Parlamentarier bei den Debatten darüber bezogen haben, was außer der Montanunion noch für den europäischen Zusammenschluß zu tun sei — Verteidigungsgemeinschaft und Politische Gemeinschaft.

Beides ist, so hat sich in Straßburg erneut gezeigt, im Grunde dasselbe. Es war zwar in diesen Tagen lediglich die Aufgabe der Sonderversammlung und der Beratenden Versammlung, über die zur Schaffung der Politischen Gemeinschaft notwendige Verfassung zu diskutieren, doch kamen die Diskussionsredner immer wieder auch auf die Verteidigungsgemeinschaft zu sprechen, und die Argumente, die sie für und wider vorbrachten, waren ein und dieselben. Die schon zu einer politischen Binsenweisheit gewordene Feststellung, daß die Verteidigungsgemeinschaft nicht ohne die Politische Gemeinschaft und die Politische Gemeinschaft nicht ohne die Verteidigungsgemeinschaft realisiert werden können, ist erneut bestätigt worden.

Die überwältigende Mehrheit beider Versammlungen hat den Verfassungsentwurf gutgeheißen und damit der Politischen Gemeinschaft zugestimmt. Die Debatten wurden zum Teil mit großer Leidenschaft geführt. So scharf wie diesmal wurde im Europahaus selten Kritik geübt — und selten wurde die Kritik mit solchem Nachdruck zurückgewiesen. Beides ist nicht verwunderlich, denn die europäische Entwicklung treibt ihrem Lauf hin zu. Die Entscheidung hat ein Stadium

Rhein Hessen in den Länderreform-Plänen

Von W. Münch, Wörrstadt

Den nachstehenden Artikel, der die Stellung von Rhein Hessen im Hinblick auf eine künftige Länderreform behandelt, geben wir seines allgemein interessierenden Inhaltes wieder, ohne uns mit ihm zu identifizieren. Die Red.

Die Großherzöge von Hessen-Darmstadt brachten in dem Zusatz zu ihrem Titel „bei Rhein“ zum Ausdruck, daß sie nicht nur die Herrscher Hessens, sondern auch des 1816 als Folge des Wiener Kongresses hinzugekommenen Rhein Hessens waren. „Von Hessen und bei Rhein“ — das trennte säuberlich die einzelnen Gebiete, obwohl Rhein Hessen räumlich mit Starkenburg zusammenhing, was jedoch zwischen Oberhessen und Starkenburg sowie Oberhessen und Rhein Hessen wegen des preußischen Raumes um Frankfurt/Main nicht der Fall war. Die Nähe der Regierungshauptstadt Darmstadt und der Wohlstand Rhein Hessens, der in einer beachtlichen politischen Wertschätzung durch die hessischen Stammlände seinen Niederschlag fand, trugen im Laufe der langen Jahrzehnte bis 1945 zur immer enger werdenden Verschmelzung Rhein Hessens mit dem rechtsrheinischen Landesgebiet bei. Was vor über 130 Jahren als das Ergebnis emsiger Beschäftigungen mit dem politischen Schachbrett das Licht der deutschen Staatenwelt erblickt hatte, nämlich ein ganz und gar nicht historisch oder geographisch geschlossenes Gebiet Rhein Hessen, für das man erst noch lange nach einem Namen suchen mußte, das bewährte sich in hundertjährigem Daseinskampf, den auch solche Gebilde zu bestehen haben. Diese rheinhessische Tatsache dürfte manchem Länderreformer von heute zu denken geben, wenn er leichthin die politischen Faktoren bei der Neuordnung gering schätzen möchte.

Die Entstehung des Landes

Nachdem 1945 als Kriegsfolge Preußen als Staatsraum aufgehört hatte zu existieren, seine rheinischen Provinzen auf fremden Befehl den rheinischen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zugeschlagen wurden, zwangen die Abmachungen der Sieger über die Zoneneinteilung auch nichtpreußische Gebiete in diese neuen Länder. So kam Rhein Hessen zu Rheinland-Pfalz. Und so wurde der Rhein an der Stelle zur Binnengrenze zwischen zwei deutschen

Bundesländern, an der er seit mehr als vier Jahrhunderten in ständiger Gefahr ist, in politischen und kriegerischen Wirren zur Außengrenze zu werden. Das politische Gewicht des Raumes Rhein Hessen verlagerte sich zwangswise vom rechten auf das linke Rheinufer, und wer in den ersten Jahren nach 1945 am Mainzer Ufer die zerstörten Brücken zum anderen Deutschland sah, der mußte ein Empfinden dafür bekommen, von welcher höchstpolitischen Bedeutung dieses Stromdreieck Rhein Hessen in allen Zeiten ist und bleibt. Seine politische Zugehörigkeit darf also niemandem gleichgültig sein, und eine rechtzeitige Diskussion darüber darf nicht verharmlost werden von Teilnehmern am länderreformerischen Gespräch,

Das Gewicht der Hauptstadt Mainz

Seit der Verlegung der rheinland-pfälzischen Hauptstadt von Koblenz nach Mainz hat dieses Land mit der neuen Hauptstadt, bedingt durch ihre geographische Lage innerhalb der zusammengeflochtenen Landesteile und auch durch ihr historisches Gewicht an Wertbeständigkeit zweifellos gewonnen. Darüber waren sich die Volksvertreter selbst jener Partei nicht ganz im klaren, die als Opposition von Geburt des Landes an Gegner seiner Existenz waren: sie stimmten nämlich gegen das Provisorium Koblenz und für das Definitivum Mainz. Das schwerabzuändernde dieser Abstimmung bringt die Pläne der Opposition in einen Zwiespalt zu dem fortdauernden Verlangen nach völliger Auflösung des Landes und Rückkehr Rhein Hessens zu Hessen. Das macht allerdings die Gründe der Opposition nicht ärmer an politischer Sprengkraft. Sie und auch die Regierung wissen, daß ein herausgebrochenes Rhein Hessen den ganzen Staat über den Haufen wirft und das nicht nur, weil er sich danach eine neue Hauptstadt suchen müßte, sondern weil Rhein Hessen bei all seiner Kleinheit doch der Rumpf ist, ohne den die weit gespannten Flügel Pfalz und Rheinland demontiert Teile sind, die von jedem Nachbarn mit offenen Armen aufgenommen werden. Der Plan der Sozialdemokratischen Partei in bezug auf Rhein Hessen ist nach ihren Äußerungen über fünf Jahre hindurch die Wiedervereinigung mit Hessen und damit die Beseitigung der Rheingrenze als Binnen-

grenze zwischen zwei Bundesländern. Die gleiche Forderung erhebt in gewissen Abständen die hessische Regierung, wobei verwunderlich ist, daß sie nicht auf den 1919 zwar unzeitgemäßen, aber irgendwie doch sehr überzeugenden Plan des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Ulrich zurückgreift, der das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz mit Hessen vereinigen wollte. Vielleicht ist erst heute der Zeitpunkt gekommen, um ihn in abgewandelter Form zur Debatte zu stellen, wie es der Verfasser in der Zeitschrift für Geopolitik getan hat, wo vorgeschlagen wird, Rheinland-Pfalz als Ganzes mit Hessen zu vereinigen, die Funktionen der Hauptstadt dieses Weststaates auf die bestehenden Hauptstädte Wiesbaden und Mainz aufzuteilen, die ohnedies zusammengewachsen sind, Frankfurt als Wirtschaftshauptstadt zu betrachten und auf die Wirbelsäule Rhein-Main das neue Land zu gründen, ohne daß sich eines vom anderen annektiert fühlen müßte und so Rhein Hessen, fest umschlossen und rechtsrheinisch verankert, den geopolitischen Gefahren seiner Lage gewachsen wäre. Lebensbereich Rheinfranken

Diejenigen Raumreformpläne, die eine Aufteilung des Landes Rheinland-Pfalz vorsehen, stimmen fast alle darin überein, daß dann aber das Nahegebiet und der Hunsrück bis zu einer der Mosel parallel verlaufenden Grenze, die überwiegend als Konfessionsgrenze bezeichnet werden kann, zu dem Mainzer Raum geschlagen werden müssen, womit Rhein-

hessen ausgeweitet werde in den gesamten Raum zwischen Mosel und Nahe, dem Rhein von St. Goar bis Worms und Donnersberg. Die Beobachtung der Verkehrslinien, der Wanderbewegungen der Bevölkerung und viele andere Untersuchungen beweisen die Richtigkeit solcher Planungen für den gedachten Fall. Zuletzt bekannt wurde in dieser Hinsicht eine Untersuchung des Geographischen Instituts der Universität Frankfurt/Main über „die Neugliederung des deutschen Westens“. In ihr heißt es über Rhein Hessen:

„Zum Raum Rhein Hessen werden Wiesbaden, Mainz und Kreuznach zusammengefaßt. Der Rhein ist zwischen Mainz und Wiesbaden und bis Bingen keine Grenze. Ueber Bingen und Rüdeshcim strahlen die Verkehrslinien, über Limburg wird das Lahntal erschlossen. Das Nahegebiet ist der Ergänzungsraum dieses Kraftfeldes, dann ist die Rhein-Main-Linie überwunden.“

Als Ergebnis der Frankfurter Untersuchung wird vorgeschlagen, den so vergrößerten „Raum Mainz“ als Teil des innersten Kernraumes des Rhein-Main-Neckar-Gebietes auszugestalten, der sich mit den anderen Teilen, wie dem Raum um Mannheim-Ludwigshafen, um das Zentrum Frankfurt/M. herum zum Lebensbereich „Rheinfranken“ gruppieren soll.

Ein Modellfall

Berühren wir noch kurz den Plan, der verständlicherweise von der derzeitigen Landesregierung von Rheinland-Pfalz vertreten wird, und der den Fortbestand des Landes, wie es sich heute dem Betrachter darbietet, wünscht, so bleibt bei ihm Rhein Hessen das tragende Mittelstück mit der Regierungshauptstadt; dabei ist den weltanschaulichen Kräften hinter dieser Regierung sehr wohl bekannt, daß dieser Plan erhebliche Mängel aufzuweisen hat, deren Abstellung

Die Entschädigung der Westwallbauern

Mainz, 19. Dezember. (Eigener Bericht.) In seiner Sitzung am Freitag beschäftigte sich der Bundesrat auch mit den rückständigen Entschädigungen des für Wehrmächtszwecke und für die Reichsautobahnen in Anspruch genommenen land- und forstwirtschaftlichen Besitzes, wofür die Machthaber des Dritten Reiches in zahlreichen Fällen keinerlei Entschädigung gewährten. Ministerpräsident Altmeier begründete bei dieser Gelegenheit den Antrag des Landes Rheinland-Pfalz und ersuchte die Bundes-

regierung, die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zur Bereinigung dieses leidigen Kapitels zu schaffen. Der Ministerpräsident verwies hierbei vor allem auf die Inanspruchnahme für die Befestigungsanlagen im Gebiet des früheren Westwalls und begründete die Notwendigkeit der Aufstellung eines auf höchstens drei Jahre abgestellten Tilgungsplanes für die Abgeltung der rückständigen Entschädigungen usw., beginnend mit dem Haushaltsjahr 1953. Der Bundesrat stimmte mit großer Mehrheit dem Antrag des Landes zu, so daß in Kürze mit einer entsprechenden gesetzlichen Regelung gerechnet werden kann.

Mr. T

Die in London erscheinende unabhängige

Die florentinische Puppe

Von Kläre Gierke

Mit einer kleinen Reisegesellschaft landete ich damals in Parma. Denn auch das nördliche Italien hat seine Reize. Der Fluß, nach der Stadt benannt, ist fast so breit wie der Po, und so finster und unheimlich wie in Bayern der Walchensee, den man den Totensee nennt, weil er keinen mehr herausgibt. In Parma hat der Komponist Verdi gelebt, und das Verdi-Theater ist eine architektonische Sehenswürdigkeit.

Wir kamen Mitte Februar dort an. Der Winter, der drüben kurz ist, war bereits vorüber. Auf den Balkonen unter farbigen Baldachinen löffelte man schon Eis. Die Sonne brannte heiß wie am Lido.

In Italien ist alles früh auf den Beinen. Auch am Sonntag kann der Kauflustige ab morgens 6 Uhr seine Lire loswerden, so er sie hat. Ich war nur im Besitze von hundert Lire, als ich zum ersten Male den Markt in Parma besuchte. Das waren in der damaligen Währung zehn Reichsmark. Ein Königsschloß konnte ich also nicht erwerben. Suchend ging ich die Stände ab. Das war doppelt reizvoll, da mein Auge vieles schaute, was man in Deutschland nur mehr von Hörensagen kannte. Hier lockte eine Flasche Wermut, rein und unverfälscht. Dort ein farbiges Tuch, so lustig und froh wie das südliche Klima überhaupt. Und hier an diesem Stand gab es Obst und Eis, wie man es bei uns im tiefsten Frieden nicht kennt. Ich überlegte. Nur für eines durfte ich mich entscheiden. Die Wahl wurde mir schwer gemacht. Da sah ich an einem Nebenstand eine süße kleine Puppe in florentinischer Tracht. Ich dachte dabei an die kleine Uschi im fernen Heimatort, der ich ein Andenken versprochen hatte. „Quanto costa?“ fragte ich den Jungen hinter dem Stand.

„Venti Lire!“ antwortete er prompt und zeigte lachend sein Gebiß. Zwanzig Lire oder zwei deutsche Mark. Das war nicht viel. Und so kaufte ich die florentinische Puppe. Der Junge schnitt sie von einer langen Schnur ab, an der viele solcher Puppen übereinanderhängen. Ich händigte ihm einen 50-Lire-Schein aus, von dem er mir trenta Lire, also 30 Lire, herauszugeben hatte. Das Gesicht des Jungen nahm erst einen verzweiferten Ausdruck an, weil er einerseits nicht wechseln konnte, andererseits sich das Geschäft nicht entgehen lassen wollte. Da entdeckte er in der Nähe ein herrenloses Fahrrad.

„Une momento!“ entschuldigte er sich und machte eine einladende Geste, daß ich bleiben und den Stand solange überwachen sollte. „Cambiare!“ erklärte er mir. Er wollte wechseln. Dann fuhr er mit dem Rad davon. Ich bewunderte die Vertrauensseligkeit des Jungen, der höchstens dreizehn Jahre zählen mochte, und wartete. In der Hand hielt ich die florentinische Puppe. Das ging so eine Weile fort, ohne daß sich was geändert hätte. Da hörte ich plötzlich lautes Geschrei. Einem war sein Fahrrad gestohlen worden. Der Geschädigte holte einen Polizisten herbei, und er deutete ihm an, wo sein Rad zuletzt gestanden hatte. Es bestand für mich kein Zweifel, daß der Junge das Rad nur dazu

Seit Anfang Dezember muß sich ein Wiesbadener Schwurgericht mit dem Fall Dörrstein befassen. Dieser Dörrstein hat vor dem Krieg einmal die Öffentlichkeit in einer angenehmeren Weise beschäftigt, als das nun der Fall ist. Damals hat er die süddeutsche Meisterschaft als Sportgeher gemacht und war damit in die sportolympischen Regionen eingegangen. Warum seine Eltern ihm den verpflichtenden Namen Gustav-Adolf verliehen haben, ist nicht ersichtlich geworden, und zunächst sah es durchaus so aus, als ob Gustav-Adolf aus der unauffälligen Anonymität seiner Tätigkeit als Frankfurter Metzgergehilfe kaum hervortreten würde.

Ja, es war sogar zeitweise sehr fraglich gewesen, ob er lesen und schreiben lernen würde, denn er war Hilfsschüler. Erst als er bei militärischen Übungen in der Zeit des sich vorbereitenden Dritten Reiches die Beobachtung machte, daß er schneller als andere Leute zu gehen vermochte, konzentrierte er seine ganze Energie auf diese Begabung und erschloß sich damit den Weg zu Anerkennung und Lorbeeren. Als der Krieg schließlich ausbrach, schickte man ihn nach Norwegen, machte den Erfolgreichen in rascher Beförderung zum Feldwebel und stellte seinen werbenden Namen als „NS-Richtmann“ in den Dienst

benützen wollte, um schnell irgendwo meine fünfzig Lire zu wechseln. Ich mischte mich ein und klärte den Polizisten auf. Auch den Ankläger versuchte ich zu trösten, da ja der Stand den vermißten Wert weit übersteigt.

Da wurde der Besitzer vom Nebenstand auf meine florentinische Puppe aufmerksam. „Une momento!“ rief er zu mir herüber, um mich zur Geduld zu mahnen. Dann kam er selber. „Venti Lire!“ sagte er freundlich und zeigte auf meine florentinische Puppe. Es ergab sich nun, daß der Stand ihm gehörte.

Ich hatte wohl nicht das geistreichste Gesicht aufgesetzt, als ich meine Lage klar erkannte, und mir eingestehen mußte, einem jugendlichen Gauner in die Hände gefallen zu sein. Schweigend gab ich dem Mann meinen zweiten und letzten 50-Lire-Schein, woraufhin ich trenta Lire herausbekam. Die florentinische Puppe kam mich also auf 70 Lire oder sieben Mark.

„Mein Bruder Sven“

Von Alma Hedin, der Schwester des großen Forschers

Nordenskiölds und Palanders Rückkehr im Jahre 1880 von ihrer bewundernswerten Fahrt auf der „Vega“ rund um Asien wurde für den damals 15jährigen Jüngling Sven der Antrieb, sein Leben Entdeckungsreisen zu widmen. Sein Traum war, es ihnen gleichzutun. Aber er träumte nicht nur, er begriff, daß es Kenntnisse und unermüdlige Arbeit, Jahre der Entbehrung und der Mühe und „viele einsame Winternächte unter schimmernden Sternen“ erfordert, ehe man die Höhen des Erfolges erreicht. Seit jener Frühlingsnacht, in der die „Vega“ in Stockholms „Strom“ einlief, war sich Sven über seinen Weg im klaren. Ruhig und still ging er auf sein Ziel los.

Um Strapazen aushalten zu können, här-tete er sich dadurch ab, daß er im Winter bei offenem Fenster im ungeheizten Zimmer schlief. Er übte sich darin, möglichst wenig zu essen. Es hatte ihn stets nach den Polarländern gezogen, aber auch das alte Märchenland Persien hatte seine Phantasie beschäftigt. Und als er ein Anerbieten erhielt, ans Kaspische Meer zu reisen, nahm er es dankbar an; öffnete sich ihm doch das ganze Morgenland! Sven war zwanzig Jahre alt, als er in Gesellschaft einer schwedischen Familie diese seine erste richtige Reise antreten sollte. Ich kann mich noch erinnern, wie ihn der Gedanke an diese Fahrt entzückte. Einige Tage bevor er abfuhr, standen wir auf der Riddarholmsbrücke und sahen einen Eisenbahnzug unter uns hervorrollen. „So werde ich bald durch ganz Rußland stürmen!“, sagte er. Er empfand das als ein Glück. Diese Welt hatte sich ihm geöffnet.

Mit tiefer Wehmut trennte er sich vom Elternhaus; er hinterließ eine grenzenlose Leere, denn er war, wenn auch meist sehr schweigsam, stets froh und freundlich und zu Scherzen aufgelegt.

Die vielen langen Jahre, die er von Haus abwesend war, wurden dadurch in hohem Grade verkürzt und versüßt, daß er gleich von Anbeginn an und all die folgenden Jahre hindurch mit unübertrefflichem Fleiß Briefe geschrieben hat. Dank diesem Briefwechsel, der wohl seinesgleichen sucht, kann man ihm durch sein ganzes Leben folgen. Alle Briefe an seine Eltern sind gewissenhaft in Bücher abgeschrieben, eine Arbeit, der sich sein Vater unterzog.

Am 15. August 1885 schlug die Trennungsstunde. Sven verließ zum ersten Male im Ernst das Vaterhaus. Die Reise ging über Finnland und Rußland nach Balachany bei Baku am Kaspischen Meer, wo er sich sieben Monate aufhielt, um einen schwedischen Knaben zu unterrichten. Nichts entgeht ihm. Er zeichnet Skizzen und lernt die ersten Worte Russisch.

(Die deutsche Ausgabe des gewaltigen literarischen Werkes von Sven Hedin erschien im Verlag Brockhaus.)

Scheck für Hochschule

Der neue amerikanische Generalkonsul in Frankfurt, Mr. C. Montagu Pigott, hat der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt einen Scheck über 46 000 DM überreicht. Der Scheck stellt die erste vierteljährliche Rate einer amerikanischen unabhängigen Stiftung des öffentlichen Rechts, wird sich, nach der Eröffnung im April 1953, besonders dem Studium pädagogischer Psychologie und Tests der Schulverwaltung und Finanzierung, sowie des Lehrplanes und der Unterrichtsgestaltung an den Schulen widmen.

Wird der Fall Dörrstein geklärt?

Ein Mordprozeß, der großes Aufsehen erregt

des Dritten Reiches. In der Folge bedeckte sich seine Brust ebenso automatisch mit Auszeichnungen. Noch in der Untersuchungsphase, als ein Mann, der des Mordes an seiner gesamten Familie verdächtig war, an seiner Ehefrau und seinen drei kleinen Buben (von denen die beiden ältesten erst unlängst schulpflichtig geworden waren) sagt er dem Arzt, der ihn zu untersuchen hatte, oft und gern seine damalige Walze her. Und dieser Tage noch erkundigte sich der ehemalige Hilfsschüler interessiert: „Bin ich in der Zeitung intelligent genannt worden?“

Was Dörrstein zur Last gelegt wird, ist so unfaßbar, daß es die blutrünstigste Phantasie eines Autors übler Kriminalgeschichten noch übersteigt.

Dörrstein hatte vor dem Kriege in Frankfurt gelebt — von irgendwelchen Bindungen zu einem Elternhaus, er ist gebürtiger Frankfurter, hat man nie etwas gehört — und hatte ein Verhältnis zu einer kleinen Korsettennäherin unterhalten. Das Mädchen, das als sauber, fleißig und unauffällig geschildert wird, war aus dem Marktflücken Heidenheim in Mittelfranken in die Großstadt verschlagen worden. Ihr Vater war als Bezirksstreckenwärter im Dienst das Opfer einer Autokarambolage auf der Landstraße geworden. Als der Krieg ausbrach, erwartete sie ein Kind von dem großen Sportsmann, der ihr, einem Klärchen, als der große Egmont erscheinen mußte, der sich gnädig zu der intimen Dürftigkeit ihres Stübchens und zu ihrer bescheidenen Person herabgelassen hatte. „Sie war ihm völlig hingegeben“, hat nun in Heidenheim ein Zeuge von der späteren Ehefrau Dörrsteins gesagt. Als der Krieg zur großen Enttäuschung Dörrsteins und mit ihm das Dritte Reich in den großen Zusammenbruch mündete, müssen in Dörrstein Dinge vorgegangen sein, die sich nur ahnungsweise erfassen lassen. Er erschien nun nur noch besuchsweise bei seiner Familie, die

Verwirrung heraus, daß die erste Frau Dörrstein in Heidenheim mit ihren drei Kindern spurlos verschwunden ist.

Die Akten schwellen an, und schließlich muß man Dörrstein in Haft nehmen. Er erzählt den Ermittlungsbeamten eine sonderbare Sage von einem geheimnisvollen Polen Michalsky, der als eine Art Mephisto vor der Ehe zwischen ihm und seiner Braut gestanden habe — der ihm während des Krieges zur Desertion und nach dem Krieg zu dunklen Handlungen gegen die neu erstandene Bundesrepublik verführen wollte, der dämonisch-schemenhaft bald als sein Freund und dann wieder als der Verführer seiner Frau auftrat und dem er schließlich seine ganze Familie übergeben mußte.

Wohin, wohin... das verschweigt er. Auch jetzt noch als des vierfachen Mordes Beschuldigter und vorläufig einmal des Doppelmordes Angeklagter.

Drei Jahre haben die Strafverfolgungsbehörden gebraucht, um schließlich die Anklage zu erheben, die sich allein auf Indizien stützt.

Seit Tagen verhandelt nun das Gericht in dem kleinen, an der fränkischen Alp gelegenen Heidenheim, um die Atmosphäre der Dörrsteinschen Ehe dort kennenzulernen und die einfachen Menschen und ihr Urteil zu hören, die die Zeugen dieses düsteren Kriminalfalles geworden sind.

Frau und Kinder Dörrstein sind verschollen geblieben. Ganze Wälder sind auf die Leichenfunde hin angeblich ausgekämmt worden.

Dörrstein lügt. Lügt in zahllosen Einzelheiten. Das weiß man heute. Und die Verhandlung bestätigt es täglich. Die Öffentlichkeit wird nun abwarten müssen, ob sich dieser Ring von Lügen zu einem klärenden Urteil schließt. Otto Kanngießer

Kana - weder Wein noch Krüge

Eine Wanderung in Galiläa auf alten Spuren

Die Evangelien kennen kein freundlicheres Wunder als jenes der Hochzeit zu Kana. Seit jeher fühlte ich mit dem Speisemeister, der zu dem Bräutigam sprach: „Jedermann gibt zum ersten guten Wein, und wenn sie trunken worden sind, alsdann den geringeren.“

Fall, die Agilität, mit welcher die barfüßige Patriarchin zur orthodoxen Kirche hinaufwatschelte, war beneidenswert. Dort zeigte man uns zwei Steinbecken in der Form umgekehrter Kegel, welche für die „zwei oder drei Maß“ wohl groß genug waren, aber

Betriebsanlagen zus.:	236 747 153.07	44 189 554.49	2 894 299.56	102 82
B. Beteiligungen	97 229 496.29	178 246.80	138 563.50	
Anlagevermögen zus.:	333 976 649.36	44 367 801.29	3 032 863.06	102 82

II. Umlaufvermögen

1. Im voraus abgeräumte und vorgerichtete Kohle				
2. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
3. Wertpapiere				
4. Geleistete Anzahlungen				
5. Darlehnsforderungen — davon dinglich gesichert DM 105 827.15				
6. Baudarlehen gemäß § 7 c EStG., davon an Konzernunternehmen DM 550 900.—				
7. Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen				
8. Forderungen an Konzernunternehmen				
9. Sonstige Forderungen				
10. Wechsel — davon Konzernunternehmen DM 1 690 788.84				
11. Kassenbestand und Postscheckguthaben				
12. Bankguthaben:				
Laufende Guthaben				
Noch nicht zur Auszahlung freigegebene Altgeldguthaben				

III. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen

*) davon DM 138 562.50 Berichtigung gemäß § 47 DMBG

Passiva

I. Grundkapital	
II. Rücklagen	
Gesetzliche Rücklage	
Zuführung gemäß § 47 DMBG	

N. Z. Eine Million Pfälzer heiß umworben

5. 11. 52 Streit um das mögliche Erbe des Landes Rheinland-Pfalz

STAMZ, N. L. Oppenheim / 42.4 - 108

Ludwigshafen, 4. November. — Die Pfälzer werden in diesen Wochen wieder stark umworben: vom „Bund Bayern und Pfalz“ und vom „Verein Kurpfalz“. Beide Organisationen haben eine erhebliche Aktivität entfaltet. So kommt auf Einladung des Bayern-Bundes eine Delegation des bayerischen Landtags Mitte November an den Rhein. Die Parlamentarier wollen sich einmal an Ort und Stelle davon überzeugen, ob die Herzen der Pfälzer wirklich für die Bayern schlagen und ob Aussicht dafür besteht, daß der eine Million Einwohner zählende Regierungsbezirk zwischen Rhein, Saar und Nahe nach einer möglichen Auflösung von Rheinland-Pfalz sich der Regierung in München unterstellen wird.

Auf der anderen Seite erklärte der „Verein Kurpfalz“ erst am letzten Wochenende vor aller Öffentlichkeit: „Die Pfalz muß ein Teil des Südweststaates werden. Historische, kulturelle und vor allem wirtschaftliche Gründe lassen gar keine andere Lösung zu!“ Die drei Oberbürgermeister Dr. Hermann Heimerich, Mannheim, Dr. Karl Neinhäus, Heidelberg, und Dr. Emil Kraus, Frankenthal, der Ludwigshafener Bürgermeister Dr. Ludwig Reichert sowie die Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg, Weinheim, und Dr. K. F. Wagner, Ludwigshafen, wollen ihren Einfluß dafür aufbieten, daß dieses Ziel verwirklicht wird.

Beide Organisationen operieren mit gewichtigen Argumenten. Die Anhänger Bayerns erinnern an das „glückliche Jahrhundert“, in dem die Pfalz den Wittelsbachern unterstand. Das war zwischen 1815 und 1918. Zwar sei der Regierungsbezirk schon einige Male vorher und

auch noch etliche Jahre später bayrisch gewesen, doch wolle man nur auf diese 103 Jahre hinweisen. In dieser Zeit seien von München gewaltige Beträge im „Bayern links des Rheins“ investiert worden: man baute Bahnlagen, Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Museen und Verwaltungsgebäude in großer Zahl. Heute noch könne Bayern in der Pfalz Ansprüche auf Vermögenswerte in Höhe von etwa 400 Millionen DM erheben. Diese Zahl beweise mehr als Worte, daß man die Pfälzer nie als Stiefkinder behandelt und ihnen viel Gutes getan habe. Auch in Zukunft werde das nicht anders sein.

Der „Verein Kurpfalz“ hält diese Argumentation für demagogisch. Gewiß sei die Pfalz durch Erbschaft einmal den Wittelsbachern unterstellt und von München aus verwaltet worden. Viel länger habe das Gebiet zur Kurpfalz gehört. Wenn die Bayern, so heißt es weiter, an ihre „Investitionen“ erinnern zu müssen glauben, so dürfe nicht vergessen werden, daß die Gelder dazu ausschließlich von den pfälzischen Steuerzahlern aufgebracht worden seien. Im übrigen seien im 19. Jahrhundert in jedem anderen deutschen Land Straßen, Bahnlagen und Krankenhäuser gebaut worden. Für die Pfalz, erklärt der Verein, dürften in Zukunft nur realpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Nordbaden und der Ludwigshafener Raum seien wirtschaftlich auf das engste miteinander verknüpft.

Bei aller Verschiedenartigkeit der Auffassungen sind sich der Verein Kurpfalz und der Bund Bayern in einem Punkt völlig einig: beide wünschen eine baldige Volksabstimmung über die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Beide sind der Auffassung, daß sich die Pfälzer gegen Mainz entscheiden werden. In allen Versammlungen (besonders der „Bund“ veranstaltet jetzt häufig Zusammenkünfte) wird der Landesregierung vorgeworfen, für sie sei die Pfalz ein „fünftes Rad am Wagen“. Obwohl vierzig Prozent der Steuern aus den pfälzischen Städten und Landkreisen kämen, benachteilige man den Regierungsbezirk ununterbrochen. Der Verein Kurpfalz erinnert dabei an Ludwigshafen, das weit weniger Zuschüsse als das viel kleinere Mainz erhalten habe, und weist auf Mannheim hin, das von der Regierung in Stuttgart mit vielen Millionen Mark unterstützt worden sei.

Solange der Artikel 29 des Grundgesetzes (Neuregelung der Ländergrenzen) suspendiert ist, werden diese Argumentationen und Agitationen akademischer Natur sein. Dies wissen die Anhänger Bayerns und die Freunde des Südweststaates ebensogut wie die Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Der „Verein Kurpfalz“ und der „Bund Bayern und Pfalz“ wollen deshalb über die ihnen nahestehenden Kreise versuchen, im Bundestag die Gruppe derer zu vergrößern, die den Artikel 29 freigeben wollen, sobald der Generalvertrag in Kraft getreten ist.

Helmut Rödler

W. & Freytag 1:1	5	90 3/4	90 1/2	Bk. f. Braund. 2:1	0	49	49
Wintershall DM	5	102	102 1/2	B.H. - & W. - Bk.	-	70	70
Württ. Met. 10:7	4	62	62	Bayer. V. - Bk.	-	69 1/2	69 1/2
Zeiß-Ikon	6	42	42	Pfälz. Hyp. Bk.	-	32	32
Zellst. Waldh. 4:3	4	60 1/2	61 1/2	Südd. B. Kr. Bk.	-	27 1/2	27 1/2
Otavi	1:1	0	0				
Berl. Hand. Ges.	-	77	78	Allianz Leben	6 1/2	70	70
Commerz. Bk.	-	48 1/4	48 3/4	Allianz Verein	-	140	140
Dtsch. Bank	-	60 1/4	60 1/2	Münch. Rück.	-	355	—
Dt. Eff. - & W. Bk.	-	29	28	Jge. Mün. Rück.	-	161	161
Dresd. Bk.	-	59 1/2	60	Württbg. Feuer	-	28	28
Frkf. Bank	-	30	30	V. Thuringia IA	-	—	—
Frkf. Hyp. - Bk.	-	41	41	4 1/2 Bay. Hbk. Pf.	85	85	85
Rhein. Hyp. Bk.	5	31 1/4	31	4 1/2 B.H. - u. Wbk.	87	87	87
4 1/2 D.R. Abl. - Sch.	80	80	80	4 1/2 Ldschw. Bk. Pf.	87	87	87
4 1/2 H.Ldsbk. Pf.	81 1/2	81 1/2	81 1/2	4 1/2 Pr. Lds. Pf.	80	80	80
4 1/2 N.Ldsbk. Pf.	81 1/2	81 1/2	81 1/2	4 1/2 dto. KO.	78	78	78
4 1/2 K.Ldsbk. Pf.	81 1/2	81 1/2	81 1/2	4 1/2 B. V. - Bk. Pf.	85	85	85
4 1/2 Fr. Hyp. Bk. Pf.	84	84	84	4 1/2 Pf. Hyp. Bk. Pf.	84	84	84
4 1/2 dto. KO.	79	79	79	4 1/2 Pflz. H.B. KO	77	77	77
6 1/2 Dt. Rb. (DM)	100	100	100	4 1/2 Sd. B. Kr. Bk. Pf.	83	83	83
5 1/2 Fr. H. B. Pf.	98	98	98	4 1/2 Witt. H. Bk. Pf.	83 1/2	83 1/2	83 1/2
3 1/2 Kr. Anst. f.	100	100	100	5 1/2 B.H. - u. Wb. Pf.	98	98	98
Wied. - Aufb. DM	100	100	100	5 1/2 Vereinsk. Bk.	98	98	98
4 1/2 Rh. Hypp. Pf.	83	83	83	Nbg. Pf. (DM)	75	75	75
4 1/2 AEG v. 42	75	75	75	4 1/2 Augsb. - Nbg.	73	73	73
4 1/2 Dt. Erd. 38	87	87	87	4 1/2 BMW v. 42	86	86	86
4 1/2 Degussa 43	83	83	83	4 1/2 Daimler v. 42	77 1/2	77 1/2	77 1/2
4 1/2 IG Farb. 39	—	—	—	4 1/2 Max. H. v. 41	75	75	75
4 1/2 Junkers 42	4	4	4	4 1/2 Schl. Wk. 41/43	—	—	—
5 1/2 Met. - Ges. 39	88	88	88	(in DM je Anteil)	125 1/2	125 1/2	125 1/2
4 1/2 VDM von 42	77 1/2	77 1/2	77 1/2	FONDRÄ	154 1/2	154 1/2	154 1/2
erholt	—	—	—	FONDAK	—	—	—

* gerichtlich angefochten

Hamburg*	Div.	4. 11.	3. 11.	Düsseldorf	Div.	4. 11.	3. 11.
Accumul. 1:1 5	4	140	140	Alex. Wk.	1:1	0	—
AG. Weser	0	79	79	Balcke Masch.	DM	5	99
Bay. St. Pauli DM	0	85 1/2	87	Basalt	5:4	0	49
Beiersdorf 1:1	6	150	160	Bemberg	5:4	0	64
Berg. Tiefb. 10:3	0	27 1/2	27 1/2	Bergbau Ewald	1:1	6	121
Bekula	2:1	0	50	Concordia DM	4	75	75
Br. Portl. Z. 1:1	0	91	91	Demag	1:1	6	121
Brem. Wolle 1:1	0	83	83	Dortm. Akt. DM	5	95	95
Dt. Conti Gas** 1:1	5	30	32	Eisenb. Vk. DM	-	-	66
Dt. Werft 4:3	4	83	83	Eisenhütte	-	95	96
Dyn. Nobel	-	90	90	Feldmühle DM	6	114 1/2	115
El. L. & Kr. 10:4	0	35	35	Felten	5:4	0	79
HEW	1:1	4	89	Gerresh. Gl. 1:1	4	125	124
Hansa Mühle DM	0	78	75	Goldschm. 5:3	0	58	—
Harb. Eisen 1:1	5	107	107	Gutehoffnung	-	219	219
Harb. Gummi 1:1	6	165	160	Harpener	-	258 1/2	258 1/2
Hem. Zem. 10:8	5	77	78	Hoesch	-	167	—
Hoffm. Stärkel 1:1	5	100	100	Ilse Egb. St. 20:1	-	17	17
Holst. Brau. 1:1	0	97	96	Ilse Gen. Sch. 20:1	-	9	9
Kalichemie DM	6	147	147	Kab. Rheydt DM	6	136	136
Karstadt DM	6	113	113	Klößner	-	198 1/2	200
Led. Wiem. 1:1	6	110	110	Mannesm. St.	-	116	116
Maihak. W. 1:1	6	107	107	Mühlh. Berg	0	116	116
M. u. Kühn 1:1	0	41	41	Rhein. Braunk.	-	180	180
NY Hbg. G. 1:1	0	70	70	Rheinmetall 5:1	-	20	20
Ndd. Hefe 10:4	4	48 1/2	48 1/2	Rheinstahl	-	155	155 1/2
Nordd. Hochsee	DM	0	67	Rhein. Textil 5:6	5	102	102
Ndd. Leder 10:2	5	26	26	RWE	1:1	4	103
Phrix I. A. 2:1	-	28	28	Schieß AG. DM	0	91	91
Phrix N. A. 2:1	-	21	21	Ver. Glanzstoff	5	—	—
Reis & Hand 1:1	0	64	64	Ver. Stahl	-	204 1/2	204
Riedel de H. DM	0	61	61	Wstd. Kaufn. 1:1	5	93	93
Schering 10:3 5	4	30	30				
Stader Led. DM	4	90	90	Rhein. Hyp. Bk.	5	29 1/2	29 1/2
V. Jute Spinn. W.	DM	6	86	Rh. Westf. Bod.	4	30	30
				Wstd. Bod. Cr. A.	-	30	30
Hyp. B. i. H. 5:1	4	15	15				
Ndd. Kreditbk.	-	55	55	4 1/2 Rh. WeBoCrPf	82	82	82
Vereinsb. Hbg.	-	81	82	4 1/2 Rh. Pr. Lb. Pf.	85	85	85
AG f. Verk. DM	0	40 1/2	40 1/2	4 1/2 Westf. Ldb. Pf.	84 1/2	84 1/2	84 1/2
Hg. Hochb. DM	5	69 1/2	69 1/2	4 1/2 Ess. Steink. 41	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Hapag 1:1	0	40	40	4 1/2 Gelsenbg. 42	81	81	81
Hansa Dampf 2:1	0	38	38	4 1/2 Harp. Bds. 35	100	100	100
Nordd. Lloyd 1:1	0	37	37	5 1/2 Klößner 39	93	93	93
				4 1/2 Krupp 39	92	92	92
4 1/2 H. Lder. A. Pf.	83 1/2	83 1/2	83 1/2	5 1/2 Rh. Br. - K. 40	88	88	88
4 1/2 Hp. B. L. Hp. Pf.	81 1/2	81 1/2	81 1/2	4 1/2 RWE 44	76 1/2	76 1/2	76 1/2

der Weltbank als Mitglied des Landes nicht vorhaben eines einzelnen Mitgliedslandes nicht zuzulassen.

Diese Hindernisse sind inzwischen teils weggefallen, teils konnten sie bei den jüngsten Besprechungen des Linzer Unternehmers bei der Weltbank beseitigt werden, vor allem durch den Beweis der weit über Deutschland hinausgehenden Bedeutung des Projektes. Neben Deutschland erwarten sich naturgemäß in erster Linie Holland und Oesterreich beträchtliche Vorteile, doch kann außerdem die wirtschaftliche Integration Europas wesentlich vorangebracht werden. „Der Rhein ist das Rückgrat Westeuropas“, erklärte Dr. van der Mandele vor wenigen Tagen in Wien, „der Rhein-Main-Donau-Kanal kann das Rückgrat eines größeren Europa werden.“ Diese keineswegs phantastischen Zukunftsmöglichkeiten, die bei den Washingtoner Besprechungen durch eine Anzahl anschaulicher Frachtvergleiche erhärtet wurden, haben zweifellos die Aussichten auf eine Weltbank-Anleihe zur Vollendung des Projektes entscheidend verbessert.

Nach dem derzeitigen Stand der Planung ist daran gedacht, von dem auf 926 Millionen DM errechneten Gesamtaufwand etwa 450 Millionen durch eine Anleihe flüssig zu machen. Zu ihrer Tilgung und Verzinsung ist eine nach Waren-

A. Z. 3. 11. 52.

Gegen vorzeitige Auflösung

von Rheinland-Pfalz
Ludwigshafen, 2. November. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Finck sprach sich auf einer christlich-demokratischen Wahlversammlung gegen eine vorzeitige Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz aus. Seine Partei verwehrt sich dagegen, daß ein christlich betontes Land nach dem anderen aufgelöst werde, während die sozialistischen Länder verschont blieben. Schließlich gelte der Artikel 29 für alle Länder des Bundes, die mehr oder weniger nach den Absichten der Besatzungsmächte gebildet worden seien.

Wenn die Frage der Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz durch ein Bundesgesetz, das für alle Länder gelte, in ein entscheidendes Stadium getreten sei, dann werde die Christlich-Demokratische Union keinem Bürger Vorschriften machen, für welches Land er sich entscheiden wolle.

Stärkere Zunahme der britischen Währungsreserven

London, 4. November (VWD). — Im Oktober erzielte das Sterlinggebiet einen Gold- und Dollar-Überschuß in Höhe von 82 Millionen Dollar, wie das britische Schatzamt mittelt. Im September hatten sich die Gold- und Dollarreserven nur um 13 Millionen auf 1685 Millionen Dollar erhöht. Der Oktoberüberschuß enthält unter anderem 35 Millionen Dollar Verteidigungshilfe und 37 Millionen Dollar Goldzahlung von der EZB für September. Der vorläufige britische

TE:

rt vom Sonntag

Preis 20 Pfennig

Zinnkann für Volksabstimmung in Rheinhessen

Beschlüsse auf dem Bezirkstag der Sozialdemokraten in Bingen

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 110

Na. Mainz, 23. März (Eigener Bericht)
Der hessische Innenminister Zinnkann nahm auf dem Bezirksparteitag der rheinhessischen Sozialdemokratischen Partei in Bingen zur Existenz des Landes Rheinland-Pfalz und zur Frage der Mainzer rechtsrheinischen Vororte im Anschluß an einen Antrag des Parteitages Stellung. D. T. 24. 3. 52

In der Entschließung, die von dem Bezirksparteitag angenommen wurde, wird festgestellt, die jetzige Landesregierung von Rheinland-Pfalz versuche „unter der Vorspiegelung einer unechten Ausgleichlichkeit des Etats bei verminderter Leistung des Landes, besonders gegen-

über den kommunalen Körperschaften, den fragwürdigen Beweis der Existenzfähigkeit des Landes Rheinland-Pfalz zu erbringen“. Der Antrag fordert dann die Schaffung neuer finanziell und wirtschaftlich lebensfähiger Länder.

Dazu nahm in der Aussprache der hessische Innenminister Zinnkann, der auf dem Parteitag als Gast weilte, Stellung, indem er erklärte: Ministerpräsident Altmeier habe vor einigen Wochen behauptet, Hessen erstrebe die Auflösung von Rheinland-Pfalz.

Seine Regierung hoffe, daß der Bund den Artikel 29 des Grundgesetzes möglichst bald in Gang setze und damit der

Bevölkerung die Möglichkeit zur Abstimmung gebe. Wie diese Abstimmung in Rheinhessen ausfallen werde, darüber gebe es keine Zweifel. Eine Verringerung der Länder im Bundesgebiet sei notwendig. Es müsse jetzt so fortgefahren werden, wie man mit dem Südweststaat begonnen habe. Es müßten andere Ländergrenzen geschaffen werden, und zwar vernunftgemäß, nicht nach Willkür, wie dies 1945 durch die Besatzungsmächte geschehen sei.

Die Frage der rechtsrheinischen Vororte von Mainz und deren Rückgliederung regele sich sofort von selbst, wenn Rheinhessen wieder an Hessen angeschlossen werde.

Papier, das er dem Grafen überreichte.

Wir haben leider noch nicht die geringste Spur, um eine Verfolgung aufzunehmen. So schwer es mir wird, in einem Weltkurort wie Nizza eine derartige Kundmachung zu veröffentlichen — diesmal muß es sein. Die ausgesetzte Belohnung wird uns rasch vorwärtsbringen.“ Er drückte auf einen Knopf, der Diener erschien.

„Der Gerichtsstenograph Bertrand, schnell!“ Der Diener flitzte hinaus.

„Herr Graf, ich muß Ihre und Ihrer Frau Gemahlin Anwesenheit benutzen, um sogleich eine wichtige Einvernahme vorzunehmen. Ich hätte Sie sonst ohnehin für morgen polizeilich vorgeladen.“

„Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung“, sagte der Graf, sich leicht verbeugend.

Es klopfte, ein junger Mann trat ein, meldete sich beim Kommissar, setzte sich

nachher war ich Gast in der Villa Beau-séjour bis gestern Mitternacht.“

„Können Sie dafür Zeugen angeben?“

„Gewiß, sehr leicht.“

„Sie kamen, wie mir der Hoteldirektor berichtete, nach Mitternacht ins Hotel zurück?“

„Jawohl.“

„Ich danke Ihnen. Das wäre erledigt. Wo waren Sie, Frau Gräfin, gestern nachmittags?“

„Auf meinem Zimmer.“

„Waren Sie nicht in der Hotelhalle?“

„Nein, ich habe nachmittags mein Zimmer überhaupt nicht verlassen.“

Herr Severin zuckte mit keiner Wimper. Aber ich sah ihm an, daß er mit eiserner Ruhe seine Vorsicht verdoppelte.

„Man hat Sie genau um 5 Uhr bei Ihrem Onkel in der Laube gesehen.“

„Das kann nicht sein.“

„Kapitän Hardegg, ist diese Dame dieselbe, die Sie gestern nachmittag um 5 Uhr

„Das ist ja alles nicht wahr! Hans, Hans, schütze mich doch vor diesem Menschen!“ Sie klammerte sich an ihren Gatten, der mich ebenso erstaunt wie empört musterte.

„Beruhigen Sie sich, Frau Gräfin! Ich will Ihren Worten glauben und annehmen, daß Kapitän Hardegg sich irrt. Sie waren also nicht in der Laube. Sie behaupten, Ihr Zimmer nicht verlassen zu haben?“

„Jawohl, das ist die Wahrheit.“

Der Kommissar stand schweigend auf, ging zur Nebentür und rief die Schwester, die eintrat und sich vor dem gräflichen Ehepaar verneigte.

„Schwester, Sie waren gestern einige Minuten nach 5 Uhr in der Wohnung der Frau Gräfin. War sie in ihrem Zimmer?“

„Nein, Herr Kommissar“, sagte die Frau ahnungslos.

(Fortsetzung folgt)

STAMZ-NL Oppenheim 424-111

Gegen Aufteilung des Südwestfunks

A. Z.

Stellungnahme der Minister Becher und Finck

22.10.52.

Na. Mainz, 21. Oktober. (Eigener Bericht.) Das Bundesinnenministerium hat vor geraumer Zeit einen Referentenentwurf für ein Bundesrundfunkgesetz ausgearbeitet, der unter anderem die Verringerung der im Bundesgebiet bestehenden Rundfunkanstalten auf fünf vorsieht (außerdem Berlin). So soll der Nordwestdeutsche Rundfunk in die Sendegesellschaft Köln und Hamburg halbiert und der Südwestfunk zu einem Teil an den Stuttgarter, zum anderen an den Hessischen Rundfunk aufgeteilt werden. Rheinland-Pfalz würde damit Radio Frankfurt zugeteilt.

Schon Ministerpräsident Altmeyer hat, als die ersten Nachrichten über diesen Entwurf bekannt wurden, eindeutig erklärt, daß sich das Land Rheinland-Pfalz dagegen zur Wehr setzen werde.

Wir haben nun die beiden Kabinettsmitglieder nach ihrer Stellungnahme befragt, die in den beiden Gremien des Südwestfunks Sitz und Stimme haben. Justizminister Dr. Becher, der dem Verwaltungsrat des Südwestfunks angehört, erklärte, eine Auflösung des Südwestfunks komme überhaupt nicht in Frage. Man könne nicht vom grünen Tisch aus mit einem Federstrich zerstören, was mit soviel Erfolg aufgebaut worden sei. Noch vor einigen Tagen habe der Verwaltungsrat des Südwestfunks die Aufteilung des Sendgebietes und die Zerstörung der Sendegesellschaft einstimmig schärfstens abgelehnt.

Kultusminister Dr. Finck, der als Vertreter der Landesregierung im Rundfunkrat sitzt, erklärte, die Landesregierung halte am Südwestfunk unter allen Umständen fest und fühle sich zur Innehaltung des Staatsvertrages mit dem Südwestfunk verpflichtet. Man dürfe von Bonn aus nicht so einfach über die Interessen der Hörer und der einzelnen Länder hinweg verfügen. Dem widerspreche schon die Kulturhoheit der Länder.

*

Der Entwurf des Innenministeriums hat bisher überall schärfste Kritik hervorgerufen, nicht nur dort, wo man von oben herab in die Sendegesellschaften hinein „organisieren“ will. Die Inanspruchnahme der Hörergebühren auf Kosten der jetzt bestehenden Gesellschaften zugunsten einer übergeordneten, das ganze Bundesgebiet umfassenden neuen Gesellschaft hat mindestens ebensoviel böses Blut gesetzt.

...t werden



Vor dem Frankfurter Schwurgericht wurde eröffnet, in dem auch der bekannte Rechtsanwalt Klubansky mit seinen Aktenstößen auf der Anklagebank saß.

Der zwei

Von Pat

Der Berliner Parteitag der Christlichen Demokraten war eine höchst eindrucksvolle Bekundung von Geschlossenheit und Stärke. Aber die Aufmerksamkeit der politischen Beobachter beschränkt sich nicht auf eine so allgemeine Erscheinung. Sie richtet sich auf die

Bundestag

...demokraten abgelehnt

...ndenten

eventuell benutzen wird, um dem Bundestag die Notwendigkeit eines Verzichtes auf die Saardebatte darzustellen.

Im Laufe des Dienstags haben Vertreter der drei prodeutschen Saarparteien in Bundestagskreisen angeregt, die Saardebatte wenigstens um eine Woche zu verschieben. Sie möchten, daß der Bundestag die nächsten Maßnahmen des saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann

A.Z. Wann beginnt die Länderreform?

2.10.32 Hessen stellt Ansprüche / Die Frage der Mainzer Vororte

Wiesbaden, 1. Oktober. (Eigener Bericht.) Ministerialdirektor Dr. Peter Nahm, der hessische Vertreter im „Euler-Ausschuß“ für die Länderreform, sprach vor Wiesbadener Verwaltungsjuristen über die Neuordnung der Länder.

Bei dieser Gelegenheit wies der Sprecher darauf hin, daß Rheinhessen und die Westwaldkreise von dem zu Hessen gehörigen Hauptteil von Nassau und von Hessen-Darmstadt ohne Volksbefragung gelöst worden seien. Im Falle einer Auflösung von Rheinland-Pfalz erhebe Hessen Anspruch auf diese Gebietsteile, die ihm auf Grund der geschichtlichen Entwicklung zustünden.

Die Frage der Mainzer Vororte sei keineswegs eine Frage des guten Willens des Landes Hessen. Man könne aber die Länderreform nicht in kleinen Vorwegnahmen lösen. Einstweilen stehe der Weg einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft an der Rheinmündung offen.

Nahm befaßte sich sodann mit der Frage, wann die Suspendierung des Artikels 29 des Grundgesetzes aufgehoben werde. Die in Artikel 29 festgelegten Fristen begannen

zu laufen, sobald die Bonner Verträge ratifiziert seien. Dies könne bedeuten, daß sich der Bundestag in den letzten Monaten seiner Amtstätigkeit, während bereits alles auf den Wahlkampf eingestellt sei, mit der schwierigen Frage der Länderreform befassen müsse. Der Bundesinnenminister habe auf Verlangen des Bundestages vor kurzem eine Studienkommission eingesetzt, an deren Spitze Reichskanzler a. D. Luther stehe. Sein Vertreter sei Minister a. D. Süsterhenn von Rheinland-Pfalz. Ueber die Frage, ob die notwendige Länderreform in einem Zuge oder nach und nach zu erfolgen habe, sind sich, wie Dr. Nahm betonte, Politiker und Gelehrte nicht einig.

Nach allen Gutachten und Kommissionsarbeiten zum Problem der Länderreform gebe es sechs Kristallisationsräume der Bundesstaaten im Rahmen des Bundesgebietes: Den Raum um das Städtedreieck im Rhein-Main-Gebiet (Frankfurt, Mainz, Wiesbaden), den bayerischen, den schwäbischen, den nordrhein-westfälischen, den niedersächsischen Raum und den Raum um Hamburg mit Schleswig-Holstein.

den der Sachmänner zu verlassen beginnen. Statt dessen schlittschuhen sie auf dem brüchigen Märzeis der persönlichen Verunglimpfung. Je gewagter, desto besser. Je persönlicher, um so erfolgreicher. Politische Argumente spielen kaum, oder

idestag?

ch einig
ndenten

und Opposition anbahnt, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Mittwoch abend hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer die seit dem Tode Dr. Schumachers zweite Aussprache mit Erich Ollenhauer, dem neuen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. In dieser Aussprache dürfte es in erster Linie darum gegangen sein, wie sich die Sozialdemokratie zum Wunsch des Bundeskanzlers nach baldiger Ratifizierung der Verträge einstellt.

id Teesteuer beantragt

Wohnungseinheit für die Alliierten sollten 30.000 statt bisher 20.000 Mark betragen. Die

aber in dem schon die häßliche, kleine Bombe tickt, die ihn anschließend persönlich und höchst privatim zerreißen soll. Diese Methodik, die den Wahlkampf bis in die persönlichsten Bezirke, bis in die Hinterstube und die Schlafkammer der Kandidaten trägt, wird von beiden Parteien mit wechselndem Erfolg angewandt. Zumindest sind hier die Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern verwischt worden. Was Truman kürzlich über Eisenhower gesagt hat, ist, genauer gesehen ebenso unsachlich, ebenso verdreht und verbogen, wie etwa die Ausfälle des Senators Taft gegen seinen Präsidenten.

Der Fall Nixon

Die besonderen Umstände, die in diesem Jahr in Amerika den Streit der Meinungen bestimmen, haben zudem ein neues Argument geschaffen, das auf der politischen Bühne bisher so gut wie unbekannt war. Es ist das Argument der Steuer-moral. Oder besser gesagt, der Steuer-Unmoral. Die Auswirkungen, die diese neue Waffe auf die Unfehlbarkeit der Kandidaten hat, sind noch nicht abzusehen. Aber schon der erste Angriff hat viele Fassaden erschüttert. Seit Eisenhower das Wort vom „crusading“, vom Kreuzzug gegen die Korruption in den Regierungsstellen auf das republikanische

A.Z. Aufteilung des Südwestfunks?

9.10.52. Vorarbeit für Zerschlagung von Rheinland-Pfalz?

Bonn, 8. Oktober. (UP) Im Bundesinnenministerium ist ein Referentenentwurf für ein Bundesrundfunkgesetz fertiggestellt worden, der die Bildung von fünf Rundfunkanstalten im Bundesgebiet vorsieht. Nach diesem Entwurf soll es künftig zwei Sender Nord (Köln und Hamburg mit Bremen), einen Sender Süd in München, einen Sender Südwest in Stuttgart und einen Sender West (Frankfurt mit der Pfalz) geben.

*

a Dieser Referentenentwurf wurde von der Landesregierung Rheinland-Pfalz entschieden abgelehnt. Ministerpräsident Altmeier vertritt den Standpunkt, daß das Bundesrundfunkgesetz nach dem Grundgesetz lediglich technische Fragen zu regeln habe, aber nicht eine Neuaufteilung der Sender und dabei sogar eine Aufteilung des Sendebereichs des Südwestdeutschen Rundfunks nach Stuttgart und Frankfurt.

Obwohl der erwähnte Referentenentwurf von maßgebenden Kreisen nur als ein Vor-

fühler angesehen wird, beschäftigen sich zuständige Stellen der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit den bekanntgewordenen Plänen von der juristischen Seite aus, um durch ein Gutachten namentlich dem einseitigen Angriff auf den Südwestfunk zu begegnen. Dabei wird auch die Frage in den Vordergrund gerückt, ob von gewisser interessierter Seite etwa über die Zerschlagung des Südwestdeutschen Rundfunks nicht eine taktische Vorarbeit für die Teilung von Rheinland-Pfalz beabsichtigt ist.

Wenn auch von maßgebender Regierungseite die Ansicht vertreten wird, die Länderreform werde vor den Bundestagswahlen nicht akut werden, so glaubt man, daß bestimmte Kräfte in der Bundesregierung versuchen, durch den Einfluß von Interessenten für die kommende Länderneuregelung praktische Anhaltspunkte greifbar zu machen. Es ist verständlich, wenn angesichts solcher Vermutungen die Regierung von Rheinland-Pfalz undiskutierbaren Plänen Bonner Referenten rechtzeitig entgegentritt.

ick in England

h nicht zu übersehen

Meter beschränkt hatte. Zahlreiche Schneidbrenner fressen sich in die zusammengeschachtelten Eisenteile der Wagen hinein, um noch weitere eingeschlossene Passagiere zu befreien.

Der Schnellzug nach Manchester wurde von zwei Lokomotiven, von denen jede mehr als 100 Tonnen wiegt, gezogen. Der Aufprall war jedoch so stark, daß diese Lokomotiven aussehen, als seien sie von einem Giganten zerschmettert worden.

Selbst der Bahnhof wurde beschädigt. Alle Uhren des Bahnhofes blieben auf 8.19 Uhr — dem Zeitpunkt des Unglücks — stehen.

einander geschoben

richte von der Katastrophe

ortzuges sagte: „Die vier Wagen direkt

ineinander verstrickt, daß man nie wissen kann, wohin die Funken, die einmal sprühen, ihre Feuerchen entsenden — auch wenn sie vom „Ende der Welt“ kommen.

Wenn man früher vom „Ende der Welt“ sprach, meinte man jenes Land, das — vor Sagen und Nebel umwoben — ein fast steinzeitliches Dasein führte: man meinte Grönland und die arktischen Gebiete mit dem nördlichen Pol unserer Erde. Man vergaß aber dabei und übersieht es auch heute noch, daß Grönland die größte Insel der Erde ist, fünfzigmal so groß wie das dänische Mutterland und doppelt so groß wie Schweden und Norwegen zusammen. In unserem Bewußtsein haften nur die Vorstellungen vom Polarklima, von den kurzen Sommern, in denen kein Getreide reifen, und von den Landschaften, in denen kein Baum wachsen kann. An den eisfreien Südrand der Insel, der mit einer spärlichen Vegetation nur wenigen Schafen und Pferden Platz gibt und kleine Industrien gestattet, dachten nur einige geschäftstüchtige Amerikaner.

Dieses Land, das vom ewigen Eis umgebene Reich Thule, ist aber in den letzten Jahren näher an uns herangerückt. Der eng gewordene Kontakt führte die große Nordinsel...

Eine sozialdemokratische Volksbefragung?

Grundsätzliche Auseinandersetzung über den Neugliederungs-Paragrafen

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 114

Na. Mainz, 16. Oktober. (Eigener Bericht.) Ministerpräsident Altmeier ging vor der Presse auf den Plan des sozialdemokratischen Abgeordneten Bögler ein, durch eine Volksbefragung zu ermitteln, ob die Bevölkerung der Pfalz gegen den Bestand des Landes Rheinland-Pfalz sei. A.Z. 17.10.52.

Eine negative Frage sei gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes nicht möglich. Der Artikel beziehe sich im übrigen nicht etwa auf die Frage der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz, sondern auf die Neugliederung des gesamten Bundesgebietes. Darüber, ob diese Frage überhaupt in der Bundespolitik an erster Stelle zu stehen habe, könne man verschiedener Meinung sein. Seiner Ansicht nach sei eine Länderregelung, solange der Eisernen Vorhang bestehe, nicht angebracht. Die Bevölkerung der Sowjetzone könne den Eindruck bekommen, daß der Westen auf sie verzichte, falls man den Eisernen Vorhang praktisch zur Grundlage einer endgültigen Länderregelung mache. Auch an der Saar

blickten viele Menschen vertrauensvoll auf Rheinland-Pfalz.

Wenn der Abgeordnete Bögler von einer notwendigen Verzahnung des linken mit dem rechten Rheinufer gesprochen habe, so könne er, Altmeier, ihm nur zustimmen. Der Regierungsbezirk Koblenz reiche ja aber schon bis in das Sieger-Land auf das rechte Rheinufer hinüber. Auch die Wiederangliederung der rechtsrheinischen Vororte von Mainz und Worms könne einem solchen festeren Anschluß an das rechtsrheinische Deutschland dienen. Schließlich sei auch anzunehmen, daß sich etwa die Winzer von Abmannshausen mit denen von Bacharach enger verbunden fühlten, als etwa mit den Bewohnern von Kassel.

Gegenäußerungen der Sozialdemokraten

Am Nachmittag nahm der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei seinerseits auf einer Pressekonferenz zu diesem Fragenkomplex Stellung. In einer Entschliebung wird ge-

sagt, der Ministerpräsident habe bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, Rheinland-Pfalz sei ein „CDU-Land“ und müsse mit Rücksicht auf die Politik des Bundeskanzlers erhalten bleiben. Der Ministerpräsident verschiebe damit die sachliche Diskussion auf die parteitaktische Ebene des Augenblicks. Es sei auch ein neuartiges taktisches Ausweichmanöver der Christlich-Demokratischen Union, wenn sie feststelle, der Artikel 29 des Grundgesetzes trete erst bei Abschluß eines Friedensvertrages in Kraft.

Zu gegebener Zeit werde die Sozialdemokratie die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz aufrufen, „durch eine Willensentscheidung zu bekunden, ob sie die Auflösung dieses Landes wünsche“.

Volksbefragung ohne Rechtsfolgen

Der Abgeordnete Bögler erklärte dazu weiter, sein Plan sei nur die Antwort auf die Ausführungen Altmeiers in Pirmasens. Es handle sich um eine Volksbefragung ohne Rechtsfolgen, die noch im Laufe des Winters als eine private Sache der Sozialdemokratischen Partei wahrscheinlich in einem korrekten Querschnitt durch Stadt und Land veranstaltet werden solle.

Die rechtsrheinische Verankerung sehe die Sozialdemokratische Partei in dem heutigen Zustand nicht gegeben. Die politische Führung und die Hauptstadt müssen rechtsrheinisch liegen. Mainz scheidet damit allerdings als Hauptstadt aus. Es gehe um eine Auflösung des Landes und um die rechtsrheinische Verankerung der verschiedenen Gebietsteile an ein schon bestehendes, oder noch zu schaffendes rechtsrheinisches Land. Bei den rechtlich entscheidenden Abstimmungen auf Grund des Artikels 29 werde die Sozialdemokratie wahrscheinlich keine Parole ausgeben und damit eindeutig beweisen, daß es ihr nicht um partei-egoistische Gesichtspunkte gehe.

Als Beweis für die von der Sozialdemokratischen Partei schon öfter behauptete Leistungsschwäche von Rheinland-Pfalz wurde eine Zusammenstellung gegeben die unter anderem besagt, daß im Etat 1952 für Wohnungs- und Schulbauten angesetzt sind: In Bayern 37,8 Mill., in Schleswig-Holstein 15 Mill., in Hessen 30,9 Mill. und in Rheinland-Pfalz 11,45 Millionen Mark.

Eine Antwort Altmeiers

Zu der Verlautbarung des Landesausschusses der Sozialdemokratischen Partei erklärte Ministerpräsident Altmeier in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union von Rheinland-Pfalz, daß die Bemerkungen wegen eines „CDU-Landes“ völlig sinnentstellend wiedergegeben worden seien. Er habe in seiner Pirmasenser Rede, vor Delegierten der Christlich-Demokratischen Union Pfalz, anhand zahlreicher Äußerungen von Politikern der Sozialdemokratischen Partei nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie die Beseitigung von Rheinland-Pfalz erstrebe, weil die Christlich-Demokratische Union dort die Führung habe. Die angebliche Feststellung, daß der Artikel 29 des Grundgesetzes erst bei Abschluß eines Friedensvertrages in Kraft treten würde, habe er überhaupt nicht getroffen.

Europäisierung der Saar wachsenden Widerstand



Europäisierung mit Revisionsu
bericht unseres Bonner Korres
pöber Schärfe wandte sich Bundesjustiz-
dienst der Freien Demokratischer
gegen eine Europäisierung des Saar-

französischen Außenminister Schuman
der Freitag den neuen Saarbrief des
Bundeskanzlers erhält, den starken in-
nerdeutschen Widerstand gezeigt, auf den
der Lösungsversuch stößt, um den sich
Adenauer und Schuman bemühen. Man
muß sich in Paris klar darüber sein, daß
der deutsche Bundeskanzler mit der
Saarverständigung eine Mehrheit im
Bundestag braucht und daß er sich mit
seinen Vorschlägen hart an der Grenze
dessen bewegt, was die Bonner Regie-
rungsparteien eventuell noch hinnehmen
würden. Dehlers Erklärung zeigt, daß
bis heute auch das Kabinett noch keinen
Beschluss zugunsten der Europäisierung
gefaßt haben kann, denn sonst wäre dem
Bundesjustizminister eine so massive
Ablehnung nicht mehr möglich gewesen.

Von zuständiger Seite wird in Bonn
erneut auf die Möglichkeit einer end-
gültigen Saarregelung hingewiesen. Die
auch Frankreich bindende Rechtslage be-
halte die Festsetzung der deutschen

Persien bricht

Eine Rundfunk-Erklärung

Die Rheinische Zeitung

Neuer Anzeiger

Geschäftsst.: Worms, Gaustr. 44 / Kreuznach, Mannh. Str. 130
Bingen, Salzstr. 21 / Ingelheim, Binger Str. 92 / Alzey, Fisch-
markt 4 / Idar-Oberstein, Ausstraße 3 / Simmern, Oberstraße 14

Oktober 1948

Preis 15 Pfg.

bestehen bleiben

Hettier de Boislabbert

allgemein haben ver-
men und der Läng-
g zu bringen. Die-
schwach, um so
lonigen unter den
Federalismus ein-
dicht verschlossen
annehmen zu sol-
Zone sich isolieren
Frankreich be-
g um die Gebiete
le ihm zugefallen
einen Beweis da-
falls es eines Be-
ft hätte.
en die Bemühungen
auf gerichtet, die
Menschen gleicher
er wirtschaftlicher
n. Die zahlreichen
ormser Brücke nur
Beispiel ist, stellen
sichten Frankreichs
wrscheinlicher ist,
Besprechungen über
Ländergrenzen den
Land Rheinland-
oll. Niemand denkt
mit einer gegen die
den Wirtschaft leben
berhaupt irgend ein
sich selbst völlig ge-
elsaustausch mit der
erweise lahmlegen
enzen des Landes
ge gestellt wurden,
r seiner Aufteilung
geführt die man mit

demselben Recht auf die anderen Länder
Westdeutschlands oder auf die früheren
deutschen Provinzen und Fürstentümer an-
wenden könnte. Wir wollen doch nicht ver-
gessen, daß diese Länder oft genug ihr Ent-
stehen irgend einer zufälligen Verleihung
verdanken, daß sie auf Grund von Hei-
raten vereinigt, daß sie kurz gesagt, nach
bloßer menschlicher Willkür aufgeteilt wur-
den ohne Rücksicht auf geographische oder
völkische Gegebenheiten."

Dreimächte-Verwaltung in Sicht

Frankfurt, 17. Oktober. (Südena.) Bei den
Besprechungen zwischen den Generalen
Clay, Robertson und Noiret und ihren poli-
tischen Beratern am Samstag in Frank-
furt ist in der Frage des Besatzungsstatuts
darüber eine Einigung erzielt worden, daß
bis zum 30. Oktober alle noch strittigen
Fragen in einem Lagebericht aufgezeichnet
werden sollen. General Clay hat dazu er-
klärt, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein
großer Teil schwierigster Probleme gelöst
sein werde.

Wie aus dem Zweimächte-Kontrollamt
verlautet, sei die Errichtung einer Drei-
mächte-Verwaltung für die Westzonen in
das Stadium konkreter Vorschläge getre-
ten. Dabei seien die einzelnen Militärregie-
rungen bestrebt, ihre Vorschläge weit-
gehend den Wünschen der anderen anzu-
gleichen. Während hierbei die amerikani-
sche Regierung die Meinung vertrete, daß
mit der Einführung der Dreimächte-Ver-
waltung die Kontrollfunktionen weit-
gehend einzuschränken seien, wollten die
britischen Vertreter die Uebergabe wirt-
schaftlicher und politischer Funktionen an
die deutschen Stellen nur nach und nach
vornehmen. Der französische Vorschlag
sehe vor allem eine Beibehaltung der Mi-
litärverwaltungen in den Zonen vor. Die
einzelnen Militärregierungen sollten in
ihren Zonen weiterhin eigene Gesetzes-
befugnisse besitzen.

Westzonen

scher Zone

weiskontrolle für die
Michaelis, legten die
en Zonen verfolgte

Militärregierung und Löhne

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena). Für
die in der französischen Zone stattfindenden
Lohnverhandlungen ist eine Anordnung
des Generals Koenig vom 9. Oktober von
besonderer Bedeutung. Nach ihr tragen die
Länderregierungen mit sofortiger Wirkung
die Verantwortung für die Festsetzung und
Kontrolle der Löhne. Sie haben, vorbehalt-
lich eines Einspruchsrechtes der Militär-
regierung, das uneingeschränkte Recht, die
von ihr für notwendig befundenen Maß-
nahmen zu treffen.

Erleichterung in der Demontage

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena). Von
der französischen Militärregierung ist, wie
Südena erfährt, verschiedenen von der De-
montage betroffenen Firmen anheimgestellt
worden, neue Maschinen abzugeben, um
mehr ältere behalten zu können. Die Vor-
schläge, die einzureichen sind, werden ent-
sprechend geprüft werden.

Dänische Lebensmittel für Flüchtlinge

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena). Auf
Grund der zwischen den dänischen Behör-
den und der französischen Militärregierung
getroffenen Abmachungen sollen die
15 000 deutschen Flüchtlinge aus Dänemark,
die in die französische Besatzungszone ge-
leitet werden, für sechs Monate mit aus-
schließlich für sie bestimmten dänischen
Lebensmitteln versehen, die den Rationen
für Normalverbraucher entsprechen. Zu-
sätzliche Lebensmittel wurden vor allem
Kindern gewährt.

Landesregierung Rheinland-Pfalz klagt

Neustadt an der Haardt, 17. Oktober (Sü-
dena). Justizminister Dr. Süsterhenn hat
gemeinsam mit Minister Altmeyer und an-
deren Ministern gegen den verantwort-
lichen Redakteur der „Rheinisch-Pfälzi-
schen Rundschau“, dem Parteiorgan der
Demokratischen Partei von Rheinland-
Pfalz, Strafantrag gestellt, weil dieser im
Zusammenhang mit der Behandlung des
Problems der Ländergrenzen den Regie-
rungsvertretern von Rheinland-Pfalz „na-
tionale Heuchelei“ und „lichbefangene Son-
derinteressen“ vorgeworfen hatte.

15 Prozent Lohnerhöhung

Ludwigschafen, 16. Oktober (Südena). Zwi-
schen dem Gewerkschaftsbund und dem

Allgemeine Zeitung

Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sammel.-Nr. 4371
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46/48, Fernspr.
Sammel.-Nr. 4371 / Postverlagsort f. alle Besatzungszonen Mainz

Neuer Mainzer Anzeiger

Geschäftsst.: Worms, Gaustr. 44 / Kreuznach, Mannh. Str. 130
Bingen, Salzstr. 21 / Ingelheim, Binger Str. 92 / Alzey, Fisch-
markt 4 / Idar-Oberstein, Austraße 1 / Simmern, Oberstraße 14

Nummer 102

Montag, 18. Oktober 1948

Preis 15 Pfg.

Seydlitz

zz. Politische Beobachter beim Kongreß der Vereinten Nationen in Paris haben mehrfach vermutet, Rußland werde bei der Behandlung des Streitfalles Berlin vor dem Sicherheitsrat mit einer Ueberraschung aufwarten. Bisher blieb sie aus, denn daß Wyschinski an den Sitzungen teilnimmt, sich aber nicht mehr aktiv an ihnen beteiligen will, ist nicht als solche anzusprechen. Jetzt scheint sich aber anzukündigen, welche Ueberraschung die Sowjets im Schilde führen könnten. Aus Berlin kommt nämlich eine Nachricht, wonach der Gründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, General Walter von Seydlitz, mit drei weiteren Offizieren dieses Komitees in Berlin eingetroffen ist. Er soll das Polizeiministerium übernehmen, dem die „Volkspolizei“ der Ostzone untersteht. Um zu verstehen, was das bedeutet, muß man wissen, daß diese Volkspolizei, in die bereits Tausende deutscher, kommunistisch geschulter Kriegsgefangener eingereiht wurden, in der nächsten Zeit auf 400.000 Mann erhöht werden soll. Ihre Kader sind kaserniert, verfügen über starke Panzerwaffen und werden weit besser gepflegt als die Normalverbraucher der Ostzone. Kommunistische Sprecher erklärten, diese Volkspolizei sei notwendig, „um die russische Zone gegen die alarmierenden Bürgerkriegsvorbereitungen in Westdeutschland zu schützen“. Das ist die Lesart für die Bewohner der Ostzone, die sich nicht wenig über das Riesenaufgebot an Polizeikräften wundern werden.

Der Sinn der Uebung ist anders. Es steht zu vermuten, daß Rußland in Paris erneut den Vorschlag machen wird, alle Besatzungstreitkräfte sollten sofort aus den vier Zonen abgezogen und es solle ein Gesamtdeutschland wiederhergestellt werden, ein Vorschlag, der auf die Vereinten Nationen gewiß nicht ohne Eindruck bleiben würde, zumal da damit der erregende Streitfall Berlin mit einem Schlage gelöst schiene. Sollte nun der Vorschlag angenommen werden, so würde Rußland die „deutsche Volkspolizei“, die jermal größer ist, als die alte Reichswehr, anbieten, um in dem besatzungsfreien Deutschland „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, das heißt wie in der Ostzone jede Meinungsfreiheit zu unterdrücken und ganz Deutschland auf kaltem Wege zu einem sowjetischen Vasallenstaat zu machen. Solche Pläne liegen zu sehr in Richtung der russischen Generalie und der Methoden, mit denen man sie zu verwirklichen sucht, als daß man sich darüber zu verwundern brauchte. Was man aber nicht versteht, ist, daß ein deutscher General, mit historischem Namen, der schon vor dem Falle Stalingrads gegen Hitler Stellung bezog, unter russischem Druck oder in völliger Verkennung dessen, was seinem Vaterlande wirklich dient, sich zum Sachwalter sowjetischer Pläne machen läßt.

In Hessen wird weiter gestreikt

Export- und Frachtstückgutverkehr nach Frankfurt gestört

X. Frankfurt, 17. Oktober. Die hessischen Transportarbeiter und Angestellten werden den Streik am Montag fortsetzen. Ueber das Wochenende kam es zu kleineren Zwischenfällen. Die Betriebsräte des Transportgewerbes und der Streikleitung haben beschlossen, solange im Ausstand zu bleiben, bis ihre ursprünglichen Forderungen auf eine Lohnerhöhung von fünfzehn Prozent durch die Unternehmer angenommen werden. Die Arbeitnehmer sind damit von der Zwischenlösung zur Vermeidung des Streiks abgekommen. Sie hatten sich zeitweilig mit einer Erhöhung von 12 1/2 Prozent einverstanden erklärt. Die Betriebsräte sind jetzt der Ansicht, daß der Streik, nachdem er einmal ausgerufen worden ist, solange fortgesetzt werden muß, bis die erste Forderung auf 15 Prozent angenommen wird.

Inzwischen haben sich in Frankfurt, Darmstadt und Offenbach große Speditionsfirmen zur Annahme der 12 1/2prozentigen Lohnerhöhung entschlossen. Eine andere große Speditionsfirma in Frankfurt hat bereits der fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung zugestimmt. Für diese Betriebe ist von der Gewerkschaft der Streik aufgehoben worden. Die Speditionsfirmen haben sofort nach Annahme der Forderungen der Gewerkschaft den Transportdienst wieder aufgenommen. Vom Montag an werden die Fahrzeuge dieser Unternehmen große Schilder mit der Aufschrift: „Forderung der Gewerkschaft anerkannt — deshalb fahren wir“ tragen, um ungehindert die Streikposten passieren zu können. Die von den Betriebsräten akzeptierte 12 1/2prozentige Lohnerhöhung dieser Betriebe wird solange in Kraft bleiben, bis der am Montag zum erstenmal zusammentretenende Schiedsausschuß eine endgültige Entscheidung getroffen hat.

Der Schiedsausschuß, dem je drei Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehören, wird über eine Beilegung des Streiks beraten. Die Gewerkschaften haben jedoch geltend gemacht, daß sie sich nicht von vorneherein dem Spruch des Ausschusses unterwerfen werden.

Wie die Verwaltung des Frankfurter Hauptgüterbahnhofes mitteilt, haben die

Rheinland-Pfalz soll bestehen bleiben

Eine Rede des Militärgouverneurs Hettier de Boislabbert

Koblenz, 17. Oktober. (Südena.) Anlässlich der Einweihung der neuen Brücke in Worms hielt Gouverneur General Hettier de Boislabbert eine Rede, in der er nicht nur die Wiederherstellung der neuen Verbindung über den Rhein würdigte, sondern auch zur politischen Gestaltung des westdeutschen Raumes Stellung nahm. Er sagte dabei u. a.:

„Wir weihen heute ein Werk ein, das in technischer Hinsicht von ungeheurer Bedeutung ist. Ich bin gewiß, daß sie seine Vollendung gleich mir aufs freudigste begrüßen. Nach den furchtbaren Zerstörungen des Krieges, wie sie kein Mensch von gesundem Verstand gewünscht haben kann, und dessen Folgen wir erst jetzt zu überwinden beginnen, haben wir gemeinsam die schwere Aufgabe in Angriff genommen, die Wirtschaft dieses Teils von Europa wieder herzustellen. Der Wiederaufbau aller Werke von öffentlichem Interesse, besonders derjenigen, die dem Handel und Verkehr dienen, mußte unsere erste Sorge sein. Wir haben hier einen Beweis vor Augen, daß diese Sorgen nicht umsonst gewesen sind. Die Bauten, deren Bedeutung wir im Laufe der letzten drei Jahre zu würdigen hatten, sind sehr zahlreich. Die Wormser Brücke ermöglicht neue Verbindungen und gibt neue Möglichkeiten der Wiederaufrichtung.“

Vor kurzem sind die Passierscheine zwischen den verschiedenen Zonen Westdeutschlands abgeschafft worden. Zählt man hierzu die Möglichkeiten von der Art derer, die wir hier vor Augen haben, so kann man mit Recht sagen, daß sich darin eine aufbauende Politik ausdrückt.

Die Kritiker des Föderalismus haben versucht, die Begriffe der Zonen und der Ländergrenzen in Verwirrung zu bringen. Dieses Argument ist sehr schwach, um so schwächer, als nicht diejenigen unter den Alliierten, die für den Föderalismus eintreten, die Zonengrenzen dicht verschlossen haben. Manche glaubten annehmen zu sollen, daß die französische Zone sich isolieren wolle und sie haben sogar Frankreich beschuldigt, einen Vorhang um die Gebiete zu ziehen, deren Kontrolle ihm zugefallen war. Diese Brücke bildet einen Beweis dafür, daß dem nicht so ist, falls es eines Beweises überhaupt bedürft hätte.

Im Gegenteil aber waren die Bemühungen Frankreichs immer darauf gerichtet, die Verbindungen unter den Menschen gleicher Sprache und gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zu erleichtern. Die zahlreichen Bauten, von denen die Wormser Brücke nur ein besonders wichtiges Beispiel ist, stellen einen Beweis für die Absichten Frankreichs dar, der heute um so augenscheinlicher ist, als es im Rahmen der Besprechungen über die Neugestaltung der Ländergrenzen den Anschein hat, daß das Land Rheinland-Pfalz bestehen bleiben soll. Niemand denkt daran, daß dieses Land mit einer gegen die Außenwelt abgeschlossenen Wirtschaft leben soll. Gibt es denn überhaupt irgend ein Land in der Welt, das sich selbst völlig genügt und dessen Handelsaustausch mit der Welt man vernünftigerweise lahmlegen könnte? Wenn die Grenzen des Landes Rheinland-Pfalz in Frage gestellt wurden, so haben die Anhänger seiner Aufteilung dafür Gründe ins Feld geführt, die man mit

demselben Recht auf die anderen Länder Westdeutschlands oder auf die früheren deutschen Provinzen und Fürstentümer anwenden könnte. Wir wollen doch nicht vergessen, daß diese Länder oft genug ihr Entstehen irgend einer zufälligen Verleihung verdankten, daß sie auf Grund von Heiraten vereinigt, daß sie kurz gesagt, nach bloßer menschlicher Willkür aufgeteilt wurden ohne Rücksicht auf geographische oder völkische Gegebenheiten.“

Dreimächte-Verwaltung in Sicht

Frankfurt, 17. Oktober. (Südena.) Bei den Besprechungen zwischen den Generalen Clay, Robertson und Noiret und ihren politischen Beratern am Samstag in Frankfurt ist in der Frage des Besatzungsstatus darüber eine Einigung erzielt worden, daß bis zum 30. Oktober alle noch strittigen Fragen in einem Lagebericht aufzeichnet werden sollen. General Clay hat dazu erklärt, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein großer Teil schwierigster Probleme gelöst sein werde.

Wie aus dem Dreimächte-Kontrollamt verlautet, sei die Errichtung einer Dreimächte-Verwaltung für die Westzonen in das Stadium konkreter Vorschläge getreten. Dabei seien die einzelnen Militäregierungen bestrebt, ihre Vorschläge weitgehend den Wünschen der anderen anzugleichen. Während hierbei die amerikanische Regierung die Meinung vertritt, daß mit der Einführung der Dreimächte-Verwaltung die Kontrollfunktionen weitgehend einzuschränken seien, wollten die britischen Vertreter die Übergabe wirtschaftlicher und politischer Funktionen an die deutschen Stellen nur nach und nach vornehmen. Der französische Vorschlag sehe vor allem eine Beibehaltung der Militärverwaltungen in den Zonen vor. Die einzelnen Militäregierungen sollten in ihren Zonen weiterhin eigene Gesetzgebungsbefugnisse besitzen.

Wahlvorsprung de Gaulles

Paris, 17. Oktober. (AP, BBC.) In Frankreich sind am Sonntag in allen Gemeinderäten die 100.000 Wahlmänner bestimmt worden, die am 10. November den neuen Rat der Republik, die erste Kammer des französischen Parlaments, wählen werden. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen führen die Gaullisten an zweiter Stelle folgen die Kommunisten. In Paris wurden 307 Kandidaten der Partei de Gaulles, 153 Kommunisten und 35 Sozialisten gewählt. Von 2500 Wahlmännern sind 775 Gaullisten und 664 Kommunisten. An dritter Stelle stehen die Sozialisten mit etwas weniger als 400 Wahlmännern. Dann folgt die Katholische Volkspartei mit fast 300 Wahlmännern.

Zahlungsabkommen unterzeichnet

Paris, 17. Oktober. (Südena/APF.) Die Vertreter der am Marshall-Plan beteiligten Länder und Besatzungszonen haben am Samstag im Chateau de la Muette das Abkommen über den gegenseitigen Zahlungsverkehr und Zahlungsausgleich unterzeichnet.

Ruhr-Konferenz angesagt

London, 17. Okt. (Kosmos.) Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß mit der Einberufung einer Sechs-Mächtekonferenz in London zur Beratung des Statutes der künftigen internationalen Ruhrbehörde Anfang November gerechnet wird.

Für rasche Gesundung der Wirtschaft

Einladungen über Produktionssteigerungen und Preispolitik

We. München, 17. Oktober. Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Dr. Erhard, der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Josef Müller, Wirtschaftsminister Dr. Seidel und Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl haben am Samstag in München über Fragen der Wirtschaft und der Preispolitik verhandelt. Wie verlautet, hat dabei Uebereinstimmung darüber geherrscht, daß ein der Lage entsprechendes günstiges Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen hergestellt werden müsse. In enger Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft und Agrarwirtschaft solle eine fühlbare Hilfe bei der Versorgung der Landwirtschaft mit billigen Bedarfsartikeln erreicht werden. Eine Senkung der Kunst- und Kunststoffepreise werde in Frankfurt mit besonderer Sorgfalt geprüft. Professor Erhard wolle alle Anstrengungen unterstützen, die der Rationalisierung und Normung in der Landwirtschaft dienen, und sich besonders für die Entwicklung landwirtschaftlicher Maschinen, vor allem eines billigen Ackerschleppers, einsetzen. Durch diese Politik soll eine Verteuerung der lebensnotwendigen Bedarfsgüter vermieden und eine Übereinstimmung der Interessen der Landwirtschaft mit denen der Verbraucherschaft erzielt werden.

Es habe ferner Einmütigkeit darüber bestanden, daß eine schnelle Verwirklichung des „Jedermann-Programms“ geeignet sei, die wirtschaftliche Konsolidierung zu beschleunigen. Die bayerischen Minister seien

nach den Ausführungen Professor Erhards über die Rohstofflage zu der Ansicht gekommen, daß die Aufrechterhaltung und auf einigen Gebieten eine Steigerung der bisherigen Produktion gesichert sei. Wie Professor Erhard mitgeteilt habe, seien zur Zeit Maßnahmen in Vorbereitung, um einen Druck auf die Handelsspanne auszuüben. Es sollten ohne einen Rückfall in die Methoden der Zwangswirtschaft alle marktgerechten Mittel für eine rasche Gesundung der Wirtschaft angewandt werden. Die Aussprache über einzelne Fragen solle im erweiterten Kreis fortgesetzt werden.

Im Anschluß an seine Aussprache mit den Mitgliedern des bayerischen Kabinetts hat sich Professor Erhard über Radio München gegen die Kritiker seiner Wirtschaftspolitik gewandt, von denen ein Teil aus eigensüchtigen Motiven die Hoffnungslosigkeit des deutschen Volkes unterstützte. Die Bevölkerung werde von Bürokraten aufgehetzt, die ihre Posten zu verlieren fürchteten.

Die Senkung der Verbrauchssteuern für Bier, Branntwein, Kaffee und Tabak soll auf der für Dienstag angesetzten Vollversammlung des Wirtschaftsrates erneut vor dem Plenum beraten werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen Öffentlicher Verkehrsbetriebe der drei Westzonen wird am 21. und 22. Oktober in Düsseldorf ihre Hauptversammlung abhalten.

Militärregierung und Löhne

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena.) Für die in der französischen Zone stattfindenden Lohnverhandlungen ist eine Anordnung des Generals Koenig vom 9. Oktober von besonderer Bedeutung. Nach ihr tragen die Länderregierungen mit sofortiger Wirkung die Verantwortung für die Festsetzung und Kontrolle der Löhne. Sie haben, vorbehaltlich eines Einspruchsrechtes der Militärregierung, das uneingeschränkte Recht, die von ihr für notwendig befundenen Maßnahmen zu treffen.

Erleichterung in der Demontage

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena.) Von der französischen Militärregierung ist, wie Südena erfährt, verschiedenen von der Demontage betroffenen Firmen anheimgestellt worden, neue Maschinen abzugeben, um mehr ältere behalten zu können. Die Vorschläge, die einzureichen sind, werden entsprechend geprüft werden.

Dänische Lebensmittel für Flüchtlinge

Baden-Baden, 17. Oktober (Südena.) Auf Grund der zwischen den dänischen Behörden und der französischen Militärregierung getroffenen Abmachungen sollen die 15.000 deutschen Flüchtlinge aus Dänemark, die in die französische Besatzungszone geleitet werden, für sechs Monate mit ausschließlich für sie bestimmten dänischen Lebensmitteln versehen, die den Rationen für Normalverbraucher entsprechen. Zusätzliche Lebensmittel wurden vor allem Kindern gewährt.

Landesregierung Rheinland-Pfalz klagt

Neustadt an der Haard, 17. Oktober (Südena.) Justizminister Dr. Süsterhenn hat gemeinsam mit Minister Altmeier und anderen Ministern gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Pfälzischen Rundschau“, dem Parteigänger der Demokratischen Partei von Rheinland-Pfalz, Strafantrag gestellt, weil dieser im Zusammenhang mit der Behandlung des Problems der Ländergrenzen den Regierungsvertretern von Rheinland-Pfalz „nationale Heuchelei“ und „schiefhantige Sonderinteressen“ vorgeworfen hatte.

15 Prozent Lohnerhöhung

Ludwigshafen, 16. Oktober (Südena.) Zwischen der Sozialvereinigung der pfälzischen Industrie und den Landesindustrie-Gewerkschaften Rheinland-Pfalz sowie dem Landesverband der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Rheinland-Pfalz wurde zur Angleichung der Tarifgehälter der Angestellten der Industrie und des Großhandels in der Pfalz eine 15prozentige Lohnerhöhung vereinbart. Die letzten Stellen der Gehaltsätze werden auf 5.— DM bzw. 10.— DM aufgerundet. Leistungsunterlagen bleiben bestehen. Die Gehälter der weiblichen Angestellten liegen 10 Prozent niedriger. Bei gleicher Leistung erhalten sie jedoch dieselben Gehälter wie die männlichen Angestellten. Erziehungsbefähigten werden ebenfalls um 15 Prozent erhöht und auf volle D-Mark aufgerundet. Die Vereinbarung gilt rückwirkend vom 1. September.

Köln-Deutzer Rheinbrücke eingeweiht

Köln, 17. Oktober. Nach einer Bauzeit von dreizehn Monaten wurde am Samstag die modernste Brücke Europas, die „Köln-Deutzer Rheinbrücke“ im Rahmen einer Feier dem Verkehr übergeben. Die neue Brücke hat eine Fahrbahn von elf Meter Breite, zwei Bürgersteige und zwei Radfahrwege.

Rheinwasserstand sinkt

Wiesbaden, 17. Oktober (Südena/DDP.) In den letzten Tagen ist der Wasserstand des Rheins weiter gesunken. Der Binger Pegel zeigte am Samstagmorgen mit 1,25 m nur die Hälfte des Normalstandes an. Vom Oberrhein wird ein weiteres Fallen gemeldet, so daß sich die Schwierigkeiten für die Rheinschiffahrt verschärfen werden.

Fragebogenfälscher

Wiesbaden, 17. Oktober. Der 43jährige Referent für Baumwolle in der Zwei-Zonen-Verwaltung für Wirtschaft, Werner Topf, wurde von einem amerikanischen Ermittlungs-Beamten verhaftet. Topf, der noch im vergangenen Monat zum Studium von Importmöglichkeiten für Baumwolle eine Reise in die Türkei unternommen hatte, wird beschuldigt, seine SS- und NSDAP-Zugehörigkeit im Fragebogen verschwiegen zu haben. Der Beschuldigte, der inzwischen gegen Stellung von 15.000 D-Mark Kaution entlassen wurde, gab vor dem Untersuchungsrichter der Militärregierung seine SS-Zugehörigkeit von 1932 bis 1937 zu.

Soldatenbräute in Nöten

Frankfurt, 17. Oktober (Südena.) Die Anordnung der amerikanischen Regierung, daß vom 27. Dezember an die Soldatenbräute nur noch im Rahmen der festgesetzten Einwanderungsquote ihre Einreise vornehmen können, hat einen Sturm auf die bis zum erlaubten Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Schiffe und Flugzeuge ausgelöst, so daß bereits bis zum 27. Dezember alle Plätze besetzt sind. Angeblich sollen sich die Soldaten, deren Bräute nicht mehr bis zum Termin herüberkommen können, an Präsident Truman mit der Bitte gewandt haben, die Frist zu verlängern.

Für die Luftbrücke haben die Amerikaner und Engländer ein gemeinsames Oberkommando geschaffen.



John Foster Dulles

vom Staatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm als Gast an der Konferenz der Militärgouverneure der Doppelzone in Frankfurt teil. Er ist der außenpolitische Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Dewey

Allgemein

Neuer Mainz

Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sammel.-Nr. 4371
 Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46/48, Fernspr.
 Sammel.-Nr. 4371 / Postverlagsort f. alle Besatzungszonen Mainz

Nummer 102

Montag, 18. O.

Seydlitz

zz. Politische Beobachter beim Kongreß der Vereinten Nationen in Paris haben mehrfach vermutet, Rußland werde bei der Behandlung des Streitfalles Berlin vor dem Sicherheitsrat mit einer Ueberaschung aufwarten. Bisher blieb sie aus, denn daß Wyschinski an den Sitzungen teilnimmt, sich aber nicht mehr aktiv an ihnen beteiligen will, ist nicht als solche anzusprechen. Jetzt scheint sich aber anzukündigen, welche Ueberraschung die Sowjets im Schilde führen könnten. Aus Berlin kommt nämlich eine Nachricht, wonach der Gründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, General Walther von Seydlitz, mit drei weiteren Offizieren dieses Komitees in Berlin eingetroffen ist. Er soll das Polizeiministerium übernehmen, dem die „Volkspolizei“ der Ostzone untersteht. Um zu verstehen, was das bedeutet, muß man wissen, daß diese Volkspolizei, in die bereits Tausende deutscher, kommunistisch geschulter Kriegsgefangener eingereiht wurden, in der nächsten Zeit auf 400 000 Mann erhöht werden soll. Ihre Kader sind kaserniert, verfügen über starke Panzerwaffen und werden weit besser verpflegt als die Normalverbraucher der Ostzone. Kommunistische Sprecher erklärten, diese Volkspolizei sei notwendig, „um die russische Zone gegen die alarmierenden Bürgerkriegsvorbereitungen in Westdeutschland zu schützen“. Das ist die Lesart für die Bewohner der Ostzone, die sich nicht wenig über das Riesenaufgebot an Polizeikräften wundern werden.

Der Sinn der Uebung ist anders. Es steht zu vermuten, daß Rußland in Paris erneut den Vorschlag machen wird, alle Besatzungstreitkräfte sollten sofort aus den vier Zonen abgezogen und es solle ein Gesamtdeutschland wiederhergestellt werden, ein Vorschlag, der auf die Vereinten Nationen gewiß nicht ohne Eindruck bleiben würde, zumal da damit der erregende Streitfall Berlin mit einem Schlage gelöst schiene. Sollte nun der Vorschlag angenommen werden, so würde Rußland die „deutsche Volkspolizei“, die viermal größer ist, als die alte Reichswehr, anbieten, um in dem besatzungs-

Rheinland-Pfalz soll

Eine Rede des Militärgouverneurs

Koblenz, 17. Oktober. (Südena.) Anlässlich der Einweihung der neuen Brücke in Worms hielt Gouverneur General Hettier de Bois Lambert eine Rede, in der er nicht nur die Wiederherstellung der neuen Verbindung über den Rhein würdigte, sondern auch zur politischen Gestaltung des westdeutschen Raumes Stellung nahm. Er sagte dabei u. a.:

„Wir weihen heute ein Werk ein, das in technischer Hinsicht von ungeheurer Bedeutung ist. Ich bin gewiß, daß sie seine Vollendung gleich mir aufs freudigste begrüßen. Nach den furchtbaren Zerstörungen des Krieges, wie sie kein Mensch von gesundem Verstand gewünscht haben kann, und dessen Folgen wir erst jetzt zu überwinden beginnen, haben wir gemeinsam die schwere Aufgabe in Angriff genommen, die Wirtschaft dieses Teils von Europa wieder herzustellen. Der Wiederaufbau aller Werke von öffentlichem Interesse, besonders derjenigen, die dem Handel und Verkehr dienen, mußte unsere erste Sorge sein. Wir haben hier einen Beweis vor Augen, daß diese Sorgen nicht umsonst gewesen sind. Die Bauten, deren Bedeutung wir im Laufe der letzten drei Jahre zu würdigen hatten, sind sehr zahlreich. Die Wormser Brücke ermöglicht neue Verbindungen und gibt neue Möglichkeiten der Wiederaufrichtung.“

Vor kurzem sind die Passierscheine zwischen den verschiedenen Zonen Westdeutschlands abgeschafft worden. Zählt man hierzu die Möglichkeiten von der Art derer, die wir hier vor Augen haben, so kann man mit Recht sagen, daß sich darin eine aufbauende Politik ausdrückt.

Die Kritiker des Föderalismus sucht, die Begriffe der Ländergrenzen in Verwirrung zu bringen. Ein solches Argument ist sehr schwächer, als nicht die Alliierten, die für die Zonengrenzen haben. Manche glauben, daß die französischen wollen, die sie haben schuldt, einen Vorwand zu ziehen, deren Kontinuität war. Diese Brücke bildet für, daß dem nicht so weises überhaupt bed

Im Gegenteil aber was Frankreichs immer da Verbindungen unter der Sprache und gemeinsamen Interessen zu erleichtern. Bauten, von denen die ein besonders wichtiger Beweis für die Arbeit, der heute um so als es im Rahmen der Neugestaltung der Anschein hat, daß die Pfalz bestehen bleiben daran, daß dieses Land Außenwelt abgeschlossen soll. Gibt es denn in Land in der Welt, das nütigen und dessen Handlung Welt man vernünftiger könnte? Wenn die Rheinland-Pfalz in Frankreich so haben die Anhänger dafür Gründe ins Feld

Einheitliche Preispolitik der W

Preisausgleichung zwischen Doppelzone und französischer Zone

Baden - Baden, 17. Oktober. (Südena.) Generalsekretär der Am 15. Oktober fand in Baden-Baden eine gemeinsame Tagung der Leiter der Preis-

Seite 2

Einmal anders herum gesehen

Von Dr. Karl Eismayer, Mainz

Wir geben die nachstehenden, bemerkenswerten Ueberlegungen zur Frage der Ländergrenzen wieder und stellen sie zur Debatte. (Die Redaktion.)

Man diskutiert zur Zeit neue Ländergrenzen. Dabei bleiben einige der neuen deutschen Staaten unberührt, als ob sie ein absolutes Recht hätten, so zu bestehen, wie sie zufällig 1945 geworden sind. Man sollte auch dort etwas großzügiger denken. Großhessen z. B. besteht zur Zeit aus dem Gebiet des einstmaligen Großherzogtums Hessen und aus Hessen-Nassau. Es könnte historisch betrachtet auch ganz anders aussehen. Nassauer z. B. sind keine Hessen. Vorläufig wirft dieses Großhessen begehrliche Blicke rundum. Man überlegt, was man noch an sich ziehen, bzw. billig übernehmen könnte. Vom Mainzer Standpunkt aus gesehen haben wir kein großes Interesse an einer großhessischen Lösung. Auch von Rhein Hessens Standpunkt aus ist das gleiche zu sagen.

Man könnte sich die Länderfrage in unserer Ecke ganz anders entschieden denken, und für eine derartige Lösung, die vielleicht manchem zunächst überraschend erscheint, gibt es recht viel gute Gründe. Geographisch und stammesmäßig zusammen gehören die Länder, die früher einmal die Kurfürstentümer Mainz, Trier und Pfalz bildeten. Dabei muß beachtet werden, daß diese Gebiete großen rechtsrheinischen Besitz hatten, der dazugehörte. Das Kurfürstentum Pfalz bestand nicht nur aus der späteren bayerischen Pfalz, sondern sein Schwerpunkt lag ebenso auf rechtsrheinischem Gebiet, das jetzt Nordbaden heißt,

wie auf dem linksrheinischen, das man gewöhnt wurde, Pfalz zu nennen. Das Kurfürstentum Mainz erstreckte sich über den größeren Teil des Regierungsbezirkes Wiesbaden und über große Bezirke der früheren Provinz Starkenburg. Auch in Oberhessen (und nebenbei bemerkt darüber hinaus) gab es großen alten Mainzer Besitz. Trier liegt mit dem zur Zeit organisatorisch mit ihm verbundenen Nahetal einschließlich Hunsrück (der auch zum großen Teil früher zu Kurmainz gehörte), in dem durch die Randgebirge ziemlich eindeutig bestimmten Wirtschaftsgebiet. Man sollte einmal diese Idee etwas weiter verfolgen und durchdenken. Hier ließe sich ein Staat bilden, der alle Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung in sich schließt. Er wäre ernährungsmäßig zum guten Teil selbständig. Seine Industrie ist für den Eigenbedarf für den innerdeutschen Bedarf und für den Export von genügend großer Ausdehnung und Bedeutung. Das Land verfügt zwar über keine Kohle, wohl aber über den heute ebenso wichtigen Rohstoff Holz. Es ist keineswegs eine Konstruktion, die etwa nur Mainzer Interessen gerecht zu werden versucht. Dafür sorgen schon die Industrieschwerpunkte in Mannheim und Ludwigshafen. Stammesmäßig gehören die Einwohner dieser Länder zusammen. Es ist allerdings kein einheitlicher Stamm wie vielleicht die Schwaben oder Niedersachsen, denn das in Frage kommende Land war immer ein Durchgangsgebiet. Die Grenzen des Landes waren im wesentlichen bestimmt durch die Gebirgskämme, die stets natürliche Grenzen von Wirtschaftsgebieten bildeten. Daß das Land eine Brücke zwischen Ost und West bilden könnte, wie die Gegend es kulturell seit vielen hundert Jahren war, sei nur nebenbei bemerkt.

Zeitung

nzeiger

Geschäftsst.: Worms, Gaustr. 44 / Kreuznach, Mannh. Str. 130
Bingen, Salzstr. 21 / Ingelheim, Ringer Str. 92 / Alzey, Fisch-
markt 4 / Idar-Oberstein, Austraße 3 / Simmern, Oberstraße 14

Preis 15 Pfg.

Finanzkrise

Aufgabe

Möglichkeit einer weiteren steuerlichen Belastung müsse heute ausscheiden. Die durch den Schwarzhandel hinterzogenen Steuerbeträge würden ausreichen, die öffentlichen Haushalte wenigstens der Sanierung näher zu bringen. Die Militärregierung habe nach der Währungsreform ihre Gesamtforderung mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten von 32 Millionen auf 14 Millionen gesenkt, das heiße um mehr als die Hälfte. Immerhin sei anzunehmen, daß die Militärregierung wegen der Finanzlage auch ihrerseits um eine Senkung der Besatzungskosten bemüht sei. Die Anforderung von 15 Millionen Mark Besatzungskosten für September stelle die Landesregierung vor eine Aufgabe, die bis zum Augenblick noch keine Lösung gefunden habe.

Wieder Sparkommissar?

Von Oberinspektor Sperling.

Die Gebietskörperschaften, Staat, Kreise und Gemeinden, sind bei der Währungsumstellung unter Ausnahmerecht gestellt worden. Während die Kapitalien im allgemeinen mit einer Umwertungsquote von 10:1 bedacht wurden, sind die Kapitalbestände der Gebietskörperschaften vollkommen in nichts zerronnen. Ihre Kapitalschulden hingegen sind, wie die der anderen Schuldner auch, im Verhältnis 10:1 umzuwerten.

Inwieweit diese Maßnahme richtig war, wird sich erst in Zukunft erweisen müssen. Wir wollen uns heute damit begnügen, kurz auf ihre Bedeutung für die Gemeinden einzugehen: Die Gemeinden verfügten über namhafte Kapitalbestände. Sie hatten schon seit 1938, bedingt durch die Kriegspolitik des Dritten Reiches, kaum Gelegenheit, das zweckbestimmte in Rücklagen angesammelte

A. Z.
16.8.48

Mainz und Rheinhessen

Gedanken zur Neuordnung der Ländergrenzen

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 117

Als Beitrag zu der Diskussion über die Neuordnung der Ländergrenzen geben wir der nachstehenden Zuschrift Raum, ohne uns mit ihr in allen Teilen zu identifizieren:

Die Frankfurter Dokumente lassen eine Aenderung d. Ländergrenzen in Westdeutschland zu. Diese Möglichkeit hat für Mainz und Rheinhessen entscheidende Bedeutung. Zunächst muß die Wiedervereinigung des links- und rechtsrheinischen Mainz im Interesse beider Stadtteile in den nächsten Wochen erfolgen. Es ist zu hoffen, daß es dem Elan des Mainzer Oberbürgermeisters gelingt, bei den zuständigen Stellen eine entsprechende Bereitschaft für die Durchführung dieser natürlichen Aufgabe zu erwecken.

Für Mainz und Rheinhessen ist aber fast noch bedeutsamer, daß Mainz und Rheinhessen wieder einen Teil von Hessen bilden.

Seit 133 Jahren leidet Mainz darunter, daß es Teil eines kleinen Landes ist und an der Grenze dieses Landes einem größeren Staat gegenüberliegt. Die Nachbarstädte Wiesbaden und Frankfurt verdanken ihre steil aufsteigende Entwicklung im 19. Jahrhundert der Tatsache, daß sie von einem mächtigen Land wirtschaftlich unterstützt wurden. Mainz konnte von dem damaligen Hessen-Darmstadt nie eine entsprechende Hilfe erhalten. Manche wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit ging so Mainz verloren. Eine Ausdehnung durch Eingemeindung rechtsrheinischer Gebiete war sehr schwierig und scheiterte zum Teil daran, daß Preußen bis an die Grenzen der Stadt reichte. Durch die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz ist Mainz noch härter an die Grenze eines Landes geraten, als es dies früher gegenüber Preußen war, während es selbst zu Hessen-Darmstadt gehörte.

Nach 1945 ist das rechtsrheinische Hessen durch erhebliche Teile der früheren Provinz Hessen-Nassau erweitert worden. Wiesbaden, Hochheim und der Rheingau gehören heute ebenso zu Hessen wie vorher Starkenburg. Wenn Rheinhessen wieder zu Hessen käme, läge Mainz inmitten eines Landes und nicht an der Landesgrenze. Es könnte wirtschaftliches Zentrum sein, während es an der Grenze eines Landes — die ja vermutlich bedeutsamer sein wird als während der Weimarer Republik — wirtschaftlich leiden muß.

In Mainz und ganz Rheinhessen besteht zu einer solchen Wiedervereinigung mit Hessen eine sehr große Neigung. Unsere Bevölkerung fühlt sich mit Wiesbaden, Darmstadt und Frankfurt mehr verbunden als mit Koblenz, Ludwigshafen und Trier. Die Bevölkerung von Rheinhessen stellt seit langem der rechtsrheinischen Industrie in Gustavsburg, Rüsselsheim, Amöneburg und Biebrich einen Großteil der Arbeiter, wie überhaupt die wirtschaftliche Einheit der genannten Groß-

städte mit Mainz seit Jahrzehnten eine unbestrittene Tatsache ist.

Es wäre sicherlich von Hessen her diskutabel, die neue Universität in Mainz aufrecht zu erhalten. Frankfurt ist durch seine zukünftige Stellung als Bundeshauptstadt so mit Aufgaben belastet, daß es ihm nicht unerwünscht sein könnte, wenn seine Universität mit der Mainzer vereinigt und so in Frankfurt für die bizonalen Stellen Raum geschaffen würde.

Wenn die Besatzungsmächte der Wiedervereinigung von Baden und Württemberg zustimmen, ist anzunehmen, daß sie auch der Wiedervereinigung von Hessen sich nicht entgegenstellen. Es muß Aufgabe der zuständigen Stellen und der Parteien sein, das hier angeschnittene Problem gemäß dem Willen des Volkes zu lösen.

Rechtsanwalt und Notar Dr. Ambach,
Mainz-Kastel.

Die Wünsche der Nahe

Aus Wirtschaftskreisen wird uns geschrieben: „Sie haben in Ihrer Zeitung eine Lanze für den Anschluß des Kreises Kreuznach und der anschließenden Gebiete an der Nahe und im Hunsrück an Rheinhessen gebrochen und damit auf eine dringende Notwendigkeit hingewiesen.“

Bei den Gesprächen über die Zukunft von Rheinland-Pfalz sondern sich jetzt deutlich die Interessengruppen ab. Ueber die Pfalz wird viel gesprochen, über das Schicksal des Bezirkes Koblenz-Trier ebenfalls, über Rheinhessen aber nur wenig. Koblenz-Trier möchte angeblich zum Land Nordrhein-Westfalen, doch wird diese Angelegenheit offenbar von Düsseldorf und Köln interessierter betrieben als von Koblenz-Trier. Offensichtlich bemüht man sich hier, ein Stück Preußen aufrechtzuerhalten. Das gesamte ehemalige preußische Rheinland soll zu Nordrhein-Westfalen geschlagen werden! In diesen Kreisen, würde man auch umgehend Lärm schlagen, sofern sich der Versuch zeigen sollte, auch nur einen Quadratmeter ehemals preußischen Bodens an Rheinhessen zu geben, und man wird sich wenig darum kümmern, daß ja dieses Rheinhessen zum Staat Hessen strebt, der größtenteils auch aus ehemals preußischen Gebieten besteht.

Wenn aber die Wirtschaft und die Menschen des Kreises Kreuznach der Nahe und des Hunsrücks bis zur Wasserscheide der Mosel den Anschluß an Rheinhessen wollen, dann dürfen sie auch verlangen, daß man ihre Wünsche hört und objektiv prüft. Daran darf selbst die Tatsache nichts ändern, daß die Koblenzer Bürokratie eine solche Veränderung nicht wünscht, weil sie von ihrem Machtbereich nichts abtreten will.“

Vatikan hilft Berlin

Rom. (BBC.) Der Papst hat die Hilfsorganisation des Vatikans in Deutschland angewiesen, Lebensmittelpakete an die Bevölkerung von Berlin zu senden. Die erste Lieferung von 16 Tonnen ist bereits mit amerikanischen Flugzeugen nach Berlin gebracht worden. Sie wird durch den Berliner Caritasverband und andere Hilfsorganisationen verteilt werden.

der Handelsspannen wird für erforderlich gehalten.

5. Eine entsprechende Ueberprüfung der Preise hinsichtlich Kunstdünger und anderer landwirtschaftlicher Produktionsmittel wird ebenfalls für erforderlich gehalten.

6. Stärkste Förderung der Organisation der Bauernverbände und des ländlichen Genossenschaftswesens für Produktion und Absatz anzustreben.

Der Argrarpolitische Ausschuß erklärt schließlich, daß ein grundlegender Wandel in kürzester Frist eingeleitet werden müsse, da die jetzigen Zustände zum Ruin der Landwirtschaft führen müßten. Die gesamten vorgeschlagenen Maßnahmen hätten zum Ziel, die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen und damit die landwirtschaftliche Erzeugung für das Volk sicherzustellen.

tlage in der Pfalz

beitsmarkt. Nach den letzten Erhebungen hielten sich am Ende voriger Woche die Zahlen der Arbeitslosen und die Zahl der offenen Stellen mit rund 12 000 die Waage. Die Arbeitslosenzahl ist von 5000 am 31. Mai auf 12 000 gestiegen, während die offenen Stellen von rund 35 000 auf 12 000 gesunken sind. Da Rheinland-Pfalz etwa 700 000 Arbeiter und Angestellte stellt, ist somit der Prozentsatz der Arbeitslosen im Augenblick etwa 1 3/4 Prozent. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß die Zahl der Arbeitslosen in Kürze die Zahl der offenen Stellen übersteigen wird. Trotzdem ist nach Ansicht des Ministers eine pessimistische Beurteilung des Arbeitsmarktes nicht berechtigt, wenn auch eine endgültige Uebersicht erst in einigen Wochen gewonnen werden kann.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in Hessen hat sich bis zum 4. August auf 60 800 erhöht.

Loritz wieder aufgetreten

Ge. München. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederaufbauvereinigung steht augenblicklich in einer ihrer schwersten Krisen. Anlaß ist Alfred Loritz. Nachdem am Freitag vom Kreisverband Kaufbeuren der Ausschluß Julius Höllersers gefordert wurde, drang am Samstagmittag eine Loritz-Gruppe unter Führung des Frankfurter WAV-Wirtschaftsrates Erich Quilling gewaltsam in die Büroräume der Landesgeschäftsstelle ein. Ein von Höllerser alarmiertes Ueberfallkommando trat nicht in Aktion. Quilling hatte vorher die Polizei verständigt, daß er von Loritz, der rechtmäßiger Eigentümer der Geschäftsräume sei, eine schriftliche Anweisung erhalten habe, von der Geschäftsstelle Besitz zu ergreifen. Der Landesvorstand trat in den späten Abendstunden zu einer Sitzung zusammen, die bis zum Sonntagmorgen andauerte. Gegen 22 Uhr erschien Alfred Loritz, hielt ein einstündiges Referat und entfernte sich sofort wieder. Loritz wurde bis zur Wahl durch die Landesversammlung einstimmig zum ersten Vorsitzenden der Wiederaufbauvereinigung gewählt. Julius Höllerser erklärte, daß er diese Wahl nicht anerkenne und sich nach wie vor als erster Landesvorsitzender fühle. Er werde beim Amtsgericht Feststellungsklage erheben.

Züge fallen aus. Unsere Südena-Meldung in unserer letzten Ausgabe wird von der Reichsbahndirektion Mainz dahin richtiggestellt, daß der Zug Nr. 89 um 22.42 Uhr in Ludwigshafen ankommt und keinen Anschluß nach Mainz mehr hat. Der Zug Nr. 647 ab Gernersheim 20.03 Uhr, Mainz an 21.56 Uhr, ist ein Triebwagen, der nur von den Besatzungstruppen benutzt werden darf.

Renten für Kriegsbeschädigte

Pl. Wiesbaden. (Eigener Drahtbericht.) Im Rahmen des KB.-Leistungsgesetzes wurden im Lande Hessen im Juni 9,66 Millionen RM für Rentenzahlungen aufgewendet. Hinzu kamen noch Ausgaben der Heilfürsorge, Berufsschulung usw. Ein großer Teil der Anträge ist noch in Arbeit. Während im ersten Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes nur 405 Anträge erledigt wurden, sind es jetzt monatlich über 14 000. Weitere Anträge kommen laufend von zurückgekehrten Kriegsgefangenen. Alle Rentenanträge, die vor dem 1. Juni 1948 fällig wurden, werden im Verhältnis 10:1 ausgezahlt. Vom 1. Juli an werden alle Anträge in DM ausgezahlt.

Zentrumspartei in Hessen

A. Wiesbaden. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiedergründung der deutschen Zentrumspartei in Wiesbaden wurde am Samstag beschlossen. Zum Vorsitzenden des Landesarbeitsausschusses wurde der ehemalige Kasseler Polizeipräsident August Nölle (Wiesbaden) und als sein Stellvertreter Dr. Ignatz Wohlfahrt gewählt. Lizenziert ist die Zentrumspartei in Hessen bereits in Frankfurt, Darmstadt und Hünfeld, sie ist in vier weiteren Kreisen beantragt.

Wiederaufbau im Frankfurter Westhafen

Bz. Frankfurt. (Eigener Drahtbericht.) Besonders erfolgreiche Fortschritte konnten bei dem Wiederaufbau der Frankfurter Hafenanlagen erzielt werden. Obwohl zwei Drittel dieser Anlagen im Krieg zerstört wurden, sind seit 1947 doch schon wieder über 10 000 Quadratmeter Lagerraum neu gewonnen worden. Bei dem Richtfest der neubauten Halle Nr. 17 im Westhafen stellte Hafendirektor Raspe fest, daß damit weitere 400 Quadratmeter gedeckten Lagerraumes neu zur Verfügung stehen. Diese werden im September bezugsfertig sein. Bürgermeister Dr. Leiske erklärte, im Juli sei ein Rekord im Hafenumschlag zu verzeichnen gewesen. Der Hafenbahnverkehr lag im Juli 1948 um 50 Prozent über dem Juli-Durchschnitt des Jahres 1938.

Generalstreik gegen Demontage

Stuttgart. (Dena.) Die Gewerkschaften von Württemberg-Hohenzollern begannen Montag morgen einen zwölfstündigen Generalstreik wegen des Demontagebefehls der französischen Militärregierung. Der Streik umfaßt alle öffentlichen Dienste mit Ausnahme des Eisenbahnverkehrs, der durch besondere Verfügung der französischen Militärregierung aufrechterhalten wird.

Chefredakteur: Erich Dombrowski

Verantwortliche Redakteure: Stellvertreter: Dr. Ernst Samhaber; Politik: Dr. Reinhold Zenz, Fritz Walter; Feuilleton: Dr. Fritz Bouquet; Wirtschaft: Dr. Fritz Claus; Lokales und Sport: Bernhard Gnegel; Provinz: Friedr. Englert, Willi Lindner.

Verlag Mainzer Zeitungsverlags-G.m.b.H., Mainz. Druck: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will und Rothe KG., Mainz. Tel.-Sa.-Nr. 4371 Liz.-Nr. 217 d. Franz. Milreg.

ANZEIGENPREISE: Hauptausgabe und Bezirksausgaben: Mainz, Worms, Bingen, Alzey. Kreuznach lt. Preisliste Nr. 4, gültig ab 1. Aug. 1948. ABONNEMENTSPREISE pro Monat: Bezirksausgaben: DM 2.— durch Träger frei Haus, durch die Post DM 1,94 zuzügl. Zustellgebühren. - Wöchentlich 3 Ausgaben. Hauptausgabe: DM 5,25 durch Träger frei Haus, durch die Post DM 5,25 einschl. Zustellgebühren. — Wöchentl. 6 Ausgaben. Doppelbezug Bezirks- und Hauptausgabe einschl. Trägerl. DM 6,25. Postscheck-Konten: Ludwigshafen Nr. 234 43. Frankfurt/M. Nr. 228 40. Bank-Konten: Rhein. Kreditbank u. Mittelrheinische Bank, Mainz.

Was Zinnkann zu sagen vergaß

Was man in Regierungskreisen von Rheinland-Pfalz dazu sagt

Na. Mainz, 24. März. (Eigener Bericht.) In maßgebenden Kreisen der Landesregierung findet man die Ausführungen des hessischen Innenministers Zinnkann in Bingen zur Ländergrenzenfrage nicht gerade sehr taktvoll, schon deswegen, weil er sie als Gast in einer Stadt von Rheinland-Pfalz gemacht habe. A.Z. 257352.

Man weist ferner darauf hin, daß es eine merkwürdige Logik darstelle, wenn der hessische Innenminister bestreite, daß seine Regierung die Auflösung von Rheinland-Pfalz erstrebe, im gleichen Atemzug aber ganz Rheinhessen und ein großes Stück der rechts des Rheins gelegenen Landesteile für sein Land beansprucht.

Diese letzteren, nämlich die vier Kreise des Regierungsbezirks Montabaur, seien zudem niemals Bestandteile eines hessischen Staates gewesen, sondern als Reste des Herzogtums Nassau Bestandteile der preußischen Doppelprovinz Hessen-Nassau mit den beiden Regierungs-

bezirksstädten Wiesbaden und Kassel. In diesen vier Kreisen genieße die Bevölkerung heute noch zahlreiche Vorteile rechtlicher Art aus nassauischer Zeit, und zwar in einem höheren Maße, als die jetzt zu Hessen gehörenden Gebiete im Rheingau.

Was heute „Hessen“ heiße, umfasse praktisch drei durch Tradition und Geschichte keineswegs einheitliche Teilstücke, nämlich solche von Hessen-Darmstadt, von Nassau und von Kurhessen (mit der ehemaligen Hauptstadt Kassel).

Ob die rheinhessische Bevölkerung und vor allem die Mainzer bei einer Volksabstimmung sich für Hessen entscheiden würde, sei mehr als zweifelhaft. Die Motive, die diesem Parteiwunsch der Sozialdemokraten zugrunde lägen, würden von großen Teilen der Bevölkerung durchaus erkannt und eben deswegen nicht unterstützt.

Merkwürdig sei auch bei den Ausführungen Zinnkanns daß er vor seinen rhein-

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 118

hessischen Parteifreunden in Bingen kein Wort über das aktuellste Kapitel in der Frage der rechtsrheinischen Mainzer Vororte gesagt habe, nämlich über die Verfügung seines Ministeriums, in der die Rechtsselbständigkeit von Mainz-Bischofsheim festgehalten wurde.

Der gleiche Sprecher bezeichnete es auch als sehr fragwürdig, ob die Sozialdemokratische Partei in Rheinland-Pfalz, wenn sie heute noch in der Regierungskoalition säße, mit diesem Nachdruck die Auflösung des Landes erstrebe.

Die Beschuldigung des rheinhessischen sozialdemokratischen Bezirkstags, als ob die Landesregierung einen unechten Ausgleich des Landesetats nur vorfäusche, sei sehr durchsichtig. Auch ein sozialdemokratischer Finanzminister hätte sicher einen solchen Etat aufgestellt, dessen Ausgeglichenheit keineswegs unecht sei, sondern letzten Endes auf dem Erfolg der Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer beruhe. Schließlich denke ja auch niemand daran, den beiden großen Städten des Landes, Ludwigshafen und Mainz, die gerade jetzt von einer erstmaligen Ausgeglichenheit ihrer kommunalen Haushaltspläne und von der Begleichung ihrer alten Fehlbeträge berichten könnten, den Vorwurf zu machen, sie täuschten aus politischen Gründen einen solchen Ausgleich nur vor.

Neuer Mainzer Anzeiger

Neuer Mainzer Anzeiger

Dienstag, 25. März 1952

an widerruft seine zur Saar-Autonomie

erkennt selbständige Saar

bericht unseres Bonner Korrespo

ende Konflikt zwischen Bonn und
och unveröffentlichten Saarverein
eine Erklärung des französischen
ert. Auf einer Presskonferenz im



Vorstoß Zinnkanns gegen Rheinland-Pfalz

Er verlangt Volksabstimmung in Rheinhessen

Na. Mainz, 23. März (Eigener Bericht) Der hessische Innenminister Zinnkann nahm auf dem Bezirksparteitag der rheinhessischen Sozialdemokratischen Partei in Bingen zur Existenz des Landes Rheinland-Pfalz und zur Frage der Mainzer rechtsrheinischen Vororte im Anschluß an einen Antrag des Parteitages Stellung. A. Z. 24. 3. 52.

In der Entschliebung, die von dem Bezirksparteitag angenommen wurde, wird festgestellt, die jetzige Landesregierung von Rheinland-Pfalz versuche „unter der Vorspiegelung einer unechten Ausgleichlichkeit des Etats bei verminderter Leistung des Landes, besonders gegenüber den kommunalen Körperschaften, den fragwürdigen Beweis der Existenzfähigkeit des Landes Rheinland-Pfalz zu erbringen“. Der Antrag fordert dann die Schaffung neuer finanziell und wirtschaftlich lebensfähiger Länder.

Dazu nahm in der Aussprache der hessische Innenminister Zinnkann, der auf dem Parteitag als Gast weilte, Stellung, indem er erklärte: Ministerpräsident Altmeier habe vor einigen Wochen behauptet, Hessen erstrebe die Auflösung von Rheinland-Pfalz. Davon sei keine Rede. Die Regierung Zinn habe von Anfang an lediglich den Anschluß von Rheinhessen an das Land Hessen gefordert, da dieses von jeher zu Hessen gehört habe. Auch die Rückgliederung der Kreise Montabaur und St. Goar, die früher zur Provinz Hessen-Nassau gehört hätten, werden von Hessen verlangt.

Seine Regierung hoffe, daß der Bund den Artikel 29 des Grundgesetzes möglichst bald in Gang setze und damit der Bevölkerung die Möglichkeit zur Abstimmung gebe. Wie diese Abstimmung in Rheinhessen ausfallen werde, darüber gebe es keine Zweifel. Eine Verringerung der Länder im Bundesgebiet sei notwendig. Es müsse jetzt so fortgefah-

STAMZ, NL Oppenheim / 424 - 119 ren werden, wie man mit dem Südweststaat begonnen habe. Es müßten andere Ländergrenzen geschaffen werden, und zwar vernunftgemäß, nicht nach Willkür, wie dies 1945 durch die Besatzungsmächte geschehen sei.

Die Frage der rechtsrheinischen Vororte von Mainz und deren Rückgliederung regle sich sofort von selbst, wenn Rheinhessen wieder an Hessen angeschlossen werde. Er habe über die Frage noch kürzlich mit führenden Mainzer Sozialdemokraten verhandelt und fordere die Sozialdemokratie auf, sich nicht für andere Regelungen vorspannen zu lassen. Es sei nun einmal nicht möglich, daß Gemeinden eines Landes von einer Stadt verwaltet würden, die in einem anderen Lande liegen. Allein die Tatsache, daß die Gemeindeverfassungen in beiden Ländern verschieden seien, mache einen solchen Anschluß unmöglich.

„Ihre Maßnahme ist ausgezeichnet, Herr Graf. Diese Belohnung wird ein Köder sein. Ich bestätige Ihnen den Empfang des Geldes und werde sofort eine öffentliche Kundmachung veranlassen.“ Er kritzelte einige Zeilen auf ein Papier, das er dem Grafen überreichte.

Wir hätten leider noch nicht die geringste Spur, um eine Verfolgung aufzunehmen. So schwer es mir wird, in einem Weltkurort wie Nizza eine derartige Kundmachung zu veröffentlichen — diesmal muß es sein. Die ausgesetzte Belohnung wird uns rasch vorwärtsbringen.“ Er drückte auf einen Knopf, der Diener erschien.

„Der Gerichtsstenograph Bertrand, schnell!“ Der Diener flitzte hinaus.

„Herr Graf, ich muß Ihre und Ihrer Frau Gemahlin Anwesenheit benutzen, um sogleich eine wichtige Einvernahme vorzunehmen. Ich hätte Sie sonst ohnehin für morgen polizeilich vorgeladen.“

„Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung“, sagte der Graf, sich leicht verbeugend.

Es klopfte, ein junger Mann trat ein, meldete sich beim Kommissar, setzte sich

erhöben.

„Bitte, behalten Sie Platz. — Es sind nur ganz wenige Auskünfte, die ich benötige, dann sind wir fertig. Wo waren Sie gestern nachmittag um 5 Uhr, Herr Graf?“

„Ich reite täglich von 4.30 bis 6 Uhr aus; nachher war ich Gast in der Villa Beau-séjour bis gestern Mitternacht.“

„Können Sie dafür Zeugen angeben?“

„Gewiß, sehr leicht.“

„Sie kamen, wie mir der Hoteldirektor berichtete, nach Mitternacht ins Hotel zurück?“

„Jawohl.“

„Ich danke Ihnen. Das wäre erledigt. Wo waren Sie, Frau Gräfin, gestern nachmittag?“

„Auf meinem Zimmer.“

„Waren Sie nicht in der Hotelhalle?“

„Nein, ich habe nachmittags mein Zimmer überhaupt nicht verlassen.“

Herr Severin zuckte mit keiner Wimper. Aber ich sah ihm an, daß er mit eiserner Ruhe seine Vorsicht verdoppelte.

„Man hat Sie genau um 5 Uhr bei Ihrem Onkel in der Laube gesehen.“

„Das kann nicht sein.“

„Kapitän Hardegg, ist diese Dame dieselbe, die Sie gestern nachmittag um 5 Uhr

nachmittag um 5 Uhr in der Laube sah. Sie beschäftigten sich, Ihrem Onkel Tee einzugießen. Sie warfen mir mit vollem Recht einen entrüsteten Blick zu, weil ich Sie — verzeihen Sie, bitte — etwas allzu aufrichtig bewunderte; aber ich hatte keine Ahnung, wer Sie sind.“

„Das ist ja alles nicht wahr! Hans, Hans, schütze mich doch vor diesem Menschen!“ Sie klammerte sich an ihren Gatten, der mich ebenso erstaunt wie empört musterte.

„Beruhigen Sie sich, Frau Gräfin! Ich will Ihren Worten glauben und annehmen, daß Kapitän Hardegg sich irrt. Sie waren also nicht in der Laube. Sie behaupten, Ihr Zimmer nicht verlassen zu haben?“

„Jawohl, das ist die Wahrheit.“

Der Kommissar stand schweigend auf, ging zur Nebentür und rief die Schwester, die eintrat und sich vor dem gräflichen Ehepaar verneigte.

„Schwester, Sie waren gestern einige Minuten nach 5 Uhr in der Wohnung der Frau Gräfin. War sie in ihrem Zimmer?“

„Nein, Herr Kommissar“, sagte die Frau ahnungslos.

(Fortsetzung folgt)

Für und wider den Anschluß an Hessen

Die Stellungnahme der hessischen Sozialdemokraten zu Rheinland-Pfalz

StAMZ, NL Oppenheim 742,4 - 120

Wiesbaden, 12. Juni. (Eigener Bericht.) In einer Entschließung des sozialdemokratischen Landesausschusses in Hessen heißt es:

„Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei in Hessen begrüßt die Entschließung des Bezirks-Ausschusses der SPD in Rheinhessen (Rheinland-Pfalz) über die Aktivierung der Neuregelung der Ländergrenzen. Rheinhessen ist mit dem Lande Hessen durch eine lange Tradition menschlich und kulturell auf das engste verbunden, und seine gesamte Wirtschaft ist mit dem rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet untrennbar verflochten.“

Der Landesausschuß ist der Ansicht, daß die Frage der Neugliederung der Ländergrenzen, deren Regelung schon aus finanziellen Gründen dringend erforderlich ist, so rasch wie möglich und mit Nachdruck in Angriff genommen werden muß.

Der Landesausschuß ist überzeugt, daß es durch eine Wiedervereinigung von Rheinhessen mit Hessen möglich ist, die besonderen Verhältnisse der Städte und Landkreise Mainz und Worms zu klären und befriedigend zu lösen.

In diesem Sinne wird die SPD in Hessen alles tun, um die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen, die seit der Trennung durch die Zonengren-

zen entstanden sind, zu sichern und zu fördern.

Die Bezirke Hessen-Süd, Hessen-Nord und Rheinhessen der SPD haben einen paritätisch zusammengesetzten Koordinierungsausschuß gebildet, der alle mit der Frage der Wiedervereinigung von Hessen und Rheinhessen entstehenden Probleme einer beschleunigten Lösung entgegenführen soll.“

„Nicht aktuell“

Die Ansicht der Christlichen Demokraten

Na. Mainz, 12. Juni. (Eigener Bericht.) Zu der Entschließung des sozialdemokratischen Bezirksausschusses von Rheinhessen über den Anschluß Rheinhessens an das Land Hessen nimmt eine Resolution des Bezirksvorstandes der Christlich Demokratischen Union von Rheinhessen Stellung, der am Mittwochnachmittag in Mainz zusammentrat:

„Die Frage der territorialen Neugliederung des Bundesgebietes“, so heißt es darin, sei augenblicklich in keiner Weise aktuell. Weder sei die Sperre über den Artikel 29 des Grundgesetzes von den Alliierten aufgehoben, noch das in diesem Artikel vorgesehene Verfahrensgesetz erlassen. Die Frage der gebietlichen Neugliederung des Bundesgebietes sei außerdem ein g e s a m t d e u t s c h e s Problem, das nicht allein aus

der Kirchturmsperspektive eines Landes oder gar eines Regierungsbezirks gesehen werden darf.

Die Christlich-Demokratische Union bejahet grundsätzlich die Frage der gebietlichen Neuregelung und habe wiederholt erklärt, daß sie dabei positiv mitarbeiten wolle. Dabei müßten aber die gesamtdeutschen Notwendigkeiten gegenüber allen kleinlichen und parteitaktischen Erwägungen den Vorzug haben. Man brauche nur auf das Saargebiet zu verweisen.

„Nachdem Mainz zur Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz erhoben wurde“, so heißt es wörtlich in der Resolution, „und darüber hinaus durch die Gründung der Universität und der Akademie der Wissenschaften ein Teil der früheren Vernachlässigung wieder gutgemacht worden ist, unter der Mainz im alten Freistaat Hessen gelitten habe, bestehe für die rheinhessische Bevölkerung wirklich keine Veranlassung, zugunsten parteipolitischer Interessen der Sozialdemokratischen Partei die täglich sichtbarer werdende organische Aufwärtsentwicklung der Verhältnisse in Rheinhessen durch eine Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz abzubrechen.“

Wolle die Sozialdemokratische Partei den rheinhessischen Interessen wirklich dienen, dann möge sie die sozialdemokratische Regierung des Landes Hessen veranlassen, die rechtsrheinischen Vororte von Mainz und Worms endlich an ihre Mutterstädte zurückzugeben. Die Christlichen Demokraten haben das wiederholt eindringlich gefordert.

Die Entschließung der rheinhessischen Christlichen Demokraten schließt folgendermaßen: „Es war zu erwarten, daß die Sozialdemokratie von Rheinhessen den Anschluß an das rote Musterland Hessen betreibt, nachdem die Sozialdemokratie in der neuen Landesregierung von Rheinland-Pfalz nicht mehr vertreten war. Man kann aber annehmen, daß nicht nur die christlich-demokratischen Wähler, sondern alle nicht sozialistischen Kreise es schärfstens ablehnen, aus Rheinhessen ein Experimentierfeld für sozialistische Wirtschaftspolitik zu machen.“

Die Rheinische Zeitung

Neuer Mainzer Anzeiger

Mittwoch, 13. Juni 1951

Saar-Debatte vertagt

„Kardinal“ zwischen Adenauer und Francois-Poncet

Interpellation, die der Bundestags-Union, Strauß, wegen Erklärungen Kissars Grandval eingebracht hatte, vertagt werden sollte, wurde des Antragstellers von der Tagesord-

4. Die allgemeine Preissteigerung habe auf dem Baumarkt Erhöhungen bis zu 30 Prozent gebracht, die die ursprünglichen Kalkulationen erschütterten.

Trotz allem werde aber in diesem Jahr die gleiche Anzahl Wohnungen fertiggestellt werden können wie im Vorjahre. Der Minister äußerte sich jedoch pessimistisch über die Aussichten des Wohnungsbaues für das Jahr 1952.

Szene für Ariensträber



wie die Autonomie der Bundesrepublik auf Besatzungsrecht stützt. Er hatte eine erneute Befragung der Saarbevölkerung abgelehnt und die internationale Anerkennung der Saarautonomie gefordert.

355 000 Wohnungen

Bonn, 12. Juni. (AP.) Wohnungsbauminister Eberhard Wildermuth versicherte am Dienstag, daß im Kalenderjahr 1951 rund 355 000 Wohnungen trotz aller Schwierigkeiten fertiggestellt werden.

Wildermuth, der auf einer Konferenz der Auslandspresse sprach, wies darauf hin, daß gegenwärtig vier wesentliche Engpässe den Wohnungsbau behinderten:

1. Da seit der Korea-Krise in der Bundes-

Die Opposition zur Regierungserklärung

4.7.18.6.51
Gegen das „uneheliche Besatzungschild“ Rheinland-Pfalz

SVAMZ, Nr. Oppenheim / 42,4 - 122
Loyalität waltan lasse, sei nicht mehr wie selbstverständlich.

Na. Mainz, 14. Juni. (Eigener Bericht.) Die Beratungen des Landtages begannen am Donnerstag erst gegen 16.30 Uhr, da das Landtagspräsidium durch die Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten für die Opfer des Autobus-Unglückes bei Zewen am rechtzeitigen Eintreffen verhindert war.

Zunächst sprach der Abgeordnete Eberhardt von der Freien Demokratischen Partei, der die Regierungserklärung von Ministerpräsident Altmeier durch Einzelheiten ergänzte. Er bekannte sich ebenfalls zu den großen Grundlinien der Bonner Politik und meinte, daß allerdings der Wille des Volkes kaum dahin gehe, daß eine grundlegende Reform der Ländergrenzen auf den St.-Nimmerleins-Tag ver-

tagt werden dürfte. Eine Vereinfachung sei unbedingt notwendig.

Um die Not der Jugend, die großenteils keine Lehrstellen in ihrem künftigen Beruf finden könne, zu lindern, schlug der Abgeordnete Eberhardt einen freiwilligen „Deutschen Jugenddienst“ vor, in dem die 16-18jährigen an der Lösung von Gemeinschaftsarbeiten mitwirken sollten. Er sprach sich weiter für eine Vereinheitlichung des Schulwesens in den deutschen Ländern aus und für eine Förderung der naturwissenschaftlichen Institute an der Landesuniversität Mainz.

Dann begann der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, der Abgeordnete Hertel, seine große Antwortrede auf die Regierungserklärung.

Die Antwort der Sozialdemokraten

Die Antwort, die die sozialdemokratische Opposition durch den Fraktionsführer, den Abgeordneten Hertel, auf die Regierungserklärung gab, befaßte sich, wie nicht anders zu erwarten, in durchaus ablehnender Weise mit der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz. Der Redner bezeichnete es als eine durchaus undeutsche Zweckgründung, die als eindeutiges Instrument fremder Außenpolitik entstanden sei. Die sozialdemokratische Partei sei weder bereit, dieses uneheliche Besatzungschild zu legitimieren, noch zu adoptieren. Möglichkeiten, den heutigen Zustand zu ändern, gäbe es auch heute schon. Man könne zum Beispiel einfach die einzelnen Teilstücke zu ihren angestammten Mutterländern zurückkehren lassen. Er, der Redner, halte diese Lösung allerdings nicht unbedingt für die beste.

Hertel wandte sich auch gegen das Argument des Ministerpräsidenten, daß der Bestand des Landes Rheinland-Pfalz wichtig sei für eine Rückkehr des Saargebietes. In Wirklichkeit liefere man damit dem saarländischen Ministerpräsidenten lediglich wertvolle Argumente.

Immer würden dem zweitärmsten Lande des Bundes einhundert Millionen fehlen. In diesem Ausmaße brauche es nicht reiche und arme Länder zu geben. Auch der Föderalismus müsse dem Bundesbürger annähernd gleiche Lebensbedingungen bieten. Wie eine frohe Botschaft habe die Sozialdemokratie aus Bonn vernommen, daß sich die Bundesregierung um eine baldige Aufhebung der Suspendierung des Artikels 29 und eine beschleunigte Neugliederung des Bundesgebietes bemühe. Damit sei das Kapitel der Deutschländer-Reform aufgeschlagen und werde auch auf der Tagesordnung bleiben, bis eine, dem Ganzen wie den Teilen gleichermaßen förderliche Lösung erreicht sei.

Zu Beginn seiner Rede hatte der Sprecher der Sozialdemokratie bezweifelt, daß die Regierungsbildung mit Rheinland-Pfalz wirklich die politische Konsequenz aus den Wahlen sei. Die Freien Demokraten hätten schwere Zugeständnisse machen müssen. Daß die neue Regierung gegenüber der Opposition Korrektheit und

In der Regierungserklärung komme die Sozialpolitik zu wenig zur Sprache. Vielmehr noch sei das Nebeneinander der Innenpolitik und der Sozialpolitik unter einem Minister, gegen dessen Person der Redner keine Einwände machen wolle, ein Anlaß zur größten Besorgnis der Sozialdemokratie. Auch die Kultur- und Schulpolitik hätte einen breiteren Raum in der Regierungserklärung einnehmen müssen. Notwendig seien Reform der Schule und der gesamten Lehrerbildung. Die sozialdemokratische Fraktion erwarte, daß der Landtag in dieser Periode ein umfassendes Schulgesetz verabschieden könne.

Hertel richtete dann an den neuen Justizminister die Frage, ob er sich zu der Äußerung in einer Wahlversammlung auch heute noch bekenne, in der er davon gesprochen habe, daß alle an der Entnazifizierung beteiligt gewesen Personen vor ein Gericht gestellt gehörten. Der neue Justizminister sei leider für die Sozialdemokratie mit erheblichen Vorbehalten belastet.

Am Schluß seiner Rede erhob Abgeordneter Hertel den Vorwurf, daß die Sozialdemokratische Partei planmäßig bei der Bildung der Länderregierungen in der Bundesrepublik ausgeschaltet werde. Dies trage keineswegs dazu bei, solche Regierungen den Schaffenden in Stadt und Land sympathischer zu machen. Eine Krise nahe heran und die Not steige. Es gehe darum, die sozialen Spannungen zu mildern.

Auch als Oppositionspartei stehe die Sozialdemokratie zu denselben Verpflichtungen, die sie sich bisher stets auferlegt habe. Sie sei weit davon entfernt, sich durch eine destruktive Politik der Einflußnahme auf die künftige Entwicklung zu begeben. Aber sie stehe der Regierung kühl und abwartend gegenüber.

Die Erwiderung des Ministerpräsidenten

Während die Ausführungen des Abgeordneten Hertel zum Teil von erregten Zwischenrufen der Koalitionsparteien begleitet waren, beschränkte sich der Sprecher der Christlich-Demokratischen Union, der Abgeordnete Dr. Boden, auf sachliche Feststellungen.

Er könne es aber nicht für richtig halten, daß die Sozialdemokratie ihre parteipolitischen Tendenzen national bemäntele, wenn sie die Existenz des Landes anfechte. Der Ministerpräsident habe seit fünf Jahren eine klare Linie verfolgt und gestern noch aufgezeichnet, daß er für aktive Mitarbeit an der Neugliederung des Bundesgebietes im Sinne des Art. 29 sei. Auch die Erklärung des Ministerpräsidenten zur Saar billige die Christlich-Demokratische Union vollständig.

Der Ministerpräsident habe mit besonderem Recht darauf hingewiesen, daß das Saargebiet aus ursprünglichen Teilen der Regierungsbezirke Trier und der Pfalz bestehe. Er selbst, der Abgeordnete Boden, habe sich immer dafür ausgesprochen, daß der Artikel 29 möglichst wenig Länder schaffe.

Das Land Rheinland-Pfalz zusammen mit der Saar habe alles Recht, zu diesen

wenigen Ländern dann zu gehören. Nationale und kulturelle Gründe wögen mehr als rein finanzielle, aber auch diese stünden durchaus auf der Seite der Verfechter für die Existenz des Landes.

Erklärung Altmeiers

Wenn der Abgeordnete Hertel die Vereinigung des Innen- und des Sozialministeriums in einer Person bemängelt habe, so bedeute das keineswegs, daß das Soziale etwa in den Hintergrund gestellt werden solle.

Mit sehr scharfen Worten, denen man deutlich die innere Entrüstung anmerkte, ging der Ministerpräsident dann ebenfalls auf die Anzweiflung der Existenz des Landes Rheinland-Pfalz durch den Sprecher der Opposition ein.

Wenn der Abgeordnete Hertel von „Mutterländern“ gesprochen habe, zu denen am besten die einzelnen Teile des Landes zurückkehren sollten, was solle dann etwa mit Montabaur geschehen? Das habe früher schließlich zu Preußen gehört und das gäbe es nicht mehr, und auch das heutige Hessen unterscheide sich wesentlich von dem früheren Hessen. In seiner jetzigen Form sei Hessen genau so „ein Gebilde der Besatzung“ wie Rheinland-Pfalz.

Sein tiefstes Bedauern müsse er aussprechen darüber, daß der Abgeordnete Hertel das Land Rheinland-Pfalz als einen „französischen Zweckverband“ bezeichnet habe. Bei diesen Worten sei mit Recht der Zwischenruf „Pfui“ gemacht worden. Er müsse sagen, daß er einen solchen Vorwurf aus dem Munde eines früheren Koalitionspartners nicht erwartet habe. Er selber hätte jedenfalls nicht 4 1/2 Jahre in der Leitung eines solchen Gebildes mitgearbeitet, wenn es ein französischer Zweckverband gewesen sei.

Seine Verankerung habe schließlich das Land Rheinland-Pfalz im deutschen Grundgesetz gefunden, und kein anderer als er, der Ministerpräsident, habe in den letzten fünf Jahren immer wieder den deutschen Charakter des Saargebietes betont und welche Bedeutung Rheinland-

Pfalz als Nachbarland für die Rückkehr der Saar habe.

Die Menschen an der Saar hätten sich in den letzten Jahren immer wieder gefreut, wenn im Lande Rheinland-Pfalz ein Wort über sie gefallen sei. Das habe ihnen Mut zum Ausharren gegeben.

Im weiteren Verlauf der Regierungserklärung sprachen dann noch der Abgeordnete Hertel (Sozialdemokratische Partei), der betonte, daß er keine Personen habe angreifen wollen, ferner der Abgeordnete Diehl (Christlich-Demokratische Union), der der Sozialdemokratie vorwarf, daß ihre jetzige Haltung durch parteipolitische Motive bestimmt sei. Die Saarfrage sei heute in ein völlig anderes Stadium getreten und die Sozialdemokratie im Bundestag ziehe daraus andere Konsequenzen als die Sozialdemokratie im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Der Abgeordnete Otto Schmidt (Sozialdemokratische Partei) erklärte den in der Diskussion so heftig angegriffenen Ausdruck des Abgeordneten Hertel, „französischer Zweckverband“. Die Sozialdemokratie habe seit Bestand des Landes dafür gekämpft, daß das Land Rheinland-Pfalz im deutschen Bundesverband blieb und sie habe dabei in den Abgeordneten anderer Fraktionen treue Kameraden gefunden.

Das Haus trat dann in die Debatte auf einen sozialdemokratischen Antrag ein, der sich mit den Besatzungsbauten im Lande Rheinland-Pfalz befaßt. Wir werden morgen darüber berichten.

Mitglieder für den Bundesrat

Der Ministerrat bestimmte zu Mitgliedern des Bundesrates Ministerpräsident Altmeier, Innen- und Sozialminister Dr. Zimmer, Landwirtschaftsminister Stübinger und Justizminister Becher. Zum Stellvertreter wurde Kultusminister Dr. Finck ernannt.

Kabinettsliste stellte sich vor

Na. Mainz, 14. Juni. (Eigener Bericht.) Der französische Landeskommisssar, Gouverneur Brozen-Favereau, empfing am Donnerstagabend im Osteiner Hof das neue Kabinetts, dessen neue Mitglieder ihm von Ministerpräsident Altmeier vorgestellt wurden.

igemeine Zeitung

Neuer Mainzer Anzeiger

Freitag, 15. Juni 1951

Adenauers Besuch in Rom

Ergebnisse für den Bundeskanzler beim Eintreffen

Bundeskanzler Konrad Adenauer ist am planmäßigen Verkehrsmaschine der Gesellschaft zu seinem ersten Staatsflugplatz Ciampino eingetroffen.

Gästen nach Rom. Im ersten Wagen saßen der Bundeskanzler und der italienische Außenminister.

Während der Fahrt durch die Stadt wurden dem Bundeskanzler überall, wo er erkannt wurde, herzliche Sympathiebekundungen zuteil.

Schon am Donnerstag kam der Bundeskanzler nach seiner Ankunft zu den ersten zwanglosen Gesprächen mit italienischen Staatsmännern zusammen.

Außenminister Sforza hatte kurz vor dem Eintreffen des Bundeskanzlers in Rom vor dem Verband der Auslandspressen in Rom erklärt, der Besuch Adenauers sei ein weiterer Schritt vor-

wärts auf dem Wege zu einem geeinten Europa. „Deutschland, Italien und Frankreich, die so viele ruhmvolle Erinnerungen gemeinsam haben, könnten für ihre Völker einen hohen Lebensstandard erkämpfen.“

Die deutsch-italienische Annäherung, deren Sinnbild der Italienbesuch Adenauers sei, könne die Errichtung einer überatlantischen Regierung fördern.

„Wie ein Ferienreisender“

Bz. Frankfurt, 14. Juni. (Eigener Bericht.) „Ich komme mir vor wie ein Ferienreisender, und ich habe gehört, daß es in Rom sehr warm ist“, sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer offensichtlich gut gelaunt und gesundheitlich frisch aussehend, als er am Mittwochmittag auf dem Rhein-Main-Flughafen das Flugzeug nach Rom bestieg.



Zum Besuch Dr. Adenauers in Rom: Links rechts Bundeskanzler

Die Kohlennote wurde überreicht

Lohnerhöhungen sollen die 24 Zentner Kohle je Haushalt nicht verteuern

Von unserem Bonner Korrespondenten

Bonn, 14. Juni. Die Kohlennote der Bundesregierung wurde Dienstag nachmittag der alliierten Oberkommission übergeben. In der Note wird vorgeschlagen, die Kohlenexportquote für das dritte Quartal 1951 auf 5,2 Millionen Tonnen festzusetzen. Das sind eine Million weniger als die Ruhrbehörde beschlossen hatte.

Vor dem Bundestag erklärte Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard, daß bei der vorgeschlagenen Senkung der Exportquote immer noch eine Lücke von zwei Millionen Tonnen bleibe, die durch Einfuhren amerikanischer Kohle geschlossen werden müsse. Im zweiten Quartal seien bereits eine Million Tonnen Kohle aus den USA eingeführt worden. Der Wirtschaftsminister gab ferner bekannt, daß für den Winter pro Haushalt 24 Zentner Kohle zugeteilt würde. Die Lohnerhöhungen, die die Bundesregierung den Bergarbeitern zugestanden hat, würden den Hausbrand nicht verteuern.

Nach dem Vorschlag der Bundesregierung sollen die Bergarbeiter unter Tage

eine Lohnerhöhung von 12, über Tage von 10 Prozent erhalten. Zum Ausgleich soll den Zechen zugestanden sein, einen gewissen Anteil ihrer Förderung um etwa 30 Mark je Tonne über Normalpreis zu verkaufen. Zum alten Preis müssen Hausbrand, Bundesbahn, Binnenschiffahrt, Elektrizitätswerke und einzelne Industrien von volkswirtschaftlicher Bedeutung beliefert werden. Der Kohlenexportpreis soll um 3,5 Dollar je Tonne erhöht werden und liegt dann immer noch unter den amerikanischen, englischen und polnischen Preisen. Der Bundeswirtschaftsminister ist überzeugt, daß die Oberkommission diese Preiserhöhung genehmigen wird.

Letzte Schumanplan-Hürde beseitigt

Ratifizierung kann ohne Aenderung des Grundgesetzes erfolgen

Da, Bonn, 14. Juni. Auch die letzte Hürde, an der die Ratifizierung des Schumanplanes in Bonn noch hätte scheitern können, dürfte jetzt beseitigt sein. Im Rechtsausschuß des Bundesrates haben die Justizminister der Länder fast einstimmig die Ansicht vertreten, daß der Schumanplan ohne Aenderung des Grundgesetzes ratifiziert werden kann. Bundeskanzler Dr. Adenauer braucht also für den Schumanplan keine Zweidrittelmehrheit der gesetzgebenden Körperschaften.

Die Auffassung der Länderjustizminister ist nicht ohne weiteres auch die der Kabinette, so daß einzelne Länder bei ihrer Abstimmung im Plenum des Bundesrates eventuell anders entscheiden als die Justizminister.

Aus der Aussprache im Rechtsausschuß hat sich aber ergeben, daß auch, wenn

das eine oder andere Kabinett von der Ansicht des Justizministers abweichen sollte, im Bundesrat eine Mehrheit festgestellt wird, daß der Schumanplan nur der Zustimmung des Bundesrates, aber keiner Zweidrittelmehrheit bedarf.

Wie verlautet, hat bei ihrer zweiten Abstimmung im Rechtsausschuß des Bundesrates auch der hessische Justizminister, der zunächst allein für die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung gestimmt hatte, die Zustimmung des Bundesrates zur Ratifizierung als ausreichend anerkannt.

Die große Bedeutung der Stellungnahme der Länderjustizminister ergibt sich aus der Tatsache, daß der Schumanplan, wenn er eine Verfassungsänderung notwendig gemacht hätte, im Bundestag nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten ratifiziert werden könne.

Ist Föderalismus teurer?

Länder lehnen die geplante Bundesfinanzverwaltung ab

Da, Bonn, 14. Juni. Zwischen Bundesfinanzminister Schäffer und den Freien Demokraten war am Donnerstag im Bundestag keine Verständigung möglich. Un-

brachter Gesetzentwurf anstrebt, abzulehnen. Da das Gesetz der Freien Demokraten nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat eine Zweidrittel-

„Anschluß Rhein Hessens an Hessen“

Ein sozialdemokratischer Vorstoß gegen den Bestand des Landes Rheinland-Pfalz

Na. Mainz, 10. Juni. (Eigener Bericht.) Der sozialdemokratische Bezirksausschuß Rhein Hessens hat am Wochenende eine Entschließung gefaßt, in der die Landesregierung aufgefordert wird, alle Möglichkeiten zu fördern und auszunutzen, „die zu einer Neuordnung der Ländergrenzen führen können“. Dies sei entscheidend für die Voraussetzungen einer allseits gewünschten und notwendigen großen Verwaltungsreform im gesamten Bundesgebiet.

Rhein Hessens müsse bei einer solchen Neugliederung der Länder mit dem rechtsrheinischen Lande Hessen wiedervereinigt werden. Dabei könne „die Existenz der seit der Zonentrennung in Rhein Hessens geschaffenen Institutionen gesichert“ werden.

Die rheinhessische Sozialdemokratie, so heißt es in der Entschließung weiter, werde darüberhinaus schon jetzt die Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Organisationen im rechts-

rheinischen Hessen aufnehmen, um die gewünschte Wiedervereinigung nach Kräften zu beschleunigen.

Dazu erfahren wir aus führenden sozialdemokratischen Kreisen, daß z. B. die Mainzer Universität in ihrem Bestand durch die Angliederung Rhein Hessens an Hessen nicht gefährdet würde. Das Land Hessen werde zwei Schwerpunkte um Kassel und Mainz erhalten. Dieses letztere könne ebenso wie der Landkreis Worms die durch die Zonengrenze abgeschnittenen Teile auf diese Weise ohne große Mühe wiedererhalten.

Die Tagung des Bezirksausschusses der rheinhessischen SPD, so erfahren wir weiter, sei schon seit geraumer Zeit mit dem Hauptthema „Anschluß Rhein Hessens an Hessen“ geplant gewesen, so daß nur zufällig am gleichen Tage dieser Beschluß gefaßt wurde als die Vereinbarung der Christlich-Demokratischen Union und der Freien Demokratischen Partei von Rheinland-Pfalz bekanntgemacht wurde. Darin

war die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an einer bundesgesetzlichen territorialen Neugliederung Deutschlands im Rahmen des Artikels 29 ausgesprochen, gleichzeitig aber auch erklärt worden, daß beide Koalitionsparteien politische Angriffe gegen das Land Rheinland-Pfalz, die den in der Vereinbarung festgelegten Grundsätzen widersprechen, gemeinsam abwehren wollten.

Führende Mainzer Kreise der Christlich-Demokratischen Union betonen, daß die Entschließung der rheinhessischen Sozialdemokraten zwar in der Linie ihrer bisherigen Haltung zum Lande Rheinland-Pfalz liege, daß aber eine so massive Forderung und eine Ankündigung zu vorbereitenden Verhandlungen mit hessischen Kreisen bisher noch nicht von ihr zum Ausdruck gebracht worden seien. Offenbar wolle die Sozialdemokratie mit dieser Verlautbarung den ersten scharfen Angriff gegen die eben erst geschaffene Regierungskoalition starten. Außerdem aber ziehe die Partei, die trotz aller Bemühungen im Wahlkampf die Stellung der Christlich-Demokratischen Union im Lande Rheinland-Pfalz nicht habe erschüttern können, nun die Konsequenzen daraus indem sie einen Anschluß Rhein Hessens an Hessen propagiere, das bekanntlich eine rein sozialdemokratische Regierung habe.

Sowjet-Schikanen

*** Als Meister im Erfinden politischer Schikane haben die „friedfertigen“ Russen seit Montag eine Anordnung getroffen, durch die sie den Warenverkehr von Berlin nach Westdeutschland ernstlich behindern. Sie verlangen, daß von allen aus West-Berlin ausgeführten Vorbehalts-gütern, insbesondere Nichteisenmetallen, Nahrungsmitteln und Textilien, Bescheinigungen über die Herkunft der zur Herstellung verwendeten Rohstoffe beigegeben werden. Diese Bescheinigungen sind praktisch nicht beizubringen, ohne sie lehnen die Russen aber die Warenbegleitscheine ab. Dieses Verhalten steht im Widerspruch zu den Pariser Vereinbarungen über die Förderung des Verkehrs zwischen West-Berlin und Westdeutschland.

Die Westmächte haben sofort Einspruch erhoben, bisher ohne Erfolg. Deshalb mußte sich am Donnerstag die alliierte Oberkommission in Berlin mit möglichen Maßnahmen gegen die neuen blockade-

Der Unsinn einer

Von Reich

Um das Papier kann einem leid tun, das, zu Propagandaschriften bedruckt täglich in unvorstellbaren Mengen von der Sowjetzone her durch die Post oder auf anderem Wege eingeschleust wird. Dort, wo es herkommt, besteht in den Schulen ein erheblicher Mangel an Schreibheften. Die Propagandaschriften sind aber wichtiger, denn sie dienen ja dem „Frieden“. Nachdem in der Sowjetzone unter erheblichem Druck auf die Bevölkerung rund 96 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme für die „Volksbefragung“ abgegeben haben, hat Ulbricht erklärt, jetzt werde es in West-Berlin und Westdeutschland „erst richtig losgehen“. Durch den Zusammenschluß

HEUTE:
Sport

Montag, 11. Juni 1951

les Besatzungsregimes

he Stahlgesellschaften chtung von Kohle und Eisen zum Abschluß bringen

Von unserem Bonner Da-Korrespondenten

zu Tag wird in Bonn deutlicher, daß die Entflechtung von Kohle und Eisen zum Abschluß gebracht werden soll.

deutsche Maßnahmen, sondern durch einen Hoheitsakt der alliierten Oberkommission erfolgen.
Der Meinungs-austausch, der wegen der Satzungen der neuen Gesellschaften seit einigen Monaten zwischen der Bundes-

Bezüglich der Eigentumsrechte werden die Oberkommissare aber keine un-



Beitung

Preis 15 Pfennig



Auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht sind am Potsdamer Platz in Berlin die Geländer, die den britischen Sektor vom sowjetischen abgrenzen, entfernt worden

Ist Rheinland-Pfalz existenzberechtigt?

Eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Peter Altmeier

zz. Die Frage der Länderreform des Bundes und insbesondere das künftige Schicksal des Landes Rheinland-Pfalz sind sehr umstritten. Wir haben uns daher an den Ministerpräsidenten Peter Altmeier gewandt und ihm eine Reihe von Fragen gestellt, die zur Klärung dienen sollen.

Neugliederung auf Stottern?

Frage: Ist eine Aufteilung von Rheinland-Pfalz überhaupt möglich, bevor eine Neugliederung für das gesamte Bundesgebiet erfolgt?

Antwort: Die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz ist manchen Leuten ein Dorn im Auge. Dazu gehören zunächst diejenigen Kreise, die ihre parlamentarische Opposition jeweils auch zu einer Opposition gegen das Land machen, oder denen nun einmal das politische Gesicht dieses Landes und seiner Bevölkerung nicht paßt. — Gegner des Landes Rheinland-Pfalz sind aber auch alle diejenigen „freundlichen“ Nachbarn, die darauf spekulieren, im Falle der Auflösung von Rheinland-Pfalz ihr eigenes Land um rheinisch-pfälzische Gebiete erweitern zu können. Insbesondere von diesen innerdeutschen „Annexionisten“, wie ich sie einmal nennen möchte, wird die Forderung erhoben, nach der Bildung des Südweststaates — die ja einstweilen noch nicht vollzogen ist — als zweiten Akt der territorialen Neugliederung die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz zu betreiben.

Dabei setzt man sich „großzügig“ über die Bestimmungen des Grundgesetzes hinweg. Das Grundgesetz enthält zwei Neugliederungsbestimmungen. Der Artikel 118 des Grundgesetzes regelt die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Südwestraum. Für die Lösung dieses Problems, das von den beteiligten Ländern selbst als besonders dringlich empfunden wurde, ist ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen. Eine ähnliche Spezialvorschrift für Rheinland-Pfalz gibt es im Grundgesetz nicht. Der Artikel 29 regelt vielmehr die Neugliederung des gesamten Bundesgebietes. Wie aus dem Wortsinn, der Entstehungsgeschichte und aus allen vorliegenden Materialien des Art. 29 eindeutig hervorgeht, ist die Neugliederung des Bundesgebietes als gesamtdeutsche Aufgabe in einem Akt zu vollziehen.

Aus diesem Grunde haben die Christlich-Demokratische Union und die Freie Demokratische Partei sich bei der Regierungsbildung in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 8. Juni 1951 gegen die Bestrebungen gewandt, die Frage nach der Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz als ein Sonderproblem der Neugliederung zu betrachten, sondern die Lösung dieses Problems im Rahmen eines konstruktiven Gesamtplanes für die Neugliederung des gesamten deutschen Bundesgebietes gefordert. Daher kommt — abgesehen von der Neuordnung im Südwesten — eine Neugliederung „auf Stottern“ nicht in Frage.

Rheinland-Pfalz ist eine Einheit

Frage: Nach dem Grundgesetz soll die Neugliederung des Bundesgebietes unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges erfolgen. Ließe sich in Anbetracht dieser Forderungen ein Weiterbestehen des Landes Rheinland-Pfalz rechtfertigen?

Antwort: Das Land Rheinland-Pfalz ist, wenn man von den beiden Stadtstaaten

Bremen und Hamburg und von Schleswig-Holstein absieht, das einzige Land im Bundesgebiet, dessen Bevölkerung eine landsmannschaftliche und stammesmäßige Einheit darstellt. Bayern besteht aus Bajuwaren, Franken und Schwaben. Württemberg besteht aus Schwaben, Alemannen und Franken. Baden besteht aus Alemannen und Franken. Hessen besteht aus Franken und Hessen. Nordrhein-Westfalen besteht aus Franken und Sachsen. Niedersachsen besteht aus Friesen und Sachsen. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz besteht dagegen einheitlich aus Franken. Die Landschaften von Rheinland-Pfalz, die im wesentlichen aus den Kerngebieten der alten Kurfürstentümer Trier, Mainz und Pfalz bestehen, sind seit der Römerzeit durch mannigfache politische, kulturelle, insbesondere auch kirchengeschichtliche Beziehungen miteinander verbunden und haben als Träger der wichtigsten Reichsämter in der deutschen Geschichte fast ein Jahrtausend lang eine bedeutsame Rolle gespielt. Erst durch die Französische Revolution, die Napoleonischen Kriege und den Wiener Kongreß wurden sie ihrer Reichsunmittelbarkeit entkleidet und in die Rolle von mediatisierten Randgebieten versetzt, die von Berlin, München und Darmstadt regiert wurden.

Wirtschaftlich gesehen zeigt unser Land eine gesunde Mischung von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. Das soziale Gefüge unseres Landes zeichnet sich sowohl im agrarischen als auch im gewerblichen Sektor durch eine typisch mittelständische Struktur aus, deren Charakter durch das Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben bestimmt wird. Die Industriearbeiterschaft unseres Landes ist — von einigen industriellen Schwerpunktbildungen abgesehen — noch weithin auf eigenem Grund und Boden ansässig und daher sozial mehr gefestigt als in manchen anderen Gebieten Deutschlands. Das Land Rheinland-Pfalz erfüllt also die im Art. 29 aufgestellten Forderungen sicherlich nicht weniger als alle übrigen deutschen Bundesländer.

Nachteile einer Zerschlagung

Frage: Welche Nachteile werden Ihrer Meinung nach den Bewohnern von Rheinland-Pfalz erwachsen, wenn das Land völlig aufgeteilt würde?

Antwort: Wenn das Land Rheinland-Pfalz aufgeteilt würde, so würden die einzelnen Teile als peripherische Randgebiete oder gar — wie etwa bei einem Anschluß der Pfalz an Bayern — als Exklave an irgendwelche andere jetzt bestehende oder neuzubildende Länder fallen, deren politisches, wirtschaftliches, soziologisches und kulturelles Schwergewicht in anderen Gebieten liegen würde. Die Bevölkerung der einzelnen Teilgebiete von Rheinland-Pfalz würde in diesen anderen Ländern hinsichtlich der Einwohnerzahl, verkehrsgeographischen Lage und Wirtschaftskraft sowie des politischen Einflusses zwangsläufig die Rolle eines mehr oder minder bedeutungslosen Anhängsels zu spielen haben. Im Rahmen eines selbständigen Bundeslandes kann dagegen die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz ihre kulturelle Eigenart und ihre wirtschaftlichen Interessen — man denke nur daran, daß Rheinland-Pfalz mit 80% der deutschen Wein- und Obstproduktion geradezu den Weinkeller Deutschlands darstellt — als bundesunmittelbaren Faktor in der Bundesgesetzgebung und Bundespolitik in vollem Umfange zur Geltung bringen.

Das Land ist lebensfähig

Frage: Ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage von Rheinland-Pfalz derart ungünstig, daß sich das Land auf

Die Dauer nicht selbständig halten könnte?

Antwort: Wie der Ablauf des ersten Halbjahres 1951/52 beweist, ist es der Landesregierung gelungen, Defizite zu vermeiden, obwohl gerade das Land Rheinland-Pfalz sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande in einem Umfange von Kriegszerstörungen heimgesucht worden ist wie kaum ein zweites deutsches Bundesland.

Nur eine gesamtdeutsche Lösung?

Frage: Läßt sich eine Neugliederung des Bundesgebietes vertreten, solange sie nicht Gesamtdeutschland umfassen kann?

Antwort: Jeder, der sich für das Ganze verantwortlich fühlt, muß natürlich die Frage stellen, ob eine Gesamt-Neuordnung des Bundesgebietes gemäß Art. 29 politisch überhaupt möglich und vertretbar ist, solange im Osten und Westen noch deutsche Gebiete außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik liegen.

Herzog von Windsor kommt nach Deutschland

London, 11. Oktober. (dpa) Der Herzog von Windsor, der ehemalige König Eduard VIII., plant eine Reise nach Westdeutschland. Er will ein Bataillon der britischen Rheinarmee besuchen, das in Wuppertal steht.



ROMAN VON LOTHAR SCHULER

36. Fortsetzung

Er warf den Hut auf den Tisch und ließ sich behaglich auf einen der beiden Stühle nieder. „Gefällt es Ihnen nicht?“ fragte er mit gespieltem Erstaunen.

Der Landw. Haushaltes

Na. Mainz, 11. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Landtag von Rheinland-Pfalz befaßte sich am Donnerstagmorgen ausschließlich mit dem Etat des Landwirtschaftsministeriums.

Nach dem Referat des Berichterstatters stellte der Abgeordnete der Christlich-Demokratischen Union, Diel (Burg Leyen) fest, das Interesse der Allgemeinheit an der Landwirtschaft sei heute leider erheblich abgesunken, weil die Ernährung ziemlich sicher, erscheine.

Für die Opposition erklärte der Abgeordnete Otto Schmidt, es komme darauf an, den Weg zum Verbraucher so kurz wie möglich zu machen. Die Bodenreform sei in eine Sackgasse geraten.

Minister Stübinger spricht

Minister Stübinger stellte fest, daß die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Reblausbekämpfung sehr fragwürdig sei. Es sei jetzt ein Gesetz in Vorbereitung, um zu gleichen Teilen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Berufsstände die Reblausbekämpfung und den Wiederaufbau reblausverseuchter Weinberge zu sichern.

Die Abstimmungen ergaben dann im Gesamtergebnis einstimmige Annahme des Etats für das Landwirtschaftsministerium, wobei jedoch die Mittel für die Reblausbekämpfung, einer Regierungsvorlage entsprechend, gegenüber dem Vorschlag der zuständigen Landtagsausschüsse erheblich verringert wurden.

Bei der Abstimmung über den Haushalt des Sozialministeriums ergab sich das Kuriosum, daß dieser Etat mit den Stimmen der Christlich-Demokratischen Union und der in Opposition stehenden Sozialdemokratischen Partei bei Enthaltung der Freien Demokraten angenommen wurde.

Diekmann bittet Bundestag um Stellungnahme

Bonn, 11. Oktober. (dpa). Der Präsident der Sowjetzonenvolkammer, Diekmann, hat dem Präsidenten des Bundestages, Dr. Ehlers, die Erklärung der Volkammer über eine gesamtdeutsche Beratung übermittelt.

Diekmann bittet Dr. Ehlers am Schluß seines Schreibens, die Erklärung der Volkammer vom 10. Oktober dem Bundestag möglichst bald zur Kenntnis zu bringen und seine Stellungnahme zu übermitteln.

Unstrittener Badenweiler Marsch

Hannover, 11. Oktober. (dpa) Zu einer Debatte über den Badenweiler Marsch kam es im Niedersächsischen Landtag, als ein Abgeordneter der Freien Demokraten einen Antrag begründete, die Verordnung zum Schutze der verfassungstreuen Bevölkerung vom 16. Juli aufzuheben.

Der Abgeordnete betonte, daß der

Augen in das rosarote Licht und fragte: „Jetzt sagen Sie mir nur eines — wieviel Stockwerke hat dieses Haus eigentlich noch?“

„Wenn ich mich nicht sehr irre, sind wir im ersten Stock. Unter uns dürfte das Parterre sein.“

„Ein Glück“, seufzte sie. „Dann kann ja nicht mehr viel kommen.“

Er kicherte in sich hinein. „Vergessen Sie nicht den Keller.“

Susanne schüttelte den Kopf. „Da mache ich nicht mehr mit. Dann lieber wieder —“

Sie hatte sagen wollen: „Lieber aufs Dach“, doch augenblicklich überfiel sie die Erinnerung an das, was seit Stunden aus ihrem Bewußtsein ausgelöscht war.

Das bedrückende Schweigen hatte lange gedauert. Susanne lauschte nach oben; von dem Nachtklub war nichts zu hören als ein rhythmisches Dröhnen des Plattenspielers; es war wie eine ferne Trommel.

Der Stuhl, auf dem Ivo sich bewegte, knarrte. Es tat ihr leid, daß er es so ungemütlich hatte.

„Geben Sie mir Ihre Hand!“ kommandierte sie, ohne hinzusehen.

Plötzlich fuhr sie hoch, wiederum aufgeschreckt von einem bestimmten Wort, das sie soeben gedacht hatte. „So — nun werde ich es wohl endlich erfahren!“ sagte sie energisch.

Er sah sie verwundert an.

„Was ich schon immer wissen will und nie beantwortet bekomme — wodurch hatten Sie diese Macht über Bettina? Wodurch konnten Sie sie zwingen, sich auf all das einzulassen?“

Er nickte mit einem schwachen Lächeln. „Ja — das muß Ihnen sonderbar vorkommen. Aber es ist ganz einfach. Sie wissen, daß Bettina mich für tot erklären ließ?“

„Wir wollen kein Beutegut sein“

Ministerpräsident Altmeier verteidigt die Daseinsberechtigung von Rheinland-Pfalz

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 124

Ein Vertreter der „Süddeutschen Zeitung“ in Stuttgart, die im Hinblick auf die Pfalz an dem künftigen Schicksal des Landes Rheinland-Pfalz besonders interessiert ist, hatte Gelegenheit, Ministerpräsident Altmeier einige Fragen vorzulegen.

Pfalz nicht nur aus eigener Kraft trotz schwerster Belastung durch Besatzungslasten in den Jahren nach dem Zusammenbruch seine eigenen Aufgaben gemeistert, sondern Leistungen vollbracht hat, die ganz Deutschland zugute kommen.“

Die Beziehung zum Saargebiet

„Die besondere Aufgabe des Landes Rheinland-Pfalz ergibt sich aus seiner Lage als Grenzland besonders gegenüber dem Saargebiet und Luxemburg. Gerade die Erfahrung der Jahre seit dem Zusammenbruch hat gezeigt, daß unser Land hier bessere Möglichkeiten hat, die Beziehungen zu diesen Nachbarn zu pflegen, als es einem deutschen Lande gelingen könnte, dessen Schwerpunkt allzu weit aus der Grenzlinie herausgerückt wäre.“

Neuordnung nur als Gesamtlösung

„Die innergebieliche Neuordnung Deutschlands, wie sie das Grundgesetz vorsieht, kann nur nach einem einheitlichen Gesamtplan und nur in dem Augenblick vollzogen werden, in welchem die Klärung der deutschen Grenzverhältnisse sowohl im Osten als auch im Westen erreicht ist.“

Altmeier erklärte u. a.:

„Unsere Bevölkerung, das glaube ich sagen zu können, fühlt sich in unserem Lande ganz zufrieden, und hat von sich aus kaum das Bedürfnis, irgendwelche Änderungen herbeizuführen. Man darf sich in dieser Hinsicht über den wirklichen Sachverhalt nicht durch gelegentlich lautes Geschrei einzelner Interessenten hinwertig machen lassen.“

Landsmannschaftliche Verbundenheit

„Rheinland-Pfalz“, so beantwortete Altmeier eine andere Frage, „ist eines der wenigen Länder, deren Bevölkerung völlig gleichartig ist. Man darf sich hier durch landläufige Bezeichnungen wie Rheinländer, Pfälzer oder Hessen nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß alle Einwohner unseres Landes fränkischen Stammes sind.“

igemeine Zeitung

Neuer Mainzer Anzeiger

Samstag/Sonntag, 5./6. Januar 1952

Der Amerikaner

Besatzungsmächte sich bereits umzustellen

Weniger Geld mehr geben, sondern Botschafter und Konsulen

Bericht unseres Frankfurter Korrespondenten



Vier Gruppen junger Deutscher werden in Mainz um die gegenwärtig dort tagende Vollversammlung. Unser Bild zeigt die erste Gruppe, die kürzlich

Pilger nach

Von Erich

In der nächsten Woche wird der Bundestag sich mit dem Schuman-Plan auseinandersetzen haben. Etwa vierzehn Tage später wird der Atlantik-Rat in Lissabon zusammentreten, um zu der Europa-Armee abschließend Stellung zu nehmen. Die europäische Union bekommt also allmählich eine greifbare Gestalt.

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 125

D.T. 17.1.52. Kein „Sonderfall“ Rheinland-Pfalz

Artikel 29 war für eine einmalige gesamt Länderreform vorgesehen

Na. Mainz, 16. Januar. (Eigener Bericht.) Die Verhandlungen des Bundestagsausschusses für innergebietliche Neuordnung veranlaßten den Ministerrat von Rheinland-Pfalz zu einer Stellungnahme. Darin wird darauf hingewiesen, daß der Artikel 29 des Grundgesetzes die Neugliederung des gesamten Bundesgebietes zum Gegenstand habe. Die Entstehungsgeschichte dieses Artikels auf Grund der Protokolle des Parlamentarischen Rates zeige, daß der Verfassungsgesetzgeber, abgesehen von der Sonderregelung für den Südwestraum, eine einmalige gesamt Neugliederung des Bundesgebietes herbeiführen soll und eine Neugliederung in Etappen ausdrücklich abgelehnt habe.

Die Landesregierung weise daher alle Versuche, das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Neugliederung als einen Sonderfall zu behandeln, zurück, da er mit dem Grundgesetz unvereinbar sei.

Die wiederholten Vorschläge des Abgeordneten Euler für eine voreilige Sonderregelung für Rheinland-Pfalz, die, wie der Bezirksvorstand der rheinhesischen Christlich-Demokratischen Union betont, weder die Billigung maßgebender Stellen der Freien Demokratischen Partei im Bund noch im Lande Rheinland-Pfalz gefunden haben, ließen zu deutlich die Annexionswünsche des „großhessischen Nachbarn“ auf den Regierungsbezirk Mainz erkennen.

hier nichts zu tun haben, verdrücken sich schnell, und von den Artisten verkrümeln sich die meisten: wenn der Herr Direktor schlechte Laune hat, und es ist nahelegend, daß dieser Unfall ihn ärgert, dann brüllt er — und in der ganzen Zirkuswelt ist nichts so gefürchtet wie das Brüllen des Maharadscha . . .

Aber der Herr Direktor brüllt nicht, ist still und sachlich, er beugt sich rasch über die Ohnmächtige, der Arzt gibt ihm schnellen und flüsternden Bescheid, der Radscha nickt und überwacht dann sorgfältig, wie die Bahre in das Auto gehoben und darin festgemacht wird. Er spricht noch ein paar Worte mit dem Arzt, der sich neben die Bahre hockt, schließt den Schlag und sieht dem langsam davonrollenden Wagen nach.

Erst als dieser zum Ausgang umgebogen und seinem Blick entschwindet, wendet er sich dem Italiener zu, sagt jäh und verächtlich: „Schöne Schweinerei, die Sie mir da eingebrockt haben, Arrigoni! — Und was wird nun?“

ten. Jetzt hat er es zum guten Schluß noch mit dem großen Direktor verdorben, der sieht ihn als unzuverlässig an, der wird ihn nie wieder engagieren, dessen großen, machtvollen Namen kann er jetzt getrost von der Liste seiner Referenzen streichen. Figlio d'un cane! Was hat ihm Zephira, dieser verfressene Trampel, da eingebrockt! Wie ein dummer Junge steht er jetzt vor dem großen Maharadscha . . .

Aber da sagt eine helle, klare Stimme neben ihm: „Enrico macht keine Witze, Herr Direktor. Er hat mich längst engagiert, ich gehe am Ersten mit ihm ins neue Engagement — und natürlich arbeite ich unter diesen Umständen ab morgen schon mit ihm. Ich kann für die paar Tage sehr gut in beiden Nummern arbeiten, es liegen drei andere dazwischen: die Chinesen, die musikalischen Ponys und Sie, Herr Direktor, mit Ihren Elefanten. Ich habe Zeit genug zum Umkleiden, wir lassen Sie selbstverständlich nicht im Stich. Der Pas-de-deux wird gehen bis der Kontrakt abgelaufen

Volksabstimmung über Neugliederung?

A. Z. 25. 1. 52.

Sozialdemokraten wollen Auflösung von Rheinland-Pfalz betreiben

-ch. Mainz, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei befaßte sich mit den von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung des Landes Rheinland-Pfalz, durch die, wie es in einer Verlautbarung heißt, „in der Öffentlichkeit Unklarheiten über die Möglichkeit der Ländergrenzenneuregelung entstanden sind“.

Das Land Rheinland-Pfalz werde zur Zeit auf Veranlassung des Bundestagsausschusses zur Neuregelung der Ländergrenzen auf seine „fragwürdige Existenzberechtigung“ untersucht. Sobald der Artikel 29 des Grundgesetzes in Kraft trete, müßten innerhalb eines Jahres Volksabstimmungen in denjenigen Teilen des Landes vorgenommen werden, die durch

die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz die Verbindung zu ihren früheren Landesgebieten verloren haben. Die Sozialdemokratische Partei werde der Bevölkerung gegen „jeden Versuch, die Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes zu hintertreiben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu ihrem Recht verhelfen“.

In der Landesausschußsitzung wurde „mit größtem Befremden“ die Feststellung getroffen, daß die Freie Demokratische Partei im Gegensatz zu ihren Erklärungen vor der Landtagswahl heute offensichtlich aus parteiegoistischen Erwägungen die Bemühungen des Ministerpräsidenten Altmeier zur Erhaltung des Landes Rheinland-Pfalz unterstütze.

(Siehe Stimme der Andern.)

Mädel erwärmen — für solch einen Bücherwurm!“

„Einen — was?“ fragt Gordon interessiert und verduzt, denn Büchernarren sind beim Zirkus etwa so zahlreich, wie Mäuse in einem Leopardenkäfig.

„Einen Bücherwurm, ja!“ ereifert sich der Italiener. „Was ist denn dran an diesem Mädel, was? Alles Geld, das sie verdient, packt sie auf ihr Bankkonto, jedes kleine Ballettmädel leistet sich mehr als sie! Schneidert ihre Sachen selbst, wäscht selbst, kocht selbst, hat keinen Flirt, keine Liebelei, nichts! Ausgehen, sich amüsieren, wie andere es tun, interessiert sie nicht, interessiert sie absolut nicht. Bücher interessieren sie und sind das einzige, für das sie hin und wieder mal etwas Geld ausgibt. Einen ganzen großen Koffer voll Bücher hat sie, den sie immer mitschleppt, ich muß die Transportkosten dafür bezahlen, figlio d'un cane, das heißt, sie gehen von unserer gemeinsamen Gage ab, einen Koffer voll Bücher, was sage ich, einen Koffer — das ist schon ein kleines Wo-

eine Römerin noch immer!“ meint Signora Cléa stolz und eingeschnappt.

„Komisch!“ meint James Gordon und hebt die Schultern. „Was will eine Reiterin mit Tierbüchern? Wenn sie noch Dompteuse wäre.“

„Das will sie ja werden!“ brüllt Enrico Arrigoni verzweifelt. „Das ist ja eben die grenzenlose Gemeinheit. Das Biest will sich bei mir ja nur Geld machen für eine eigene Raubtiernummer. Die verläßt mich gnadenlos, wenn sie ihre Zechinen zusammen hat. Und dann steh ich da und kann klein und häßlich wieder von vorn anfangen. — Oh, wie ich dieses Frauenzimmer hasse!“

Aber nun ist der Schulreiter interessiert: „Woher stammt sie eigentlich? Privat oder Artistenkind? Wie heißt sie?“

„Mansfield heißt sie!“ sagt der Italiener mürrisch. „Yutta Mansfield. Wirst den Namen wohl kennen, James. Der Vater arbeitete mit Elefanten, die Mutter mit Löwen.“

„Mademoiselle Candia!“ sagt der Engländer laut und mit merkwürdig zitternder Stimme. „Natürlich kenne ich sie. Sie

Kein Sonderfall des Landes Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Ministerrat erklärt: „Mit dem Grundgesetz unvereinbar“

Na. Mainz, 16. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Verhandlungen des Bundestagsausschusses für innergebietliche Neuordnung veranlaßten den Ministerrat von Rheinland-Pfalz zu einer Stellungnahme. Darin wird darauf hingewiesen, daß der Artikel 29 des Grundgesetzes die Neugliederung des gesamten Bundesgebietes zum Gegenstand habe. Die Entstehungsgeschichte dieses Artikels auf Grund der Protokolle des Parlamentarischen Rates zeige, daß der Verfassungsgesetzgeber, abgesehen von der Sonderregelung für den Südwestraum, eine einmalige gesamte Neugliederung des Bundesgebietes herbeiführen soll und eine Neugliederung in Etappen ausdrücklich abgelehnt habe.

Die Landesregierung weise daher alle Versuche, das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Neugliederung als einen Sonderfall zu behandeln, zurück, da er mit dem Grundgesetz unvereinbar sei.

Die nationalpolitischen Gesichtspunkte

Nach eingehender Darlegung dieser verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Tatbestände betont die Erklärung des Ministerrates nachdrücklich, es dürfe im nationalen Interesse keinerlei Neugliederungs-Maßnahme erfolgen, die geeignet sei, die Wiedereingliederung der deutschen Gebiete außerhalb der West- und Ostgrenzen der Bundesrepublik zu gefährden oder auch nur zu erschweren. Die Bundesregierung wird dann gebeten, bei der Länderreform die nationalpolitischen Gesichtspunkte mit besonderer Aufmerksamkeit zu erwägen und im übrigen allen Versuchen interessierter Kreise entgegenzutreten, im Zusammenhang mit der Neugliederung einen Sonderfall über das Land Rheinland-Pfalz zu konstruieren.

Vorentscheidungen stören Gesamtlösung

Der Bezirksvorstand der rheinhessischen Christlich-Demokratischen Union stellt dazu fest, daß das Grundgesetz nur eine Sonderregelung, nämlich die des Südwestraumes, kennt. Artikel 29 des Grundgesetzes sehe die gleichzeitige Überprüfung und eventuelle Änderung aller Ländergrenzen des Bundesgebietes vor. Jeder politisch Einsichtige sollte nicht

mehr davon überzeugt werden müssen, daß diese Frage nur dann befriedigend gelöst werden kann, wenn sie das gesamte deutsche Gebiet umfaßt und keine Vorentscheidungen getroffen werden, die einer späteren guten Gesamtlösung den Weg versperren.

Gegen großhessische Annexionswünsche

Die wiederholten Vorschläge des Abgeordneten Euler für eine voreilige Sonderregelung für Rheinland-Pfalz, die, wie der Bezirksvorstand der rheinhessischen Christlich-Demokratischen Union betont, weder die Billigung maßgebender Stellen der Freien Demokratischen Partei im Bund noch im Lande Rheinland-Pfalz gefunden haben, ließen zu deutlich die Annexionswünsche des „großhessischen Nachbarn“ auf den Regierungsbezirk Mainz erkennen.

Darüber zu entscheiden sei allein Sache der Bevölkerung des Regierungsbezirkes Mainz. Diese Entscheidung müsse in völlig demokratischer Freiheit und nicht nach dem Grundsatz, daß der Größere den Kleineren schluckt, vollzogen werden.

Ulbricht: Neutrale Kommission wird nicht zugelassen

Berlin, 16. Januar. (UP) Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzone, Walter Ulbricht, sagte, die Kommission der Vereinten Nationen zur Ueberprüfung der Wahlvoraussetzungen in Deutschland werde nicht in die Sowjetzone hineingelassen.

Er versprach, westdeutsche Parteiredner könnten in die Sowjetzone fahren. Andererseits würden Funktionäre aus Pankow den Arbeitern im Ruhrgebiet „die Segnungen des Kollektivvertrages im Osten erläutern“.

seien im Landwirtschaftsministerium im Gange, könnten aber kaum vor dem 1. April 1952 abgeschlossen werden, beantwortet, wurde jedoch mit den Stimmen aller Abgeordneten angenommen.

werden nachbezahlt

ge belaufen sich auf etwa 500 000 DM

Sozialministerium der Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossen, daß auf die Nachzahlung der nicht gezahlten Renten aus dem Jahr 1945 ein unbedingter Rechtsanspruch der Versicherten bestehen.

Der Staatsvertrag über den Südwestfunk

Tübingen, 16. Januar. (dpa) Der Ministerpräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, sagte in einer Pressekonferenz, die Ratifizierung des Vertrages sei heute nicht mehr den Ländern Baden und Württemberg-Hohenzollern überlassen, sondern bedürfe bereits der Zustimmung des Ministerrats des neuen südwestdeutschen Bundeslandes.

Saarfrage verhalten wolle und wollte wissen, ob die Bundesregierung über den Generalvertrag mit den Alliierten auf der Basis verhandelt, daß sie stellvertretend für das ganze deutsche Volk spricht.

Bundeskanzler Dr. Adenauer teilte mit, daß er die Saarfrage auf der nächsten Sitzung des Straßburger Ministerausschusses Ende Februar ansprechen wolle. Es bestehe die Möglichkeit, die Saarregierung eines Verstoßes gegen die Konvention der Menschenrechte zu beschuldigen, die auch von der Saarregierung unterschrieben worden sei. Zu den Verhandlungen über den Generalvertrag betonte er, daß die Bundesregierung sowohl in der alliierten Note vom 3. August 1951 und in den New Yorker Außenministerbeschlüssen vom 23. Oktober 1951 als die einzige Regierung anerkannt werde, die als Nachfolgerin des Deutschen Reiches für die Grenzen von 1937 zuständig sei. Da auch die Saar zum Gebiet des früheren Deutschen Reiches gehöre, werde die Saarfrage absichtlich nicht auf internationalen Verhandlungen erörtert.

Der Staatssekretär sei ausdrücklich als ein politischer Beamter gekennzeichnet und für seine politischen Äußerungen

Hilpert fordert Auskunftspflicht gegenüber der Presse

Wiesbaden, 16. Januar. (Eigener Bericht.) Anlässlich einer Pressebesprechung erklärte der hessische Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Hilpert, am Mittwoch, daß bezüglich der Auskunftspflicht des Magistrats gegenüber der Öffentlichkeit nach der neuen Gemeindeordnung Uebereinstimmung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union bestehe. Die Union wolle darüber hinaus die Auskunftspflicht des Magistrats gegenüber der Presse besonders festgelegt wissen. Geheimhaltungen sollen möglichst eingeschränkt werden.

Atlantikpaktrat tagt am 16. Februar

London, 16. Januar. (AP) Die nächste Tagung des Atlantikpaktrates in Lissabon ist endgültig auf den 16. Februar angesetzt worden. Hauptpunkt der Beratungen werden die Pläne für die Europa-Armee sein, die bis zu diesem Termin fertiggestellt sein sollen.

Schreiben Sie mir, wo Sie im Frühjahr arbeiten, ich sehe mir dann mal eure Nummer an, und wenn Sie mir bis dahin nicht die Yutta versaut haben mit Ihren sogenannten Ideen nach den Traditionen von achtzehnhundertzig — dann kriegt ihr einen Bombenvertrag von mir für die nächste Saison. — Und nun ziehen Sie sich um, Menschenskind, Sie sehen aus wie ein Mörder, ganz voll Blut sind Sie!

Enrico Arrigoni macht eine tiefe Verbeugung und springt dann schnell davon. Ein Staatsweib, diese Yutta, ein Prachtmädel, sie soll die hundert Mark mehr haben, sie hat sie heute schon um ihn verdient. Er wird das Geld missen können, seine Nummer wird besser werden durch dieses Mädel, und wenn eine Arbeit besser wird, kriegt man bekanntlich auch bessere Gagen. Gut soll sie es haben bei ihm, auf Händen wird er sie tragen!...

Der große Direktor nimmt indessen das kleine Zigeunermädchen beim Arm und geht mit ihr ein Stückchen in den Zirkushof und in die Sonne. „Zahlt er dir anständig?“ ist seine erste Frage.

Yutta zeigt lächelnd die weißen, festen Zähne: „Er muß mir hundert Mark mehr geben als der Zephira. Und ich werd ihm weiter auf den Nähten knien. Seine

fur

Länder-Ausgabe

A

Länder oder Provinzen?

R.M. VON PAUL WILHELM WENGER 13.1.57

Die territoriale Entwicklung Deutschlands seit der Französischen Revolution gleicht einer Hyperbel, die im Bann der Einheitsbestrebungen den bunten Zufall dynastisch bestimmter Zersplitterung überwand und schließlich 1934 durch Hitlers „Reichsstatthaltergesetz“ den Nullpunkt des absoluten Einheitsstaates erreichte, aus dem sie alsbald ins negative Feld der völligen Auflösung, Amputation und Zweiteilung Deutschlands stürzen sollte.

Neben diesem warnenden Nullpunkt 1934 ist die interessanteste Marke in dieser Kurve das Jahr 1803, in welchem Napoleon I. das Splitterspiel von nahezu 2000 Territorien so vereinfachte, daß ab 1815 im Deutschen Bund 46 Staaten (einschließlich Österreichs, Luxemburgs und Liechtensteins) vereinigt waren. Dynastische Veränderungen und vor allem die preußischen Annexionen von 1866 ließen diese Zahl im Jahr 1871 auf 26 sinken, und dabei blieb es bis 1919. Die thüringische Reform führte dann 1920 zu insgesamt 19 Ländern, und 1933 waren es noch deren 17.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 wurden insgesamt 18 Länder gebildet, von denen jedoch nur Sachsen und Bayern (dieses allerdings ohne die Pfalz) ihre vom Wiener Kongreß gezogenen Grenzen behielten. Alle übrigen wurden von den Alliierten mehr oder weniger willkürlich geformt. Die unmöglichste Gestalt erhielten dabei die ehemals so konstanten Länder Baden und Württemberg: sie wurden halbiert und zu drei neuen Gebilden aufgeteilt, indem die beiden Nordhälften am 28. November 1946 zu Württemberg-Baden (3,85 Mill.) vereinigt und die beiden Südhälften als Baden (1,28 Mill.) und Württemberg-Hohenzollern (1,12 Mill.) zur unfreiwilligen Selbständigkeit verdammt wurden. Da die drei Leidtragenden sich binnen der ihnen gesetzten Frist weder über die Bildung eines gemeinsamen Südweststaates noch über die Wiederherstellung der beiden alten Länder einigen konnten, steht nun der Bund vor der schweren Aufgabe, den ehrlichen Makler und Schiedsrichter zu spielen.

Diese Aufgabe wird nur dann zu meistern sein, wenn aus dem Widerstreit der vielfältigen Gesichtspunkte landsmannschaftlicher, geschichtlicher, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art des Artikels 29 des Grundgesetzes - unter Ausschaltung hintergründiger konfessions- und parteipolitischer Nebenabsichten (die bis zur Lähmung der Bundesregierung über den Bundesrat reichen) - ein Maßstab gewonnen wird, der für alle künftigen Fälle brauchbar ist.

Dieser Maßstab, für den Artikel 29 eine allerdings nicht vollständige Orientierung bildet, muß aus dem Geist der Bundesverfassung, das heißt aus den geschriebenen und ungeschriebenen Grundregeln der Demokratie und aus der Einsicht in das Lebensgesetz der Bundesstaaten gewonnen werden. Obenan sollte dabei die Erkenntnis stehen, daß ein Bundesstaat nur aus dem Miteinander seiner unterschiedlich starken Glieder leben kann, denn gerade die mittleren und die vielgeschmähten kleinen Länder sind die Gelenke zwischen den großen und verhindern durch die Bildung ständig wechselnder Mehrheiten im Bundesrat die feindselige Erstarrung der Fronten. Es gehört offenbar zu den aus Unwissenheit genährten Komplexen unserer Zentralisten, daß sie diese Größenunterschiede für eine fremde Auflage oder für überholten Unsinn halten. Denn wer weiß hierzulande schon, daß von den 48 Staaten der USA allein 14 unter einer Million Einwohner zählen, wobei sogar 9 Staaten unter unserem kleinsten Lande Bremen (550 000) bleiben - um von den minimalen Raum- und Bevölkerungszahlen der Schweizer Urkantone ganz zu schweigen. Dabei besitzen alle diese Staaten und Kantone im Bundesorgan die gleiche Stimmenzahl wie die großen. Ein im besten Sinne konservatives und ritterliches, hinter die egalisierende Revolution von 1789 zurückreichendes Element, nämlich der gleiche Rang der Bundespartner ohne Rücksicht auf die in den Parlamenten genügend repräsentierten quantitativen Machtfaktoren, ist damit bewahrt und so das die Schwächeren schützende und ausgleichend wirkende Prinzip der Machtverteilung innerhalb des Gesamtstaates durchgeführt.

Dieser ritterliche und ethische Grundsatz der Gleichrangigkeit quantitativ ungleicher Partner wird bei uns von all denen preisgegeben, die nach der verführerischen Patentlösung von drei oder fünf „gleichstarken Ländern“ schreien. Das Ergebnis wären entweder fünf entmachtete Wirtschaftsprovinzen eines neuen Einheitsstaates oder aber fünf „Kurfürstentümer“ die gefährlichen Zentrifugalkräften erliegen könnten. Da bei dieser Patentlösung jeweils ein oder zwei süddeutsche Staaten zwei oder drei mittel- und norddeutschen gegenüberstehen

würden, wäre dies der sicherste Weg, um im Gefolge zwangsläufiger Majorisierungen die Mainlinie wieder aufzureißen. Der erste Schritt zu diesem Abweg aber wäre die Bildung des Südweststaates über die Köpfe der Badener hinweg, gewissermaßen als Auftakt zu einer zentralistischen Bundesreform im Zeichen einer nur noch in Wirtschaftskategorien denkenden „Raumplanung“.

Der Wahrung demokratischer Grundsätze, vorab dem Schutz der kleineren Einheiten vor der Majorisierung durch zahlenmäßig überlegene Nachbarn muß daher das besondere Augenmerk eines wirklich umfassend denkenden Gesetzgebers gelten, zumal gerade an der Verletzung dieser demokratischen Grundprinzipien die freie Vereinbarung der Beteiligten gescheitert ist.

Der Bund wird schon vom Standpunkt der Wiedergutmachung aus vollen Ernst mit dem in Artikel 29 verankerten Grundsatz machen müssen, daß in allen Gebietsteilen, die bei der Neubildung nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksbefragung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, die Bevölkerung zur Neubildung befragt wird. Hierbei muß selbstverständlich in den alten Ländern getrennt durchgezählt werden, denn sonst könnten beispielsweise die erheblich zahlreicheren Württemberger Baden nach Belieben majorisieren und unter neuem Firmenschild annectieren.

Die Frage nach der Wiederherstellung der alten, von Hitler im Weg des Verfassungsbruchs vernichteten Länder muß mindestens gleichrangig neben eventuellen neuen Projekten zugelassen werden, und es ist nicht unbillig, für die Durchführung einer völligen Neuordnung eine qualifizierte Mehrheit mindestens der Abstimmungsberechtigten aller betroffenen Gebietsteile zu verlangen, um überstürzten Projekten vorzubeugen und den Ausbruch eines allgemeinen Ländergrenzenkrieges im ungünstigsten Augenblick zu verhindern.

Der in der Verfassung verankerte Grundsatz der Volksbefragung verlangt ferner, daß die nach 1945 außer Landes gegangenen Landeskinde das gleiche Stimmrecht wie die mit der Materie nicht sonderlich vertrauten Zugewanderten erhalten und daß größere Binnenwanderungen zwischen den betroffenen Gebietsteilen dadurch korrigiert werden, daß die nach 1945 Zugewanderten nur in ihrem Geburtsland abstimmen, um eine Unterwanderung der zahlenmäßig Schwächeren und damit eine Verfälschung der Volksbefragung zu verhindern.

Alle diese aus dem Wesen eines Bundesstaates, aus den Grundregeln der demokratischen Fairneß und den deutschen Besonderheiten abgeleiteten Mindestforderungen sind in dem durch das Ergebnis der vorläufigen Volksbefragung legitimierten badischen Entwurf enthalten. Die Bundesorgane werden nun Farbe bekennen müssen, ob sie gewillt sind, diese Grundrechte eines demokratischen Bundesstaates zu achten oder ob sie den innen- und außenpolitisch gleichermaßen gefährlichen Weg einer mehr oder weniger verkappten Zentralisierung gehen wollen, dessen wahres Gesicht die Vergewaltigung des Menschen an Stelle seiner behutsamen Förderung ist.

Flehbriefe

Bei den hübschen Zusammenlegspielen unter dem Weihnachtsbaum gibt es trotz aller anfänglichen bunten Vielfältigkeit schließlich doch nur die eine, einzig mögliche Lösung.

Ähnlich verhielt es sich auch mit dem festtäglichen Koalitionsspiel in Württemberg-Baden. Nachdem die CDU in ihrem Oppositionsentschluß hart geblieben war und die allseitigen, vornehmlich soziologisch bedingten Ressentiments gegen eine Mitwirkung der „Deutschen Gemeinschaft“ nicht aufzulösen waren, mußte es bei der Verbindung SPD-DVP bleiben. Nicht zum Schaden der Freien Demokraten, die sich, mit der obligaten Anstandsträne in den Wimpern, aufmunternd zu zwinkerten.

Mit Vorbedacht wurde von der DVP bis zur Schlußapotheose des Stuttgarter Koalitionsspiels eine Figur ausgelassen, nämlich die massige Gestalt Dr. Reinhold Maiers, der sich als routinierter Taktiker in die Schweiz nach Arosa abgesetzt hatte, um sich von jenem politischen Schnupfen zu kurieren, den er sich bei der verunglückten Wahl am 12. Dezember geholt hatte, zum anderen aber, um sich mit dem romantischen Nimbus des unersetzlichen „pater patriae“ zu umgeben, der schließlich doch aus seiner Einsamkeit zur Rettung des Vaterlandes, sich opfernd, niedersteigt. Von der DVP wurde daher auch nichts unterlassen, was die Dramatik dieser Situation irgendwie noch steigern konnte. Nachdem man von der SPD die Zusage des „Wenn schon - dann Maier“ erhalten hatte, wurde Arosa mit Briefen, Depeschen und Telefonanrufen bestürmt. Obwohl dann die Einverständniserklärung aus den Schweizer Bergen schon tagelang vorlag, appellierten am Dreikönigstag noch einmal 200 Delegierte der DVP an Maier, „sich trotz seiner Bedenken im wohlverstandenen Interesse des Landes erneut für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung zu stellen“.

Die Rechnung Reinhold Maiers ging auf. Er, der sich schmollend ins Schweizer Reduite begeben hatte, wurde zum Retter aus der Stuttgarter Koalitionsmisere. Die Kosten für seinen Wiederauftritt hatte allerdings die SPD zu berappen. Bei einer Mandatsmehrheit gegenüber der DVP von über einem Drittel wird die SPD im neuen Kabinett mit vier Ministern vertreten sein. Die drei anderen und den Ministerpräsidenten stellt die DVP, wobei allerdings noch nicht entschieden ist, ob das Kult- oder Finanzressort einem dem „bürgerlichen Lager nahestehenden“ Fachminister überlassen wird. Von der Kabinettsreduzierung auf die fünf „klassischen“ Ministerien, die Dr. Maier noch vor sechs Wochen als *das sine qua non* seiner Kandidatur postuliert hatte, ist nichts mehr zu vernennen!

Den Vorschlag des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Weitz, im Rahmen der Neugliederung der Länder vor allem Rheinland-Pfalz und Bremen aufzulösen, hat der Landesvorstand der CDU von Rheinland-Pfalz zurückgewiesen und einmütig die Einsetzung einer Studienkommission gefordert. Ministerpräsident Altmeier wandte sich vor allem gegen die Verquickung des fälligen Finanzausgleiches mit einer nur im gesamtdeutschen Rahmen sinnvollen grundlegenden Neuregelung der Ländergrenzen. Dr. Schumacher äußerte sich ähnlich, als er in Heidelberg betonte, daß das Problem Rheinland-Pfalz zwar sehr schwierig, aber durchaus nicht das dringlichste sei; überdies müsse man bei der Auflösung von Rheinland-Pfalz schon mit Rücksicht auf die Lösung der Saarfrage behutsam zu Werke gehen. R.M. 2.2.57.

Justizminister Dr. Süsterhenn wandte sich in einer scharfen Erklärung gegen die Ausfallbürgschaft des Bundes für den Forst-Film „Die Sünderin“ und stellte dieser unverständlichen finanziellen Großzügigkeit die Tatsache gegenüber, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, vom Bunde auch nur den geringsten Zuschuß für die christlichen Volksschulen in der „Roten Zone“ an der deutschen Westgrenze zu erhalten, obwohl diese Schulen im Grenzgebiet sich wegen der Kriegseinwirkung in einem äußerst beklagenswerten Zustand befinden. Die Landesregierung hat durch eine Denkschrift den Bund darauf hingewiesen, daß es neben Berlin und der Oberpfalz ein großes Notstandsgebiet in Rheinland-Pfalz gibt, das geschlossen längs der gesamten Westgrenze verläuft und vor allem auf die Saar keinesfalls attraktiv wirken dürfte.

jenem Spätherbsttag gemacht haben, da Carlo Schmid noch verkündete: „Uns ist es lieber, es werden heile Menschen in heilen Häusern beschweisert als Krüppel in Erdlöchern.“ Vermutlich haben die Gespräche zwischen Eisenhauer und Ollenhauer in der noch schwankenden Binnendiskussion der SPD eine Festlegung unumgänglich gemacht. Jedenfalls distanzieren sich darauf die Sozialdemokraten unmißverständlich von dem Europa-Armee-Konzept des Plevenplans, gerade deshalb, weil

Amerikas sta



Bleibt das Land Rheinland-Pfalz?

STAMZ, Nr. Oppenheim / 424 - 130

A.Z. 16.1.57.

Von Jacob Diel, Burg Leyen, Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz

Verschiedene Finanzminister haben sich mit der Existenz oder der Auflösung von Rheinland-Pfalz beschäftigt und einzelne Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz, die dem Bundesparlament angehören, haben diese Pläne begrüßt.

Das Problem ist schon oft behandelt und Rheinland-Pfalz schon oft totgesagt worden. Es lebt aber immer noch und lebt vielleicht länger als man denkt. Oft totgesagte Menschen pflegen am allerlängsten zu leben.

Nun ist es zwar nicht so, daß dem Lande Rheinland-Pfalz seine Existenz um jeden Preis zugebilligt werden soll. Das Land ist nicht aus sich selbst oder nach eigenem Willen entstanden. Seine Existenz und seine Grenzen sind diktiert worden. Allerdings — genau so wie die fast aller anderen Länder jetzt und auch früher. Wenn man also mit „dieser“ Begründung operiert, dann müßten nicht nur fast alle gegenwärtig bestehenden, sondern auch fast alle „historisch gewordenen“ Länder außer Diskussion gestellt werden.

Nicht viel anders ist es mit der finanziellen Begründung der Auflösung. Es gibt im Bundesgebiet nur wenige reiche Länder. Zu den besonders notleidenden Ländern gehört auch Hessen, das weder für Rheinhessen noch für das bäuerliche Gebiet von Montabaur einen besonderen Anziehungswert besitzt. Dazu gehört auch Hannover und vor allem Schleswig-Holstein.

Wenn man also etwa für das „ganze“ Bundesgebiet eine sinnvolle Neugliederung vorschlägt, welche eine zweckmäßige Einordnung „aller“ Bundesländer zur Debatte stellt, „dann“ wird man auch in Rheinland-Pfalz über eine „solche“ Planung ernsthaft reden. Ein Vorschlag aber, der nur auf „Stückwerk“ abgestellt ist, müßte notwendigerweise „Stümperwerk“ sein. Insofern kann auch der Vorschlag des Südweststaates nicht befriedigen, obwohl er immerhin als eine „teilweise“ Zusammenfassung anzusprechen ist.

Soll eine Neuregelung aber wirklich befriedigen, dann muß sie von größerem Wurf sein. Im Gesamtgebiet von Niedersachsen darf es dann auch nur einen niedersächsischen Staat geben, der — mit Hamburg als Hauptstadt — Hannover, Schleswig-Holstein und beide Hansestädte umfaßt. Diesem großen Niedersachsen, dem je nach Wunsch der betreffenden Gebiete noch Teile von Minden und Kassel angegliedert sein könnten, hätte dann ein starker westdeutscher und ein ebenso starker süddeutscher Staat gegenüberzustehen.

Wenn man schon die Bildung großer und finanziell leistungsfähiger Länder will, dann ist nicht einzusehen, wieso dann ein finanziell am Rande stehendes Hessen oder ein extra gebildeter „Südwest“-Staat bestehen soll? Noch weniger ist der Fortbestand der allerkleinsten Länder, der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, zu begründen.

Der Bundesfinanzausgleich wird vielleicht auch in Bremen und Hamburg die

Einsicht begründen, welche in Nordrhein bereits entstanden ist. Die Einsicht nämlich, daß die Abgabe erheblicher Millionenbeträge an andere Länder schlechter ist als die Verwendung innerhalb eines größeren eigenen Landes.

In Rheinland-Pfalz haben Nord und Süd seither in Eintracht und Treue zusammengestanden. Auch heute erscheint es nicht angängig, daß der eine Teil den anderen aus Egoismus einfach im Stich läßt. Treue um Treue!

Kommt der Zeitpunkt, in dem über eine großangelegte Neuregelung befunden werden soll, gut, dann mögen die einzelnen Teile nach ihrem Ermessen handeln. Auch dann aber wird das Problem nicht „so“ einfach liegen, wie es jetzt dargestellt wird.

So gibt es in der Pfalz weder für Bayern noch für den Südweststaat eine Mehrheit. Für den Südweststaat aber, der allen seinen Gebieten nach allgemeinem Muster eine starke „bezirkliche“ Selbstverwaltung überläßt, dürfte es eine große Mehrheit geben. Auch innerhalb des sogenannten Südweststaates dürfte es starke Anhänger eines Südstaates mit bezirklicher Aufteilung geben. Ja — selbst in Urbayern könnte es so sein.

Bis dahin aber — Hände weg von Rheinland-Pfalz!

Die Drohung aus dem Osten

Hiermit läßt sich das in der Sowjetzone am 16. Dezember 1950 in Kraft getretene sogenannte „Gesetz zum Schutze des Friedens“ nicht vereinbaren, denn wenn auch der Wortlaut dieses Gesetzes sich gegen „Kriegshetze“ und ähnliche Delikte richtet, so zeigt seine Kommentierung durch die Organe der Sozialistischen Einheitspartei deutlich, daß damit in Wirklichkeit jede freie Meinungsäußerung, insbesondere jede Kritik an den in dem sowjetischen Machtbereich

Ein überraschender Gegenangriff

Er soll die Gefahr einer feindlichen Umklammerung beseitigen

O s a n, 15. Januar. (AP.) Die Streitkräfte der Vereinten Nationen sind am Montag an der Westfront Koreas überraschend zur Offensive angetreten.

In der Abenddämmerung stießen alliierte Panzer- und Infanterieverbände nach Norden in Richtung auf S o e u l vor und konnten im ersten Ansturm bis zu 20 Kilometer vordringen.

Die Ruinenstädte O s a n, K u m y a n g - j a n g und C h o n wurden dem Feind entrissen.

Die Einheiten der zweiten amerikanischen Division hielten am Montag ihre Stellungen südlich Wonju gegen den star-

„ikow antworten“

Erklärung des Bundeskanzlers
des Korrespondenten

III. Die Bundesregierung ist sich mit allen Deutschen darin einig, daß nichts unversucht bleiben darf, die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden wiederherzustellen. Die Bundesregierung kann aber nur mit denjenigen in Besprechungen über die deutsche Wiedervereinigung eintreten, die willens sind, eine rechtsstaatliche Ordnung, eine freiheitliche Regierungsform, den Schutz der Menschenrechte und die Wahrung des Friedens vorbehaltlos anzuerkennen und zu garantieren.

(Fortsetzung auf Seite 2)

ken Druck nordkoreanischer Truppen, die mit 30 000 Mann zu einer großen Zangenbewegung angesetzt haben.

Weitere kommunistische Verstärkungen befinden sich auf dem Marsch aus dem Raum von S o e u l nach W o n j u. Gleichzeitig schwenkten die im Mittelabschnitt durchgebrochenen kommunistischen Verbände nach Westen ab und drohen der zweiten Division sowie den ebenfalls südlich Wonju stehenden holländischen und französischen Truppen die Verbindung nach Südosten abzuschneiden. Die alliierten Truppen eroberten Y o n g w o l, etwa 45 Kilometer südöstlich von Wonju, zurück und verminderten damit den Druck gegen die Ostflanke der zweiten Division.

Amerikaner bleiben in Korea

Hauptquartier Korea, 15. Januar. (AP.) Der Stabschef des amerikanischen Heeres, General J. Lawton Collins, erklärte am Montag, die amerikanischen Truppen „werden auf alle Fälle in Korea bleiben und weiterkämpfen“. Ablösungen und Verstärkungen für die Front würden jedoch erst in zwei bis drei Monaten eintreffen.

Peking verhandlungsbereit?

Neu Delhi, 15. Januar. (AP.) Die kommunistischen Führer Chinas sollen nach am Montag in Delhi eingetroffenen Informationen den neuen Waffenstillstandsplan der Vereinten Nationen für Korea als einen wesentlichen Fortschritt gegenüber allen bisher eingebrachten Vorschlägen ansehen.

der Auffassung des Krems an erster Stelle und fast ausschließlich das deutsche Problem behandeln soll, zu erklären, daß in dieser Hinsicht schon ein wesentlicher Schritt getan worden sei. Hierdurch hätten

„Neutrales“

Von unserem Pariser

In der französischen Öffentlichkeit ist in der letzten Zeit die Erörterung über das längst überholte geglaubte Thema der Neutralität neu belebt worden. Sie wurde vorübergehend so lebhaft und beunruhigend, daß größere Blätter wieder „Figaro“ und zahlreiche Minister bei den verschiedensten Anlässen energisch dagegen Stellung nehmen mußten, mit dem Erfolg, daß sich die Diskussion etwas beruhigte. Der unmittelbare Anlaß zum Aufflammen des Gedankens lag in der Taft-Rede, die vorsorglich — und wie viele sagen, verabredet — am Tage losgelassen wurde, an dem General Eisenhower in Paris eintraf. Es war sozusagen die kalte und die warme Dusche in einem. Die Taftrede war aber wirksamer, und sie wird, wie die Dinge liegen, noch lange wirksam bleiben. Das liegt daran, daß ihre Darlegungen auf guten Boden fielen.

Würden Franzosen entmuttert?

„Südz. Anz.“ Nr. 14, 1. 50
Südz. Anz., Nr. 14, 1. 50

Es ist gestern an dieser Stelle von Ansprüchen anderer Länder auf Gebiete von Rheinland-Pfalz die Rede gewesen, die der hessische Ministerpräsident Christian Stock angemeldet haben soll. Damit keinerlei Unklarheit entsteht, möge es gestattet sein, noch einige zusätzliche Bemerkungen zu machen. Die Wichtigkeit des Themas dürfte das rechtfertigen.

Es ist gesagt worden, daß Rheinland-Pfalz seine Existenz nur mühsam fristen könne, weil seine Lebensgrundlage zu schmal sei und seine wirtschaftlichen Kräfte, mindestens zur Zeit gering seien. Das läßt sich nicht bestreiten. Aber soweit wir unterrichtet sind, gehört auch Hessen, und nicht bloß Hessen, zu den Ländern, die sich nicht aus eigener Kraft erhalten können, sondern auf die Zuwendungen des Bundes angewiesen sind. Wird Ministerpräsident Stock daraufhin seinem hessischen Lande die Existenzberechtigung absprechen? Wir bezweifeln es. Ebenso besteht kein Grund, das Land Rheinland-Pfalz nur deshalb aufzulösen, weil es seine Existenz mühsam fristet. Die Berechtigung zu einer solchen Maßnahme sollte durch das Eingeständnis der wirtschaftlichen Schwierigkeit keineswegs anerkannt werden. Das zur Klarstellung.

Nehmen wir aber einmal an, es käme zur Erfüllung der „Ansprüche“, das heißt zur Aufteilung. Wer würde damit etwas gewinnen? Nur der Nordteil, der sich an das reiche Land Nordrhein-Westfalen anschließen könnte. Die Pfalz würde in der Luft hängen, denn der „Südweststaat“ scheint in der Theorie stecken zu bleiben und Bayern liegt heute weiter entfernt denn je. Hessen würde jedoch mit Rheinhessen, auf das es seine Ansprüche richtet, ein weiteres Gebiet erwerben, das des Zuschusses bedarf und da aus zwei Minusposten kein Plusposten wird, dürfte es eines solchen „Gewinnes“ wenig froh werden. Die Bewohner von Rheinland-Pfalz werden aber, bevor sie in einer noch in sehr weiter Ferne liegenden Zeit zur Entscheidung über den Weiterbestand des Landes aufgerufen werden, wohl überlegen, daß sie jetzt über gewichtige Stimmen im Bundesrat verfügen, deren sie bei einer Zerschlagung des Landes verlustig gingen.

Im Grunde hat es überhaupt wenig Zweck, sich jetzt schon den Kopf über Eier zu zerbrechen, die noch längst nicht gelegt sind. Nur, wenn ein Thema angeschnitten wird, darf man die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir wenigstens wollen es nicht. Und da von Ansprüchen die Rede ist, meinen wir, es wäre von dem hessischen Ministerpräsidenten zu erwarten gewesen, daß er sich zunächst bereit erklärt hätte, möglichst bald die nicht zu bestreitenden Ansprüche zu erfüllen, die die Stadt Mainz auf ihre

rechtsrheinischen Vororte und damit indirekt das Land Rheinland-Pfalz an das Land Hessen zu erheben hat. Wir erinnern daran, daß dieses Gebiet der Mainzer Vororte auch die in der letzten Zeit vielgenannte Mainspitze umfaßt, auf der ein großer Hafen geplant ist.

Man hat von einigen Versicherungen vernommen, es seien Erwägungen im Gange, bei der Einweihung der Mainzer Straßenbrücke die rechtsrheinischen Vororte wieder mit Mainz zu vereinigen. Es wäre im freundschaftlichen Sinne sehr begrüßt worden, wenn der hessische Ministerpräsident, als er seinerseits Ansprüche erhob, die Erfüllung der Mainzer Ansprüche endgültig zugesagt hätte.

sammen aus 54 000 Mark Grundgehalt, 2520 Mark Wohnungsgeldzuschuß, 1350 Mark örtlichen Sonderzulagen und 18 000 Mark Dienstaufwandsentschädigung.

Man sieht also, zur Not geht es auch etwas billiger. Das sollte man bedenken, wenn in den nächsten Wochen die Gehälter der Minister und die Diäten der Bundestagsabgeordneten endgültig festgesetzt werden, denn der Steuerzahler hat ja nicht allein für die Bundesregierung, sondern für ein Heer von Ministern und Abgeordneten aufzukommen.

Der Steuerzahler darf ebenfalls erwarten, daß die sachlichen Kosten der höchsten Verwaltungsstellen eingehend unter die Lupe genommen werden. Wenn zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Automobilclub bei einem Ueberblick über den Anteil der einzelnen Berufsgruppen beim Ankauf von Autos zu dem Ergebnis kommt, daß der Anteil der Behörden von 5,6 Prozent im Jahre 1938 auf 18,1 Prozent im Jahre 1948 gestiegen ist und wenn man vermuten muß, die Kurve sei inzwischen lustig weiter aufwärts geklettert, so sind an der Autofreudigkeit gewiß alle Dienststellen bis zu den unteren Behörden beteiligt. Aber auch für die Bundesbehörden sind noch zahlreiche Autos angefordert, deren Dringlichkeit dringend überprüft werden müßte. So gibt zum Beispiel das Koordinationsministerium den Bedarf von drei Autos an, was im Bundestag humorvoll dahin kommentiert wurde, es benötige sie wohl um „koordinierenderweise“ zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat hin und her zu fahren. Steuergelder werden aber mit zu saurem Schweiß aufgebracht, als daß sie für überflüssige Ausgaben verwendet werden dürfen. Es sind auch der Regierungen und Parlamente zu viele, als daß man bei einer ein Auge zudrücken könnte.

Auf die umstrittene Höhe der Abgeordneten-Diäten wird noch zurückzukommen sein, sobald sie im Bundesparlament zur Debatte gestellt werden. Es sei hier nur auf eine Äußerung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern hingewiesen, wonach ein württembergischer Abgeordneter in Monaten, in denen nur eine Sitzung stattfindet, für diese Arbeit von drei Stunden 860 Mark erhält, so daß er demnach seine Arbeitsstunde mit 286,70 Mark bewerten kann. Das hat es bisher nur bei den Abgeordneten des Dritten Reiches gegeben und es ist selbstverständlich, daß gegen einen solchen Mißbrauch der Rechte eines Volksvertreters, seines eigenen Ansehens willen, ein Riegel vorgeschoben werden muß.

Es liegt uns fern, mit unsern Randbemerkungen die Ministerien und Volksvertretungen in Mißkredit bringen zu wollen. Aber es kommt uns darauf an, die maßgebenden Stellen darauf hinzuweisen, daß Sparsamkeit geübt werden muß, wo immer sie sich rechtfertigen

nur den westdeutschen Etat, der für die Bundeskanzlei für die Zeit vom 21. September vergangenen Jahres bis zum 31. März 1950 mit 2 987 600 Mark abschließt. Wir ersehen aus ihm, daß zum Beispiel der Bundeskanzler ein Jahresgehalt von 45 000 Mark, freie Dienstwohnung, ferner eine Aufwandsentschädigung von 24 000 Mark, einen Dispositionsfonds von 50 000 Mark und einen Verfügungsfonds von 100 000 Mark erhält. Das ist nicht übertrieben, aber für den Säckel eines verarmten Volkes erscheint es doch reichlich hoch, wenn man bedenkt, daß außerdem noch 2596 Personen in Deutschland mit Gehältern und Diäten zu versehen sind. Zum Vergleich sei angegeben: im Kaiserreich erhielt der Reichskanzler jährlich

Neuordnung der Länder-Grenzen?

Ein ausführlicher Vorschlag des Bundestagsabgeordneten August Martin Euler

StAMZ, Nl. Oppenheim / 42,4 - 132

an Hessen gelangen (Problem Kassel und Oberweser)?

5. Sollen die nordrhein-westfälischen Kreise Warburg, Wittgenstein und die südöstlichen und nordöstlichen Teile des Kreises Brilon mit Hessen verbunden werden (Problem Rothaargebirge)?

6. Sollen für den Fall der Aufteilung des Landes Rheinland-Pfalz an Nordrhein-Westfalen, Hessen und Südweststaat oder Alt-Baden die rechtsrheinischen Kreise Altenkirchen, Neuwied, Koblenz und der Nordweststreifen des Kreises St. Goarshausen mit Nordrhein-Westfalen verbunden werden (Problem Sieg und Koblenz)?

7. Die Bestimmung der Hunsrück-Grenzlinie zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen für den Fall der Aufteilung von Rheinland-Pfalz an Nordrhein-Westfalen, Hessen und Südweststaat oder Alt-Baden (Problem Hunsrück)?

8. Sollen für den Fall, daß die Pfalz an den Südweststaat oder Alt-Baden gelangt, die nördlichen Teile der pfälzischen Kreise Rockenhausen und Bolanden an Hessen gelangen (Problem Nahe)?

9. Soll für den Fall der Verbindung der Rheinpfalz mit dem Südweststaat oder Alt-Baden der südliche Teil des Kreises Worms ebenfalls an den Südweststaat oder an Alt-Baden gelangen (Problem Mannheim-Ludwigshafen eins)?

10. Soll für den Fall der Verbindung der Rheinpfalz mit dem Südweststaat oder Alt-Baden der südwestliche Teil des hessischen Landkreises Bergstraße ebenfalls an den Südweststaat oder an Alt-Baden gelangen (Problem Mannheim-Ludwigshafen zwei)?

11. Sollen der südöstliche Teil des hessischen Landkreises Bergstraße und der südliche Teil des hessischen Kreises Erbach an den Südweststaat oder an Alt-Baden gelangen (Problem Neckar)?

12. Sollen die bayrischen Kreise Alzenau, Aschaffenburg und Obernburg an Hessen gelangen (Problem Aschaffenburg)?

13. Soll der württemberg-badische Kreis Tauber-Bischofsheim an Bayern fallen (Problem Tauber)?

14. Soll der bayrische Kreis Neu-Ulm an den Südweststaat oder alt Alt-Württemberg fallen (Problem Ulm)?

Euler betonte, daß die Neugliederung der Bundesländer zugleich die gesamtdeutschen Interessen berücksichtigen werde, so daß die neuen Länder von einer Vereinigung mit der Sowjetzone nicht mehr berührt würden. Lediglich für Mecklenburg werde die Frage einer Vereinigung mit Schleswig-Holstein und für einen Teil Thüringens die Vereinigung mit dem hessischen Gebiet entstehen.

Das Saargebiet werde im Falle einer Lösung des Saarproblems im deutschen Sinne entweder dem Südweststaat angeschlossen werden oder aber ein selbständiges Land bilden.

Bonn, 29. Juni. (dpa) In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innergebietliche Neuordnung gab Bundestagsabgeordnete August Martin Euler am Freitag in Bonn einen Ueberblick über die Probleme der Länderneuordnung, an deren Spitze die Probleme „Nordwestraum“ und Rheinland-Pfalz“ stehen.

Größere Länder

Euler erklärte, die Neuordnung könnte schon im Laufe des nächsten Sommers verwirklicht werden. Nach Grundgesetzartikel 29 soll durch ein Bundesgesetz bis Mai 1952 das Bundesgebiet unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges neu gegliedert werden. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Das Gesetz muß in jedem Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, zum Volksentscheid gestellt werden. Falls es dabei in einem Gebietsteil abgelehnt wird, ist es erneut beim Bundestag einzubringen. Wird es hier abermals verabschiedet, bedarf es zur

Annahme für dieses Gebiet eines Volksentscheides im gesamten Bundesgebiet.

Der Nordwestraum

Für die Neuordnung des Nordwestraumes bietet Euler in seiner Aufstellung drei Alternativlösungen an:

1. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die beiden Hansestädte werden zu einem Lande vereinigt. Die beiden Hansestädte erhalten innerhalb des neuen Landes ein Sonderstatut, mit dem eine innere Verwaltungsgliederung verbunden ist, die den Unterlauf von Elbe und Weser mit den Regierungsbezirken Hamburg und Bremen vereint.

2. Niedersachsen und Bremen werden zu einem Lande Schleswig-Holstein und Hamburg zu einem anderen Lande vereint. Für diesen Fall ist zu prüfen, ob die niedersächsischen Kreise Land Hadeln, Stade, Harburg und gegebenenfalls auch Lüneburg mit Schleswig-Holstein und Hamburg verbunden werden sollen.

3. Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden vereinigt, Hamburg und Bremen bleiben Länder. Euler bezeichnete den ersten Vorschlag als den „wünschenswertesten“, betonte jedoch, daß die besonderen Aufgaben Hamburgs und Bremens als Häfen für das gesamte Bundesgebiet eine Sonderstellung auch im Bundesrat erforderlich machten.

Das „Problem Rheinland-Pfalz“

Für die Neuordnung des mittelhessischen Gebietes legt Euler zwei Vorschläge vor, die beide das Land Rheinland-Pfalz verschwinden lassen:

1. Das Land Rheinland-Pfalz wird aufgeteilt. Sein Gebiet fällt an Nordrhein-Westfalen, Hessen und an den Südweststaat beziehungsweise Alt-Baden oder Bayern.

Dabei würden an Nordrhein-Westfalen gelangen: die rechtsrheinischen Kreise Altenkirchen und Neuwied, das linksrheinische Gebiet mit dem Moseltal bis zur Hunsrücklinie, also einschließlich der Kreise Trier, Zell, Cochem, des Kreises Bernkastel bis auf dessen nordöstliche Spitze und des nördlichen Teiles des Kreises St. Goar.

An Hessen kämen: die rechtsrheinischen Kreise Ober-Westerwaldkreis, Unter-Westerwaldkreis, Unter-Lahnkreis und der Kreis St. Goarshausen mit Ausnahme seines nordwestlichen Randgebietes, von dem linksrheinischen Gebiet das frühere Rheinhessen mit den Kreisen Bingen, Mainz, Alzey und dem nördlichen Teil des Kreises Worms, ferner die Kreise Kreuznach, Birkenfeld, Simmern, der größere südliche Teil des Kreises St. Goar und die Nordostspitze des Kreises Bernkastel, schließlich die nördlichen Teile der pfälzischen Kreise Rockenhausen und Bolanden.

An den Südweststaat oder Alt-Bayern kämen: die Rheinpfalz außer den nörd-

lichen Teilen der Kreise Rockenhausen und Bolanden und der südliche Teil des Kreises Worms.

2. Das Land Rheinland-Pfalz wird mit dem Lande Hessen vereinigt. Dabei fällt der Kreis Altenkirchen an Nordrhein-Westfalen, die Rheinpfalz mit Ausnahme der nördlichen Teile der Kreise Rockenhausen und Bolanden und der südliche Teil des Kreises Worms an den Südweststaat oder an Alt-Baden.

Regionale Einzelfragen

Euler gab ferner eine Uebersicht über alle regionalen Einzelprobleme der innergebietlichen Neuordnung, die in vierzehn Punkten zusammengefaßt sind.

1. Sollen für den Fall der Vereinigung Hamburgs und Schleswig-Holsteins die niedersächsischen Kreise Land Hadeln, Stade, Harburg und eventuell Lüneburg an das neue Land gelangen (Problem Elbe)?

2. Soll der Nordrhein-westfälische Kreis Tecklenburg an Niedersachsen gelangen (Problem Osnabrück)?

3. Sollen die nordrhein-westfälischen Kreise Minden, Lübbecke, Herford, Halle (Westfalen), Bielefeld, Lemgo, Detmold und Höxter an Niedersachsen gelangen (Problem Weserfestung)?

4. Soll der niedersächsische Kreis Hannover-Münden und der westliche Teil des niedersächsischen Kreises Northeim

Korea Wirklichkeit werden?

Ston erteilt Ridgway Mandat zu Verhandlungen

Der stellvertretende amerikanische Botschafter gab am Freitag bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Aufnahme von Verhandlungen mit den Kommunisten an General

Nationen fiel bereits am Donnerstag. Bei den Besprechungen zwischen den Delegationen in Washington sprachen sich die britischen Vertreter nach Aussagen von gutunterrichteter Seite gleich nach dem Studium des Berichtes von Botschafter Alan Kirk in Moskau für die Annahme aus. Von britischer Seite wurde jedoch gleichfalls darauf hingewiesen, daß der Abschluß eines rein militärischen Waffenstillstandes im einzelnen auf gewisse Schwierigkeiten stoßen dürfte. Trotzdem glaubt man, daß eine schnelle Einstellung der Feindseligkeiten bewerkstelligt werden kann. (Siehe auch unseren heutigen Leitartikel „Abbruch der dritten Regieprobe“.)

ten Verhandlungsvollmacht erhalten. Um welche Punkte es sich dabei handelt, wurde nicht bekanntgegeben. Es sei noch nicht geklärt, ob General Ridgway die Verhandlungen selbst mit den Kommunisten führen soll, oder ob der Feldkommandeur der achten Armee, General van Fleet, damit beauftragt werden soll. Die Entscheidung über die Annahme des sowjetischen Vorschlags durch die in Korea kämpfenden Staaten der Vereinten

Zeigt Persien „guten Willen“?

Raffinerien von Abadan werden wahrscheinlich nicht stillgelegt
Drabbericht unseres Korrespondenten

Teheran, 29. Juni. (AP.) Im persischen Oelkonflikt war am Freitag noch keine neue Entwicklung zu erkennen. Der persische Ministerpräsident Mossadeq versicherte dem amerikanischen Botschafter Grady in einer eineinhalbstündigen Unterredung, daß Persien nicht gewillt sei, von seiner Forderung auf Uebernahme der britischen Anlagen und Uebertragung der Einnahmen auf die neue persische Gesellschaft abzugehen.

Mossadeq sagte aber zu, das umstrittene Anti-Sabotagegesetz, das wohl zu einer sofortigen Evakuierung der Angestellten der anglo-iranischen Oelgesellschaft geführt hätte, im Parlament zurückzuziehen. Die Verstaatlichung werde vom ganzen Volk gewünscht. Seine und jede andere Regierung müsse gehen, wenn sie diesem Wunsch nicht gerecht werde. Grady, der den Inhalt der Unterredung später bekanntgab, bezeichnete die Zurücknahme des Gesetzes als ein Zeichen des guten Willens.

erklärte ein Sprecher der britischen Botschaft in Teheran, daß die vorhandenen Vorratstanks die Aufrechterhaltung der Produktion für weitere acht Tage erlaubten. Bei einer gewissen Beschränkung könne sogar noch 32 Tage weitergearbeitet werden. Der Sprecher versicherte, daß die Angestellten der Anglo-Iranian nicht abgezogen würden, solange die Raffinerie arbeite. Damit würden erneut drei bis vier Wochen Zeit für eine Regelung gewonnen.

Der britische Außenminister Morrison gab in einer Botschaft an die Angestellten der Anglo-Iranian in Persien der Hoffnung Ausdruck, daß Persien sich doch noch mit Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts einverstanden erklären werde. Die Angestellten sollten „zusammenbleiben“, bis die Arbeit wieder normal aufgenommen werden könne.

Der Leiter der Oelverstaatlichungskommission, Hussein Makki, hat inzwischen den britischen Verwaltungstab ersucht, seinen Rücktritt rückgängig zu



Erzbischof Grosz (links) und zwei Mitangeklagte im Hochverratsprozeß.

Wendung in Persien?

Wie die Aussichten für einen Waffenstillstand in Korea allgemein günstig beurteilt werden, zeigt sich auch in dem persischen Konflikt eine leichte Entspannung. Der bisherige Optimismus in Teheran hat durch die feste Haltung der anglo-iranischen Oelgesellschaft und der britischen Regierung einen leichten Dämpfer erhalten. Besondere Beachtung fand auch der Beschluß von 18 großen amerikanischen Erdölgesellschaften, die befreundete fremde Mächte mit Oel versorgen wollen, falls es durch den Ausfall Persiens notwendig werden sollte. In der internationalen Oelindustrie wird sogar die Meinung vertreten, daß sie sich schnell in die neue Lage finden werde.

Abbruch der drit

Von Erich I

Der Stein ist im Rollen. Genosse Malik, der diplomatische Vertreter der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen, hat ihm den ersten Stoß gegeben, als er erklärte, daß Rußland zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Korea bereit sei. Derselbe Malik hatte seinerzeit auch das erlösende Wort zur Einstellung der Hungerblockade gegen

Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebietes

Es geht um die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz und um den Plan eines Nordwest-Staates

Von unserer Bonner Redaktion
Bonn, 29. Juni

Zwei Hauptprobleme der Neugliederung der Bundesrepublik werden dem Bundestagsausschuß für innergebietsliche Neuordnung bei seinen in der kommenden Woche beginnenden Sitzungen beschäftigen: Der Nordwestraum und die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Euler (FDP), legte der Presse eine erste Zusammenstellung der territorialen Probleme vor mit dem ausdrücklichen Hinweis, möglichst eine umfangreiche Erörterung darüber in der Öffentlichkeit auszulösen, damit um so schneller eine Klärung herbeigeführt werden könne.

Nach Grundgesetz-Artikel 29 soll im Zuge einer innergebietslichen Neuordnung unter Wahrung des föderativen Charakters die bestmögliche soziale, wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit aller Glieder der Bundesrepublik herbeigeführt werden.

Für Rheinland-Pfalz sollen die Alternativen heißen: Aufteilung oder fast vollständige Vereinigung mit Hessen. Entscheidet der Bundestag, der für ein entsprechendes Gesetz keine Zustimmung des Bundesrates braucht, für Aufteilung, so könnten an Nordrhein-Westfalen die rechtsrheinischen Kreise Altenkirchen und Neuwied und das linksrheinische Gebiet mit dem Moseltal bis zur Hunsrücklinie fallen, das heißt, einschließlich Trier Zelt, Cochem und des Kreises Bernkastel bis auf dessen nördliche Spitze und der nördliche Teil des Kreises St. Goar. An Hessen: die rechtsrheinischen Kreise Ober- und Unterwesterwald, der Unter-Lahnkreis und der Kreis St. Goarshausen, von dem linksrheinischen Gebiet das frühere Rheinhessen mit Bingen, Mainz, Alzey und der nördliche Teil des Kreises Worms, ferner die Kreise Kreuznach, Birkenfeld und Simmern. An den Südweststaat oder Altbaden: Die Rheinpfalz, außer den nördlichen Teilen des Kreises Rockenhausen und Bolanden, und der südliche Teil

des Kreises Worms. Das Problem liegt dabei in der Festlegung der Hunsrück-Grenzlinie — sie ist auch Konfessionslinie — zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Würde eine Vereinigung mit Hessen beschlossen werden, so ist daran gedacht, die Rheinpfalz mit Ausnahme des nördlichen Teiles mit Rockenhausen und Bolanden und des südlichen Teiles von Worms an den Südweststaat, an Altbaden oder, je nach dem Willen der Bevölkerung, auch an Bayern fallen zu lassen.

Im Nordwestraum wäre, so meinte Euler, die Vereinigung der vier Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg die naheliegendste Lösung. Dabei müßten jedoch die Hansestädte eine Sonderstellung, ihren Aufgaben und ihrer Tradition entsprechend, behalten und auch im Bundesrat vertreten bleiben. Gleichzeitig müßte den beiden Städten im Zuge einer inneren Verwaltungsgliederung der Unterlauf von Elbe und Weser eingegliedert werden. Eine zweite Lösung wäre, Niedersachsen und Bremen zu einem Lande, Schleswig-Holstein und Hamburg zu einem anderen Lande zu vereinigen. Die dritte Möglichkeit, abgesehen davon, daß auch alles beim alten bleiben könnte, wäre die Vereinigung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wobei Hamburg und Bremen eigene Länder bleiben sollten.

Eine große Zahl von Einzelproblemen werden naturgemäß dabei aufgeworfen. Der Ausschuß will daher zunächst erst Sachverständige heranziehen, die bis nach den Parlamentsferien Gutachten ausarbeiten sollen. Euler hofft zuversichtlich, bis Weihnachten einen ersten Entwurf dem Plenum vorlegen zu können. Zu diesen Einzelproblemen gehören Fragen, ob Städte wie Mannheim, Ludwigshafen, Ulm, Kassel und Osnabrück, die durch ihre Grenzlage in ihrer natürlichen Entwicklung behindert sind, ein Hinterland bekommen sollen. Ferner aber auch Fragen — sie sind schon aufgeworfen —

StAMZ, NL Oppenheim / 42 4 - 133
wie: sollen die bayerischen Kreise Alzenau, Aschaffenburg und Obernburg an Hessen fallen, soll der badisch-württembergische Kreis Tauberbischofsheim an Bayern fallen und soll der bayerische Kreis Neu-Ulm in den Südweststaat oder in Württemberg-Baden eingegliedert werden? Auch die Saarfrage werde hineinspielen. Ihr Status soll wegen der Sonderstellung zwischen Frankreich und Deutschland jedoch vorerst noch offengelassen werden.

Euler wies noch nachdrücklich darauf hin, daß nach Artikel 29 des Grundgesetzes das ganze Bundesgebiet durch Volksentscheid zu begrenzten territorialen Problemen Stellung nehmen kann. Dadurch sei gesichert, daß nicht regionale Sonderinteressen einer gesunden Entwicklung des ganzen Staates hinderlich sein können.

Schleswig-Holstein für Neugliederung

Bonn (SZ)

Der vor drei Tagen ernannte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lübke, will die schwierige Lage seines Landes in Zusammenarbeit mit dem Bund durch einen Jahresplan bessern, den er bis zum 31. Juli seinem Kabinett und dem Parlament in Kiel vorlegen will. Der Plan gründet sich, wie Lübke in Bonn andeutete, auf die Zusicherungen des Bundeskanzlers, er werde dem Lande beistehen. Begründete Hoffnungen setzt Lübke dabei auf den horizontalen Finanzausgleich, als dessen erste Rate das Land bisher 5,9 Millionen DM erhalten hat, und auf die noch zu führenden Verhandlungen mit dem BHE und mit der FDP. Lübke hält es für möglich, daß der BHE wieder in die Koalition eintritt, auch wenn der Bund nicht die von Waldemar Kraft geforderte „Goldgarantie“ geben könne. Angesichts der schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage, die nur mit Hilfe von außen gebessert werden könne, sagte Lübke, es wäre ganz gut, wenn im Zuge einer Neugliederung des Nordwestraumes größere Ländereinheiten gebildet würden.

22,9 Prozent ihres Gesamtabsatzes in Löhnen und Gehältern ausgezahlt, im Jahre 1949 sei diese Zahl auf 19,8 Prozent und im Jahre 1950 auf 19,3 Prozent gesunken.

Treibstoff-Preiserhöhung befürchtet

Wirtschaft erwartet nachteilige Auswirkungen der Aufhebung des gleitenden Zolls

Hamburg (VWD)

Das Bundeskabinett hat den bisher angewendeten Gleitzoll für Rohöl aufgehoben. Dieser Beschluß wird, nach Ansicht der Mineralölwirtschaft, eine wesentliche Erhöhung der Benzin- und Dieselölpreise in allen Zonen zur Folge haben. Ferner müsse der Beschluß des Kabinetts zu einer grundlegenden Aenderung der Oelversorgung des westdeutschen Marktes führen. Man weist darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bisher darauf ausgerichtet war, durch Erweiterung der westdeutschen Raffineriekapazität in absehbarer Zeit von der Einfuhr von Mineralöl-Fertigprodukten unabhängig zu werden. Dadurch hoffe man Devisen im Werte von jährlich etwa 100 Millionen DM einzusparen. Der Fortfall der bisherigen Vorrechte nimmt den Raffinerien des Bundesgebietes mit ihren verhältnismäßig geringen Kapazitäten die Konkurrenzfähigkeit mit den internationalen Großraffinerien. Hinzu kommt, daß die westeuropäischen Raffinerien außerhalb des Bundesgebietes weiterhin Vorteile genießen und deshalb billiger verarbeiten können. Die westdeutsche Mineralölwirtschaft werde sich nun darüber schlüssig werden müssen — so betont man — ob der geplante Ausbau ihrer Raffinerien geschäftlich tragbar sein wird. Eine Einstellung dieser in vollem Gange befindlichen Arbeiten würde erhebliche Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

Die Gefahren der Preis-Lohn-Spirale

Dortmund (dpa)

Eine sofortige Stabilisierung der Preise und Löhne forderte Vizekanzler Blücher am Donnerstag auf der Hauptversammlung des Landesverbandes Westfalen/Lippe der chemischen Industrie in Dortmund. Die Bundesrepublik stehe jetzt vor der akuten Gefahr, durch ein

neues Preiserhöhungs- und Lohnmassagede gewertet, in der Frage der Empfangsquittungen einen Kompromiß zu schließen. Er bestehe darauf, daß die Kapitäne der Tankdampfer der

erneutes Ankurbeln der Lohn-Preis-Spirale allmählich auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig zu werden. Dies könne für den innerdeutschen Arbeitsmarkt trotz reichlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmende Arbeitslosigkeit bedeuten. Die Nivellierung von Löhnen und Gehältern sollte von einer Differenzierung abgelöst werden, um neuen Anreiz zu erhöhter Leistung zu schaffen. „Eins steht fest“, betonte Blücher, „die Regierung wird nicht die Notenpresse in Bewegung setzen und damit den Weg in die Inflation gehen, denn das wäre ja der größte Sieg Stalins“. Der Vizekanzler warnte die deutsche Wirtschaft davor, auf Weltmarktbaisse zu spekulieren und ein Sinken der Weltmarktpreise abzuwarten.

Erhard hofft auf Senkung der Kohlenexportquote

Bonn (AP)

Die Ruhrbehörde werde sicherlich bereit sein, die gegenwärtige deutsche Kohlenexportquote um eine Million Tonnen im dritten Quartal zu Gunsten der deutschen Wirtschaft zu kürzen, wenn sich die Besatzungsmächte damit einverstanden erklären, sagte Bundeswirtschaftsminister Erhard vor Pressevertretern in Bonn. Sein bevorstehender Besuch in den USA soll der Klärung des Kohlen-Problems und einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der deutschen Industrie im Interesse der Verteidigung des Westens dienen, erklärte der Minister. Wenn Deutschland mehr Kohle erhalte, könne eine Steigerung der Produktion für die Verteidigung des Westens erreicht werden. Erhard will im Laufe des Juli nach seiner Rückkehr aus den USA auch London besuchen, um Probleme der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Sterling-Block zu besprechen.

neuen Offensive scheitern. Die Gerechtigkeit an der ganzen Front hat keineswegs nachgelassen, beschränkt sich in der Hauptsache aber doch auf beiderseitige Stoß- und Spähtruppertätigkeit. Der nordkoreanische Sender Pyöngyang, der in der letzten Zeit lediglich gefordert hatte, die „Interventionisten“ über den 38. Breitengrad zurückzuwerfen, spricht jetzt wieder vom Kampf bis zum letzten Blutstropfen und völliger Vernichtung des Feindes.

Kurz gemeldet:

Die Bundesrepublik haftet nicht für Ansprüche gegenüber der aufgelösten JEIA. Ein entsprechendes Gesetz wurde am Freitag von der Hohen Kommission genehmigt. (dpa)

Aus dem Grenzlandfonds erhält Bayern, nach einer Mitteilung seines Bevollmächtigten in Bonn, fünf Millionen DM. (SZ)

John J. McCloy, der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, wird am Montag auf dem Luftwege aus Washington in die Bundesrepublik zurückkehren. Am Donnerstag hatte McCloy eine abschließende Unterredung mit Außenminister Dean Acheson. (AP)

Die Erklärungen der CSU gegen Dr. Baumgartner (SZ Nr. 147) „enthalten so viele faustdicke Lügen, daß die Bayernpartei auf ihrer Landesversammlung (7. u. 8. Juli) den Nachweis führen wird, die CSU habe das Recht verwirkt, sich eine christliche Partei zu nennen“, gibt die BP-Landesleitung bekannt. (SZ)

Eine „Schutzvereinigung verdrängter Staatsdiener in Bayern“ will die Rechte der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen und die „hergebrachten Grundsätze des Staatsdienertums“ wahren. (SZ)

Club der berufstätigen Frauen. Die „International Federation of Business and Professional Women“ hielt in Scheveningen (Holland) ihre diesjährige internationale Tagung ab. Es wurde beschlossen, den deutschen Verband der berufstätigen Frauen (Präsidentin Maria May, Hamburg) in die internationale Föderation aufzunehmen. Der Club der berufstätigen Frauen in Bayern hat vor kurzem seine Tätigkeit in München aufgenommen. (SZ)

Die britischen Behörden haben den der Beihilfe zum Menschenraub verdächtigen Studenten Watkins Baker aus Berlin ausgewiesen. Sie verzichten darauf, ihn vor Gericht zu stellen. (SZ)

Der ehemalige Führer der „Schwarzen Front“, Otto Strasser, der in Kanada lebt, richtet erneut

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 134

FILM

Dieter Borsche — komisch

In Halle 5 der Geiseltagesteiger Ateliers gerieten wir in einen Schwarm liebreizender Mädchen, unter denen wir Inge Egger, Ilse Petri und einige Schwabinger Schönheiten bemerkten. Zwischen



eine Dame in den besten Jahren, die, wenig ladylike auf einem Strohsessel sitzend, beide Beine weit von sich streckte; die Dame hieß Dieter Borsche.

„Diese komische Rolle in dem NDF-Film ‚Fanfare der Liebe‘ war der rettende Strohhalm meiner Filmkarriere“, bekannte der Held aus ‚Dr. Holl‘ und ‚Es kommt ein Tag‘. „Ich hatte es satt, zum Klischeetyp dieser ewig von Edelmüt triefenden Liebhaber zu werden.“ Für einen ehemaligen Schüler Harald Kreuzbergs bewegte sich der frischgebackene Komiker bemerkenswert undamenhaft; er rauchte sogar im Abendkleid Zigarren, wie es das

Drehbuch vorschreibt, das ihn überdies an 15 Drehtagen auf die hohen Absätze seiner Damenschuhe zwingt. Der Film wird Ende Juli fertiggestellt sein. G. K.-A.

Vom Trickfilm zum Märchenbild

Es scheint, als sei vom Film her ein neuer Impuls für die Kinderbuch-Illustration gekommen; den



N. 7. 2. 7. 57.

Bisher nur ablehnende Stimmen zu Eulers Plänen

München, 1. Juli (NZ). — Die Vorschläge des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, August Martin Euler, über eine Neugliederung der Bundesländer haben bisher zahlreiche Proteste hervorgerufen. Euler hatte, wie berichtet, für die Neuordnung des Mittelrheingebiets die Auflösung von Rheinland-Pfalz vorgeschlagen und in zwei von drei Vorschlägen für die Schaffung eines Nordweststaates die Einbeziehung Hamburgs und Bremens in ein größeres Bundesland angeregt.

Bundesverkehrsminister Dr. Hans Christoph Seebohm wandte sich in Hamburg scharf gegen den Eulerschen Plan. Auch der Vizepräsident des Bundestags, Dr. Hermann Schäfer und andere Hamburger FDP-Abgeordnete lehnten die Vorschläge ab.

In Bremen erklärte Senatspräsident Wilhelm Kaisen, die Hansestädte würden ihre staatliche Selbständigkeit notfalls „mit den besten Gründen der Welt“ verteidigen. Auch die Bremer FDP appellierte in einem Telegramm an den Parteivorsitzenden und die Bundestagsfraktion in Bonn, dafür einzutreten, daß die Selbständigkeit der Hansestädte ohne jede Einschränkung erhalten bleibe.

Der Landesvorstand der FDP von Rheinland-Pfalz hat sich ebenfalls von den Vorschlägen Eulers distanziert. Eine Neuordnung für das Land kann nach Ansicht der FDP nur nach einer Volksbefragung der betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden. Die Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz betont, daß den Äußerungen Eulers praktisch keine Bedeutung beizumessen sei, da sie nur seine Privatmeinung wiedergegeben hätten. Innenminister Dr. Alois Zimmer sagte, Euler habe mit seinen Vorschlägen mehr Porzellan zusammengeschlagen als wieder zusammengeleimt werden könne.

Innenminister Dr. Zimmer antwortet Euler

A. 7. 2. 7. 57.

Die Eulerschen Ländergrenzen-Neuordnungsvorschläge im Mittelpunkt der Diskussion

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 135

Na. Mainz, 1. Juli. (Eigener Bericht.) Die Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Euler über die kommende Länderreform und über eine etwaige Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz seien durchaus fragmentarisch und subjektiv, man dürfe sie darum nicht überschätzen, zumal sie offenbar nur die persönliche Meinung Eulers darstellten, erklärte Innenminister Dr. Zimmer auf einer Pressekonferenz. Grundsätzlich müsse er auf die verschiedenen Äußerungen des Ministerpräsidenten im Rahmen seiner jüngsten Regierungserklärung verweisen.

Zur Sache sei zu sagen, daß Hessen selbst, dessen Interesse an rheinisch-pfälzischen Gebieten bekannt sei, ein Konglomerat der verschiedensten Landschaften darstelle. Wiesbaden zum Beispiel, die heutige Hauptstadt, habe früher niemals zu „Hessen“ gehört, sondern sei die Hauptstadt der Nassauer gewesen. die „niemals mit den Hessen in einen Topf geworfen werden wollten“.

Die Diskussion über die kommende Länderreform müsse stets den gesamtdeutschen Rahmen, mit sorgfältigster Berücksichtigung der latenten und akuten

nationalen Interessen, im Auge halten. Schon wenn man die nicht unter der deutschen Verwaltung stehenden Gebiete bei solchen Erörterungen nicht erwähne, seien beachtliche Rückwirkungen bei der dortigen Bevölkerung zu befürchten.

Dr. Zimmer ging dann auf die Schlußsätze der Eulerschen Erklärungen über das Saargebiet ein, in denen entweder ein späterer Anschluß an den Südweststaat oder ein selbständiges Bundesland mit wirtschaftlichen Sonderverträgen vorgeschlagen wurde. Das sei letzten Endes der Weg zu einem zweiten „Luxemburg“. Eine Verbindung mit dem Südweststaat, also mit Stuttgart, widerspreche den historischen und äußerst lebendigen Beziehungen, die die Masse der an der Saar lebenden Menschen mit Trier und Speyer habe.

Hessen gehöre andererseits nach den Feststellungen aller Sachkenner zu Mitteldeutschland. Die Ostzongrenze dürfe nicht als innerdeutsche Grenze verewigt werden.

Noch habe die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz keine eindeutigen Erklärungen über ihre Wünsche bei einer Neuregelung der Ländergrenzen abgegeben. Falls sie

dazu aufgefordert werde, so erklärte Innenminister Dr. Zimmer, werde sie sicherlich die Sicherstellung nationaler Interessen in den Vordergrund stellen. Im Westen sei dies seit jeher so üblich. Auch die Landesregierung und der Landtag habe dies in den letzten vier Jahren immer wieder ohne Unterschied der Parteien getan.

Eine Länder-Neuregelung dürfe schließlich nicht im luftleeren Raum ohne Berücksichtigung der gewachsenen Verwaltungsorganisationen geschehen. Die breite Bevölkerung hänge viel mehr an ihren lokalen Einrichtungen als man oft annehme. Gerade in Rheinland-Pfalz habe man seit der Gründung des Landes sorgsam danach gestrebt, die jeweils besten Verwaltungseinrichtungen der verschiedenen Landesteile schrittweise allgemein zu übernehmen.

Wenn der Abgeordnete Euler angedeutet habe, daß der Bundesrat bei der Länderreform nicht mitwirken solle, so widerspreche dem die eindeutigen Vorschriften des Grundgesetzes, auch in bezug auf den Artikel 29.

Im übrigen habe die Landesregierung von Rheinland-Pfalz stets die Neuregelung für Gesamtdeutschland nicht nur als notwendig, sondern auch eine baldige Inangriffnahme dieses Problems als wünschenswert bezeichnet. Entscheidend sei aber, wie man das tue, sonst werde mehr Porzellan zerschlagen, als nachher wieder gekittet werden könne. Man dürfe auch die finanzielle Bedeutung der Länderreform nicht überschätzen.

Im Laufe der Diskussion erklärte Dr. Zimmer schließlich zur Frage der Pfalz, daß ihm kürzlich noch führende Politiker, die den Südweststaat befürworteten und sein Zustandekommen erwarteten, gesagt hätten, sie wollten sich mit der Pfalz nicht „übernehmen“, wahrscheinlich habe man später genug damit zu tun, um die Schwaben und Badenser zusammenzuhalten.

Eine Erklärung der rheinhessischen Sozialdemokratie unterstreicht die Übereinstimmung der Vorschläge des hessischen Bundestagsabgeordneten Euler von der Freien Demokratischen Partei mit den Ansichten der sozialdemokratischen Opposition in Rheinland-Pfalz. Daß die Bevölkerung befragt werden müsse, sei selbstverständlich. Auf die Zusammenhänge mit der Saar geht diese Erklärung nicht ein.

Montag, 2. Juli 1951

ung zur Waffenruhe

Heeresleitung nimmt das amerikanische Angebot an

Kommunistische Heeresleitung hat den Vereinigten Nationen angenommen.

7. Sicherheitsvorkehrungen für die Kampftruppen und Fürsorge für die Flüchtlinge.

Geringe Kampftätigkeit

Tokio, 1. Juli. (AP.) An der gesamten Länge der koreanischen Front herrschte am Sonntag nur geringe Kampftätigkeit. Die auffallende Zurückhaltung des kommunistischen Gegners ließ auf alliierter Seite vermuten, daß er schon von der bevorstehenden Annahme des Waffenstillstandsangebots Kenntnis hatte.



Vereinigten Nationen bereits im Dezember ausgearbeiteten Friedensplan. Nach Berichten aus gut unterrichteten diplomatischen Kreisen werden die Unterhändler der Vereinigten Nationen folgendes fordern:

1. Feuereinstellung auf der gesamten Halbinsel;
2. Errichtung einer neutralen Zone entlang der gegenwärtigen Kampffront in unmittelbarer Nähe des 38. Breitengrades;
3. keine der beiden Parteien darf neue Verstärkungen heranzuführen;
4. zur Verhinderung einer Verletzung des Waffenstillstandes wird eine Kommission eingesetzt, die freien Zugang sowohl zum gesamten nord- als auch südkoreanischen Staatsgebiet haben muß;
5. Austausch der Kriegsgefangenen im Verhältnis eins zu eins;
6. Vorkehrungen für die Verwaltung der neutralen Zone;

Revolte in Bangkok

Es handelte sich um einen Macht

Singapur, 1. Juli. (AP.) Eine am Wochenende in der thailändischen Hauptstadt Bangkok ausgebrochene blutige Revolte soll unterdrückt und die Ruhe wiederhergestellt sein. Nach den wenigen, aus der fast ganz von der Außenwelt abgeschnittenen Stadt gelangten Meldungen ist der von der revoltierenden Marine entführte Ministerpräsident Pibul Songgram wieder freigelassen worden und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Regierungssender Bangkok meldete, daß die Verschwörer in die Flucht geschlagen

Zeit, wie er von „der wunderbarsten Maschine des Landes, der Partei“, ständig wiederholt. „Vom Ural bis Budapest ist das Tempo dasselbe.“ Dieser Schluß weist schon auf das Hauptthema in der volksdemokratischen Parteiliteratur hin: den jubelnden Preis der mächtigen, unbesiegbaren Sowjetunion.

Genosse Dichter György Rado hat diese Aufgabe vorbildlich gelöst. Gori, der Geburtsort Stalins, inspiriert zu Bildern von papierener Pracht: „Der ganzen Welt gebar dieser Ort die Hoffnung. Die große Welt wurde mit seiner Seele eins, denn über allen schwebt sein Wille und sein Beginnen.“

Rado hat aber nicht alle Möglichkeiten hingegrissener Apotheose erschöpft. Istvan Polgar behauptet ungeschlagen das Feld: „Leuchtender als die Sterne und der Mond ist die Sonne; aber Stalin, dein Geist ist leuchtender als die Sonne; es scheint die Sonne nur bei Tag, aber dein erhabener Geist ist Nacht und Tag!“

Die göttlichen Ehren für den „weisen Führer“ haben auch praktische Konsequenzen für die Adoranten und ihre Völker. Eva Sebök dichtet unter dem Titel „Lerne, mein Volk, die Sprache der Russen“: „Hammerschwinger, Traktoristen, Schweißer, Textilarbeiter, Bergleute, Aufbauende und Dichter, Arbeiter der Stachanow-Bewegung: euch erwarten die Fachbücher! Russisches Wort dem Hauer und jedem Knappen! Lerne, mein Volk, russisch! Die Flügel dieser Sprache sollen dich mitreißen, überfliege sowjetische Gegenden, Genosse, Doswidanja!“

Das Programm der sowjetrussischen Außenpolitik ist hier auf eine bündige Form gebracht.

H. R.

der Neugliederung

ll den Ausschlag geben?

Süsterhenn

wünschenswert anzusehen? Oder soll man sogenannte Cityländer bilden, die sich um einige wenige großstädtische Wirtschafts- und Verkehrsmittelpunkte gruppieren?

Die Sachverständigen werden es sicher nicht leicht haben, diese und noch weitere Fragen eindeutig zu klären und zu beantworten. Hinzu kommt noch, daß die landsmannschaftlichen, geschichtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte vielfach divergieren und in der Praxis wohl kaum alle auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Welcher von den verschiedenen Gesichtspunkten soll aber im Falle der Konkurrenz letztlich den Ausschlag geben? Nicht minder problematisch ist die weitere Forderung, daß die Neugliederung Länder schaffen soll, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Welche Bodenfläche und Einwohnerzahl ist als Mindestgröße zu fordern? Muß nicht auch an Höchstgrenzen gedacht werden,

teien, wie zuletzt noch der Kampf um das französische Wahlgesetz gezeigt hat, bestrebt sind, ihre Mehrheitspositionen zu sichern oder für sich günstige Mehrheitsbildungen zu ermöglichen. Dieses Moment spielt auch in die Frage der Neubildung und Neuabgrenzung der Länder hinein. Man denke nur einmal, daß Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen zu einem „Nordweststaat“ zusammengefaßt würden. Das würde zur Folge haben, daß die SPD im Bundesrat mindestens 6 sichere Stimmen, nämlich die von Hamburg und Bremen, und je nach der Zusammensetzung der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein, vielleicht sogar 10 Stimmen verlieren würde. Umgekehrt würde die Bildung des „Südweststaats“ und eine Aufteilung des Landes Rheinland-Pfalz der CDU 9 sichere Stimmen im Bundesrat kosten. In diesem Falle würde die gegenwärtige Bonner Regierungskoalition im Bundesrat in die Minderheit geraten. Angesichts der Bedeutung des Bundesrats könnte durch eine derartige Umgruppierung des Kräfteverhältnisses die Arbeitsfähigkeit der Bundesregierung stark beeinträchtigt, ja sogar völlig lahm gelegt werden.

Es wäre ein unpolitischer Illusionismus, wenn man auf beiden Seiten diese Tatsachen übersehen würde. Man könnte zwar dafür plädieren, daß im Falle einer grundlegenden Veränderung auch eine andere Verteilung der Bundesratsstimmen vorgenommen werden müsse, was aber keineswegs einfach durchzusetzen wäre. Während nämlich die gebietliche Neuordnung durch einfaches Bundesgesetz möglich ist, erfordert eine neue Stimmenverteilung im Bundesrat ein verfassungsänderndes Gesetz, d. h. also eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen im Bundestag und Bundesrat. Es erscheint äußerst fraglich, ob im Bundestag angesichts der scharfen Gegensätze zwischen Regierung und Opposition eine solche verfassungsändernde Mehrheit zu erreichen ist. Nicht minder fraglich ist es, ob sich im Bundesrat die notwendige Anzahl von Ländern zu einer derartigen Verfassungsänderung bereitfindet.

Aber selbst wenn es gelänge, die Sachverständigen und die beiden Häuser der Bundesgesetzgebung auf eine gemeinsame Linie zu bringen, dann müßte als dritter Faktor noch die von den Neugliederungsplänen betroffene Bevölkerung eingeschaltet werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerung dieses Problem weitgehend anders sieht als die sachverständigen Raumplaner und die Politiker. Man darf bei der Bevölkerung zunächst die Macht der Gewohnheit nicht unterschätzen. Hinzu kommen irrationale Faktoren, vielfach unbewußte dynastische Anhänglichkeiten, welche sich auf manche der gegenwärtigen Länder vererbt haben, konfessionelle und parteipolitische Ressentiments, lokalpatriotische Erwägungen, kommunalpolitische Wünsche und recht konkrete Wirtschaftsinteressen der einzelnen, die sich keineswegs immer mit den volkswirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit decken. Der Bundesgesetzgeber könnte sich zwar nach dem Wortlaut des Art. 29 GG. über den Willen der betroffenen Bevölkerung hinwegsetzen, allerdings nur durch eine Volksabstimmung im gesamten Bundesgebiet. Das würde dazu führen, daß etwa die Bayern, Badener, Hessen, Schleswig-Holsteiner und Württemberger darüber zu bestimmen hätten, ob Lippe im Verband von Nordrhein-Westfalen ver-

Köln 29. JUNI 1951

Romreisen im Kaffeesatz

Im Zeitalter des Nescafé's löst sich der Kaffeesatz, aus dem politische Unwahrsager zu prophetischen Pflegen, schon beim Anbrühen in der Tasse auf und geht so unmittelbar ins Gehirn über. Wer dann noch einigermaßen verlässlich danebenunken will, muß sich gewissermaßen Kaffeesatz-Ersatz besorgen. Er findet ihn, wenn er nur will, auch in den Romreisen deutscher Politiker.

So erfand die „Frankfurter Rundschau“ am 27. Dezember vorigen Jahres anlässlich der Romreise Arnolds das „erstauische Phänomen der päpstlichen Desavouierung des so unbestritten katholischen Bundeskanzlers“ und prophezeite dann, daß Dr. Adenauers Zwangslage „nach allgemeiner Ansicht im kommenden Frühjahr, spätestens im Frühsommer, mit dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Regierung enden dürfte.“

Nun, das Frühjahr kam und ging. Es kam auch der Frühsommer, und der päpstlich desavouierte Bundeskanzler fuhr nach Rom und hatte dabei die bislang längste Privataudienz im Vatikan. Jetzt war es wirklich ein Kunststück, eine neue kirchliche Desavouierung des Kanzlers zu verkünden. Diesmal war schon der surrealistische Trick einer Desavouierung in der zweiten Potenz nötig, und die „Frankfurter Rundschau“ fand ihn am 18. Juni - einen Tag vor der Kanzleraudienz im Vatikan - dadurch, daß sie einen Brief des Kölner Kardinals erfand, den sie wie folgt interpretierte:

„Unzufriedenheit mit der unentschlossenen und unentschiedenen Politik der Bundesregierung, besonders auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet, ist, vorliegenden Informationen zufolge, von höchster Stelle der Katholischen Kirche der Bundesregierung gegenüber geäußert worden. Wie verlautet, hat Kardinal Frings den Bundeskanzler in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß die im Spätsommer stattfindende Konferenz der katholischen Bischöfe in Fulda wie üblich auch zu Fragen der deutschen Innenpolitik Stellung zu nehmen beabsichtigt. Diese als Hirtenbrief dem katholischen Kirchenvolk zu übermittelnde Stellungnahme könne, wie der Kölner Erzbischof dem Kanzler schrieb, für die Bundesregierung nicht günstig ausfallen, wenn der schleppende Gang bei Maßnahmen, die zur Abstellung sozialer Notstände dringend erforderlich seien, anhalte.“

Dieser Brief ist weder in Köln abgegangen noch in Bonn eingetroffen. Inzwischen hat der Bundeskanzler vor aller Welt solche erneute Tiefstaplei mit „höchsten Stellen der katholischen Kirche“ durch seinen Besuch im Vatikan widerlegt, und wir harren nun neuer Kaffeesatzspekulationen über seine Romreise. Die kleine frühsonnerliche Brunnenvergiftung aber buchen wir als terminmäßig prompt gelieferte Unwahrsagerlei aus dem politischen Kaffeesatz der zitierten Druckerschwärze, die hier - wirklich in der zweiten Potenz der Selbstdesavouierung - als Ersatzkaffeesatzersatz zu dienen hatte.

P. W. W.

Lyrik laut Dienstvorschrift

Das alte Sprichwort „Wenn die Waffen reden, schweigen die Museen“ hat seine Geltung im totalitären Teil Europas eingebüßt. Die Politik, die das kommunistische Regime als einen ständigen Kampf gegen Saboteure, Agenten, Imperialisten, Spione, Bourgeois und Kulaken versteht und deren wechselnde Offensiven unter dem Titel der „Säuberung“ laufen, zwingt auch die Museen, Vorspanndienste zu leisten. Der Anfang Mai in Budapest abgehaltene Kongreß der ungarischen Schriftsteller hat einen Einblick in diese totale

Politisierung der Literatur geboten. Die Postulate und Richtlinien für die ungarischen Dichter und Schriftsteller werden nicht weniger streng gehandhabt als die Dienstvorschriften für eine Armee. Lyrik wird Propaganda in Versen.

Die Themen sind vorgeschrieben und damit auch die zu bevorzugende Ausdrucksweise: die Arbeiterfaust, der Rhythmus der Motoren, die Vision der sozialistischen Zukunft, die Apotheose des „Vaters der Völker“, die Verklärung der Technik oder der Gruß an das Vaterland aller Proletarier erfordern den Hymnus. Alles ist Öffentlichkeit, und auch das Liebesgedicht hat der politischen Erziehung zu dienen. Zwar trifft man sich noch immer an den Frühlingsabenden auf einer Bank der Margaretheninsel, aber dann erklärt die Geliebte (in einem Gedicht von Kiss Gézané): „Ich bin eine Traktoristin, meine zwei Augen leuchten, wenn du mich wirklich liebst, dann komm und säe mit mir.“ Diesem Hinweis auf die Erfordernisse des Fünfjahresplanes folgt in proletarischer Offenheit die persönliche Vorstellung: „An der Wand meiner Stube hängen keine Ahnenbilder. Es gibt keinen Lehnstuhl: ich leiste Parteiarbeit und koche nicht. Du fragst mich nach meiner Mitgift? Sie besteht nur aus meinen im Seminar erworbenen ideologischen Kenntnissen.“

An die Stelle des Privaten und Persönlichen treten die Maschine, das Arbeitswerkzeug und die Produktion überhaupt. Die Begeisterung für sie drückt sich in einem Gedicht von Laszlo Gereblyes auf die Straßenbahnlinie 2 in Budapest aus: „Unter den Pfeilern der Kettenbrücke fliegt mit mir die Linie 2 wie ein Backfisch so goldig.“ Ihr „Tempo“ ist der Rhythmus der neuen

Zeit, wie er von „der wunderbarsten Maschine des Landes, der Partei“, ständig wiederhallt. „Vom Ural bis Budapest ist das Tempo dasselbe.“ Dieser Schluß weist schon auf das Hauptthema in der volksdemokratischen Parteiliteratur hin: den jubelnden Preis der mächtigen, unbesiegbaren Sowjetunion.

Genosse Dichter György Rado hat diese Aufgabe vorbildlich gelöst. Gori, der Geburtsort Stalins, inspiriert zu Bildern von papierener Pracht: „Der ganzen Welt gebar dieser Ort die Hoffnung. Die große Welt wurde mit seiner Seele eins, denn über allen schwebt sein Wille und sein Beginnen.“

Rado hat aber nicht alle Möglichkeiten hingereissener Apotheose erschöpft. Istvan Polgar behauptet ungeschlagen das Feld: „Leuchtender als die Sterne und der Mond ist die Sonne; aber Stalin, dein Geist ist leuchtender als die Sonne; es scheint die Sonne nur bei Tag, aber dein erhabener Geist ist Nacht und Tag!“

Die göttlichen Ehren für den „weisen Führer“ haben auch praktische Konsequenzen für die Adoranten und ihre Völker. Eva Sebök dichtet unter dem Titel „Lerne, mein Volk, die Sprache der Russen“: „Hammerschwinger, Traktoristen, Schweißer, Textilarbeiter, Bergleute, Aufbaue und Dichter, Arbeiter der Stachanow-Bewegung: euch erwarten die Fachbücher! Russisches Wort dem Hauer und jedem Knappen! Lerne, mein Volk, russisch! Die Flügel dieser Sprache sollen dich mitreißen, überfliege sowjetische Gegenden, Genosse, Doszidanja!“

Das Programm der sowjetrussischen Außenpolitik ist hier auf eine bündige Form gebracht. H. R.

Zur Problematik der Neugliederung

Welcher Gesichtspunkt soll den Ausschlag geben?

Von Dr. Adolf Susterhenn

Der Bundestag hat kürzlich die Bundesregierung ersucht, einen Sachverständigenausschuß zur Planung der Neugliederung des Bundesgebietes einzusetzen. Die Richtlinien für die territoriale Neuordnung sind im Art. 29 GG. niedergelegt, dessen Absatz 1 folgendes bestimmt: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“

Diese Direktiven zeichnen sich keineswegs durch besondere Klarheit aus. Was bedeutet beispielsweise landsmannschaftliche Verbundenheit? Ist darunter Stammeseinheit, Erlebnisgemeinschaft oder die Gewöhnung an eine gemeinsame Verwaltung zu verstehen? Bestehen derartige Beziehungen - um einmal einen konkreten Fall herauszugreifen - zwischen einem Moselwinzer und einem Bauern des Münsterlandes? Welche geschichtlichen Zusammenhänge sind so bedeutsam, daß sie bei der Neugliederung berücksichtigt werden müssen? Soll man die napoleonischen Gebietsschöpfungen in Deutschland als hinreichend historisch legitimiert ansehen oder will man gar auf noch ältere Gebietssammenhänge zurückgreifen? Welche kulturellen Gemeinsamkeiten werden als entscheidend angesehen? Spielen hier Stammeszugehörigkeit und Mundart oder auch konfessionelle Momente eine Rolle? Was erfordert die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit? Kommen bei der Länderabgrenzung wirtschaftliche Gesichtspunkte überhaupt noch in Frage, da das gesamte Bundesgebiet rechtlich und tatsächlich eine Wirtschaftseinheit darstellt und im Begriffe ist, sich in größere internationale Wirtschaftsgebiete einzugliedern? Welche Bedeutung soll das soziale Gefüge für die Länderbildung haben? Sollen möglichst rein industrielle und rein agrarische Länder angestrebt werden, die in der Lage sind, die beiden wichtigsten Sozialenponenten des deutschen Volkes bundesmittelbar zu repräsentieren oder ist für die einzelnen Länder eine Vermischung von Industrie- und Agrarstruktur als

wünschenswert anzusehen? Oder soll man sogenannte Cityländer bilden, die sich um einige wenige großstädtische Wirtschafts- und Verkehrsmittelpunkte gruppieren?

Die Sachverständigen werden es sicher nicht leicht haben, diese und noch weitere Fragen eindeutig zu klären und zu beantworten. Hinzu kommt noch, daß die landsmannschaftlichen, geschichtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte vielfach divergieren und in der Praxis wohl kaum alle auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Welcher von den verschiedenen Gesichtspunkten soll aber im Falle der Konkurrenz letztlich den Ausschlag geben? Nicht minder problematisch ist die weitere Forderung, daß die Neugliederung Länder schaffen soll, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Welche Bodenfläche und Einwohnerzahl ist als Mindestgröße zu fordern? Muß nicht auch an Höchstgrenzen gedacht werden, um übermäßige Machtzusammenballungen zu vermeiden und hegemoniale Entwicklungen innerhalb des Bundes zu verhüten? Was ist unter Leistungsfähigkeit zu verstehen? Handelt es sich hier um die Fähigkeit eines Landes, seine politischen Funktionen und verwaltungsmäßigen Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen oder wird eine finanzielle Autarkie für jedes Land gefordert? Falls man letzteres bejaht, wie ist dann der Art. 106 GG. zu erklären, der ausdrücklich einen Bundesfinanzausgleich vorsieht, um die Leistungsfähigkeit der wirtschafts- und steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen?

Man unterstelle einmal, daß es den sachverständigen Folkloristen, Historikern, Geographen, Kulturforschern, Nationalökonomern und Soziologen gelingt, alle diese Fragen zu klären, im Wege der Interpretation die in Art. 29 GG. aufgestellten Richtlinien zu konkretisieren und demgemäß einen Plan für die gezielte Neuordnung des Bundesgebietes aufzustellen. Dann würden die Politiker an die Reihe kommen. Politik bedeutet immer auch Kampf um die Macht, d. h. im parlamentarischen System Kampf um die Mehrheit. Es ist daher nur natürlich daß politische Gruppen und Par-

teien, wie zuletzt noch der Kampf um das französische Wahlgesetz gezeigt hat, bestrebt sind, ihre Mehrheitspositionen zu sichern oder für sich günstige Mehrheitsbildungen zu ermöglichen. Dieses Moment spielt auch in die Frage der Neubildung und Neuabgrenzung der Länder hinein. Man denke nur einmal, daß Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen zu einem „Nordweststaat“ zusammengefaßt würden. Das würde zur Folge haben, daß die SPD im Bundesrat mindestens 6 sichere Stimmen, nämlich die von Hamburg und Bremen, und je nach der Zusammensetzung der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein, vielleicht sogar 10 Stimmen verlieren würde. Umgekehrt würde die Bildung des „Südweststaats“ und eine Aufteilung des Landes Rheinland-Pfalz der CDU 9 sichere Stimmen im Bundesrat kosten. In diesem Falle würde die gegenwärtige Bonner Regierungskoalition im Bundesrat in die Minderheit geraten. Angesichts der Bedeutung des Bundesrats könnte durch eine derartige Umgruppierung des Kräfteverhältnisses die Arbeitsfähigkeit der Bundesregierung stark beeinträchtigt, ja sogar völlig lahm gelegt werden.

Es wäre ein unpolitischer Illusionismus, wenn man auf beiden Seiten diese Tatsachen übersehen würde. Man könnte zwar dafür plädieren, daß im Falle einer grundlegenden Veränderung auch eine andere Verteilung der Bundesratsstimmen vorgenommen werden müsse, was aber keineswegs einfach durchzusetzen wäre. Während nämlich die gezielte Neuordnung durch einfaches Bundesgesetz möglich ist, erfordert eine neue Stimmenverteilung im Bundesrat ein verfassungsänderndes Gesetz, d. h. also eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen im Bundestag und Bundesrat. Es erscheint äußerst fraglich, ob im Bundestag angesichts der scharfen Gegensätze zwischen Regierung und Opposition eine solche verfassungsändernde Mehrheit zu erreichen ist. Nicht minder fraglich ist es, ob sich im Bundesrat die notwendige Anzahl von Ländern zu einer derartigen Verfassungsänderung bereithalten.

Aber selbst wenn es gelänge, die Sachverständigen und die beiden Häuser der Bundesgesetzgebung auf eine gemeinsame Linie zu bringen, dann müßte als dritter Faktor noch die von den Neugliederungsplänen betroffene Bevölkerung eingeschaltet werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerung dieses Problem weitgehend anders sieht als die sachverständigen Raumplaner und die Politiker. Man darf bei der Bevölkerung zunächst die Macht der Gewohnheit nicht unterschätzen. Hinzu kommen irrationale Faktoren, vielfach unbewußte dynastische Anhänglichkeiten, welche sich auf manche der gegenwärtigen Länder vererbt haben, konfessionelle und parteipolitische Ressentiments, lokalpatriotische Erwägungen, kommunalpolitische Wünsche und recht konkrete Wirtschaftsinteressen der einzelnen, die sich keineswegs immer mit den volkswirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit decken. Der Bundesgesetzgeber könnte sich zwar nach dem Wortlaut des Art. 29 GG. über den Willen der betroffenen Bevölkerung hinwegsetzen, allerdings nur durch eine Volksabstimmung im gesamten Bundesgebiet. Das würde dazu führen, daß etwa die Bayern, Badener, Hessen, Schleswig-Holsteiner und Württemberger darüber zu bestimmen hätten, ob Lippe im Verband von Nordrhein-Westfalen verbleiben oder an Niedersachsen angeschlossen werden soll. Dabei erhebt sich allerdings die Frage, ob der völkerrechtliche Grundsatz der Selbstbestimmung nicht auch bei innerstaatlichen Gebietsveränderungen als moralisch-politisches Prinzip analoge Anwendung finden sollte. Angesichts dieser Fülle von fast unlösbar erscheinenden Problemen kann man das Wort des Bundeskanzlers begreifen, daß zur Zeit in Deutschland dringendere Aufgaben auf wirtschafts-, sozial- und vor allem außenpolitischem Gebiete der Lösung harren, welche die Anspannung aller Kräfte erfordern. Im übrigen spricht auch die Geschichte der Reichsreform in der Weimarer Republik nicht gerade dafür, daß auf dem Gebiete der territorialen Neuordnung Deutschlands „Sofortlösungen“ von heute auf morgen möglich sind. Das hindert aber nicht, daß die Sachverständigen mit Eifer an Werk gehen, um Diskussionsgrundlagen zum Neugliederungsproblem zu erarbeiten. Dabei muß allerdings gefordert werden, daß die Sachverständigen ihren Blick nicht nur auf das gegenwärtige Bundesgebiet richten, sondern auch an die Wiedereingliederung derjenigen deutschen Gebiete denken, die zur Zeit noch außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik liegen.

„Parlament der Arbeit“

Gewerkschaftskongreß im Revier

VON GUIDO ZÖLLER

Vorortzüge, Omnibusse, Straßenbahnen raseln in minutiösem Rhythmus. Das Revier kommt auf Touren. Schulmappen, Stenotypistinnen, schwere Arbeitsschuhe - alle sind in Eile. Packendes Bild der Morgenfrühe! 86 Prozent der Beschäftigten sind in Essen Arbeitnehmer. Von vier Passanten wußte keiner, daß in der Stadt großer Gewerkschaftskongreß ist.

„Aber, da hängen doch überall die Fahnen!“ Schwarz-rot-gold und die Essener Stadtfarben, blau und gelb. „Ja, die sind für den Europazug da - drüben auf dem Bahnhof steht er.“ Ein Polizist wies schließlich den Weg zum Saalbau in der Huyssen-Allee. „Parlament der Arbeit“ stand auf breitem Spruchband an der betongrauen Rundhalle. Zwischen wohlgepflegtem Rasen parkten viele Autos.

Der Essener Verkehrsverein hat sich dem Journalisten nicht gerade verbindlich empfohlen. Als Mann ohne Auto zockelte er mit seiner Quartierkarte eine halbe Stunde per Omnibus über Land, vorbei an Zechentürmen und Viehweiden. Im Vorort Kupferdreh hieß man ihn eine weitere halbe Stunde auf den Berg steigen zum genüghen Gasthof. Wasch dich in der runden Schüssel, rasier dich ohne Licht und Spiegel, zieh die Verdunkelungsrolle Jahrgang 1942 hoch, wenn du Luft haben willst! Ein dubioses Probestück von Gastlichkeit der Presse gegenüber!

Im Saalbau saßen zwei Tage lang die 249 Funktionäre mit geröteten Stirnen. Viele alte, erfahrene Gesichter, aber auch junge. Sie hörten Referate und schrieben eifrig in ihre Notiz-

bücher. Auf der linken Bühnenseite stand von grünen Büschen umgeben das Bild Hans Böcklers. Sein Name wurde in jeder Rede genannt. Eine kleine, schwarzgekleidete Dame, das Haar grau von der Lebenslast, saß neben Ministerpräsident Arnold in der ersten Tischreihe: die Witwe des Verstorbenen. Die letzte öffentliche Rede vor seinem Tod hielt Böckler hier in diesem Saal. Essen ehrt sein Andenken; eine neue Straße, die Bundesstraße 224, die in dreieinhalb Kilometer Länge und 25 Meter Breite das riesige Krupp-Areal durchstößt und den Stadtkern vom Nord-Süd-Verkehr entlastet, wird seinen Namen tragen. Auf den Gästetischen des Kongreß-Saales blühten in kleinen Wimpelständern die Farben europäischer und überseeischer Staaten. „... und überbringe die Grüße der Länder, die du vertreten ich die hohe Ehre habe“, sagte mit Wiener Charme der Delegierte Österreichs. Zwei Amerikaner sprachen noch und der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Er nannte vornehme Zahlen mit vielen Nullen, die nötig seien, um das Gewicht der Organisation zu verstärken, und bat auch um den Beitrag Deutschlands, wo die Gewerkschaften jetzt „nicht mehr ganz so arm“ seien.

Wenn sich die Saaltüren öffneten, dann dröhnte vom riesigen Gebäudeskelett in der Nachbarschaft das Geknatter der Preßluftschlämmer herein - als eine Illustration zur Rede des Oberbürgermeisters, der Gelegenheit nahm, den Gästen die Sorgenfalten und die Energie im Essener Gesicht zu zeigen. 1939 665 000 Einwohner, 1945 285 000, heute schon wieder 620 000. Andere Städte konnten bereits 1945 46 enttrümmern und aufbauen, Essen waren derweil die Hände gebunden. Die Kraterlandschaft des Industriegeländes blieb dreieinhalb Jahre

lang gesperrt. Unter den Ruinen verjauchte der Grund. 144 Firmen, die bis 1949 sich zur Ansiedlung meldeten, mußten abgeschickt werden. Eine von ihnen suchte Gelände, um einen 100 Meter langen Industrie-Tunnel zu bauen. Solches Gelände gibt es in Essen nicht. Unter dem Straßenlärm, unter dem Häusergewirr verläuft Ar um Ar das Labyrinth der Kohlenstollen, in dem der Kumpel schuftet und schwitzt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Gewerkschaftler manche Fragen der Wirtschaft und Finanzen, der Produktion und der Steuern, der Investitionen und des Exports von einer anderen Ebene aus betrachten als die Regierung. Es wurde mit gesitteten, sachlichen Worten Kritik geübt, nicht mit unlauteren Revolutionsparolen. Die Bundesminister Storch und Kaiser saßen dabei und knöpften die Lippen zu. Professor Erhard hatte das Gremium schon wieder verlassen, ehe seine Politik unter die Lupe kam. Moskauer Fürwitz, der sich in heuchlerischem Friedensapostolat auf das Podium wagte und ein Bündel Parolen aus der östlichen Antragsfabrik hervorkramte, wurde auf demokratische Weise unter das Beil geschickt. Statt der 50 Stimmen, die nach der Geschäftsordnung nötig waren, um einen Antrag zur Debatte zu bringen, fand sich nur ein Fähnlein von sieben Unentwegenen. „Ihr seid mir feine Kavaliere“, sagte eine kommunistische Trommlerin, als sie vom Vorsitzenden mit einer heilsamen Empfehlung verabschiedet wurde.

Je 20 000 Gewerkschaftsmitglieder konnten zu der Essener Tagung einen Delegierten entsenden, verbleibende volle 10 000 Mitglieder erhielten einen weiteren Vertreter. So präsentierte sich die Gewerkschaft Metall als die ragende Säule im Deutschen Gewerkschaftsbund mit 68 Delegierten am stärksten. Es folgten die Gewerk-

schaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr mit 35, der Bergbau mit 28, die Eisenbahner mit 21, Erziehung und Wissenschaft sowie Handel, Banken, Versicherungen stellten nur je drei Delegierte, die Gewerkschaft Kunst nur zwei. An den weißgedeckten Saaltischen und in der langen Schlange, die zum Speise-Empfang in der Vorhalle antrat, schwirrten alle deutschen Dialekte durcheinander. An Verdienstaussfall, Reisekosten, Tagesaufwand für die 249 Funktionäre hat die Gewerkschaftskasse, wenn man im Durchschnitt pro Mann 100 Mark annimmt, die runde Summe von 25 000 Mark gezahlt.

„Aufstieg vom Proletarier zum freien Wirtschaftsbürger“, so definierte Christian Fette die Blickrichtung der Gewerkschaften. Der neue Bundesvorsitzende, ein mittelgroßer, elastisch wirkender Mann mit frischem Gesicht, lichtigem, hellem Haar und lebendigen Augen hinter den Brillengläsern, versteht scharf und streng zu formulieren. Er ist heute 56 Jahre alt, gebürtiger Bremer, drittes Kind einer Schuhmacherfamilie. Er lernte Buchdrucker, trat 1913 in den Verband der „Schwatzkünstler“ und in die Sozialdemokratische Partei ein. Im ersten Weltkrieg war er Soldat und wurde zweimal verwundet. Nacheinander avancierte er dann vom Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes in Bremen zum stellvertretenden Gauvorsitzer für Rheinland und Westfalen. Im Dritten Reich saß er dreimal in Haft. Nach dem Zusammenbruch im Jahr 1945 organisierte er in Nordrhein-Westfalen die Gewerkschaft „Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung“, und als sich 1948 in München die graphischen Ländergewerkschaften für den Bereich der Trizone zusammenschlossen, wurde er Vorsitzender. Seine Büros etablierte er in Stuttgart. Und jetzt zieht er in die oberste Kommandostelle in Düsseldorf ein.

DER DEUTSCHE PATRIOTISMUS

Ursprung, Uebersteigerung und Zusammenbruch eines natürlichen Wertgefühls

Von Dr. Otto B. Roegele

Es gibt ein natürliches Gefühl der Bindung und Verpflichtung des Menschen gegenüber dem Land, dem Volk und der Kultur, aus denen er kommt. Daß ein dergleichen Band bestehe, ist zu keiner Zeit mit Erfolg bestritten worden. Das Objekt dieser menschlichen Elementarregung kann wechseln: das Heimatdorf, die engere Umgebung, die Landschaft, das Volk, ja auch ein vielsprachiges Reich sind möglich. Das lateinische Wort „patria“ ist ähnlich umfassend; deshalb ist es wohl zu rechtfertigen, wenn diese Grundrichtung menschlichen Pflichtgefühls gegenüber den Ursprüngen „Patriotismus“ genannt wird.

Dem entspricht es auch, daß es einen Lokalpatriotismus gibt, einen Patriotismus, der sich auf weitere Räume bezieht, schließlich auch einen auf die Nation als Objekt bezogenen Patriotismus. Soweit dieser sich in den Grenzen des Angemessenen hält, nennt man ihn, um Verwechslungen zu vermeiden, vielleicht am besten Nationalgefühl. Das Wort Nationalismus sollte man sich der Deutlichkeit halber für jene Uebersteigerungen und Ubertreibungen reservieren, die wir aus ihren schrecklichen Folgen nur allzu gut kennen.

Der vorationale deutsche Patriotismus

Es gab einen deutschen Patriotismus, bevor es eine deutsche Nation gab, denn das Alte Reich war nicht national, sondern universal. Seine theoretischen - Grenzen waren nicht die Grenzen von Völkern oder geographisch abgrenzbaren Räumen, sondern einfach die Grenzen der von Christen bewohnten Erde. Dieses Reich war, nach seiner Zielsetzung und Ordnung, in den Rahmen höherer als politischer Mächte eingepaßt. So läßt es sich leicht verstehen, daß das patriotische Bewußtsein seiner Bewohner viel eher durch eine religiöse Größe ausgedrückt werden konnte als durch eine politische. Der Bewohner des Alten Reiches fühlte sich als Glied der Christenheit, und in dieser Eigenschaft wußte er sich auch „automatisch“ als Glied des christlichen Reiches. Sein Reichsgefühl fiel also weitgehend zusammen mit seinem Bewußtsein, zur Gemeinschaft der Kirche zu gehören. (Hier steht sich übrigens eine antike Tradition fort: der Zweiteilung der Welt in „Hellenen“ und „Barbaren“ entspricht in der christlichen Ära die Scheidung in Christen und Heiden.)

Dennoch fügt das Reichsbewußtsein dem Christenheitsbewußtsein noch eine besondere Note hinzu. Es ist das Bewußtsein des Rechts. Kein anderer Begriff hat das staatsbürgerliche Bewußtsein des mittelalterlichen Menschen so stark geprägt wie der des Rechts. Dieses wesentliche Recht konnte nicht durch Diktate oder aufgezwungene Verträge überwältigt werden, und es war die vornehmste Pflicht des Herrschenden, es wiederherzustellen, wenn es umgestoßen worden war.

Es ist leicht einzusehen, daß sich unter der weiten Doppelwölbung von Christenheits- und Reichsbewußtsein noch genügend Raum befand, in dem sich ein an die Stämme, Fürstentümer, Stände, Landschaften, Sprachen, Städte usw. gebundener Patriotismus ungehemmt entwickeln konnte. Diese „Kleinformen“ taten dem Reichsbewußtsein in keinem Falle Abbruch, denn dieses war in so tiefen Bereichen der Seele verankert, daß es keinerlei Bedrohung durch Patriotismen irgendwelcher Art zu fürchten brauchte.

Die Deutschen haben deshalb selbst auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung im Alten Reich keine nationale Symbolik entwickelt. Wo sie dergleichen taten, suchten sie religiöse Symbole: Das Kriegsbanner des Reiches trug das Bild des Erzengels Michael, die Kaiserkrone wurde vom Kreuz überragt.

Das Aufkommen der Nationen

Als in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die seit langem heranwachsenden Nationen sich gegen die universale Ordnung des Alten Reiches durchsetzten, trat der entscheidende Wandel ein. Der abendländische Nonkonformismus hatte sich im Prinzip der Souveränität ein neues Ordnungsmittel geschaffen, das den Grundlagen der überlieferten römischen und christlichen Reichsvorstellung und -Wirklichkeit entgegengesetzt war. Das Streben nach Souveränität, also nach voller Inanspruchnahme der hoheitlichen Rechte ohne Rücksicht auf eine höhere, unter allen Umständen verpflichtende Ordnung, hat die Neuzeit gestaltet. Die universale Ordnung zerfiel in einen Komplex von drei germanischen und drei romanischen Hauptnationen (Franz Schnabel). Jede dieser sechs Nationen war von dem Streben besetzt, zur Großmacht aufzusteigen, d. h. auch faktisch ganz und gar unabhängig zu werden, alle Impulse des Handelns nur aus sich selbst ziehen zu können.

Man mag sich fragen, warum das Aufkommen der modernen Nationen sich nicht deutlicher im Bewußtsein der Völker spiegelte, als dies offenbar der Fall war. Die Antwort muß davon ausgehen, daß im Bewußtsein monarchisch regierter Gemeinwesen die Dynastie viel mehr bedeutet als „der Staat“. Das Mittelalter - und auch das Volk von heute - denken nicht in abstrakten Begriffen. Für sie ist Inhalt des nationalen Bewußtseins die Krone, der König. Auch der Patriotismus der zu Nationen gewordenen Völker Europas wurde, als diese aus der Gemeinschaft des Alten Reiches herausstraten, kein Nationalbewußtsein, denn die eigentlichen Beziehungspunkte dieses Patriotismus waren und blieben der Herrscher und seine Familie.

Die entscheidende Wandlung vollzieht sich erst mit der Großen Revolution in Frankreich und mit dem Eintritt der Volksmassen in die Politik. Jetzt ist der Staat nicht mehr Eigentum des Landesherrn, das verpfändet, vererbt, verliehen oder als Mitgift weitergegeben werden kann. Jetzt wird der Staat zum Eigentum des souveränen Volkes und das Regierungsobjekt der das Volk repräsentierenden Abgeordneten. Jetzt erst, nachdem die Souveränität, also das bewegende Prinzip der Neuzeit, auf das Volk übergegangen ist, erlebt sich dieses bewußt als Nation. Jetzt erst kann sich ein Nationalbewußtsein entwickeln. Jetzt erst sind die Schranken der Überlieferung gefallen, die das Entstehen eines Nationalismus verhindert.

Beim Patriotismus handelt es sich zunächst um

eine natürliche, mithin um eine gute und werthafte Kraft der menschlichen Seele. Infolgedessen ist auch ihre Richtung auf die Nation als Objekt so lange gut und wertvoll, als die Nation selbst in der Rangordnung der Werte an der Stelle verbleibt, die ihr zusteht. Zum Nationalismus kommt es erst, wenn dieser Wert Nation absolut gesetzt, zur Weltanschauung übersteigert wird.

An dieser Stelle wird sichtbar, daß das über-nationale, universale Gemeinschaftsbewußtsein des Mittelalters zwar von derselben in sich zogen menschlichen Grundkraft hervorgebracht worden war wie der moderne Nationalismus, daß es aber eben deshalb nicht entarten konnte, weil es fest eingebettet war in die Werthhierarchie des christlich-abendländischen Weltbildes. Dieselbe seelische Kraft, die im einen Falle, weil auf die richtige Ordnung gerichtet, werthafte, ja fast heilige („Sacrura Imperium“) war, mußte im anderen Falle, weil häretisch verabsolutiert, böse, gefährlich, ja fast satanisch werden.

Der Nationalsozialismus ist ja im Nationalismus nicht etwa „stecken“-geblieben; er hat die mehrfach erwähnte Grundkraft auf ein weiteres in seiner Werthhaftigkeit maßlos übersteigertes Objekt weiterprojiziert: auf die Rasse. In diesem „Portschritt“ manifestiert sich eine sehr wichtige Wesensart des ganzen Entwicklungsprozesses, nämlich seine wachsende Verarmung an objektivem Sinn. Wenn der Europäer des Mittelalters auf den Araber

herabsah und sich selbst für wertvoller hielt als den anderen, so hatte er dabei immerhin einen objektiven Tatbestand zur Voraussetzung genommen, nämlich den, daß ihm die Taufgnade zuteil geworden war, die dem anderen versagt blieb; und er ließ jenem anderen immerhin die Chance des Aufstiegs in die abendländische Gemeinschaft durch Bekehrung und Taufe. In die Nationen wird man hineingeboren, die „Aufstiegsmöglichkeiten“ für die armen Teufel, die anderen Nationen angehören, sind sehr gering. Die Voraussetzung eines objektiven Werts muß durch den Geniekult, das zweckbestimmte Feiern der „großen Geister der Nation“, herbeigezaubert werden. Gänzlich abgeschnitten war endlich jegliche Aufstiegschance im Rassismus. Wer nicht den vorgeschriebenen nordischen Schädel, die blonden Haare und die blauen Augen besaß, war für sich und seine Nachkommenschaft dazu verdammt, ein Mensch niedrigeren Ranges und Wertes zu bleiben.

Die Casablanca-Formel

Die Niederlage von 1945 sollte die deutsche Mentalität nach dem Willen der Alliierten auf einen Nullpunkt des Nationalbewußtseins zurückführen. Ausdruck dieses Willens ist die Formel von der bedingungslosen Unterwerfung („unconditional surrender“), die 1943 auf der Konferenz von Casablanca entstand und - unbeschadet

der völkerrechtlichen Streitigkeiten über ihre Rechtmäßigkeit und Interpretierbarkeit - das deutsche Schicksal jahrelang bestimmt hat.

Die Entstehungsgeschichte dieser Formel ist bis heute nicht genau geklärt worden. Wenn man den von Sherwood veröffentlichten Aufzeichnungen von Harry Hopkins (der freilich kein ganz zuverlässiger Zeuge ist) glauben darf, wurde die „Casablanca-Formel“ nicht auf der Konferenz der alliierten Staatsmänner erörtert, sondern entsprang einem Augenblickseinfall Roosevelts, als er während der Pressekonferenz von einzelnen Journalisten bedrängt wurde, zu sagen, welches nun eigentlich die gemeinsamen Kriegsziele der Alliierten gegenüber den „Achsenmächten“ seien. Allerdings hat keiner der Casablanca-Partner gegen diese Äußerung protestiert, so daß man annehmen muß, sie habe dem Sinne nach der allgemeinen Meinung entsprochen.

Die Bedeutung der Casablanca-Formel ist in Deutschland noch nicht genügend erkannt worden. Sie hat ja nicht nur den Krieg verlängern helfen, indem sie Hitler eine wertvolle Propagandawaffe in die Hand lieferte; sie hat auch verhindert, daß die Westmächte auf die von einigen Widerstandsgruppen und auch schließlich von der Regierung Dönitz gemachten Angebote eines Separatfriedens mit dem Westen unter Fortsetzung des Abwehrkampfes gegen den Bolschewismus eingingen. Sie hat ferner zu der geraume Zeit hindurch praktizierten, wenn auch von den maßgeblichen deutschen Stellen nie anerkannten Praxis geführt, wonach die Alliierten mit der Kapitulation eine totale Treuhänderschaft über das deutsche Volk übernommen hätten - nicht etwa nur eine militärische Besetzung und zivile Kontrolle, wie sie von der Haager Landkriegsordnung vorgesehen werden, sondern eine Treuhänderschaft in einem völlig neuen und absoluten Sinne, nämlich durch Übernahme der uneingeschränkten Staatsgewalt.

Der Staat wurde ausgelöscht

Genauer gesagt: die Casablanca-Formel bedeutet, nach der Auslegung durch die Alliierten, daß 1945 nicht nur die Regierung Dönitz und die Wehrmacht kapitulierten, wobei das „Deutsche Reich“ als Staatspersönlichkeit - wenn auch vorübergehend ohne eigene Autorität und unter Kontrolle - weiterexistierte, sondern daß dieses „Deutsche Reich“ selbst in seiner Eigenschaft als staatliche Form des von Natur und Geschichte geschaffenen deutschen Volkes ausgelöscht wurde. In diesem Zusammenhang interessiert nicht die objektive Rechtmäßigkeit, sondern nur die historische Faktizität dieser These, deren Folgen für die deutsche Mentalität äußerst schwer waren.

Es gibt kaum ein geschichtliches Vorbild für den von der Casablanca-Formel eingeleiteten Vorgang. Vergleicht man etwa die Teilung Polens mit der Behandlung Deutschlands nach 1945, so zeigt es sich, daß damals zwar die staatsrechtliche Kontinuität des polnischen Königreichs abgeschnitten, daß aber die Bewohner Polens und das Land selbst sofort in drei verschiedene neue Staatskontinuitäten überantwortet wurden. Das will natürlich nicht sagen, daß die Teilung Polens mehr Rechts gewesen sei als das Verhalten der Alliierten in Deutschland nach der Kapitulation. Es geht hier lediglich um die Folgen der Beseitigung einer „Staatsperson“ bei gleichzeitiger Nicht-einsetzung einer neuen Kontinuität. Die Kontinuität des „Deutschen Reiches“ wurde abgeschnitten, ohne daß eine neue an ihre Stelle gesetzt wurde. Das deutsche Land und Volk wurden nicht definitiv einer neuen Hoheit unterstellt, sondern in einen Schwebestadium auf zunächst unbestimmte Dauer versetzt, in dem ihm nicht einmal der Boden internationaler völkerrechtlicher Bestimmungen (Haager Konvention) unter den Füßen belassen wurde.

Der deutsche Schock

Diesem völkerrechtlichen Vorgang entsprach, zunächst nicht in vollem Umfang erkennbar, ein seelischer Prozeß: ein Schock im Bereich des Nationalbewußtseins der Deutschen.

Daß ein derartiger Schock überhaupt möglich war, daß er so gründlich und umfassend wirkte, hat seine Ursachen darin, daß der deutsche nationale Patriotismus durch die Überspannungen des Dritten Reiches schon schwer geschädigt und innerlich ausgehöhlt worden war; daß gerade in den jungen, am meisten begeisterungsfähigen Menschen durch das Erleben der eigenen Ergebnisse in der Endphase des Krieges jeder Idealismus erstickt, das Vertrauen in die Obrigkeit durch die Manifestation der grotesken Lügenhaftigkeit der Propaganda unwiederbringlich zerstört worden war. Es ist ja nur allzu gut verständlich, daß einem nationalistischen Rauschzustand die „Katerstimmung“ folgte, die Ratschätzung der eigenen Möglichkeiten, die Verzweiflung an der Werthhaftigkeit des Nationalen überhaupt, der patriotische Defaitismus schlechthin. Je höher der Baum des Nationalismus in den Himmel gewachsen war, desto mehr Erde mußte er aufwühlen, als er zusammenstürzte. Eine Nation, deren Nationalgefühl natürlich, also in den normalen Grenzen geblieben ist, die sich ein gewisses Maß von Selbstkritik oder gar echte übernationale Beziehungspunkte bewahrt hat, kann auch durch schwerste Rückschläge nicht so vernichtet getroffen werden wie damals die deutsche.

Es kommt noch ein weiterer Schock hinzu: Das Recht war im Alten Reich ein Wesensbestandteil des vornationalen Patriotismus der Deutschen, der seinerseits wieder im Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Glaubengemeinschaft ruhte. Nach 1945 ist das Rechtsgefühl der Deutschen aufs schwerste und fortgesetzt verletzt worden. Die Politik nach 1945 war vielleicht in keinem anderen Punkte so verfehlt wie in diesem: daß es die Deutschen in eine Situation der Rechtsunsicherheit, ja gelegentlich geradezu der akuten Bedrohung durch das „Recht“, stürzte. Damit ist eine sehr wesentliche Schicht der deutschen Mentalität ins Rutschen gekommen, auf der noch heute jeder echte Patriotismus mit beruht.

In dieser Situation stehen wir also heute. Es erhebt sich die Frage, was die Christen tun können, um hier helfend einzugreifen.

RESUMEE

DER VERGANGENEN WOCHENS

Der sowjetische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Malik, hat eine Konferenz aller in Korea kriegführenden Staaten vorgeschlagen, auf der über eine Einstellung der Feindseligkeiten und einen Waffenstillstand in Korea verhandelt werden soll. Als Waffenstillstandslinie schlug Malik den 38. Breitengrad vor. Der Vorschlag wird in der westlichen Welt durchweg begrüßt. Präsident Truman erklärte, daß die Vereinten Staaten nach wie vor bereit seien, sich an einer friedlichen Lösung in Korea zu beteiligen; aber es müsse eine echte Lösung sein, die der Aggression eindeutig ein Ende setze. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, regte sofortige Waffenstillstandsverhandlungen an. In Korea ist die für den Jahrestag des Kriegsausbruchs erwartete kommunistische Offensive ausgeblieben. An zahlreichen Stellen der Front kam es jedoch zu erbitterten örtlichen Kämpfen.

Die Laee in Persien hat sich verschärft. Außenminister Morrison rief die britische Delegation nach England zurück, da die Verhandlungen mit dem persischen Überstaatlchungs-ausschuß zu keinem Ergebnis geführt hätten. Die persische Regierung entschloß sich zu weiteren Druckmitteln, um eine schnelle Entscheidung herbeizuführen. Auf Betreiben des Ministerspräsidenten Mossadeq bereitet das persische Parlament ein Anti-Sabotagegesetz vor, das die Tätigkeit der Ölgesellschaft für Unfälle und Verzögerungen während der Ölproduktion haft- und strafbar machen würde. In der Ölverschifffung sind Schwierigkeiten und Stockungen eingetreten, weil die persischen Behörden die Ausfahrt aus Abadan von einer schriftlichen Bestätigung der Kapitane abhängig machen, das Erdöl vom persischen Staat und nicht von der Anglo-Iranian bezogen zu haben. Inzwischen hat die britische Regierung alle Tanker in Abadan anzuweisen, den Hafen zu verlassen und, falls nötig, das bereits aufgenommene Öl wieder zu entladen. Die persische Regierung forderte die Angehörigen der Gesellschaft in ultimativer Form auf, sich innerhalb einer Woche zu entscheiden, ob sie für die neue „Nationale persische Ölgesellschaft“ arbeiten wollen. Die britische Regierung wandte sich erneut an den Internationalen Gerichtshof im Haag mit dem Ersuchen um Behandlung des britisch-persischen Konflikts. Der Gerichtshof beginnt am Freitag mit den Untersuchungen. Außenminister Morrison gab im Unterhaus eine scharfe Erklärung ab, in der er versicherte, daß die Regierung alle Maßnahmen für ein eventuelles notwendiges Eingreifen „innerhalb kürzester Frist“ getroffen habe. Der britische Kreuzer „Mauretius“ nähert sich Abadan.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich haben die Pariser Vorkonferenz der Außenminister-Stellvertreter abgebrochen. Dieser Schritt erfolgte auf die sowjetische Antwortnote vom 19. Juni hin, in der erneut die Einbeziehung des Atlantikpaktes und der amerikanischen Übersee-Stützpunkte in die Tagesordnung gefordert worden war. Die Einladung der Westmächte an die Sowjetunion zu einer Außenministerkonferenz in Washington am 23. Juli bleibt jedoch bestehen.

Der Bundestag verabschiedete gegen die Stimmen der Kommunisten den von den Regierungsparteien eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit. Nach diesem Gesetz wird mit Zuchthaus bestraft, wer einen anderen durch List, Drohung oder Gewalt verschleppt und ihn der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden.

Das Bundeskabinett beschloß am Montagabend, die kommunistische Freie Presse (FPJ) im gesamten Bundesgebiet zu verbieten.

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Essen wurde der von dem Vorsitzenden Dr. h. c. Böcker vorgeschlagene Vorsitzende der IG Druck und Papier, Christian Fette, mit großer Stimmenmehrheit zum Vorsitzenden des DGB gewählt.

Das neue Einkommensteuergesetz wurde vom Bundesrat endgültig gebilligt und soll am 1. Juli in Kraft treten. Die einzelnen pauschalen Freibeträge werden heraufgesetzt, die Zuschläge für außerordentliche Arbeit stärker besteuert. Die Haushaltssteuerung bleibt vorerst unverändert. Vom 1. Januar 1952 an soll die Ehefrau, falls sie in einem dem Mann fremden Betrieb angestellt ist, nach Steuerklasse I besteuert werden. Spesen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden sollen künftig nur nach Maßgabe des Rechtsverordnungs des Bundesfinanzministers abzugsfähig sein. Ferner wird die Steuerbegünstigung der Selbstfinanzierung stark eingeschränkt. Man erwartet durch 1 Milliarde DM eine jährliche Mehreinnahme von 3 Milliarden DM.

Der Bundestagsausschuß für den Lastenausgleich hat sich mit dem Antrag befaßt, das Feststellungsgesetz bevorzugt zu behandeln (vgl. RM vom 22. 6. „Tauschen um den Lastenausgleich“). Man kam überein, vorerst nur ein Gesetz über die Anhebung von Kriegsschäden zu verabschieden. Man hofft, das Gesetz noch vor den Parlamentsferien verabschieden zu können.

Forum

VERGEUDETE MILLIONEN

Mit dem Artikel „Vergeudete Millionen“ vom 15. Juni schneiden Sie eine Frage an, die dringend einer Neubearbeitung und Regulierung bedarf. Ich weiß viele Fälle, in denen Fabrikanten und Geschäftsführer, die mit besten Mercedeswagen fahren, sowie Prokuristen mit Gehältern über 1000 DM, die Grundrente bekommen, die für sie, wie Sie schreiben, nur ein Zigaretten-geld ist. Solche „Gesten“ sind eine grobe Verwundung an denen, die sich kümmerlich durchschlagen, und vor allem an Kriegervitwen, die durch die Währungsreform alles Vermögen verloren haben und jetzt unter der Sorge für die Existenz und Berufsausbildung ihrer Kinder fast zusammenbrechen. Ob der Staat nicht einzeln an die gutsituierten Grundrentenempfänger (etwa ab 800 DM) herantritt und sie davon überzeugt, daß sie das Geld zu Unrecht bekommen, solange andere in viel schlimmerer Not sind?

Witwe E. K., Bergisch Gladbach.

Ein Beamter des auswärtigen Dienstes schreibt uns dazu:

„Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel „Vergeudete Millionen“ gelesen. Versprechen Sie sich aber einen Erfolg von ihm? Nach Ihrer Schilderung sind ja doch alle Wege zu einer Reform verbaut.“

Bei der Lektüre kam mir der Gedanke, ob man nicht bei den Beteiligten selbst anfangen müßte. Nun gehöre ich selbst nicht zu dem Kreise der Betroffenen, kann also nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Aber könnte es nicht möglich sein, aus den Betroffenen Leute zusammenzutrommeln, die dem Beispiel des von Ihnen angeführten Kriegsblindens folgen möchten?

Ich unterteile mich gerade mit einem meiner Mitarbeiter, der den linken Arm verloren hat. Er bekommt eine Monatsrente von 37 DM. Da er sich selbst in vollem Besitz seiner geistigen Fähigkeiten fühlt und einen Beruf hat, empfindet er natürlich die Zahlung als eigentlich unzulänglich. Ähnliche Beispiele gehen gewiß in die Hunderttausende, und das macht für den Bund Millionenbeträge aus! Wie wäre es, wenn von diesen

Leuten selbst der Anstoß käme, diese Ungereimtheiten aufzugeben und dafür die Renten der wirklich Bedürftigen zu erhöhen. Wer könnte so etwas in die Hand nehmen?“

Der Gedanke, daß der freiwillige Verzicht der gut-situierten Leichtbeschädigten zugunsten der unglücklichen Träger von schweren Verwundungen eine Möglichkeit wäre, taucht in vielen Zuschriften auf. Wenn der Verband der Kriegsschädigten die Sache nicht in die Hand nehmen sollte, blieben zwei Möglichkeiten, um den Bundestag zu einer Revision zu ermutigen. Entweder die direkte Zuschrift an den Bundestagsausschuß für Kriegspferversorgung oder die Erklärung des Verzichts an das zuständige Versorgungsamt mit der Bitte, das Schreiben nach oben weiterzuleiten.

Zu dem zweiten Teil des Artikels, der einen freiwilligen Verzicht der höheren Beamtenränge auf Gehaltserhöhung zugunsten der ärmsten Pensionäre anregt, sind nur Zuschriften von nicht Betroffenen eingegangen, darunter erschütternde Briefe von Studierenden, die sich und ihre Familien auf die kärglichste Art durchfretten. Zur Aufklärung des Mißverständnisses betonen wir ausdrücklich, daß diese Kategorien zwar zu den höheren Beamten zählen, nicht aber zu jenen höheren Rängen, denen wir, weil sie der wirklichen Existenznot entzogen sind, den Verzicht zugunsten ihrer ausgesetzten Kollegen nahegelegt haben. Sie aber haben bisher geschwiegen!

DIE KRIEGSGEFANGENEN

In dem Artikel „Der fünfte Partner“, dem unbedingt zuzustimmen ist, vermisse ich unter den Forderungen Deutschlands eine, die unabdingbar ist, wenn man an den guten Willen der Sowjets glauben soll: Die endliche Befreiung der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen! Ob sie mit „einer großzügigen Geste“ als Begnadigung (ohne Gerichtsverfahren) verurteilt „Kriegsverbrecher“ geschieht oder in einer anderen Form, ist gleichgültig, aber auf der Forderung muß nicht nur im Interesse der Kriegsgefangenen selbst, sondern vor allem auch ihrer Angehörigen bestanden werden. Auch wenn man nur die in dem Artikel „Was lehrt die Rußlandpost?“ als erwiesenen angenommen Zahlen zu Grunde legt, so beträgt die Zahl der Angehörigen, die seit sechs Jahren oder länger durch die Ungewißheit um das Schicksal ihrer Väter oder Söhne gequält werden, vier Hunderttausend!

Prof. Dr. med. Stursberg, Bonn.

Köln

29. JUNI 1951

Romreisen im Kaffeesatz

Im Zeitalter des Nescafé's löst sich der Kaffeesatz, aus dem politische Unwahrsager zu prophezeien pflegen, schon beim Anbrühen in der Tasse auf und geht so unmittelbar ins Gehirn über. Wer dann noch einigermaßen verlässlich danebenunken will, muß sich gewissermaßen Kaffeesatz-Ersatz besorgen. Er findet ihn, wenn er nur will, auch in den Romreisen deutscher Politiker.

So erfand die „Frankfurter Rundschau“ am 27. Dezember vorigen Jahres anlässlich der Romreise Arnolds das „erstaunliche Phänomen der päpstlichen Desavouierung des so unbestritten katholischen Bundeskanzlers“ und prophezeite dann, daß Dr. Adenauers Zwangslage „nach allgemeiner Ansicht im kommenden Frühjahr, spätestens im Frühsommer, mit dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Regierung enden dürfte.“

Nun, das Frühjahr kam und ging. Es kam auch der Frühsommer, und der päpstlich desavouierte Bundeskanzler fuhr nach Rom und hatte dabei die bislang längste Privataudienz im Vatikan. Jetzt war es wirklich ein Kunststück, eine neue kirchliche Desavouierung des Kanzlers zu verkünden. Diesmal war schon der surrealistische Trick einer Desavouierung in der zweiten Potenz nötig, und die „Frankfurter Rundschau“ fand ihn am 18. Juni - einen Tag vor der Kanzleraudienz im Vatikan - dadurch, daß sie einen Brief des Kölner Kardinals erfand, den sie wie folgt interpretierte:

„Unzufriedenheit mit der unentschlossenen und unentschiedenen Politik der Bundesregierung, besonders auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet, ist, vorliegenden Informationen zufolge, von höchster Stelle der Katholischen Kirche der Bundesregierung gegenüber geäußert worden. Wie verlautet, hat Kardinal Frings den Bundeskanzler in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß die im Spätsommer stattfindende Konferenz der katholischen Bischöfe in Fulda wie üblich auch zu Fragen der deutschen Innenpolitik Stellung zu nehmen beabsichtige. Diese als Hirtenbrief dem katholischen Kirchenvolk zu übermittelnde Stellungnahme könne, wie der Kölner Erzbischof dem Kanzler schrieb, für die Bundesregierung nicht günstig ausfallen, wenn der schleppende Gang bei Maßnahmen, die zur Abstellung sozialer Notstände dringend erforderlich seien, anhalte.“

Dieser Brief ist weder in Köln abgegangen noch in Bonn eingetroffen. Inzwischen hat der Bundeskanzler vor aller Welt solche erneute Tiefstapelei mit „höchsten Stellen der katholischen Kirche“ durch seinen Besuch im Vatikan

Politisierung der Literatur geboten. Die Postulate und Richtlinien für die ungarischen Dichter und Schriftsteller werden nicht weniger streng gehandhabt als die Dienstvorschriften für eine Armee. Lyrik wird Propaganda in Versen.

Die Themen sind vorgeschrieben und damit auch die zu bevorzugende Ausdrucksweise: die Arbeiterfaust, der Rhythmus der Motoren, die Vision der sozialistischen Zukunft, die Apotheose des „Vaters der Völker“, die Verklärung der Technik oder der Gruß an das Vaterland alle Proletarier erfordern den Hymnus. Alles ist Öffentlichkeit, und auch das Liebesgedicht hat der politischen Erziehung zu dienen. Zwar trifft man sich noch immer an den Frühlingsabenden auf einer Bank der Margaretheninsel, aber dann erklärt die Geliebte (in einem Gedicht von Kiss Gézané): „Ich bin eine Traktoristin, meine zwei Augen leuchten; wenn du mich wirklich liebst, dann komm und säe mit mir.“ Diesem Hinweis auf die Erfordernisse des Fünfjahresplanes folgt in proletarischer Offenheit die persönliche Vorstellung: „An der Wand meiner Stube hängen keine Ahnenbilder. Es gibt keinen Lehnstuhl, ich leiste Parteiarbeit und koche nicht. Du fragst mich nach meiner Mitgift? Sie besteht nur aus meinen im Seminar erworbenen ideologischen Kenntnissen.“

An die Stelle des Privaten und Persönlichen treten die Maschine, das Arbeitswerkzeug und die Produktion überhaupt. Die Begeisterung für sie drückt sich in einem Gedicht von Laszlo Gereblyés auf die Straßenbahnlinie 2 in Budapest aus: „Unter den Pfeilern der Kettenbrücke fliegt mit mir die Linie 2 wie ein Backfisch so goldig.“ Ihr „Tempo“ ist der Rhythmus der neue

Zur Problematik

Welcher Gesichtspunkt?

Von Dr. Ad

Der Bundestag hat kürzlich die Bundesregierung ersucht, einen Sachverständigenausschuß zur Planung der Neugliederung des Bundesgebietes einzusetzen. Die Richtlinien für die territoriale Neuordnung sind im Art. 29 GG. niedergelegt, dessen Absatz 1 folgendes bestimmt: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“

Diese Direktiven zeichnen sich keineswegs durch besondere Klarheit aus. Was bedeutet beispielsweise landsmannschaftliche Verbundenheit? Ist darunter Stammesinheit, Erlebnismgemeinschaft oder die Gewöhnung an eine gemeinsame Verwaltung zu verstehen? Bestehen derartige Beziehungen - um einmal einen konkreten Fall her-

A.Z. 11.57. Um den Bestand von Rheinland-Pfalz

Altmeier: Neuregelung der Ländergrenzen nur nach Rückgabe der abgetrennten deutschen Gebiete

StAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 137

AZ. Mainz, den 10. Januar. Ministerpräsident Altmeier von Rheinland-Pfalz gab heute zu den Auslassungen des Finanzministers Dr. Weitz von Nordrhein-Westfalen folgende Erklärung ab:

„Finanzminister Dr. Weitz, Düsseldorf, hat sich vor der Presse gegen die Zahlungsverpflichtungen gewandt, die der von der Bundesregierung vorgeschlagene Finanzausgleich dem Lande Nordrhein-Westfalen auferlegt. Dabei hat Dr. Weitz eine Auflösung der steuerschwachen Länder und speziell des Landes Rheinland-Pfalz gefordert. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Frage des Finanzausgleichs zwischen den Ländern und die Frage der territorialen Neugliederung Deutschlands zwei grundsätzlich verschiedene Dinge sind. Das Grundgesetz erkennt in seinem Artikel 106 ausdrücklich die Existenz steuerschwacher Länder an, indem es einen Finanzausgleich vorschreibt mit dem Zweck, die Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Aufgaben auszugleichen.“

Angesichts der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands wird es immer steuerstarke und steuerschwache Länder geben. Dabei wird z. B. das Land Nordrhein-Westfalen, das über die reichen Bodenschätze an Eisen und Kohle verfügt, und in dem sich daher an der Ruhr der Schwerpunkt der gesamten deutschen, ja der europäischen Wirtschaft kristallisiert hat, von Natur aus stets zu den reichen Ländern gehören. Andererseits wird ein Land wie Bayern infolge seiner überwiegenden Agrarstruktur stets im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen ein armes Land bleiben, wie es ja auch jetzt schon ebenso wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen zu den Empfängern des Finanzausgleichs gehört. Wenn man deutsche Länder lediglich dann als existenzberechtigt ansehen wollte, wenn sie finanzielle Ueberschüsse abwerfen, dann müßten die sämtlichen vorgenannten Länder aufgelöst werden.

Die Gesichtspunkte, nach denen nach der territorialen Gesamtneuordnung des Bundesgebiets Länder gebildet werden sollen, sind im Artikel 29 des Grundgesetzes festgelegt worden, wo es heißt, daß die Länder nach landsmannschaftlichen, geschichtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten neu zu gliedern sind. Die rechtliche Möglichkeit der Anwendung des Artikels 29 ist z. Z. noch nicht gegeben, ganz abgesehen davon, ob im gegenwärtigen Augenblick auch schon die politischen Voraussetzungen für eine wirklich sinnvolle Neugliederung bestehen. Eine endgültige territoriale Neugliederung Deutschlands kann nur erfolgen, wenn die jetzt noch außerhalb der Deutschen Bundesrepublik im Westen und Osten abgetrennten Gebiete mit der Bundesrepublik wieder vereinigt sind. Hinzu kommen die vielfachen organisatorischen und technischen Schwierigkeiten, die mit einer Neugliederung zwangsläufig verbunden sind.

Ferner sieht Artikel 29 vor allem auch vor, daß der Wille der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt werden muß, über den sich Herr Finanzminister

Dr. Weitz in sehr souveräner Weise hinwegsetzt, indem er einfach das Gebiet von Rheinland-Pfalz an drei andere deutsche Länder verteilt. Wie wenig realistisch dieser Vorschlag von Dr. Weitz ist, ergibt sich allein schon aus dem Beispiel der Pfalz, wo innerhalb der Bevölkerung - ganz abgesehen von den Anhängern des Status quo - Auffassungen vorhanden sind, die nach Bayern, zum Südweststaat oder auch nach Hessen tendieren. Dabei ist interessant festzustellen, daß die Länderreformer - egal ob sie in Düsseldorf, Wiesbaden, Stuttgart oder München sitzen - das Problem der Länderneuordnung lediglich dazu benutzen, um bei dem Verlangen nach der Auflösung anderer Länder ihre eigenen Gebietsforderungen anzumelden.

Im übrigen bedeutet eine Neugliederung des Bundesgebiets auch keineswegs in sich schon eine Beseitigung finanzieller Notstände. Es gibt z. B. insbesondere in der

Roten Zone des Landes Rheinland-Pfalz Gebiete, die wegen ihrer Bodenarmut, Verkehrsabgelegenheit und dünnen Besiedlung von jeher Notstandsgebiete gewesen sind und immer erhebliche Zuschüsse erfordern werden. Ob nun diese Zuschüsse vom Bunde oder von irgendeinem Lande bezahlt werden, ist finanziell nebensächlich, da die öffentliche Finanzmasse des Bundes und der Ländergesamtheit doch eine Einheit darstellt.

Gleichgültig, ob, wann und wie das Problem der gesamtdeutschen Neugliederung in Angriff genommen wird, kann sich ein Land, das nicht etwa durch das Verdienst seines Finanzministers, sondern infolge der von ihm vorgefundenen Wirtschaftskraft zu den Ueberschußländern gehört, der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Verpflichtung zum Finanzausgleich durch Hinweis auf eine spätere Neugliederung nicht entziehen.“

Neuer Mainzer Anzeiger

ROWSKI
mel-Nr. 4371
-48. Fernspr.
zonen Mainz
NTLICH

Neuer Mainzer Anzeiger

Geschäftsstelle
Bad Kreuznach
Salzstraße 21,
Alzey, Fischtr.
Tel. 23 78 / W

Donnerstag, 11. Januar 1951

oder Wehrpflichtige?

Der deutsche Wehrbeitrag auf dem Petersberg

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Zurückgepiffen?

ED. Unterredungen mit Zeitungsleuten haben es in sich. Liegen sie schwarz auf weiß vor, dann läuft es dem Politiker oder Staatsmann, der einem Journalisten sein Herz geöffnet hat, mitunter kalt über den Rücken. Um so kälter, wenn er feststellen muß, daß die eigene Umwelt höchst sauer darauf reagiert. Das scheint auch mit dem Interview der Fall gewesen zu sein, das der stellvertretende Ministerpräsident der Ostzonen-Republik, Otto Nuschke, dem Korrespondenten des Stockholmer Abendblattes „Expressen“ gegeben haben soll. Danach wäre die Sowjetunion zu bedeutenden Zugeständnissen in der deutschen Frage bereit und würde sich sogar damit abfinden, wenn die Bundesrepublik fünf bis zehn Divisionen aufstellte. Selbstverständlich würden die Wahlen, die der Wiedervereinigung voranzugehen hätten, nicht nur allgemein, sondern auch frei sein und könnten schon im Herbst stattfinden. Nuschke warf auch gleich eine ganze Reihe von Problemen zum Ausgleich einer sozialisierten und einer freien Wirtschaft auf, die sich aus dem Zusammenschluß ergeben würden. Selbst schon mit dem

Kann der Kreml e

Von Rein

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. Man muß sich den Heimkehrten aber genau ansehen, um beurteilen zu können, ob er ein Seemannsgarn abspult oder ob er wertvolle Erkenntnisse gesammelt. Der Amerikaner Harold Stassen ist ein ernsthafter Politiker. Er war Gouverneur von Minnesota und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er bei den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen als Kandidat aufgestellt wird. Er weiß demnach, daß er jetzt, da der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten bereits begonnen hat, jedes

Das Ende von Rheinland-Pfalz gefordert

Westfalen bestreitet Nordrhein die Annahme des Finanzausgleichs

F.A. 10.1.51. Drahtbericht unseres Korrespondenten

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 138

Fö. Düsseldorf, 9. Januar. Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Weitz, hat am Dienstag Meldungen zurückgewiesen, wonach auf der Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates in der ersten Januarwoche eine Einigung der Länderfinanzminister über den Finanzausgleich der Länder erzielt worden sei. Tatsächlich hätten sich weder alle Beteiligten über einen Vorschlag verständigt, noch hätten sich die widerstrebenden Teile der überwiegenden Mehrheit gefügt. Der Vorschlag der Bundesregierung, der jetzt dem Bundestag vorliege und dort bereits am Donnerstag im Finanzausschuß beraten werde, sei untragbar, und Nordrhein-Westfalen werde sich ihm mit allen Mitteln widersetzen.

In diesem Vorschlag sei vorgesehen, daß Nordrhein-Westfalen von den für den Länderfinanzausgleich nötigen 280 Millionen Mark 142 Millionen Mark zahlen solle. Nordrhein-Westfalen habe für die ersten neun Monate des laufenden Haushaltsjahres, also bis Ende Dezember 1950, ein Einnahmedefizit von 193 Millionen Mark. Von den Ländern, die auf einen Finanzausgleich angewiesen seien, werde Nordrhein-Westfalen stets als das steuerstärkste Land angesehen. Es habe aber zugleich die größten Kriegszerstörungen zu beheben.

Dr. Weitz gab der Hoffnung Ausdruck, daß sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat dem Vorschlag der Bundesregierung, der keinen gerechten Ausgleich zwischen den Ländern schaffe, ihre Zustimmung versagen würden.

Zu den im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich in die Debatte geworfenen Argumenten, daß der föderalistische Gedanke Schaden leiden würde, wenn es nicht zu einer Einigung zwischen den Ländern komme, erklärte Dr. Weitz, das Problem des Finanzausgleiches wäre sehr einfach zu lösen, wenn man endlich daranginge, durch die Aenderung der bestehenden Ländergrenzen lebensfähige Länder zu schaffen. Von diesem Gedanken seien auch die Väter des Grundgesetzes ausgegangen. Im südwestdeutschen Raum wäre das Problem sofort zu regeln, wenn man Rheinland-Pfalz, dessen Bevölkerung dagegen in keiner Weise etwas einzuwenden hätte, aufteile, denn durch die Pfalz könne Bayern finanziell gesunden und Hessen würde finanziell übergesunden, wenn es die zu ihm gehörenden Teile von Rheinland-Pfalz zurück-erhalte.

Hilpert: Eine Aenderung notwendig

P. Wiesbaden, 9. Januar (Eigener Bericht). Der Vorsitzende im Finanzausschuß des Bundesrates und Landesvorsitzender der hessischen Christlichen Demokraten Dr. Hilpert forderte auf einer Pressekonferenz eine Neuordnung der Ländergrenzen, weil nur so das Problem des Länderfinanzausgleiches gelöst werden könne. Die Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen müßten aus ihrer ständigen Abhängigkeit von fremder Finanzkraft anderer Länder abgelöst werden. Dies müsse unbeschadet der Schaffung eines Südweststaates geschehen.

weiter.
In der Gegend des Hauptbahnhofs wurde
einerlei Anhalten von Fahrzeugen registriert.

Schlechte Ausreden beweisen keine Unschuld

Mammut Saitow trug einen Radioapparat spazieren

X. Als der russische Staatsangehörige Saitow, der den Vornamen Mammut führt, in der Nacht zum 5. November einen Radioapparat durch das Frankfurter Hauptbahnhofsviertel schleppte, kam das einer Funkstreife der Polizei verdächtig vor. Sie nahm den zu solch ungewöhnlicher Stunde auffälligen Lastträger mit. Nicht zu Unrecht, wie sich herausstellte. Etwa 200 Meter von der Stelle entfernt, wo

dals die eine die andere in ihrem Ertrag beinträchtigen mußte. Wie der Präsident der Industrie- und Handelskammer Barthmann in

die Beamten den Russen aufgegriffen hatten, war nämlich in eine Wirtschaft eingebrochen worden. Die Beute bestand aus dem Radioapparat, etwa 25 Flaschen Wein und Likör, Zigaretten im Werte von 70 Mark und 30 Tafeln Schokolade.

Saitow will aber mit alledem nichts zu tun haben. Den Apparat habe er schon lange vorher in einem dunklen Hausgang von einem unbekanntem Pärchen gekauft und schon geschlagene acht Stunden mit sich herumgeschleppt. Zu einem Einbruch sei er überhaupt nicht in der Lage gewesen, da er zu jener Zeit völlig betrunken gewesen sei. Ueber 400 Mark habe er mit Freunden in Alkohol umgesetzt. Ein Bekannter pflichtete ihm bei und sagte aus, daß sie beide in der Nacht „total blau“ gewesen seien. Davon hatten die Funkstreife und die vernehmenden Polizeibeamten allerdings nichts gemerkt.

Der amerikanische Richter gab dem Angeklagten unmißverständlich zu verstehen, daß er mit schlechten Ausreden das Gericht von seiner angeblichen Unschuld nicht überzeugen könne. Das Urteil lautete auf 18 Monate Zuchthaus, da der Einbruch in der Bewährungsfrist einer vorausgegangenen Verurteilung begangen wurde. Zudem muß Saitow nun auch noch 260 Tage absitzen, die ihm von seiner letzten dreijährigen Haftstrafe wegen Einbruchs bedingt erlassen worden waren.

Haus wird aktuell

Über die Handhaben gegen Asoziale

Mehrfach wegen Einbruchs vorbestraft, brachte es der 23jährige fertig, seine Mutter so zu mißhandeln, daß die Nachbarschaft die Polizei zu Hilfe holen mußte.

Der gleichaltrige Larbig hat nach dem Kriege schon eine dreijährige Gefängnisstrafe verbüßen müssen. Selbst seine Eltern, der Vater ist seit 27 Jahren Beamter, konnten ihn nicht von seinem abschüssigen Weg zurückhalten. Die letzten Wochen lebte er als Zuhälter. Einen Tag vor der Tat traf er seinen alten Kumpan Herbert Wehner wieder. Sie beschlossen sogleich, das Wasserhäuschen am Kurfürstenplatz aufzubrechen. In der Nacht zum Sonntag wurden dann aus zwei Einbrechern Mörder.

Wie fesselt ich ihn aus Heim?

Stellung zu Eheproblemen

Beitrag

Zeiger

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 44 10 u. 44 12 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 29 37 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 23 78 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 2 06 84

Preis 15 Pfg.

Haus ohne Dach

*** Die Amerikaner verstehen es, ihre Beweisführung mit Vergleichen zu unterstützen, die ebenso einfach sind, wie sie verblüffend das Richtige treffen. Als gestern der Präsident der Vereinigten Staaten den beiden Häusern des Kongresses seine „State of Union message“, seine Botschaft über die Lage der Union vortrug, kam es ihm unter anderem sehr darauf an, zu verhüten, daß das Europa-Hilfsprogramm nachträglich geschmälert werde. Er hob die großen Erfolge hervor, die ihm in den ersten zwei Jahren seiner Laufzeit zu verdanken seien. Gleichzeitig warnte er davor, die Mittel in dem Glauben zu beschneiden, es sei des Guten genug geschehen. „Wir würden genau so handeln, wie ein Mann, der aus falscher Sparsamkeit seinem Hause kein Dach aufsetzt, nachdem er das Fundament gelegt und die Mauern gebaut hat.“

Das amerikanische Parlament neigt dazu, einmal bewilligte größere Ausgaben, die sich auf Jahre hinaus erstrecken, später wieder zu kürzen. Es haben sich bereits Kongreßmitglieder gemeldet, die das Europa-Hilfsprogramm beschneiden möchten, zumal da der Präsident weitere erhebliche Mittel anfordern will, um die sogenannten zurückgebliebenen Gebiete zu unterstützen. Das heißt, er beabsichtigt, nach seinem Grundsatz, daß nur der Wohl-

stand die Völker unempfänglich gegen die Irrlehren des Kommunismus mache, den Lebensstandard aller Gebiete zu heben, die dem russisch-chinesischen Block benachbart sind. Nicht mit Unrecht gibt der Präsident dem Europa-Hilfsplan das Verdienst dafür, daß die Gefahr der letzten drei Jahre beschworen wurde, der größte Teil Europas und des Mittelmeergebietes könne unter dem Druck des totalitären Ostblocks und unter den Zersetzungsbestrebungen des Kominform zusammenbrechen. Truman richtete sich dabei nach der alten Erfahrung, wonach satte Menschen und satte Völker friedlich und jeder inneren oder äußeren Umwälzung abhold sind.

Es kommt ebenso darauf an, die Kräfte der Menschen, wie die der Natur weise zu verwenden. In seiner ausführlichen Botschaft, die vielerlei Probleme berührte, kam daher der amerikanische Präsident auch auf die entschleierte Kräfte zu sprechen, mit deren Hilfe man die Höhen der Zivilisation erklimmen, aber die ganze Menschheit vernichten könne, wenn man sie töricht anwende. „Wir stehen an der Schwelle neuer Wunder“, erklärte Truman und meinte damit die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Wenn auch diese Kraft der Vernichtung dafür eingesetzt werden könnte, den Lebensstand aller Völker zu verbessern, anstatt zu bedrohen, dann dürfte man hoffen, dem Weltfrieden nähergekommen zu sein.

Rheinland-Pfalz / sein Profil und seine Aufgaben

A-Z 5.1.50 Von Regierungspräsident Dr. Zimmer

Als aus den chaotischen Zuständen, die uns das vergangene Regime 1945 hinterlassen hat, allmählich das neue politische Bild Gestalt annahm, entstanden unter Anlehnung von Zonengrenzen der Besatzung die neuen deutschen Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und andere sowie auch Rheinland-Pfalz. So verdanken fast alle deutschen Länder mehr oder weniger ihr Dasein und ihre heutigen Grenzen dem Willen der Besatzungsmächte. Da dieser Vorgang mit mancherlei Mängeln behaftet ist, hat das Grundgesetz im Artikel 29 eine Neugliederung ins Auge gefaßt und ermöglicht. Dabei ist nicht zu vergessen, daß auch die sogenannten alten Länder in Deutschland, also Bayern, Baden und Württemberg ganz oder zum wesentlichen Teil ihr Dasein oder ihre Rangstufe dem Willen Napoleons verdanken. Trotzdem haben sie sich behauptet und mehr und mehr, wie man heute sagt, als „lebensfähig“ erwiesen. Lebensfähigkeit bedeutet nichts mehr als Funktionsfähigkeit, Funktionsfähigkeit aber heißt wiederum nichts mehr, als in der Lage sein, die verfassungsmäßig dem Lande obliegenden Aufgaben im Interesse des Volkes zu erfüllen. Die Länder sind in der Gesamtordnung der öffentlichen Gewalt in Deutschland Zwischenglieder zwischen Bund und höheren kommunalen Verbänden und also von beiden Seiten her in ihren Aufgaben begrenzt. Dabei sind die Größenunterschiede der deutschen Länder nach Fläche und Einwohnerzahl sehr verschieden. Unter den elf Ländern der westdeutschen Bundesrepublik steht Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Fläche immerhin an fünfter, hinsichtlich der Bevölkerung und der Zahl der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten an sechster Stelle. Nur vier Länder sind größer und volkreicher. Das gilt aber nur so lange, als das Saargebiet nicht an Rheinland-Pfalz zurückgegliedert ist.

Die soziale Gliederung der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz ist wesentlich verschieden von der in Nordrhein-Westfalen, Kleiner Bauern, Winzer, Handwerker, kleine Kaufleute und mit dem Boden der Heimat und der ererbten Scholle meist verbundene Arbeiter bestimmen das Gefüge unserer Bevölkerung. Stammesmäßig gibt es kein deutsches Land, das so einheitlich besiedelt ist wie Rheinland-Pfalz. Es ist nur von Franken besiedelt, die sich als Moselfranken und Rheinfranken untergliedern. Seit der Völkerwanderung hat eine wesentliche Umschichtung der Bevölkerung in unserem Lande nicht mehr stattgefunden, im Gegensatz zu den anderen Gebieten, insbesondere den Industriegebieten Deutschlands. Man hat zwar 1815 aus Kur-Mainz ein Rheinhessen und aus Kur-Trier ein Rheinpreußen gemacht; deshalb aber gibt es immer noch in unserem Lande weder „Preußen“ noch „Hessen“. Auch die Nassauer sind nach Volkstum und Sprache Rhein-Franken und sich ihres Unterschiedes zu den Hessen wohl bewußt.

Besonders verwickelt ist die politische Geschichte der Pfalz. Eine Jahrhunderte lange Personalverbindung zwischen Kurpfalz und Bayern ließ ein besonderes Verhältnis zum Staate Bayern, trotz der räumlichen Entfernung entstehen, das Respekt und Würdigung erheischt. Trotz

der bis 1792/94 auch in unseren Landstrichen bestehenden heillosen politischen Zersplitterung, der die französische Revolution und Napoleon ein Ende bereitete, hatten die Kernstücke unseres Landes, nämlich Kur-Trier, Kur-Mainz und Kur-Pfalz durch ihre Fürsten in der obersten Reichspolitik und der Reichsverwaltung einen starken Einfluß und eine unmittelbare Vertretung. Die Kanzleien der Kurfürsten haben bis zum Ende ihres Bestehens in der Reichspolitik eine hervorragende Rolle gespielt. So kamen unsere Gebiete als Kernschaften des alten deutschen Reiches damals unmittelbar zur Geltung. Trier, Mainz, Speyer, Worms und auch Koblenz hatten in allen deutschen Gauen und in der damaligen Welt einen hervorragenden Klang. Durch die Vorgänge von 1792 bis 1815 trat ein jäher Wandel ein. Aus den Kerngebieten einer tausendjährigen Geschichte wurden 1815 Randgebiete junger, neuer Mächte. Kur-Trier fiel größtenteils an die preussische sogenannte Rheinprovinz (Rheinpreußen), zum kleineren Teil an das durch Napoleons Gunst neu entstandene rechtsrheinische Herzogtum Nassau, Kur-Mainz zum größten Teil an Hessen-Darmstadt. Der unmittelbare politische und verfassungsrechtliche Einfluß dieser Gebiete auf die Geschichte Deutschlands, zunächst im Deutschen Bund und später im Deutschen Reich, war damit vernichtet. In Verbindung damit trat eine völlige Verlagerung des politischen Einflusses nach Norden und Nordosten ein. Auch kulturell führte diese Ausschaltung unserer Gebiete zu einer Verkümmern gegenüber den anderen deutschen Landschaften. Nicht eine einzige deutsche Universität blieb unseren Gebieten erhalten, trotz der tausendjährigen Tradition der Wissenschaft in unserem Lande. Die Aschenbrödelrolle hatte auch eine große Vernachlässigung in wirtschaftlicher Hinsicht zur Folge.

Es war ein Zufall der Weltgeschichte, daß dieselbe Macht, die 1792 bis 1794 unserem Lande und unserem Volk seine Bedeutung im deutschen Reich der damaligen Zeit genommen hatte, 1946 durch einen Akt der unbewußten Wiedergutmachung unsere Bevölkerung wieder zu einer unmittelbaren Teilnahme an der Bundespolitik und Bundesvertretung kommen ließ. Nach Schaffung des Grundgesetzes sind die Landstriche von Rheinland-Pfalz nicht mehr wie im ganzen neunzehnten und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts politisch bedeutungslos und kraftlos Randgebilde. Mit der Schaffung einer eigenen Landesregierung im Rahmen des Deutschen Bundes sind unserer Bevölkerung wieder Möglichkeiten erschlossen worden, deren sie sich in vollem Umfange bewußt werden muß. Sie ermöglicht das Gewicht unseres Landes und damit die Interessen seiner Bevölkerung in die Waagschale der Bundespolitik zu werfen. Damit bleibt uns nicht mehr vorenthalten, was der Bevölkerung von Baden und Württemberg, Hamburg und Bremen niemals versagt blieb. Besondere Interessen haben wir zu vertreten für die klein-bäuerliche Bevölkerung des Hunsrücks und der Eifel, des Westerwaldes, des Taunus und der

Pfalz, die andere staatliche Maßnahmen erfordern, als z. B. die fette Landwirtschaft am Niederrhein und in Westfalen. Auch hinsichtlich unserer Industrie gilt dasselbe, wie der Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Koblenz vom Dezember 1949 S. 4 feststellt, wenn er schreibt: „Denn die gesunde Wurzel föderalistischen Gedankens liegt... auch in der Pflege der gebietlich gebundenen Kräfte unserer Wirtschaft.“

Wir brauchen dabei nur an das Problem der Mosel-Kanalisation zu rühren oder an die großen Aufgaben und Schwierigkeiten des Weinbaues zu denken. Es muß weiter eine hervorragende Aufgabe unserer Landespolitik sein, unseren Städten, die einst die glanzvollsten in Deutschland waren, wieder ihren Rang in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht zurückzugeben im Kranz der anderen deutschen Städte. Keine andere Landesregierung würde dazu die innere Bereitschaft mitbringen. Unser Land, das Land der Mosel- und Rheinfranken, hat dem deutschen Volk in der Vergangenheit große Männer geschenkt, Gelehrte, Staatsmänner und Wohltäter der Menschheit, Nikolaus Cusanus, Freiherr vom Stein, Görres, Raiffeisen und Dasbach seien genannt. Wenn die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz sich mehr und mehr ihrer wahren Interessen bewußt wird und die großen Aufgaben jeder Landesregierung von Rheinland-Pfalz erkennt, wird sie nicht bereit sein, ihr Land und damit ihre eigenen Interessen preiszugeben. Sie würde damit wieder unrettbar zurückfallen in das Schattendasein des neunzehnten Jahrhunderts.

Heute noch ragen unsere unvergleichlichen Dome in Trier, Mainz, Speyer und Worms gen Himmel und künden der heutigen Welt von der ursprünglichen Kraft und vollendeten Ausdrucksform fränkischen Wollens und Geistes. Sie konnten nur erwachsen aus der damals ungeborenen Gemeinschaft des frühen Mittelalters, die das Land an Mosel und Rhein verband. Erst als die Potentaten Land und Volk immer weiter aufteilten, zersplitterten, zerrissen und dynastische Kriege entfesselten, versiegte allmählich die Kraft unseres Volkes zum Schaden für ganz Deutschland. So weist dies Vergangenheit uns hin auf eine Zukunft, in der wieder die staatspolitische Kraft der Rhein- und Moselfranken für Deutschland eingesetzt werden kann.

Umstellung der Wirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

Auf die Frage, welche Erweiterungen der deutschen Souveränität der Bundeskanzler im kommenden Jahr für wünschenswert halte, sagte Dr. Adenauer: „Selbstverständlich soviel wie möglich.“ Er halte es aber angesichts der Tatsache, daß im Herbst wahrscheinlich eine Revision des Besatzungsstatuts vorgenommen werde, für psychologisch falsch, jetzt der Öffentlichkeit einen Katalog der deutschen Forderungen zu unterbreiten. Man wolle das der zukünftigen Entwicklung überlassen, die viel schneller vor sich gehen werde, als ursprünglich angenommen. Auch die Frage der Errichtung eines Außenministeriums sei der Entwicklung zu überlassen. Es werde sich bald herausstellen, daß der Verkehr zwischen Deutschland und den dreißig ausländischen Missionen über den Petersberg für alle Beteiligten, auch für die Oberkommission selbst, etwas umständlich sei.

Der Bundeskanzler gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß die ausländischen Missionschefs dem Bundespräsidenten Mitte Januar ihre Aufwartung machen würden. Im Verlaufe weniger Monate würden deutsche konsularische Vertretungen im Ausland ihre Tätigkeit aufnehmen und zwar zunächst in den Ländern, mit denen Deutschland die engsten wirtschaftlichen Beziehungen unterhalte.

Ueber die auswärtigen Beziehungen Deutschlands sagte Adenauer, Europa sei so schwach, daß alle europäischen Länder zusammenarbeiten müßten, um Europa am Leben zu erhalten. Zu Meldungen, eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen müsse das deutsch-französische Verhältnis in Mitleidenschaft ziehen, erklärte der Bundeskanzler, es sei antiquiert, die deutsch-englischen und deutsch-französischen Beziehungen im Gegensatz zu sehen. Niemand solle die Länder gegeneinander auszuspielen versuchen. Wer so denke, habe die wirkliche Lage noch nicht begriffen.

Dr. Adenauer dementierte auch Pressemeldungen, nach denen Sachverständige für außenwirtschaftliche Fragen im Bundeskanzleramt den Ausbau der französischen Stahlindustrie als unzweckmäßig betrachteten. Die Frage, ob Deutschland eine Sicherheitsgarantie fordern werde, bezeichnete der Bundeskanzler als ein sehr ernstes Problem, das gewisser Vorsicht bedürfe. „Es ist für uns 48 Millionen Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland ein schwer ertragbarer Zustand, in dem Spannungsfeld zwischen Sowjetrußland und seinen Satellitenstaaten einerseits und den Westalliierten andererseits zu leben, ohne eine Sicherheit dafür zu haben, daß wir nicht einmal in den Strudel hineingezogen werden.“

Bundeskanzler Dr. Adenauer schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Das deutsche Volk hat sich seine Energie, Arbeitskraft und seine Erfindungsgabe erhalten. Der Geist ist es schließlich, der alles bewegt. Ich hoffe daher, daß Deutschland im Laufe einer nicht zu kurz bemessenen Zeit der Schwierigkeiten Herr werden wird und einer besseren Zukunft entgegensteht.“

Nach Deutschland geflüchtet

Frankfurt, 4. Januar. (AP.) Tschechische Flüchtlingsbehörden haben am Dienstag mitgeteilt, daß der frühere Industrieminister der Tschechoslowakei, Lausmann, nach Westdeutschland geflohen sei. Lausmann werde gegenwärtig von amerikanischen Sicherheitsbeamten geprüft, ob seine Erklärung, er sei politischer Flüchtling, richtig sei.

Lausmann gilt als Initiator des Nationalisierungsprogramms für die tschechoslowakische Großindustrie.

Musterki

Beide si

B. B. In der Sprechstunde der Erziehungsberaterin erscheint eine besorgte Mutter mit einem zehnjährigen Buben, dem ältesten ihrer drei Söhne. Der Junge, klagt sie, trödele bei den Schularbeiten, nur wenn sie neben ihm sitze, sei er im Handumdrehen damit fertig. Bei Tisch stochere er noch im Essen herum, wenn alle anderen längst fertig seien. Dazu habe er noch eine Reihe anderer lästiger Unarten, die immer wieder Ermahnungen notwendig machten und mit denen er den Eltern erheblich mehr Schwierigkeiten bereite als die beiden jüngeren Kinder. Schließlich kommt die Mutter, nachdem sie im Gespräch immer stärkeres Vertrauen zu der beratenden Psychotherapeutin gefaßt hat, zögernd mit einer Sorge heraus, die manchmal an ihr nagt: der Junge steigere sich oft in so übertriebene Faxenmacherei vor seinen kleinen Brüdern hinein, daß sie sich der Sorge um seinen gesunden Verstand nicht erwehren könne.

Schelten hilft nichts

Die Erziehungsberaterin kann die Sorgen der Mutter mit gutem Gewissen beschwichtigen: der Junge sei so gesund, so normal und so intelligent wie seine Brüder. In der Unterhaltung mit Mutter und Sohn hat sie bereits die wesentlichen Ursachen für das Verhalten des Kindes erkennen können: in den ersten zwei Jahren seines Lebens war die Mutter gezwungen, ihn der Pflege einer Angestellten zu überlassen, die beinahe Mutterstelle an ihm vertrat. Diese verließ das Haus gerade zu der Zeit, in der das zweite Kind geboren wurde; so traf das Gefühl, einen Verlust an mütterlicher Liebe zu erleiden, das Kind bei der Geburt eines zweiten leicht überkommt diesen Jungen doppelt. Unbewußt sucht er seitdem immer wieder die Aufmerksamkeit der Mutter auf sich zu ziehen — und sei es auch unwillige Aufmerksamkeit, denn einem Kinde ist es immer noch lieber, gescholten als überhaupt

Zwischen

Ein

Im Frühzug ab Mainz sitzen die Werktätigen, steigen unterwegs aus, andere kommen dazu. In Frankfurt strömen ununterbrochen die Scharen aus dem Bahnhof, kämmen sich schnell auf. Es ist noch dunkel, der Fahrzeugverkehr schon lebhaft. Nach kurzem Aufenthalt weiter. Am späten Nachmittag in Berlin angekommen, zwei Tage vor dem Fest, sitzt man am Kaffeetisch neben dem brennenden Adventskranz und muß erzählen von Mainz, von der Reise und mancherlei kleinen Zufällen. Wie man reist. Jeder nach seinem Glück und Möglichkeiten. Das Mainzer Reisebüro im Kaufhof, man sagt noch immer Hillebrand, hat für jeden einen guten Weg. Mit Autobus oder Eisenbahn. Ganz nach Gusto. Die neuralgische Stelle unterwegs kennen wir alle. Wie man sie überwindet? Möge jedem ein Glückstern leuchten. Der bequemste und sicherste Weg leuchtet durch die Luft. Hillebrand bereitet alles vor. Man braucht sich nur im Flughafen Rhein-Main in die bequeme Kabine einer „Flagship“ zu setzen bekommt in 2000 m Höhe Kaffee, Kuchen, Erfrischungen und interessante Lektüre gratis und franko vorgesetzt und wird nach genau 100 Minuten sanft in Tempelhof abgesetzt. Wer in Mainz noch geflüchtet hat, kann schon um 11 Uhr durch die Straßen Berlins schlendern und sich in Ruhe einen Mittagstisch aussuchen.

Der erste Eindruck in Berlin? Trotz allem noch immer repräsentativ, weltstädtisch. Wirklich! Dem oberflächlichen Blick verbirgt sich zunächst die Spaltung in zwei Hälften Ost und West. Ungehindert pulsierender Verkehr am Potsdamer Platz. Dicht Zugfolge der U-Bahnen mit hellerleuchteten Wagen und Bahnhöfen. In der Leipziger Straße, die zum Ostsektor gehört, schieben sich die Menschenmassen vorwärts in Erwartung der Festtage. Eilig fließende Kraftwagenverkehr auf dem Kurfürstendamm im Westen der Stadt. Die erste Friedensweihnacht in Berlin. Seit einem halben Jahr ist der härteste Druck gewichen. Man kann wieder hoffen. Der Berliner arbeitet zäh, unverdrossen. Noch lastet bitter Not auf der Straße. Sie kann sich wirtschaftlich nicht entfalten wie sie möchte nach all den bitteren Jahren. Trotzdem ist allenthalben ein bewundernswürdiger Optimismus zu spüren. Alle wissen, daß der „Kampf um den Frieden“ für Berlin noch „sehr harte Formen“ annehmen wird. Und doch überraschend die rege Bautätigkeit.

Mit welchem Geschick helfen sich die Berliner. Wer nicht die Möglichkeit hat, wie die kapitalkräftigen Grundstücksbesitzer in Wilmersdorf, Massivbauten aufzuführen, etabliert sich in winzigen Läden, die geschmackvoll in Schnellbauweise erstellt sind. Am S-Bahnhof Zehlendorf eine Ladenreihe aus Holz im Bootsbaustil errichtet und naturlackiert. Jeder Laden ganze neun qm Bodenfläche. Aber komfortabel, geschmackvoll und praktisch eingerichtet. Am Fehrbelliner Platz dasselbe Bild. Hier die Flucht glatt und weißverputzt mit verchromten Einfassungen. Vor jedem Laden große Keramikschalen mit Zwergkoniferen. Einladende Blickfang, gefällig wirkend. Gegenüber dem gewaltigen Parkplatz für die ringförmig umgrenzten modernen Bürohäuser.

Der Kurfürstendamm hat seinen alte Glanz zurückgewonnen. Wie eine doppelte Perlenkette reihen sich die weihnachtlich geschmückten Läden aneinander. Heller erleuchtete Kinos laden zu ihren Festtagsvorstellungen ein. Nur noch wenige Baulücken bleiben zu überbrücken. Im „Theater am Kurfürstendamm“ geht täglich über die Bretter die deutsche Uraufführung „Ist die Welt nicht schön?“ von Alec Dyer. Und wirklich, um wieviel ist sie doch schön und heller geworden für die Berline

Rheinland-Pfalz

STAMZ, NL Oppenheim / 42, 4 - 140 4. d. Mts. hatten wir unter der Überschrift „Seltsame Geschichte“ die Tatsache behandelt, daß das Land Rheinland-Pfalz noch um einiges übler dran ist als selbst Schleswig-Holstein (dessen Regierung sich, wie bekannt, immer wieder an die Landesregierungen der Doppelzone wenden mußte, um zur Weiterführung ihrer Funktionen imstande zu sein). Wir hatten ersichtlich gemacht, daß die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ihre Geschäfte führen muß, ohne daß ihrer Haushaltsführung ein vom Landtag ordnungsmäßig verabschiedeter Etat zu Grunde liegt. Wir waren hierbei der (wie wir einräumen müssen: etwas einseitigen) Auffassung gewesen, daß wir die eigentliche Ursache dieses befremdlichen Zustandes deutlich genug dargestellt hätten. Der Ministerialdirektor des Finanzministeriums von Rheinland-Pfalz ist — was wir zu begrüßen haben — anderer Ansicht: Er hält es für erforderlich, daß man die Dinge mit aller lauten Deutlichkeit beim Namen nennt, weil es sich, wie er erklärt, „hier um eine Frage handelt, die das berechnete Interesse der Öffentlichkeit eng berührt.“

Wir haben uns mit ihm in der Vergangenheit nicht immer in Uebereinstimmung befunden, freuen uns aber, unsere heutige Uebereinstimmung mit ihm öffentlich bekräftigen zu können, indem wir nachstehend mitteilen, was er zur Begründung des behandelten Sachverhalts den Bürgern von Rheinland-Pfalz bekanntzugeben für erforderlich hält. Er schreibt:

„Nach dem Umstellungsgesetz (Artikel 28 der Verordnung Nr. 160 des Herrn französischen Oberkommandierenden in Deutschland) dürfen die Haushaltspläne der öffentlichen Hand keine Fehlbeträge aufweisen. Zur Deckung der Ausgaben für die Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Gangs der Verwaltung und zur Erfüllung der von der Militärregierung dem Lande auferlegten Leistungen reichen aber die verfügbaren Deckungsmittel nicht aus. Die Beratungen des Haushaltsplanes des Landes für das Rechnungsjahr 1949/50 im Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags ergaben, daß das Gleichgewicht des Haushalts trotz der Streichung aller nicht lebensnotwendigen Ausgaben nicht hergestellt werden konnte. Der der Militärregierung notgedrungen in nicht ausgeglichenem Zustande vorgelegte Voranschlag fand nicht die vorgeschriebene Zustimmung; die Militärregierung teilte der Landesregierung mit, daß sie nur einem ausgeglichenen Haushalt die Genehmigung erteilen könne.“

Diese Forderung konnte, auch bei Durchführung rigorosester Sparmaßnahmen beim besten Willen schlechterdings nicht erfüllt werden. Die gesetzmäßige Verabschiedung des Haushaltsplanes war daher leider nicht möglich. Einnahmen und Ausgaben werden nach Maßgabe der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags zum Entwurf des Haushaltsplanes bewirtschaftet.“

So, wie der Ministerialdirektor Dr. Dalgruen es hier darlegt, ist es nämlich in der Tat. Der Haushaltsplan von Rheinland-Pfalz schließt aus den überzeugendsten Gründen mit einem Fehlbetrag, sogar in beträchtlicher Höhe. Die Inhaber der Souveränität über Deutschland sind zwar strikte und gestreng gegen Fehlbeträge in den Länderhaushalten, — so strikte und gestreng, daß sie jedem Haushaltsplan die Genehmigung verweigern, der einen ungedeckten Fehlbetrag aufweist. Zu gleicher Zeit aber diktiert sie der Landesregierung die Aufbringung von Besatzungskosten zu, die aus Landesmitteln zu decken sich als eine glatte Unmöglichkeit erwiesen hat. Das war die „Seltsame Geschichte“, die der Öffentlichkeit (nicht nur von Rheinland-Pfalz, auch nicht nur der westdeutschen Zonen) bekanntzugeben wir für unsere Pflicht gehalten hatten, — mit einigem Zögern, das, wie es den Anschein hat, allenthalben richtig verstanden worden ist.

Die Sache liegt nunmehr, was zu begrüßen ist, so, daß die Sorgen des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier und seines Finanzministeriums die Sorgen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Adenauer und des Bundesfinanzministers geworden sind. Da es ja inmitten des Bundeskabinetts auch um gewisse Dinge geht, die sich „europäisch“ nennen, darf der Trubel (und dürfen vielleicht auch die „trubles“, die sich in Rheinland-Pfalz infolge dieser seltsamen Etatsverhältnisse herausgebildet haben) nunmehr auch in breiteren Kreisen (auf die die Koblenzer Regierung bisher nur wenig Einfluß hatte) auf verständnisvolle Erkenntnis rechnen.

großer Teil der bereits ausgegebenen Ein-, Fünf- und Zehn-Pfennig-Stücke gehamstert wird.

Zweiter Bauernhochschulkurs

Mainz, 16. Oktober. (Eigener Bericht.) Am 15. November dieses Jahres beginnt der zweite Bauernhochschulkurs des Deutschen Bauernverbandes in Fredeburg im Sauerland. Bei der Auswahl der Bewerber wird ein strenger Maßstab angelegt, denn nach Fredeburg sollen nur solche Jungbauern geschickt werden, welche die nötigen Voraussetzungen dafür bieten und dabei innerlich an den Fragen des Bauerntums lebhaften Anteil nehmen.

Der Kurs dauert vom 15. November 1949 bis zum 28. Februar 1950, wobei in der Zeit vom 19. Dezember bis 6. Januar Ferien eingeschaltet werden. Der Kurs steht unter der Leitung von Universitätsprofessor Dr. Raederscheidt (Bonn), einem führenden Pädagogen, der sich in besonderer Weise der ländlichen Bildungsfragen angenommen hat. Anmeldungen für den Kurs erbittet umgehend der Rhein Hessische Bauernverband Mainz-Gonsenheim unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs, der Schulzeugnisse und eines Gesundheitszeugnisses. Die Teilnehmergebühr einschließlich der Kosten für Verpflegung und Unterkunft beträgt je Tag 3.50 DM, für den Gesamtkurs 300.- DM.

Jugendpflege und -fürsorge

Koblenz, 16. Oktober. (dpa.) Das Landesjugendamt im Wohlfahrtsministerium von Rheinland-Pfalz veranstaltete in St. Goar, für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur eine Arbeitstagung, die dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch aller in der Jugendpflege und -fürsorge Tätigen diene. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Vorträge hielten Professor Dr. Ruffin (Mainz) über die geistige Situation der heutigen Jugend, Regierungsdirektor E. Mihzenmay (Neustadt) über die materielle Situation der heutigen Jugend, Amtsgerichtsdirektor Dr. Buch (Mainz) über das Jugendstrafrecht, Schreiber vom Jugendamt Trier über Jugendgerichtshilfe, Oberregierungsrat Rehbein (Wittlich), über Jugendstrafvollzug und Betreuung straffälliger Jugendlicher, während Regierungsamtmann Leyens (Koblenz) aktuelle Fragen aus dem Gebiet der Jugendwohlfahrt, insbesondere des Vormundchaftswesens und der Fürsorgeerziehung behandelte. An der Tagung nahmen Vertreter sämtlicher Wohlfahrtsverbände und der verschiedenen Jugendverbände teil.

Chefredakteur Erich Dombrowski

Verantwortliche Redakteure: Stellvertreter der Chefredakteur: Dr. Ernst Samhaber (z. Z. Südamerika); Politik: Dr. Reinhold Zenz, Fritz Walter; Feuilleton: I. V. Martin Ruppert; Wirtschaft: Dr. Fritz Claus; Lokales: Bernhard Gnegel; Sport: Franz Krawutschke; Heimat: Willi Lindner, Chef vom Dienst: Hugo V. Seib.

Verlag: Mainzer Zeitungsverlags-G. m. b. H., Mainz. Druck: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerel Will und Rothe KG., Mainz. Tel.-Sa.-Nr. 4371. Liz.-Nr. 217 d. Frz. Mit-Reg.

ANZEIGENPREISE: Lt. Preislste Nr. 7 vom 1. 5. 1949. BEZUGSPREIS je Monat: 2,90 DM durch Träger frei Haus; durch die Post 2,54 DM zuzüglich Zustellgeld. Wöchentlich 6 Ausgaben. Postscheck: Ludwigshafen Nr. 234 43, Frankfurt am Main Nr. 228 40.

Bei Lieferungsbehinderungen infolge höherer Gewalt, Streik usw. besteht kein Anspruch auf Rückerstattung bzw. Ermäßigung des Bezugspreises.

er ist ein Berg

D VON RADECKI

keit liebt. Das bißchen Erdbeben, das hier und da gemeldet wird, rührt nur daher, daß die Leute um ihr Geld zittern. Die einzigen wilden Tiere, die es in der Schweiz gibt, sind das Murmel und das wilde Tier im Wallis. Der Schweizer selbst ist zahm, doch alle drei Wochen geraten die drei Millionen gerechten Kammacher ins Toben — meist über irgendeine Kommunalfrage, z. B. ob das Schulhaus zu komfortabel ist. Aber jedesmal, wenn die Faust des einen von der Nase des andern nur noch ein Millimeter entfernt ist — setzen sich die beiden, als ob nichts gewesen wäre, und trinken einen mords-guten Sauser! Diese Eigenschaft hat die Schweizer zum ersten politischen Volk der Welt gemacht. Sie, die heftig bestreiten, Deutsche zu sein, haben damit bewiesen, daß der Deutsche unter Umständen auch Talent für Politik haben kann. Doch nein, er ist kein Deutscher, sondern eben Schweizer, weil er 32 Dialekte statt Hochdeutsch spricht, welches er Schriftdeutsch nennt, da er es nicht durchs Gehör, sondern durch die Augen zu sich nimmt. Wenn der Schweizer hochdeutsch spricht, so wirft er sich, insgeheim kichernd, den sprachlichen Braten nach um.

ng

orms, Gaustr. 44 / Kreuznach, Mannh. Str. 130
21 / Ingelheim, Binger Str. 92 / Alzey, Fisch-
Obersteln, Austraße 3 / Simmern, Oberstraße 14

Preis 15 Pfg.

A. Z. 8.10.48.

Rheinfranken

Von Dr. Hermann Neussel

In unserer Ausgabe vom Mittwoch hatten wir dem Verfasser Raum für seine Vorschläge für ein Rheinfranken gegeben, ohne uns ohne weiteres damit identifizieren zu wollen. Nachstehend folgt der abschließende Teil seiner Ausführungen. Die Redaktion

II.

Daß ein Staat Rheinfranken ethnographisch das gegebene wäre, dürfte wohl von niemand bestritten werden. Es fragt sich nur, ob vom wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Standpunkte aus Einwände erhoben werden können. Doch wohl kaum. Wirtschaftlich hätte dieser Staat eine gesunde Mischung von Industrie und Landwirtschaft, insbesondere auch Viehzucht, Wald- und Weinbau, verkehrstechnisch wäre die Hauptstadt Mainz von überall schnell und bequem zu erreichen. Bei der Erörterung der neuen Landesgrenzen sollte man nicht so schwerfällig sein und mehr Wendigkeit, Jugendfrische und Unvoreingenommenheit zeigen. Allerdings ist der Termin für die Festsetzung der neuen Landesgrenzen viel zu kurz. Es bedarf einer langen, gründlichen Vorbereitung. Die berufenen Männer hierzu sind in erster Linie Universitätsprofessoren, und zwar Geologen, Historiker und Nationalökonom. Sie haben den Vorzug der Wissenschaftlichkeit, Gründlichkeit und Unparteilichkeit. Man bilde also eine Kommission aus Mainzer Universitätsprofessoren unter Zuziehung von Vertretern der Industrie und Landwirtschaft. Diese Kommission könnte unter Benutzung von sorgfältigem statistischem Material in aller Ruhe zusammenarbeiten und positive Vorschläge machen. Freilich gehört dazu Zeit, mindestens ein Vierteljahr. Bis zum 15. Oktober läßt sich eine solche Arbeit unmöglich erledigen.

Regionale und lokale Aenderungen

Außerdem müssen, ganz unabhängig von den Landesgrenzen, regionale und lokale Aenderungen und Verbesserungen getroffen werden, und zwar unter Zuziehung lokaler Persönlichkeiten.

In verschiedenen Aufsätzen in der „Allgemeinen Zeitung“ wurde bereits auf die unsinnigen Grenzverhältnisse im Nahe- und Glangebiet aufmerksam gemacht. Der Wiener Kongreß hatte in unglaublicher Weise die kleinen Flüsse Nahe und Glan zur Grenze gemacht und dadurch Kreuznach und Meisenheim von ihrem natürlichen Hinterland abgeschnitten. Selbstverständlich gehören die Orte Bingerbrück usw. zu Bingen, Planig usw. zu Kreuznach. Noch toller sind die Grenzverhältnisse im Glantal. In Nr. 68 der „Allgemeinen Zeitung“ erschien unter der Überschrift „die Landesgrenzen am Glan“ ein ausgezeichnete Aufsatz, der unhaltbaren Grenzverhältnisse im Glantal ausführlich schilderte. Diese Grenzverhältnisse wirkten sich wirtschaftlich außerordentlich ungünstig aus.

Ein einfacher Blick auf die Karte zeigt jedem Unbefangenen, daß das Glantal von Odernheim bis etwa St. Julian einschließlich der dazugehörigen Seitentäler ein selbständiges Verwaltungsgebiet werden muß. Das alte und ehrwürdige Meisenheim, die „Perle des Glantals“, das „Rothenburg am Glan“, wird die natürliche Verwaltungshauptstadt dieses Glankreises sein. Die Bevölkerung verlangt, daß ganze Arbeit geleistet wird.

Auch nach Abstoßung ihrer rheinfränkischen Gebiete werden die Länder Hessen und Baden-Württemberg große und leistungsfähige Staaten sein und immer noch größer als Rheinfranken.

Das schönste Land

In einem Staat Rheinfranken würden sich sämtliche Einwohner wohl und heimisch fühlen. Dieses Land wäre nicht nur wirtschaftlich gesund und leistungsfähig, es wäre auch das schönste Land in Deutschland und — last not least — es hätte die besten Weine. Der herrliche Rheinstrom mit der Hauptstadt Mainz, die berühmten Bäder Kreuznach und Wiesbaden, Alt-Heidelberg, der Pfälzer Wald, um nur diese zu nennen, wären einzigartige Anziehungspunkte. Ein Strom von Touristen aus dem In- und Ausland würde zur Vermehrung seines natürlichen Reichtums beitragen.

Und noch ein Kleinod besitzt dieses Land: das Hambacher Schloß. Hier wurde 1832 die Fackel der Freiheit und Völker-verbüderung entzündet, die ihr Licht nach ganz Deutschland ausstrahlte. Das Volk, namentlich die Jugend, wünscht den Begriffen eine konkrete Form zu geben. Es ist kein Zufall, daß der Tag des französischen Nationalfeiertags nicht durch eine abstrakte Idee, sondern durch eine Tat, die Erstürmung der Bastille, bestimmt wurde. Auf dem Hambacher Schloß müßte ein würdiges Nationaldenkmal errichtet werden mit den Porträts der beiden Hauptredner auf dem Hambacher Fest, Wirth und Siebenpfeiffer. Es wäre sogar zu begrüßen, wenn der 27. Mai, der Tag des Hambacher Festes, zum Nationalfeiertag erhoben würde. Das Hambacher Schloß mit seinem prachtvollen Ausblick auf die Rheinebene müßte der Wallfahrtsort für alle freiheitsliebenden Deutschen werden.

„So geht es Gegen verschleppte Lohnver-

Vom Landesverband der Gewerkschaften Öffentliche Betriebe und Verwaltungen Rheinland-Pfalz wird uns geschrieben:

Seit Monaten fordert die Gewerkschaft der Öffentlichen Betriebe und Verwaltungen von Rheinland-Pfalz im Rahmen der von der Militärregierung erteilten Genehmigungen die Erhöhung der Löhne und Gehälter auch für die bei der öffentlichen Hand beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Doch alle ihre Bemühungen blieben bisher ohne Erfolg. Seit Monaten werden die Arbeiter und Angestellten mit Versprechungen hingehalten. Zuerst hieß es, die bevorstehende Währungsreform einmal abzuwarten. Doch die Proteste der Gewerkschaft zwangen zur Stellungnahme. Man erkannte nun die Notwendigkeit an, Lohnerhöhungen vorzunehmen. Doch während die Preise im Riesentempo aufwärts schnellten, wurden die Verhandlungen in die Länge gezogen.

Längst schon war von den Arbeitgebern die Erhöhung der Löhne und Gehälter genehmigt worden. Doch die Landesregierung, die in letzter Instanz für die gesetzliche Durchführung der Lohnerhöhungen verantwortlich ist, fand sich erst am 30. August 1948 zu einer Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern bereit. An dieser in Mainz abgehaltenen Sitzung nahmen als Vertreter der Landesregierung die Minister Dr. Hoffmann, Steffan und Bökenkrüger teil. Ein Ergebnis kam nicht zustande. Die Minister versprachen lediglich, sich für die Vorlage der Gewerkschaftsforderungen beim Ministerrat einzusetzen.

Am 9. September nahm der Ministerrat dazu Stellung. Er entschied: eine zehnprozentige Lohnerhöhung solle am 13. September eintreten, eine weitere fünfprozentige Erhöhung am 1. November 1948 folgen. Unberücksichtigt blieben alle weiteren Forderungen der Gewerkschaften. Für die Angestellten wurde die geforderte Gehaltserhöhung nicht bewilligt.

Die seit Monaten geübte Verschleppungspolitik wurde auch jetzt noch fortgesetzt. Erst drei Wochen nach der Beschlussfassung wurde die Gewerkschaft von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Der Landesverband der Gewerkschaft Öffentlicher Betriebe und Verwaltungen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober in einer scharfen Erklärung gegen die Behandlung der Gewerkschaft und damit der gesamten Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe schärfsten Protest bei der Landesregierung erhoben. Er sieht in dem Verhalten der Landesregierung eine Mißachtung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten und empfindet die Art, wie man die Gewerkschaft als die berufene Vertreterin der

Auch in Hessen noch

Pz. Frankfurt, 7. Okt. (Eigener Bericht.) Nach erfolgversprechenden Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltung mit den kommunalen Spitzenverbänden nach der erfolgten Urabstimmung über einen Streik bei Nichterfüllung der Gewerkschaftsforderungen haben sich neue Stockungen in der Regelung der Lohnfrage ergeben. Auf der am 6. Oktober abgehaltenen neuen Besprechung zwischen Gewerkschaften und Kommunen in Frankfurt wiesen die Gewerkschaften darauf hin, daß die Geduld der Arbeitnehmer nunmehr erschöpft sei. Bei Nichterfüllung der Forderungen drohe ein baldiger Streik aller Arbeiter und Angestellten der kommunalen Verwaltungen.

In der freien Wirtschaft und auch bei den Zwei-Zonen-Behörden werden jetzt durchschnittlich 20 Prozent Lohnerhöhungen gezahlt. Die Kommunen haben den Arbeitern eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung bewilligt, während die Angestellten leer ausgehen sollen. Die Arbeiter erklären sich nun mit den Angestellten solidarisch und verlangen für kleine Ge-

Der Sonnenwirt

Roman von Hermann Kurz

31)

„Nein, alter Vater“, erwiderte Friedrich, indem er Christinen um den Leib haltend zu ihm trat und seine Hand mit Gewalt faßte, „s ist mir jetzt eben nicht spöttisch zumut, aber ich seh nur nicht ein, was es für ein Jammer sein soll, daß ich jetzt endlich vor den Herren und vor der ganzen Gemeinde erklären kann, daß ich mich mit der Chritine in allen Treuen verprochen hab und sie heiraten will. Und das sagst du morgen vor Kirchenkonvent, Christine, und gibst alles an, wie's wahr ist, und sagst unverhohlen, ich sei der Vater zu dem Kind, das du unterm Herzen trägst. Heulet doch nicht so“, wandte er sich zu der Alten, die bei diesen Worten wieder in ein lautes Geschrei ausbrach, „das ist eine natürliche Sach, wer A gesagt hat, muß auch B sagen, und mich wundert's nur, daß die Leut noch so ein Zetermordio drüber verführen können, da es doch oft und allerorten vorkommt. Es ist nur, bis das Kränzle verschmerzt ist. Macht man noch einen Unterschied zwischen einer Frau, die vor zehn, zwanzig Jahren am Mittwoch hat vor dem Altar stehen müssen, und einer, die ihr Kränzlein in Ehren, wie sie's heißen, vor den Menschen, aber vielleicht nicht vor Gott getragen hat? Ja, es ist schon oft genug vorkommen, daß eine, statt an ihre Vergangenheit zurückzudenken, ihre jüngeren Leidensschwester auf bitterste verfolgt hat, und ist noch liebloser mit ihnen umgangen, als eine, der man nichts hat vorwerfen können. So darfst du's einmal nicht machen, Christine, sonst halt ich dir einen Spiegel vor, in dem du etwas schauen kannst, was dir solch ein uneheliches Betragen verbieten soll.“

„Er ist doch ein sündhafter Mensch“, sagte der Hirschbauer, den übrigens Friedrichs Reden sichtlich aufgerichtet hatten. Die Alte aber verharrte in ihrer Tröstlosigkeit und schalt ihn heftig, daß er es

Zeitung

zeiger

Geschäftsst.: Worms, Gaustr. 44 / Kreuznach, Mannh. Str. 130
Bingen, Salzstr. 21 / Ingelheim, Binger Str. 92 / Alzey, Fischmarkt 4 / Idar-Oberstein, Austraße 3 / Simmern, Oberstraße 14

Preis 15 Pfg.

A. Z. 6. 10. 48.

Rheinfranken

Von Dr. Hermann Neussel

I

Bei der Festsetzung der neuen Landesgrenzen muß man berücksichtigen: 1. Die Geschichte, 2. die Stammeszugehörigkeit, 3. die wirtschaftlichen Beziehungen, 4. die Verkehrsverbindungen.

Der zweite Punkt ist, obwohl er vielleicht der wichtigste ist, vorher zu wenig berücksichtigt worden. Zu welchem Stamm gehören die Bewohner des Landes Rheinland-Pfalz? Sie sind sämtlich Rheinfranken. Welche Deutsche außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz sind noch Rheinfranken? Der nördliche Teil von Baden mit Mannheim und Heidelberg sowie das rechte Rheinufer zwischen Koblenz und Bingen, noch etwas weiter als die ehemalige Rheinprovinz reichte, einschließlich Wiesbaden.

Es ist merkwürdig, daß die früher so stolzen Rheinfranken nicht den glühenden Wunsch haben, in einem Staat der Rheinfranken zu leben, in dem sämtliche Rheinfranken vereinigt sind. Warum sind Bestrebungen in der Pfalz im Gange, die Pfalz an Württemberg-Baden anzuschließen und damit die Existenz unseres schönen Landes, dessen Ministerium und Parlament auch in den schwierigsten Zeiten vorbildlich gearbeitet haben, zu vernichten? Von den Vorwürfen die erhoben werden, ist nur der eine richtig, daß das Land zu klein ist. Aber dem kann doch leicht abgeholfen werden.

Die Pfalz und Bayern

Bekanntlich kam die Pfalz infolge Personalunion seiner Zeit zu Bayern. Natürlich fühlte sich der Pfälzer nicht als Bayer. In Bayern gelten sowieso nur Ober- und Niederbayern als echte Bayern. Niemals sagt der Nürnberger „Ich bin Bayer“, er sagt „Ich bin Franke“, ebenso sagt der Augsburger „Ich bin Schwabe“. Immerhin ist es der Pfälzer in Bayern nicht schlecht gegangen. Wenn auch die Gegensätze zwischen Pfälzern und Bayern manchmal unliebsam zutage traten, wie zum Beispiel in altbayerischen Garnisonen, so ist andererseits die Hauptstadt München auch bei den Pfälzern sehr beliebt gewesen. In München fühlte sich der Pfälzer zu Hause. Das ausgesprochene schwäbische Stuttgart würde sich als Hauptstadt niemals in der Pfalz einer solchen Beliebtheit erfreuen wie München. Hut ab vor den Schwaben, sie sind ein fleißiger und tüchtiger Menschenschlag. Aber die Pfälzer sind nun einmal keine Schwaben, sondern Rheinfranken. Der Pfälzer, namentlich der Vorderpfälzer, kritisiert gern und scharf, und diese scharfe Kritik würde sich gegen die Schwaben noch mehr richten als früher gegen die Bayern. Anstatt des bayerischen „Zwockel“ hätte der pfälzische Volkswitz für den Schwaben auch sehr bald einen Spitznamen gefunden.

Baden-Württemberg?

Man denkt bei dem Anschluß der Pfalz an Baden-Württemberg ja auch weniger an Württemberg, als an den nördlichen Teil Badens. Die Pfälzer mögen aber bedenken, daß in einem Staat Baden-Württemberg-Pfalz die Schwaben die erste Geige spielen würden, geredes so wie früher die Bayern, davor schützen alle Kautelen nicht.

Historisch betrachtet, gehört der nördliche Teil Badens ohne Zweifel zur Pfalz, er war bekanntlich ein Teil der Kurpfalz. Es wäre also nur gerecht und billig, daß dieser zur alten Kurpfalz gehörende Teil Badens der Pfalz und damit dem Staat Rheinfranken angegliedert würde, zumal seine Bewohner echte Rheinfranken sind. Der Staat Baden-Württemberg würde dann nach Abtretung Nordbadens die beiden Stämme Schwaben und Alemannen umfassen, die sehr gut zueinander passen. Leider ist der historische Sinn im deutschen Volk wenig entwickelt, und man kann annehmen, daß die meisten Bewohner des badischen Teils der Kurpfalz sich des früheren Zusammenhanges mit der Pfalz wenig bewußt sind. Auch heißt es mit Recht „Die Gewohnheit nennt er seine Amme“. Wir zweifeln aber nicht daran, daß die Bevölkerung, wenn sie einmal ein Jahr lang mit der Pfalz zu dem Staate Rheinfranken gehören würde, recht zufrieden wäre. Volksabstimmungen über derartige schwierige Fragen pflegen recht problematisch zu sein, da nur wenige die notwendigen historischen Kenntnisse besitzen und die meisten sich mit den Problemen gar nicht ernstlich und selbständig befassen. Mindestens müßte vor der Volksabstimmung ein ausführliches Gutachten einer Sachverständigenkommission vorliegen.

Regierungssitz Mainz

Ein großer Fehler ist gemacht worden: Man hätte den Regierungssitz unseres Landes sofort nach Mainz verlegen müssen, nicht nach Koblenz. Koblenz, die frühere Hauptstadt der ehemaligen preussischen Rheinprovinz, hat nun mal in der Pfalz den Geruch einer „preußischen Stadt“. Das goldene Mainz dagegen ist in der Pfalz populär. Mainz hat durchaus süddeutschen Charakter. Und die Bezie-

spflege

zungszone

jedoch eine Begrenzung der Strafen auch bei den aus früherer Zeit stammenden Bestimmungen vor. Soweit es sich um Tatbestände — insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete — handelt, die von der Besatzungsbehörde nicht für strafbar erklärt, aber doch von den Gerichten der Militärregierung abzuurteilen sind, unterliegen die Täter den deutschen Strafbestimmungen.

Gerichtsverfahren der Militärregierung

Die dritte Verordnung regelt das Gerichtsverfahren der Militärregierung. Im Ermittlungsverfahren darf die Polizei den Angeschuldigten nur so lange festhalten, wie es für seine Vernehmung erforderlich ist. Haussuchungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind nur unter bestimmten Garantien zulässig. Abgesehen von den Fällen, wo der Täter auf frischer Tat ergriffen wird, dürfen solche Maßnahmen nur von einem Mitglied der Gerichte der Militärregierung oder auf seine Anordnung getroffen werden. Wird der Antrag eines Verhafteten auf vorläufige Freilassung abgelehnt, so kann er die höhere Instanz anrufen.

Außer den Gerichten erster Instanz mit allgemeiner Zuständigkeit wird es ein höheres Gericht als Berufungsgericht geben. Sind Delikte abzuurteilen, auf die eine höhere Strafe als zehn Jahre Gefängnis steht, so werden den drei Richtern der ersten Instanz zwei Hilfsrichter beigeordnet.

ks abzusehen?

n beschränken den Ausstand

wiegenden Folgeerscheinungen zeigen sich aber schon nach Ablauf der ersten 24 Stunden. Lille, Roubaix und Tourcoing sind schon am Dienstag ohne Gasversorgung geblieben. Mehrere elektrische Zentralen mußten wegen Mangel an Kohlen stillgelegt werden. Besonders betroffen sind die Glas- und chemischen Fabriken in Wingless, die wahrscheinlich am Donnerstag geschlossen werden müssen. In Paris waren am Dienstag die öffentlichen Dienste in einen Demonstrationstreik getreten, der bis 18 Uhr dauerte. In der Frühe wurde die Kehrriht-abfuhr nicht besorgt und man befürchtete Störungen in der Wasserversorgung.

Robertson über die Besatzungskosten

Frankfurt, 4. Oktober. (Südena.) Die Herabsetzung der Besatzungskosten stehe in einem engen Zusammenhang mit dem Besatzungsstatut, erklärte der britische Militärgouverneur, General Sir Brian Robertson, in einem Schreiben an den Hessischen Finanzminister und Wortführer der westdeutschen Finanzminister. General Robertson betonte, daß er sich der Bedeutung dieses Problems, das gegenwärtig von den Militärgouverneuren beraten würde, bewußt sei. Für die von Minister Hilpert unterbreiteten Vorschläge sprach General Robertson seinen Dank aus und versprach, diesen in Zukunft besondere Beachtung zu schenken.

Oberbürgermeister Kolb verunglückt

Frankfurt, 5. Oktober. Am Dienstagmorgen, kurz nach 15 Uhr, fuhr in der Nähe der Unterschweinstiege ein amerikanischer Jeep gegen das Auto, in dem Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb saß. Der Oberbürgermeister wurde leicht, sein Fahrer anscheinend schwer verletzt. Die beiden Verunglückten wurden sofort in das Städtische Krankenhaus transportiert. Das Auto des Frankfurter Oberbürgermeisters, dem der amerikanische Wagen in die Flanke gefahren war, wurde stark beschädigt. Oberbürgermeister Dr. Kolb erlitt Hautabschürfungen am Kopf und Prellungen am Bein.

Ein Großsender bei Mainz

fr. Baden-Baden, 6. Oktober. (Eigener Bericht.) In Kürze soll mit dem Bau eines Großsenders im Gebiet zwischen Mainz und Kreuznach begonnen werden, der dem Südwestfunk zur Verfügung stehen wird. Die erforderlichen Kredite sind bereits bewilligt. Unabhängig vom Standort dieser stärksten Sendeanlage der französischen Zone wird zur Zeit die Frage geprüft, ob Mainz der Rechtssitz des Südwestfunks werden soll.

Südwestfunk in deutschen Händen

fr. Baden-Baden, 5. Okt. (Eig. Bericht.) General Koenig wird ein Rundfunkstatut für die französische Zone erlassen, nach dem die Verwaltung des Südwestfunks Baden-Baden in deutsche Hände gelegt wird. Analog den Lösungen in der amerikanischen Zone wird auch für den Südwestfunk ein Verwaltungsrat und ein Rundfunkrat gebildet werden.

hungen zwischen Mainz und der Pfalz waren immer sehr reger. Auf dem Denkmal der Freiheitskämpfer in Kirchheimbolanden, die im Jahre 1348 im Kampfe gegen preußische Truppen ihr Leben lassen mußten, sind auffallend viele Namen aus Mainz verzeichnet.

Viel zu wenig wird auch berücksichtigt, daß die Pfalz eigentlich aus zwei Teilen besteht, der Vorderpfalz und dem Westrich. Der Westrich ist ein anderer Menschenschlag als der Vorderpfälzer. Der Westricher erkennt an, daß der Vorderpfälzer lebhafter und wendiger ist. Der Vorderpfälzer ist auch das, was man gemeinhin „Pfälzer Krischer“ nennt. Unbestritten ist auch die Führerrolle der Vorderpfalz im Freiheitskampf 1848. Aber ein klein wenig Berücksichtigung glaubt auch der bescheidene Westrich bean-

spruchen zu dürfen. Es ist keine Frage, daß, während der Vorderpfälzer nach Mannheim und Heidelberg gravitiert, der Westrich seinem ganzen Wesen nach, auch wirtschaftlich und kulturell, nach Mainz gravitiert. Die Annäherung zwischen Mainz und Pfalz wurde durch die Gründung der Mainzer Universität vertieft. Die Mainzer Universität erfreut sich in der Pfalz einer großen Beliebtheit und der Pfälzer Student fühlt sich in Mainz außerordentlich wohl. Aber glücklicherweise braucht die Pfalz sich ja gar nicht zwischen Mainz und Heidelberg zu entscheiden, sondern die natürliche Parole muß lauten: Mainz und Heidelberg. Wenn der Staat Rheinfranken in der vorgeschlagenen Ausdehnung gebildet wird, wird der Westrich als Universität Mainz bevorzugen, die Vorderpfalz Heidelberg.

Spielbank Bad Neuenahr im Entstehen

Aufnahme des Spielbetriebs voraussichtlich 15. Dezember

Bad Neuenahr, 5. Oktober. (Südena.) „Schneller als erwartet hat die Kunde von der Errichtung einer Spielbank in Bad Neuenahr im In- und Ausland ihr Echo gefunden“ erklärte Direktor Förster, der Leiter der Spielbank, einem Südena-Vertreter.

Jetzt häufen sich die Nachfragen aus den deutschen Ländern, doch auch das Ausland ist stark interessiert. Dänemark, Holland, Oesterreich und die Schweiz nehmen die erste Stelle in den Anfragen ein.

Kriegsversehrte als Croupiers

Nachdem die französische Militärregierung auf Vorschlag der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Konzession erteilt hatte, begannen in der Badestad die ersten vorbereitenden Arbeiten. Im Kurhaus werden die Lesesäle baulich verändert und den Erfordernissen des Spielbetriebes angepaßt. Der Ankauf eines großen Hotels steht kurz vor dem Abschluß. Dort werden sämtliche Angestellte des Casinos wohnen. In diesen Tagen erfolgt die Eröffnung einer Fachschule, in der die Croupiers und Spielleiter ausgebildet werden. Ein Lehrgang dauert drei Monate. Zu Beginn sind 90 Fachkräfte, die in der Mehrzahl dem ehemaligen Zoppoter Stamm entnommen sind, notwendig. Für den Nachwuchs werden in erster Linie Kriegsversehrte herangezogen. Die Auswahl wird unter äußerst strengen Gesichtspunkten getroffen, da vom Croupier wie auch vom Spielleiter, die laufend unter staatlicher Kontrolle stehen, sehr viel verlangt wird.

Sieben Spieltische

Der Spielbetrieb, der voraussichtlich am 15. Dezember aufgenommen wird, findet zu Beginn an 7 Tischen (5 Roulette, 2 Baccarat) statt. Später soll unter Hinzunahme von weiteren Sälen im ersten Stock an 12 Tischen gespielt werden. Der Einsatz staffelt sich von 2 bis 2400 DM, jedoch ist eine bestimmte Klausel ausgearbeitet. Alle in Bad Neuenahr Ansässigen dürfen sich am Spielbetrieb nicht beteiligen. Die Sperrzone erstreckt sich zwischen 5 und 10 Kilometer um die Badestad.

70 Prozent der Einnahmen für Bad Neuenahr

Das Land Rheinland-Pfalz, die Gemeinde sowie die Kurverwaltung Bad Neuenahr sind mit insgesamt 70 Prozent an den Bruttoeinnahmen beteiligt. Nach den Erfahrungen von Zoppot wird im kommenden Frühjahr die Gesellschaft auch für die Unterhaltung der Kurgäste sorgen. In Gemeinschaft mit dem Ensemble des Bonner Stadttheaters werden regelmäßig Aufführungen stattfinden. Sonderbeiträge sind zur Förderung, Pflege und zum großzügigen Ausbau der Kur- und Sportplatzanlagen der Stadtverwaltung bereits zugesichert.

Die Gesamtleitung der Spielbank liegt in den Händen von Direktor Förster, der bereits im Ostseebad Zoppot eine Spielbank gründete.

Auch Wiesbaden und Bad Homburg

Die Errichtung von Spielbanken in Wiesbaden und Bad Homburg wurde nunmehr vom hessischen Kabinett grundsätzlich unter-

der Voraussetzung genehmigt, daß 70 Prozent des Bruttoerlöses der Spielbanken an das Land abgeführt werden.

Neues Fernsprechtamt in Baden-Baden

Baden-Baden, 3. Oktober. (Südena.) Am 2. Oktober fand in Baden-Baden die Übergabe des für die französische Militärregierung hergestellten Fernsprechtamtes an die PTT in Anwesenheit des Generals Guillaume in Vertretung des Generals Koenig, des Direktors der PTT Pruvost, des Präsidenten Tanner von der Oberpostdirektion Freiburg, des Präsidenten Gerwig vom deutschen Postzentralamt Rastatt und anderer Persönlichkeiten statt.

Die Neuanlage, die unter den üblichen zeitbedingten Schwierigkeiten von der Firma Siemens-Halske erstellt wurde, gibt auch dem deutschen Fernsprechtamt in Baden-Baden seine Selbständigkeit wieder. In Zukunft wird daher die Annahme und die Abwicklung der Ferngespräche schneller vonstatten gehen.

In Rheinland-Pfalz wurden nach einer Statistik der Landeskriminalabteilung in den Monaten Juli, August und September insgesamt acht Raubüberfälle, 593 Diebstähle, 76 Unterschlagungen, 44 Betrugsereignisse, 21 Sittlichkeitsdelikte und 253 sonstige Gesetzesübertretungen angezeigt.

Die Verfolgten u Eine Erklärung

We. München, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Pressekonferenz nahm der bayerische Staatskommissar für die politisch Verfolgten, Dr. Auerbach, Stellung zu dem Problem der jüdischen Verschleppten. Dr. Auerbach wies die in der Öffentlichkeit erhobene Behauptung, die Mitnahme von Auswanderungsgut durch die Verschleppten käme einer dritten Demonstration gleich, als ungerechtfertigt zurück. Die Auswanderung erfolge in immer schnellerem Tempo. Die Mehrzahl der Auswanderer gehe mit ganz erbärmlichem Gepäck fort. Einhundert Kilogramm pro Person seien freigegeben, aber sechzig Prozent nähmen diese Quote nicht in Anspruch. Selbstverständlich gäbe es auch Elemente, die einen illegalen Export auszuführen versuchten. Sie seien besonders unter den 5700 jüdischen Verschleppten zu finden, die aus Berlin nach Bayern evakuiert worden seien und über ganz erstaunliche Geldmittel verfügten.

Dr. Auerbach setzte sich für eine beschleunigte Räumung der Verschleppten-Lager ein, um sie für Flüchtlinge freimachen zu können. Er gab der Zuversicht Ausdruck, daß bis zum März des nächsten Jahres sämtliche Lager geräumt sein würden. Man müsse einen erheblichen Unterschied machen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Verschleppten. Der Laie verstehe unter einem Verschleppten

schon wieder aus der Fremde da? Was ist denn das? Wie geht denn das zu?"

„Schrecklich ist's“, erwiderte der Ankömmling, „wenn man alt und jung, Kind und Kegel immer auf die nämliche Frage Antwort geben soll. Wo ich geh und steh, greift man mich mit Fragen an und verlangt Rechenschaft von mir, warum ich schon wieder da sei. Ich will's Euch nachher alles haarklein sagen, aber zuerst hab ich eine Bitt an Euch. Tut mir die Liebe, Bas, und gehet, so groß und schwer Ihr seid, den Abend noch hinaus zum Hirschbauer und saget einem von der Christne ihren Brüdern, am liebsten dem Jerg, denn der ander ist hinter den Ohren nicht trocken, daß ich notwendig mit ihm zu reden hab. Ich kann mich keinem Menschen sonst anvertrauen als Euch, denn der Profos hat's in den Gliedern, heißt das, soweit sie nicht hölzerne sind.“

„Ach, Friederle“, seufzte die Frau, „ich tät's gewiß gern, aber bei mir ist's auch mit dem Springen vorbei. Ich kann dem Profosen mit seinem Gliederweh Gesellschaft leisten: seit ein paar Tagen weiß ich - warum ich immer so müd bin, ich hab geschwollene Füß.“

„Wird doch das nicht sein. Sollen denn meine besten Freund in so kurzer Zeit bresthaft werden?“

„Mein Mutter ist an der Wassersucht gestorben“, sagte sie, „und ich weiß jetzt auch, was mir blüht. Eure Hochzeit erleb ich schon nicht mehr; wenn ihr aber zusammenkommet und vernügt miteinander lebet, so soll mich's noch unterm Boden freuen. Dem Jerg will ich durch den Beckenbuben entbieten, daß er zu mir herkommt. Was soll ich ihm denn ausrichten?“

„Man paßt mir auf jeden Schlich auf. Saget meinem Schwager und vergesset ja nicht, ihn so zu heißen, morgen um Vesperzeit oder etwas später, wenn der Tag sich neigt, woll ich ihn unter den Linden an der Schießmauer treffen.“

„Kann mir's schon denken. Es soll pünktlich ausgerichtet werden. Heut abend muß er noch zu mir kommen.“

Hierauf erzählte er ihr, wie seine Reise abgelaufen und unter welcher Bedingung

Wer hat „Ansprüche“ auf Rheinland-Pfalz?

Zu Erklärungen des hessischen Ministerpräsidenten A. Z. 18.1.50.

W. Wie die „Deutsche Presse-Agentur“ (dpa) und Radio Frankfurt übereinstimmend berichtet haben, soll der Ministerpräsident von Hessen, Christian Stock, auf dem Bezirkstag der südhessischen Sozialdemokratischen Partei am vergangenen Sonntag in Frankfurt die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz und dessen Anschluß an Hessen gefordert haben. In dem Bericht heißt es gleichzeitig, der Ministerpräsident habe erklärt, „die einzelnen Gebiete von Rheinland-Pfalz müßten in die Länder eingegliedert werden, die einen Anspruch darauf haben“.

Es läßt sich nicht gut annehmen, daß dieser Bericht genau sein soll. Denn zwischen seinem ersten Teil und dem zweiten besteht einiger Widerspruch. Insbesondere aber fällt es schwer, anzunehmen, daß der Ministerpräsident von „Ansprüchen“ gesprochen haben sollte, die hier zu verwirklichen seien, und daß das Land Hessen Ansprüche auf Rheinland-Pfalz besitze oder zu besitzen vermeine.

Bis zum Vorliegen eines genaueren und glaubwürdigeren Berichtes halten wir es deshalb für unsere publizistische Pflicht, den Ministerpräsidenten von Hessen gegen eine Darstellung wie diese in Schutz zu nehmen.

Wir sind einstweilen überzeugt, daß er nicht so gesprochen haben kann, zum wenigsten nicht wörtlich so. Denn man weiß von ihm allenthalben, daß er des Wortes mächtig ist und weiß, was er sagt. Und wenn es sich auch bei der Frankfurter Tagung um eine gewissermaßen interne Versammlung der Sozialdemokratischen Partei gehandelt hat, so hat doch Christian Stock hierbei nicht lediglich als ein - wenn auch noch so prominentes - Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gesprochen.

Deshalb zunächst: „Ansprüche“ auf Rheinland-Pfalz bestehen nirgendwo innerhalb der Bundesrepublik, weder im Nachbarlande Hessen noch in Bayern noch in dem (einstweilen reichlich fiktiven) Südweststaat.

Daß es sich bei dem Lande Rheinland-Pfalz nicht um ein natürlich gewachsenes, durch äußere und innere Kräfte wie durch natürliche Dynamik zusammengeschmiedetes Land handelt, sondern um ein künstlich geschaffenes Gebilde, darüber braucht heute (nach allem, was vorausgegangen ist) kein Wort mehr verloren zu werden. Auch kein Wort über die Tatsache, daß das Land Rheinland-Pfalz seine Existenz nur äußerst mühsam fristen kann, weil seine Lebensgrundlage zu schmal ist und seine wirtschaftlichen Kräfte, mindestens zur Zeit, zu gering sind.

Wenn also die Ordnung der innerdeutschen Verhältnisse einmal so weit gediehen sein wird, daß wir uns den Luxus einer neuen Gebiets- oder Länder-Abgrenzung werden leisten können, dann wird für Rheinland-Pfalz die große Stunde der Entscheidung schlagen. Allerdings: Dann erst, nicht vorher.

Und wenn diese Stunde geschlagen haben wird, dann wiederum wird nicht darnach verfahren werden, ob und welche Nachbarländer irgendwelche „Ansprüche“ auf das Territorium von Rheinland-Pfalz zu haben meinen oder wännen, sondern einzig und allein darnach, was die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz für richtig, für notwendig und für deutsch halten wird.

Welcherlei Gelüste, Rechnungen und Anwartschaften östlich der heutigen Grenzen von Rheinland-Pfalz bestehen, hat dabei keine Rolle zu spielen und wird, so Gott will und das Volk seinen klaren Kopf behält, auch keine Rolle spielen.

Es ist kein Geheimnis, daß über den Inhalt und die Beweggründe aller der Gelüste und Rechnungen, um die es sich hier handelt, landauf und landab nur noch wenig Unklarheit besteht. Man kennt die Weise, man kennt den Text, man kennt auch die Verfasser.

Insbesondere wird das Bedürfnis der Rheinhesen auf der Mainspitze, ein zwar steuerlich willkommenes, aber im übrigen ziemlich einflußloses (weil weder im Bundesrat noch in der Konferenz der Finanzminister entsprechend zur Geltung gelangendes) Anhängsel von Hessen zu sein, in den Berechnungen der Neuordner regelmäßig namhaft überschätzt. Die Mainspitze schafft sich ihre wirtschaftliche Zukunft - worauf man sich verlassen kann -, ob mit oder ohne Protektion von ganz oben her. Beste Vorbedingungen hierfür sind gegeben, weitere werden geschaffen, manche sind von der Ausstrahlung des Europa-Hilfsplanes zu erwarten. Nicht alles und jedes vollzieht sich so, wie es sich in gelegentlichen Parteiversammlungen darstellt. Wer in ruhiger Besonnenheit die Kräfte abwägt, die von den Industrie- und Handwerkskammern in Koblenz, Trier und Mainz ausgehen, wird zur Einsicht gelangen, daß die wirtschaftlichen Kräfte von Rheinland-Pfalz bisher noch nicht wirksam und entscheidend in diesen Streit der Meinungen eingegriffen haben. Das gleiche trifft auch auf andere Volkskräfte zu, die - ob in Rheinhesen oder in der Pfalz - noch „außerdem“ vorhanden sind, also außerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

Mit anderen Worten: „Ansprüche“ auf Rheinland-Pfalz bestehen nirgendwo. Wofür sich die Staatsbürger einmal entschließen werden, falls sie sich vor die Entscheidung gestellt sehen werden, das liegt einzig und allein bei ihnen selber, nicht in den Befugnissen von Parteiversammlungen. Sie sollen, müssen und - so Gott will - werden so entscheiden, wie (neben ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen) ihr deutsches Bewußtsein es ihnen gebietet.

„Los von Koblenz“ Jäger zur Pfalz-Frage

München, 17. Januar. (dpa) Die „bayerische Öffentlichkeit“ befaßt sich mehr mit Gröning als mit einer der wichtigsten Fragen, nämlich dem Anschluß der Pfalz an Bayern

SIAMZ, Nl. Oppenheim / 42.4 - 143 erklärte Regierungsrat Jäger, der Leiter des Pfalz-Ausschusses, in München. Er stellt fest, daß die Pfalz bisher noch nicht staatsrechtlich von Bayern getrennt sei und wies darauf hin, daß die Parole der Pfälzer „Los von Koblenz“ sei.

Die Anhänger des Anschlußgedankens an Bayern bezifferte Jäger mit über fünfzig Prozent. In längeren Ausführungen stellte der Regierungsrat Jäger drei Möglichkeiten für die Pfalz heraus: 1. den Status quo, 2. Zusammenschluß zu einem kurpfälzischen Gebiet, 3. Anschluß an Bayern.

Jäger sagte, daß die politischen Parteien sich nicht offiziell mit der Pfalzfrage befaßten, daß aber die Frage: Anschluß an Bayern oder nicht, einen Riß quer durch die Parteien aufzeige. Zum Schluß seiner Ausführungen setzte er sich für eine Aktivierung der rechtsrheinischen Presse in bezug auf die Pfalz ein und betonte die enge Verbundenheit zwischen Bayern und der Pfalz.

Bezirkstag Pfalz gegründet

Neustadt (Haardt), 17. Januar. (dpa) Als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts wurde am Montag in Neustadt an der Haardt der Bezirkstag Pfalz gebildet. Er wird den bisherigen Bezirksverband Pfalz übernehmen, der nach 1945 durch den Regierungspräsidenten der Pfalz verwaltet wurde. Die Verwaltungsgeschäfte werden auch künftig vom Regierungspräsidenten wahrgenommen, während der Bezirkstag und der gleichzeitig gebildete Bezirksausschuß die Legislative ausüben.

Von den Abgeordneten der Pfalz im Landtag von Rheinland-Pfalz gehören dem Bezirkstag 15 von der Sozialdemokratischen Partei, 13 von der Christlich-Demokratischen Union, vier von der Freien Demokratischen Partei und drei von der Kommunistischen Partei an. Der ehemalige Oberregierungspräsident der Pfalz, Franz Bögler, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde der Abgeordnete der Freien Demokratischen Partei, Migeot. Im Bezirksausschuß ist eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten zustande gekommen, die gemeinsam 19 Stimmen und vier Sitze erhielten.

Der Umzug nach Mainz

Mainz, 17. Januar. (AP.) Aus gutunterrichteten französischen Kreisen in Mainz verlautete am Dienstag, daß die Alliierte Sicherheitsbehörde in sechs Monaten ihre Tätigkeit in Koblenz aufnehmen werde. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen alle Vorarbeiten, einschließlich der Unterbringung der Beamten und Angestellten abgeschlossen sein.

Diesen Kreisen zufolge wird dann auch mit dem Umzug der Landesregierung Rheinland-Pfalz von Koblenz nach Mainz gerechnet. Wie dazu von der Mainzer Stadtverwaltung am Dienstag mitgeteilt wurde, werden bis zu diesem Zeitpunkt auch alle Voraussetzungen für die Unterbringung der Behörden der Landesregierung in Mainz geschaffen sein.

Der Sonnenwirt

Roman von Hermann Kurz

29)

„Soll ich nach Hattenhofen schreiben?“ fragte der Chirurg.

„Wie wär's denn?“ sagte die Sonnenwirtin, die ihm eine kleine Ungemächlichkeit aufladen wollte. „Der Herr Sohn hat ja heut seinen Schabas nicht. Wie wär's, wenn Er des Schuhmachers Rappen vorspannen tät und tät sich selber nach Hattenhofen auf den Weg machen? Er kann's ja doch nicht erwarten, bis Er Sein räudigs Schaf wieder in der Kur hat. Uebrigens denket an mich, ihr beide: so lang man singt, ist die Kirch nicht aus. Ihr werdet's noch erleben, daß ich recht behalt.“

„Ich hab ohnehin ein Geschäft draußen“, erwiderte der Chirurg, der ihr die Befriedigung nicht gönnte, daß er bloß auf Veranlassung einen Weg von ein paar Stunden machen sollte. „Ich muß eine Weibsperson dort schneiden, die ein Geschwür im Munde hat. Für böse Mäuler gib'ts kein probeteres Mittel als unsere Instrumente.“ Der Sonnenwirt lachte und nahm sein Erbieten an, persönlich mit dem Flüchtling zu reden, ihm förmlich das von dem Vater ausbedungene Versprechen abzunehmen und ihn dann gleich aus seinem Zufluchtsorte mitzubringen.

XVI.

Kaum war es am nächsten Tage Abend geworden, als im Bäckerhause jemand eilfertig in die Stube hereinschlüpfte. Die Bäckerin war allein; sie saß im Großvaterstuhl und hatte die Hände schlaff in den Schoß gelegt. Sie blickte den Eintretenden scharf durch die Dämmerung an. „Wer ist's?“ fragte sie endlich, da sie ihn nicht erkannte.

„Grüß Gott, Baß“, sagte eine bekannte Stimme. „Herrijeses, der Frieder!“ rief sie. „Was,

Links: Der amtierende finnische Staatspräsident Paasikivi, der erneut als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden ist. Rechts: Nahas Pascha, der Führer der siegreichen ägyptischen Wafd-Partei, den König Faruk vor kurzem mit dem Amt des Ministerpräsidenten betraut hat. Foto: dpa

Die Lager öffnen ihre Tore

Täglich werden bis zu fünfhundert Inhaftierte der Ostzone entlassen

Berlin, 17. Januar. (AP/dpa) General Tschuikow, der Vorsitzende der sowjetischen Kontrollkommission, hat dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Ullbricht ein Schreiben zugestellt, in welchem die Auflösung der Konzentrationslager verfügt wird. Die sowjetische Regierung hat beschlossen, die Lager Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen aufzulösen, womit etwa 15 000 Häftlinge ihre Freiheit wieder erhalten werden.

Die Russen haben sich vorbehalten, alle diejenigen zurückzuhalten, denen Verbrechen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen und gegen die Sowjetunion vorgeworfen werden. Diese Häftlinge kommen in Straflager der sowjetischen Besatzungszone. Man berechnet ihre Zahl auf zehntausend Mann. 3500 Inhaftierte sollen den Polizeibehörden der Deutschen Demokratischen Republik zur weiteren Untersuchung überwiesen werden.

Zweihundert Häftlinge des Lagers Sachsenhausen sind bereits am Montagabend entlassen worden. Unter den Entlassenen befanden sich siebzig Frauen, deren Gesundheit stark angegriffen war. Die Entlassenen sollen fünfzehn Mark Ostgeld sowie

Brot als Marschverpflegung erhalten haben. Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst hat bekanntgegeben, daß General Tschuikow die Zahl der „Verbrecher, die sich gegen die Sowjetunion gewandt haben“, mit 649 beziffert hatte. Ullbricht soll dem General nach der Verkündung des sowjetischen Entschlusses den Dank der Deutschen Demokratischen Republik ausgedrückt haben.

Die Internierten, die zur Entlassung kommen, sollen auch in das Gebiet der Bundesrepublik einreisen dürfen. Die Freigelassenen erhielten Ueberbrückungsgelder zwischen fünfundzwanzig und vierzig Ostmark und eine Lebensmittelkarte. Die weiterhin inhaftiert Gehaltene könnten mit ihren Angehörigen Verbindung aufnehmen und Besuche empfangen.

Auf einer Pressekonferenz, die der Chef des Informationsamtes der Deutschen Demokratischen Republik Eisler gab, wurde erklärt, daß die Angehörigen der Inhaftierten, die in den Konzentrationslagern gestorben seien, benachrichtigt würden. Eisler bezeichnete die Auflösung der Lager als ein Zeichen der Großmut der sowjetischen Regierung und als ein Zeichen des Vertrauens in die Deutsche Demokratische Republik.

In allen Fällen, in denen Agenten der amerikanischen Imperialisten als Hetzer und Spione entlarvt würden, werde auch weiterhin rücksichtslos durchgegriffen. Eine Besichtigung der Lager komme nicht in Frage, da auch die amerikanischen Konzentrationslager nicht besucht werden dürften.

Damit die Entlassenen schnell in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingeführt werden könnten, wolle man täglich 250 bis 500 Mann entlassen. Als ein amerikanischer Schwindel wurde die Behauptung bezeichnet, ein Teil der inhaftiert Gehaltene komme nach Rußland. Jede Entlassung sei an die Bedingung gebunden, daß sich die Entlassenen ihrer Verfehlung bewußt seien und sich bemühten, gute Bürger zu werden.

Gefährliche Kriegsbräute

Amerika kann die Einwanderung ablehnen

Washington, 17. Januar. (AP) Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat am Montag entschieden, daß die amerikanische Regierung das Recht habe, „Kriegsbräute“ und andere Ausländer von der Einwanderung auszuschließen, wenn die Staatssicherheit dies erforderlich mache. Den Anlaß zu dieser Entscheidung gab der Fall der in Deutschland geborenen Frau eines früheren amerikanischen Soldaten, Ellen Knauff, deren Einwanderungsantrag vom Generalstaatsanwalt abgelehnt worden war. Ellen Knauff, die ihren Mann 1948 in Frankfurt geheiratet hat, soll früher eine bezahlte Agentin der tschechoslowakischen Regierung gewesen sein.

Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach ist am Montag im 80. Lebensjahr nach jahrelangem, schwerem Leiden gestorben.

an Mehr als jemand seit Briand und Stresemann hätten Adenauer und Schuman jetzt für die Verständigung in Europa getan, meint die „Times“. Man liest es mit Vergnügen; man möchte gern, daß es sich bestätige; aber nicht alle Zweifel sind behoben. In Bonn hat man jetzt die graue Fahne der Ernüchterung aufgezogen. Und auf der Gegenseite hat der letzte Einspruch des Bundeskanzlers gegen eine einseitige Regelung des Saarproblems erwartungsgemäß eine höchst stürmische Ablehnung gefunden. Selbst der den Sozialisten nahestehende „Combat“, der eben noch für ein Verbleiben der Saar bei Deutschland eingetreten ist, äußert laut seine Unzufriedenheit mit dem Kanzler. Wir müssen uns damit abfinden, daß auf absehbare Zeit die Saarfrage ein Hindernis zwischen den beiden Völkern bleiben wird. Wir müssen dafür sorgen, daß es nicht unübersteigbar sei. Aber dafür müssen wir zunächst einmal ganz klar sehen, wie die Dinge liegen.

Einige kluge Leute haben gemeint, der Bundespräsident habe nicht ausgerechnet am Vorabend des diplomatischen Besuches in Bonn von der Saarfrage sprechen sollen; wir hören gerade wieder aus der Schweiz, Herr Heuß habe mit seiner Koblenzer Rede erst den Sturm heraufbeschworen. Das ist ein Irrtum. Über die Saarfrage mußte gesprochen werden in dem Augenblick, als bekannt wurde, daß die französische Regierung mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes besondere Abmachungen treffen will, die nach deutscher Auffassung tief in die Rechte des Bundes einschneiden. Die Bekanntgabe dieser Absicht mußte zu einer Erörterung des schwierigen Problems führen, ob Deutschland sie in diesem Augenblick für zweckmäßig hielt oder nicht. Das Ergebnis vermag freilich niemanden zu befriedigen. Aber man sieht nicht, wie es zu vermeiden gewesen wäre.

Von einigen französischen Kreisen ist mehr oder weniger unverhüllt den Deutschen nahegelegt worden, doch auf die Saar endgültig zu verzichten und auf diese Weise eine feste Grundlage für eine deutsch-französische Freundschaft zu bauen. Diese Wünsche übersehen, daß keine Freundschaft möglich ist ohne Vertrauen, ohne Vertrauen auf den anderen und ohne Vertrauen auf die Zukunft. Seit 1945 sieht sich das deutsche Volk immer von neuem in einer seelischen Lage, von deren Schwierigkeiten sich selbst seine Freunde selten eine genügende Vorstellung machen. Man verlangt von ihm, und man verlangt es mit Recht, daß es allen Ideen der Gewalt abschwöre; dazu gehört, daß es mit sittlicher Leidenschaft ein Vorgehen ablehne, das ein Stück fremden Volkstums von seinem Mutterlande abtrennen wolle. Aber im gleichen Atemzuge soll Deutschland seine Zustimmung dazu geben, daß ein solches Stück Volkstum doch losgeschnitten werde — nur daß es sich diesmal um Angehörige der eigenen Nation handelt. Ist es so schwer, die Verwirrung zu begreifen, in die man uns zu stürzen bereit ist? Was eigentlich sollen wir denn noch glauben von diesem neuen Europa, wenn es anfängt, mit politischen Taten, die mehr an die Kabinettspolitik vergangener Jahrhunderte als an den fortschrittlichen Geist unserer Zeit erinnern, zu dem sich zu bekennen man von

Rhein Hessen und Hessen

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 144

W. Geflügelte Worte gibt es in allen Sprachen. Es gibt sie auch in Frankreich. Sie sind dort häufig sehr hübsch zugespitzt. Eines von ihnen lautet: „Vous êtes orfèvre, Monsieur Jannequin = Sie sind Goldschmied, mein Herr.“ Normalerweise kann man sich nicht beleidigt fühlen, wenn man mit „Goldschmied“ bezeichnet wird. Aber seitdem einmal, falls man Fabeldichtern wie Racine glauben darf, ein Goldschmied als Ehrengeschenk für einen hochverdienten Bürger einen Goldschmuck empfohlen hatte, gebraucht man diese Bezeichnung, wenn man hinter einer scheinbar unverfänglichen Absicht eine verhängliche, nämlich eigensüchtige wittert.

Wir benötigen diesen Hinweis aus besonderem Grund. Wie man weiß, sind schon seit geraumer Zeit Gespräche im Gange, die auf eine Vereinigung von Rhein Hessen mit Hessen hinzielen. Sie waren schon lange vorher im Gange, ehe es zu dem unglücklichen Beschluß über den Sitz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz kam. Aber seitdem die Stadt Mainz am 4. April dermaßen behandelt worden ist, wie es der Fall war, haben diese Gespräche neue Nahrung, richtiger: neuen Auftrieb erhalten. Geht man ihnen auf den letzten Grund, dann steht man vor dem Sachverhalt, den das eingangs erwähnte französische Sprichwort kennzeichnen will: Man kann den Verdacht nicht unterdrücken, als ob höchst verhängliche, nämlich eigensüchtige Beweggründe dabei im Spiele seien, ja, daß Beweggründe dieser Art die treibende Kraft dieser Bemühungen seien.

Nun gehört ja gewiß das Spielen mit dem Gedanken an einen Abmarsch von Rhein Hessen nach Hessen hin einstweilen und noch für geraume Zeit zu den zwar unterhaltensamen, aber praktisch bedeutungslosen Sonntagmorgens-Gedanken, denen keinerlei Werktags- und Gegenwartsbedeutung innewohnt. Immerhin soll, soweit wir unsererseits etwas dazu tun können, diese Erörterung sich nicht in irgendwelchem Nebeldunst, sondern möglichst im Lichte der klaren Tatsachen vollziehen. Auf volle und redliche Klarheit und Wahrheit haben beide Teile Anspruch, die Befürworter wie die Gegner zu beiden Seiten des Stromes und in beiden Ländern, in Rhein Hessen wie in Hessen selber. Wie liegen die Dinge?

Die Finanzlage

Es ist — leider, muß man schon sagen — so, daß die Finanzlage der beiden Länder einander ziemlich ähnlich ist. Wenigstens ist sie es heute. Bis zum großen X-Tag hatte es anders ausgesehen: Hessen sah weit stattlicher aus als Rheinland-Pfalz, von dessen Dürftigkeit jeweils mehr die Rede war als von anderen Dingen. Aber seitdem der „erweiterte Finanzausgleich zwischen den Ländern“ eine bilanzmäßige Klarheit geschaffen hat, ist es ersichtlich geworden, daß beide Länder nicht mehr viel voneinander voraus haben (außer eben, daß Hessen mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern und 21 100 qkm Fläche stattlicher ist als Rheinland-Pfalz mit 2,89 Millionen Einwohnern und 19 900 qkm). Praktisch dagegen sind sie beide Unterstützungsempfänger, Hessen etwas weniger als Rheinland-Pfalz, aber wenn auch: beide müssen sie vor dem Bundesrat und dem Bundesfinanzminister die Kappe unter den Arm nehmen und die offene Hand hinhalten.

„Die finanzielle Lage des Landes Hessen hat sich seit Beginn des Rechnungsjahres 1949 ständig verschlechtert“, erklärt das Hessische Statistische Landesamt (Schnelldienst vom 11. Februar 1950) — eine Behörde, die ausweislich ihrer Leistungen von der Wissenschaft und der Technik der Massenbeobachtung bemerkenswert viel versteht. „Bei schrumpfenden Einnahmen ist der Finanzbedarf eher größer als geringer geworden. Seit Mai (1949) sind Fehlbeträge in den monatlichen Kassenabschlüssen die Regel; bis Ende Mai (1949) war der Fehlbetrag auf rund achtzig Millionen angewachsen.“

Die Frage nach dem Warum: nach den Ursachen dieser Anspannung in der Finanzlage des Landes Hessen, kann erst

nach völliger Ordnung der statistischen Unterlagen beantwortet werden. Aber für die vorerwähnte Auseinandersetzung genügt vollauf die Feststellung, daß die Finanzlage von Hessen durchaus nicht und keineswegs so ist, wie sie den etwas allzu eifrigen Befürwortern eines Zusammenschlusses von Rhein Hessen mit Hessen vorzuschweben scheint. Das gleiche Heft des „Hessischen Schnelldienstes“ vom 11. Februar dieses Jahres enthält noch eine ganze Fülle von Unterlagen, aus denen sich die ungünstige finanzielle Lage des Landes Hessen im Vergleich zu den übrigen Ländern der Bundesrepublik ergibt —, Unterlagen, die ersichtlich machen, daß es sich hauptsächlich um strukturelle und eigentlich sogar steuertechnische Ursachen handelt, aber Unterlagen, an denen keinerlei sachliche Auseinandersetzung über das Sonntags-Projekt einer Vereinigung dieser beiden Länder vorbeigehen kann.

Es sieht so aus...

Wir sagen nicht, daß es so ist. Aber es sieht verdächtig danach aus, als ob ausgerechnet derjenige Beweggrund, der am wenigsten eine Rolle spielen dürfte, die Hauptrolle gespielt haben könnte: der politische Aufbau.

In Rheinland-Pfalz ist die Christlich-Demokratische Union die stärkere Partei, in Hessen die Sozialdemokratie. „Hessen gehört nach den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 14. August 1949 zu den westdeutschen Ländern, die eine sozialdemokratische Mehrheit besitzen“, erklärt der „Schnelldienst des Hessischen Statistischen Landesamtes“. Hessen steht in dieser Hinsicht in einer Linie mit Niedersachsen, Hamburg und Bremen, — ohne jedoch, wie die letzten beiden, die höchsten Steuerüberschüsse zu liefern. „Der Anteil der Stimmen für die Sozialdemokraten, Freien Demokraten und Kommunisten liegt in Hessen über dem Bundes-Durchschnitt“, heißt es ergänzend, während die Christlich-Demokratische Union und die „Sonstigen Parteien“ in Hessen unter diesem Durchschnitt liegen, also hier ungünstiger daran sind als in anderen Ländern. Das ist sogar, geht man den Dingen weiter auf den Grund, nicht nur mit geringen Prozenten, sondern sehr erheblich der Fall.

Die konfessionellen Verhältnisse drüben und hüben zu streifen, ist mißlich. Keinerlei konfessionelle Kreise haben sich, weder dort noch hier, in den Streit eingemischt. Keines der beiden christlichen Bekenntnisse hat irgendwie den Verdacht erweckt, als wolle es durch Beteiligung an Machenschaften das andere Bekenntnis überverteln. Keines von den beiden Bekenntnissen hat auch das geringste Interesse an einer solchen Uebervorteilung: beide fühlen sich innerlich einander zugehörig, gleichviel, über welche Ackerstreifen, Wälder und Flüsse die politischen Grenzen laufen. Beide Bekenntnisse stehen unentwegt und unbeirrbar zu dem, was ihnen das Höchste auf Erden ist: zu ihrer religiösen Freiheit, zu ihren religiösen Idealen, — beide Teile freuen sich, je wackerer und tapferer ihre Glaubensgenossen auf der anderen Seite zu ihrem Glaubensbekenntnis stehen, zu ihrer bekenntnismäßig fundierten Schule, zur öffentlichen Erziehung im Geiste des Christentums, zur christlichen Bewährung im täglichen Leben.

In dieser Hinsicht gehen alle Berechnungen, mögen sie ausgeheckt worden sein und betrieben werden auf welchen Büros immer, völlig fehl.

Das Verhängnis, das durch den ungeliebten Beschluß vom 4. April über Rheinland-Pfalz gekommen ist, wird sich auswirken, aber nicht so, wie es in den Kreisen von geschäftigen Parteifunktionären ausgerechnet worden ist. Das war früher einmal, unter der Herrschaft der Potentaten, daß man Landes- und Volksteile nach höchst eigensüchtiger Berechnung zusammengeschmissen hat. Heute leben wir in anderen Zeiten. Die Demokratie ist für alle da. Das Volk in Rhein Hessen wird von ihr Gebrauch machen, wenn es dazu aufgerufen werden sollte. Nicht früher. Und nicht ohne gewissenhafte Ueberlegung alles dessen, was dem Lande frommt.

Losigkeit in Paris

über die Reise Schumans

es Korrespondenten

augenblicklich führenden Kreisen ernst um das Vorwärtkommen des europäischen Gedankens, den man durch einen Saarkonflikt bedroht sieht.

Aus diesem Grunde finden die Erklärungen Adenauers, die von der größeren Wichtigkeit des Europagedankens als den des Saarkonfliktes sprechen, heute im allgemeinen gute Aufnahme.

Was sich heute zusammenfassend sagen läßt, ist das sichtbare Bestreben, die pessimistische und gereizte Stimmung, die am Samstag und Sonntag von Bonn aus bis nach Paris gestrahlt hat, nicht die Oberhand gewinnen zu lassen.

Maßregelung in Saarbrücken

Saarbrücken, 17. Januar. (dpa) Die Verantwortung für den gesamten Inhalt der „Saarländischen Volkszeitung“ (Christliche Volkspartei) hat am Montag vertretungsweise Hubert Gansen übernommen. Bisher zeichnete Dr. Eduard Schäfer als Chefredakteur verantwortlich. Dr. Schäfer hatte in der Zeitung einen Leitartikel veröffentlicht, in dem — wenn auch mit Einschränkungen — von einer wirtschaftlichen Autonomie des Saarlandes gesprochen worden war. Ministerpräsident Hoffmann hat sich bereits von diesem Artikel distanziert.

ruhigung und Unsicherheit. Dieser Erfolg steht in keinem Gegensatz zu dem Sieg, den die französische Regierung auf den Kais von Cherbourg über die Kommunisten erringen konnte.

Der Sieg ist um so bedeutungsvoller, als er fast zu gleicher Zeit an zwei verschiedenen Fronten und unter zweierlei Regierungen erfochten ist. Die Kommunisten haben nicht einmal den fadenscheinigen Propaganda-Erfolg, einen verletzten Demonstranten als „Martyrer von Neapel oder Cherbourg“ in die Reihe ihrer „Vorkämpfer für den Frieden“ eingliedern zu können. Es hat sich erwiesen, daß die Politik der festen Hand gegenüber den kommunistischen Agitatoren, allen Bedenken zum Trotz, die richtige war. So gesehen, haben die Tage von Cherbourg und Neapel etwas von der Größe einer geschichtlichen Entscheidung.

Ohne Sarg

Rs. Der Tod, der große Gleichmacher, läßt manchen klaffenden Riß verschwinden, der die Lebenden entzweit hat. Nicht immer und überall vermag er jedoch mit seiner versöhnenden Kraft die Eispanzer der Herzen zu durchdringen. Da hatte vor einiger Zeit ein deutscher Vertriebener aus Ungarn, Johann Weber, in Pilgramsreuth bei Hof in Bayern seinem gehetzten Leben ein Ende gemacht. Er wurde auf dem Friedhof der Gemeinde beerdigt. Daß hier tatsächlich von einer Beerdigung gesprochen werden könne, war bald und immer stärker in der Öffentlichkeit bezweifelt worden, so daß jetzt eine Delegation des Kreistages von Kemnat das Grab untersuchte. Es ergab sich, daß die Leiche des Flüchtlings ohne Sarg kopfüber in ein Loch geworfen und verscharrt worden war. Für diese Barbarei gibt es sicher Verantwortliche, und man wird sie zur Rechenschaft ziehen können. Daß jedoch Deutsche ihren vertriebenen Volksangehörigen nicht einmal ein anständiges Begräbnis vergönnen wollen, ist eine Tatsache, die schauernd verstummen läßt.

Tönende Obertassen?

uel. Es geheimnist gewaltig um uns. Zu den Untertassen mit und ohne Marszwerge gesellt sich jetzt eine neue Erscheinung, die dadurch noch um einige Grade unheimlicher wirkt, daß sie überhaupt nicht zu sehen, sondern nur zu hören ist. Viele Londoner vernehmen seit Monaten ein Brummen, das allmählich immer stärker geworden sein soll. Das seltsame Geräusch wird mit einem fernen Düsenmotor, mit einer Fabriksirene, mit einer Stimmgabel, mit einer zornigen Wespe oder auch mit dem Säusen des Windes in Telefondrähten verglichen, ohne sich auf eine solche natürliche Weise erklären zu lassen. Eine Umfrage hat ergeben, daß der geheimnisvolle Summton am stärksten in den frühen Morgenstunden auftritt. Sogar Taube sollen ihn hören. Vielleicht handelt es sich um das akustische Gegenstück zur fliegenden Untertasse, um eine tönende Obertasse also, oder aber um subjektive Gehirnphänomene, um brummende Köpfe, und dafür lassen sich ja viele sehr bekannte politische und wirtschaftliche Ursachen anführen.

Wohltätiger Totogewinner

el. Hamburg, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine reizende Ueberraschung hatte sich dieser Tage ein Totogewinner ausgedacht. Er erschien in einem Armenviertel Hamburgs an Verkaufsständen und kaufte die gesamte Ware auf, um sie an zahlreiche Kinder zu verteilen. Stundenlang schwebten die Kleinen die Süßigkeiten, heißen Würstchen, Apfelsinen und Schokolade. Als der Vorrat ausgegangen war, wurde der Spender von den jubelnden Kindern fast erdrückt. Alle Straßen waren blockiert und ein Radiostreifenwagen der Polizei mußte den Wohltäter befreien.

„Der einfache Mann“ stirbt ab

Doch innerhalb eines Jahres war diese Bewegung bereits vollständig zerfallen. Giannini erkannte bald, daß die Mehrzahl seiner Anhänger verkappte Faschisten waren, er aber wollte weder von Faschismus, noch von Neo-Faschismus etwas wissen. Er behauptete sogar, ein echter Liberaler zu sein. Um dies zu beweisen, schloß er kurzerhand alle Rechtsradikalen aus seiner Partei und Fraktion aus, die die neue demokratische Staatsverfassung nicht anerkennen wollten. Nach und nach trennte sich mehr als die Hälfte seiner Abgeordneten von ihm. Die große Mehrheit seiner Anhänger im Lande fiel enttäuscht von ihm ab und schloß sich zwei oder drei Neugründungen an, von denen die wichtigste das Movimento Sociale Italiano wurde, dessen Anhänger den Scherznamen „Missini“ erhielten und auch annahmen.

Die Neufaschisten kommen herauf

Die „Missini“ waren wirkliche Faschisten, oder wenigstens Neo-Faschisten, und machten auch kein Hehl daraus. Zwar haben sich bis heute die überlebenden ehemaligen führenden Männer des Faschismus sorgfältig im Hintergrund gehalten. Nur wenige tollkühne Aktivisten wagen es, sich im schwarzen Hemd bei Kundgebungen zu zeigen. Aber die alten Hymnen aus der Zeit Mussolinis werden schon seit längerer Zeit herausfordernd gesungen, und der sogenannte römische Gruß wird bei Parteibeerdigungen und sogar bei öffentlichen Kundgebungen immer ungenierter geleistet.

Es gibt zwar ein besonderes Nachkriegsgesetz, das die Wiederbelebung und Verherrlichung des Faschismus verbietet und unter Strafe stellt. Aber das Movimento ist anscheinend jetzt schon so stark, daß man es gegen, sie gar nicht mehr anwenden kann, weil die Gefängnisse gar nicht mehr ausreichen würden, um alle diejenigen einzusperren, die dagegen verstoßen.

Vielleicht war dieses Gesetz sogar ein Fehler, denn verbotene Früchte schmecken bekanntlich besser, und gerade das Gefühl, etwas Gesetzwidriges auf politischem Gebiete zu machen, hat für viele Italiener, vor allem Jugendliche, einen besonderen Anreiz. Außerdem ist es für ein demokratisches Staatswesen ein besonders heikles Problem, gegnerische Meinungen zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Jetzt, wo das Movimento seinen Charakter als neo-faschistische Bewegung gar nicht mehr leugnet, wäre es natürlich theoretisch leicht, es für ungesetzlich zu erklären und aufzulösen. Dann würde es aber unter anderem Namen binnen vierzehn Tagen wiedererstehen, mit den gleichen Ortsgruppenführern und Mitgliedern im ganzen Lande, und der Blamierte wäre schließlich doch der demokratische Staat.

Die kommunistischen Gegenspieler

Für die Kommunisten war die Gründung und das Wachsen des Movimento ein wahres Himmels Geschenk. Endlich war etwas vorhanden, womit man unter der Parole des Antifaschismus sich prügeln konnte. Sozialdemokratische Versammlungen zu sprengen, gehört zwar zur alt hergebrachten kommunistischen Routine, macht aber auf weite Kreise auch der Arbeiterschaft einen schlechten Eindruck. Aber Saalschlachten und Straßenraufereien mit den „Missini“ auszufeuchten, damit läßt sich schon eher Reklame machen, zumal die „Missini“ oft zurückhauen und es dann Verletzte auf beiden Seiten gibt, wobei die anderen als „Verbrecher“ verschrien und die eigenen als „Helden“ gefeiert werden.

Umgekehrt ist die Stärke und Angriffslust der Kommunisten der beste politische Trumpf der „Missini“. Nichts erhöht das Prestige der „Missini“ bei vielen Kleinbürgern und Bauern mehr als die Tatsache, daß sie die bevorzugte Zielscheibe der Stalinisten bilden und den Faustkampf mit ihnen nicht scheuen. Für die Christlich-Demokraten und Sozialdemokraten besorgt das, wie es sich in einem geordneten Staatswesen gehört, die Polizei. Aber die Movimento-Anhänger

In denjenigen Fällen, in welchen nicht durch Volksbefragung, sondern durch militärische Gewalt des damaligen Siegers, Napoleon I., all die „historisch gewordenen“ und gegenüber Rheinland-Pfalz „Anspruch erhebenden“ Staaten erst entstanden sind, in all diesen Staaten hat sich in anderthalb Jahrhunderten nichts geändert. Das Volk preist diese durch militärisches Diktat eines ausländischen Herrschers entstandenen Landesgrenzen als „historisch geworden“. Es hat sich an den geschaffenen Zustand gewöhnt und die Abgrenzungen als zweckmäßig anerkannt, obwohl diese Abgrenzung — siehe Ober- und Niederhessen oder Bayern und Pfalz — ein wenig verwunderlich sind. Und nun soll das Volk die in unserer Zeit vom Sieger bestimmten Grenzen verbessern. Gewiß, grundsätzlich nicht nur berechtigt, sondern vielleicht auch notwendig. Aber — aber!

Man sehe sich das Grundgesetz einmal wirklich genau an! Man prüfe die Bedingungen, welche erfüllt werden sollen! Man stelle die Fußangeln fest, welche sich dem Willen der einen oder anderen Gruppe in den Weg stellen!

Verhältnismäßig leicht und einfach ist die Aufgabe, wenn zwei oder mehrere geschlossene Länder sich zusammen tun sollen oder wollen, wie es im Falle des Südweststaates gegeben war.

Bei der vorgesehenen Zerreißung von Ländern aber liegt der Fall ein wenig schwieriger. Nehmen wir als praktisches und aktuelles Beispiel den Fall Pfalz.

Die Pfalz ist angeblich bereit, aus dem Lande Rheinland-Pfalz abzumarschieren. Der Fall ist „so“ einwandfrei einstweilen nicht geklärt, denn es gibt in der Pfalz auch einen ganz erklecklichen Teil der Bevölkerung, der von der national-deutschen und auch wirtschaftlichen Bedeutung des Landes Rheinland-Pfalz durchdrungen ist und darum keinerlei Neigung zeigt, der einen oder anderen Abmarsch-Parole zu folgen. Unterstellen wir aber einmal ruhig,

Zeitung

zeiger

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 44 10 u. 44 12 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 29 37 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 23 78 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 266 84

Preis 15 Pfennig

Abgeschossen?

an Ein Flugzeug der amerikanischen Marine ist am Samstag in Wiesbaden zu einem Fluge aufgestiegen, der es ohne Landung nach Kopenhagen und wieder zurück nach Wiesbaden bringen sollte. An dem gleichen Tage, an dem das Flugzeug abgeflogen war, haben russische Streitkräfte bei Libau auf ein amerikanisches Flugzeug geschossen, das nach ihrer Angabe dort küsteneinwärts geflogen war. Libau liegt ungefähr achthundert Kilometer von Bornholm entfernt, wo das Flugzeug gesucht worden war. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß es sich um das gleiche Flugzeug gehandelt hat, um so mehr als, wie unsere Leser wissen, nach einer amtlichen amerikanischen Mitteilung das Flugzeug Wet-

teruntersuchungen an der estländischen Küste hatte vornehmen sollen.

Über die militärischen und flugtechnischen Einzelfragen dieses Falles hat der Laie kein Urteil. Aber was in ihm bleibt, ist ein großes Erschrecken. Jeder hofft inständig, daß die Insassen der Maschine noch lebend gefunden werden. Aber auf jeden Fall: es ist geschossen worden. Der kalte Krieg, unter dem wir seit Jahren leiden, ist unerfreulich genug. Aber noch unerfreulicher sind Schüsse.

Der Zwischenfall wird bald erledigt werden, wie man hoffen darf, in leidlich höflicher Form. Aber die Unruhe, die von ihm ausgegangen ist, wird nicht so leicht vergessen werden können. Wie mit einem Blitz hat sich gezeigt, wie scharf die weltpolitischen Spannungen sind.

Bleibt Rheinland-Pfalz?

Von Jacob Diel, Burg Leyen, Mitglied des Landtages

Das Lebensrecht und die Lebensmöglichkeit unseres Landes wird immer wieder angezweifelt. Dies geschieht so oft und das Land ist schon so häufig tot gesagt worden, daß es eigentlich schon längst tot sein müßte. Genau so wie häufig tot gesagte Menschen schließlich am allerlängsten leben, genau so kann es sein, daß die Lebenskraft unseres Landes diejenige manch anderer Länder überdauern wird.

Es sollen jetzt die Gründe nicht zum so und so vielen Male wiederholt werden, die das Lebensrecht unseres Landes vom national-deutschen Standpunkt und von manch anderen Gesichtspunkten aus begründen, sondern es soll aufgezeigt werden, ob und wie dieses Land etwa aufgelöst und in seine früheren Bestandteile zerlegt werden könnte.

Das ist nämlich gar nicht so einfach. Das Schwergewicht einer einmal geschaffenen und vollendeten Tatsache bietet Schwierigkeiten, die nur nach erheblichen Anstrengungen überwunden werden können. Das Grundgesetz gibt Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten können aber erst in dem Moment erprobt werden, in welchem das Veto der Besatzungsmächte unwirksam geworden ist. Dies ist einstweilen der Zeitpunkt nach dem Abschluß eines Friedensvertrages.

Vor Eintritt dieses Zeitpunktes haben alle Erörterungen nur einen rein akademischen, in keinem Falle aber einen praktischen Charakter. Die einzige Ausnahme, welche verstattet war, hieß südwestdeutscher Staat. Was aber ist aus dieser Möglichkeit gemacht worden?

Was ist aus allem Gerede und Geschreibe praktisch herausgekommen? Wenn aber in einem so klar liegenden Falle, trotz Eröffnung aller Möglichkeiten, trotz allem Gerede und Geschreibe, trotz Entschleunigungen und Beschwörungen seither nichts, aber auch gar nichts herausgekommen ist, dann lassen sich die Aussichten in denjenigen Fällen ermessen, in welchen von Klarheit der Situation und Einheitlichkeit des Willens gar keine Rede sein kann.

Landesgrenzen und Grundgesetz

In denjenigen Fällen, in welchen nicht durch Volksbefragung, sondern durch militärische Gewalt des damaligen Siegers, Napoleon I., all die „historisch gewordenen“ und gegenüber Rheinland-Pfalz „Anspruch erhebenden“ Staaten erst entstanden sind, in all diesen Staaten hat sich in anderthalb Jahrhunderten nichts geändert. Das Volk preist diese durch militärisches Diktat eines ausländischen Herrschers entstandenen Landesgrenzen als „historisch geworden“. Es hat sich an den geschaffenen Zustand gewöhnt und die Abgrenzungen als zweckmäßig anerkannt, obwohl diese Abgrenzung — siehe Ober- und Niederhessen oder Bayern und Pfalz — ein wenig verwunderlich sind. Und nun soll das Volk die in unserer Zeit vom Sieger bestimmten Grenzen verbessern. Gewiß, grundsätzlich nicht nur berechtigt, sondern vielleicht auch notwendig. Aber — aber!

Man sehe sich das Grundgesetz einmal wirklich genau an! Man prüfe die Bedingungen, welche erfüllt werden sollen! Man stelle die Fußangeln fest, welche sich dem Willen der einen oder anderen Gruppe in den Weg stellen!

Verhältnismäßig leicht und einfach ist die Aufgabe, wenn zwei oder mehrere geschlossene Länder sich zusammen tun sollen oder wollen, wie es im Falle des Südweststaates gegeben war.

Bei der vorgesehenen Zerreißung von Ländern aber liegt der Fall ein wenig schwieriger. Nehmen wir als praktisches und aktuelles Beispiel den Fall Pfalz.

Die Pfalz ist angeblich bereit, aus dem Lande Rheinland-Pfalz abzumarschieren. Der Fall ist „so“ einwandfrei einstweilen nicht geklärt, denn es gibt in der Pfalz auch einen ganz erklecklichen Teil der Bevölkerung, der von der national-deutschen und auch wirtschaftlichen Bedeutung des Landes Rheinland-Pfalz durchdrungen ist und darum keinerlei Neigung zeigt, der einen oder anderen Abmarsch-Parole zu folgen. Unterstellen wir aber einmal ruhig,

es wäre für den Abmarsch dieses Landes teiles in der Tat eine Mehrheit vorhanden. Was würde diese Tatsache bedeuten?

Zunächst noch gar nichts, denn es müßte dann zweitens geklärt werden, ob die nach der negativen Seite vorhandene Mehrheit auch einig wäre nach der positiven Seite. Dazu wäre an die Mehrheit die Frage zu stellen:

„Wohin“ soll die Reise gehen?

Beim Aufwerfen dieser Frage ergibt sich die interessante Tatsache, daß unterstelltermaßen die im „Negativen“ einige Mehrheit im „Positiven“ völlig auseinandergeht und daß jede der einzelnen Gruppen die Ziele der anderen ablehnt.

Bis vor kurzem gab es offiziell nur ein einziges Ziel und nur eine einzige Parole: „Der Südweststaat“!

Je mehr aber von dieser Parole geredet wurde, um so stärker traten die ablehnenden Kräfte in Erscheinung. Stuttgart? Unter die Fuchtel der Schwaben?! Sauer reagierte ein Großteil der Pfälzer auf diese Parole! Stuttgart? Nein, wenn schon, dann lieber . . .

Zum Südweststaat? Nein, gibt es den denn überhaupt? Hat man Herrn Wohleb an die Kandare genommen? Fügt er sich?

Je mehr man prüfte, um so mehr ergab sich, daß Herr Wohleb scheinbar, bevor es noch zum „Schlagen“ kam, die „Schlacht“ bereits gewonnen hatte. Was also ist es überhaupt mit dem Südweststaat? Wird es das, woran wir uns anschließen sollen, denn überhaupt geben?

Es ist sehr stiller, merkwürdig stille um den Südweststaat geworden. In der Pfalz spricht man nicht mehr viel davon. Der Südweststaat ist eine Parole von „gestern“!

Bayern die große Mode

„Heute“ spricht man von etwas anderem. Heute ist Bayern die „große Mode“! „Heute“ gründet man Bayernklubs! Heute kommen die bayrischen Minister zu Freundschaftsbesuchen! „Heute“ fahren Pfälzer Bürgermeister nach München und lassen sich dort feiern. „Heute“ spricht man von den vielen Pfälzern, die in Münchener Amtsstuben sitzen. „Heute“ ist Bayern die große, große Mode! Ist bei alledem die Parole „Bayern“ nun aber „die“ Parole, welche die Mehrheit und den Sieg verbürgt?

Mit nichten! Es ist verhältnismäßig einfach die Gruppen festzustellen, welche diesem Gedanken anhängen. Es ist leicht, die Gruppen zu berechnen und die Zahl der von ihnen aufgeführten Stimmen. Ganz ebenso die Stimmenzahl der Gegner, die unter keinen Umständen in das „katholische“ Bayern wollen. Hiernach steht fest, daß die Parole Bayern ganz ebenso aussichtslos ist wie die Parole Stuttgart.

Was aber bleibt übrig? Gibt es außer den Anhängern des Landes Rheinland-Pfalz und außer den Stuttgarter und Münchenern auch noch eine vierte Gruppe, die Aussicht hat, eine Mehrheit hinter sich zu bringen? So sonderbar es erscheint, so gibt es tatsächlich eine solche Gruppe. Es sind —

Die Kurpfälzer

Es sind diejenigen, welche ganz nach dem Gusto der Pfalz aus den Gebieten von Nordbaden, Nordwürttemberg, Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau bestimmte Stücke herauszuschneiden möchten, um aus diesen Stücken zusammen mit der Pfalz eine neue Kurpfalz zusammen zu schustern. Ja, selbst aus dem Gebiet von Nordbayern sind noch einige leckere Appetitshappen vorgesehen.

In der Tat eine ganz hübsche Idee! Eine Idee, welche in der Pfalz Aussicht auf eine starke Mehrheit hätte. Leider aber eine Idee, nur geeignet zur Betrachtung an hohen Fest- und Feiertagen. Keine Idee, die einer nüchternen Betrachtung am Alltagsstand hält, denn was sagen all die Länder, aus deren Leder die Riemen für eine neue Pfalz geschritten werden sollen? Behüt dich Gott, es wär so schön gewesen . . . —! Was also bleibt am aller-

letzten Ende von all den schönen Parolen übrig. Uebrig bleibt, daß es im Lande Rheinland-Pfalz auch ganz nett ist und — daß man dem Volkswillen auf Bildung größerer Länder auch auf anderem Wege entsprechen kann.

Die anderen Landesteile

Was sagen denn nun die anderen rheinisch-pfälzischen Landesteile? Trier, Koblenz, Montabaur?

Ganz gewiß, auch diese Landesteile haben Parolen für hohe Fest- und Feiertage! Da redet der eine von Köln und der andere von Wiesbaden. Diese Landesteile sind im Gegensatz zur Pfalz sogar einig in ihren Parolen. Dennoch aber ist man sich bewußt, daß diese Parolen eben nur für hohe Fest- und Feiertage geeignet sind, daß man aber im nüchternen Alltag im Lande Rheinland-Pfalz ganz gut zu leben vermag. Es ist deshalb in diesen Landesteilen — vielleicht weil sie etwas nüchterner veranlagt sind — von einem Abmarsch aus dem Lande Rheinland-Pfalz keine Rede!

Und nun — Rheinhessen!

Ja, da wird im Augenblick heftig gemurrt. Die Mainzer sind besonders böse, nachdem sie die erheblichen Sonderinvestitionen des Landes in ihren Mauern haben über sich ergehen lassen müssen! 40 Millionen genannt, die — darin ist man wohl einig — nicht immer ganz zweckmäßig verausgabt worden sind. Die aber, wenn der Herr Finanzminister die Wahrheit sagt, immerhin nach Mainz geflossen sind.

Ueber diese vielen Millionen ist nun eigentlich alles böse. Die Mainzer, weil oder obwohl sie dies viele Geld in ihre Mauern bekommen haben. All die anderen ausgebombten Städte von Rheinland-Pfalz, weil sie dieses viele Geld „nicht“ bekommen haben.

Heftig und erbittert haben Vertreter einer Reihe dieser Städte innerhalb des Parlamentes opponiert und gegen die nach ihrer Meinung ungerechte Praxis protestiert, auf Grund deren Sondermittel des Landes nur in die rivalisierenden Hauptstädte Koblenz und Mainz, nicht aber in andere ausgebombte Städte vor allem nicht in die rote Zone geflossen sind. Jedes Ding hat halt zwei Seiten. —

Mainz jedenfalls fühlt sich teils dieserhalb, teils außerdem beschwert und der Oberbürgermeister, dessen Taktik der Stadt Mainz gerade eben in Sachen Landeshauptstadt nicht von Vorteil gewesen ist, fühlt sich veranlaßt, die Parole auszugeben: Auf nach Großhessen!

Er glaubt sogar die Gefolgschaft der beiden Nahe-Kreise Kreuznach und Birkenfeld beanspruchen zu können. Nun, diese Gefolgschaft, das mag vorweg festgestellt werden, wird der Oberbürgermeister nie bekommen. Wenn schon in Rheinhessen der Wille, sich ganz am Rande als Anhängsel Großhessens verschleifen zu lassen, jemals denkbar wäre, so wird das Nahe-Gebiet doch nie auch nur im Traume daran denken, sich als alleräußerstes Anhängsel einrangieren zu lassen.

Ob Rheinhessen diesen Willen je haben wird, darf bezweifelt werden. Für die Stadt Mainz aber ist diese Frage doppelt interessant.

Gerade eben erst hat das Land der Stadt Mainz beim Finanzausgleich statt der Verteilungsgrundlage von 80 000 Einwohnern eine solche von 150 000 bewilligt. Das Land hat vor allem Mainz etwas gegeben, was einstweilen den Nimbus der Stadt begründet:

Seine Universität! Eine der größten von ganz Deutschland. Eine Landesuniversität und zwar die einzige des Landes! Vom Lande finanziert! Wenn Mainz sich nach Groß-Hessen orientiert, wenn seine Universität zu den in Frankfurt, Gießen und Marburg bereits vorhandenen drei alsdann die vierte im Reigen groß-hessischer Universitäten werde, was würde dann in Zukunft wohl aus dieser vierten Universität werden?

Hat sich der Oberbürgermeister bei der Ausgabe seiner Parole, auf nach Groß-Hessen, diesen Tatbestand wohl vor Augen gehalten? Wenn ja, ist die Bevölkerung von Mainz dann bereit, auch diesmal den Parolen und der Taktik ihres Oberbürgermeisters zu folgen? Ich wage zu prophezeien: Nein!

Letzter Antrag

Rs. Aus Hannoversch-Münden wird berichtet, daß dort in einem Krankenhaus ein Heimatvertriebener gestorben ist, der nach seinem Tode noch ärger in die Fallstricke und Fußangeln der behördlichen Bestimmungen geriet als je zuvor in seinem gejagten Leben. Dabei hatte er nur einen einzigen Wunsch, den allerletzten und stummen, auf dem Städtischen Friedhof ein Plätzchen zu finden, damit er dort ruhen könne. Die Verwaltung aber lehnte seinen Antrag ab, weil der Lebende keine Zuzugsgenehmigung gehabt habe und deshalb auch der Tote keine Erlaubnis besitze, sich auf dem Friedhof von Hannoversch-Münden niederzulassen. Nun irrt also die arme heimatlose Leiche umher und sucht eine Bleibe. Sie sollte jedoch nicht so rasch verzagen, sondern beim zuständigen Referenten noch einmal vorstellig werden, am besten außerhalb der Amtsstunden, zum Beispiel nachts. Der Sachbearbeiter wird dann sicher zugänglicher sein.

Revision für Klagges beantragt

Braunschweig, 11. April. (dpa) Eine Revision des Urteils gegen den früheren Ministerpräsidenten von Braunschweig, Klagges, ist sowohl von der Staatsanwaltschaft, als auch von der Verteidigung beantragt worden. Die Verteidigung von Klagges hat mitgeteilt, auf beiden Seiten werde behauptet, in mehreren Fällen sei während des Prozesses das materielle deutsche Recht verletzt worden.

25 Jahre

Verur

Bo. So etwas gibt es noch: In einer Barackenstube sitzen etwa zehn Männer um den Tisch, stehen in den schmalen Gängen zwischen den doppelstöckigen Betten, packen ihre Koffer und drehen bewundernd das Brot und die Butter, die sie in der Küche „gefaßt“ haben, hin und her. Einer schiebt ein respektables Stück Leberwurst in den Mund: „Das schmeckt auch ohne Brot.“ Sie sind entlassene Kriegsgefangene zwei Stunden vor dem endgültigen Schritt in die Freiheit, zwei Stunden, bevor der erste Zug geht, der kein „Transport“ mehr ist, sondern den sie als zivile Fahrgäste besteigen. Man sieht den ausgelassenen Männern nicht an, was hinter ihnen liegt. Sie sind weit mehr als nur Entlassene; sie sind dem Leben wiedergegeben worden, das nicht nur Pessimisten unter ihnen schon aufgegeben hatten.

„Die Sache ist erledigt“

Die Entlassenen gehören zu denen, die gegen Ende des Jahres 1949 aus den normalen Kriegsgefangenenlagern aussondert, einem summarischen und in jeder Hinsicht unzureichenden Gerichtsverfahren unterworfen und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die höchste zur Zeit in der Sowjetunion für Kriegsverbrechen mögliche Strafe — 25 Jahre Zwangsarbeit — war zugleich die, die am häufigsten verhängt wurde. Wer in anderen Rechtssystemen als dem sowjetischen diese Strafe zugemessen erhält, weiß mit Sicherheit, daß alle normalen Amnestien an ihm vorbeigehen, daß nur ein ganz besonderer Umstand, wie vielleicht ein grundsätzlicher Wechsel des politischen Systems, ihm die Freiheit wiedergeben kann. In der Sowjetunion ist das offenbar anders. Eines Tages trat in die Zelle der Häftlinge ein Offizier oder Beamter und sagte entweder: „Die Sowjetunion hat Ihnen verziehen; Sie werden repatriert“, oder er sagte weniger feierlich: „Ihre Sache ist erledigt. Sie werden nach Hause geschickt.“ Auf diese Weise sind in diesen Tagen mehrere hundert Kriegsgefangene in den Entlassungslagern der Bundesrepu-

Das Mitbesti

Ein amerikanischer Wink für di

R. Bonn, 11. April. Die Aufhebung der Suspendierung der Mitbestimmungsrechte im hessischen und württembergischen Betriebsrätegesetz wird in Bonner parlamentarischen Kreisen als ein amerikanischer Wink gewertet, mit der Beschlußfassung über das Mitbestimmungsrecht auf Bundesebene nicht länger zu warten. Dazu wird in Regierungskreisen erklärt, daß dem Kabinett bereits eine Grundkonzeption des Bundesarbeitsministers über ein Mitbestimmungsrecht vorliege. Wenn das Kabinett diesem Grundplan zustimme, werde die Ausarbeitung des schon vorbereiteten Gesetzesentwurfes sehr rasch geschehen, so daß das Kabinett dieses Gesetz vielleicht schon im nächsten Monat verabschieden könne. Während der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen sollten auch noch die Unternehmer und die Gewerkschaften gehört werden.

Die beste Lösung: freie Vereinbarung

Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Verzögerung der bundesgesetzlichen Regelung gerade daher komme, daß die Regierung einer freien Vereinbarung von Unternehmern und Gewerkschaften untereinander die Vorhand habe lassen wollen. Die Regierung hätte es gerne gesehen, wenn das Bundesgesetz auf der Grundlage einer gemeinsamen Hattenheimer Konvention hätte gestaltet werden können. Die Regierung hätte das nicht nur wegen der damit erzielten politischen und parteipolitischen Entspannung gewünscht, sondern auch aus der grundsätzlichen Ueberzeugung, daß freie Vereinbarungen der Wirtschafts- und Sozialpartner immer die beste Lösung darstellten.

Jetzt erst, nach dem negativen Ergebnis in Hattenheim, ist die Initiative auf die Regierung übergegangen, wobei die Hattenheimer Verhandlungen immerhin doch eine große Zahl von Vorfällen geklärt haben.

Die strittige Kernpunkt

Zum strittigen Kernpunkt, zur Ausübung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes

Solidarität mit den

Die American Federation Drahtbericht unse

F6, Düsseldorf, 11. April. Die American Federation of Labor (AFL) hat in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bockler ihre Solidarität mit der deutschen Arbeiterschaft „im Kampf gegen das Wiederaufleben der kriminellen Politik des Hitlerismus“ Ausdruck gegeben.

In dem Telegramm, das von dem Vorsitzenden des freien Gewerkschaftskomitees der AFL Matthew Wolf abgesandt worden ist, heißt es, die AFL begrüße die energische und kompromißlose Haltung der deutschen demokratischen Arbeiterorganisation sowie ihre prompte und energische Reaktion im Fall Hedler und von allen Manifestationen, die die Interessen des deutschen Volkes ernsthaft schädigten, die deutsche demokratische Entwicklung herabdrücken und die Dinge dem russischen Imperialismus und Neo-Faschismus in die Hände spielten. Die AFL verpflichtet sich, alles nur Mögliche zu tun, um die Alliierten zur Ablehnung einer Politik zu veranlassen, durch

Rheinland-Pfalz in der Bundesrepublik

SIAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 146

Der nachfolgende Aufsatz eines bekannten Sozialdemokraten, den wir seiner beachtlichen Gedankengänge wegen gerne wiedergeben, enthält, wie der Verfasser ausdrücklich betont, nur seine persönliche Meinung und nicht die offizielle Auffassung der Partei.

Wer in jüngster Zeit Veröffentlichungen über das Thema „Rheinland-Pfalz — Gott erhalt's — oder auch nicht“ liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob dieses Land und seine unmittelbaren Nachbarn die einzigen staatsähnlichen Gebilde in Deutschland und Europa seien. Das braucht nicht nur das Ergebnis enghorizontiger Betrachtungsweise der jeweiligen Verfasser zu sein, wir werden vielmehr eine natürliche Auswirkung der Tatsache vor uns haben, daß der rheinische Raum, von dem Rheinland-Pfalz ja einen Ausschnitt nur darstellt, doch wirklich der Kernraum Europas ist, bis zum Rande angefüllt mit den Erinnerungen an kontinentale Geschichtsentscheidungen wie mit den Möglichkeiten einer gleichgewichtigen Rolle in spannungsreicher Gegenwart und Zukunft. Wie nahe liegt da die Gefahr einer isolierten Betrachtungsweise, so nahe wie die oft versuchte Herausbildung einer besonderen Mission dieses einen Landes.

Wer dieses Land aufteilen oder umformen will, der muß es zunächst als einufrig Mittelstück des rheinischen Raumes und diesen als wesentliches Randgebiet der westdeutschen Bundesrepublik sehen.

Der Artikel 29, 1.

Staatsrechtler der Weimarer Zeit haben oft für das Verhältnis des Versailler Vertrages zur Reichsverfassung das Wort „Oberverfassung“ gebraucht. Selbst wenn auch wir die Ordonanzen des Generals Koenig und das Besatzungsstatut als Oberverfassung bezeichnen und bis zum Friedensvertrag anerkennen, so schließt das nicht aus, daß wir alle in der „Unterfassung“ des Bonner Grundgesetzes enthaltenen Möglichkeiten einer Länderneuerung vorbereitend und planend ausschöpfen. Das Grundgesetz mit dem klaren Text des Artikels 29 erlaubt bei aller Unsicherheit der Laufzeiten seiner Fristen und den wechselnden Wünschen des Petersberges doch eines: die Planung und Vorbereitung der Ländergliederung bis zu dem Stadium, das der Frieden, der ja über Nacht aus der großpolitischen Lage kommen kann, zulassen wird.

Zentrale Planungsstelle

Da wir nun in Artikel 29, 1 eine bindende Vorschrift besitzen und immerhin ein Gesetz zu seiner Durchführung in Vorbereitung ist, sollten wir doch das Vertrauen in die großen Parteien haben, daß auch sie sich an die Neuordnung gebunden fühlen und im Augenblick der Freigabe durch die Oberkommissare auch handeln werden. Aktuelles Bundesgrundgesetzrecht erlaubt bis dahin die Errichtung einer zentralen Planungsstelle, die man ohne langes Säumen einrichten und denen in den Ländern Landesplanungsämter vorangehen oder folgen sollten. Man schafft damit noch keine Fragezeichen hinter Ländernamen weg, aber es kann so doch vielleicht verhindert werden, daß das notgedrungene Zusammenleben auseinanderstrebender Landesteile zu unerträglicher, jede unerläßliche Verwaltungsarbeit hindernder Streiterei ausartet. Das kann erreicht werden, wenn Gegner und Fürsprecher die Garantie haben, daß auch ohne scharfe Polemiken ihre sachlichen Gründe angehört, gesammelt, verarbeitet

Die Zuständigkeit des Bundes

Die Forderung nach einem Bundesplanungsamt, dessen Aufgabenbereich sich aus Artikel 29, 1 ergibt, kann mehrfach begründet werden: zunächst damit, daß die Neugliederung überhaupt in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Aber auch damit, daß alle bisherigen Versuche wie das Beispiel des Südweststaates zeigt, als gescheitert aufgefaßt werden müssen, wenn die Beteiligten direkt einig werden sollen. Genau so aussichtslos, selbst wenn man hier keine einzelpersonlichen Intrigantenspielen wie dort einkalkuliert, müßten Versuche zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen oder Bayern bleiben. So wie Bundesrecht Landesrecht bricht, muß eine Bundesraumordnung auch eine Länderneuerung bringen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß unser Land oder Baden-Württemberg nicht die einzigen Probleme dieser Art darstellen. Von Oldenburg über Köln bis Lübeck und von Ludwigshafen, Bensheim bis Würzburg bestehen sehr reale Separations- beziehungsweise Anschlußwünsche.

Der Rhein nie Staatsgrenze

Noch viel Wasser wird den Rhein hinunterfließen bis entschieden ist, ob Kurstaaten, rhein-mainisches Wirtschaftsgebiet oder über den Strom herüberreichende Kernländer das bundesstaatliche Gesicht am Rhein bestimmen werden. Immer aber sollten allen Planern zwei Forderungen vor Augen stehen: Keine Lösung darf die deutsche Einheit gefährden, und jede Lösung muß aus den räumlichen Gegebenheiten heraus entwickelt und von der betroffenen Bevölkerung bejaht werden. Keine Einbildung, mit der einzigen Patentlösung begabt zu sein, belastet uns, wenn wir feststellen: Wer sich den Mainzer Kurstaat ansieht, wie er sich um den Mittelrhein zwischen Bingen und Worms in Rheingau und Rheinhessen bettete, die freie Reichsstadt Frankfurt, wirtschaftlich von ihr beherrscht, ausließe, den Main entlang sich beiderseits ausbreitete, der erkennt das Grundgesetz eines künftigen deutschen Bundeslandes am Mittelrhein: Der Strom darf nie Grenze, er muß Wirbelsäule eines Staates sein.

Bleibt dieses Staatsbaugesetz unbeachtet, so hat ein rheinisches Land selbst dann keinen Bestand, wenn die Länder künftig weiter nichts als pure Verwaltungseinheiten sein sollten. Achtet man es, dann eröffnen sich von daher Perspektiven selbst für Rheinland-Pfalz: es muß dann nicht unbedingt zerstückelt, es kann in seinem Schwerpunkt verlagert, umgeformt, aus seiner linksuferischen Randlage befreit und dadurch selbst für bisherige Gegner tragbar gemacht werden. Mögen sich an dieser Frage, wenn sie einst auf Bundesebene zur Debatte steht, die zentralistischen Kräfte fair mit den föderalistischen messen. Für sie und uns in Rheinland-Pfalz bleibt die Aufgabe, an deren Bewältigung sich die Landesregierung durch Errichtung eines Landesplanungsamtes speziell für diese Gebietsfragen und durch Anregung eines solchen Amtes beim Bunde bald beteiligen sollte, immer dieselbe eine deutsche Lösung am Mittelrhein zu finden, die auch in einer europäischen Zukunft Bestand hat.

das Volk durchzusetzen. Auch wenn die gegenwärtige Krise wieder vorübergeht, so muß der nachhaltige Eindruck der letzten Vorgänge doch bleiben. Das ganze Bonner System ist gefährdet, wenn die Politik der Nackenschläge andauert.

Kulturkampf

ks. Der Kampf gegen das christliche Bekenntnis in der Ostzone ist nach der Berliner Synode zum offenen Ausbruch gekommen. In den evangelischen Kirchen war am Sonntag ein Protest der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg gegen die materialistische Ausrichtung des gesamten öffentlichen Lebens in der Ostzone verlesen worden. Gemeindeglieder, so hieß es darin, beklagten sich immer wieder bei den Kirchenleitungen, daß sie zu Entscheidungen gezwungen würden, die sie mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren könnten. Sie ständen in dauernder Gefahr, Freiheit, Brot und Amt zu verlieren. „Herr, erlöse uns von dem Uebel der politischen Monomanie!“ In diese Worte faßte Bischof Dibelius die gefährdete Lage der Kirche der Ostzone zusammen.

In einem weiteren Hirtenbrief hatte die katholische Kirche der Sowjetzone allen ihren Mitgliedern, die sich zur materialistischen Weltanschauung bekennen, mit Ausschluß gedroht. „Wer mit Wissen und in voller Freiheit die gottlose materialistische Weltanschauung verbreitet, ist aus der Kirche ausgeschlossen“, so wurde von den Kanzeln der Kirchen bekanntgegeben.

In einer Aussprache mit Bischof Dibelius hat der Ministerpräsident der Ostzone, Grotewohl, die Lage im Hinblick auf diesen Abwehrwillen der Kirche als „sehr ernst“ bezeichnet und später den Kanzelbrief als „verfassungswidrig“ erklärt. Damit sind die Linien der bevorstehenden Auseinandersetzung bereits abgezeichnet. Es war vorauszu sehen, daß die schon seit längerer Zeit schwelende Krise im Verhältnis Sozialistische Einheitspartei und Kirche nach der Gleichschaltung der ostzonalen Parteien in der „Nationalen Front“ zu einem offenen Konflikt führen würde. Die von der Volkspolizei vorgenommenen Haussuchungen in den Pfarrhäusern dürften sich daher nicht nur auf die Beschlagnahme der unbequemen Kanzelbriefe beschränkt haben, sondern lassen auf eine beginnende „Säuberungsaktion gegen nicht fortschrittlich gesinnte, im Dienste des Monopolkapitals stehender Kreise“ schließen. Den Abwehrwillen der Kirche gegen die ständigen Eingriffe in die ihr durch die Verfassung verbrieften Rechte auf christliche Lehre und Gewissensfreiheit beantworteten die Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei nunmehr mit einem massiven Angriff gegen das letzte Bollwerk, das sich bisher noch einer Gleichschaltung entgegenstellte. Der Kulturkampf stellt die Kirchen der Ostzone vor eine schwere Probe, bei der der Gegner mit ungleich stärkeren Waffen kämpfen und in der Auswahl seiner Mittel nicht wählerisch sein wird.

„Wir können nichts tun, als jene Spannungen auszuhalten“, erklärt Landesbischof Lilje zu der allgemeinen Lage im Kampf gegen den Weltkommunismus. „Aber sie müssen überwunden werden, wenn wir der Welt den Frieden erhalten wollen.“ Die Kirche der Ostzone steht in diesem Kampf in der vordersten Linie.

Bogomolow abberufen

Moskau, 25. April. (dpa) Der sowjetische Botschafter in Paris, Alexander Bogomolow, ist von seinem Posten abberufen und zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannt worden.

republik ein echter und redlicher Wille zur Demokratie lebendig ist und daß, nicht zuletzt, die vielgeschmähte Verwaltungs-Bürokratie eine beachtliche Fülle von Einsicht in die Erfordernisse der Demokratie darstellt, trat für den Beobachter wirksam zutage.

„Instanz“ oder Mittler?

In Vorträgen der Herren Regierungspräsident Baurichter (Düsseldorf), Oberbürgermeister Dr. Swart (Heidelberg) und Staatsrat Dr. Kollmann (München) nebst einem Korreferat von Professor Dr. Becker, Verwaltungsakademie Speyer, befaßte sich die Tagung mit der Frage, ob es notwendig und ratsam sei, die sogenannte „Mittelinstanz“ (zwischen den Kommunen und der Landesregierung), also den Regierungspräsidenten, abzuschaffen, und welche Gesichtspunkte für die vielerörterte Schaffung von kommunalen Verbänden höherer Ordnung (oberhalb der Kreisebene) zu beachten sind.

Was die Frage der „Mittelinstanz“ anbetraf, so gipfelte die Aussprache in der Erkenntnis, daß, falls man auch die Amtsstelle des Regierungspräsidenten abschaffen würde, der Träger dieses Amtes nicht zu entbehren sei. Sei auch allenfalls die „Mittelinstanz“ entbehrlich, so könne und dürfe auf den Regierungspräsidenten als Menschen und Mittler zwischen Staat und Bürger, zwischen Verwaltung und Verwalteten keinesfalls verzichtet werden. Das verlange die Sache der Demokratie ebenso wie die der Staats-Autorität.

Soweit das Land Rheinland-Pfalz in Betracht kommt, wurde anerkannt, daß hier die Regierungsbezirke zwar die geringste durchschnittliche Einwohnerzahl aufweisen, daß aber einer Zusammenlegung wesentliche Hindernisse entgegenstehen; insbesondere aber stehe hier die künftige Neuordnung der Landesgrenzen dermaßen im Vordergrund, daß daneben die Frage: Mittelinstanz oder nicht, völlig in den Hintergrund trete. Käme Rheinhesen zu Hessen, so wäre die in vielhundertjähriger Geschichte begründete Landes-Eigenart des Gebietes nicht mehr gewährleistet.

Die Bezirksverbände

In tiefeschürfender Untersuchung befaßte man sich mit der Notwendigkeit, kommun-

Die „I

zz. Die „Allgemeine Zeitung“ hat sich wiederholt mit einem Geschichtswerk befaßt, das im Amtsblatt des Kultusministeriums in Rheinland-Pfalz lobend besprochen worden war. Sie konnte dabei Sätze zitieren, die auf keinen Fall geeignet sind, als Unterrichtsgrundlage für Volks- und Mittelschulen zu dienen. Es war gleichzeitig die Frage aufgeworfen worden, welche Stellung das Kultusministerium zu der Ankündigung dieses Geschichtswerkes nimmt und ob es damit einverstanden ist, daß der Verlag des Buches mit dem Erscheinen der Besprechung im Amtsblatt Reklame macht.

Wir erhalten nun von Justiz- und Kultusminister Dr. Süsterhenn die nachfolgende Stellungnahme, die wir gerne wiedergeben:

1. Die im Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz Nr. 22 vom 25. Oktober 1949 erfolgte Besprechung des zweiten Bandes der Ausgabe A des Buches „Deutsche Geschichte“ von Hans Ebeling (Abendländisches Mittelalter), Verlag Georg Westermann, Braunschweig, ist im „Nichtamtlichen Teil“ des Amtsblattes erschienen und stellt deshalb keine amtliche Äußerung des Ministeriums, sondern eine private des Besprechers dar.

2. Der nichtamtliche Teil des Amtsblattes ist in „Buchbesprechungen“ und „Buchemp-

F.A. Nationalhymnen

3.5.50.

Ein geschichtlicher Rückblick / Von Fritz Schotthöfer

Nationalhymnen und Fahnen haben ihre Schicksale. Sie kommen, werden verboten und wieder neu hervorgeholt, wenn die Umstände es nahelegen. Auch daß sie, wie jetzt das Deutschlandlied gekürzt werden, ist nicht neu. Als die Zweite französische Republik anfang, Kaiser und Könige zu empfangen, da konnte man bei den Banketten die Strophe nicht mehr singen, in welcher der „Cohorte der verschworenen Könige“ Kampf angesagt wurde. Manche der Gäste kannten den Wortlaut gar nicht mehr. Es ist auch sehr bezeichnend, daß man sich überall längst daran gewöhnt hatte, nicht die ganze Hymne abzusingen. Von dem häufigen Gebrauch ist man etwas müde geworden. Begeisterung war nur bei ganz großen politischen Anlässen dabei. Und legen die Massen sich immer Rechenschaft davon ab, was mit den Worten gemeint ist? Sie müssen durch eine Propaganda schon sehr erhitzt werden, um sich hinreißen zu lassen, was allerdings häufig genug vorkommen kann, wenn es mit System betrieben wird. Aber das ist immer ein Unglück, weil das natürliche Empfinden einer nationalen Zusammengehörigkeit dadurch ins Unechte verfälscht wird. Es ist wohl der Sinn aller Nationalhymnen, diese Sammlung der Herzen zu pflegen, und da es ein Hymnus ist, wird mit dem Lobe auf die nationalen Vorzüge nicht gespart. Auch Hoffnungen schlummern darin. Zum klaren Ausdruck bringt es eine einzige Hymne, die polnische: Noch ist Polen nicht verloren . . . Sie entstand, als das Vaterland durch die Teilungen zerstückelt war. Die Geschichte hat diese Sehnsucht erfüllt, aber in einer Form, die heute alle Anhänger entmutigen mag. Die Amerikaner besaßen in ihrem „Yankee doodle“ eine Art Spottlied, lustig in Text und Melodie. Vor etwa hundert Jahren haben militärische Bedürfnisse mehr Ernst verlangt und es kam das „sterngestreifte Banner“, das aber den Yankee nur seines Ranges entheben es nicht völlig vertreiben konnte. Die Stimme Amerikas beginnt und beendet ihre Rundfunksendungen noch immer mit den heiteren Klängen.

Eigentlich müßten diese Hymnen, die doch politische Wirkungen gewinnen, nicht von Dichtern, sondern von erfahrenen Staatsmännern verfaßt werden, die jedes Wort auf die Goldwaage legen. So vielen Mißverständnissen, wie sie das

Deutschlandlied im Ausland erregt hat, wäre dann vorgebeugt. Die Deutschen verstehen das „über alles“ ganz richtig, so wie es Hoffmann von Fallersleben gedacht hat, als er, in tiefer Verzweiflung über die deutsche Zerrissenheit, aus der Einsamkeit der Insel Helgoland seine dichterische Mahnung an seine Landsleute im Süden und im Norden sandte, das große Vaterland über die kleinen zu setzen. Wir gebrauchen heute noch die Redensart „über alles in der Welt“, wenn wir etwas ganz besonders lieben oder hochschätzen. Hoffmann hat deutsche Art für die beste gehalten, aber das ist noch kein Imperialismus. Die Selbstbewunderung findet sich bei allen Völkern. Die Franzosen sprechen davon, daß jeder Mensch zwei Vaterländer habe, das seine und dann Frankreich. Früher nannten sie ihr Land das „schönste Königreich unter dem Himmel“. Die Amerikaner halten ihre Heimat für „Gottes eigenes Land“. Kein anderes Volk ist so unbestritten stolz auf seine staatlichen Einrichtungen und den nationalen Charakter wie das englische. Hoffmann hat übrigens sofort hinzugefügt: „zum Schutz und Trutze“, womit die Kriegslust ausgeschlossen war, und er goß das Ganze in die von Ergebenheit überfließende Melodie von „Gott erhalte Franz den Kaiser“. Wenn man es absingen hörte, konnte man stellenweise den Eindruck eines Trauermarsches haben. Lange genug lebte das Deutschlandlied in einer Ersatzrolle neben den offiziellen Hymnen, zuletzt der Kaiserhymne, die nach dem ersten Weltkrieg ins Leere fiel. Niemand aber wird behaupten wollen, Friedrich Ebert hätte Eroberungsgedanken im Kopfe gehabt, als er der Weimarer Republik das Deutschlandlied empfahl. Es hatte sich kein Dichter gefunden, der eine neue Hymne ersann und heute sind wir in der gleichen Verlegenheit. Wahrscheinlich ist es in den Stimmungen der Niederlage und Aussichtslosigkeit überhaupt unmöglich, einen erhebenden Gesang anzustimmen. Sicherlich würde jede hoffnungsvolle und vertrauensvolle Zeile über die Wiedererhebung als Nationalismus gegen uns ausgespielt werden.

Die Geburtsstunde der Nationalhymne stand immer unter einer bestimmten Konstellation der Gestirne am politischen Himmel. Um 1840 befand sich Frankreich in einer Welle stürmischen nationalen Empfindens. Die Erinnerungen an Napo-

leon waren wieder stark geworden, seine Asche mußte von St. Helena nach Paris geholt werden, in Afrika hatte man einige Enttäuschungen erlebt. Palmerston hatte es für rätlich gehalten, mit Rußland, Preußen und Oesterreich die Quadrupelallianz zu schließen, um Entladungen vorzubeugen. Die Parole nach den „natürlichen Grenzen“ lebte auf, sogar von dem klugen Thiers begünstigt, der Paris befestigen ließ. Als Antwort aus Deutschland ertönten die „Wacht am Rhein“ und das Lied von Becker „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, das als Provokation aufgefaßt wurde, obwohl es wie die „Wacht am Rhein“ kein aggressives Wort enthält. In dieser Atmosphäre hat auch Hoffmann gedichtet. Alfred Musset antwortete Becker mit dem bekannten „Wir haben ihn gehabt, euren Rhein, und unsere Pferde darin getränkt“. Das alles ist Geschichte geworden, und es sollte nur dazu beitragen, alte Vorurteile zu zerstreuen, die noch immer herrschen. Die Marsillaise hat Rouget de Lisle in einer Nacht in Straßburg komponiert, als er unten auf der Straße den Marschritt der ausziehenden Bataillone hörte und sie atmet darum in ihrem Rhythmus die Begeisterungen, mit der die Heere der Revolution die Idee der Freiheit in die Welt tragen wollten. Sie gilt heute noch als die schönste Melodie einer Nationalhymne. Später haben die Sozialisten ihre Arbeitermarsillaise darnach skandiert. Die kommunistische „Internationale“, in Nordfrankreich entstanden, hat längst nicht dieses mitreißende Tempo.

Ist es Nationalismus, wenn in England jede Theater- und Kinovorstellung mit „God save the king“ geschlossen wird? Die Eile, mit der die Zuschauer den Saal unter diesen Klängen verlassen, lassen nicht darauf schließen. Ein imperialistischer Sang, das „Britannia rule the waves“, aus dem achtzehnten Jahrhundert stammend, wird kaum mehr gesungen. Aber England treibt eine Politik danach, weil in der Tat die See die Voraussetzung des Empire bildet. Darum baute es seine Flotte und hielt sie auf dem Höchststand, bis Amerika sie überflügelte. Trevelyan erzählt, daß unter dieser Verehrung der Flotte das Ansehen des Landheers sehr gelitten hat. Als das Offizierskorps den Adelscharakter verlor, stieß die Rekrutierung in den bürgerlichen Klassen auf eine absolute Abneigung, die sich erst langsam verlor.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgegeben von Hans Baumgarten, Erich Dombrowski, Karl Korn, Paul Sethe, Erich Welter

Erkenntnisse für Salzgitter

Genehmigt den Aufbau einer Friedensindustrie

Wortbericht unseres Korrespondenten

Personen vorsehen und gegenwärtig 12 000 Arbeiter in diesem Gebiet arbeitslos sind, hofft der englische Oberkommissar, daß weitere deutsche Pläne zur Errichtung neuer Betriebe ausgearbeitet werden.

Arbeitsminister Storch erklärte vor der Presse, er hoffe, daß wenigstens 14 000 Menschen auf diesem Gelände weiter Arbeit finden würden. Er teilte mit, daß ein neuer Rumpfbetrieb aus den noch vorhandenen Betriebsteilen gebildet werden sollte, in dem Roheisen in Grauguß verwandelt werden könne.

Zweitausend neue Arbeitsplätze

Bonn, 2. Mai. (dpa) Die neuen Unternehmen in den verbleibenden Anlagen der Reichswerke sollen nach den deutschen Vorschlägen rund zweitausend Arbeitskräfte beschäftigen. Unter den vorgeschlagenen neuen Betrieben befinden sich ein Werk der Bergbau- und Hüttenbedarf AG, eine Erzaufbereitungsanlage der Reichswerke GmbH, ein Reparaturwerk für Hütten-Spezialfahrzeuge, Schlackenverwertungsanlagen, eine Gießerei für Eisenbahn- und Industriebedarf und ein Hochofen-Zementwerk.

Scharfe Angriffe

Senatoren gegen die Demontagen
Washington, 2. Mai. (dpa) In der Senatsdebatte über den Marshallplan hat der republikanische Senator Jenner in Washington scharfe Angriffe auf die Demontage-

politik der Westmächte in Deutschland gerichtet. In einer ausgedehnten Kritik an der Marshallplan-Politik warf Senator Jenner der amerikanischen Regierung vor, sie habe den Wiederaufbau Großbritanniens und Frankreichs auf Kosten Europas finanziert.

Als ein besonders schlagendes Beispiel zitierte Senator Jenner folgende im „British Trade Journal“ veröffentlichte Feststellung: „Erfreulicherweise kann man berichten, daß die Verhandlungen im Endergebnis zu einer Reduzierung der deutschen Uhrenindustrie auf fünfzig Prozent des Standes vom Jahr 1938 geführt haben.“

890 000 Tonnen Stahl

Düsseldorf, 2. Mai. (VWD.) Die Rohstahlerzeugung im Bundesgebiet hat im April etwa 890 000 Tonnen gegenüber 1 Million Tonnen im Vormonat betragen. Bei 23 Arbeitstagen — vier weniger als im März — ist die Arbeitstäglige Produktion mit rund 37 000 Tonnen etwa auf dem gleichen Stand geblieben. Die Tageserzeugung entspricht dem gegenwärtigen Produktionslimit von 11,1 Millionen Tonnen jährlich.

Graziani verurteilt

Rom, 2. Mai. (AP.) Marschall Graziani ist am Dienstag von einem italienischen Militärgericht für schuldig befunden worden, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und zu neunzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Entgegenkommen

Wien, 2. Mai. (AP.) Wenige Tage, nachdem der britische Oberkommissar den Befehl gegeben hatte, die Sprengungen am Trockendock „Elbe 17“ einzustellen, hat er mitgeteilt, daß er in der Frage der Demontagen von Watenstedt-Salzgitter zu einem Entgegenkommen bereit ist. Die Deutschen, die Anlaß zu haben glauben, in den letzten Monaten mehr als einmal eine starre und unnachgiebige Haltung der Alliierten festzustellen, werden die jüngsten Ereignisse mit einem Gefühl der Erleichterung aufnehmen. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer; zwei auch noch nicht; aber es wäre nicht fair, wollte man nicht festhalten, daß wenigstens in diesen Fragen das Eis der Unversöhnlichkeit und des wirtschaftlichen Nichtverständnisses zu schmelzen scheint. Wenn beiden Entscheidungen Sir Brians andere, von ähnlichem Geist getragene Maßnahmen folgten, so wären die Deutschen sicherlich die ersten, die bereit wären, ihre Genugtuung darüber auszusprechen.

Die gefährliche

Von Hans

Ein hörbares Aufatmen geht durch die westliche Welt. Der Konfliktstoff ist aus-

er Merkur

Kultur und Wirtschaft

August 1947

STAMZ, NL Oppenheim / 42,4 - 148

Einzelpreis 50 Pfg.

Die zweite Partei? Entwicklung der Sowjetunion

„Bauern-Partei“ wirklich eigene Führer haben, eine eigene Doktrin entwickeln, an der Nachbarpartei Kritik üben, gegen die Regierung opponieren, die Staatswahrheit des „wissenschaftlichen Marxismus“ ablehnen können? Würde diese Betätigung kein „Abweichen“, kein Verlassen der „Generallinie“, keine Schlingentätigkeit und kein Hochverrat mehr sein, der mit „Liquidierung“ endigen müßte? Würde sie tatsächliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Regierung und die Beschlüsse der Staatsgewalt gewinnen können...?

Es ist für westliche Beobachter schon etwas befremdend, daß die „Prawda“ von einer „Bereitschaft der Kommunistischen Partei“ spricht, „auf ihre Monopolstellung zugunsten einer zweiten, bäuerlichen Partei zu verzichten“. Das kann den Eindruck erwecken, daß die zweite Partei weniger kraft eigenen als delegierten Rechtes entstehen soll. Es sprechen ferner alle Anzeichen gegen die Annahme, daß nach der zweiten nun auch eine dritte oder vierte Partei entstehen könnte, wenn die Wähler das etwa wünschen sollten. Und wie wird es gar mit der deutschen Ostzone, mit Polen, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien werden, wo die Entwicklung ausgesprochen gegenläufig ist?

Man wird die künftige Generallinie auch hier suchen dürfen.

F. A. K.

„Der Föderalisten“

anzuschließen, um das bündisch-erneuerte Deutschland möglichst bald über die Auswirkungen der zweiten Weltkriegskatastrophe hin-

Das Sammelbecken

Das einmal viel beachtete „Essener Programm“, das 1920 der damalige Führer der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, verkündigte, ging auf die Sammlung aller rechts der Sozialdemokratie wirkenden politisch-sozialen und kulturellen Kräfte hinaus. Christlich, deutsch, demokratisch und sozial wurden als die einigenden Grundsätze aus den sonst so divergierenden Plansetzungen der verschiedenen Gruppen herausgeschält. Nach ihnen sollte sich das parteipolitische Gefüge reorganisieren und verlebendigen.

Die Zeit aber erschien für diese Idee nicht reif. Der erste Weltkrieg mitsamt den daraus erflossenen revolutionären Strömungen hatte es nicht vermocht, das im republikanischen Deutschland überalterte System der Parteien des Kaiserreiches den veränderten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Phantasielos nannte man sich einfach um: die Konservativen in Volksparteiler, die Freisinnigen in Demokraten. Lediglich das Zentrum blieb auch dem Namen nach, was es gewesen war. In eine solche Situation hinein erhoben, fand Stegerwalds Ruf wohl interessiertes Gehör, doch nirgends ein zu praktischer Erprobung ausreichendes Echo. Die Entwicklung verlief vielmehr in schnurstracks entgegengesetzter Richtung. Fast in geometrischer Reihe vervielfachten (und verkleinerten sich natürlich umgekehrt proportional) die sogenannten bürgerlichen Parteien aller Schattierungen, bis 1933 von den schließlich vorhandenen 38 Parteien 35 auf sie entfielen!

Erst die brutale Unterdrückung der Freiheit, weiterhin zu existieren und sich nach Belieben weiter aufzuspalten, erzwang so etwas wie eine Solidarität der Illegalität. Aus der immer mehr erstarkenden Widerstandsbewegung in positiv christlichen Kreisen entstand in

Rheinischer Merkur

Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

Nr. 31 / 2. Jahrgang A

Samstag, 23. August 1947

Einzelpreis 50 Pfg.

Das Rheinland ist eine Einheit

VON OBERBÜRGERMEISTER DR. PÜNDE
KÖLN, im August.

Vom Standpunkt einer Weltkultur aus bedauert man schon immer, daß es überhaupt Grenzen gibt. Grenzen der Länder, Grenzen der Nationen. Wenn man diese Grenzen bereits als Hemmnis und Hindernis auf dem Wege zu einer allgemeinen Gesittung der Menschheit auffaßt, sie, für die immerhin geltend gemacht werden kann, daß sie das Ergebnis geschichtlich begründeter und gleichsam natürlicher Entwicklungen darstellen, um wieviel mehr wird man da die Zonengrenzen innerhalb Deutschlands als unnatürliche und quälende Faktoren unserer Gegenwart empfinden.

Zonengrenzen sind politische Grenzen. Unsprünglich aus militärischen Gegebenheiten fixiert, haben die Zonen den Charakter politischer und verwaltungsmäßiger Gebietseinheiten angenommen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Umstellung ungesund sein muß, weil sie die Dinge vergewaltigt. Heute sehen wir, daß die einfache Sachvergnunft doch schließlich dazu führt, die Zonengrenzen zu überwinden. Aber diese Entwicklung scheint uns, zumal uns Rheinländern, nicht schnell genug zu gehen.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß das Rheinland eine Einheit darstellt. Verwandte, deren einer eine andere Nationalität bekommt, bleiben dennoch Verwandte. Es sind so tief liegende Bindungen, so viele Gemeinsamkeiten vorhanden, daß eine bloß äußerliche Trennung solche Verwandtschaft nicht gegenstandslos machen kann. Ein mächtiges Grundgefühl des Zusammenhalts bleibt bestehen.

Der Satz, daß der Rhein eine große Völkerstraße ist, dürfte Gemeingut sein. Merkwürdig ist dabei bloß, daß die politische Praxis oft solche Grundtatsachen übersieht und daß die Geschichte erst durch Krisen führen muß, ehe sich die Gegensätzlichkeiten wieder ausgleichen. Wenn aber das Rheinland eine Straße ist, eine Völkerstraße und eine Verkehrsstraße, so heißt dies, daß unser Land eine Richtung hat, eine feste und zwingende Bewegungsrichtung, daß es eine Art von Bahn darstellt, auf der sich die Kräfte des Lebens in beiden Richtungen bewegen. Schlagbäume in einer solchen Bahn bringen das Leben zum Erliegen. Von einer Fläche kann man sich zur Not ein Stück abgeschnitten denken, aber eine Gerade läßt sich nicht zerstückeln. Das bedeutet den Tod für beide Richtungen. Wer nicht bereits die bitteren Erfahrungen der Praxis besitzt, der nehme die Landkarte und sehe, wie oft innerhalb Deutschlands in der Rheinstraße die Barriere einer Zonengrenze liegt: bei Remagen und Honnef, bei Lorch und bei Mainz, von den unterbrochenen Querverbindungen im Oberlauf ganz zu schweigen, wo die eine Seite französisch und die andere amerikanisch ist.

Schon die Landschaft des Stromtals zeigt die Einheit. Es ist üblich, im Rheinland von „Oberland“ und „Unterland“ zu sprechen. Die Grenze liegt in der Kölner Bucht bei Bonn. Das Oberland ist auf das Unterland bezogen und umgekehrt. Die Innigkeit der Verbindungen beispielsweise von Köln nach östlich anschließenden Landmassen hin ist geringer als diejenige zu den stromauf und stromab liegenden Gegenden und Städten. Eine Stadt wie Bielefeld ist für das Kölner Land eine fremde Gegend, während das annähernd gleich weit entfernte Frankfurt oder Mainz oder Mannheim als verwandt empfunden werden.

Die Verwandtschaft ist auch wörtlich zu nehmen. Wie viele Kölner Familien, Beamte, Handwerker, Kaufleute haben sich ihre Frauen aus Eifel und Westerwald, aus Hunsrück und Taunus genommen? Wenn sie nicht selber gar als strebsame Söhne ihrer Familien einst von den verlockenden Aussichten und Reizen einer Stadt wie Köln oder den Industrie- und Verwaltungsstädten des Niederrheins und der Ruhr angezogen worden sind.

Die blutsmäßigen Bindungen ziehen sich durch das ganze Rheintal und die begleitenden Landmassen; gerade für das Rheinland ist diese innere verwandtschaftliche Zugehörigkeit charakteristisch, welche nicht ausschließt, daß es schon einige Jahrtausende lang als die größte Straße Europas sich immer wieder neues Blut assimilierte.

Entsprechend diesen Verbindungen ist es natürlich, daß viele Haushalte oft noch nach alter, fast patriarchalischer Art unmittelbar aus dem Dorf der ländlichen Verwandten versorgt werden, und zwar dies nicht nur in Zeiten der Not, wie heute, sondern auch in den guten und satten Zeiten des Friedens. Die Söhne oder Töchter in der Stadt bekamen ihre Kartoffeln, und wenn geschlachtet wurde, auch etwas vom Schwein. Alle diese gesunden Bindungen zer-

Eine zweite Partei?

Die innerpolitische Entwicklung der Sowjetunion

Das Einparteien-System ist nicht mehr Mode. Nachdem der Faschismus und der Nationalsozialismus an ihren Kriegsabenteuern zugrunde gegangen sind, schickt sich die Sowjetunion an, das Einparteien-System durch eigenen Entschluß aufzugeben.

Zum 7. November, der dreißigsten Wiederkehr des Tages der Oktober-Revolution westlicher Zeitrechnung, soll eine „Bauern-Partei“ neben die „Industriearbeiter-Partei“ treten.

Die Beweggründe, die Moskau zum Wechsel vom Ein- zum Zweiparteien-System veranlassen, sind nicht recht erkennbar. Wünscht die Bevölkerung, die durch den Krieg in eine breitere Fühlung mit dem Westen getreten ist, eine Angleichung und Auflockerung? Oder will die Regierung die Angriffsfläche, die sich in ihrer Polemik mit den Westmächten ergeben hat, um einige entscheidende Punkte verringern, indem sie die „Freiheit der politischen Meinung, der Parteibildung und der Wahlen“ zuläßt?

Bevor irgendwelche Folgerungen an diesen Vorgang geknüpft werden, sollte man abwarten, ob er tatsächlich westlichen Vorstellungen und Begriffen entspricht. Werden die „Bauern-Partei“ und die „Industriearbeiter-Partei“ nur Sektionen einer gemeinsamen kommunistischen Überorganisation sein, oder wird die neue

„Bauern-Partei“ wirklich eigene Führer haben, eine eigene Doktrin entwickeln, an der Nachbarpartei Kritik üben, gegen die Regierung opponieren, die Staatswahrheit des „wissenschaftlichen Marxismus“ ablehnen können? Würde diese Betätigung kein „Abweichen“, kein Verlassen der „Generallinie“, keine Schädlingstätigkeit und kein Hochverrat mehr sein, der mit „Liquidierung“ endigen müßte? Würde sie tatsächliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Regierung und die Beschlüsse der Staatsgewalt gewinnen können...?

Es ist für westliche Beobachter schon etwas befremdend, daß die „Prawda“ von einer „Beiratschaft der Kommunistischen Partei“ spricht, „auf ihre Monopolstellung zugunsten einer zweiten, bäuerlichen Partei zu verzichten“. Das kann den Eindruck erwecken, daß die zweite Partei weniger kraft eigenen als delegierten Rechtes entstehen soll. Es sprechen ferner alle Anzeichen gegen die Annahme, daß nach der zweiten nun auch eine dritte oder vierte Partei entstehen könnte, wenn die Wähler das etwa wünschen sollten. Und wie wird es gar mit der deutschen Ostzone, mit Polen, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien werden, wo die Entwicklung ausgesprochen gegenläufig ist? Man wird die künftige Generallinie auch hier suchen dürfen.

F. A. K.

Das Sammelbecken

Das einmal viel beachtete „Essener Programm“, das 1920 der damalige Führer der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, verkündigte, ging auf die Sammlung aller rechts der Sozialdemokratie wirkenden politisch-sozialen und kulturellen Kräfte hinaus. Christlich, deutsch, demokratisch und sozial wurden als die einigenden Grundsätze aus den sonst so divergierenden Plansetzungen der verschiedenen Gruppen herausgeschält. Nach ihnen sollte sich das parteipolitische Gefüge reorganisieren und verlebendigen.

Die Zeit aber erschien für diese Idee nicht reif. Der erste Weltkrieg mitsamt den daraus erwachsenen revolutionären Strömungen hatte es nicht vermocht, das im republikanischen Deutschland überalterte System der Parteien des Kaiserreiches den veränderten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Phantasielos nannte man sich einfach um: die Konservativen in Deutschnationale, die Nationalliberalen in Volksparteier, die Freisinnigen in Demokraten. Lediglich das Zentrum blieb auch dem Namen nach, was es gewesen war. In eine solche Situation hinein erhoben, fand Stegerwalds Ruf wohl interessiertes Gehör, doch nirgends ein zu praktischer Erprobung ausreichendes Echo. Die Entwicklung verlief vielmehr in schnurstracks entgegengesetzter Richtung. Fast in geometrischer Reihe vervielfachten (und verkleinerten sich natürlich umgekehrt proportional) die sogenannten bürgerlichen Parteien aller Schattierungen, bis 1933 von den schließlich vorhandenen 38 Parteien 35 auf sie entfielen!

Erst die brutale Unterdrückung der Freiheit, weiterhin zu existieren und sich nach Belieben weiter aufzuspalten, erzwang so etwas wie eine Solidarität der Illegalität. Aus der immer mehr erstarkenden Widerstandsbewegung in positiv christlichen Kreisen entstand in den Konzentrationslagern eine wirkliche Konzentration der vordem einander fremden und feindlichen politischen Lager. Es bildete sich allmählich jene Haltung heraus, die wohl die tiefste Ursache für das Zustandekommen, das Wachstum und den Zusammenhalt der Christlich-Demokratischen Union darstellt.

Der erste Parteitag, den ihre Organisation in der britisch besetzten Zone soben in Recklinghausen abgehalten hat, verleugnete diesen Hergang nicht. Er offenbarte eine complexio oppositorum - freilich ohne offene Opposition. Nach den einleitenden Worten Konrad Adenauers, des mit überzeugender Begeisterung wiedergewählten Vorsitzenden, waren verschiedenartige Auffassungen nicht nur erwartet, sondern in einem gewissen Sinn sogar erwünscht. Indes traten sie hinter der disziplinierten Übereinstimmung in den prinzipiellen Fragen zurück. Dabei waren es keineswegs unbedeutende oder verschwommene Forderungen, die vor allem die zielweisende Interpretation des Programms, wie die mit weitem Abstand führende Gestalt Adenauers sie darbot, an die Gesinnungseinheit und Willensgeschlossenheit seiner politischen Freunde stellte.

Hinsichtlich der entschiedenen Zurückweisung der materialistischen Weltanschauung und des betonten Bekenntnisses zum Christentum und seinen Ewigkeitswerten möchte man immerhin der Meinung sein, daß es in einer christlich orientierten Partei Differenzen gerade hierüber eben nicht geben dürfe; - es ist aber doch nicht stets und überall früher so selbstverständlich gewesen. Die Gegensätze zwischen katholischen und evangelischen Christen und auch in deren eigenen Reihen, die ohne Zweifel bis vorgestern allgemein bestanden haben, waren oft stärker als ihre positive Synthetisierung und Aktivierung. Heute könnten sie wohl innerhalb der CDU als überbrückt gelten. Den darauf wenigstens hinielenden Grundgedanken der Union formulierte P. J. Schaeven (Köln) geschickt bei der großen Abendkundgebung: Die Partei bezeichne sich nicht deshalb als christlich, weil sie sich einbilde, etwa die besseren Christen zu repräsentieren, sondern weil sie um die Lösung der ihr aufgetragenen Aufgaben zu allererst fragend an das Christentum herantrete. Und das kam denn auch ganz klar besonders in den Vorträgen und Diskussionen über die Kulturpolitik zum Vorschein.

Als nicht minder beachtenswert zeigten sich die Darlegungen Adenauers zur wirtschafts- und sozialpolitischen Problematik und ihren Ansprüchen. Er hatte hierzu das Stichwort vom machtvoll verteilenden Prinzip gesprochen, das, ohne direkt wiederholt zu werden, in anderen Referaten sinngemäß wiederkehrte. In der Tat war damit nicht nur ein zügiger Name, sondern ein Begriff geprägt, der einen ganzen naturrechtlichen Katechismus enthalten und auch die Mehrdeutigkeit der „Sozialisierung“ in durchaus christlicher Weise entwirren kann.

Der „Bund Deutscher Föderalisten“

Der „Bund Deutscher Föderalisten“, der am 17. August in Bad Ems wiedergegründet wurde, erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

In einem Augenblick der deutschen Geschichte, der erneut die Möglichkeit eröffnet, die innere Ordnung Deutschlands auf ihre natürlichen und geschichtlichen Grundlagen zu stellen, tritt der „Bund Deutscher Föderalisten“ wieder ins Leben.

In ihm haben sich alle Organisationen zusammengefunden, die nach dem ersten Weltkrieg entstanden waren, um im Geiste der föderalistischen Klassiker des 19. Jahrhunderts Deutschland bundesstaatlich zu formen, in allen Gliedern seines staatlichen und gesellschaftlichen Aufbaues die Grundsätze einer freiheitlichen Selbstverwaltung zu verwirklichen und es auf diese Weise wieder in die Gemeinschaft Europas einzuliefern. Im Laufe ihres Kampfes für Freiheit und Recht gegen eine angemaßte Staatsomnipotenz haben manche ihrer Führer wie Benedikt Schmittmann ihr Leben gelassen. Andere sind an führender Stelle der Widerstandsbewegung tätig gewesen.

Der „Bund Deutscher Föderalisten“ hält es für seine besondere Aufgabe, diese Tradition fortzuführen, um keine Verflachung des genossenschaftlich-bündischen Gedankens durch Modeströmungen eintreten zu lassen. Er erinnert daran, daß dem echten Föderalismus die Freiheit der Person sowie die eigenrechtliche Selbstverwaltung in Gemeinden, Ländern und Berufsständen nicht weniger wichtig ist als die Föderation nach außen. Er hält ferner an der christlich-humanen Bildungstradition als der geschichtlichen Grundlage des Abendlandes fest.

Der „Bund Deutscher Föderalisten“ fordert alle Gleichgesinnten, insbesondere die deutsche Jugend, ohne Unterscheidung nach Konfession und Partei oder sozialer Schichtung auf, sich ihm

anzuschließen, um das bündisch-erneuerte Deutschland möglichst bald über die Auswirkungen der zweiten Weltkriegskatastrophe hinwegzubringen und es einer dauernden Gesundheit und Wohlfahrt im Rahmen der europäischen Völker zuzuführen.

Ludwig Alpers, Ehrenvorsitzender der Niedersächsischen Landespartei, ehemals Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten, Bremervörde;

Peter Altmeyer, Ministerpräsident, Koblenz;

Dr. v. Brentano, Landesvorsitzender der CDU, Darmstadt;

Dr. Otto Färber, Verleger, Stuttgart;

Emanuel Graf v. Galen, Beverungen;

Dr. Hans Haberer, Minister a. D., Chef der Staatskanzlei, Deidesheim;

Heinrich Hellwege, Vorsitzender der Niedersächsischen Landespartei (Deutsche Partei), Hannover;

Dr. Wilhelm Höpner, stellv. Ministerpräsident, München;

Ferdinand Kirnberger, Minister a. D., Vorsitzender des Katholischen Akademikerverbandes, Bensheim (Hessen);

Dr. Eugen Kogon, Herausgeber der „Frankfurter Hefte“, Frankfurt;

Dr. F. A. Kramer, Herausgeber des „Rheinischen Merkur“, Koblenz;

Dr. Albert Lotz, Generalsekretär des „Bundes Deutscher Föderalisten“, Bonn;

Johann Wilhelm Naumann, Herausgeber des „Neuen Abendland“, Augsburg;

Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, Stuttgart;

Dr. Anton Pfeiffer, Staatsminister, München;

Frau Professor Benedikt Schmittmann, Köln;

Dr. Franz Josef Schöningh, Herausgeber des „Hochland“, München;

Dr. Adolf Süsterhenn, Justiz- und Kultusminister, Unkel;

Der Sitz des Bundes ist Frankfurt (Main). Das Generalsekretariat befindet sich vorläufig in Koblenz, Firmungstraße 30-32.

schneiden u. a. die Zonengrenzen blind und rücksichtslos.

Von hier ist es nur ein Schritt zur Behinderung der großen Wirtschaft. Man kann sagen, daß die eine Zone das Sperrgebiet der anderen Zone ist. Was diese erzeugt, kann die andere nicht haben und umgekehrt. Von den „leicht gekrümmten Wegen“ abgesehen, findet der Wein nicht zum Kleinen, das Holz nicht zu den Chemikalien und die Kartoffeln nicht zu den Briketts. Ein im Grunde wahrhaft sinnloser Zustand.

Nehmen wir die Gebiete der allgemeinen Gesittung, der Kultur und der Kunst, man vermöchte ganze Bände mit dem Material zu füllen, welches die Einheit des Rheinlandes dartut und auch zu erkennen gibt, wie deutlich sich hier ein beispielhaftes Anderssein in Geschichte und Gegenwart gegenüber den östlich anschließenden Gebieten Deutschlands ergibt. Erinnerung nur an die Perlenkette der gleicher Gesinnung entsprechenden Baudenkmäler des Rheinlandes, etwa an die feierlich-ernsten romanischen Kirchtürme, welche den Rheinlauf

und seine Nebentäler begleiten, Dörfer und Städte zieren und den Geist des alten Abendlandes künden. Immer sind die Bischofsstädte Köln, Mainz und Trier in einem Atem genannt worden.

Das rheinische Volk ist bei aller Unterschiedlichkeit eine wesenseigene und deutlich abgehobene Art von Menschen. Brauchtum, Sitten und Eigenarten sind des Stromvolkes geheimes Leben, und sein lebendiger, Abstand nehmender, im guten Sinne ironisch-versöhnlicher Geist, ist sprichwörtlich. Zwar geht die Sprachgrenze zwischen Niederdeutsch und Oberdeutsch etwa bei Broll durch das Land. Aber die Kölschen, die Kewelenzer, die Määnner, die Trierer und die Frankfurter: fühlen sie sich nicht zugehörig demselben Landstrich, demselben Stromland, das nach Norden zur See weist und nach Süden in die Alpen und gen Italien? Eine schöne phonetisch-psychologische Harmonie.

Uns Kölnern kann die Zonengrenze als die südlich gelegene Großstadt der britischen Zone am wenigsten gleichgültig sein. Die Ruhr etwa

(Fortsetzung Seite 2)

Konrad Adenauer begnügte sich nicht mit dieser prägnanten Redewendung; er bezog konkret und in einzelnen Stellen. Man will unter keinen Umständen die Initiative und Beweglichkeit des privaten Kapitals missen, aber man duldet auch nicht, daß es die Grundstoffindustrien beherrscht. Nicht der Staat als alleinige und geballte Macht, sondern alle Träger öffentlicher Interessen seien bei der Überführung des Großkapitals in die Gemeinwirtschaft zu berücksichtigen. Wie jedoch keiner von ihnen mehr als fünfzehn vom Hundert der Stimmen bei den zu gründenden Gesellschaften haben dürfe, so müsse der Stimmanteil der Vertreter des Privatkapitals auf zehn vom Hundert begrenzt werden. Es ist danach die Frage am Platz, ob jemand einen Vorschlag zu machen in der Lage ist, der den ökonomischen Erfordernissen und zugleich der sozialen Gerechtigkeit im Augenblick zweckmäßiger entspräche. Jakob Kaiser allerdings als Sprecher der Ostzonen-CDU meinte hierzu, daß man das Wort Sozialismus nicht schamhaft verschweigen solle - er selbst verwende den sehr umstrittenen Ausdruck eines christlichen Sozialismus - und daß man mit Hurra tun müsse, was man zu verhindern nicht imstande sei. Man empfand, daß ihm der endgültige Abschied von einem pointierteren sozialistischen Wirtschaftsideal nicht ganz leicht werden würde.

Dem Grundsatz der Machtverteilung begegne man bei Adenauer dann auch dort, wo die Vorstellungen von dem Aufbau des staatlichen Organismus behandelt wurden. Adenauer definierte das föderalistische Denken, auf das er einen erfreulich deutlichen Akzent legte, geradezu als eine staatspolitische Anwendung jenes Prinzips - an der Wahrung der Reichseinheit hält er natürlich fest; - vielleicht war in solichem Zusammenhang das uneingeschränkte Geständnis: „Komme, was kommen mag!“ weniger eine Angelegenheit der wägenden Vernunft als des Gemütes. Jedenfalls solle aus dem Trennungsstrich zwischen West und Ost nicht ein Trennungsgraben werden. Aber Deutschland solle sich auch keinesfalls „aus großen Selbstverwaltungskörpern zusammensetzen, sondern aus Gliedstaaten mit einer eigenen Welt staatlichen Lebens“. Es sind sicher Erfahrung und Klugheit, die nicht so sehr den Parteiführer wie den Staatsmann zu der Feststellung veranlassen, daß die föderative Verteilung der Macht „das beste Gegenmittel gegen eine Mechanisierung und Gleichschaltung“ nach nationalsozialistischer Manier ist, und daß die CDU als berechtigt das föderalistische Ziel der Selbstverwaltung anerkennt, in den Ländern für den Durchschnittsmenschen überschaubare Felder staatsbürgerlicher Betätigung zu schaffen.“

Aufschlußreich war endlich auch die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Keinen nimmt es wunder, daß man zu den kommunistischen Gruppen „keine Berührungspunkte“ findet. Niemanden befremdet es, daß Koalitionen mit den Sozialdemokraten, solange sie ein „unbestimmtes Gesicht“ zur Schau tragen und „zentralistisch, nicht föderalistisch, und klassenkämpferisch eingestellt“ sind, als nur bedingt tragbar angesehen werden. Es ist ferner folgerichtig, daß auch den liberalen Kreisen gegenüber Bedenken bestehen, soweit sie kein „einheitliches Gepräge“, zumal in der Schulfrage, besitzen. Und man versteht gewiß auch, daß dem Zentrum die Hand eingehalten wird, weil beide Programme „in entscheidenden Punkten übereinstimmen, und die Differenzen nicht von erheblicher Bedeutung“ sind.

Weder in den offiziellen Ausführungen noch in der weiträumigen Aussprache wurden Widersprüche gegen die vorgenommene Programmexegese und gegen die eingeschlagene Taktik laut. Alle bewegten sich im großen und ganzen auf der gleichen Linie oder doch auf sie hin. Nur Dr. Josef Müller (München), der Vertreter der bayerischen CSU, erklärte sich für einen Gegner aller irgendwie „doktrinären“ Politik, auch in bezug auf die Einheit Deutschlands, zu der man sich weniger durch Worte als durch gemeinsame Arbeit bekennen müsse. Eindeutig verwarf er jegliches Kollektiv und jegliche Tyrannei.

Alles in allem war dieser Parteitag der Sachlichkeit kein weltbewegendes Ereignis. In manchem vermisse man den Schwung, in manchem auch die Kompromißlosigkeit. Aber das muß man bei einer Partei, die bevußt ein Sammelbecken sein will, wohl hinnehmen. Sie bekannte sich in wichtigen Fragen zu einem Ja, aber... wie sich auch zu ihr eine Reihe von Anhängern nur mit einem Ja, aber... bekennt.

Das Rheinland ist eine Einheit

(Fortsetzung von Seite 1)

besitzt andere Einzugsgebiete. Ihr Exponent am Rhein ist Düsseldorf, das aber vollumfänglich damit beschäftigt ist, seiner neuen Aufgabe als Landeshauptstadt gerecht zu werden. Der Stadt Köln aber mit ihrer mehr als Halbmillionenbevölkerung drückt die Grenze die Atemluft ab. Nicht zuletzt ist Köln das große Verkehrsnetz des Westens. Aber das Netz hat an dieser Stelle ein Loch, einen Riß. Mancherlei fällt hindurch. Es ist nicht abzusehen, was dieser Stadt zustofen müßte, falls es keine Umgehung der Zonenbeschränkungen und Grenzhemmnungen gäbe. Dann müßte der Rhein, dann müßte Köln absterben. Aber man darf wohl hoffen, daß die politische Entwicklung der Welt sich eines Tages doch wieder nach der natürlichen Vernunft der Dinge richtet, ähnlich wie sich Entartungen des Rechtswesens immer wieder am Naturrecht sanieren müssen.

Außenpolitische Umschau

EUROPÄISCHE ZOLLUNION?

Nach dem Eingang der Fragebögen bei dem Pariser Komitee für europäische Wirtschaftszusammenarbeit warfen Belgien, die Niederlande und Luxemburg (BENELUX) den Gedanken einer europäischen Zollunion in die Debatte der Sechzehner-Konferenz und der internationalen Öffentlichkeit. Hier wurde offen und klar das ausgesprochen, was den führenden Männern in den Vereinigten Staaten vorschwebte, wenn sie von einer geeigneten „Plattform für eine dauerhafte und konstruktive Hilfe“ sprachen. Dem Gedanken einer Zollunion hatten außer der Gruppe BENELUX die Schweiz und Italien schon seit langem ein lebhaftes Interesse entgegengebracht. Der britische Delegierte erklärte, daß seine Regierung es nicht von der Hand weise, an einer Zollunion mitzuwirken. Die Zustimmung Frankreichs war eindeutig und entscheidend. Man muß bedenken, daß Großbritannien als Kopf des britischen Commonwealth durch einen Beitritt zur Zollunion das sorgfältig ausgeklügelte Präferenzsystem seines Weltreiches in Mitleidenschaft zöge. Die nordischen Staaten befürchteten, die Abschaffung der Schutzzölle könnte ihre Konkurrenzfähigkeit ungünstig beeinflussen und ihren Lebensstandard senken. Zweifellos bedarf bei der ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Lage Europas ein solcher Plan selbst beim besten Willen aller Beteiligten viel Geduld und Zähigkeit zu seiner Verwirklichung.

STAHL AUS USA UNERWÜNSCHT

Das Angebot der USA, ins Ruhrgebiet 600 000 Tonnen Stahl zu liefern, stellt eine der Hauptfragen der Washingtoner Kohlenkonferenz dar. Mit Hilfe dieser Stahllieferungen, die innerhalb sechs Monaten abgewickelt werden sollten, könnte ein Teil der mangelhaften Ausrüstungen der Ruhrbergwerke erneuert und die Kohlenproduktion gesteigert werden. Die ablehnende Haltung Großbritanniens diesem amerikanischen Angebot gegenüber stützt sich zunächst auf den betrieblichen Zustand der Ruhrindustrie. Sie sei zu schlecht ausgerüstet, um den von den USA gelieferten Stahl verarbeiten zu können. Darum müsse befürchtet werden, daß ein großer Teil dieses Stahles auf den schwarzen Markt abwandern würde. Außerdem wünschten die Ruhrarbeiter nach der jahrelangen Herrschaft der

Trusts die Sozialisierung der Gruben und glauben, daß sie durch die Annahme des Angebots an die amerikanischen Interessen „verkauft“ würden.

ZWISCHEN ZWEI STÜHLEN

Der russische Oberkommissar für Österreich erklärte vor dem Alliierten Kontrollrat in Wien, er werde in seiner Zone „keine Eingriffe in seine Rechte und Kontrollfunktionen zulassen“. Amerika ließ wissen, daß es seine Hilfe für Österreich widerrufe, wenn es nicht selbst ihre Verteilung überwachen könne.

Die beiden Dilemma des Landes und die Zwangslage seiner Regierung, die sich nur einer sehr eingegengten Souveränität erwehren darf, Bundeskanzler Figl stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß die von den Russen kontrollierten österreichischen Industrieunternehmen außerhalb der Bundesgesetze und der Export- und Importregulierung stünden. Das Ansuchen der Regierung um Erhöhung der Ölzuteilungen aus den Zistersdorfer Feldern sei abgelehnt worden. Umgekehrt wies die österreichische Regierung ein russisches Angebot deutscher Braunkohle zum Preis von 20 Dollar je Tonne zurück, da sie Steinkohle um 7 Dollar aus der Tschechoslowakei beziehen könne. In seiner gegenwärtigen Situation bietet Österreich in gewisser Hinsicht wesentlich ungünstigere Ansatzpunkte für die Marshall-Hilfe als Deutschland, wo die Mächte unbehindert durch eine Rücksichtnahme auf eine innerdeutsche Souveränität Entscheidungen nach eigenem Ermessen treffen können.

Wenn Österreich der Amerikahilfe nicht verlustig gehen will, muß es auch das System seiner innerwirtschaftlichen Güterverteilung nach föderativen Gesichtspunkten ändern. Bis jetzt nimmt in diesem bundesstaatlich gegliederten Land die Bundesregierung die Verteilung der Produkte nach einem planwirtschaftlich-zentralistischen Schlüssel vor. Sie kann es dabei nicht verhindern, daß manche Lieferungen einen anderen als den ihnen zugedachten Weg nehmen. So versorgen zwar die westlichen Bundesländer den russischen Sektor mit Überschüssen, ohne die Gegenlieferungen an Brennstoff zu erhalten, der in vielen Tausenden von Tonnen nach dem Balkan abströmt. Diese Lücke müßte bis jetzt die USA. aus eigenen Beständen auffüllen.

Aus den deutschen Ländern

VORBILDICHE VERWALTUNGSREFORM

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen ist unverkennbar und mit Erfolg bestrebt, den Rahmen seiner Zuständigkeiten nicht nur mit gutem Willen und dem Mut der Verantwortlichkeit, sondern auch mit positiven Leistungen auszufüllen. So wird in politisch kundigen Kreisen mit großem Interesse der in der Öffentlichkeit etwas zu kurz gekommene Beschluß dieses Parlamentes aufgenommen, alle geeignet erscheinenden Sonderbehörden in den Aufgabebereich der kommunalen Selbstverwaltung überzuführen. Der Zentralismus der Vergangenheit hatte es verstanden, auf allen möglichen Gebieten die Gemeinden und Kreise funktionsmäßig zu „entlasten“, das heißt praktisch zu entrechteten. Die schon seit 1919 zu beobachtende Tendenz der Ausgliederung von Spezialbehörden, beispielsweise der Arbeits- oder Gesundheitsämter, entsprach niemals demokratischen Formen, geschwehe denn demokratischem Geist. Wenn nun auch in dieser Hinsicht ernsthaft mit einer gesunden Dezentralisierung begonnen wird, so muß man das freudig vermerken. Dem Beschluß kommt eine grundsätzliche, hoffentlich vorbildliche und weittragende Bedeutung zu.

DAGEGEN? DAFÜR?

Auch Baden hat nunmehr seine Regierung; sie wurde vom Staatspräsidenten Wohlleben gebildet. Auf seine Vorschläge haben die Demokraten im allgemeinen durch Stimmenthaltung reagiert, lediglich bei der Abstimmung um den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Leibbrandt haben sie glatt abgelehnt. Bemerkenswert ist weniger die Tatsache selbst als die Begründung, die für diese Stellungnahme gegeben wird. Die Sozialdemokraten, so erklärte der Sprecher der Demokratischen Partei, hätten ihren Anhängern bei den Wahlen die Ablehnung der Verfassung empfohlen, weil ihnen deren Wirtschaftsbestimmungen nicht zusagten: Es sei daher unmöglich, daß jetzt ausgerechnet sie das Wirtschaftsministerium übernehmen. Wenn auch die

Demokraten ihrerseits keinen Anspruch auf dieses Ministerium erhoben, so könne es doch nur dem Vertreter einer Partei anvertraut werden, die sich für die Verfassung entschieden hätte.

Der Grundsatz ist durchaus richtig. Man erinnert sich ähnlicher Fälle, bei denen es ebenfalls um eine solche Frage ging. Es wäre wohl der Mühe wert, neben einer durchgreifenden Erziehung zu wahrhaft demokratischem Denken und Verhalten irgendwelche Sicherungen einzuführen, daß allein die Parteien, die sich rückhaltlos zur Verfassung bekennen, für die Besetzung von Ministerien in Betracht gezogen werden.

„MANGELWARE“ ...?

Im Exekutivrat des Frankfurter Wirtschaftsparlamentes scheint, nachdem für den zurückgetretenen Dr. Heinrich Köhler der Staatssekretär Goegler als württembergisch-badischer Vertreter eingedrückt ist, die wünschenswerte Organisationsruhe zunächst gewährleistet zu sein. Dagegen sollen die vorhandenen Direktorial-Abteilungen um ein weiteres Verwaltungsamt „Arbeit“ vermehrt werden. Die Arbeitsminister sämtlicher Länder in der Bizone haben einmütig einen dahingehenden Antrag gestellt. Es ist nun freilich gerade die Arbeitskraft, die einer besonders pfleglichen Behandlung bedarf und, wenn überhaupt, dann möglichst vom Heimatboden aus gelenkt werden sollte. Indes gibt es eine Reihe von gesetzlichen und administrativen Maßnahmen, die sich in der Tat am rationellsten durch eine ergänzende Regelung von „oben“, also durch eine Rahmenordnung verwirklichen lassen. Aber es mißfällt durchaus, wenn der sozialdemokratische Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen in solchem Zusammenhang von der „Mangelware“ Arbeit sprechen zu dürfen glaubt. Eine „Bewirtschaftung“ dieses sogenannten Wirtschaftsgutes im Sinne etwa einer staatszentralistischen Dauer-Einsatzpolitik entspricht weder den ökonomischen Bedürfnissen noch der Würde des arbeitenden Menschen.

missionen stießen hier in den ehemaligen Kornkammern des Balkans auf lange Elendskolonnen hungernder Menschen, an deren Spitze die Popen die Hilfe erwarteten.

Selten erlebte Rumänien so aufregende Tage wie an diesem Höhepunkt der Währungs- und Krisen. Die Spannung hatte auf das innerpolitische Leben des Landes übergegriffen. Das Regime des Ministerpräsidenten Peter Groza, gestützt auf die Kommunisten und die linksradikale „Front der Kleinbauern“, liquidierte kurzerhand die oppositionelle nationale Bauernpartei und verhaftete ihren Führer Maniu unter dem Vorwurf, den Bürgerkrieg vorbereitet zu haben. Bis zu einem gewissen Grade sieht man darin ein Ablenkungsmanöver des Regimes, das sein wirtschaftspolitisches Versagen nur schlecht verhüllen konnte. Trotz der Dürrekatastrophen, des Mangels an Saatgut, waren noch Getreideabgaben an die Besatzungsarmee zu leisten. Auch sieht man die überstürzte Landreform als eine Ursache der Hungersnot an. Die Reise des Ministerpräsidenten nach Belgrad brachte dem Lande keine nachbarliche Hilfe, so daß die wirtschaftliche Krise den Charakter einer Staatskrise annahm. Wie bedenklisch sie sich entwickelte, zeigten die Gerüchte über angebliche Rücktrittsabsichten des Königs Michael.

Die Besprechungen Grozas in Belgrad galten auch der Frage einer Balkanunion, die zuletzt auch durch den Staatsbesuch des bulgarischen Regierungschefs bei Marschall Tito einen Antrieb erhielt.

Kleine Chronik

Der Bau der ersten 10 deutschen Fischdampfer wurde in Angriff genommen. Es handelt sich um eine Serie der vom Kontrollrat genehmigten 100 Fischdampfer, die mit 43 m Länge den alliierten Vorschriften entsprechen.

Der Ostseehafen Wismar, der mit Hilfe der Stettiner Vulkanwerften zum bedeutendsten Hafen der Ostzone ausgebaut werden soll, bewältigt nahezu die Hälfte des Gesamtumschlages aller Häfen der russischen Zone. Es folgen Rostock, Warnemünde und Stralsund. Im vergangenen Monat liefen 3 deutsche, 92 dänische, 57 schwedische, 45 holländische, 23 finnische, 16 russische, 15 englische, 5 norwegische und 4 belgische Schiffe Wismar an.

Gewisse Personalveränderungen bei den russischen Besatzungsbehörden haben nach „News Chronicle“ den Charakter einer „Säuberungsaktion“, Es sei den betroffenen Stellen nicht gelungen, den Kommunismus in Deutschland populär zu machen.

Über das Verhältnis der SED zur Sowjetunion schrieb die Chemnitz „Volksstimme“: „Die Sowjetunion ist uns nicht nur Vorbild, sondern für alle Sozialisten der Welt Gegenstand tiefer Verehrung. Es ist klar, daß unsere Beziehungen zur Sowjetunion ganz anders sein müssen als zu den Staaten, in denen die Arbeiterklasse noch unterdrückt wird.“

Der „Malerprinz Eugen von Schweden“, ein Bruder des 89jährigen Königs Gustaf, starb im Alter von 82 Jahren. Er galt als renommierter Künstler und einflußreicher Mäzen.

Mit der Erhöhung des Wechselkurses von 225 auf 350 Lire pro Dollar wurde in Italien die vierte Abwertung seit Kriegsende vorgenommen. Vor dem Kriege stand der Dollarkurs auf 19, nach Kriegsende auf 100 und Februar 1946 auf 225 Lire. Zu Beginn dieses Jahres wurde er für Ausländer auf einen Mittelkurs zwischen 225 und 500 fixiert.

Der italienische Kommunist Vanni berichete in „Il Tempo“ über seinen achtjährigen Aufenthalt in der Sowjetunion. Er selbst sei immer noch Kommunist, aber der dortige Kommunismus sei nicht-kommunistisch, totalitär, militaristisch, imperialistisch. Man finde das genaue Gegenteil eines Arbeiterparadieses. Die herrschende Klasse sei die Bürokratie, die jede Spur von Sozialismus verloren habe.

Das tschechoslowakische Außenministerium lehnte eine Bitte der evangelischen Kirche in Deutschland, die Kriegsgefangenen sobald wie möglich zu entlassen, mit der Begründung ab, die Kriegsgefangenen müßten erst alle Schäden beseitigen, die durch die deutsche Besetzung entstanden seien. Vorerst werden nur Kranke, Pfarrer, Ärzte und solche Kriegsgefangene entlassen, die den Nachweis erbringen können, daß sie aktiv gegen die Diktatur gekämpft haben.

England und die USA. protestierten gegen die einseitige Abänderung der Wahlbestimmungen für die ungarischen Parlamentswahlen am 31. August. Über 20 v. H. aller Wähler wurde als Gegner des Regimes das Wahlrecht aberkannt. Die Kommunisten tragen nicht mehr rote Embleme, sondern einen roten Stern auf rot-weiß-grünem Band. Auch die Wahlplakate, auf denen sie sich als die „Partei der ungarischen Nation“ ausgeben, zeigen die Nationalfarben.

In Ostibirien soll eine Talsperre gebaut werden, deren Kraftwerk die Energieausbeute die des größten Kraftwerks von Europa, des Dnjeprowerkes, um das Zehnfache übertrifft.

Ägypten, das vor einiger Zeit beschlossen hatte, geflüchteten deutschen Kriegsgefangenen Asylrecht zu gewähren, sah sich infolge der daraufhin einsetzenden Kriegsgefangeneninvasion gezwungen, dieses Recht wieder aufzuheben. 200 Deutsche, die sich der Auslieferung widersetzen und in einer Kaserne verschanzen, ergaben sich erst, als 200 ägyptische Soldaten aufmarschierten und der Kommandant mit Erschießen drohte.

Die Kaiserin von Abessinien und Gemahlin des Negus ließ in der Basilika von Betlehem ihre Krone deponieren. Als sie zur Zeit des italienisch-abessinischen Krieges ins Exil gehen mußte, hatte sie gelobt, ihre Krone zu stiften, wenn sie wieder den Thron besteigen würde.

Ein Schweizer Berichterstatter, der aus Indonesien zurückkehrte, charakterisiert das Ergebnis der republikanischen Regierungsmethoden wie folgt: Zwei Millionen Verhungerte - um von den Zehntausenden von Massakrierten gar nicht zu reden - in einem Land, wo Milch und Honig fließt, das ist die Bilanz der „Indonesischen Republik“.

Eine Expedition, die bisher unbekannte Gebiete der kanadischen Rocky Mountains erforschte, machte die ersten Luftaufnahmen vom Mount Roosevelt, Mount Churchill und Mount Stalin. Sie entdeckte ein 1200 m tiefes Canon, ein 135 qm großes Eisfeld und einen mit Bäumen bestandenen Gletscher.

Bei dem ersten in Argentinien angekommenen Kontingent italienischer Einwanderer (5000 von 100 000, denen die Einwanderungserlaubnis erteilt wurde) stellte sich heraus, daß ein großer Teil den argentinischen Anforderungen nicht entsprach. An Stelle der erwünschten Landarbeiter war ein hoher Prozentsatz freier Berufe vertreten. Die Auswanderungspapiere waren auf dem schwarzen Markt verkauft worden.

Ein neuer Typ von Großflugzeugen, die „Luft-Beast“, die hundert Passagiere aufnehmen und 600 Stundenkilometer zurücklegen können, soll in Kürze die Luftreise zwischen England und Australien auf 24 Stunden herabsetzen.

Herausgeber Dr. F. A. KRAMER

Für den Inhalt verantwortlich: G. KRIEGER, Dr. A. IOTZ, Dr. A. MENDE, W. MOHR, WILMA STURM, E. VERHÜLDONK, Dr. L. ZOLLNER.

Redaktion: Koblenz, Gymnasialstraße 4-8, Fernspr. 743, Verlag des RHEINISCHEN MERKUR G. m. b. H., Koblenz, Firmungstraße 30-32, Fernspr. 878.

Druck der Görres-Druckerei G. m. b. H., Koblenz.

Abonnementpreis: RM. 2,- monatlich, einschl. 13 Pfg. Trägerlohn; durch die Post (nur franz. Zone): RM. 2,- einschl. 14 Pfg. Postgebühr zuzügl. 12 Pfg. Zustelldienst; Streifenbandsendungen RM. 2,50 einschl. 80 Pfg. anteilige Versandkosten. In den Preisen sind weitere 1,03 Pfg. Beförderungskosten je Exemplar enthalten.

Geldüberweisungen bitten wir nicht vor Bestätigung der Bestellung vorzunehmen.

Postcheckkonten: Köln Nr. 17 393, Ludwigshafen (Rhein) Nr. 24 784, Frankfurt (Main) Nr. 93 765.

Bankkonten: Deutsche Bank Köln und Koblenz.

Rheinisch-Tagblatt

Redaktion: Darmstädter Tagblatt L. C. Wittlich, Darmstadt, Rheinstraße 23, Tel. 3925. Bezugspreis: 2,80 DM monatlich zuzüglich 0,40 DM Trägerlohn. Anzeigenpreise: Preisliste Nr. 3 v. 1. 7. 1950

Wochenzeitung für Politik

Preis 15 Pfennig *

Nr. 31 / 2. Jahrgang A

Samstag, 23.

Das Rheinland ist eine Einheit

VON OBERBÜRGERMEISTER DR. PÜNDEK
KÖLN, im August.

Vom Standpunkt einer Weltkultur aus bedauert man schon immer, daß es überhaupt Grenzen gibt. Grenzen der Länder, Grenzen der Nationen. Wenn man diese Grenzen bereits als Hemmnis und Hindernis auf dem Wege zu einer allgemeinen Gesittung der Menschheit auffaßt, sie, für die immerhin geltend gemacht werden kann, daß sie das Ergebnis geschichtlich begründeter und gleichsam natürlicher Entwicklungen darstellen, um wieviel mehr wird man da die Zonengrenzen innerhalb Deutschlands als unnatürliche und quälende Faktoren unserer Gegenwart empfinden.

Zonengrenzen sind politische Grenzen. Ursprünglich aus militärischen Gegebenheiten fixiert, haben die Zonen den Charakter politischer und verwaltungsmäßiger Gebietseinheiten angenommen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Umstellung ungesund sein muß, weil sie die Dinge vergewaltigt. Heute sehen wir, daß die einfache Sachvernehmung doch schließlich dazu führt, die Zonengrenzen zu überwinden. Aber diese Entwicklung scheint uns, zumal uns Rheinländern, nicht schnell genug zu gehen.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß das Rheinland eine Einheit darstellt. Verwandte, deren einer eine andere Nationalität bekommt, bleiben dennoch Verwandte. Es sind so tief liegende Bindungen, so viele Gemeinsamkeiten vorhanden, daß eine bloß äußerliche Trennung solche Verwandtschaft nicht gegenstandslos machen kann. Ein mächtiges Grundgefühl des Zueinanders bleibt bestehen.

Der Satz, daß der Rhein eine große Völkerstraße ist, dürfte Gemeingut sein. Merkwürdig ist dabei bloß, daß die politische Praxis oft solche Grundtatsachen übersieht und daß die

Eine zwei Die innerpolitische Entw

Das Einparteien-System ist nicht mehr Mode. Nachdem der Faschismus und der Nationalsozialismus an ihren Kriegsabenteuern zugrunde gegangen sind, schickt sich die Sowjetunion an, das Einparteien-System durch eigenen Entschluß aufzugeben.

Zum 7. November, der dreißigsten Wiederkehr des Tages der Oktober-Revolution westlicher Zeitrechnung, soll eine „Bauern-Partei“ neben die „Industriearbeiter-Partei“ treten.

Die Beweggründe, die Moskau zum Wechsel vom Ein- zum Zweiparteien-System veranlassen, sind nicht recht erkennbar. Wünscht die Bevölkerung, die durch den Krieg in eine breitere Fühlung mit dem Westen getreten ist, eine Angleichung und Auflockerung? Oder will die Regierung die Angriffsfläche, die sich in ihrer Polemik mit den Westmächten ergeben hat, um einige entscheidende Punkte verringern, indem sie die „Freiheit der politischen Meinung, der Parteibildung und der Wahlen“ zuläßt?

Bevor irgendwelche Folgerungen an diesen Vorgang geknüpft werden, sollte man abwarten, ob er tatsächlich westlichen Vorstellungen und Begriffen entspricht. Werden die „Bauern-Partei“ und die „Industriearbeiter-Partei“ nur Sektionen einer gemeinsamen kommunistischen Überorganisation sein, oder wird die neue

Der „Bund Deutsche

Der „Bund Deutscher Föderalisten“, der am 17. August in Bad Ems wiedergegründet wurde, erläßt einen A u f r u f, in dem es heißt:

Aneinander vorbei?

*** Bundeskanzler Adenauer hat am Dienstag in einer mehrstündigen Unterredung versucht, dem Führer der Opposition, Kurt Schumacher, seine Auffassung von der Notwendigkeit eines deutschen Selbstschutzes überzeugend darzulegen. Es handelte sich dabei, wie es Dr. Schumacher ausgedrückt hat, um ein „dynamitgeladenes Thema“. Die Unterredung führte zu keiner Angleichung der beiderseitigen Standpunkte. Infolgedessen sind sowohl Adenauer wie Schumacher in Presse-Konferenzen vor die Öffentlichkeit getreten und haben ihre Auffassung sehr eingehend dargelegt. Von beiden Seiten ist dabei schweres rednerisches Geschütz aufgeföhren worden.

Wenn man die Argumente der beiden Staatsmänner jedoch miteinander vergleicht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätten sie in dem entscheidenden Punkte aneinander vorbeigeredet. Es geht doch wohl zunächst nur darum, die Polizei soweit zu verstärken, daß sie kommunistischen Unruhen entgegenzutreten und Sabotage-Versuche verhindern kann. Auch Dr. Schumacher hält dies für unbedingt notwendig. Der einzige Unterschied ist hier, daß der Führer der Sozialdemokraten glaubt, daß das von den Alliierten bereits genehmigte Kontingent von zehntausend Mann genüge zu diesem Zwecke, während der Bundes-

kanzler ein Aufgebot von 65 000 Mann für erforderlich hält. Hier müßte unseres Erachtens eine Verständigung erzielt werden können.

Auf einem anderen Blatte steht die Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Armee. Wie Außenminister Acheson am Mittwoch auf seiner Presse-Konferenz erklärte, hat Adenauer bei seiner Zusammenkunft mit den Oberkommissaren keine Remilitarisierung Deutschlands gefordert, sondern sich nur für eine Verteidigung Westeuropas, einschließlich Deutschlands, ausgesprochen. Eine solche wird auch von Schumacher gefordert, allerdings lehnt er es dabei ab, noch einmal die deutsche Volkssubstanz gefährden zu lassen. Wenn das Volk noch einmal für die Verteidigung der Freiheit aufgerufen werden müsse, so müsse es die Gewißheit haben, daß es nicht die Reste seiner menschlichen Substanz im Vorfeld für andere „verbuttere“.

Diese Forderung ist durchaus gerechtfertigt. Sie ist aber ebenfalls vom Bundeskanzler erhoben worden. Ist es also nicht wirklich so, daß man sich im Kernpunkt, nämlich der Notwendigkeit, die Freiheit der Bundesrepublik zu schützen, einig ist? Strittig bleibt nur, wie man „Rüstungs-Surrogate“ vermeidet und einen wirksamen Schutz durch die gesamte Weltdemokratie erreicht. Aber wird Deutschland selbst dabei völlig beiseite stehen können?

Um die Rückgliederung von Wimpfen

W. Bad Wimpfen am Neckar, zu Zeiten der Stauffer Freie Reichsstadt, zu unserer Zeit hochgepriesen als das „hessische Rothenburg“, liegt als Enklave inmitten württembergischen und badischen Gebietes. Vom gebietsrechtlichen Standpunkt des Landes Hessen aus gesehen ist es eine „Exklave“, also ein vom Staate getrennter Gebietsteil. Vor 1945 war die Exklave als Bestandteil der hessischen Provinz Starkenburg vom Landkreis Bergstraße (Sitz Heppenheim) verwaltet worden. Durch Anordnung der Militärregierung Nord-Baden vom 30. November 1945 wurde die Zugehörigkeit von Bad Wimpfen zu Hessen aufgehoben und die Stadt dem Landkreis Sinsheim (Württemberg-Baden) zugeteilt.

Dieser geschichtliche Hergang muß um deswillen verzeichnet und vor Augen geführt werden, weil damit ein Zustand begründet wurde, der in zweifacher Hinsicht gegen die Rechtsordnung verstieß: Einmal gegen die Proklamation Nummer 2 der amerikanischen Militärregierung für Deutschland vom 19. September 1945 und die darin ausgesprochene Umschreibung des Staatsgebietes von „Großhessen“, sodann aber auch gegen die geschichtlich begründete Zugehörigkeit von Bad Wimpfen zu Hessen.

Die Anordnung der Militärregierung Nord-Baden vom 30. November 1945 stellt sich daher als eigenmächtiger Akt einer örtlichen Stelle der Besatzungsmacht dar, der zwar von der übergeordneten Stelle geduldet, vielleicht nicht einmal bemerkt, wahrscheinlich als unerheblich betrachtet und abgetan worden ist, der aber dessenungeachtet keinen Rechtszustand begründen konnte.

Jedenfalls kann kein Zweifel daran bestehen, daß Bad Wimpfen hessisch ist. So wechselvoll auch das Geschick dieser Stadt war, die vor der Staufenzzeit dem Bischof von Worms gehörte und Mitglied der verschiedenen schwäbischen Städtebünde war: Seit dem Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803 gehört Wimpfen zu Hessen, und mag man auch über die Enklaven als Erbstücke aus der Zeit des alten Reiches denken, wie man will: Es kann der Landesregierung von Hessen nicht angeschlossen werden, auf diese Perle ihres Staates zu verzichten.

Niemand im Hessenland würde es verstehen, wenn die Wiesbadener Regierung den Dingen ihren Lauf ließe und sich tatenlos damit abfände, was aus Bad Wimpfen und seiner staatlichen Zugehörigkeit wird; am wenigsten würde man es in Bad Wimpfen selber verstehen.

Versandete Bemühungen

Der gewissermaßen „grundbuchmäßige Eigentümer“ von Bad Wimpfen, der Landrat des Kreises Bergstraße, hat es nicht an Bemühungen fehlen lassen, um die Wiederherstellung des „status quo ante“ zu erreichen. Es sind Aktenstücke von namhaftem Umfang entstanden, und aus keinem der Aktenstücke würde erkennbar, daß irgendwelche verwaltungsamtliche Besitz-Eitelkeit eine Rolle gespielt hätte.

Im Gegenteil: Der Landrat eines Kreises, wie des Kreises Bergstraße, der ganze hundertsieben Gemeinden und mehr als hundertachtzigtausend Einwohner umfaßt, kann, vom selbsteigenen Standpunkt ausgehend nur das Interesse haben, sein Gebiet zu verkleinern. Was bei

den Bemühungen, die von der Kellereigasse Nummer 20 in Heppenheim im Hinblick auf die Stadt Bad Wimpfen ausgingen, die Triebfeder war, das war mehr: die Gegenwehr gegen ein erlittenes Unrecht, der Versuch, das Rad der Ereignisse so weit zurückzudrehen, bis es wieder am richtigen Punkt angelangt ist und in der rechten Bahn weiterlaufen kann. Bad Wimpfen sollte wieder dahin, wo es fast volle anderthalb Jahrhunderte gewesen war, weder zu seinem eigenen Schaden noch zum Nachteil der Verwaltungsarbeit.

Denn von außen her betrachtet, mögen Enklaven, hier also Exklaven, nur unter Schwierigkeiten zu verwalten sein. Solche Exklaven haben keine direkte Grenzberührung mit den einheimischen Gemeinden des Landkreises: jegliche Art von Fürsorge, ob für den Zustand der Landstraßen, für die Wasserversorgung, für die Kranken- oder Heilanstalten, für die Flüchtlinge wie für den sozialen Wohnungsbau, ist auf gemeinschaftliches Handeln mit den „Angrenzern“, also mit den Nachbargemeinden, angewiesen. Für eine Exklave muß stets eine (falls dieser vulgäre Ausdruck gestattet ist) „Extrawurst gebraten werden“. Aber wie einer Mutter das jeweilige Sorgenkind das liebste ist und ihrem Herzen am nächsten steht, so verhält es sich auch im Verwaltungsleben: die Stadt oder Landgemeinde, die ihm am meisten zu schaffen macht, ist dem Landrat jeweils die liebste.

Daß das so ist, das fühlen die Betreuten. Als im Jahre 1927 die Weimarer Republik sich vor der Tatsache sah, daß im damaligen Deutschland noch insgesamt 196 Enklaven vorhanden waren, und als demgemäß 1928 die damalige Länderkonferenz deren Auflösung forderte, gab es ein großes Wehgeschrei, und das Jammern kam am lautesten nicht aus den eigentlich stockkonservativen Kreisen, sondern aus dem braunschweigischen Calvörde, in der preußischen Altmark, einem Gebiete also, dem man auch beim stärksten Willen keinerlei Konservatismus nachsagen konnte.

Mögen die gestrengen Puristen gegen die Enklaven einwenden, was sie wollen: kaum je stammen sie aus diesen Enklaven selbst, — kaum je haben sie also Gefühl und Empfinden für das geschichtlich Gewordene und damit Berechtigte in diesen Enklaven.

Wenn die hessische Landesregierung die Exklave Bad Wimpfen wieder für sich reklamiert, dann möge sie, wie Odysseus, bei dessen instinktiver Gegenwehr gegen die unheilvollen Sirenen, beide Ohren verstopfen. Sie sind nicht immer zuverlässige Ratgeber, diese Uniformierungs-Fanatiker.

Reagiert Wiesbaden?

So, wie die Dinge zur Zeit zu liegen scheinen, beruht, was Bad Wimpfen angeht, die Federführung nicht mehr beim Regierungspräsidenten Arnold in Darmstadt, sondern beim Innenministerium in Wiesbaden. Wir haben alles Verständnis dafür, daß man dort die Akte „Bad Wimpfen“ einstweilen noch etwas beiseite schiebt, — im Hinblick auf das Abstimmungsergebnis über den „Südwest-Staat“.

Es wäre verständlich, wenn das Innenministerium der Hessischen Landesregierung sein Verlangen auf Rückgliederung von Bad Wimpfen nicht einem Staats-

wesen zur Kenntnis bringen wollte, das sich in einem ungewissen Uebergangsstadium entweder tatsächlich befindet oder sich befinden zu müssen glaubt.

Zum mindesten mag wohl das Aktenstück über „Bad Wimpfen“ den Registatur-Vermerk tragen: „Wiedervorlage nach der Wahl.“

Dagegen ist nichts einzuwenden. Die politische Sachlage macht eine einstweilige Hinhalten des hessischen Verlangens nach Rückgliederung von Bad Wimpfen erforderlich. Was jedoch gesehen werden muß und soll, das ist dies: Das Aktenstück über Bad Wimpfen darf nicht verstauben. Die Sekretärin im Vorzimmer, der Referent in der Kommunalabteilung und der Ministerialdirektor sollen wissen, daß dieses Aktenstück da ist und nach Erledigung verlangt.

Warum? „Bad Wimpfen ist es wert, daß man sich für seine Rückgewinnung einsetzt.“ Nicht lediglich um der Vorzüge willen, die sich in den Aufstellungen des Finanzamts-Präsidenten widerspiegeln. Ob Bad Wimpfen steuerliche Überschüsse einbringt oder ob es Zuschüsse erfordert, das ist in dieser Hinsicht weder wichtig noch ausschlaggebend. Es ist zwar von hohem Belang, daß Bad Wimpfen ein wertgeschätztes Heilbad ist, mit einer Saline (Ludwigshalle), von der die Aerzte wie die Patienten viel Ruhmens machen, mit einem Kurmittelhaus, mit einem Sol- und Moorbad, die Respekt erheischen. Wichtig ist vor allem: Bad Wimpfen, mit seinem historischen Wappen, mit seinem Adler- und Löwenbrunnen, ist ein integrierender Bestandteil von Hessen, den preiszugeben keine hessische Regierung je verantworten könnte.

Bad Wimpfen ist eine Perle in der Krone von Hessen. Wenn auch kein Träger der Krone mehr vorhanden ist: die Krone ist noch immer vorhanden. Bad Wimpfen gehört dem Hessenland und den Hessen. Das soll auch der Hessische Landtag wissen, — mag es ihm auch noch so viel Mühe kosten, sich um die wesentlichen Dinge zu kümmern, die den Regierungsbezirk Darmstadt—Starkenburg angehen.

Deiche brechen

Honkong, 23. August. (AP.) Der große Eisenbahnknotenpunkt Pengpu in Zentralchina steht seit einem Monat unter Wasser, hat ein chinesischer Gewährsmann berichtet. Auch andere Städte an dem Fluß Hwai und dem Tasao-See in der Provinz Anhwei sollen überschwemmt sein. Aus früheren offiziellen Berichten ging hervor, daß zehn Millionen Menschen von der Überschwemmung betroffen worden seien.

Neue Erdstöße

Schillong (Assam), 23. August. (dpa) Sieben neue Erdstöße, allerdings von geringerer Stärke, haben die Stadt Duma in Oberassam erschüttert. Zehn Personen, die in den umliegenden Teeplantagen arbeiteten, kamen ums Leben. Hunderte von Dörfern im Stromgebiet des Brahmaputra und des unteren Ganges, die durch die katastrophalen Beben der letzten Woche von der Außenwelt abgeschnitten sind, sollen jetzt aus der Luft versorgt werden. Mehrere Nebenflüsse der beiden Hauptströme sind über die Ufer getreten und haben weite Flächen überspült. Nach vorläufigen Schätzungen sind über zwanzigtausend Personen obdachlos geworden und mehr als hunderttausend Stück Vieh umgekommen.

Unsereiner wird immer kleiner

ROMAN VON HANS WOERNER

28) Copyright by Dr. Alexander Fuchs, Braunschweig „Das allerletzte Haus in dieser Straße ist unsers“, sagt Begger. Knut gibt diesem großen, überstarken Motor noch ein letztes Mal die vier Vergaser frei. Das Tacho tut einen langen, unaufhaltsamen Kletterweg über viele rotmarkierte Punkte. „Wie eine fliegende Orgel“, ruft Knut. Dann zischen die haarfeinen Venile der Dreiflößbremse. „Vielen Dank, Begger“, sagt Knut. „Ich wollte, daß Sie ihn zu fahren verstehen“, lacht Begger beim Aussteigen. „Wo sind wir hier?“ Begger geht voran. Er schmunzelt, statt zu antworten. Sie betreten einen dielenartigen Flur, in dessen Mitte ein großer, gläserner Globus steht, eine von innen erleuchtete, ganz mit weichem, warmem Licht ausgefüllte Kugel. Sie kreist um ihre schräge, von einem breiten, silbernen Bügel gehaltene Achse. Es kreisen Kontinente und Meere, plastisch dargestellte Gebirge, sattgrüne Niederungen, gelbe Wüsten, blau adernde Flüsse. „Hier trinken nämlich die pensionierten und die beurlaubten Kapitäne und die dienstfreien Piloten der großen Fluglinien“, verrät Begger. Knut strahlt aus großen glücklichen Augen. Georg J. Steen verharrt nickend vor dieser Welt, weit jenseits der seinigen, dieser Welt der ausgeklügelten Angestelltenverträge und Lohnlisten, der weißen Wochen und der Aussteuerversicherungen, der Hohlsteinwände in kleinen Eigenheimen, der Stunden, in denen jeder in der Familie mault, und der Sekunden, in denen die Milch anbrennt. Die drei treten ein... In der Garderobe hängen viele, lange, weiche Ledermäntel mit Reißverschlüssen an jeder Tasche, dunkelblaue Tuchmäntel mit goldierten Knöpfen, flauschige Wollmäntel aus Kamelhaar. Und drinnen trinkt man Dinge, die aus aller Welt kommen: chinesischen Reisbrandwein und schottischen Whisky, Rheinwein und Wodka, Palmwein aus dem Sudan, Most aus Ko-

50 000 Nord

Sie rennen gegen den Eckp

Pusan, 23. August. (AP./dpa/Reuter.) Schätzungsweise fünf bis sechs Divisionen haben am Mittwoch die Angriffsbewegung auf Taiku erneut aufgenommen. Amerikanische Abwehroffiziere erklären, das Feindbild zeige deutlich den Versuch einer Zangenbewegung auf Taiku. Etwa 1500 Mann der Nordkoreaner, die mit rund 50 000 Soldaten nördlich Taiku auf die provisorische Hauptstadt drücken, konnten einen Einbruch erzielen. Die Amerikaner gruben sich sechs Kilometer nördlich der Stadt ein und sind dabei, Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Angriff der bolschewistischen Verbände wird mit unverminderter Wucht seit Anbruch der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch geführt. Die taktischen amerikanischen Luftstreitkräfte belegen die nordkoreanischen Truppen ununterbrochen mit Bomben und Raketen. Die amerikanische Artillerie hat einen Feuervorhang vor die eigenen Truppen gelegt und bekämpft im beobachteten Feuer überfallartig die Konzentrationen der Nordkoreaner. Eine östlich der Hauptangriffsstraße gelegene Höhe wechselte ständig den Besitzer. Ein Durchbruch auf Taiku kann die gesamte amerikanische Front erschüttern.

Im selben Abschnitt war es den Amerikanern gelungen, kurz vor dem Antreten der nordkoreanischen Verbände trotz heftigstem Widerstand der Nordkoreaner, unterstützt durch Panzer und Schlachtflieger, die Linien der roten Truppen um etwa einen Kilometer zurückzudrängen.

Im Süden

Am großen Naktong-Bogen in der Nähe von Schanjong sind 6000 Nordkoreaner über den Naktong übergesetzt. Sie drücken hier auf die amerikanischen Stellungen.

Zu viel Po

Das Versammlungs-Ordnung Drahtbericht unser

F.A.Z. Frankfurt, 23. August. Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein neues Versammlungsordnungsgesetz verabschiedet, der inzwischen im Bundesrat verschiedene Änderungen erfahren hat. Die Frankfurter Gesellschaft für Bürgerrechte wurde jetzt vom Bundesjustizministerium gebeten, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Der Justizauschuß der Gesellschaft hat sich am Dienstagabend eingehend mit den Paragraphen des Gesetzes beschäftigt und wird seine erarbeiteten Empfehlungen in Kürze dem Bundesjustizministerium zuleiten.

Der Gesetzentwurf regelt das Abhalten von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel. Dem Leiter jeder Versammlung in geschlossenen Räumen legt der Entwurf zahlreiche Pflichten auf. Unter anderem muß der Versammlungsleiter für Ordnung sorgen. Er kann die Hilfe unbewaffneter Ordner anrufen, die er jedoch namentlich der Polizei benennen muß. Störenfriede kann er schließlich ausschließen. In der Praxis wird ein Versammlungsleiter diese Pflichten nicht ohne den Schutz von Polizeikräften übernehmen können.

Noch einschneidender sind die Bestimmungen für Versammlungen unter freiem

NEUER RANZEIGER

UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 35, TELEFON NR. 29, DURCH DIE POST 1,94 RM EINSCHL. POSTZEITUNGS-GEBÜHR, ZUZÜGLICH 28 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

Dienstag, 14. Januar 1947

Preis 20 Pfg.

Auftakt für Moskau

Zur Verfassung

Von Jakob Diel (Burg Leyen)

Mitglied der Verfassungsberatenden Versammlung

Konferenzen / Die Ansprüche der Nachbarländer

Bevin begrüßt am heutigen Dienstag im Außenministerium der vier Großmächte, beginnend die Frage der Friedensverträge mit dem Hinblick auf Oesterreich sind die Vorbereitungen des Vertragsentwurfes bereits vorbereitend in der Konferenz nur die Ansicht der Verfahrensprobleme zu berichten haben; die Regierung den Vertrag unterzeichnet, es Verträge und in welchen Stadien sie die Friedenskonferenz abgehalten werden soll. Die Frage zu befassen haben, ob auf der in Moskau deutsche Vertreter gehört werden

Belgien

Belgien fordert: 1. Die Einverleibung eines kleinen Landstreifens um Monschau, damit die gesamte Bahnstrecke zwischen Eupen und St. Vith über belgisches Gebiet läuft. 2. Auf wirtschaftlichem Gebiet Gleichberechtigung in Wiedergutmachungsleistungen mit anderen Ländern und Beteiligung an dem Ertrag der Bodenschätze auf deutschem Gebiet unmittelbar an der belgischen Grenze. Die Belgier fordern außerdem eine ausdrückliche Zusage, daß der Güterverkehr Deutschlands nicht von seiner natürlichen Route auf belgisches Gebiet abgeleitet wird.

Luxemburg

Luxemburgs Wiedergutmachungsansprüche werden auf 4,8 Milliarden Mark geschätzt für Schäden, die hauptsächlich durch Rundstedts Ardennen-Offensive verursacht wurden. Außerdem fordert Luxemburg eine Vorverlegung der luxemburgischen Grenze an der Ruwer/Sauer um etwa fünf Kilometer. Das beanspruchte Gebiet, das größtenteils zur Eifel gehört, hat etwa 20 000 Einwohner.

Holland

Die holländische Regierung fordert 1. eine Ausdehnung der unregelmäßig verlaufenden holländisch-deutschen Grenze durch Einverleibung eines Gesamtgebietes von etwa 1750 qkm, wodurch die Grenze um etwa 180 km gekürzt würde. Dieses Gebiet würde das Ölfield von Bentheim und die Kohlengruben südlich von Venlo umfassen. In dem Gebiet leben etwa 120 000 Menschen, und die Holländer sind bereit, alle die vor 1940 dort ansässig waren, an ihren Wohnstätten zu belassen. Ferner forderte Holland eine Festsetzung der Grenze an der Ems-Mündung, damit die Holländer ihre Pläne

zur Trockenlegung von Sumpf und Marsch besser durchführen können. Ferner fordern sie Konzessionen in einigen Kali- und Kohlegruben westlich des Rheins und ferner, genau wie Belgien, daß der Güterverkehr deutscherseits nicht von seiner natürlichen Route auf holländisches Gebiet abweichen darf. Schließlich fordert Holland die Garantie, daß Deutschland nie wieder eine Finanzpolitik zum Schaden der holländischen Wirtschaft treiben soll, wie sie von Schacht verfolgt wurde.

Zu den holländischen Ansprüchen sagte Premierminister Attlee am 9. November 1944, die ganze Welt sei aufs tiefste erschüttert und entrüstet über die Verwüstungen und Zerstörungen, die von den Deutschen in Holland angerichtet wurden. Alle berechtigten Ansprüche Hollands würden auf das energischste unterstützt.

Polen

Der wesentliche Anspruch Polens ist die Oder-Neiße-Linie, die Polen in Potsdam vorläufig zugesprochen worden ist. Von polnischer Seite wird diese neue Westgrenze als endgültig betrachtet, aber der bisherige Außenminister Byrnes hat erklärt, daß die Vereinigten Staaten damit nicht übereinstimmen. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß die polnischen Ansprüche nur noch einer formellen Bestätigung bedürfen.

Der britische Standpunkt ist, daß diese Gebiete Polen zur vorläufigen Verwaltung übergeben worden wären, mit der entsprechenden Verpflichtung, auch die anderen Punkte des Potsdamer Abkommens durchzuführen.

Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei fordert deutsche Gebietsstreifen an den Hängen der Sudeten aus strategischen Gründen sowie freie Schifffahrt auf der Elbe und Donau auf deutschem Gebiet und freie Benutzung des Hamburger Hafens.

Dänemark

Dänemark erhebt keine territorialen Ansprüche, nimmt jedoch ein besonderes Interesse an der Frage der Minderheitenrechte in Südschleswig. Dänemark fordert kulturelle und politische Freiheit für die 15 000 Dänen, die dort leben. Ferner fordert Dänemark die Weitersiedlung der dort ansässigen Flüchtlinge und eine verfassungsmäßige Trennung zwischen Schleswig und Holstein.

Die Einzelstaaten

über die deutsche Frage

nun, wieder einen Staat nach Bismarckscher Tendenz zu organisieren.

Wenn wir im Gegenteil wünschen, daß ein neues Deutschland auf föderalistischer Grundlage lebensfähig sein soll, dann ist die Vorbedingung hierzu, daß von allen deutschen Einzelstaaten jeder für sich wirtschaftlich unabhängig ist, daß jeder seine eigene Verfassung hat, die jeweils der Eigenart der verschiedenen Gegenden und Provinzen angepaßt ist, ferner, daß jeder Einzelstaat eine gewisse Anzahl von Repräsentanten oder Abgeordneten in den Bundesrat entsendet.

Diese von den Provinziallandtagen gewählte Versammlung hat dann ihrerseits eine föderalistische Regierung zu ernennen, deren Befugnisse lediglich auf Fragen internatio-

Jugoslawien protestiert

gegen italienischen Friedensvertrag

Belgrad. (Rheina.) Jugoslawien werde den Friedensvertrag mit Italien, der jetzt vom Weltfriedensrat gebilligt wurde, nicht unterzeichnen, erklärte der stellvertretende jugoslawische Außenminister Verlebit. Auf die Frage, ob Jugoslawien, ohne den Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, seine Truppen aus dem Gebiet zwischen der Morgan- und der französischen Linie evakuieren werde, wenn es vom Sicherheitsrat dazu aufgefordert würde, antwortete Verlebit, daß eine Entscheidung der jugoslawischen Regierung darüber von den Umständen abhängig sein werde.

naler Art, auf wirtschaftlichem oder diplomatischem Gebiet, beschränkt sind. Es wird keinen ausgesprochenen Staatschef geben, jedoch könnte z. B. einer der Minister, die jedes Jahr neu ernannt werden, die Funktion eines Bundespräsidenten übernehmen.

Dies sind die grundsätzlichen Richtlinien, die in den Friedensverträgen niedergelegt werden sollen und nach denen man sich in Deutschland bei der Gestaltung seiner künftigen politischen Struktur richten müssen.

Maurice Schumann bringt anschließend die Dankbarkeit der französischen Regierung für die Lieferung von amerikanischer Kohle zum Ausdruck und erklärt, daß die reichen Bodenschätze Deutschlands zu Gunsten der gesamten europäischen Länder mit Einschluß Deutschlands selbst ausgebeutet und nutzbar gemacht werden sollten. „Es ist ganz klar“, sagte er zum Schluß, „daß ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebietes von einer Abrüstung Deutschlands nicht die Rede sein kann.“

Ebenso klar ist, daß alles, was die Abrüstung Deutschlands betrifft, in unmittelbarer Weise sowohl für die Sowjetunion wie auch für Frankreich, die beide im Laufe von 25 Jahren zweimal von Deutschland überfallen worden sind, von größtem Interesse ist. Zweimal im Laufe eines Vierteljahrhunderts — vergessen wir es nicht — sind verschiedene Provinzen Rußlands, wie z. B. die Ukraine, die an sich allein ebenso groß wie ganz Frankreich ist, in Schutz und Asche gelegt und dem Erdboden gleichgemacht worden. Es ist folglich nicht mehr als recht und billig, daß die Sowjetunion bei der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes und des Rheinlandes beteiligt ist. Andererseits ist es genau ebenso recht und billig, daß wir mit den Russen gemeinsam in Schlesien und im Donaubekken stehen. Ja, ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß es eines der Hauptverdienste der internationalen Kontrolle am Rhein und an der Ruhr ist, daß sie einen Präzedenzfall schafft und die Befolgung dieses Beispiels bei ähnlichen Gegenbeispielen voraussetzt.“

Abkommen mit Holland

Handelsaustausch mit der französischen Zone

Baden-Baden (Rheina.) Ein Anfang Dezember zwischen Vertretern der französischen Militärregierung und der holländischen Regierung in Baden-Baden vorbereitetes Handels- und Zahlungsabkommen steht vor der Unterzeichnung. Holland wird aus der französischen Zone verschiedene Fertigprodukte erhalten und dafür Lebensmittel und 1200 Tonnen Kautschuk liefern.

Beim Neubau unseres Staates, bei der Verabschiedung der Verfassung dieses Staates stehen zahlreiche Fragen von großer Bedeutung zur Debatte.

Rechte und Pflichten der Person, der Familie, der Religionsgesellschaften, der Organisationen, der Verbände, Fragen der Schule, des Koalitions-, des Versammlungs-, des Presse-, des Besitzes, der Sozialordnung und so weiter.

Von großer Bedeutung sind auch alle die Fragen, welche sich auf die innere und äußere Organisation unseres Landes beziehen. Nach innen zum Beispiel die Frage, ob gebietsmäßig und verwaltungsmäßig eine Zweiteilung des Landes erfolgen oder ob alle Gebiete und alle Verwaltungen einheitlich zu einer Spitze aufstehen sollen. Zum anderen, ob die bezirksmäßige Einteilung so bleiben soll, wie sie gegenwärtig ist, ob also neben großen und übergroßen Bezirken kleinere wie Mainz und Montabaur unverändert fortbestehen sollen, oder aber, ob eine Angleichung der Bezirke nach Größe und Leistungsfähigkeit zu erfolgen hat.

Nach außen besteht die Frage, wie sich das Verhältnis unseres Landes zu den deutschen Nachbargebieten regeln soll.

So bedeutsam alle diese und noch einige andere gleichgelagerte Fragen sind, so soll im Rahmen dieses Artikels von allem nicht eingehender gesprochen werden, sondern es soll die Frage erörtert werden, welche Rolle die Verfassung unseres Landes dem künftigen „Landesparlament“ zuweist. Wie dieses Parlament zu bilden ist, welche Rolle es zu spielen hat und wie seine Stellung in der Zusammenarbeit und Gegenüberstellung zur Regierung sein soll.

Man wird vielleicht sagen, alles das sind Selbstverständlichkeiten! Sind sie das in der Tat? Nein, sie sind es nicht! Es gehen vielmehr die Meinungen zu diesem Thema im In- und Ausland sehr erheblich auseinander.

Die Frage zum Beispiel, ob der Wille des Volkes seinen Ausdruck finden soll durch ein Ein-Kammer- oder durch ein Zwei-Kammer-System, hat in unserem Nachbarlande Frankreich zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Es ist schließlich die das Ein-Kammer-System vorsehende Verfassung vom Volke abgelehnt worden. In dem zweiten, nunmehr angenommenen Verfassungsentwurf hat das französische Volk das Zwei-Kammer-System festgelegt.

Dieses System ist auch in fast allen anderen demokratischen Ländern, gleichviel ob es sich um demokratisch-republikanische oder demokratisch-monarchistische handelt, die Regel. Die Vereinigten Staaten haben neben dem Repräsentantenhaus den Senat, England hat neben dem Unterhaus das Oberhaus, die Weimarer Republik hatte neben dem Reichstag den Reichsrat.

Es ist darum zu vermuten, daß auch unser Land diesem und nicht dem Beispiel des Nachbarlandes Großhessens folgen wird. Mit einer solchen „gemäßigten“ Beschränkung parlamentarischer Allmacht kann sich auch ein eingefeischter Parlamentarier einverstanden erklären.

Anderer zu beurteilen ist die Frage, ob man über den Rahmen eines bereits durch die Zweite Kammer, den Staatsrat, dem künftigen Landtag angelegten „Bremsklotzes“ noch weitere Hemmnisse einbauen soll. Dies könnte geschehen durch die Schaffung von autoritativen Gewalten anderer Art, welche neben oder gar über dem Landtag stehen.

Zum Beispiel durch einen Staatspräsidenten, der das „autoritäre“ Prinzip am augenscheinlichsten repräsentiert. Daß man sich in unserem Lande zur Einführung einer „solch autoritären“ Angelegenheit entschließen wird, ist höchst unwahrscheinlich. In der Weimarer Republik gab es nur einen einzigen Präsidenten, nämlich den Reichspräsidenten. In den Ländern hingegen gab es vereinzelt wohl den Namen, nirgends aber die Stellung eines Staatspräsidenten. Auch bei den seither in Deutschland verabschiedeten Verfassungen hat der „Staatspräsident“ nirgends Gnade gefunden. Es ist darum zu vermuten, daß von dieser Seite her auch in unserem Lande eine Beschränkung von Parlamentsrechten nicht kommen wird.

Hiernach bliebe nur die Frage, ob solche Beschränkungen von seiten der künftigen Regierung in Betracht kommen.

In demokratischen Ländern ist die Regierung in Regelfälle eine parlamentarische Regierung. Sie wird gebildet von dem Parlament und meist aus dem Parlament. Sie ist also vielfach quasi ein kleiner Ausschuß dieses Parlamentes und

Der Verfassungskampf um die Schule

Der Regierungs-Entwurf

III. Abschnitt: Schule, Bildung und Kulturpflege

Artikel 27

Das natürliche Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage für die Gestaltung des Schulwesens.

Staat und Gemeinde haben das Recht und die Pflicht, unter Berücksichtigung des Elternwillens die öffentlichen Voraussetzungen und Einrichtungen zu schaffen, die eine geordnete Erziehung der Kinder sichern. Das gesamte Schulwesen untersteht der Aufsicht des Staates.

Artikel 28

Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Schulen zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Staat und Gemeinden zusammen. Auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden als Bildungsträger anerkannt.

Artikel 29

Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- oder christliche Simultanschulen.

In Bekenntnisschulen werden die Schüler von Lehrern gleichen Bekenntnisses unterrichtet und erzogen, wobei Erziehung und Unterricht von den religiösen und sittlichen Grundsätzen dieses Bekenntnisses bestimmt werden. In Simultanschulen erfolgt die Aufnahme der Schüler ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis. Unterricht und Erziehung sind in den Simultanschulen christlich, aber nicht bekenntnismäßig gebunden. Die Anstellung der Lehrer erfolgt entsprechend dem Bekenntnisstand der Schüler.

Die Wahl der Schularzt steht den Erziehungsberechtigten frei. Die Bekenntnis- und Simultanschulen, die vor 1933 bestanden, sind aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen. Jedoch sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten bestehende Schularzt umzuwandeln oder Bekenntnis- und Simultanschulen neu einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, der auch durch eine einklassige Schule gewährleistet ist, nicht beeinträchtigt wird.

Die einer Bekenntnisgemeinschaft angehörigen Schüler, für die in der Wohngemeinde eine eigene Bekenntnisschule nicht besteht, haben Anspruch auf Aufnahme in die Schule des anderen Bekenntnisses, dabei ist für die religiöse Betreuung und den lehrplanmäßigen Religionsunterricht dieser Schüler durch Vertreter ihres Bekenntnisses ausreichend zu sorgen.

Artikel 30

Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen, einschließlich der Hochschulen, können mit staatlicher Genehmigung errichtet und betrieben werden. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte genügend gesichert ist. Lehrer an Privatschulen unterliegen auch der Bestimmung des Artikels 36, Absatz 1.

Eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern ist untersagt.

Artikel 31

Jedem jungen Menschen soll zu einer seiner Begabung entsprechenden Ausbildung verholfen werden. Begabten soll der Besuch von höheren und Hochschulen, nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln, ermöglicht werden.

Artikel 32

Beim Aufbau des Schulwesens ist der Eigenart der männlichen und weiblichen Jugend Rechnung zu tragen.

Artikel 33

Die Schule hat die Jugend zur Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechlichkeit und Wahrhaftigkeit, zur Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und beruflicher Tüchtigkeit und in freier, demokratischer Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen.

Artikel 34

Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Volksschulen, Berufsschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt im Auftrag und in Übereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft. Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht sind im Einvernehmen mit der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft zu bestimmen. Kein Lehrer kann gezwungen oder daran gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Zur Erteilung des Religionsunterrichtes bedürfen die Lehrer der Bevollmächtigung durch die Kirchen oder Religionsgemeinschaften. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben das Recht, im Benehmen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde den Religionsunterricht zu beaufsichtigen und Einsicht in seine Erteilung zu nehmen.

Artikel 35

Die Teilnahme am Religionsunterricht kann durch die Willenserklärung der Eltern oder der Jugendlichen, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, abgelehnt werden.

Für Jugendliche, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ist ein Unterricht über die allgemein anerkannten Grundsätze des natürlichen Sittengesetzes zu erteilen.

Artikel 36

Lehrer kann nur werden, wer die Gewähr dafür bietet, sein Amt als Volkserzieher im Sinne der Grundsätze der Verfassung auszuüben. Die Ausbildung der Lehrer erfolgt in besonderen, nach Bekenntnissen getrennten Lehrerbildungsanstalten, die vom Geist des betreffenden Bekenntnisses durchdrungen sein müssen. Dasselbe gilt von den mit Lehrerbildungsanstalten verbundenen Internaten.

Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht sind im Einvernehmen mit der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft zu bestimmen. An den Lehrerbildungsanstalten und Internaten dürfen nur Erzieher und Lehrer wirken, die sich zu der betreffenden Glaubensgemeinschaft bekennen. Der Religionsunterricht darf nur von Lehrkräften erteilt werden, die dazu die Genehmigung von der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erhalten haben.

Artikel 37

Das Volkswildungswesen einschließlich der Volksbüchereien und Volkshochschulen soll von Staat und Gemeinden gefördert werden. Die Errichtung privater oder kirchlicher Volkswildungseinrichtungen ist gestattet.

Artikel 38

Bei der Gestaltung des höheren Schulwesens ist das klassisch-humanistische Bildungsideal neben den anderen Bildungszielen gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Artikel 39

Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung. Die Freiheit von Forschung und Lehre wird ihnen verbürgt. Die theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten.

Die Studenten sind berufen, bei der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten im Wege der Selbstverwaltung mitzuwirken. Jeder Student ist verpflichtet, neben seinem Fachstudium allgemeinbildende, insbesondere staatsbürgerkundliche Vorlesungen zu hören.

Das Recht der Studenten, sich an den Hochschulen im Rahmen der für alle geltenden Gesetze zu Vereinigungen zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

Der Zugang zum Hochschulstudium steht jedermann offen. Werk-tätigen, die sich durch Begabung, Fleiß und Leistungen auszeichnen, ist auch ohne Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt durch Einrichtung besonderer Vorbereitungskurse und Prüfungen die Möglichkeit des Hochschulstudiums zu geben. Jeder Erwachsene hat das Recht, sich als Gasthörer an den Hochschulen einschreiben zu lassen. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

Artikel 40

Das künstlerische und kulturelle Schaffen ist vom Staate zu fördern.

Die Erzeugnisse der geistigen Arbeit, die Rechte der Urheber, Erfinder und Künstler genießen den Schutz und die Fürsorge des Staates. Der Staat nimmt die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft in seine Obhut und Pflege. Die Teilnahme an den Kulturgütern des Lebens ist dem gesamten Volke zu ermöglichen.

Vorschlag der Fraktion der SP

zum III. Abschnitt: Schule, Bildung und Kulturpflege

Artikel 27

Es wird anerkannt das Recht der Eltern, auf die schulische Erziehung ihrer Kinder Einfluß zu nehmen. Es wird ebenso anerkannt das Recht des Staates, auf die schulische Erziehung der gesamten Jugend Einfluß zu nehmen. Wo diese beiden Rechte sich gegenseitig abgrenzen, wird durch dieses Verfassungsgesetz bestimmt. Es gibt unter Berücksichtigung beider Rechte die grundlegenden Vorschriften für die Gestaltung des Schulwesens.

Es ist die Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Voraussetzungen und öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die eine geordnete Erziehung der Jugend sichern.

Das gesamte Schulwesen untersteht der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt.

Artikel 28

Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Schulen zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Staat und Gemeinden zusammen.

Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens 8 Schuljahren und die daran anschließende Berufsschule.

Der Zugang zu den mittleren und höheren Schulen sowie zu den Hochschulen ist allen begabten Schülern ohne Rücksicht auf Stand, Bekenntnis und wirtschaftliche Verhältnisse der Eltern zu ermöglichen. In allen öffentlichen Volks-, Berufs-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, daß für begabte Kinder sozial schwächerer Gestalt Erziehungsbefähigung zu leisten sind.

Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.

Artikel 29

Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen. Die Auswahl der Lehrkräfte erfolgt paritätisch nach der Stärke der einzelnen Religionsgemeinschaften innerhalb der Schulgemeinden. Aus Gründen der Toleranz dürfen die nicht bekenntnis-mäßig gebundenen Lehrkräfte nicht benachteiligt werden.

Die Erteilung des Religionsunterrichtes bleibt in allen Schulen der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme am Religionsunterricht der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Sofern der Jugendliche das 18. Lebensjahr überschritten hat, kann er über seine Teilnahme selbst entscheiden. Für Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ist Unterricht in sittlicher Lebenskunde einzurichten.

Artikel 30

Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen, einschließlich der Hochschulen, können mit staatlicher Genehmigung errichtet und betrieben werden, sofern ein besonderes pädagogisches Interesse oder ein Bedürfnis durch die Schulaufsichtsbehörde anerkannt wird und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht erfolgt.

Die Privatschulen dürfen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte und deren wirtschaftlicher und rechtlicher Stellung nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln werden an Privatschulen nicht gewährt.

Prüfungen, auf Grund deren irgend eine Berechtigung erworben werden soll, müssen vor staatlichen und staatlich ermächtigten Behörden abgelegt werden.

Artikel 31

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung maßgebend.

Artikel 32

Die Jugend ist zur Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechlichkeit und Wahrhaftigkeit, zur Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und beruflicher Tüchtigkeit und in freier demokratischer Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen. Verwirklichung der Demokratie, der bestehenden Staatsform, des Parlaments und der Regierung, einer Partei, einer Konfession, der konfessionell nicht gebundenen Einstellung und Hetze gegen andere Völker widersprechen dem Geiste dieser Verfassung und können nicht geduldet werden.

Jeder Schüler erhält bei seiner Schulentlassung einen Abdruck der Verfassung.

Artikel 33

Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Volksschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt in Übereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft, unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates. Lehrplan und Lehrbücher sind im Einvernehmen mit der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft zu bestimmen.

Zur Erteilung des Religionsunterrichtes bedürfen die Lehrer eines Religionsexamens, bei dem Vertreter der Kirchen oder Religionsgemeinschaften mitwirken. Eine Bevollmächtigung erfolgt durch den Staat im Einvernehmen mit den Kirchen oder Religionsgemeinschaften. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben das Recht, in Zusammenarbeit mit der staatlichen Aufsichtsbehörde den Religionsunterricht zu beaufsichtigen und Einsicht in seine Erteilung zu nehmen.

Artikel 34

Die Lehrerbildung ist aus den Bedürfnissen der Kultur, der Schule und der Volksbildung heraus nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, zu gestalten.

Die Allgemeinbildung wird von jeder anerkannten höheren Schule erworben, die bis zur Erlangung des Reifezeugnisses durchlaufen werden muß. Für die Jugend des flachen Landes und die werktätige Bevölkerung sind besondere Aufbauschulen zu errichten.

Die Berufsausbildung erfolgt an Hochschulen und Universitäten.

Artikel 35

Das Volkswildungswesen einschließlich der Volksbüchereien und Volkshochschulen wird von Staat und Gemeinden gefördert. Die Errichtung privater oder kirchlicher Volkswildungseinrichtungen ist gestattet.

Artikel 36

Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung. Die Freiheit von Forschung und Lehre wird ihnen verbürgt.

Die theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten.

Die Studenten sind berufen, bei der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten im Wege der Selbstverwaltung mitzuwirken.

Jeder Student ist verpflichtet, neben seinem Fachstudium allgemeinbildende, insbesondere staatsbürgerkundliche Vorlesungen zu hören.

Das Recht der Studenten, sich an den Hochschulen im Rahmen der für alle geltenden Gesetze zu Vereinigungen zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

Der Zugang zum Hochschulstudium steht jedermann offen.

Werk-tätigen, die sich durch Begabung, Fleiß und Leistungen auszeichnen, ist auch ohne Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt durch Einrichtung besonderer Vorbereitungskurse und Prüfungen die Möglichkeit des Hochschulstudiums zu geben.

Jeder Erwachsene hat das Recht, sich als Gasthörer an den Hochschulen einschreiben zu lassen.

Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

Artikel 37

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehren sind frei. Sie sind vom Staate zu fördern.

Die Erzeugnisse der geistigen Arbeit, die Rechte der Urheber, Erfinder und Künstler genießen den Schutz und die Fürsorge des Staates.

Der Staat nimmt die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft in seine Obhut und Pflege.

Die Teilnahme an den Kulturgütern des Lebens ist dem gesamten Volke zu ermöglichen.

Am 18. Mai soll die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz nicht nur ihren ersten Landtag wählen, sondern auch ihre Meinung über den von der Regierung ausgearbeiteten und von der Beratenden Landesversammlung besprochenen Verfassungsentwurf abgeben. Die Entscheidung über die Verfassung ist mindestens ebenso wichtig wie die Wahl der einzelnen Abgeordneten. Ja, bei näherer Betrachtung muß man sagen, daß eine Entscheidung über die Grundlagen des politischen Lebens — und das ist die Verfassung — noch wichtiger ist als die Wahl selbst. Denn Verfassungsänderungen sind grundsätzlich nur schwer nachträglich noch zu erreichen. Von den Bestimmungen der Verfassung aber kann das Schicksal des ganzen Landes abhängen. Die Geschichte hat Beispiele in Fülle von solchen Fällen, wo der äußerlich so einfach erscheinende Wortlaut eines Artikels von ausschlaggebender Bedeutung in wichtigsten Lebensfragen wurde.

Es ist uns unmöglich, auf dem beschränkten Raum einer Zeitungsseite den vollen Wortlaut des Verfassungsentwurfes für Rheinland-Pfalz unseren Lesern mitzuteilen. In den Beratungen der Landesversammlung jedoch hat es sich gezeigt, daß vor allem der Abschnitt III: „Schule, Bildung und Kulturpflege“ bei den Hauptparteien, der CDU, der SP, und der KP, umstritten war. Dieser Abschnitt dürfte also auch das Hauptinteresse der Wähler finden. Wir veröffentlichen daher in den folgenden Spalten nebeneinander den Entwurf des dritten Abschnittes der Verfassung, den Vorschlag der sozialdemokratischen und den Vorschlag der kommunistischen Fraktion zu diesem Abschnitt. So, glauben wir, wird sich der Leser am objektivsten ein Bild von den Meinungen und Absichten der Parteien in dieser Frage machen können.

Vorschlag der Fraktion der KP

zum III. Abschnitt: Schule, Bildung und Kulturpflege

Artikel 27

Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung. Sie wird ihm durch öffentliche Einrichtungen gewährleistet.

Für die Bildung der Jugend und ihre schulische Erziehung sorgen öffentliche Anstalten. Bei ihrer Einrichtung wirken Landesregierung und Gemeinden zusammen.

Die öffentliche Erziehung erfolgt durch eine für Knaben und Mädchen gleiche organisch gegliederte Einheitsschule mit demokratischem Schulsystem auf der Grundlage der allgemeinen Schulpflicht.

Artikel 28

Die allgemeine Schulpflicht wird durch die Grundschule erfüllt.

Nach Beendigung der Grundschule erfolgt die systematische Weiterbildung in der Berufs- oder Fachschule, in der Oberschule und in anderen Bildungseinrichtungen. Der Besuch der Berufsschule ist Pflicht aller Jugendlichen, mindestens bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, wenn sie keine andere öffentliche Schule besuchen. Die Berufsschule dient der fachlichen Weiterbildung der Schüler. Die Oberschule vermittelt Wissen und entwickelt Fähigkeiten, die den Besuch der Hochschule ermöglichen.

Den Angehörigen aller Schichten des Volkes ist die Möglichkeit zu geben, auch ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit die zum Studium an einer Hochschule erforderlichen Kenntnisse an Abend- und Volkshochschulen zu erwerben.

Artikel 29

Die Schule soll jedem, unabhängig von der sozialen Lage der Eltern und dem Religionsbekenntnis, die seinen Fähigkeiten und Anlagen entsprechende vollwertige Ausbildung geben.

Der Unterricht und die Lernmittel der Grundschulen und Berufsschulen sind unentgeltlich. Minderbemittelten wird die Weiterbildung an der Oberschule und Hochschule durch Schulgeldbefreiung, durch Stipendien, Beihilfen und andere Maßnahmen ermöglicht.

Artikel 30

Die Schulen sollen die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen.

Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zur wahren Humanität zu erziehen.

Artikel 31

Die Jugend hat das Recht auf Arbeit und Erholung, gesichert durch entsprechende Gesetze und Maßnahmen der Landesregierung und Gemeinden. Für gleiche Arbeit haben Jugendliche das Recht auf gleiche Entlohnung wie Erwachsene.

Die Jugend hat das Recht auf Freude und Frohsinn. Ihr werden die Kulturstätten und Kulturgüter zugänglich gemacht.

Die Jugend wird gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung geschützt.

Zwangserziehung kann nur nach Maßgabe der Gesetze angeordnet werden.

Artikel 32

Die religiöse Unterweisung ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften und der Eltern. Die Wünsche der Schulleitungen sowie der Elternschaft sind zu berücksichtigen. Das Nähere wird durch Gesetz geregelt.

Artikel 33

Das Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen wird gewährleistet unter der Kontrolle und Aufsicht der Landesregierung bzw. des Kultusministeriums als oberste Schulbehörde, um die demokratische Gesinnung der Studenten und Dozentschaft zu garantieren.

Die theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten.

Die Studenten sind berufen, bei der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten im Wege der Selbstverwaltung mitzuwirken. Jeder Student ist verpflichtet, neben seinem Fachstudium allgemein bildende, insbesondere staatsbürgerkundliche Vorlesungen zu hören.

Das Recht der Studenten, sich an den Hochschulen im Rahmen der für alle geltenden Gesetze zu Vereinigungen auf demokratischer Grundlage zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

Der Zugang zum Hochschulstudium steht jedermann offen. Werk-tätigen, die sich durch Begabung, Fleiß und Leistungen auszeichnen, ist auch ohne Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt durch Einrichtung besonderer Vorbereitungskurse und Prüfungen die Möglichkeit des Hochschulstudiums zu geben. Jeder Erwachsene hat das Recht, sich als Gasthörer an den Hochschulen einschreiben zu lassen. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

Artikel 34

Die Erzeugnisse der geistigen Arbeit, die Rechte der Urheber, Erfinder und Künstler genießen den Schutz und die Fürsorge des Landes.

Das Land nimmt die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft in seine Obhut und Pflege.

DIE TRIBÜNE

(Außer Verantwortung)

Der Sozialismus ist die Zukunft

SP.-Wahlversammlung mit Minister Steffan und Günther Markscheffel

Mit einer Versammlung im vollbesetzten Zirkus Belli eröffnete die Mainzer Sozialdemokratie am vergangenen Sonntag vormittag den Wahlkampf. Es sprachen Innenminister Jakob Steffan und Günther Markscheffel zu dem Thema „Haben wir noch eine Zukunft?“

Innenminister Steffan ging zunächst auf die Probleme des Schwarzen Marks und der Brennholzversorgung ein. (Wir berichten darüber im politischen Teil dieser Ausgabe.) Nur mit einem gesunden Optimismus, mit Selbstvertrauen könne der Kampf um ein neues Deutschland, um den Wiederaufstieg aus der ungeheuren Not der Gegenwart geführt werden. Man müsse sich klar sein, warum alles so gekommen sei, wie es kam. Nicht allein Deutschland sei durch die unvorstellbare Zerrüttung der Weltwirtschaft in Not und Elend gestürzt worden. Göring habe einst zynisch erklärt, wenn schon gehungert werden solle, dann nicht in Deutschland. So beantwortete sich von selbst der oft von unbelchrbaren Kritikern geäußerte Einwand, während des Krieges sei es uns besser gegangen als heute. Damals allerdings habe das deutsche Volk auf Kosten der vom Nationalsozialismus unterjochten und ausgeplünderten Völker leben können. Diese Unmoral räche sich jetzt bitter. Umso mehr müsse Deutschland anerkennen, daß die anderen Völker, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit folgend, ihm zu Hilfe kämen, wozu sie niemand habe zwingen können. Dort werde auch langsam die Erkenntnis wach, daß ganz Europa darunter leiden müsse, wenn es Deutschland schlecht gehe.

Der Redner skizzierte dann die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen wir alle zu leiden haben. Gerade die Sozialdemokratie habe das Recht, die Welt auf diese Nöte aufmerksam zu machen und auf die

Gefahr, die in der Form einer neuen nationalistischen Welle heranwache, wenn ihre Stimme nicht gehört werde.

Alles komme darauf an, daß ein ehrliches Vertrauensverhältnis mit Frankreich erreicht werde. Viel zu viel Kriege seien zwischen Deutschland und Frankreich geführt worden. Es gehe nun darum, dem großen Nachbarn im Westen die Gewißheit zu vermitteln, daß ein friedfertiges demokratisches deutsches Volk endgültig aus den Fehlern und Verbrechen der Vergangenheit gelernt habe. Sicher sei es schwer, einem hungernenden Volk von Demokratie zu sprechen, dennoch aber gebe es keinen anderen Weg als die Demokratie. Jene, die an unserem Unglück schuld seien, hätten alle Ursache, mit voreiliger Kritik zu schweigen. Das Volk aber, das dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet und die Alliierten Truppen als Befreier empfunden habe, verweise nun auf seine unveräußerlichen Menschenrechte.

Wer kleingläubig den Sinn des Lebens verneine, der öffne einer kommenden Reaktion nur Türe und Tor. Ihr antwortete auf ihre Vorwürfe und Beschuldigungen Minister Steffan, daß Hitler noch zum Schluß soviel wie nur möglich vernichtet habe, daß im übrigen die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz keine Mehrheit habe, es auch heute noch kein freigeschaffenes Parlament gebe. Dennoch habe sie sich bemüht, das Beste nur Mögliche herauszuholen, und er müsse aus seiner Tätigkeit als Regierungspräsident von Rhein-Hessen nachdrücklich betonen, daß er bei der französischen Militärregierung in dieser Arbeit die vollste Unterstützung gefunden habe.

Der Wunsch des deutschen Volkes sei es, endlich einen Frieden zu haben. Komme er in Moskau nicht zustande, so möge man eine Zwischenlösung finden. Mit einem Bekenntnis zur Tat und zum Sieg der Vernunft bei den Siegermächten, mit einem Appell an seine Zuhörer, ein Deutschland des Frie-

dens, der Demokratie schaffen, schloß Innenminister Steffan seine Rede.

Ihm folgte Günther Markscheffel, der zunächst nachwies, daß die Kriegswirtschaft 1933 eine Beseitigung der Parole des Sozialismus hinter verschiedenen bedrohe heute das deutsche Volk. Heute regien sich die katholischen Arbeiterparteien für Sozialisten, für gerechte Forderungen, für die nächsten einmal dort, wo sie Einfluß auf die heute noch nicht spüren. Auch Markscheffel sprach für die Beseitigung des Nationalsozialismus in Deutschland. Das deutsche Volk werde aber nicht arbeiten und Reparationen, sondern Wiederaufbau, Werkzeuge dafür, die in der deutschen Wirtschaft und in der deutschen Politik greifen. Der deutsche Weg ein positiver Weg aus der Krise gezeigt werden. Die Demokratie wolle Brücken bauen, die stets nationalstaatlich lehnt, ob sie nun anderswo versucht worden, schon in ihrem erst für Deutschland festfassung einer höheren Form, wenn sich die einer internationalen

Als die alte Vorkriegszeit gegen ihre Aufgaben kein neues Programm Wahlkampf. Sie konnten ihren Weg und ihre Freiheit, Freiheit und

Ein Sängerkorps in der Kundgebung bei den Hörern den Ernst der Situation weniger aber ruhige Stimmung erkennen

Wir appellieren an die demokratischen und gegen diese finstere fassung.

Wir wenden uns an den Reichen des Bundes: Stimmt mit der alten Verfassung

Das „Nein“ der Kommunisten

Aus der Rundfunkrede von Willy Feller

Minister für Wiederaufbau und Verkehr von Rheinland-Pfalz

Der Landtag gegen Sonderbestrebungen

A.Z. 7.11.47 Einmütige Erklärung der Parteien von Rheinland-Pfalz

FWB. Koblenz. (Eigener Bericht.) Der Landtag von Rheinland-Pfalz erlebte am Nachmittag des 6. November am Schluß seiner 12. Session einen bedeutungsvollen Augenblick. Unter langanhaltendem Beifall der Regierung und aller Abgeordneten wurde folgende Resolution angenommen, die von den vier Parteien des Landtags eingebracht worden war:

Gegen Umtriebe in der Pfalz

„Mit Entrüstung und Abscheu hat der Landtag von Rheinland-Pfalz von Umtrieben separatistischer Landesverräter in der Pfalz Kenntnis genommen, die die gegenwärtige Not ihren meist eigennützigsten Bestrebungen dienstbar zu machen suchen. Der Landtag legt Wert darauf, aller Welt kundzutun, daß die Volksvertretung dieses Landes, voran aber deren pfälzische Mitglieder, ohne Unterschied der Partei einmütig den Gedanken einer irgendwie begründeten und irgendwie gearteten Lösung der Pfalz aus dem deutschen Verband auf das entschiedenste zurückweist.

Insbesondere wendet er sich auch gegen solche Bestrebungen, die unter Berufung auf sogenannte Selbstverwaltung oder Sonderrechte der Pfalz eine Zerreißung unseres Landes beabsichtigen, um damit dem Separatismus Vorschub zu leisten. Der in der Verfassung verankerte Gedanke der Selbstverwaltung wird von allen Parteien einmütig bejaht und soll ebenso in der Pfalz wie auch in den anderen Landesteilen verwirklicht werden. Der Landtag protestiert jedoch gegen jede organisatorische Verwaltungsmaßnahme, die geeignet ist, das Verhältnis der Pfalz zum Gesamtland Rheinland-Pfalz zu lockern und dem Recht des Landtags vorzugreifen, die zukünftige Organisation unseres Landes durch das in der Verfassung vorgesehene Selbstverwaltungsrecht zu regeln.

Der Landtag und die Abgeordneten der Pfalz erwarten daher von dem Pfälzer Volke aller Berufe und Stände, daß es sich in dieser Frage geschlossen hinter Landtag und Regierung stellt und besonders in der Abwehr derart verbrecherischer Aktionen auf jede Art unterstützt.

Der Landtag erwartet insbesondere von allen ehrenamtlich in Gemeinderäten und Kreisversammlungen tätigen Pfälzern, daß

sie diesen Bestrebungen Widerstand leisten. Er wird jeden Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der sich zu aktiver oder auch nur passiver Förderung dieser landesverräterischen Pläne mißbrauchen läßt, ungnädig zur Rechenschaft ziehen. Er ist schließlich überzeugt, daß die Arbeiterschaft die Verteidigung der Ehre des Volkes auch diesmal zu ihrer Sache macht. Nur diese Ehre und die Achtung vor uns selbst haben wir noch zu verlieren.

Separatismus bedeutet Kriegserklärung an die Demokratie. Er bedeutet aber zugleich eine schwere Belastungsprobe für alle ehrlichen Verständigungsbemühungen zwischen Frankreich und unserem Volke, an denen zu arbeiten sich dieser Landtag zum vornehmsten Ziele gesetzt hat. Daher glaubt auch der Landtag, darauf vertrauen zu können, daß die Militärregierung die Spekulation dieser Clique von Abenteurern enttuschen wird.“

Unterschrieben ist die Resolution von Dr. Zimmer für die CDU., Bögl für die SPD., Dr. Neubronner für die DP. und Müller für die KPD. Außerdem haben alle Abgeordneten der Pfalz das Schriftstück namentlich unterzeichnet.

Schlußwort des Ministerpräsidenten

Die Resolution war gefaßt worden, nachdem Ministerpräsident Altmeier in seiner Schlußansprache, in der er sich auch mit den wirtschaftlichen Nöten des Landes befaßte, dem Hohen Haus Mitteilung gemacht hatte, daß im Rahmen einer von der französischen Besatzungsmacht vorgesehenen Verwaltungsvereinfachung die Möglichkeit zur Selbstverwaltung für die Pfalz bestehe. In Verbindung damit sei dem Ministerpräsidenten aus der Pfalz berichtet worden, daß sich in diesem Landesteil separatistische Bestrebungen bemerkbar gemacht hätten. Dazu erklärt der Ministerpräsident, die Regierung sei nicht gewillt, diesen Tendenzen auch nur den geringsten Raum zu geben. Sie müßten als Verfassungsbruch angesehen werden. In der Präambel der Verfassung des Landes sei eindeutig festgelegt, daß sich das Land Rheinland-Pfalz als Glied eines demokratischen Deutschlands fühle. Jeder, der anderen Interessen diene, so betonte der Ministerpräsident mit erhobener Stimme, stelle sich außerhalb der

Gemeinschaft des Landes Rheinland-Pfalz. Nach einer kurzen Pause, im Anschluß an die Erklärungen Altmeiers, die die Fraktionen für Beratungen benutzten, trat der Landtag wieder zusammen und nahm die Stellungnahme der Parteien entgegen. Am Schluß der Sitzung wurde dann einstimmig die bereits wörtlich angeführte Resolution angenommen.

Aus den Erklärungen der Parteiführer ging eindeutig hervor, daß sich die Parteien einig blieben mit der Regierung in der Ablehnung separatistischer Bestrebungen.

Kleinere Vorlagen

In seiner Mittwochssitzung verabschiedete der Landtag mehrere Gesetze und beriet über verschiedene Anträge der Partei.

Ein Ergänzungsgesetz zur politischen Säuberung ermöglicht jetzt, Juristen zum Dienst bei den Spruchkammern zu verpflichten. Der Landeskommissar für die politische Säuberung, Minister Junglas, wies zur Begründung auf die personellen und sachlichen Schwierigkeiten hin, die in erster Linie den schleppenden Gang der Entnazifizierung bedingen.

Ein Antrag der CDU, über die Erfassung und Unterbringung heimatloser und gefährdeter Jugendlicher wurde dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Ein Gesetz zur Neuregelung des Gnadenrechts wurde einstimmig angenommen. Ueber die Todesstrafe soll die Entscheidung bei der Landesregierung liegen. Ein Antrag der KPD, den Landtag in seiner Gesamtheit hier einschalten, wurde abgelehnt.

Bei der Beratung verschiedener Änderungen der Preisstrafrechtsordnung betonte Abg. Volkmer (SPD.) die Bedeutung der Wirtschaftspolizei zur Sicherung der Bedarfsdeckung und wies auf den Umfang der Beschlagnahmungen gehorteter Waren hin.

Durch die Annahme eines Gesetzes über die Beschlagnahme und Beseitigung von Gebäudetrümmern wurde nur die gesetzliche Grundlage eines bereits bestehenden Zustandes geschaffen. Nach diesem Gesetz können in Stadt- und Landgemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern alle Gebäudetrümmer, die durch Kriegshandlungen entstanden sind, zugunsten der Gemeinden beschlagnahmt werden.

Ergebnis der Gemeindewahlen im Stadtkreis Mainz

Wahlberechtigt	49 560 Pers.
Abgegebene Stimmen	43 293
Wahlbeteiligung in %	= 87,35%
Gültige Stimmen	41 293
Ungültige Stimmen	2 000

Von den gültigen Stimmen entfallen auf:

Christlich-Demokratische Union (C.D.U.)	17 485	=	42,34 %
Sozialdemokratische Partei (S.P.)	12 506	=	30,29 %
Kommunistische Partei (K.P.)	6 299	=	15,25 %
Freie Liste der Demokratie	3 380	=	8,19 %
Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht	1 623	=	3,93 %
Zusammen:	41 293	=	100,00 %

Danach wurden in den Stadtrat gewählt von der :

1) C. D. U. = 16 Kandidaten, und zwar:

1. Diehl, Lorenz, Privatmann,
2. Dahlem, Dr. Friedr. Rechtsanw.
3. Kraus, Dr. Emil, Oberbürgermeister
4. Gahr, Franz, Josef, Rektor
5. Zickwólf, Otto, Kaufmann,
6. Schmidt, Christian, Baumeister,
7. Eisenhauer, Peter, Schreiner,
8. Schwahn, Quinibert, Oberrechtsrat,
9. Diefenbach, Ludw. Verw.-Angestl.
10. Matthias, Hermann, Diakon
11. Mayer, Dr. Aug. Oberstudiendir.
12. Laubach, Jak. Stadtinsp. i.R.
13. Ludwig, Josef, Landwirt und Obst- u. Gemüsehändler,
14. Heim, Michael, Landwirt
15. Bachmann, Anton, Bäckermeister
16. Rückeshäuser, Ludwig, Schmiedemeister

2) S. P. = 11 Kandidaten, und zwar

1. Calujek, Anton, Angestellter
2. Krahn, August, Versicherungskassierer,
3. Freitag, Alfred, Parteisekretär,
4. Matthes, Magd., Geschäftsfrau
5. Hufschmidt, Max, Ortsvorsteher
6. Johannterwagem Hch. Schlossermeister,
7. Gückinger, Friedr. Landwirt
8. Szimnosek, Alb. Angest.
9. Fröhder, Herm. Elektromont.
10. Hennig, Dora, Hausfrau
11. Herrmann, Paul, Behördenang.

Durch ein Gesetz vom 7. April 1933 wurden alle Beamte, die sich nicht zum Nazismus bekannten, ihres Amtes enthoben. Durch das Gesetz vom 14. Juli 1933 wurden alle politischen Parteien außer der NSDAP. für ungesetzlich erklärt. „Vom Februar 1933 ab wurden Tausende führender politischer Persönlichkeiten und prominenter Angehöriger anderer Parteien ermordet oder in Konzentrationslager gebracht.“

Von jedem einzelnen der zwölf Angeklagten wird jeweils gesondert festgestellt, inwieweit er an den aufgezählten Untaten und Verbrechen persönlich beteiligt war. Die Angeklagten Lammers

Hochzeitsrobe anvertraut war, und die diese Arbeit als die Krönung ihres Lebenswerkes betrachtet hatte, hat sich mit schlichtem Abschied von der Szene entfernt, weil sie auf zwar durchaus natürliche, aber höchst fatale Weise gestorben ist. Begreiflich das fieberhafte Raten und Sorgen, ob noch ein Ausweg zu finden ist und welcher. Man findet, daß das Herzleiden, an dem die Leiterin des Schneider-Ateliers und erste Zuschneiderin des britischen Commonwealth verschieden ist, sich nicht auf faire Weise geäußert hat.

Die Besitzer der vielenstrigen Häuser, durch die sich der Hochzeitszug bewegen wird, lassen sich von diesen Besorgnissen nicht anfechten. Sie haben ihre Pfunde in Sicherheit. Die Preise, die für Fensterplätze bezahlt worden sind, werden von ihnen als durchaus „gesund“ angesehen; einträglich waren sie auf alle Fälle. Für einen Platz, den der Inhaber mit zehn anderen Personen zu teilen hatte, waren im Durchschnitt 400 Pfund zu bezahlen. Falls nicht der Finanzminister, der auch in Großbritannien sehr begehrt ist, den größten Teil dieser Einnahmen wegsteuert, werden sich diese Häuser vorteilhaft bezahlt gemacht haben.

Da die Hochzeitsfeierlichkeiten in „engstem“ Rahmen stattfinden sollten (und die alte Westminster-Abbey nicht mehr Personen faßt), sind nur zweitausend Personen eingeladen worden. Eine der Einladungen erging an den Onkel der Braut, den Duke of Windsor, einstigen König Georg IV., der seinerzeit wegen seiner Verheiratung mit der zweimal geschiedenen Missis Simpson vom britischen Kabinett zum Rücktritt genötigt worden war. Als er sachlich feststellte, daß man seiner Gattin keine Einladung geschickt hatte, erklärte er ebenso sachlich, daß er die Zumutung, die Gattin zu Hause zu lassen, als ungebührlich betrachte und zu seinem Bedauern

lungen und Verhaftungen von Deutschen jüdischer Abstammung. Der nächste Schritt war der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Vom 7. April an wurden gesetzgeberische, verwaltungsmäßige und polizeiliche Maßnahmen durchgeführt, die die Deutschen jüdischer Abstammung aller denkbaren Rechte und wirtschaftlichen Stellungen beraubten, die sie als deutsche Staatsbürger oder auch nur als Menschen innegehabt haben mochten. Sie wurden von allen höheren Berufen ausgeschlossen, von Künsten und Wissenschaft, vom Staatsdienst, den Universitäten und Erziehungsanstalten, aus dem Schrifttum. Durch die Nürnberger Gesetze wurden

nicht in der Lage sei... Wie man aus amerikanischen Blättern erselen kann, hat er durch seine charaktervolle Absage nicht an Volksgunst eingebüßt; denn der Londoner „Mann von der Straße“, so heißt es, der wohl gesunden Menschenverstand, aber kein Verständnist für verstaubte Etikette besitze, erkläre gegenüber dem Hofe von Windsor: „Er hätte ruhig seine Frau mitbringen können; wir hätten sie ebenso freundlich begrüßt wie den Herzog selber“, — eine Auffassung, die beide Teile ehrt. Der Herzog seinerseits läßt sich empfehlen; er ist zu Schiff nach Amerika.

Eine Königin schmolzt

FWB. Die Welt hat sich während der letzten hundert Jahre in einem unwahrscheinlich anmutenden Maße verändert. Wie sehr sich aber auch die diplomatischen Verhältnisse gewandelt haben, zeigte sich besonders eindringlich während der augenblicklichen Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Ein Metternich würde sich im Feuer der jüngsten Redeschlachten im Parlament der Völker geradezu mit Entsetzen abgewandt haben.

Um so verwunderlicher, daß es in dieser rauhen Welt auch heute noch späte Diplomaten der vergangenen alten Schule gibt. So zum Beispiel in Holland, wo sich Königin Wilhelmine für sieben Wochen von den Regierungsgeschäften zurückgezogen hat. Sie hat den Entschluß, Ferien zu machen, beileibe nicht deshalb gefaßt, weil sie sich übermüdet fühlte, obwohl man das nach den strapazierenden Jahren des Krieges im Londoner Exil für nicht unwahrscheinlich hätte halten können. Die Königin ist mit ihren 67 Jahren und dem im nächsten Jahre bevorstehenden 50jährigen Regierungsjubiläum immer noch verhältnismäßig rüstig und tatkräftig.

Die vom Angeklagten Keppler (früheren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) gegründete Gruppe „Himmlers Freundeskreis“, der ungefähr 30 führende Mitglieder der deutschen Geschäfts- und Finanzwelt und eine Anzahl von SS-Führern angehörten, spendete zur Finanzierung der Tätigkeit der SS jährlich ungefähr eine Million Reichsmark. Die Zuwendungen der Dresdner Bank, in weiten Kreisen als „SS-Bank“ bekannt, allein an die SS, beliefen sich auf jährlich 50 000 RM. Der Vorsitzende des Vorstandes der Dresdner Bank, Karl Rasche, befindet sich unter den Angeklagten, ebenso der Vizepräsident der ehemaligen Reichsbank, Emil Pohl.

Es war etwas anderes, was sie zu dem Verzicht auf die königliche Gewalt für die Zeit von sieben Wochen veranlaßt hat. Sie wollte damit gegen ihre Regierung eine Art von „Bestrafung“ aussprechen, denn sie hatte es dem Kabinett Beel übel genommen, daß es die Königin angeblich nicht ausreichend und genau genug über die Lage in Holländisch-Ostindien informiert hatte. Außerdem soll sie noch darüber verstimmt gewesen sein, daß Holland durch den indonesischen Konflikt in ein sehr mißliches Verhältnis zum Welt-Sicherheitsrat gebracht worden sei. Das sei dem Prestige Hollands in der Welt sehr abträglich gewesen. Unmißverständlich hatte sie sich deshalb in diesem Sinne nach einer Unterredung mit dem Generalgouverneur für Holländisch-Ostindien, van Mook, geäußert und ging dann — in Ferien. Durch Regierungsproklamation wurden die Holländer am 3. Oktober davon in Kenntnis gesetzt. Als Regentin führt bis zum 1. Dezember an ihrer Stelle Prinzessin Juliane die königlichen Geschäfte.

Es mag verwunderlich erscheinen, daß auf diese Weise eine Regierung „bestraft“ werden soll. Für Holland und die ihrer Königin in Liebe und Verehrung zugetanenen Holländer war das jedoch ein deutlicher Wink. Das sollte sich tatsächlich an der Wirkung des allerhöchsten Schrittes erweisen. Eine gewisse Mißstimmung gegen die Regierung läßt sich im Augenblick in Holland nicht verleugnen. Auch wenn man sich da und dort in der Öffentlichkeit sagt, daß die Königin wahrscheinlich nach dem 5. September 1948, dem Tage ihres Regierungsjubiläums, abdanken werde und jetzt noch der Prinzessin Juliane während der eigenen Regierungszeit die Möglichkeit geben will, unter mütterlicher Aufsicht das „Gefühl“ für ihre kommenden Aufgaben zu erwerben.

III. K. P. = 5 Kandidaten, und zwar

1. B a u m a n n , Paul, Angestellter,
2. K ö t h , Karl, Lackierer,
3. H a l e i n , Josefina, Angestellte,
4. H a u c k , Johann, Angestellter,
5. W i t t m a n n , Josef, Vermittler.

IV. Freie Liste der Demokratier = 3 Kandidaten, und zwar:

1. S c h e l l e r , Richard, Druckereibesitzer,
2. S c h ü t z , Friedrich, Architekt,
3. K o h l , Fritz, Kaufmann,

V. Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht = 1 Kandidat

D a n z , Franz, Wilhel Privatwissenschaftler.

Mginn, am 16. Sept. 1946

Der Oberbürgermeister

Dr. K r a u s

Ergebnis der Gemeindevahlen im Stadtkreis M a i n z

49 560 Pers.	Wahlberechtigt
43 293	Abgegebene Stimmen
87,35%	Wahlbeteiligung in %
41 293	Gültige Stimmen
2 000	Ungültige Stimmen
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:	
42,34 %	Christlich-Demokratische Union (C.D.U.) 17 482
30,29 %	Sozialdemokratische Partei (S.P.) 12 506
12,22 %	Kommunistische Partei (K.P.) 5 299
8,19 %	Freie Liste der Demokratie 3 380
3,93 %	Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht 1 623
41 293	Zusammen: 100,00 %

Danach wurden in den Stadtrat gewählt von der:

1) C. D. U. = 16 Kandidaten, und zwar:

1. D i e h l , Lorenz, Privatmann,
2. D a h l e m , Dr. Friedr. Rechtsanwalt,
3. K r a u s , Dr. Emil, Oberbürgermeister
4. G a h r , Franz, Josef, Rektor
5. Z i l o k w o l f , Otto, Kaufmann,
6. S c h n i d t , Christian, Baumeister,
7. F i e s e n h a n e r , Peter, Schreiner,
8. S c h w a h n , Günther, Oberstadtrat,
9. D i e l e n b e c h , Ludw. Verw.-Angekl.
10. M a t t h a s , Hermann, Diskon
11. M a y e r , Dr. Aug. Oberstadtrat.
12. L a n d s c h , Jak. Stadtnap. i.R.
13. L u d w i g , Josef, Landwirt und Opt- u. Fernsehändler,
14. H e i m , Michael, Landwirt
15. B e c h m a n n , Anton, Bäckermeister
16. R ü c k e s h a n e r , Ludwig, Schmiedemeister

2) S. P. = 11 Kandidaten, und zwar:

1. G e i n t e k , Anton, Angestellter
2. K r a h n , August, Versicherungsbeamter,
3. F r e i t a g , Alfred, Parteisekretär,
4. M a t t h a s , Magd., Geschäftsführer
5. F u r s c h m i d t , Max, Ortsvorsteher
6. J o h a n n t e r w a g e m H e h , Schlossermeister,
7. G ü c k i n g e r , Friedr. Landwirt
8. S a i m n o s e k , Alp. Angekl.
9. F r ö h d e r , Herm. Elektromont.
10. H e n n i g , Dora, Hausfrau
11. H e r m a n n , Paul, Böhrgenand.

Die 127 Abgeordneten des Landtags

R.M. 22.11.46 Ihre berufliche Herkunft und ihre Namen

Berufe	CDP.	SPD.	KPD.	LDP.	SV.	davon weiblich
Beamte	19	15	—	—	3	37
Behörden- und Privatangestellte	4	7	3	—	—	14
Arbeiter	3	—	1	—	—	4
Landwirte	8	2	—	—	—	10
Handwerker und Gewerbetreibende	7	2	1	—	—	10
Lehrer	5	3	—	—	—	8
Kaufleute	4	1	—	—	1	6
Anwälte - Notare	4	1	—	—	—	5
Redakteure	—	2	3	—	—	5
Partei- und Gewerkschaftssekretäre	—	3	1	—	—	4
Weingutsbesitzer und Winzer	3	—	—	—	1	4
Ingenieure, Chemiker	3	—	—	1	—	4
Pensionäre	3	—	—	1	—	4
Fabrikanten	1	—	—	—	—	1
Bankdirektoren	3	—	—	—	—	3
Ärzte	2	1	—	—	—	3
Betriebsräte	—	2	—	—	—	2
Geschäftsführer, Revisoren	—	2	—	—	—	2
Hausfrauen	1	—	—	—	—	1
	70	41	9	2	5	127
						6

I. Christlich-Demokratische Partei

1. Oberpräsident Dr. Boden, Koblenz; 2. Landrat a. D. Dr. Zimmer, Grünbaum; 3. Präsidialdirektor Dr. Bieroth, Mainz-Gonsenheim; 4. Regierungspräsident Altmeier, Montabaur; 5. Oberregierungsrat Helene Rothländer, Koblenz; 6. Landwirt Thome, Rommersheim; 7. Bankdirektor Schröder, Mayen; 8. Rechtsanwalt Dr. Dahlem, Mainz; 9. Weingutsbesitzer Diel, Burg-Layen; 10. Bergmann Höhn-Öllingen; 11. Landwirt Dr. Dr. Christoffel, Ürzig; 12. Rechtsanwalt Dr. Süsterhenn, Unkel; 13. Rechtsanwalt Bros, Worms; 14. Arzt Dr. Habighorst, Ahrweiler; 15. Landwirt Tönges, Welterod; 16. Ingenieur Zettelmayer, Trier; 17. Winzer Gibbert, Moselkern; 18. Elektriker Zimmer, Trier; 19. Oberpostsekretärin Josefine Doerner, Schönstein; 20. Bankdirektor Niederprüm, Bitburg; 21. Weingroßhändler Drahten, Alf; 22. Buchdruckereibesitzer Zimmermann, Boppard; 23. Leiter der AOK, Pohlen, Simmern; 24. Landwirt Trabach, Kleinich; 25. Landwirt Winter, Birkenfeld; 26. Amtsbürgermeister Hartmann, Mühlheim; 27. Oberstudiendirektor Lotz, Bingen; 28. Amtsbürgermeister Jost, Mühlheim; 29. Bankdirektor Dauber, Diez (Lahn); 30. Landwirt Harig, Hermeskeil; 31. Jugendamtsleiterin Dr. Else Missong, Linz; 32. Kaufmann Schlick, Bechtolsheim; 33. Arzt und Bauer Dr. Schüler, Büchenbeuren; 34. Landgerichtsdirektor Hermanns, Koblenz-Lützel; 35. Landesrat a. D. Dr. Würmeling, Linz; 36. Schreinermeister Hasdenteufel, Ransbach; 37. Angestellter Junglas, Koblenz-Lützel; 38. Oberstudiendirektorin Dr. Mathilde Gantenberg, Trier; 39. Pensionär Diehl, Mainz-Kastel; 40. Kaufmann Bremer, Koblenz; 41. Bürgermeister Geil, Oberlahnstein; 42. Ingenieur Hamburger, Kreuznach; 43. Rektor Gahr, Mainz-Gonsenheim; 44. Amtsgerichtsdirektor Ulrich, Neuwied; 45. Rechtsanwalt Dr. Lichtenberger, Idar-Oberstein; 46. Amtmann Roppelt, Worms; 47. Arbeiter Wacker, Bendorf; 48. Bürgermeister Schäfer, Bingen; 49. Weingutsbesitzer Ziegler, Weyher; 50. Angestellter Jahn, Neustadt-Haardt; 51. Rektor Wolff, Landau; 52. Domschweizer Hartard, Speyer; 53. Landwirt Stübinger, Dreihof bei Landau; 54. Studienrat Simon, Pirmasens; 55. Bürgermeister Demmerle, Börsstadt; 56. Bürgermeister Dr. Vogt, Landstuhl; 57. Oberregierungspräsident Dr. Eichenlaub, Hambach; 58. Fabrikant

Weber, Pirmasens; 59. Landwirt Wünstel I., Hatzenbühl; 60. Oberamtmann Dissinger, Ludwigshafen; 61. Buchdruckereibesitzer Sommer, Grünstadt; 62. Bergmann Spies, Brücken; 63. Bürgermeister Reichert, Ludwigshafen; 64. Schuhmachermeister Becker, Pirmasens; 65. Elektromonteur Franke, Kaiserslautern; 66. Chemiker Kochendörfer, Landau; 67. Hausfrau Ulla Berghammer, Landau; 68. Präsidialdirektor Dr. Rittersbacher, Neustadt; 69. Malermeister Heller, Ludwigshafen; 70. Kaufmann Roth, Zweibrücken.

II. Sozialdemokratische Partei

1. Präsidialdirektor Dr. Becker, Neuwied; 2. Regierungspräsident Steffan, Mainz; 3. Parteisekretär Bettgenhäuser, Koblenz; 4. Kaufmann und Schriftleiter Jakob, Föhren; 5. Steinrichter Zimmer, Schwarzerden; 6. Schulrat Cronenwald, Worms; 7. Angestellter Schmidt, Gießenhausen; 8. Amtsbürgermeister Röhrig, Hamm; 9. Präsidialdirektor Röhle, Koblenz-Pfaffendorf; 10. Landwirt Beckenbach, Framersheim; 11. Angestellter Kuhn, Kreuznach; 12. Amtsbürgermeister Hennerich, Mayen; 13. Angestellter Bechtel, Diez; 14. Angestellter Bauer, Koblenz-Niederberg; 15. Buchbinder Böhm, Neuwied; 16. Oberregierungsrätin Maria Detzel, Koblenz; 17. Angestellter Calujck, Mainz; 18. Amtsbürgermeister Dedenbach, Andernach; 19. Bücherrevisor Berthold, Trier; 20. Kaufmann Kirschmann, Idar-Oberstein; 21. Bürgermeister Völker, Worms; 22. Volkswirt Brück, Neuwied; 23. Angestellter Schneider, Bad Ems; 24. Beauftragter der Gewerkschaften, Ludwig, Pirmasens; 25. Notar Dr. Hoffmann, Wachenheim; 26. Landwirt Rüb, Hütschenhausen; 27. Betriebsrat Gänger, Bergzabern; 28. Präsidialdirektor Böckenkrüger, Haardt; 29. Studienrätin Dr. Ella Weiß, Frankenthal; 30. Oberbürgermeister Roth, Zweibrücken; 31. Verwaltungsdirektor Langlotz, Speyer; 32. Stadtschulrat Schäfer, Ludwigshafen; 33. Arzt Ziegler, Maikammer; 34. Geschäftsführer Fiedler, Kirchheimbolanden; 35. Arbeitsamtsdirektor Schmidt, Landau-Pfalz; 36. Oberbürgermeister Bauer, Ludwigshafen; 37. Angestellter Bögler, Speyer; 38. Betriebsratvorsitzender Lorenz, Ludwigshafen; 39. Schriftleiter Hertel, Kaiserslautern; 40. Regierungsdirektor Dr. Buhl, Neustadt; 41. Gewerkschaftssekretär Volkemer, Pirmasens.

III. Kommunistische Partei

1. Elektriker Buschmann, Koblenz-Metternich; 2. Redakteur Janecek, Framersheim; 3. Verwaltungsangestellter Lein, Worms; 4. Parteisekretär Schieder, Andernach; 5. Angestellter Baumann, Mainz; 6. Metallarbeiter Baumgärtner, Ludwigshafen; 7. Angestellter Betz, Pirmasens; 8. Redakteur Müller, Ludwigshafen; 9. Redakteur Feller, Ludwigshafen.

IV. Liberale Partei

1. Kommerzienrat Rautenstrauch, Trier; 2. Elektroingenieur Claus, Simmern.

V. Sozialer Volksbund für Hessen-Pfalz

1. Präsidialdirektor Zapf, Einsiedlerhof; 2. Landgerichtspräsident Neumayer, Kaiserslautern; 3. Weingutsbesitzer Feitig, Siebeldingen; 4. Bauer und Bürgermeister Lahn, Ober-Hilbersheim; 5. Weinhändler Steger, Oppenheim.

der Demokratie

t umgekehrten Vorzeichen

machte ihn summarisch für das allzumenschliche Versagen unserer Instanzen des Denazifizierungs-Apparates verantwortlich. Der Außenstehende war ob solchen Angriffes verwundert und fragte sich, ob es richtig sei, daß der Rundfunk einen amtierenden Minister derartig beschimpfte, während der Eingeweihte darüber verbittert war, da jede aufgestellte Behauptung allzu deutlich das Zeichen der Unrich-

III. K. P. = 5 Kandidaten, und zwar

1. Bannmann, Paul, Angestellter,
2. Köth, Karl, Lackierer,
3. Helein, Josefine, Angestellte,
4. Harnok, Johann, Angestellter,
5. Wiltmann, Josef, Vermittler.

IV. Freie Liste der Demokraten = 3 Kandidaten, und zwar:

1. Scheller, Richard, Druckereibesitzer,
2. Schütz, Friedrich, Architekt,
3. Kohnl, Fritz, Kaufmann,

V. Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht" = 1 Kandidat

- Danz, Franz, "Lilhel, Privatwissenschaftler.

Mainz, am 16. Sept. 1946

Der Oberbürgermeister

Dr. Kruse

Die Nürnberger Prozesse

23 Aerzte und Wissenschaftler auf der Anklagebank

NÜRNBERG, 21. Nov. (Drahtbericht)

Vor dem ersten Militärtribunal der amerikanischen Besatzungsmacht begann gestern der zweite Nürnberger Prozeß, in dem 23 nationalsozialistische Ärzte und Wissenschaftler angeklagt sind. Es handelt sich dabei um Persönlichkeiten, die bei der Planung und Ausführung von Morden, Brutalitäten, Folterungen und anderen Unmenschlichkeiten führend beteiligt waren. Die grausame Behandlung von Menschen in Konzentrationslagern, die meist tödlichen Experimente „zugunsten der Wissenschaft“ wird ihnen vorgeworfen.

An der Spitze der Angeklagten steht der Leibarzt Hitlers, Professor Karl Brandt, Gruppenführer in der SS, Generalleutnant in der Waffen-SS, Reichskommissar für Sanitäts- und Gesundheitswesen, Mitglied des Reichsforschungsrates. Er war neben dem ehemaligen Gesundheitsführer Dr. Conti die einflußreichste Persönlichkeit in der deutschen Ärzteschaft und hatte sich in dieser Stellung ein Millionenvermögen erworben. Gegen Ende des Krieges begann sein Einfluß zu sinken. Als er die Weiterführung des Krieges als unsinnig erklärte, wurde er auf Veranlassung Hitlers, der ihn ein „verräterisches Schwein“ nannte, von einem SS-Gericht zum Tode verurteilt. Brandts Freund Speer verhinderte die Ausführung des Urteils.

Unter den Angeklagten befinden sich ferner u. a. Generaloberstabsarzt Handloser, Heeres-Sanitätsinspekteur, Chef des Wehrmachtssanitätswesens, Paul Rostock, Chefarzt der chirurgischen Klinik in Ber-

lin, beratender Chirurg der Armee, Generaloberstabsarzt Schroeder, Chef des Stabes, Inspekteur der Luftwaffe, SS-Gruppenführer u. Generalleutnant der Waffen-SS; Genzken, Chef des Sanitätsamtes der Waffen-SS, der Leibarzt Himmlers, SS-Gruppenführer Gebhardt, Reichsarzt der SS und Polizei, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, der Stellvertreter des Reichsgesundheitsführers, Blome, Standartenführer der SS Sievers und Rudolf Brandt, Generalarzt der Luftwaffe, Rose, Chef der Abteilung für tropische Medizin und Professor am Robert-Koch-Institut, Mrugowsky, Oberführer der SS, Reichsarzt der SS und Polizei, Chef des Hygienischen Instituts der Waffen-SS, SS-Oberführer Poppendick, Chef des persönlichen Stabes des Reichsarztes der SS, SS-Oberführer Brack, Oberdienstleiter in der Kanzlei des Führers der NSDAP.

Als einzige Frau ist angeklagt die ehemalige Ärztin des KZ. Ravensbruck, Dr. Hertha Oberhauser. Sie hat Sulfamid-Experimente an KZ-Insassen vorgenommen und war an Knochentransplantationen und Sterilisationsexperimenten beteiligt.

Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklageschrift durch den amerikanischen Anklagevertreter. Alle 23 Angeklagten beantworteten die Frage, ob sie sich im Sinne der Anklage für schuldig hielten, mit „Nein“. Der Prozeß wurde auf den 9. Dezember vertagt. Er wird nach dem gleichen Verfahren wie der erste Nürnberger Prozeß durchgeführt.

Autonomer Staat in Nordgriechenland

Die Aufstandsbewegung greift um sich - Flugzeuge gegen die Rebellen eingesetzt

ATHEN, 21. Nov. (Drahtbericht).

Nach einer Meldung der griechischen Regierung proklamierten die von kommunistischen Elementen geführten Aufständigen im Westen von Gravena einen autonomen Staat und riefen in diesem Gebiet die Jahresklassen 1939 bis 1945 zu den Waffen auf. Gravena liegt etwa 60 km östlich der albanischen Grenze.

In Mazedonien beherrschen nach einem Bericht der „Times“ die Aufständigen bereits mehr als hundert Dörfer. Sie erlassen selbständige Gesetze, treiben Steuern ein und geben Zeitungen heraus. Die Kämpfe in der Gegend von Skra dauern an. Auf dem Berg Ossa in der Nähe von Larissa in Thessalien wurde die Brigade „Rimini“, die während des Krieges auf alliierter Seite in Italien kämpfte, mit Erfolg angesetzt. Es gelang ihr, die Rebellen einzuschließen, den beherrschenden Berg in ihre Hand zu bringen und große Waffen- und Munitionslager zu beschlagnahmen.

An der jugoslawischen Grenze haben die Aufstände einen derartigen Umfang angenommen, daß die griechische Regierung sich gezwungen sah, Flugzeuge gegen die Banden einzusetzen, die sich daraufhin an einzelnen Stellen nach Zerstörung der Dörfer auf die jugoslawische Grenze zurückzogen. Auf jugoslawischem Gebiet wurden Truppenbewegungen festgestellt.

Ministerpräsident Tsaldaris empfing den englischen und den amerikanischen Gesandten, denen er eröffnete, daß seit dem 1. Oktober von Jugoslawien aus 24, von Albanien aus 27 und von Bulgarien aus 10 Überfälle auf griechische Grenzposten erfolgt seien. Nach einem Memorandum des Informationsministeriums, das eine detaillierte Darstellung dieser Vorfälle gibt, drangen die Banden mit Unterstützung der jugoslawischen, bulgarischen und albanischen Grenzschutztruppen in griechisches Gebiet ein, plünderten die Bevölkerung aus und zogen sich unter Mitnahme von Geiseln und Vieh wieder über die Grenze zurück.

Das griechische Parlament genehmigte ein Amnestiegesetz für Aufständische, die innerhalb eines Monats die Waffen niederlegen. Der Führer der republikanischen Opposition, Venizelos, verlangte die Bildung einer Koalitionsregierung, da die gegenwärtige Regierung der Situation nicht gewachsen sei. Als der Ministerpräsident die Opposition beschuldigte, sie sei antinational, verließ sie geschlossen den Sitzungssaal.

Einen dringenden Hilferuf um wirtschaftliche Unterstützung Griechenlands richtete der griechische Gesandte in Washington an Präsident Truman. Ministerpräsident Tsaldaris beabsichtigt selbst im Laufe der nächsten Tagen nach dort zu reisen, um die Beschwerde Griechenlands beim Sicherheitsrat zu vertreten.

Eröffnung des Landtages

Die Beratung der neuen Verfassung von Rheinland-Pfalz

KOBLENZ, 18. November.

Die aus den Abstimmungen der Wahlkörper des Landes Rheinland-Pfalz am Sonntag hervorgegangene Beratende Versammlung wird am Freitag, dem 22. November, 11 Uhr, im Stadttheater Koblenz erstmals zusammentreten.

Der Musentempel, der sich nun zu einem politischen Forum dehnt und seine Wirksamkeit über die ganze Weite des neuen Staates ausdehnen möchte, ist ein schönes und stilvolles Haus. Der glanzvolle Lebensstil seines Erbauers, des Kurfürsten Clemens Wenzeslaus von Trier, der Reichtum eines glücklichen Jahrhunderts haben sich bis auf den heutigen Tag sichtbar erhalten. Selbst die Bomben haben keinen allzu großen Schaden angerichtet. Es war verhältnismäßig leicht, die beschädigte Decke zu erneuern und Schutt und Staub von den weichen blauen Polstern der Sitzreihen zu bürsten und das Theater wieder in den alten guten Stand zu bringen. Über der Bühne prangt noch unversehrt in goldenen Lettern der Spruch der Muse: „Ridendo corrigo mores“, die lächelnd die Welt verbessert. Ein wenig schmerzhaft wirkt der Kontrast der unversehrten Eleganz des Theaters zu den chaotischen Trümmerfeldern der Stadt und die lebensfrohe Devise über der Bühne zu dem elendgrauen Ernst unserer Tage. Aber aus dem Goldgrund der Buchstaben leuchtet doch ein tiefer, weiser Sinn, der auch der mit solchen ernsten Aufgaben betrauten Beratenden Versammlung ein Quäntchen Optimismus empfehlen darf, wenn die hochgehenden Wogen der Debatten das Schifflein der werdenden Demokratie gleich stürmisch in Empfang nehmen sollten.

Zur Eröffnung der Beratungen über die neue Landesverfassung werden Gottesdienste abgehalten, und zwar für Katholiken um 9 Uhr in der St.-Kastor-Kirche, für Protestanten um die gleiche Zeit in der Kapelle des Evangelischen Stiftes in der Kurfürstenstraße.

Die erste Sitzung wird unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten, Kommerzienrat Rautenstrauch, Trier (LP.) stehen. An dieser Eröff-

nungssitzung nehmen Vertreter der Militärregierung, die Mitglieder der Präsidial-Regierungen Koblenz und Neustadt a. d. Haardt, der Regierungen von Koblenz, Trier, Mainz, Montabaur sowie sonstige Vertreter des öffentlichen Lebens aus dem ganzen Lande teil. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Prüfung der Mandate auf Grund der Wahl vom 17. November.

Die Abgeordneten wohnen während der Session, deren Dauer und Beratungspunkte noch nicht feststehen, in Bad Ems. Das Büro der Versammlung wird vom Statistischen Landesamt beim Oberpräsidium in Koblenz verwaltet.

Die Stärke der Parteien

Die Verfassungsgebende Versammlung für Rheinland-Pfalz setzt sich auf Grund der Wahlen, die am Sonntag in Koblenz und in Neustadt an der Haardt durchgeführt wurden, wie folgt zusammen:

CDP	70 Sitze,
SPD	41 Sitze,
KPD	9 Sitze,
Liberale Partei	2 Sitze,
Sozialer Volksbund	5 Sitze.

Innerhalb der einzelnen Wahlkörper waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

1. Rheinland - Hessen - Nassau und Rhein Hessen: a) Landkreise: Wahlberechtigt 576, abgegebene Stimmen 572, CDP. 356 (36 Mandate), SPD. 152 (15 Mandate), KPD. 33 (3 Mandate), LP. 12 (1 Mandat), SV. 19 (2 Mandate);

b) Stadtkreise: Wahlberechtigt 442, abgegebene Stimmen 436, gültig 435 Stimmen, CDP. 224 (12 Mandate), SPD. 159 (8 Mandate), KPD. 38 (2 Mandate), LP. 14 (1 Mandat).

2. Pfalz: a) Landkreise: Wahlberechtigt 309, abgegebene Stimmen 309, CDP. 136 (14 Mandate), SPD. 116 (12 Mandate), KPD. 25 (2 Mandate), Sozialer Volksbund 32 (3 Mandate);

b) Stadtkreise: Wahlberechtigt 328, abgegebene Stimmen 323, gültige Stimmen 319, CDP. 141 (8 Mandate), SPD. 121 (6 Mandate), KPD. 43 (2 Mandate), Sozialer Volksbund 14 (kein Mandat).

dieser unermesslichen Unterernährung, wobei er erklärte, es läge niemals in der Absicht der verantwortlichen Besatzungsbehörden, „eine vor allem auf abstrakten Prinzipien aufgebaute Politik durchzuführen, ohne die Reaktionen und die Wünsche der Bevölkerung dieser Länder dabei berücksichtigen zu wollen“. Wenn er in diesem Zusammenhang von der Niedergeschlagenheit, ja vom Pessimismus der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Kürzung der Brotration sprach, so traf er den Kern- und Auslöschungspunkt der gegenwärtigen Stimmungskrise. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Direktor Half, nahm dazu im einzelnen Stellung.

Die Brotrationen mußten gekürzt werden, weil allein im letzten Vierteljahr 150 000 Tonnen Getreide aus Übersee nicht hereinkommen. Die Schwierigkeiten der Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft, der Streik der amerikanischen Seeleute und Hafentarbeiter sowie das unzureichende Getreideaufkommen der Zone wirkten sich hier aus. Die Kürzung war - trotz gefüllter Scheuern - eine Maßnahme auf weite Sicht, um deren Durchführung auch deutsche Stellen - zum Beispiel das württembergische Staatssekretariat - gebeten hatten. Die durch die Kürzung ausgefallenen 240 Kalorien sollen ausgeglichen werden durch zusätzliche Nahrungsmittel aus dem Lande selbst.

Nachdem die Lage auf dem Zuckermarkt günstig ist und statt 25 000 Tonnen laut Planung 33 000 Tonnen erzielt wurden, die es gestatten, eine Zuckereinfuhr überhaupt wegfällen zu lassen, werden ab November 400 Gramm, ab Dezember 550 Gramm Zucker pro Kopf monatlich ausgegeben. Damit werden 20 Kalorien pro Tag eingeholt. 70 zusätzliche Kalorien sollen durch Kartoffeln ersetzt werden, indem die für ein Jahr zugeteilten Kartoffeln als Ration für 10 Monate angesehen werden. Dieser Ausgleich, der durch Einfuhr aus Frankreich angestrebt wird, wurde nur als ein Anfang in der Verbesserung der Lage ab Dezember 1940 bezeichnet. Vom gleichen Zeitpunkt ab soll eine Erhöhung der Einfuhr von Trockengemüse (Hülsenfrüchte) und Fischen erfolgen. Die 1250 Gramm dieser Nahrungsmittel sollen 142 Kalorien ersetzen, während die Monatsration von 500 Gramm Fischen einen täglichen Kalorienwert von 22 darstellt.

Bis Ende Dezember soll dieses Ersatzprogramm für die gekürzte Brotration verwirklicht sein. Die französischen Stellen legten bei dieser Gelegenheit den größten Wert auf strengste Durchführung der Ablieferung und eine konsequente Bekämpfung des Schwarzhandels. Den deutschen Ernährungsausschüssen kommt dabei eine entscheidende Mitwirkung zu, wobei einer demokratischen

erkennen ließ.

In einer Widerlegung der öffentlichen Kritik erklärte Direktor Half, die Besatzungsgruppen nähmen nur 50 Kalorien pro Tag an Lebensmitteln aus dem Lande in Anspruch. Direktor Arnaud wandte sich dagegen, daß die Franzosen der Zone verantwortlich sein sollen für den unzureichenden

Kohle, Energie,

Die Verteilung von Kohle muß trotz der günstigen Förderung an der Saar, die Anfang November 63 v. H. gegenüber der normalen Förderung (an der Ruhr 45 v. H.) erreichte, die Haushaltungen und weniger wichtigen Wirtschaftsunternehmungen unberücksichtigt lassen. (Eine Sonderregelung ist für Hessen-Pfalz vorgesehen, das für die Kartoffellieferungen an die Saar durch Kohle aus den freiwilligen Überstunden der Saararbeiter entschädigt werden soll.) Das günstige Ergebnis an der Saar wurde durch Erhöhung der Belegschaften (Hinzuziehung von Kriegsgefangenen und Arbeitern aus nicht bevorzugten Industrien), Erhöhung der Tagesration auf 3600 Kalorien, ernährungsmäßige Besserstellung der Familien und der Gruben, zusätzliche Ausgabe von Schuhen, Arbeitskleidern und Ausrüstungsgegenständen erreicht. Die Zuteilung der Kohle an Frankreich stelle nur 6 v. H. des inneren Verbrauchs dar. Die äußerste Kürzung der Energieverteilung bringt große Erschwerung für das Wirtschaftsleben der Zonen, zumal da die Eisenhütten und die Fabrikation von Maschinen und Werkzeugen anzulaufen beginnen. Bis Ende 1946 wird die Industrie der französischen Zone 25 v. H. der Kapazität von 1938 erreicht haben.

Überbrückung der I Amerikanische Korn- und Ka

KÖLN, 18. Nov. (Drahtbericht)

Es wird damit gerechnet, daß binnen 14 Tagen die Krise im Ruhrgebiet dank amerikanischer Unterstützung behoben sein wird. Aus der amerikanischen Zone sind Korn- und Kartoffelladungen ins Ruhrgebiet unterwegs. Der Stadtkommandant von Köln erklärte, es liege kein Grund für eine Panik vor, denn es stünden ihm für die erste Zeit genügend Vorräte zur Verfügung und die Gerüchte bezüglich der Schließung von Restaurants und Werkküchen entbehren jeder Grundlage. Auch in Düsseldorf wurde bekanntgegeben, daß die Vorräte zur Überbrückung der Krise aus-

ER ANZEIGER

ITS-ANNAHME: COMMERZBANK MAINZ. GROSSE BLEICHE NR 35 TELEFON NR 29 RM 1.94 EINSCHL POSTZEITUNGSGEBÜHR ZUZÜGLICH 26 RPF ZUSTELLGEBÜHR

November 1946

Preis 20

Nahrung im Winter

Konferenz in Baden-Baden: Nach der Herabsetzung der Hülsenfrüchten und Fisch. Verteilung von Schuhen an die ung der Vorzensur für die Presse.

zu einer Nachzensur sei der Augenblick an der Presse mehr überlassen könne. Der Verband und der Verleger, die in diesen Tagen seien, würden an der Agentur in der „Südena“, beteiligt. Die Finanzierung der Zeitung solle durch ein Gremium der Be-

rufsorganisationen durchgeführt werden. Abschließend erklärte General Arnaud: Die allgemeine Lage bietet die besten Aussichten auf Besserung. Wir sind politisch in eine neue Phase eingetreten. Das Schicksal der Deutschen ist in den einzelnen Ländern der Zone in ihre eigenen Hände gegeben. Die Franzosen sind nicht hier, um zu nehmen, oder um sich zu rächen, sondern um den Deutschen zu helfen, sich wieder ein menschenwürdiges Leben aufzubauen.

st die Ernährungslage?

der Journalisten

Directeur der Section Einzelheiten für die journalistischen Berufsebenen Säuberungs-Ausschuß soll befragen, zwei Verlegern nicht dem Journalisten gehören dürfen.

probleme

ter der Wirtschaftsminister, erstattete ein über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, gegenübergestellt Ernährung und die-Erzeugung der ernährungswirtschaft sei unzureichend. Nahrungsmitteln werden. Das müsse Mittel-Versorgung in

toffeln aus Frankreich ermöglicht. Ferner solle durch Einfuhr von Trockengemüsen und Fischen die Bevölkerung ab 1. Dezember monatlich erhalten: 1250 Gramm Hülsenfrüchte. Das sind 162 Kalorien mehr pro Tag und 500 g Fisch pro Monat = 23 Kalorien mehr pro Tag. Voraussetzung für eine regelmäßige Versorgung der Bevölkerung sei aber die absolute Zuverlässigkeit der bäuerlichen Bevölkerung in bezug auf ihre unumgängliche und voll zu erfüllende Ablieferungspflicht. Letztlich seien die Bauern verantwortlich für das Wohl und Wehe der Städte. Die deutschen Verwaltungen hätten aufs Peinlichste dafür zu sorgen, daß alle Lebensmittel gerecht verteilt würden. Was die Besatzungsgruppen dem Lande entnahmen belaufe sich nur auf 50 Kalorien pro Tag. Das falle also kaum ins Gewicht.

Die Kohlennot

Direktor Half ging alsdann auf die Energie-Frage ein. Von der Kohle hänge in der Produktions-Wirtschaft alles ab. Am 5. No-

Neue Phase

E. D. Die Erklärungen, die die Vertreter der französischen Militärbehörden den Chefredakteuren der Zeitungen in der französischen Zone, auf ihrer Konferenz in Baden-Baden, gegeben haben, sind von symptomatischer Bedeutung. Wie General Arnaud, der Directeur de l'Information, erklärte, handelt es sich heute um eine neue politische Phase, in die die Bevölkerung der französischen Zone eintrete. Der Zusammentritt der Verfassungsberatenden Versammlungen in den drei Ländern der Zone steht unmittelbar bevor. Damit wird das Geschick des Landes zum größeren Teil in die Hände der deutschen Verwaltung gelegt und die Besatzungsbehörde wird fortan in der Hauptsache mehr und mehr ein Kontrollrecht ausüben. In engem Zusammenhang damit steht die Aufhebung der Vorzensur für die Presse, die dann auch bloß durch eine Art von nachträglicher Kontrolle in dem Rahmen der Gesamteinstellung der französischen Militärbehörden zu der Besatzungszone gehalten wird. Die Presse wird damit diejenige Freiheit erhalten, die sie als Organ der öffentlichen Meinung braucht, um, mitteilend und kritisierend, der Mittler zwischen der Bevölkerung und den regierenden Kreisen zu sein. Die Presse ist fortan vor eine hohe moralische Verantwortung gestellt, und sie wird sich jeden Augenblick dieser ihrer Verpflichtung bewußt bleiben müssen, allein im Interesse des öffentlichen Wohles, im Interesse einer fruchtbringenden, völkerverbindenden Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Besatzungsbehörde zu arbeiten. Wenn diese im gleichen Augenblick auch die Säuberung der Presse in die Hände der journalistischen Berufsorganisation legt, so ist das ein weiterer, hoch anzuerkennender Beweis des Vertrauens, das die Militärbehörde politisch und moralisch der deutschen Presse entgegenbringt.

Aber die neue Phase, von der General Arnaud gesprochen hat, drückt sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich aus. Wir gehen zweifellos einem harten Winter entgegen. Ob er uns eine strenge

NEUER

MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MAINZ, WEIHERGARTEN 5. TELEFON 29 ANZEIGEN UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK MAINZ GROSSE BLEICHE NR 35 TELEFON NR 29
MONATSBEZUGSPREIS: RM 1.75 ZUZUGLICH 25 RPF TRÄGERLOHN DURCH DIE POST RM 1.94 EINSCHL. POSTZEITUNGS- GEBÜHR ZUZUGLICH 25 RPF ZUSTELLGEBÜHR

Nummer 114 M R

Dienstag, 19. November 1946

Preis 2,40 RM

Abschließende Wahl im Rheinisch-Pfälzischen Land

Am Sonntag fanden überall in den Ländern der französischen Zone die Wahlen der Mitglieder zu den Beratenden Versammlungen statt. Die Wahlen verliefen ohne besondere Überraschungen. Im Rhein-Pfälzischen Land steht die CDU mit 70 von insgesamt 127 Sitzen an der Spitze. Es folgen die Sozialdemokratie mit 41, die Kommunistische Partei mit 9, die Liberale Partei mit 2 und der Soziale Volksbund mit 5 Sitzen.

Von den 576 Mitgliedern der Kreisversammlung, die in Koblenz wahlberechtigt waren, haben 572 die Stimme abgegeben. Auf die CDU entfielen dabei 36 Sitze, auf die SP. 15, auf die KP. 3, auf den SV. 2 und die Liberale Partei 1 Sitz. Von den 436 in Koblenz wahlberechtigten Stadträten haben 435 ihre Stimme abgegeben. Es entfielen auf die CDU. 12, auf die SP. 8, auf die KP. 2 und Liberale Partei 1 Sitz. Rheinheßen ist dabei mit 12 Sitzen in der Beratenden Versammlung vertreten.

Von Persönlichkeiten unseres engeren Heimatgebietes wurden aus den Kreisversammlungen folgende Abgeordnete gewählt: Von der CDU, u. a.: Präsidialdirektor Dr. Bieroth, Mainz-Neustadt, Rechtsanwalt Dr. Dahlem, Mainz, Rechtsanwalt Hugo Bros, Worms, Oberstudiendirektor E. A. Lotz, Bingen, Kaufm. Jos. Schlick, Bechtolsheim.

Aus den Stadträten sind von der CDU, u. a. gewählt: Lorenz Diehl, Mainz, Rektor Hans Gahr, Mainz, Amtmann Andr. Roppelt, Worms, und Bürgermeister Schäfer, Bingen.

Die Sozialdemokratische Partei entsendet u. a. folgende Mitglieder: Aus den Kreistagen Regierungspräsident Steffan, Mainz, Schulrat Cronenbold, Worms, und Landwirt Beckenbach, Framersheim; aus den Stadträten u. a. Angestellter Anton Calujek, Mainz, und Bürgermeister Heinrich Völker, Worms.

Von der Kommunistischen Partei wurden durch beide Wahlkörper u. a. gewählt: Redakteur Janecok, Framersheim, Angestellter Konrad Lein, Worms, und Angestellter Paul Baumann, Mainz. Vom Sozialen Volksbund sind Bürgermeister Lehr, Ober-Hilbersheim, und Weinhändler Alfred Steger, Oppenheim, gewählt.

Die Beratende Versammlung wird am kommenden Freitag, dem 22. November, in Koblenz zusammentreten, um die Gültigkeit der Mandate ihrer Mitglieder zu prüfen. Sobald die Versammlung unter dem Vorsitz eines Alterspräsidenten die Mandate von mehr als der Hälfte der Mitglieder für gültig erklärt hat, wird in geheimer Abstimmung auf Grund absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder zur Wahl des Präsidiums geschritten. Die provisorische Regierung ist auf Ersuchen des Präsidiums jederzeit verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und angeforderte Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Beratende Versammlung wird in der Folge am ersten Montag eines jeden Monats zu einer ordentlichen Sitzung zusammentreten, die höchstens eine Woche dauert.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Die Mitglieder der provisorischen Regierung sind berechtigt, den Sitzungen beizuwohnen und müssen von der Versammlung angehört werden. Neben gutachtlichen Aufgaben und der Stellungnahme der Versammlung in finanzpolitischer Hinsicht steht die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, der später einer Volksabstimmung zu unterwerfen ist. Die Auflösung der Versammlung findet kraft Gesetzes in dem Zeitpunkt statt, in dem die Versammlungen der Landesverfassung in Tätigkeit treten.

Da zu den verfassungsgebenden Beschlüssen der Versammlung eine Zweidrittel-Mehrheit, das heißt also 84 2/3 Stimmen erforderlich sind, so ist die CDU.

Infolge des Buß- und Bettages am Mittwoch, dem 20. November, erscheint die nächste Ausgabe des Neuen Mainzer Anzeigers erst am Samstag, 23. November.

allein nicht imstande, ein verfassungsgebendes Gesetz zu beschließen. Sie bedarf dazu noch 15 Stimmen aus den übrigen Parteien. Eine Volksabstimmung wird erst endgültig über die Annahme oder Ablehnung der neuen Verfassung zu entscheiden haben.

Unions-Wünsche abgelehnt
Frankfurt (Dana). Der Präsident der Landesversammlung des französischen besetzten Teils von Baden sprach sich in einem Brief an die Landesversammlung des amerikanisch besetzten Württemberg-Baden gegen einen Zusammenschluß Südbadens mit Nordwürttemberg-Baden aus. Die badische Landesversammlung könne im Interesse der Einheit und Selbständigkeit des badischen Landes diese Unionsbestrebungen nicht anerkennen.

Vorsorge für die Ernährung im Winter

Erklärungen der französischen Militärbehörde vor der Presse-Konferenz in Baden-Baden: Nach der Herabsetzung der Brotration monatlich Zuweisungen von Zucker, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fisch. Verteilung von Schuhen an die arbeitende Bevölkerung. — Aufhebung der Vorzensur für die Presse.

Die Ansprache General Arnauds

In Baden-Baden hatte die Militärbehörde die Chefredakteure der sämtlichen in der französischen Zone erscheinenden Zeitungen zu einer Konferenz berufen. General Arnaud, der Directeur de l'Information, leitete und eröffnete die Konferenz mit einer längeren Ansprache. Der Beginn des zweiten Winters nach dem Kriegsende, sagte er, zeige unter der Bevölkerung eine gewisse niedergeschlagene Stimmung. Das sei auf die verschiedenen Schwierigkeiten, die die kalte Jahreszeit mit sich bringe, und vor allen Dingen auf die zugespitzte Ernährungslage zurückzuführen. Die Deutschen dürften aber nicht vergessen, daß die ganze Welt und vor allem ganz Europa noch lange an den Folge-Erscheinungen des Krieges zu leiden haben werde, die durch die verbrecherische Politik der Nazis über die Welt gebracht worden seien. Die Lage in den anderen Besatzungszonen, sei besonders deprimierend, und die Franzosen seien sich darüber klar, daß das Problem.

Zucker für alle Verbraucher

Auf einen Anruf beim Landesernährungsamt wird uns mitgeteilt, daß die Zucker-Zuteilung für November auf alle Verbraucher, auch auf die Selbstversorger und die Verbraucher in den Landorten, ausgedehnt wird. Erwachsene erhalten 525 Gramm, Kinder höhere Zuteilungen.

der Lebensmittel-Versorgung gerecht und gleichmäßig für alle Einwohner, noch nicht gelöst sei. Bei dieser Gelegenheit möchte er einem Gerücht entgegenreten, als ob der unzureichende Stand der deutschen Lebensmittel-Versorgung darauf zurückzuführen sei, daß die Besatzung auf Kosten des Landes lebe. Das sei nicht der Fall. Den größten Teil der Verpflegung erhalte die Besatzung aus Frankreich selbst. Einzig und allein Fleisch und Fett beziehe sie aus dem Lande selbst.

Der General ging dann auf die Übertragung einer immer größeren Verantwortung auf die deutschen Regierungen der Provinzen ein, insbesondere auf die jetzt ins Leben getretenen Verfassungsberatenden Versammlungen. Dann berührte er die Frage der Entnazifizierung und die Bemühungen, die Nazi-Vermögen zu enteignen. Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen des Generals über die Wiederbelebung des intellektuellen Lebens in der französischen Zone ein, vor allem der Zeitungen, Zeitschriften und des Films. Das sei aus dem freien Antrieb der Militär-Behörden erfolgt, weil es der französischen Tradition entspreche und weil Gedankenfreiheit und Kultur untrennbar von der französischen Mentalität seien. Frankreich denke dabei nicht daran, einen Kultur-Imperialismus auszuüben. Vielmehr vertrete es die Auffassung, daß jedes Volk und jede Provinz ihr eigenes intellektuelles Leben, ihre eigenen Sitten und Gebräuche und ihre eigene Lebensart hätten. Frankreich beabsichtige, diese Volkseigenart zu respektieren und ihr die Müllekeit zu geben, noch stärker zum Ausdruck zu kommen. General Arnaud teilte dann den Entschluß der Militärregierung mit, die der Presse gegenüber bisher ausgeübte Vorzensur auf-

zuheben und lediglich zu einer Nachzensur überzugehen. Denn jetzt sei der Augenblick gekommen, in dem man der Presse mehr Freiheit und Initiative überlassen könne. Der Deutsche Presse-Verband und der Verband der Zeitungsverleger, die in diesen Wochen begründet worden seien, würden an der Nachrichten-Agentur in der französischen Zone, „Süderna“, beteiligt werden. Die Entnazifizierung der Journalisten und Verleger solle durch ein besonderes gemeinsames Gremium der Be-

rufsorganisationen durchgeführt werden. Abschließend erklärte General Arnaud: Die allgemeine Lage bietet die ernstesten Schwierigkeiten, aber auch beste Aussichts auf Besserung. Wir sind durch in eine neue Phase eingetreten. Das Schicksal der Deutschen ist in den eigenen Händen der Zone in ihre eigenen Hände gegeben. Die Franzosen sind nicht hier, um zu nehmen, oder um sich zu rächen, sondern um den Deutschen zu helfen, sich wieder ein menschenwürdiges Leben aufzubauen.

Wie ist die Ernährungslage?

Säuberungs-Ausschuß der Journalisten

Oberst Loure, der Directeur der Section de Presse, teilte die Einzelheiten für die Bildung des den journalistischen Berufsorganisationen aufgegebenen Säuberungs-Ausschusses mit. Dieser Ausschuss soll bestehen aus elf Redakteuren, zwei Verlegern und zwei Juristen, die nicht dem journalistischen Verbands angehören dürfen.

Die zwei Wirtschaftsprobleme

Direktor Half, der Leiter der Wirtschafts-Abteilung im Hauptquartier, erstattete ein großangelegtes Referat über die wirtschaftliche Situation. Dabei konzentrierte er sich auf die beiden großen Schwierigkeiten, denen wir uns heute gegenübergestellt sehen: Der Frage der Ernährung und der Frage der Energie-Erzeugung und Verteilung. Unsere ernährungswirtschaftliche Produktion sei unzureichend. Ein Drittel der notwendigen Nahrungsmittel müsse eingeführt werden. Das müsse man bei der Lebensmittel-Versorgung in Rechnung stellen. Dazu kämen die Transport-schwierigkeiten. General König habe jetzt in weiser Voraussicht die Brotgetreidemengen von dreihundert auf zweihundert Gramm pro Tag der Bevölkerung herabgesetzt. Die Notwendigkeit dazu habe sich ergeben, da die Einfuhr von Getreide aus Amerika immer mehr zurückgegangen sei. Das sei eine Folge der Umstellung der amerikanischen Wirtschaft vom Krieg auf den Frieden, der verschiedenen Streiks und nicht zuletzt der Tatsache gewesen, daß die französische Zone nicht bevorzugt beliefert werde wie einige andere Länder in Europa. In der britischen Zone sei die Ernährungslage besonders schwierig. Im Ruhrgebiet zum Beispiel erhalten die Bewohner zweihundert Kalorien weniger als die Südwürttembergers in der französischen Zone. In der Düsseldorf-Gegend bekämen sie nur tausend Kalorien. Die Herabsetzung der Brotration in der französischen Zone solle, in bezug auf die Kalorien-Menge ausgeglichen werden. Die günstige Lage auf dem Zuckermarkt, nach einer Ernte von 33 000 Tonnen gegenüber einer Schätzung von 25 000 Tonnen, gestalte es, fortan regelmäßig 550 Gramm Zucker pro Kopf und Monat zu geben. Das mache ein Aufholen von 20 Kalorien pro Tag aus. Das der Bevölkerung zugestandene Kartoffel-Quantum für ein ganzes Jahr, also für zwölf Monate, soll nur für zehn Monate gelten, so daß sich dadurch die Tagesration auf siebzig Kalorien mehr erhöhe. Diese Verbesserung der Kartoffel-Versorgung werde zu einem Teil durch die Einfuhr von Kar-

toffeln aus Frankreich ermöglicht. Ferner solle durch Einfuhr von Trockengemüsen und Fischen die Bevölkerung ab 1. Dezember monatlich erhalten: 1250 Gramm Hülsenfrüchte, das sind 162 Kalorien mehr pro Tag und 500 g Fisch pro Monat = 23 Kalorien mehr pro Tag. Voraussetzung für eine regelmäßige Versorgung der Bevölkerung sei aber die absolute Zuverlässigkeit der bäuerlichen Bevölkerung in bezug auf ihre unumgängliche und voll zu erfüllende Ablieferungspflicht. Letztlich seien die Bauern verantwortlich für das Wohl und Wehe der Städter. Die deutschen Verwaltungen hätten auf die Pflicht dafür zu sorgen, daß alle Lebensmittel gerecht verteilt würden. Was die Besatzungstruppen dem Lande entnehmen beläufte sich nur auf 50 Kalorien pro Tag. Das falle also kaum ins Gewicht.

Die Kohlennot

Direktor Half ging alsdann auf die Energie-Frage ein. Von der Kohle hänge in der Produktions-Wirtschaft alles ab. Am 5. November seien an der Saar Rekordziffern erreicht worden. An jenem Tage habe man 30 500 Tonnen Kohle gefördert, das seien 63 Prozent der normalen Vorkriegsförderung. An der Ruhr habe man es bisher nur auf 45 Prozent gebracht. Wie in der Ernährung habe auch in der Kohlen-Versorgung unter den gegebenen Umständen eine Beschränkung der Verteilung zu erfolgen. Bis Ende 1946 werde die Industrie in ihrer Produktion auf 25 Prozent Vorkriegstätigkeit von 1938 gekommen sein. Voraussetzung für die industrielle Tätigkeit sei auch eine Berücksichtigung der Arbeiterschaft in bezug auf Kleidung und Schuhe. Im Oktober seien 45 694 Paar Arbeitsschuhe mit Ledersohlen an deutsche Arbeiter verteilt worden. Desgleichen 19 904 Paar Schuhe mit Holzsohlen. Auf ausdrücklichen Wunsch des französischen Ministers für die Besatzungszonen sollen demnächst weitere hunderttausend Paar Schuhe mit Leder oder Gummi zur Verteilung kommen. Darüber hinaus werden hunderttausend Paar Straßenschuhe mit Holzsohlen zur Verteilung freigegeben. Dazu bedeutende Mengen von Schuhen an Landwirte, aber nur insoweit als diese ihrer Ablieferungspflicht völlig nachkämen. Auch Textilwaren sollen nach Möglichkeit verteilt werden. Zum Schluß erklärte Direktor Half, daß in der allernächsten Zeit die nationalsozialistischen Betriebe, auch die Aktien-Gesellschaften, bei der Entnazifizierung in die Hände von Genossenschaften übergehen würden. In Kürze würden entsprechende Anweisungen an die Ministerpräsidenten ergehen.

Englands Verständnis für Moskaus Wünsche

Vor einer Klärung im Streit um das Vetorecht — Ein Hoffnungsstrahl

New York. (Dana). Im Politischen Ausschuss der Vereinten Nationen erklärte Noël Baker am Sonnabend, Großbritannien halte am Grundsatz der Einstimmigkeit unter den fünf Großmächten im Sicherheitsrat fest. Es wünsche keine Änderung der Veto-Bestimmungen in der Charta der Vereinten Nationen. Zwar seien gegen die Charta gewichtige Einwände gemacht worden. Für Großbritannien sei jedoch entscheidend, daß die Sowjetunion keine Änderungen wünsche. Es wäre unklug, einfach über die Wünsche der Sowjetunion hinwegzugehen. Einstimmigkeit jedoch bedeute nicht einen Freibrief für jede Großmacht, selbst in den unwichtigsten Angelegenheiten Beschlüsse des Sicherheitsrates zu verhindern.

Ok. Es sieht so aus, als stehe die europäische und die Weltpolitik vor einer erfreulichen Wendung. Die oben gemeldete Nachricht von dem Entgegenkommen, das England gegenüber Rußland in der Frage des Veto-Rechts zeigt, deutet ebenso darauf hin wie die an anderer Stelle veröffentlichte Äußerung des französischen Kommunistenführers Thorez über die Bereitwilligkeit seiner Partei zu einem Bündnis mit England. Die Tat-

sache, daß die französischen Kommunisten nach den Wahlen Frankreichs die stärkste Partei sind und damit den Anspruch auf die Führung des kommenden Kabinetts erheben können, läßt diese Äußerung über den Charakter einer privaten Mitteilung hinauswachsen.

Aber Thorez hat noch eine andere Bemerkung gemacht, die sich in auffälliger Weise mit einer Feststellung Stalins deckt. Er erklärte, daß es auch andere Wege zum Sozialismus geben könne als den, den man in Rußland seinerzeit eingeschlagen habe. Stalin hatte bekanntlich im September in einem Interview festgestellt, es sei durchaus möglich, daß es Kommunismus nur in einem Lande gebe und vor allem in einem Lande von der Art Rußlands. Diese auf den ersten Blick mehr innenpolitisch erscheinenden Feststellungen haben in der jetzigen Situation Europas und der Welt auch ihre außenpolitische Bedeutung. Noch wichtiger aber waren Stalins Aussprüche, die von einer akuten Kriegsgefahr weit abrückten und so zur einen gewissen Optimismus erkennen ließen.

Der Silberstreifen am weltpolitischen Horizont sind noch mehr aufzuzählen.

Stalin hat seinerzeit die von Amerika gewünschte Aufklärung über die Stärke der sowjetischen Truppen in der Welt offen gegeben. Molotow hat in New York erklärt, daß eine Einigung über die Abrüstung möglich sei, da der Standpunkt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion darüber auf einen Nenner gebracht werden könnten. Hinzu kommen die neuerlich gemeldeten Fortschritte, die bei den Beratungen der Außenminister in New York über das heiß umstrittene Problem von Triest erzielt wurden. Getreide aus Rußland wird zur Zeit in den Häfen der deutschen Westzonen ausgeladen. Man darf dies, wie auch den Entwurf der SED, für eine spätere Verfassung der kommenden deutschen Republik durchaus in diesem Rahmen erwähnen.

So scheinen sich die anfangs so heftig widerstreitenden Fronten der Weltpolitik langsam einander zu nähern. Übertriebener Optimismus wäre natürlich verfehlt. Aber immerhin sehen die Dinge, verfolgt man sie im großen Zusammenhang mit der entsprechenden Aufmerksamkeit, doch nicht mehr so unlösbar, wie sie noch auf dem Pariser Friedenskongreß aussahen.

Neue Phase

E. D. Die Erklärungen, die die Vertreter der französischen Militärbehörden den Chefredakteuren der Zeitungen in der französischen Zone, auf ihrer Konferenz in Baden-Baden, gegeben haben, sind von symptomatischer Bedeutung. Wie General Arnaud, der Directeur de l'Information, erklärte, handelt es sich heute um eine neue politische Phase, in die die Bevölkerung der französischen Zone eintritt. Der Zusammentritt der Verfassungsberatenden Versammlungen in den drei Ländern der Zone steht unmittelbar bevor. Damit wird das Geschick des Landes zum größeren Teil in die Hände der deutschen Verwaltung gelegt und die Besatzungsbehörde wird fortan in der Hauptsache mehr und mehr ein Kontrollrecht ausüben. In engem Zusammenhang damit steht die Aufhebung der Vorzensur für die Presse, die dann auch bloß durch eine Art von nachträglicher Kontrolle in dem Rahmen der Gesamt-einstellung der französischen Militärbehörden zu der Besatzungszone gehalten wird. Die Presse wird damit diejenige Freiheit erhalten, die sie als Organ der öffentlichen Meinung braucht, um, mittelend und kritisierend, der Mittler zwischen der Bevölkerung und den regierenden Kreisen zu sein. Die Presse ist fortan vor eine hohe moralische Verantwortung gestellt, und sie wird sich jeden Augenblick dieser ihrer Verpflichtung bewußt bleiben müssen, allein im Interesse des öffentlichen Wohles, im Interesse einer fruchtbringenden, völkerverbindenden Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Besatzungsbehörde zu arbeiten. Wenn diese im gleichen Augenblick auch die Säuberung der Presse in die Hände der journalistischen Berufsorganisation legt, so ist das ein weiterer, hoch anzuerkennender Beweis des Vertrauens, das die Militärbehörde politisch und moralisch der deutschen Presse entgegenbringt.

Aber die neue Phase, von der General Arnaud gesprochen hat, drückt sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich aus. Wir gehen zweifellos einem harten Winter entgegen. Ob er uns eine strenge Kälte bringen wird, wissen wir nicht. Das gehört zu den Gegebenheiten der Natur, mit denen der Mensch sich schicksalsmäßig abfinden muß. Was wir aber wissen, ist die Tatsache, daß die Ernährung und die Kohlenversorgung noch unzureichender zu werden drohen, wenn nicht peinlichste Ablieferung und gerechteste Verteilung der vorhandenen Vorräte erfolgen. Die von weiser Vorsorge vorgenommene Kürzung der Brotationen wird durch eine erhöhte Zuteilung von Zucker, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fischen einigermaßen ausgeglichen werden. Ein Teil dieser zusätzlichen Leistungen wird nur durch eine vermehrte Einfuhr aus Frankreich ermöglicht werden. Wenn man die Ernährungsverhältnisse der anderen deutschen Zonen zum Vergleich heranziehen wollte, müßte man gerechterweise feststellen, daß, angesichts der allgemeinen schwierigen Lebensmittellage in Europa, die französische Zone keineswegs am schlechtesten abschneidet.

Die neue Phase, deren Tor sich jetzt zu Beginn des Winters für uns öffnet, bringt neue Verantwortung für jeden einzelnen mit sich. Nur ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das jeden schädlichen Egoismus ablehnt, kann uns über die schwere, kommende Zeit hinwegbringen. Wenn wir den Engpaß dieses Winters durchschritten haben werden, wird es wieder aufwärtsgehen. Aussichten zur Besserung sind, trotz des verhängten Himmels, bereits heute bemerkbar.

Saarkohle für die Städte

Neustadt (Rhena). Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Militärregierung und den pfälzischen Bergleuten an der Saar, die in freiwilligen Ueberstunden zur Erhöhung der Kohlenproduktion beitragen soll, wird die an Sonntagen geförderte Kohlenmenge an die Bevölkerung Rheinheßens und der Pfalz verteilt.

Im Laufe dieses Winters kommen 14 000 Tonnen zur Verteilung, 2 500 Tonnen werden monatlich an die Zivilbevölkerung der Pfalz, 1 000 Tonnen an Krankenhäuser usw. zur Verteilung kommen. Besonders berücksichtigt werden die Familien. Es erhalten Haushalte von 2-3 Personen 100 kg, Haushalte von 4-5 Personen 150 kg und Haushalte von mehr als 5 Personen 200 kg Kohle.

Folgender Verteilungsplan ist vorgesehen: Mainz: 1250 Tonnen, davon 520 Tonnen an Haushalte.

Ludwigshafen: 650 Tonnen, davon 340 Tonnen an Haushalte.

Worms: 600 Tonnen, davon 520 Tonnen an Haushalte.

Neustadt: 600 Tonnen, davon 190 Tonnen an Haushalte.

Kaiserslautern: 200 Tonnen, davon 100 Tonnen an Haushalte.

Pirmasens: 200 Tonnen, davon 125 Tonnen an Haushalte.

Andere Städte wie Frankenthal, Niebstein, Oppenheim mit mehr als 5 000 Einwohnern, die weit von Waldern abliegen, erhalten ebenfalls eine Zuteilung.

NEUER

MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MAINZ, WEIHERGARTEN 5, TELEFON 29. ANZEIGEN- UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 35, TELEFON NR. 29
MONATSBEZUGSPREIS: RM 1,75 ZUZÜGLICH 25 RPF TRÄGERLOHN. DURCH DIE POST RM 1,94 EINSCHL. POSTZEITUNGS- UND ZUSTELLGEBÜHR. ZUZÜGLICH 25 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

Nummer 112 M R

Donnerstag, 14. November 1946

Preis 20 Pfg.

Verfassungsberatung

Von besonderer Seite erhalten wir die folgenden Ausführungen zu den bevorstehenden Beratungen der verfassunggebenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz. Wir geben sie als sehr beachtenswert wieder, ohne uns in allen Einzelheiten mit ihnen zu identifizieren. Die Redaktion.

Auch das Land Rheinland-Pfalz wird demnächst eine Verfassung haben. Die verfassunggebende Landesversammlung, die am 17. November gewählt wird, ist damit beauftragt, sie auszuarbeiten und dem Volksentscheid zu unterbreiten. Es ist interessant, das Hln und Her der Verfassungsberatungen in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern zu verfolgen und noch interessanter, sie mit den politischen Vorgängen von 1919 in Vergleich zu setzen. Auch damals ist ja versucht worden, das Reich föderativ von unten her aufzubauen. In allen Ländern tagten verfassunggebende Nationalversammlungen; sie behandelten in wochenlangen Debatten die Grundrechte der Bürger, die sogenannten Menschenrechte, die sozialen Rechte und Pflichten, das Verhältnis von Staat und Kirche, Frziehung und Schulen sowie die verwaltungsrechtliche Gestaltung der Länder. Darüber spannte sich dann später die Weimarer Reichsverfassung, die Teile dieser Länderarbeiten in sich aufnahm und von ihren Schöpfern und Trägern als die beste und vorbildliche Verfassung der Welt gepriesen und jeweils am Verfassungstag so gefeiert wurde. Und doch, was ist aus dieser deutschen Demokratie geworden? Sie mündete in die entsetzlichste Diktatur, die die Weltgeschichte je gesehen hat, und was besonders tragisch und paradox ist, die Demokratie ging sogar „legal“ in diese Diktatur über! Die schönsten Formulierungen der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte und Pflichten verhinderten nicht die größte Wirtschaftskrise und das größte Massenelend, als deren Folge die ungeheure soziale Verzweiflung schließlich zur Nazi-Diktatur geführt hat.

Das alles muß man wissen und bedenken, um den richtigen Maßstab für die Aufgaben der Gegenwart zu finden, den richtigen Abstand, die richtige Wertung, um wirklich praktische, positive und fruchtbare Dauerarbeit zu leisten. Man hat den Eindruck, daß die Verfassungsentwürfe der Länder alle über einen Leisten geschlagen sind, man findet kaum grundlegend neue Ideen, die vorliegenden Berichte zeigen oft wörtlich eine genaue Wiederholung dessen, was 1919 beraten, beschlossen und niedergeschrieben wurde. Man hat, je mehr man in diese Dinge hineinsteigt, den Eindruck, daß die Parteien und ihre Abgeordneten der Meinung sind, daß man einfach wieder da anfangen und weitermachen könne, wo man 1933 aufgehört hat, ja, daß es durchaus genüge, die alten Verfassungen von 1919 in etwas vermehrt und verbesserter Auflage wieder herauszubringen, dann gehe alles andere von selbst. Schließlich sind ja doch auch die Parteien zum großen Teil nur neue Auflagen dessen, was einmal war, ob verbesserte, wird sich erst zeigen müssen. Ein scharfer Beobachter unserer Tage formuliert das so:

„Man findet tatsächlich gelegentlich Vertreter dieser Ansicht: Man hole die alten Verfassungsurkunden aus der Schublade hervor, staube sie ab, ergänze sie noch ein bißchen im Sinne der Atlantic-Charta, dann sieht das Ding wieder wie neu aus; Deutschland ist dann wieder eine Republik, wir sind Republikaner, und alles ist in schönster Ordnung, höchstens daß die schöne Welt draußen uns diese vollkommene Bekehrung nicht glauben will!“

Daher muß es die vordringliche Grundforderung sein: bevor man an die Schaffung neuer Verfassungsgrundlagen herangeht, muß man sich darüber klar sein, daß die demokratische Politik nach 1918 auch an falschen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Konstruktionen gescheitert ist; man muß aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und den Mut haben, gewisse Dinge radikal zu ändern, radikal anders zu machen, um die Zukunft der Demokratie zu sichern. Die Fehler werden nicht dadurch beseitigt, daß man schöne, idealistische Forderungen formuliert, die man dann doch irgendwelchen faulen parteipolitischen Kompromissen opfert, sondern nur durch verantwortungsbewußte und wohlüberlegte Arbeit an der Gestaltung und Sicherung einer gut funktionierenden, echt demokratischen Gesetzgebung und Verwaltung, unabhängig von parteipolitischen Programmen und propagandistischen Schlagworten.

Darüber wird, an dieser Stelle, das Nötige gesagt werden.

Die Militärregierung der französischen Besatzungszone Deutschlands hat eine bestimmte Anzahl von amerikanischen Organisationsstellen, die mit der Entgegennahme und Verteilung der amerikanischen Hilfslieferungen für die deutsche Bevölkerung in der französischen Besatzungszone beauftragt sind.

Churchills mahnende Stimme

Thronrede und außenpolitische Debatte vor dem Unterhaus

London (Rheina). — Anlässlich der feierlichen Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode des Parlaments hielt König Georg VI. die traditionelle Thronrede. Besondere Vorsichtsmaßnahmen waren zum Schutz des Königs und der Königin und anderen bedeutenden Persönlichkeiten getroffen worden. Der König bestätigte in seiner Thronrede unter anderem die Einführung der Militär-Dienstpflicht in Großbritannien. Weiterhin erklärte er: er hoffe, daß in naher Zukunft von Großbritannien ein Vertrag mit Oesterreich geschlossen werde, der es ermögliche, alle Besatzungstruppen aus diesem Lande abzuziehen. An einer anderen Stelle der Thronrede bemerkte Georg VI., daß Englands Minister binnen kurzem, mit den Vertretern der Vereinigten Staaten, Rußlands und Frankreichs zusammentreffen würden, um die Frage der Zukunft Deutschlands zu prüfen. Das Ziel sei, in Deutschland Verhältnisse zu schaffen, durch welche die Entwicklung einer echten Demokratie ermöglicht werde. Der König kündigte außerdem die Nationalisierung des Transportwesens und der Elektrizität sowie ein neues Gesetz zum Schutze der britischen Landwirtschaft an.

Winston Churchill zur Lage

Winston Churchill, Leiter der Opposition, sprach als erster nach der Thronrede des Königs. Er sagte unter anderem, die Weltlage habe sich nicht gebessert, obwohl man dem Lande versprochen habe, die sozialistische Regierung werde ihr Bestes tun. Insbesondere hätten sich die Beziehungen zur Sowjetunion ständig verschlechtert. Die Stärke der britischen und amerikanischen Streitkräfte in Europa sei vermindert worden, erklärte Winston Churchill. Demgegenüber habe die Sowjetunion ihre Streitkräfte in Europa auf Kriegsstärke gehalten. Die Sowjetunion beherrsche nunmehr über ein Drittel des europäischen Bodens. Die Grenze der Sowjetunion sei die Elbe, und es sei unmöglich, vorauszusagen, was für eine Zukunft und was für einem Schicksal Frankreich entgegengehe.

Churchill wandte sich dann der Palästinafrage zu und ging darauf auf die Organisation der Vereinten Nationen ein. Die UN habe bis jetzt nicht die Hoffnungen erfüllt, erklärte Churchill. Sie bleibe aber trotzdem ein erster Rückhalt, und er stimme daher völlig mit der Regierung in ihrer loyalen und vertrauensvollen Unterstützung dieser Einrichtung überein, deren Herrschaft und Aufstieg der ernstliche Wunsch des überwiegenden Teiles der Menschheit sei. Um die niederdrückenden Tatsachen zu erkennen, brauche man nicht Regierender zu sein, die Schwierigkeiten seien enorm gewesen, und der britische Einfluß im Ausland sei seit dem Kriege sehr zurückgegangen.

Nach dem Potsdamer Abkommen

Nach anerkennenden und für die derzeitige Regierung verständnisvollen Worten sagte der Premier, die Konservative Partei könne natürlich nicht die Verantwortung für das Potsdamer Abkommen trage

stünde man Problemen gegenüber, die gegenwärtig von den Siegern ungelöst seien. Engländer und Amerikaner regierten und verwalteten ihre Zonen weiter mit außergewöhnlichen und fast untragbaren Kosten, bei gleichzeitig wachsender Unzufriedenheit der Deutschen. Man habe nach England nichts berichtet, und er wolle nicht zu erörtern versuchen, was in der sowjetischen Zone geschehe. Sie seien sich indessen alle darüber einig, daß der richtige Weg der ist, die Deutschen dahin zu bringen, sobald wie möglich ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, sowie ihnen alle mögliche Hilfe zu geben, aber dabei gleichzeitig jegliche Wiederaufrüstung zu verhindern.

Bis jetzt hätte man nichts von irgendwelchen Voraussagen für die Form des Friedensvertrages mit Deutschland gehört, fuhr Churchill fort, doch sei es sicher dringlich, Frieden mit Deutschland zu schließen. Es müsse Schluß gemacht werden mit Rache und Vergeltung, erklärte er. Man habe ihm gesagt, daß Deutschland bestraft werden müsse. Es scheine, daß die Strafe für lange Zeit fortgesetzt werden solle. Sie hätte 1943 begonnen und sei in den Jahren 1944 und 1945 mit den schrecklichsten Bombenangriffen auf die deutschen Städte fortgesetzt worden, als die allgemeine Erschöpfung unter dem Nazi-Regime den letzten Rest von Kraft aus der deutschen Rasse und Nation herausgezogen hätte.

Rücksicht auf den kleinen Mann

Der Nürnberger Prozeß sei nun beendet, sagte Churchill, und die schuldigen Führer des Nazi-Regimes seien von den Erben hingerichtet worden. Man habe den Deutschen erklärt, daß Tausende noch vor Gericht gestellt werden müßten und daß große Kategorien von Deutschen wegen ihrer Verbindung mit dem Nazi-Regime möglicherweise als schuldig anzusehen seien. Er aber sei der Meinung, daß man auf den einfachen Mann eine gewisse Rücksicht nehmen müsse, nicht jeder sei ein Pastor Niemöller oder ein Märtyrer. Wenn der einfache Mann einmal hierhin und einmal dorthin getrieben werde, sich die grausame Hand von Tyrannen und Diktatoren auf ihn lege und er einem ruchlosen System von Vorschriften unterworfen werde, welche durch geheime Überwachung und andere Formen der Grausamkeit zwangsweise durchgeführt werden, dann gebe es eine große Zahl von Menschen, die unterliegen würden. Er danke daher Gott, daß England nicht die Prüfungen hätte durchmachen müssen, die vielen Völkern Europas auferlegt wurden.

Premierminister Attlee, der sofort nach Churchills Rede das Wort ergriff, sprach über die Welt ernährungsfrage, die Weltsicherheit und die Palästina-Frage.



König Georg VI. APP. D114

gen, da diese Angelegenheit ihm gerade im wichtigsten Stadium der Besprechungen aus den Händen gekommen sei. Es sei gewiß, daß die Potsdamer Besprechungen, gleich von wem sie geführt worden seien, manches schwerwiegende Vermächtnis für die Zukunft Europas hinterlassen haben würden. Nichtsdestoweniger bliebe die Tatsache bestehen, daß 18 Monate nach der Kapitulation Deutschlands und mehr als ein Jahr nach der Kapitulation Japans und trotz der sicheren und hilfreichen Haltung der Vereinigten Staaten die Welt noch immer im Dunkel, in der Angst und in Verwirrung schwebte. Keine entscheidende Verbesserung sei zu verzeichnen, außer daß durch die Barmherzigkeit Gottes die Kanonen ihr Feuer eingestellt hätten.

Die Zonen-Politik

Churchill wandte sich dann der deutschen Frage zu. Siebzug oder achtzig Millionen Männer und Frauen einer alten, befähigten und furchtbar tüchtigen Rasse würden in zerrüttem und verhungertem Zustand im Herzen Europas leben. Damit

Abrüstung und deutsche Frage an erster Stelle

Die politischen Verhandlungen der Vollversammlung der UN und des Rates der Außenminister

New York (Rheina). Aus den politischen Verhandlungen einerseits der UN, andererseits der vier Außenminister heben sich zwei Themen vor allem heraus: Erstens sprach Molotow von einer Annäherung zwischen der amerikanischen und sowjetischen Auffassung über die Abrüstung. Und zweitens führte der englische Außenminister Bevin Verhandlungen, die darauf hindeuten, daß die deutsche Problem an erster Stelle steht.

„Brutaler Realismus“

Die erwähnte Erklärung Molotows wurde auf einem Empfang bekannt, den der Verband der Auslandspresse in New York veranstaltete und die vier Außenminister besuchten. Byrnes sprach als erster und betonte erneut, daß die amerikanischen Wahlen keine Aenderung der Außenpolitik bedeuteten. Bevin begrüßte „den brutalen Realismus“, wie er sich ausdrückte, der bei der Behandlung der großen Fragen in Gebrauch sei, denn zur Sicherung des Friedens müsse man schon große Anstrengungen machen und den Völkern die ganze Wahrheit sagen. Natürlich brauche man Zeit, um eine Atmosphäre völliger Eintracht zu schaffen.

Amerikanisch-russische Annäherung?

Dann sprach Molotow. Da die amerikanische Delegation dem sowjetischen Abrüstungsvorschlag schon entgegengekommen wäre, sei nun die sowjetische Delegation ihrerseits bereit, den amerikanischen Vorschlägen näherzutreten. Schon könne man erkennen, daß die Vorschläge der Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten. Molotow gab der Hoffnung Aus-

druck, daß noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Vereinten Nationen das Problem einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen besprochen werden könnte. Das Rüstungswettrennen, das jetzt begonnen habe, müsse beendet werden. Ein einziger

Kommunisten voran	
Letzte französische Wahlergebnisse	
Paris (Rheina). Im Innenministerium wird erklärt, daß die bisher bekannt gewordenen Wahlergebnisse 603 Sitze umfassen, die sich wie folgt verteilen:	
Kommunistische Partei und nahestehende: 186 Sitze (Gewinn 38).	
Sozialisten und Alierier: 104 Sitze (Verlust 16).	
Zusammenschluß der Linksparteien: 63 Sitze (Gewinn 22).	
Die Republikanische Volksbewegung: 163 Sitze (Gewinn 5).	
Gemäßigte Republikanische Freiheitspartei: 82 Sitze (Gewinn 20).	
Verschiedene: 5 Sitze.	

Plan unter direkter Führung der Vereinten Nationen sei notwendig.

Um die Behandlung der deutschen Frage

Eine lange Unterhaltung, die Bevin in seinen Privaträumen mit den britischen Vertretern beim Alliierten Kontrollrat in Berlin führte, gibt zu der Annahme Anlaß, daß das deutsche Problem mit be-

sonderer Vordringlichkeit von den vier Außenministern behandelt werden wird. Andererseits nahm die französische Delegation zu gewissen Gerüchten Stellung, in denen davon gesprochen worden sei, Frankreich habe die Absicht, den Viererrat zu einer Vertagung der deutschen Frage zu bewegen. Die betreffenden französischen Kreise stellten dazu ausdrücklich fest, daß die grundsätzlichen Fragen, die Deutschland betreffen, niemals auf der Tagesordnung der Viererkonferenz gestanden hätten. Die französische Regierung habe nur darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, sich auf der Konferenz nur auf eine vorläufige Prüfung der deutschen Frage zu beschränken, wie es auch ursprünglich vorgesehen gewesen sei. Auf diese Art könne festgelegt werden, wie man später das eigentliche deutsche Problem endgültig angehen wolle.

Bisherige Bilanz der „Vier“

Eine Gesamtbilanz der Entscheidungen, die von den vier Außenministern in den ersten sechs Tagen seit ihrem Zusammentritt in New York getroffen worden sind, ergibt, daß man 65 Empfehlungen des Pariser Friedenskongresses geprüft, sechs davon angenommen, fünf an die stellvertretenden Außenminister verwiesen und eine zurückgezogen hat. Sämtliche den Osten betreffende 53 übrigen Fragen mußten vertagt werden, da man keine Einigung erzielen konnte. Bevin gab dazu im Anschluß an die Behandlung verschiedener mit Finnland, Ungarn, Rumänien, Griechenland und Bulgarien zusammenhängender Fragen eine gewisse Kritik, indem er ironisch erklärte, „der Rat der Außenminister solle wenigstens gelegentlich die von dem Pariser Friedenskongreß gemachten Empfehlungen in Betracht ziehen“.

Das Baustoff-Problem

Von Oberbaurat Petzold

Mainz ist zur Hauptstadt des neuen Landes Rheln-Pfalz erklärt worden. Große Bauvorhaben, die mit der Verlegung der zentralen Regierungen nach Mainz im Zusammenhang stehen, müssen gelöst werden. Hierdurch ist der Wiederaufbau von Mainz in ein akutes Stadium getreten. Dejenigen, die mit diesen Fragen in den letzten Wochen näher zu tun hatten, wissen, welche zahlreichen Probleme mit dem Wiederaufbau zusammenhängen.

Zunächst die städtebauliche Planung. Sie ist insofern kompliziert, als sich die Planung des Wirtschaftsgebietes Mainz auf die rechtsrheinischen Vororte erstrecken muß, dort aber zurzeit noch nicht verwirklicht werden kann, da diese Vororte noch in der amerikanischen Zone liegen.

Die kommenden Bauaufgaben sind so umfangreich und groß, daß sie mit den in Mainz vorhandenen Arbeitskräften nicht bewerkstelligt werden können. Es müssen also zusätzliche Arbeitskräfte nach Mainz kommen. Für diese Arbeitskräfte muß für Unterkunft, Ernährung, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät gesorgt werden.

Bei einer so zerstörten Stadt wie Mainz bildet jede dieser einzelnen Fragen besondere Schwierigkeiten und bedarf zu ihrer Lösung ungeheurer Kraftanstrengungen. Je tiefer man in die einzelnen Probleme hineinsteigt, um so mehr erkennt man ihre Verflechtung mit Fragen, die nur generell geklärt werden können, und zwar nur bei höheren Stellen, sei es der Militärregierung in Baden-Baden, sei es beim Kontrollrat in Berlin. Die örtliche Situation zwingt uns allerdings zum sofortigen Handeln, ehe die allgemein gültigen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Wir müssen uns deshalb mit vorübergehenden Lösungen begnügen, die eine spätere Regelung mit Rücksicht auf eine allgemeine Gesetzgebung (z. B. der Kriegsschäden) offen lassen.

Abgesehen von den Problemen, die in erster Linie den Finanzmann, den Juristen und den Wirtschaftler interessieren, bleiben genügend Probleme der reinen Bauwirtschaft übrig, deren Lösung im engeren Sinne den Baufachmann angeht. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß es letzten Endes noch leichter ist, fehlende Arbeitskräfte zusammenzustellen, als Bau-Material zu bekommen. Die Universität und das 1000-Wohnungs-Programm konnten noch mit Deblodge-Schellen gebaut werden, das heißt mit den Materialien, die „noch“ zu haben waren. Das Wörtchen „noch“ ist in diesem Zusammenhang sehr bedeutungsvoll, es weist nämlich darauf hin, daß viele dieser Materialien Restbestände waren, und daß die eigentliche Produktion noch nicht genügend ange laufen ist.

Der Baufachmann unterscheidet Baustoffe, die für den Rohbau notwendig sind, und solche, die für den Innenausbau benötigt werden. Die Rohbaustoffe vertragen wegen ihres hohen Gewichtes und verhältnismäßig geringen Preises keine allzu weiten Transportwege. Wenn auch in einzelnen Fällen heute noch über eine gewisse Rentabilität hinweggesehen wird, so dürfen doch bei Baumaßnahmen größeren Umfanges, wie sie in Mainz vorliegen, wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden. Denn alles Unwirtschaftliche hat etwas Ungesundes an sich und ist eines Tages zum Absterben oder zur Ablösung verurteilt.

In der Zeitung werden unter der Schlagzeile „Großstadt der Zukunft“ Pläne zum Wiederaufbau Berlins entwickelt. Es werden dort die ersten Vollkunststoff-Häuser der Welt propagiert, deren Modelle aus dem für Hausbau-Zwecke erstmalig verwendeten Kunststoff „Igelit“ hergestellt sind. Selbst auf die Gefahr hin als rückständig angesehen zu werden, kann ich mir doch nicht vorstellen, daß unsere Stadt ohne Sand, Kies, Zement und Kalk, ohne Backsteine und Dachziegel aufgebaut wird. Es gilt also, diese natürlichen Baustoffe zu gewinnen, und zwar in möglichst Nähe ihres Verwendungszweckes.

Die Voraussetzungen für den Wiederaufbau sind in jeder Stadt anders gelagert. Deshalb kann nicht ohne weiteres von einer anderen Stadt übernommen werden, was dort richtig und gut ist. Für Mainz liegen die Verhältnisse ziemlich günstig. Kies und Sand werden aus dem Rhein gewonnen. Große Zementwerke liegen im Wirtschaftsbezirk der Stadt. Vor den Toren der Stadt liegen drei Ziegeleien mit einer ausreichenden Kapazität zur Produktion von Backsteinen. Die Ziegelei in Bodenheim könnte für Deckensteine und zur Dachziegel-Produktion eingesetzt werden. Auch stillliegende Kalkwerke in der Nähe müßten wieder in Betrieb kommen. Insbesondere müssen die Ziegeleien auch so ausgebaut werden, daß sie nicht wie bisher nur Sommerbetriebe sind, sondern daß sie ganzjährig hindurch produzieren können. Voraussetzung dieser Maßnahmen ist zu-

NEUER

MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MAINZ, WEIHERGARTEN 6. TELEFON 29. ANZEIGEN UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 38 TELEFON NR. 29. MONATSBEZUGSFREIS: RM 1.75 ZUZUGLICH 25 RPF. TRÄGERLOHN DURCH DIE POST RM 1.94 EINSCHL. POSTZEITUNGS- UND ZUSTELLGEBÜHR ZUZUGLICH 26 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

Nummer 100 M R

Dienstag, 15. Oktober 1946

Preis 20 Pfg.

Kreistagswahlen in zwei Zonen

CDU absolute Mehrheit in der französischen Zone, eine relative in der Pfalz und in Rheinhausen. — Die CDU führend in der britischen Zone, danach die Sozialdemokratie

Die Wahlen

Vor einem Monat fanden die ersten Gemeindewahlen nach dem Kriege in der französischen Besatzungszone statt. Gestern folgten die Wahlen zu den Kreisversammlungen. Jene waren von lokaler Bedeutung. Diese gaben, über das Regionale hinaus, das Sprungbrett für die kommende verfassungsberatende Versammlung in den einzelnen Ländern, die wie Rheinland-Pfalz bereits errichtet oder wie Baden und Württemberg in den Geburtswehen sind. Insofern haben die gestrigen Wahlen eine besondere, eine ausgesprochene politische Bedeutung gehabt. Aus den Reihen der Kreisversammlungen und der Gemeinderäte sollen, nach ihrem Zusammenritt, die Abgeordneten für das Parlament gewählt werden, das die Verfassung auszuarbeiten und dann einem Volksentscheid zu unterwerfen hat. Es war also alle Ursache für die Wähler, sich so zahlreich wie möglich an der Wahl zu beteiligen und so ihren Willen kundzugeben. Aber weit gefehlt. Ein erheblicher Teil blieb der Wahlurne einfach fern. Durchschnittlich erheblich über zwanzig Prozent. Mancherorts war die Zahl der Abwesenden erheblich höher. Bis zu vierzig Prozent sogar. Was sind die Gründe dafür? Was können sie sein? Bei den Gemeindewahlen ging es um lokale Interessen, vor allem um den Bürgermeister und die Beigeordneten. Das lag jedem unmittelbar am Herzen, und so liefen sie denn hin und gaben zu annähernd siebenundachtzig Prozent ihre Stimme ab. Diesmal fehlte dieser lokale Reiz. Dieses Unmittelbar-interessiert-sein. Diesmal sollte man dagegen einen ersten, einen vorsichtigen Ausflug in die eigentliche Politik unternehmen. Da sackte, für dieses Fernabliegende, das Interesse ab. Gleich um zehn Prozent. Das bestätigt die Erfahrung, die man auch in der amerikanischen Zone nach den ersten Gemeinderatswahlen gemacht hat. Das strahlende herbstliche Sonnenwetter und nicht zuletzt die Weinlese, die in vollem Gange ist, haben die Wähler zweifellos vom Wahlakt abgelenkt. Vor allem scheint es, die Frauen. Es wird also noch großer politischer Erziehungsarbeit bedürfen, um jedermann, wer es auch sei, zum Bewußtsein zu bringen, daß in der Demokratie das Wahlrecht eine Wahlpflicht ist, staatsbürgerliche Pflicht eines jeden gegenüber sich und seiner Familie, gegenüber seiner Gemeinde und seinem ganzen Lande. Man spürt es ja noch in allen Gliedern, was während zwölf furchtbaren Jahren selbst politisches Abseitsstehen für verheerende Wirkungen bis ins letzte Glied jeder Familie haben konnte. Wer nicht wählt und damit seinen politischen Willen in die Waagschale wirft, begibt sich auch des moralischen Rechtes, zu meckern, zu rasonieren oder zu schimpfen, wenn die Politik nicht die Wege einschlägt, die ihm genehm sind. Wer am Straßenrande stehen bleibt und nicht in den haltenden Omnibus einsteigt, darf sich nicht wundern, wenn er nicht beizeiten ans Ziel kommt und alles verpaßt.

Der Ausfall der Wahl? Das Gesamtbild hat sich gegenüber den Gemeindewahlen nicht wesentlich verschoben. Nur die Freien Listen, die es diesmal nicht gab, haben sich aufgelöst, und ihre Wähler haben sich auseinanderflatternd auf die verschiedenen Parteien verteilt. Da sie immerhin mehr als sechshunderttausend Stimmen auf sich vereinigt hatten, so ergab sich das überraschende Schauspiel, daß alle Parteien, trotz der erheblich geringeren Wahlbeteiligung, höhere Stimmziffern aufzuweisen hatten. Die CDU hat auch diesmal, vielleicht noch deutlicher, eine absolute Mehrheit errungen, wenn man die Gesamtziffern der ganzen französischen Besatzungszone in Rechnung stellt. Gliedert man sie in die einzelnen Provinzen oder Bezirke, dann sind es lediglich Rheinhausen und die Rheinpfalz, wo die CDU, nur eine relative Mehrheit mit rund fünfundvierzig Prozent errungen hat. Mit anderen Worten: In der französischen Südzone der Besatzung wird die CDU in den verfassungsberatenden Parlamenten unbestrittener Herr sein, ohne eine Koalition eingehen zu müssen, um eine ausreichende Mehrheit zu haben. In der Nordzone wird das nicht ganz der Fall sein, da die schmale absolute Mehrheit in der Provinz Rheinland nicht ausreicht, um das aufzuholen, was ihr in Rheinhausen und in der Rheinpfalz an den fünfzig Prozent und darüber für die notwendige absolute Mehrheit fehlt. Hier wird also im kommenden Parlament

Die Wahlergebnisse / in der französischen Zone

Mainz (Eigener Bericht). Die Wahlbeteiligung betrug 77,8 Prozent in der ganzen französischen Zone. Im einzelnen schwankten die Beteiligungsziffern zwischen sechzig und achtzig Prozent. Bei den Gemeindewahlen am 15. September war eine Wahlbeteiligung von 86,7 Prozent erreicht worden.

Von 2710 047 Wahlberechtigten gaben 2 097 858 also 77,8 Prozent, ihre Stimme ab. Die Parteien haben insgesamt erhöhte Stimmziffern erhalten. Nur ländermäßig hatte die CDU, in der Pfalz und in Baden geringe Verluste.

Die Stimme der Kommunisten stiegen von 142 926 Stimmen bei den Gemeindewahlen auf jetzt 161 561.

Bei den Sozialdemokraten verbesserte sich das Ergebnis von 469 052 Stimmen auf 527 349.

Die CDU konnte einen Gewinn buchen, der sich im Anwachsen ihrer Stimmen von 1 069 561 Stimmen auf 1 159 864 Stimmen ausdrückt.

Auch die Demokraten konnten Gewinne erzielen. Sie erhielten bei den Gemeindewahlen 71 864, jetzt aber 137 911 Stimmen.

Der in einigen Städten der Pfalz und

Rheinland-Hessen-Nassau beheimatete Soziale Volksbund verbesserte sich von 13 949 Stimmen auf 57 789.

Es klingt auf den ersten Blick etwas seltsam, daß bei schwächerer Wahlbeteiligung durchweg Stimmengewinne der Parteien eingetreten sind. Das Rätsel löst sich durch die einfache Überlegung, daß bei den Kreisversammlungen die vielen unabhängigen Listen und Splittergruppen fehlten, die mehr als 600 000 Stimmen bei den Gemeindewahlen auf sich vereinigt hatten. Stimmen also, die am Sonntag trotz der geringeren Wahlbeteiligung ein ausreichendes Reservoir zur Verteilung auf die großen Parteien darstellten.

Die britische Zone

Das vorläufige Ergebnis der Kreistagswahlen

Table with 2 columns: Party Name and Stimmen. Includes Christianlich-Demokratische Union, Sozialdemokraten, Kommunisten, etc.

Rheinland-Hessen-Nassau

Table with 2 columns: Party Name and Stimmen. Includes CDU, SP, KP, SV, DVP.

Hessen-Pfalz

Table with 2 columns: Party Name and Sitze. Includes CDU, SP, KP, SV, LP.

Südwürttemberg

Table with 2 columns: Party Name and Sitze. Includes CDU, SP, KP, Verschiedene.

Südbaden (Gesamtergebnis)

Table with 2 columns: Party Name and Sitze. Includes Zu wählende Kreisversammlungsmitglieder, Wahlberechtigter, etc.

Der französische Volksentscheid

Paris (Rheina). Der Volksentscheid über die französische Verfassung endete mit der Annahme des neuen Entwurfes. Bei Redaktionsschluß lagen folgende Ziffern vor: 9 109 00 Ja-Stimmen, 8 046 000 Wähler stimmten mit nein. 7 1/2 Millionen Wähler enthielten sich der Abstimmung.

Einzelheiten siehe Seite 2.

Ergebnisse der Kreistagswahlen in Rheinhausen

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP, KP, SV, LPR.

Stadt und Landkreis Mainz

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP, KP, SV, LPR.

Gültige Stimmen 24 774, Ungültige Stimmen 1 116

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP, KP, SV, LPR.

Landkreis Alzey

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP, KP, SV, LPR.

Stadt und Landkreis Worms

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP.

Stadt und Landkreis Bingen

Table with 2 columns: Party Name and Percentage. Includes CDU, SP.

Eine Koalition erforderlich sein. Von den kleineren Parteien konnten die Demokraten ihre Stimmen nahezu verdoppeln. Der Soziale Volksbund errang einen Achtungserfolg. Alles in allem: Die gestrigen Wahlen haben die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen bestätigt. Durch den Fortfall der vielen kleinen Freien Listen sind die Umrisse klarer und schärfer geworden. Die parteipolitische Struktur der französischen Besatzungszone steht jetzt fest. Man kennt nunmehr die parteipolitischen Faktoren und ihre Größenverhältnisse zueinander und kann endlich, nach eineinhalb Jahren der dämmerigen Ungewißheit, Politik auf weitere Sicht treiben. Daß durch mehr oder weniger willkürliche Streichungen fast alle Spitzenkandidaten in Rheinhausen ausfielen und dadurch die Namenlosen am Ende der Liste unerwartet gewählt wurden, sei lächelnd nur am Rande vermerkt. Aber das hat nicht nur eine heitere, sondern auch eine sehr ernste Seite für die Gestaltung des neuen Staatswesens.

Regierungsbezirk Rheinhausen

Rheinland-Hessen-Nassau unterstellt. Baden-Baden (Rheina). Eine Verordnung der französischen Militärregierung verfügt, daß vom heutigen Tage ab die zivile Verwaltung des Regierungsbezirks Rheinhausen der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau unterstellt wird. Gleichzeitig tritt eine entsprechende Umgruppierung in der Organisation der Militärregierung in Kraft.

Keine Wahlen im Saargebiet

Im Saargebiet fanden keine Kreistagswahlen statt, da sie im letzten Augenblick auf einen späteren Termin verschoben wurden. Ueber die Gründe der Verschiebung wurde bislang noch nichts bekanntgegeben.

Die „beratende Versammlung“

Baden-Baden (Rheina). Die französische Militärregierung hat eine Verordnung über die Bildung der „Beratenden Versammlung“ für das Rhein-Pfälzische Land, für Baden und Württemberg bekanntgegeben. Die Versammlung für „Rheinpfalz“ setzt sich aus 127 Mitgliedern zusammen, die in geheimer Abstimmung auf Grund der Verhältniswahl von vier verschiedenen Wahlkörperschaften gewählt werden. Die erste Wählergruppe besteht aus Mitgliedern der Kreisversammlungen des Rheinlandes, von Hessen-Nassau und von Rheinhausen. Sie wählt 57 Vertreter für die beratende Versammlung. Die zweite Wahlkörperschaft setzt sich zusammen aus den Mitgliedern der Kreisversammlungen der Pfalz und wählt 31 Vertreter. Als dritte Wählergruppe entsenden die Mitglieder der Gemeindeversammlungen der Städte mit mehr als 7000 Einwohnern aus Rheinland, Hessen-Nassau und Rheinhausen 23 Vertreter in die Beratende Versammlung. Endlich bilden die Gemeindeversammlungen der entsprechenden Städte der Pfalz die vierte Wählergruppe und wählen 16 Vertreter. Wahlvorschläge dürfen nur von den zugelassenen politischen Parteien eingebracht werden. Die Wahlkörperschaften treten am 17. November d. Jrs. zusammen und zwar die erste und zweite in Koblenz, die dritte und vierte in

Neustadt. Am 22. November beginnt dann die Tagung der Beratenden Versammlung

Amerikaner bauen türkische Flugplätze

Istanbul. (Rheina). Wie die türkische Zeitung „Ulus“ meldet werden an verschiedenen Stellen der Türkei unter der Leitung amerikanischer Fachleute neue Flugplätze angelegt. Die Durchführung dieser Arbeiten erfolgt auf Grund einer Vereinbarung zwischen zwei amerikanischen Baufirmen und der türkischen Delegation, die kürzlich die Vereinigten Staaten besuchte.

USA-Flottenbasis Neapel

Neapel. (Rheina). Der amerikanische Generalstab ersuchte das italienische Marineministerium, ihm für eine gewisse Zeit einen Teil des Hafens von Neapel zu überlassen, der ihm als Stützpunkt für die amerikanische Flotte dienen soll. Die Handelskammer von Neapel hat dagegen bei der italienischen Regierung wegen der zu befürchtenden wirtschaftlichen Nachteile protestiert.

Kulturpolitik und Kolchosen

Hefige Kritik von Radio Moskau. Moskau. (Rheina). Radio Moskau hat neue und heftige Angriffe gegen gewisse Partei-Organen und bestimmte Ministerien gerichtet, denen vorgeworfen wird, sie hätten erwiesenermaßen eine unverzeihliche Nachlässigkeit gegenüber der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse des durch Kolchosen bewirtschafteten Landes gezeigt, und sie hätten es nicht verstanden, die Intellektuellen um sich zu versammeln und die Initiative der Jugend für die kulturelle Tätigkeit auf dem Lande sinnvoll

auszuwerten. Vor allem gegen den Minister für Filmwesen, Bolschakow, gegen Verbindungsminister Sergeitschuk und andere Persönlichkeiten der kulturellen Institutionen richtet sich ein strenger Tadel, weil sie die Verwendung so wichtiger Propagandamittel wie Film, Rundfunk, Theater usw. bei der ländlichen Bevölkerung vernachlässigt hätten. Schließlich wurde in der erwähnten Rundfunksendung die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen noch auf die Notwendigkeit gelenkt, um die bäuerliche Bevölkerung im kommunistischen Geist zu erziehen, damit ein für allemal die letzten Spuren kapitalistischer und bürgerlicher Vorurteile ausgelöscht würden.

Unruhen in Korea

Amerika verstärkt seine Besatzung. Schanghai. (Rheina). Aus den sowjetischen Kreisen von Schanghai erfährt man, daß im Anschluß an die in der amerikanischen Zone in Korea ausgebrochenen Unruhen die Grenze zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Zone Koreas entlang dem 38. Breitengrad gesperrt und die russischen Grenzposten verstärkt worden sind.

Aus der gleichen Quelle verlautet, daß die Eisenbahnverbindungen infolge des Streiks der koreanischen Eisenbahner in der amerikanischen Zone völlig lahm liegen. Lediglich von amerikanischem Personal bediente Militärzüge verkehren zwischen Seoul und Fusan. Es heißt außerdem, die Post- und Telegrafenanstalten beider Zonen, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Nach amtlich nicht bestätigten Meldungen sollen die amerikanischen Truppen aus Japan Verstärkungen erhalten haben.



Oberliga mit hohen Torziffern

Eindeutige Siege von Kaiserslautern, „05“ und Neuendorf

Schon am zweiten Kampftag der Oberliga in der Nordzone des französisch besetzten Gebietes ist es zu einer interessanten Klärung der Kräfteverhältnisse gekommen.

Kaiserslautern erzielte in Trier 7:0, womit bewiesen wurde, daß die Moselländer am Vorsonntag in Idar wirklich nur zufällig siegten.

Table with 3 columns: Team, Spiele, Tore, Punkte. Lists results for Kaiserslautern, Wormatia, Phönix, Neuendorf, etc.

Idar hielt sich wacker

Und verlor in Mainz doch 0:5

B.G. - An einem trübem Wintertag der letzten Spielzeit unterlag „05“ auf dem kleinen Platz an der Unteren Zahlbacher Straße gegen den 1. FC. Idar 2:3.

Mit schönem Selbstbewußtsein auftretend, er kämpfte sich am Sonntag vor mehr als 6000 Zuschauern „05“ durch Treffer von Murta und Lipponer schnell eine 2:0-Führung an.

Die „Verteidiger“ Berg und W. Heinz, der bewährte Mittelläufer Crummenauer und die Flügelstürmer Becker und Fickus waren in der sympathischen Mannschaft Idars die besten Kräfte.

Die Mannzern traten mit dem Waldhöfer Günderoth auf, halblinks und Barth als Rechtsaußen an. Günderoth-Murta bildeten den besseren Flügel.

Neuendorf gewann zweistellig

Ein 10:0 gegen Gonsenheim

—nn. In seiner gegenwärtigen Verfassung hatte Gonsenheim im Koblenzer Vorrat Neuendorf nicht viel zu erhoffen. Die Lage für die Mannzern Vorstädter trübe sich sogar noch durch die Ersatzstellungen, zu denen Erkrankungen und andere Umstände zwangen.

Noch ein schwacher Neuling

SG. Pirmasens unterlag Andernach 0:3

H. Vom ersten Oberliga-Spiel wurden in Andernach 2000 Besucher enttäuscht. Der von Pirmasens gezeigte Fußball reichte bei weitem nicht an die Vorstellungen heran, die man hier vom pfälzischen Fußball hat.

Besseres gesehen hat, war die rheinische Mannschaft doch in beiden Halbzeiten klar überlegen. Schlußpech verhinderte eine höhere Torquote.

Dicht vor einer Ueberraschung

Wormatia Bingen nur 2:1

Ha. Wie am ersten Oktobersonntag in Kaiserslautern, so stand man diesmal in Worms dicht vor einer Sensation. Hattia Bingen schien anfänglich im Strom der Wormser Angriffe unterzugehen, aber in der letzten Viertelstunde war Bingen einem Punktgewinn näher als Wormatia.

Bei Bingen war der Tormann, bei Wormatia Selbst überraschend. Die Deckung arbeitete auf beiden Seiten gut. Wormatias Angriffsschwung wurde durch die schwache Form von Bardorf und Kuhn gelähmt.

Ständebach (Bad Ems) war ein guter Schiedsrichter, doch muß man fragen, ob zu solchen Spielen Schiedsrichter gestellt werden müssen, die nicht an einem Tag hin- und zurückreisen können.

Oberliga „Süd“ überrascht

Phönix schlug VfB

In der süddeutschen Oberliga kam am Sonntag eine stattliche Zahl unerwarteter Ergebnisse zusammen. Die größte Überraschung wurde aus Karlsruhe mit dem 2:0-Sieg des Außenseiters „Phönix“ über den süddeutschen Meister VfB Stuttgart gemeldet.

Licht und Schatten

bei den Mainzer Boxkämpfen

-Zd.- Der Berufsboxsport ist in Mainz auf dem Wege dem Boden wieder zu verlieren, den er sich durch erfolgreiche Aufbauarbeit erobert hatte.

Zu der ersten Hallenveranstaltung erschienen Samstagabend im Viehof nur 1500 Zuschauer. Sie sahen Kämpfe mit Licht und Schatten. Neben sportlich wertvollen Kämpfen gab es auch weniger Gutes.

Einen guten Kampf zeigten die Altmeister Imhof und Mittel. Der etwas schnellere Mittel kam zu einem knappen Punktsieg. Sehr knapp, und wohl auch in erster Linie durch eine Verwarnung seines Gegners beeinflusst, war auch der Punktsieg von Luhrmann über Göttschmann (Zellaheim).

Der Reingewinn der Veranstaltung floß dem Roten Kreuz und seinem Hilfswerk zu. Auch die Boxer opferden dem guten Zweck, indem sie sich mit einer Auslagen-erstattung begnügten.

Etwas zu reichlich mußte allerdings Fritz Best opfern, dem ein wertvoller Lederkoffer mit Boxschuhen, Bademantel, Boxhandschuhen und Schallplatten gestohlen wurde.

Wahl-Resultate in den rheinhessischen Landgemeinden

Table with columns: Wahlberechtig., Abgegeb. Stimmen, Gültige Stimmen, Ungültige, CDU, SP., KP., SV., LPR. Lists results for Worms Stadt, Worms Land, Alzey Stadt, Alzey Land.

Table with columns: Wahlberechtig., Abgegeb. Stimmen, Gültige Stimmen, Ungültige, CDU, SP., KP., SV., LPR. Lists results for Alzey Stadt, Alzey Land, Bingen Stadt, Bingen Land.

Table with columns: Wahlberechtig., Abgegeb. Stimmen, Gültige Stimmen, Ungültige, CDU, SP., KP., SV., LPR. Lists results for Bingen Stadt, Bingen Land.

Klare Entscheidung in Rheinland-Pfalz

Stimmengewinn aller Parteien bei Rückgang der Wahlbeteiligung — Absolute Mehrheit der CDP Splitterparteien: Kommunisten, Liberale und Sozialer Volksdienst

Die politische Struktur unseres Landes war nach der Gemeinderatswahl vom 13. September in ihren Umrisen zwar deutlich erkennbar. Sie ließ jedoch durch den Anfall einer größeren Stimmzahl auf unpolitische Listen dem Ungläubigen noch einige Möglichkeiten zu abweichenden, seinen Wünschen sich beugenden Deutungen offen.

Das Ergebnis der Wahl zur Kreisversammlung hat nunmehr auch die letzte Unklarheit beseitigt. Die vorliegenden Ergebnisse stellen das politische Bekenntnis der Bevölkerung dar. Sie dienen darum nicht nur als Grundlage für die Verteilung der Sitze in der Kreisversammlung, sondern auch in der nun sehr bald zusammentretenden Verfassungsgebenden Landesversammlung. Diese doppelte Verwendung des gleichen Wahlergebnisses erspart der Bevölkerung einen neuen Wahlgang.

Die Wahlbeteiligung hätte aus diesem Grunde durchaus höher sein können. Sie bleibt für die ganze Zone gesehen um rund 9 v. H. hinter den am 15. September abgegebenen Stimmen zurück. Rheinland-Hessen-Nassau liegt hierbei allerdings noch mit 2,7 v. H. über dem Zonendurchschnitt.

Die Parteien haben sämtlich vom Wegfall der freien Listen profitiert. Dieser natürliche Zuwachs hat sie vor einem Stimmenverlust als Folge der geringeren Wahlbeteiligung bewahrt. So bietet erst der prozentuale Stimmenanteil die Möglichkeit, ihre Gewinne richtig auszuwerten. Danach ist der Anteil der Christlich-Demokratischen Partei in Rheinland-Hessen-Nassau von 49,9 v. H. auf 65,7 v. H., also um 15,8 v. H. gestiegen. Die CDP hat mit dieser Zunahme nicht allein in diesem Gebiet, sondern auch im Lande Rheinland-Pfalz eine absolute Mehrheit gewonnen.

Die Sozialdemokratische Partei kann einen Zuwachs von 8,3 v. H. verzeichnen und kam von 17,4 v. H. auf 25,7 v. H. Die Kommunistische Partei erreichte 5,2 v. H. gegenüber 3,8

v. H. am 15. September. Der Gewinn von 1,4 v. H. läßt in Anbetracht der enormen Propaganda der KPD die Frage auftauchen, wer eigentlich einer so ausgesprochenen Splitterpartei die Mittel für ihre Propaganda zur Verfügung stellt. Als zweite Splitterpartei trat die Liberale Partei zum ersten Male in Erscheinung. Sie erreichte 3,4 v. H. Bei der Kürze der Zeit, die ihr vom Datum ihrer Gründung bis zum Wahltag für den Aufbau ihrer Organisation zur Verfügung stand, verrät dieses Ergebnis das Vorhandensein eines sicheren, wenn auch kleinen Stammes von Wählern.

Für das ganze Land Rheinland-Pfalz ergibt sich bei einer Wahlbeteiligung von 78,3 Prozent folgende Rangordnung der Parteien: Die CDP führt mit 53,8 Prozent. In einem Abstand von über 20 Prozent folgt die SP mit 30,7 Prozent der gültigen Stimmen. Die KP erreicht nur 8,2 Prozent. Der Sozialer Volksdienst, der in Hessen-Pfalz als fünfte Partei unseres Landes existiert, brachte es auf 4,9 Prozent. Den Schluß bildet die Liberale Partei mit 2,4 Prozent.

Der Wahlkampf verlief ruhig. Der Besuch der Wahlversammlungen war sehr unterschiedlich und ließ durchweg zu wünschen übrig. Presse und Rundfunk standen allen Parteien genau wie im ersten Wahlkampf zur Verfügung. Nachdem die Stärkeverhältnisse der Parteien nunmehr festliegen, ist zu erwarten, daß ihre propagandistischen Möglichkeiten in eine vernünftige Beziehung zu ihrer Stimmzahl gebracht werden.

Bei den Plakat-Aufrufen fiel die CDP mit zwei Texten auf, die sich direkt an die Rheinländer richteten und die föderalistische Idee zum ersten Mal im Wahlkampf agitatorisch verwandten. Nachdem es sich faktisch um die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung handelte, ist es verwunderlich, daß die CDP das Bekenntnis zu diesem Lande als einzige Partei in ihre Propaganda einbezog. Der föderalistische Gedanke

hat sich unterdessen in einer Weise durchgesetzt, daß die Bevölkerung von jeder Partei eine klare Stellungnahme erwartet.

Ergebnisse aus der Südzone

BADEN-BADEN (Stadt): Wahlber. 19 678, abg. St. 11 296, Ung. St. 279, KPD, 614, SPD, 1959, CDU, 6012, LDP, 2432. Wahlbeteiligung: 57,3 Prozent (15. September 84 Prozent).

RASTATT: KPD, 3154, SPD, 8102, CDU, 25 634. OFFENBURG (Landkreis): Wahlber. 42 232, abg. St. 29 570, gült. St. 28 356, KPD, 2066, SPD, 3500, CDU, 19 512, DP, 3278.

FREIBURG (Stadt): Wahlber. 58 609, abg. St. 39 867, gült. St. 38 308, KPD, 3481, SPD, 8280, CDU, 19 964, LDP, 6583.

NEUSTADT (Baden): Wahlber. 19 267, abg. St. 14 780, gült. St. 14 359, KPD, 745, SPD, 2085, CDU, 9489, DP, 2040.

KEHL (Baden): Abg. St. 14 901, gült. St. 14 368, KPD, 1335, SPD, 3113, CDU, 5956, DP, 3964.

LÖRRACH: Abg. St. 34 718 (66,7 Proz.), gült. St. 33 667, KPD, 4286, SPD, 8765, CDU, 13 543, DP, 7073.

KONSTANZ (Stadt): Wahlber. 23 978, abg. St. 15 650, gült. St. 15 473, KPD, 1268, SPD, 2365, CDU, 8936, LDP, 2554.

ROTTENBURG: Wahlber. 4513, abg. St. 3010, KPD, 343, SPD, 306, CDU, 2085, DVP, 164.

FREUDENSTADT: Wahlber. 26 315, abg. St. 16 716, KPD, 1175, SPD, 6292, CDU, 8718.

TUTTILINGEN: Wahlber. 33 829, Abg. St. 25 009, KPD, 1709, SPD, 7098, CDU, 9100, LDP, 3525.

SIGMARINGEN: Wahlber. 20 255, abg. St. 13 919, KPD, 511, SPD, 1700, CDU, 10 925, LDP, 4

TÜBINGEN: Wahlber. 47 466, abg. St. 27 196, KPD, 3194, SPD, 5404, CDU, 13 760, LDP, 4264.

RAVENSBURG: Wahlber. 43 516, abg. St. 32 403, KPD, 1653, SPD, 3025, CDU, 28 228, DVP, 3990.

LINDAU: Wahlber. 27 302, abg. St. 18 754, gült. St. 18 276, KPD, 934, SPD, 2801, CDU, 13 007.

WAHLKREIS ROTTWEIL: Wahlber. 55 425, abg. St. 37 657, KPD, 2943, SPD, 8018, LDP, 6506, CDU, 19 466.

WAHLKREIS ÜBERLINGEN: Wahlber. 25 126, abg. St. 15 724, gült. St. 15 318, KPD, 867, SPD, 1957, CDU, 2051, CDP, 10 446.

WAHLKREIS SIGMARINGEN: Abg. St. 20 255, gült. St. 13 915, KPD, 511, SPD, 1700, CDU, 10 925, LDP, 488.

WAHLKREIS DONAUESCHINGEN: Abg. Stimmen 16 991, gült. St. 16 820, KPD, 1161, SPD, 2422, CDU, 10 321, LDP, 2524.

Die Verwaltung des Saargebiets

SAARBRÜCKEN, 14. Okt. Im Saargebiet hat ein mit den Aufgaben des Regierungspräsidiums beauftragter Ausschuss seine Tätigkeit aufgenommen. Diese neue provisorische Verwaltung des Saarlandes besteht aus sieben Politikern verschiedener Richtungen, 3 CDP, 7 SPD, 1 KPD, und 1 Frei Liste. Generalsekretär ist Ministerialdirektor Karl Kuchenbecker. Die übrigen Mitglieder, Direktoren genannt, sind: Erwin Müller, Justizwesen; Georg Schulte, Innenres; Christian Grommes, Finanzen; Heinrich Danzenbink, Wirtschaft; Robert Neusang, Landwirtschaft und Ernährung; Emil Strauß, Erziehungswesen.

In den drei Ländern der amerikanischen Besatzungszone ist der Termin für den Volkstagswahl über die neue Verfassung und die Landtagswahlen auf Sonntag, den 17. November, festgesetzt worden.

Das Ergebnis der Abstimmung in Rheinland-Hessen-Nassau

Kreis	Stimmrechtigt		abg. Stimmen		gültige Stimmen		ungült. Stimmen		CDP.			SPD.			KPD.			LPD.			Sonstige	
	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.	Stimm.	Stimm.	Sitze	Stimm.	Stimm.	Sitze	Stimm.	Stimm.	Sitze	Stimm.	Stimm.	Sitze		
Aarweiler		38 759	33 759	31 950	31 518	30 043	2 221	1 907	21 574	23 944	19	2 799	4 032	3	917	1 198		889			6 228	
Altenkirchen	54 681	51 582	47 297	44 409	44 031	41 296	3 266	3 106	17 015	23 475	16	11 161	15 877	11	1 838	1 944					12 317	
Birkenfeld	47 169	46 483	40 711	36 522	38 787	34 379	1 924	2 143	9 389	14 061	10	11 159	13 654	10	2 988	3 289	2	3 375	2		15 251	
Kochern	3 272	23 576	20 59	19 407	18 328	17 775	1 731	1 632	10 835	15 544	7	528	1 898	1	103	524	1				6 364	
Koblenz-Land	14 731		31 059		28 941		2 118		16 822			7 172		1 970							2 977	
Koblenz-Stadt	31 914	66 756	27 497	54 249	25 997	50 965	1 500	3 284	15 117	31 203	20	8 508	15 476	10	2 372	4 051	2					
Kreuznach	33 021	61 140	53 482	45 264	50 481	42 367	3 001	2 607	22 441	25 940	19	9 450	13 601	9	2 380	2 730	1				12 210	
Mayen	58 576	58 767	51 108	49 184	47 750	45 970	3 358	3 209	25 301	31 756	20	8 063	11 838	7	2 203	2 376	1				18 213	
Neuwied	68 117	68 124	59 211	55 071	54 642	51 054	4 569	4 014	27 068	29 533	18	16 170	18 571	11	3 278	2 950	1				8 126	
St. Goar	26 098	25 542	22 554	20 987	21 099	19 675	1 455	1 130	11 238	14 593	14	2 537	3 446	3	349	626	1	1 010	1		6 975	
Simmern	21 754	21 628	18 662	17 626	17 845	16 722	817	903	7 193	10 314	12	1 138	2 582	3	126	434	1	3 398	3		9 388	
Zell	20 129	20 027	18 132	17 608	16 571	15 515	1 561	2 093	8 595	12 337	15	1 154	2 756	3	151	422	1				6 671	
Diez	28 250	28 208	23 341	20 389	21 759	18 535	1 582	1 854	4 970	7 810	9	6 715	8 979	10	361	682	7	1 064	1		9 713	
Montabaur	37 610	37 649	33 065	30 467	30 761	27 878	2 304	2 539	17 340	18 501	16	2 785	6 233	5	1 160	2 096	1	1 048			9 476	
St. Goarshausen	29 238	29 025	24 277	21 680	22 985	20 007	1 192	1 673	8 358	11 676	11	4 700	7 204	7	959	1 127	4				8 968	
Westerburg	33 926	38 852	28 896	26 209	26 837	23 516	2 059	2 693	9 750	14 823	13	2 329	7 262	6	274	931	2				13 984	
Bornkastel	29 523	28 110	25 040	22 968	22 703	20 821	2 337	2 355	6 500	13 926	14	891	2 020	4	750	571	1	4 110	2		15 262	
Bitburg	27 877	27 802	22 949	21 377	20 800	19 432	2 149	1 950	9 967	15 405	16	1 330	2 866	3	196	593	709				9 307	
Daun	20 977	20 980	18 106	17 510	16 237	15 777	1 869	1 733	12 697	13 487	16	1 794	1 927	2	363	2					7 746	
Prüm	25 102	20 384	16 590	16 011	15 558	15 191	1 032	820	14 413	13 478	16	2 232	1 092	1	229	587					6 84	
Trier-Land	41 775	76 934	37 057	61 881	31 903	56 854	5 154	5 027	15 569	18 089	24	3 022	12 554	8	996	3 007	4 047	2			9 549	
Trier-Stadt	34 917		31 356		29 644		1 712		15 569			9 206		1 742		3 007		4 047	2		3 127	
Wittlich	27 227	26 990	22 195	21 343	19 205	19 234	2 990	2 109	13 548	232 700	17	740	1 722	1	316	771	652				4 601	
Regierungsbezirk																						
Koblenz	188 234	485 410	423 511	392 259	395 990	365 762	27 521	26 235	191 588	232 700	180	79 837	103 530		18 475	20 604	9	8 647	6		105 090	
Montabaur	129 74	133 734	109 479	98 745	102 342	89 936	7 137	8 759	40 418	52 810	49	27 029	30 178	28	2 754	4 836	2	2 112	1		42 141	
Trier	207 398	201 200	173 293	161 090	156 050	147 109	17 243	13 994	91 030	395 141	103	16 215	22 181	19	3 529	5 892	4	9 518	4		45 276	
Rheinland / Hessen-Nassau	824 706	820 344	706 283	652 094	654 382	602 807	51 901	48 988	324 036	395 141	332	113 081	155 889		24 758	31 332		20 277	11		192 507	

Die Wahlbeteiligung in Rheinland-Hessen-Nassau beträgt 79,3 v. H. Die CDP hat 65,7 v. H. aller Stimmen erreicht. Auf die SPD. entfallen 25,7 v. H., die KPD, 5,2 v. H., die LP, 3,4 v. H.

Die Wahlresultate im Gebiet Rheinhessen-Pfalz

Kreis	Zahl d. Wahlberecht.	Zahl d. abgeg. Stimm.	Zahl d. gültigen Stimm.	erhaltene Stimmen																		
				CDU			SPD.			KPD.			LP.			Soz. Volksd.			Splitter			
				15. 9.	13. 10.	Sitze	15. 9.	13. 10.	Sitze	15. 9.	13. 10.	Sitze	13. 10.	Sitze	15. 9.	13. 10.	Sitze					
Ludwigshafen-Stadt	64 537	50 739	48 844	18 029	16 065	11	24 129	21 854	16	9 434	8 218											
Ludwigshafen-Land	19 471	14 827	14 234	5 092	3 870		6 885	9 180	16	1 841	1 741	5										4 299
Kaiserslautern-Stadt	33 617	26 457	25 756	8 452	7 213	12	10 417	9 263	12	3 520	2 761											1 607
Kaiserslautern-Land	42 064	31 924	31 215	13 202	12 945		10 708	10 484	12	2 713	2 381	3										682
Pirmasens-Stadt	23 456	19 236	18 670	10 321	7 935	15	6 744	5 733		3 817	3 036											7 830
Pirmasens-Land	33 445	27 564	27 115	16 446	15 758		8 647	8 421	9	1 194	1 276	2										1 966
Speyer-Stadt	16 872	13 792	13 217	7 148	6 357	11	5 822	5 4		1 615	1 374											3 884
Speyer-Land	15 636	13 246	12 741	9 059	8 099		3 651	3 519	7	1 182	1 123	2										
Neustadt-Stadt	44 925	10 415	9 876	4 569	3 666	13	3 631	3 351		1 810	1 591											
Neustadt-Land	13 075	34 974	33 865	16 784	13 675		12 288	12 515	11	2 712	2 682	3	688		580							1 305
Zweibrücken-Stadt	26 271	9 502	9 094	5 187	3 582	8	4 230	3 357		2 70	2 682				1 382							5 932
Zweibrücken-Land	13 913	20 213	19 450	4 351	8 457	8	3 349	6 817	7	1 835	1 441	2										714
Frankenthal-Stadt	28 000	11 423	10 660	3 408	3 449	8	4 510	4 721		500												

Klare Entscheidung

Stimmenzuwachs aller Parteien bei Rückgang Splitterparteien: Kommunisten

Die politische Struktur unseres Landes war nach der Gemeinderatswahl vom 13. September in ihren Umrissen zwar deutlich erkennbar. Sie ließ jedoch durch den Anfall einer größeren Stimmenzahl auf unpolitische Listen dem Ungläubigen noch einige Möglichkeiten zu abweichenden, seinen Wünschen sich beugenden Deutungen offen.

Das Ergebnis der Wahl zur Kreisversammlung hat nunmehr auch die letzte Unklarheit beseitigt. Die vorliegenden Ergebnisse stellen das politische Bekenntnis der Bevölkerung dar. Sie dienen darum nicht nur als Grundlage für die Verteilung der Sitze in der Kreisversammlung, sondern auch in der nun sehr bald zusammentretenden Verfassungsgebenden Landesversammlung. Dieses doppelte Verwenden des gleichen Wahlergebnisses erspart der Bevölkerung einen neuen Wahlgang.

Die Wahlbeteiligung hätte aus diesem Grunde durchaus höher sein können. Sie bleibt für die ganze Zone gesehen um rund 9 v. H. hinter den am 15. September abgegebenen Stimmen zurück. Rheinland-Hessen-Nassau liegt hierbei allerdings noch mit 2,7 v. H. über dem Zonendurchschnitt.

Die Parteien haben sämtlich vom Wegfall der freien Listen profitiert. Dieser natürliche Zuwachs hat sie vor einem Stimmenverlust als Folge der geringeren Wahlbeteiligung bewahrt. So bietet erst der prozentuale Stimmenanteil die Möglichkeit, ihre Gewinne richtig auszuwerten. Danach ist der Anteil der Christlich-Demokratischen Partei in Rheinland-Hessen-Nassau von 49,9 v. H. auf 65,7 v. H. also um 15,8 v. H. gestiegen. Die CDP hat mit dieser Zunahme nicht allein in diesem Gebiet, sondern auch im Lende Rheinland-Pfalz eine absolute Mehrheit gewonnen.

Die Sozialdemokratische Partei kann einen Zuwachs von 8,3 v. H. verzeichnen und kam von 17,4 v. H. auf 25,7 v. H. Die Kommunistische Partei erreichte 5,2 v. H. gegenüber 3,8

v. H. am 15. September. Der Gewinn von 1,4 v. H. läßt in Anbetracht der enormen Propaganda der KPD die Frage auftauchen, wer eigentlich einen ausgesprochenen Splitterpartei die Mittel für Propaganda zur Verfügung stellt. Als zweite Splitterpartei trat die Liberale Partei zum ersten Male in Erscheinung. Sie erreichte 3,4 v. H. Bei Kürze der Zeit, die ihr vom Datum ihrer Gründung bis zum Wahltag für den Aufbau ihrer Organisation zur Verfügung stand, verrät dieses Ergebnis das Vorhandensein eines sicheren, wenn auch kleinen Stammes von Wählern.

Für das ganze Land Rheinland-Pfalz ergibt sich bei einer Wahlbeteiligung von 78,3 Prozent folgende Rangordnung der Parteien: Die CDP führt mit 53,8 Prozent. In einem Abstand von über 20 Prozent folgt die SP. mit 30,7 Prozent der gültigen Stimmen. Die KP. erreicht nur 8,2 Prozent. Der Sozialdemokratische Volksdienst, der in Hessen-Pfalz als fünfte Partei unseres Landes existiert, brachte es auf 6,3 Prozent. Den Schluß bildet die Liberale Partei mit 2,4 Prozent.

Der Wahlkampf verlief ruhig. Der Besuch der Wahlversammlungen war sehr unterschiedlich und ließ durchweg zu wünschen übrig. Presse und Rundfunk standen allen Parteien genau wie im ersten Wahlkampf zur Verfügung. Nachdem die Stärkeverhältnisse der Parteien nunmehr festliegen, ist zu erwarten, daß ihre propagandistische Möglichkeiten in eine vernünftige Beziehung zu ihrer Stimmenzahl gebracht werden.

Bei den Plakat-Aufrufen fiel die CDP mit zwei Texten auf, die sich direkt an die Rheinländer richteten und die föderalistische Idee zum ersten Mal im Wahlkampf agitatorisch verwandten. Nachdem es sich faktisch um die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung handelt, ist es verwunderlich, daß die CDP das Bekenntnis zu diesem Lande als einzige Partei in ihre Propaganda einbezog. Der föderalistische Gedanke

Das Ergebnis der Abstimmung

Kreis	Stimmrechtigt		abg. Stimmen		gültige Stimmen		ungült. Stimmen	
	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.	15. 9.	13. 10.
Altweiler	...	38 755	33 759	31 950	31 518	30 043	2 221	1 907
Altenkirchen	54 681	51 582	47 297	44 409	44 031	41 201	2 221	1 907

Die Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946

Verordnung Nr. 63

über die Wahlen zu den Kreisversammlungen in Hessen-Pfalz

Der Général Commandant en Chef Français en Allemagne erläßt folgende Verordnung:

TITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Für jeden Kreis wird die Einrichtung der Kreisversammlung geschaffen. Zusammenhängende Stadtkreise und Landkreise haben eine Kreisversammlung.

Artikel 2. Die Zusammensetzung der Kreisversammlung ist folgende:

für Kreise bis zu	50 000 Einwohnern	18 Mitgl.
" " von 50 001 — 60 000	"	20 "
" " " 60 001 — 70 000	"	22 "
" " " 70 001 — 80 000	"	24 "
" " " 80 001 — 90 000	"	26 "
" " " 90 001 — 100 000	"	28 "
" " " 100 001 — 110 000	"	30 "
" " " 110 001 — 120 000	"	32 "
" " " 120 001 — 130 000	"	34 "
" " " 130 001 — 140 000	"	35 "
" " " 140 001 — 150 000	"	36 "

und für eine darüber hinausgehende Einwohnerzahl ein weiteres Mitglied auf je 10 000 Einwohner oder einen Bruchteil davon.

Artikel 3. Vorsitzender der Kreisversammlung ist der Landrat. Dieser leitet die Arbeiten der Kreisversammlung.

Die Versammlung kann aus dem Kreise ihrer Mitglieder, wenn deren Anzahl 26 beträgt, einen und bei höherer Mitgliederzahl zwei stellvertretende Vorsitzende wählen. Der stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden im Behinderungsfalle.

Der Vorsitzende der Kreisversammlung besitzt keine beschließende Stimme.

Artikel 4. Die Kreisversammlung tritt in zwei ordentlichen Sitzungsperioden zusammen, das erste Mal im Monat Mai, das zweite Mal im Monat Oktober. Der Zeitpunkt der Eröffnung jeder Sitzungsperiode wird von dem Ministerialdirektor des Innern (oder dem Chef der deutschen Verwaltung) festgesetzt.

Die Dauer jeder Sitzungsperiode beträgt höchstens zwei Wochen. Die Versammlung kann jedoch beim Vorliegen einer unbedingten Notwendigkeit mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, vorausgesetzt, daß deren Zahl mindestens der Hälfte der Gesamtmitglieder entspricht, die Fortsetzung ihrer Arbeiten um höchstens eine Woche beschließen.

Artikel 5. Die Kreisversammlung kann außerhalb der ordentlichen Sitzungsperioden vom Landrat einberufen werden, sei es aus eigener Entscheidung, sei es auf Antrag der Hälfte der Mitglieder. Im letzten Falle muß der Antrag den Gegenstand angeben, der auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Artikel 6. Der Landrat hat der Versammlung das für den ordnungsmäßigen Verlauf ihrer Arbeiten unerlässlich notwendige Bureaupersonal zur Verfügung zu stellen. Er muß ihr auch alle Auskünfte erteilen und alle die Verwaltung betreffenden Unterlagen vorlegen, die eine Behandlung der auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten mit voller Sachkenntnis ermöglichen.

Artikel 7. Über die Beratungen der Versammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Diese Niederschrift ist bei der Eröffnung jeder Sitzung und am Schluß der letzten Sitzung einer jeden Sitzungsperiode zwecks Genehmigung zur Verlesung zu bringen.

Artikel 8. Sobald die Versammlung ein Fünftel ihrer Mitglieder infolge Ablebens, Amtsniederlegung oder aus einem anderen Grunde verloren hat, müssen nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung Ergänzungswahlen stattfinden.

Artikel 9. Die Kreisversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtsperiode einen Kreisversammlungs-Ausschuß. Dieser setzt sich zusammen:

für Versammlungen mit 18 bis 20 Mitgliedern	aus 5 Personen,
für Versammlungen mit 22 bis 24 Mitgliedern	aus 6 Personen,
für Versammlungen mit 26 bis 28 Mitgliedern	aus 7 Personen,
für Versammlungen mit 30 bis 32 Mitgliedern	aus 8 Personen,
für Versammlungen mit 34 bis 36 Mitgliedern	aus 9 Personen

und für Versammlungen mit höherer Mitgliederzahl aus einer weiteren Person auf je vier Versammlungsmitglieder oder einen Bruchteil hiervon.

Artikel 10. Vorsitzender des Kreisversammlungs-Ausschusses ist der Landrat. Dieser hat jedoch keine beschließende Stimme.

Der Kreisversammlungs-Ausschuß tritt monatlich ein Mal zusammen; er wird vom Vorsitzenden oder auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder einberufen.

Artikel 11. Der Kreisversammlungs-Ausschuß beschließt über Angelegenheiten, für die er von der Kreisversammlung eine besondere Vollmacht erhalten hat, desgleichen über Angelegenheiten, die wegen äußerster Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten ordentlichen Sitzungsperiode vertragen, die ihrer Bedeutung nach aber die Abhaltung einer außerordentlichen Sitzungsperiode nicht rechtfertigen.

Der Kreisversammlungs-Ausschuß gibt im übrigen dem Landrat in laufenden Verwaltungsangelegenheiten auf Befragen seine Stellungnahme bekannt.

TITEL II

Wahl der Kreisversammlungs-Mitglieder

Artikel 12. Die Wahl zu den Kreisversammlungen findet am 13. Oktober 1946 statt. Die Amtsdauer der aus den Wahlen hervorgegangenen Kreisversammlungen beträgt zwei Jahre.

Wahlberechtigt sind diejenigen Personen, die gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 44 vom 28. Mai 1946 in die Wählerlisten eingeschrieben sind.

Artikel 13. Die Wahl findet von 8 Uhr bis 18 Uhr statt. Die Wahlhandlungen gehen nach Maßgabe der Bestimmungen der Verordnung Nr. 49 vom 5. August 1946 vor sich.

Artikel 14. In den Gemeinden, in denen mehrere Wahlbüros notwendig sind, bestimmt der in Artikel 11 der Verordnung Nr. 49 vom 5. August 1946 vorgesehene Wahlausschuß die Anzahl und den Ort der Wahlbüros und verteilt die Wähler auf diese unter Berücksichtigung ihres Wohnsitzes.

Artikel 15. Die Wahl der Mitglieder der Kreisversammlung findet in allgemeiner Abstimmung nach Listenwahl statt, unter entsprechender Verteilung der Sitze nach den Bestimmungen der Gesetzgebung vor 1933 über die anteilmäßige Verteilung der Sitze in anderen als Gemeindeversammlungen. Der Wähler hat jedoch die Möglichkeit, die Namen gewisser Bewerber zu streichen, ohne sie aber durch andere ersetzen zu können.

Artikel 16. Falls nur eine Liste oder falls keine Liste eingereicht worden ist, erfolgt die Wahl der Mitglieder der Kreisversammlung in allgemeiner Abstimmung nach Stimmenmehrheit.

Im ersten Wahlgang gelten nur die Bewerber als gewählt, welche mindestens die Stimmen eines Viertels der eingeschriebenen Wähler und mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten haben.

Wenn es notwendig ist, findet ein zweiter Wahlgang binnen zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang statt.

Artikel 17. Im Falle eines zweiten Wahlgangs werden die Fristen von zwei Wochen gemäß Artikel 20 der Verordnung Nr. 44 vom

28. Mai 1946 und von 20 Tagen gemäß nachstehendem Artikel 19 dieser Verordnung für den zweiten Wahlgang auf eine Woche abgekürzt.

Artikel 18. Wählbar sind nur die Personen, die in einer der Gemeinden des Kreises wohnen und die in Titel IV der Verordnung Nr. 44 vom 28. Mai 1946 festgesetzten Bedingungen erfüllen.

Der Landrat ist in dem Bezirk, den er verwaltet, nicht wählbar.

Die Wahlvorschläge dürfen höchstens eine der Zahl der zu besetzenden Sitze entsprechende Anzahl von Namen enthalten. Die Vorschlagslisten müssen von einer zugelassenen demokratischen Partei eingereicht werden und bedürfen zu ihrer Annahme der Unterzeichnung von mindestens zehn in dem Kreise wohnenden Wählern.

Ein Wähler kann nur eine Vorschlagsliste unterzeichnen.

Artikel 19. Die Wahlvorschläge dürfen nur die Namen von Personen enthalten, die in einer der Gemeinden des Kreises aktives Wahlrecht besitzen, von der Wählbarkeit nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 44 vom 28. Mai 1946 nicht ausgeschlossen sind und deren Wahl nach den Bestimmungen der Gesetze vor 1933, soweit sie für die gegenwärtigen Kreise gelten, mit dem ihnen zu übertragenden Amt nicht unvereinbar ist.

Jeder Bewerber muß seine Zustimmung zu der Eintragung in die Vorschlagsliste, auf der sich sein Name befindet, schriftlich erklären. Die Vorschlagslisten müssen am zwanzigsten Tage vor der Wahl in drei Exemplaren beim Vorsitzenden des Wahlausschusses des Kreises eingereicht werden. Der Wahlausschuß setzt sich zusammen aus:

- dem Landrat als Vorsitzenden,
- einem vom Gemeinderat der Kreishauptstadt gewählten Mitglied,
- einem vom Ministerialdirektor des Innern ernannten Mitglied,
- dem Vertreter einer jeden der zugelassenen Parteien, die in dem Kreise eine angemeldete Ortsgruppe errichtet haben.

Den Vorsitz des Wahlausschusses des einen Stadt- und Landkreises umfassenden Bezirks führt der Landrat.

Artikel 20. Der Wahlausschuß prüft die eingereichten Wahlvorschläge und stellt fest, ob die in die Wahlvorschläge eingetragenen Personen wählbar sind. Wenn sich in dem Wahlvorschlag die Namen von Personen befinden, deren Nichtwählbarkeit offenkundig ist, so hat der Wahlausschuß denjenigen, der für die Vorschlagsliste verantwortlich ist, hiervon zu verständigen. Dieser hat in diesem Falle die Möglichkeit, innerhalb 24 Stunden die auf der Liste gestrichenen Personen durch andere zu ersetzen.

Artikel 21. Die vom Wahlausschuß geprüften Wahlvorschläge werden spätestens am zwölften Tage vor der Wahl vom Ministerialdirektor des Innern geschlossen. Sie müssen sofort beim Bürgermeisteramt an dem üblichen für amtliche Veröffentlichungen vorgesehenen Platz angeschlagen werden.

TITEL III

Aufgaben der Kreisversammlung

Artikel 22. Zu den Aufgaben der Kreisversammlung gehören:

1. Aufstellung des Haushaltsplans des Kreises enthaltend Einnahmen und Ausgaben und die Kontrolle seiner Durchführung,
2. Verwaltung des Personal-Apparates des Kreises (Festsetzung des Umfangs des Bestandes, der Anstellungsverhältnisse, der Gehaltsklassen usw.),
3. Bau und Unterhaltung von Nebenstraßen und Lokalbahnen,
4. Ausführung und Kontrolle von Arbeiten für Zuleitung von Trinkwasser und Wasserkraft sowie der im öffentlichen Interesse von ihr veranlaßten Arbeiten,
5. Errichtung von Asylen und Fürsorgeanstalten, die dem Kreise unterstehen und von ihm geschaffen werden, z. B. Herbergen, Kranken- und Irrenhäuser, Blinden- und Taubstummanstalten, Altersheime für Bedürftige,
6. Einrichtung und Kontrolle von Kreisfachschulen für Landwirtschaft und Haushalt und von Abendkursen,
7. andere Aufgaben, die dem Kreis kraft Gesetzes zufallen.

Artikel 23. Die Kreisversammlung faßt in allen Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit Beschlüsse und nimmt zu Fragen, die zur Zuständigkeit des Landrats gehören, Stellung, soweit sie ihr unterbreitet werden.

Die Kreisversammlungen zweier oder mehrerer Kreise können zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen oder zur Ausführung von Arbeiten gemeinsamen öffentlichen Interesses übereinstimmende Beschlüsse fassen.

In diesem Falle ernannt jede der Kreisversammlungen eine gleiche Anzahl von Mitgliedern zu ihrer Vertretung in dem Geschäftsführungsausschuß für Arbeitsunternehmungen.

Artikel 24. Der Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation wird mit der Durchführung dieser Verordnung beauftragt, die im Amtsblatt des Französischen Oberkommandos in Deutschland zu veröffentlichen ist und im Französischen Besetzungsgebiet als Gesetz durchgeführt wird.

Baden-Baden, den 2. September 1946.
Der Général d'Armée KOENIG
Commandant en Chef Français en Allemagne
P. KOENIG

weniger temperamentvoll das Wort führte, breitete sich ängstliche Vorsicht oder das monotone Nachreden propagandistischer Schlagworte aus. Daß dadurch die alte weinfröhliche und seelige Gemütlichkeit beeinträchtigt wurde, war nur zu begreiflich. Von den Schreckensjahren des nachfolgenden Krieges, der mit seinen ungezählten Fliegeralarmen sowieso ein gemütliches Beisammensein nicht mehr erlaubte, ganz zu schweigen! Dann kam die Zeit, in der das Kriegsende den an und für sich schon vorher rar gewordenen Wein zu ganz seltenen Genüssen machte, wo die Sorgen und Nöte des Alltags und die Zerstörung der Stadt und fast aller Gaststätten die Möglichkeit eines Zusammenfindens in weinfroher Runde fast gänzlich eindämmten.

DER FALL MAURIZIUS

ROMAN VON JAKOB WASSERMANN

Copyright by Carl. Posen-Verlag, Zürich 1944

78)

Jetzt . . . Es ist nämlich das: wenn das ganze Volk, wenn die Menschheit leidet, vergißt der einzelne seine egoistischen Interessen, man wird demütiger, kleiner, nicht wahr? — „Natürlich. Das versteh ich ausgezeichnet.“ (Was ist das? grübelte Maurizius in hohler Verwunderung, was spricht sie da? Was ist denn? Was will sie denn? Warum spricht sie überhaupt? Was soll denn das alles?) — „Nun muß ich gehen. Habe mich ohnehin schon verspätet. Wir haben Gäste . . . Leben Sie wohl.“ Zögerndes Heben der Hand. Maurizius schien es nicht zu sehen. Er verbeugte sich pagodenhaft. Worauf Anna Duvernois hinzufügen zu sollen glaubte: „Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und Schöne.“ — Das war nun doch wie ein Stoß ins Genick. Alles Gute und Schöne, prächtig, prächtig, wo befinden wir uns eigentlich, hochgesinnte Gönnerin? Seine Stimme sagte in tonlosem Hohn „Ich danke Ihnen.“ Da war sie fort.

Allein geblieben drückt Maurizius beide Hände mit verflochtenen Fingern an die Stirn. So steht er eine Weile starr. Barmherziger Himmel, fährt es ihm durch den Kopf, sie ist ja dumm! schlechtweg dumm. Abgründig dumm. Schönheit, Seele (oder was Seele zu sein schien), Anmut, Reiz, dämonische Verdunkelung, Leidenschaft und Leidenschaftlichkeit, alles nur mit dünnem Pinsel aufgetragene

Deckfarben, die Jahre haben sie weggewaschen und den kahlen Urgrund bloßgelegt, die Natur hat ihre eigene Lüge enthüllt, nichts von Herz, keine Schicksalsdurchdringung, kein Strahl aus höherer Welt, nur Papeterie, nur Attrappe, nur dumm, dumm wie die Stehengebliebenen, wie die vielen Gestorbenen des Lebens, die den eigenen Geistes- und Herzensstod nicht erkennen, dumm wie ein Gespenst . . . Und deswegen alles! deswegen! barmherziger Gott, deswegen Opferung und Martyrium, deswegen Marter und Zermalmung, deswegen neunzehn Jahre Grab . . . Er legt sich bäuchlings auf den Bretterboden, ganz flach, auch das Gesicht preßt er hin. Ueber der linken Braue spürt er kühl den Kopf eines Nagels. Es ist eine Wollust, den kühlen eisernen Nagel zu fühlen, es wäre angenehm, wenn sich der Nagel im Holz umdrehte und sich mit der Spitze in sein Gehirn bohrte.

Die Zeit, wohlütig verdeckend oder grausam entblößend, hat eine souveräne Manier, was dem menschlichen Auge als unlösliche Verstrickung und geheimnisvolle Tiefe erscheint, in der Kümmerlichkeit der richtigen Maße und Bezüge aufzuzeigen. Die ursprüngliche Simplität der Dinge wird, bei Klärung des trüben Gegenwartswesens, nur von der Simplität der Schicksale übertroffen. Daran ändert auch die Wortzauberei eines Waremme nichts. Die sich vor Gott zu rechtfertigen oder ihre verworrenen Wege zu kommentieren wännen, indem sie das Einfache der Welt in ein grandioses Mysterium umdichten, die sind die wahren Verdammten, denn sie können vor sich selber nicht gerettet werden. Im Fall der Anna Jahn-Duvernois ist freilich eines in Betracht zu ziehen. In ihr war offenbar des Wunder der Jugend zu einer solchen Herrlichkeit erblüht, daß es wie ein großes Kunstwerk vielerlei Deu-

tungen zuließ, vielerlei Gestaltungen annahm und für jeden wirklich zu sein schien, was er darin suchte oder hineinlegte. Dann übten die Jahre ihre Zerstörung aus, was übrigblieb, war die Wunderlosigkeit, Asche in gewissem Sinn, Gestorbenes, doch ein Weib, nicht schlechter als tausend andre und wohl auch nicht dümmer als tausend andere.

Er bricht wieder auf von Echternach. Er nimmt am Bahnhofsschalter eine Karte nach Mainz. Er übernachtet dort und fährt am andern Tag nach Basel. Er wohnt in einem Zimmer, das Ausblick auf den Rhein gewährt. Der Strom erscheint ihm nun wie ein Unglückszeug, der ihn beharrlich verfolgt; er packt eilig und fährt nach Zürich. Er kauft Bücher in einer Buchhandlung, ist aber zu unet, sie zu lesen. Er mietet ein Motorboot und fährt auf den See, es ist ihm zu eng, zu klein, zu gedrängt. Er spricht mit dem Portier, mit dem Zimmermädchen, mit dem Kellner, mit irgendeinem Gast, das heißt er drischt leeres Stroh. Er sieht interessant aus, hat gute Haltung, ist gut angezogen, man schließt auf einen Gelehrten, einen Schriftsteller, man beachtet ihn, manche suchen Anknüpfung, aber das ernste, fast finstere Gesicht mit der dunklen Brille bildet ein unübersteigliches Hindernis. Am liebsten spricht er mit Kindern, auf öffentlichen Plätzen, wo Kinder spielen, setzt er sich bisweilen auf eine Bank und wartet bis eines sich ihm nähert, dann redet er es in zärtlichem Ton und mit leiser Stimme an, stellt Fragen, streicht ihm vorsichtig über die Haare, aber in der Regel nimmt er dann wahr, daß die Erwachsenen mißtrauisch werden, da erhebt er sich und geht davon. In manchen Stunden wird ihm der Lärm der Stadt zur Tortur, in manchen wieder beruhigt es ihn, wenn er halb getrieben sich durch

Menschenmassen bewegt. Stampfen und Rattern von Maschinen erträgt er leichter als Glockengeläut, Stimmengetöse zieht er dem Klang einer einzelnen Stimme vor. Die einzelne Stimme zwingt ihn zur Aufmerksamkeit, die Aufmerksamkeit spannt nach und nach seine Kopfnerven zum Zerreißen. Nachts liegt er meistens schlaflos, doch sind es nicht böse Gedanken, die ihn wachhalten, es ist ein Zustand des Sichselbstnichtspürens, Sichselbstnichtbesitzens, der ihn in eine lethargische Verwunderung versetzt, so daß er das Gefühl hat, das sei bereits Schlaf und zum richtigen Schlaf dürfe es nicht kommen, damit er sich nicht noch mehr entgleite. Er befühlt dann Teile seines Körpers mit der Hand, Schenkel, Arme, Hüften, und das tut ihm gut, so ist er wenigstens dieser Teile gewiß. Die Betten sind ihm zu weich, er kann sich lange nicht an das flaumige Versinken gewöhnen, häufig schlägt er das Lager auf dem Sofa auf und hüllt sich in die Reisedecke, um Rauhes am Leib zu spüren. Manchmal denkt er an Arbeit, aber wozu soll er arbeiten, was könnte es fruchten. Es ist alles so folgenlos. Es ist keine Verbindung da. Er gehört nicht dazu. Nicht nur folgenlos ist was er tut und beginnt, sondern zugleich in einer aufreibenden Weise widerrufflich. Ob er links oder rechts in eine Straße biegt, ob er englische oder ägyptische Zigaretten kauft, ob er anordnet, daß man um sechs oder um acht Uhr früh an seine Tür klopfen, ob er gelbe oder schwarze Schuhe anzieht, ob er dreihundert oder tausend Franken auf der Bank verlangt: es ist sofort in der aufreibendsten Weise widerrufflich. Er könnte immer auch das andere tun, das Gegenteil, das Nebendran. Nichts ist wichtig. Alles kann im selben Augenblick zurückgenommen werden, ohne Bedauern, ohne Folge. (Fortsetzung folgt)

Die Zeit kommt wieder

Wenn jetzt anlässlich des Mainzer Weinmarktes erstmals wieder das edle Getränk in einem großen offiziellen Rahmen, wenn auch in einer durch die Zeitverhältnisse geminderten Menge verteilt wird, dann steht zu hoffen, daß damit wieder ein vielversprechender Anfang gemacht wurde. Die Zahl der Genüsse, die der Mensch dann und wann einmal zu seiner Entspannung und Freude braucht, ist an und für sich als Folge des unheilvollen Krieges so gering geworden, daß man all das, was dazu beiträgt, Vergangenes zu überwinden und Heutiges schöner zu gestalten, nur begrüßen kann. Es ist kein leichtfertiger Optimismus, der erwarten läßt, daß dieser Anfang noch und nach eine Steigerung erfahren wird. Die Zeit, da gleichzeitig mit dem Wiederaufbau des schwergeprüften Mainz auch da und dort wieder seine alten, gemütlichen Gaststätten erstehen, in denen man im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten wieder den Wein die Ehre antun kann, die ihm gebührt, ist hoffentlich nicht allzu fern.

So soll uns der Wein — einst wie jetzt — maßvoll genossen, ein freundlicher Begleiter auf dem Lebensweg in eine hoffentlich schönere Zukunft sein, damit das in Mainz so gern gesungene Lied „Ach was schmeckt doch der Wein so gut!“ in jeder Hinsicht und vorbehaltlos wieder seine Berechtigung behält. K.M.

NZEIGER

HME: COMMERZBANK. MAINZ. GROSSE BLEICHE NR 35 TELEFON NR 30
INSCHL POSTZEITUNGSgebÜHR ZUZÜGLICH 26 RPF ZUSTELLGEBÜHR

1946

Preis 20 Pfg.

General Koenig Die vierte Gewalt

Von unserem Pariser Wb.-Mitarbeiter

Zone fallen

er eine g-bung die Naziideologie vergessen zu lassen. In Frankreich habe jede Familie in den vier Jahren deutscher Besetzung Frank- gelitten, daß es jetzt noch nicht möglich sei, deutsche Kinder nach Frankreich zu schicken.

erklärte An der Mainzer Universität würden jetzt Ferienkurse eingerichtet, bei denen französische und deutsche gländer Studenten zusammenleben. Dieser persönliche Kontakt wirke sich sicher sehr er Um- vorteilhaft aus.

lern in Mainz

Landeshauptstadt

uppenschau



Ein französischer Wissenschaftler, Professor Maurice Allais, hat kürzlich in der französischen Fachpresse ein interessantes Problem aufgeworfen. Die zunehmende Sozialisierung und die wachsende staatliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben beginnen nach ihm ein Aufgaben-Gebiet besonderen Charakters für die modernen Staaten entstehen zu lassen. Die dem Staat damit in die Hände gegebene Macht erscheint ihm ebenso bedeutend und wichtig, wie zum Beispiel die gesetzgebende oder richterliche Gewalt. Er untersucht das Problem der Staatskontrolle über die Wirtschaftstätigkeit von der staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Seite her und fordert die — zunächst geistige — Konzeption einer „Vierten Gewalt“, nämlich der wirtschaftlichen, und ihre Trennung von den übrigen drei Gewalten im Staat im klassischen Sinne Montesquieus. Die Gedankengänge des Professors Allais sind etwa folgende:

„Als der französische Staatsrechtler Montesquieu in seinem im Jahre 1748 erschienenen „Geist der Gesetze“ die berühmte These von der Teilung der Gewalten (gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt) als unerläßliche Garantie gegen Willkür und Gewaltherrschaft verkündete, schien diese Einteilung die vollendete Ideallösung zu sein.

Seitdem haben sich jedoch die Verhältnisse, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, grundlegend geändert. Während damals das Privateigentum des einzelnen vorherrschte und der Einfluß des Staates auf dem wirtschaftlichen Sektor minimal war, gewinnt seit den letzten dreißig Jahren das Eigentum an Produktionsgütern mehr und mehr kollektive Gestalt, schreitet die Ver-

NEUER

MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MAINZ, WEIHERGARTEN 5, TELEFON 29, ANZEIGEN- UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR 55 TELEFON NR 29
 MONATSBEZUGSPREIS: RM 1,75 ZUZÜGLICH 25 RPF. TRÄGERLOHN DURCH DIE POST RM 1,94 EINSCHL. POSTZEITUNGS- UND ZUSTELLGEBÜHR ZUZÜGLICH 26 RPF ZUSTELLGEBÜHR

Nummer 87 M R

Samstag, 14. September 1946

Preis 20 Pfg.

Dienstanweisung

zu den Gemeindevahlen in Hessen-Pfalz

In der Verordnung Nr. 51 der französischen Besatzungsbehörden über die Gemeindevahlen in Hessen-Pfalz lautet Artikel 18, der das Wahlverfahren regelt, wie folgt:

Wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, erfolgt die Verteilung der Sitze nach den Grundsätzen der Verhältniswahlen wie sie vor 1933 angewandt wurden. Der Wähler kann nach seinem Belieben für alle Bewerber einer Vorschlagsliste stimmen oder einen oder mehrere von ihnen durch den Namen eines anderen oder mehrerer anderer Bewerber ersetzen, auch solcher, die sich auf einer anderen Vorschlagsliste befinden. Der Wähler kann auch nach seinem Belieben einfach einen oder zwei Namen auf einer Vorschlagsliste streichen und für ein oder zwei andere Bewerber stimmen; er kann jedoch dem von ihm vorgezogenen Bewerber nicht mehr als drei Stimmen geben.

Das Oberregierungspräsidium in Neustadt hat nunmehr, nur wenige Tage vor dem Wahlakt, Ausführungsbestimmungen (Dienstanweisungen) zu der praktischen Handhabung des Artikels 18 gegeben. Diese Dienstanweisungen für die Wahlvorsteher lauten wie folgt:

Nach Verlesung aller abgegebenen Stimmzettel ist durch den Wahlvorstand festzustellen, ob die Zahl der unverändert für den Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen mehr als die Hälfte der überhaupt für den Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen beträgt. Beträgt die Zahl der unverändert abgegebenen Stimmen mehr als die Hälfte, so sind weitere Feststellungen nicht mehr erforderlich.

Beträgt die Zahl der unverändert abgegebenen Stimmen die Hälfte oder weniger als die Hälfte aller für den Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen, so sind eine neue Zählkarte und eine neue Gegenkarte anzulegen, in deren Kopf alle für den Wahlvorschlag genannten Bewerber namentlich einzutragen sind.

Durch erneute laute Verlesung aller für den betreffenden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmzettel ist die Zahl der auf jeden Bewerber entfallenden Stimmen festzustellen.

Wir beschränken uns für heute auf die Gegenüberstellung dieser beiden Bestimmungen. Die Verordnung Nr. 51 der französischen Besatzungsbehörden ist aufs äußerste bestrebt, den Volkswillen bei den Gemeindevahlen sozusagen bis zur letzten Möglichkeit zum Ausdruck kommen zu lassen. Daher sieht sie vor, daß der einzelne Wähler sich nicht an die Parteilisten gebunden zu fühlen braucht, sondern daß er daran Streichungen vornehmen und die Kandidaten durch andere ersetzen kann, sofern sie nur überhaupt auf irgend einer Liste nominiert sind. Die Dienstanweisung des Oberregierungs-Präsidiums Hessen-Pfalz dagegen macht das praktisch durch die Bestimmung so gut wie illusorisch, daß diese Abänderungen der einzelnen Listen nur dann zur Geltung kommen sollen, wenn mehr als fünfzig Prozent des betreffenden Wahlvorschlags Aende-

Eine Unterredung mit General Koenig

Karlsruhe soll wieder in die französische Zone fallen

Baden-Baden (Rheina). General Koenig, der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone, erklärte einem Vertreter des amerikanischen Nachrichtenbüros gegenüber, die französische Besatzung werde Deutschland nicht eher verlassen, bis Frankreich sicher sei, daß die demokratischen Ideen im deutschen Volk verankert sind, und daß keine neue Lücke entstehe, die sein Aufbauwerk vieler Jahre wieder zerstöre. General Koenig teilte ferner mit, daß zur Zeit Verhandlungen zwischen Frankreich und den

Vereinigten Staaten stattfinden über eine Verbreiterung des Korridors zwischen dem Süden und dem Norden der französischen Zone. Durch diese von Frankreich vorgeschlagene Änderung der Zonengrenze soll unter anderem Karlsruhe in die französische Zone fallen.

Im Verlauf des Gesprächs erklärte General Koenig weiter, daß er die größte Schwierigkeit in der Umerziehung der deutschen Jugend sehe. Die Engländer wollten deutsche Kinder nach England schicken, um sie in demokratischer Um-

gebung die Naziideologie vergessen zu lassen. In Frankreich habe jede Familie in den vier Jahren deutscher Besatzung gelitten, daß es jetzt noch nicht möglich sei, deutsche Kinder nach Frankreich zu schicken.

An der Mainzer Universität würden jetzt Ferienkurse eingerichtet, bei denen französische und deutsche Studenten zusammenleben. Dieser persönliche Kontakt wirke sich sicher sehr vorteilhaft aus.

Die vierte Gewalt

Von unserem Pariser Wb.-Mitarbeiter

Ein französischer Wissenschaftler, Professor Maurice Allais, hat kürzlich in der französischen Fachpresse ein interessantes Problem aufgeworfen. Die zunehmende Sozialisierung und die wachsende staatliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben beginnen nach ihm ein Aufgaben-Gebiet besonderen Charakters für die modernen Staaten entstehen zu lassen. Die dem Staat damit in die Hände gegebene Macht erscheint ihm ebenso bedeutend und wichtig, wie zum Beispiel die gesetzgebende oder richterliche Gewalt. Er untersucht das Problem der Staatskontrolle über die Wirtschaftstätigkeit von der staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Seite her und fordert die — zunächst geistige — Konzeption einer „Vierten Gewalt“, nämlich der wirtschaftlichen, und ihre Trennung von den übrigen drei Gewalten im Staat im klassischen Sinne Montesquieus. Die Gedankengänge des Professors Allais sind etwa folgende:

„Als der französische Staatsrechtler Montesquieu in seinem im Jahre 1748 erschienenen „Geist der Gesetze“ die berühmte These von der Teilung der Gewalten (gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt) als unerlässliche Garantie gegen Willkür und Gewaltherrschaft verkündete, schien diese Einteilung die vollendete Ideallösung zu sein.

Seitdem haben sich jedoch die Verhältnisse, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, grundlegend geändert. Während damals das Privateigentum des einzelnen vorherrschte und der Einfluß des Staates auf dem wirtschaftlichen Sektor minimal war, gewinnt seit den letzten dreißig Jahren das Eigentum an Produktionsgütern mehr und mehr kollektive Gestalt, schreitet die Verstaatlichung großer Wirtschaftszweige weiter fort und nimmt der wirtschaftliche Einfluß des Staates immer mehr zu. Dadurch entstehen neue Probleme, die gelöst werden müssen.

Es ist ein anerkannter Grundsatz der modernen Wirtschaftswissenschaften, daß sich das Wirtschaftsleben eines Landes nur dann erfolgreich auswirken kann, wenn die einzelnen Unternehmungen selbständig bleiben und unabhängig von der staatlichen Bürokratie arbeiten können, mag das Eigentum an den Produktionsgütern privaten oder kollektiven Charakter haben.

Angesichts des Entstehens der vierten Gewalt, nämlich der unmittelbaren wirtschaftlichen Einflußnahme des Staates und ihrer Auswirkung auf jeden einzelnen Staatsbürger, ist es notwendig, für die Unabhängigkeit der Wirtschaftsbetriebe gegenüber der vollziehenden Gewalt, das heißt die klare Abtrennung der vierten Gewalt, Sorge zu tragen. Andernfalls würde ein erfolgreiches Funktionieren des Wirtschaftsapparates durch die Schaffung mächtiger, im Dienst der jeweils am Ruder befindlichen politischen Partei stehender Monopole, erheblich gefährdet werden.

Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben dies nur zu deutlich gezeigt. Wenn man nicht das gesamte Wirtschaftsleben in eine riesige politische Bürokratie verwandelt und die verstaatlichten Betriebe der Willkür einzelner Machthaber ausliefern und zum Spielball politischer Auseinandersetzungen werden lassen will; wenn die einzige Zweckbestimmung der Unternehmungen die Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher unter geringstem Kostenaufwand bleiben soll; wenn man die Stetigkeit der Wirtschaftsbetriebe und ihre besondere Eigenart gewährleisten, wenn man also die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsapparates nicht in Frage stellen will, ist folgendes dringend erforderlich: Schaffung einer unabhängigen wirtschaftlichen Gewalt unter deren gleichzeitiger Kontrolle durch die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt.

Dazu müßte natürlich ein genaues Programm über die Geschäftsführung und Kontrolle der verstaatlichten Betriebe, über Art und Umfang der Tätigkeit ihrer Leiter, die Grundsätze ihrer Auswahl und Entlassung, aufgestellt werden.

Die gegenseitige Abhängigkeit dieser neuen Wirtschaftsgewalt und der vollziehenden Gewalt muß ebenso gestaltet werden, wie sie in Ländern politischer Freiheit zwischen der Exekutive, der Legislative, und der Judikative, der gesetzgebenden, und zwischen der Exekutive und der richterlichen Gewalt zu bestehen pflegt. Man denke zum Beispiel an den ungeheuren Einfluß, der in den Vereinigten Staaten dem Obersten Bundesgericht zum Schutz der Nation gegen staatliche Willkür, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, eingeräumt ist.

Jedenfalls würden sich bei dieser Betrachtungsweise vier Staatsfunktionen

Die militärischen Feiern in Mainz

aus Anlaß der Erhebung der Stadt zur Landeshauptstadt

Momentaufnahmen von der Truppenschau



Armeegeneral Koenig, Armee-General de Monsabert, Administrateur Général Laffon



Teilausschnitt aus der Parade defilierende Truppen



Der Gouverneur von Rheinhesen Jacobsen

Die von der französischen Besatzung in Mainz durchgeführten großen Feierlichkeiten erreichten am Donnerstag ihren Höhepunkt. Vor den zahlreichen französischen und ausländischen Ehrengästen wickelte sich am Vormittag auf dem Flugplatz bei Finthen eine prächtige Truppenschau ab. Am Nachmittag wurden die sportlichen Veranstaltungen mit Vorführungen und Kämpfen auf dem Rhein bei der Ingelheimer Aue fortgesetzt. Auch hier gab es bei günstigem Wetter wieder packende Bilder und Ergebnisse, die von dem hohen Leistungsstand der französischen Soldaten und Offiziere sprachen. Ihren wahrhaft leuchtenden Abschluß fanden die Festlichkeiten am Abend dann mit den Fackelzügen durch die Stadt.

Die Truppenschau

Die große Parade der französischen Besatzungstruppen leitete die Feierlichkeiten am Donnerstag ein. Der Flugplatz in unmittelbarer Nähe von Finthen prangte im Festschmuck und in den Farben: blau, weiß und rot. Die Tribüne am Rand des

betonierten Rollfeldes nahm die Gäste auf. Ihr gegenüber hatte eine Musikkapelle der Truppen und eine Ehrenformation Aufstellung genommen.

Kurz nach zehn Uhr erschien General de Monsabert, der Kommandierende der französischen Besatzungsarmee. Dann fuhr General Koenig vor. Das Musikkorps intonierte die Nationalhymne. Der General schritt die Front der angetretenen Truppen ab. Auf der Ehrentribüne waren außerdem General Laffon, die Gouverneure Brozet-Favereau, de Boislabert und Jacobsen sowie General Keyes, Oberbefehlshaber der vierten US-Armee, erschienen.

Gegen 10.30 Uhr begann der Vorbeimarsch der Verbände vor General Koenig und den hohen Offizieren der französischen Besatzungsarmee. Die Truppenschau leitete General Besançon. Rund 5000 Mann marschierten auf dem Rollfeld auf. In Zwölferreihen und in Schützenpanzerwagen defilierten sie an dem Oberkommandierenden vorbei. Den Infanterie- und Gendarmereieinheiten folgten Marinetruppen

und motorisierte Verbände. Drei Militärkapellen schwenkten abwechselnd ein und begleiteten die Truppenschau mit den Marschen bekannter französischer Militärmusik. Sturmboote, auf Lafetten vorbeigefahren, beschloßen die Parade.

Mit den Verbänden wurden die alten und neuen Fahnen und Feldzeichen der französischen Armee vorbeigeführt.

Drei Fackelzüge

Von den Ausgangspunkten Bismarckplatz, Ritterstraße und Rheinallee bewegten sich in den späten Abendstunden drei Fackelzüge durch die mit Fahnen reich geschmückten Straßen der Stadt, wo sie eine starke Beachtung der Bevölkerung fanden. In jedem Zug marschierte ein Musikzug mit. Genau gleichzeitig trafen die drei Züge am Fischtorplatz zusammen, wo sie sich vor Gouverneur Jacobsen und seinen Ehrengästen vereinigten. Es war ein höchst eindrucksvolles Bild, als das Lichtmeer zusammenfloß. Der nächtliche Himmel wurde weithin erleuchtet. Mit der französischen Hymne schloß die Feier.

nen eine Zusammenarbeit erreichen, sobald Rußland verstanden hat, daß unser Hauptziel weder die Regierung des britischen Weltreiches noch der Erwerb von Ölkonzessionen im Mittleren Osten ist. Wir können uns nicht durch internationale Ölkonflikte in einen Krieg führen lassen.“

Abschließend gab der amerikanische Handelsminister der Meinung Ausdruck, nur die UNO dürfe Atombomben haben, und die UNO müsse die strategischen Luftstützpunkte Amerikas und Großbritanniens in der ganzen Welt kontrollieren. Einzelne Nationen sollten nicht das Recht haben, Atombomben, Fernwaffen und Kampfflugzeuge herzustellen.

Vor dem Ende des Streiks

(Letzte Meldung)

New York (BBC.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Bedingungen der streikenden Seeleute bewilligt. Der von Präsident Truman bestellte Schlichter Steelmann, entschied gestern abend, daß die den Seeleuten von den Schiffahrtsgesellschaften bewilligten Lohnerhöhungen zulässig sind.

Kreistagswahlen

Der Administrateur Général für die Militärregierung der französischen Zone, Laffon, gibt bekannt:

1. Die Kreistagswahlen werden am Sonntag, dem 13. Oktober, stattfinden.
2. Die am 13. Oktober zu den Kreistagen gewählten Volksvertreter werden provisorische Ausschüsse bilden, die mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für jedes Land beauftragt werden.

rungen aufweisen. Ist das nicht der Fall, dann bleibt die freie Willensäußerung des Wählers einfach unbeachtet. Da nicht anzunehmen ist, daß bei der gegebenen Parteidisziplin durchschnittlich mehr als fünfzig Prozent der Wähler an den Wahllisten Änderungen vornehmen werden, läuft diese Dienstanweisung auf eine einseitige Versicherung gegenüber dem Partei-Apparat hinaus. Mit der weitgehenden demokratischen Tendenz der Verordnung Nr. 51 ist das unseres Erachtens nicht in Einklang zu bringen. Die begründete Gefahr besteht daher, daß die Dienstanweisung den Anlaß zur Anfechtung der Wahlen geben wird.

Die ersten Reparationen

an eine westliche Nation

London (BBC.) Die amerikanische Militärregierung gab am Donnerstag bekannt: Im Verlaufe dieser Woche werden die ersten achtzig Tonnen Maschinen und Zubehör von Deutschland nach Großbritannien gebracht werden. Dies ist die erste Lieferung an eine westliche Nation auf Grund der Zuteilung durch das Alliierte Wiedergutmachungsausschuss in Brüssel. Es handelt sich um zum Teil fast ganz neue Metallhobelmaschinen und Gerät aus den Fritz-Müller-Werken in Oberrödingen.

Wunsch nach Verständigung

Amerikas Handelsminister über das Verhältnis zu Rußland

New York (BBC.) In New York hielt der amerikanische Handelsminister Wallace eine Wahlrede im Zusammenhang mit den Kongresswahlen im November.

Er forderte eine eindeutige amerikanische Außenpolitik. Ohne eine eindeutige Außenpolitik würden die Vereinigten Staaten durch den Interessenkonflikt Großbritannien und der Sowjetunion im Nahen Osten in einen Krieg verwickelt werden.

Präsident Truman erklärte in seiner Fresskonferenz, er habe jedes Wort der Rede Wallace vorher gelesen und gebilligt. Die Äußerungen des Handelsministers stünden keineswegs im Gegensatz zur Erklärung von Außenminister Byrnes.

Wallace erklärte im Laufe seiner Rede: „Wir schätzen den einzelnen Engländer, aber Großbritannien zum Angelpunkt unserer Außenpolitik zu machen, wäre heller Wahnsinn.“ Er lehnte eine scharfe Politik gegenüber Rußland ab und sagte, je scharfer Amerika werde, desto schärfer würden die Russen

„Aber ob es uns gefällt oder nicht, die Russen werden ihre Einflußsphäre zu sozialisieren versuchen, ebenso wie wir versuchen, die unstrige zu demokratisieren.“ Wallace fuhr fort, die russische Auffassung von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit werde für ein Drittel der Welt entscheidend sein. Amerikas Auffassung von freier Unternehmertum und Demokratie werde einen Großteil der übrigen Welt beherrschen. Die Russen müßten aufhören, in gewissen Gebieten gegen Amerika zu arbeiten. Amerika müsse aufhören, in anderen Teilen der Welt gegen die Russen Pläne zu schmieden. Wallace wandte sich dann gegen jene Feinde von gestern und falschen Freunde von heute, die dauernd versuchen, einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu provozieren. Wörtlich erklärte er: „Wir haben den aufrichtigen Wunsch nach Frieden mit der Sowjetunion, aber man soll uns auf dem Wege entgegenkommen. Wir wollen zusammenarbeiten, wir wollen Frieden. Ich glaube, wir kön-

ergeben, und zwar als vierte die wirtschaftliche Gewalt, welche die Aufgabe hätte, das wirtschaftliche Arbeiten des öffentlichen Lebens sicherzustellen. Ob das Eigentum an den Produktionsgütern kollektiven oder privaten Charakter erhalten soll, ist weitgehend eine Frage politischen Charakters. Aber schon jetzt müssen die Grundsätze und Anhaltspunkte festgelegt werden, nach denen auf diesem Gebiet gewisse objektive Entscheidungen getroffen werden sollen.

Ein- und Ausblicke

Die Reise des Oberkommissars

Die Reise des Oberkommissars für die französische Besatzungszone, des Unterstaatssekretärs Pierre Schneider, ist beendet. Der Minister hat in den verschiedenen Städten in Besprechungen mit den Vertretern der deutschen Behörden, Parteien und Gewerkschaften sich ein Bild von den Fortschritten beim Wiederaufbau zu machen versucht. Überall wird er haben feststellen können, daß die deutsche Bevölkerung, nach den furchtbaren Prüfungen des Krieges und des Nazi-Regimes, wieder ruhig an die



Pierre Schneider

Arbeit gegangen ist und sich von dem Tiefpunkt der Lethargie, von dem sie nach dem Zusammenbruch Deutschlands befallen war, langsam zu erholen beginnt. Groß sind freilich noch immer vor allem die Ernährungs- und Wohnungsprobleme. Aber auch auf diesen Gebieten geht es allmählich, wenn auch langsam, wieder bergauf. Die Lebensmittel-Zuteilungen sind mit dem Beginn des Septembers erhöht worden, und man hofft, daß im Laufe der Zeit noch weitere Verbesserungen möglich sein werden. Alles wird davon abhängen, in welchem Tempo die industrielle und landwirtschaftliche Produktion des besetzten Gebietes weiter gesteigert werden kann, um durch vermehrte Exporte die dringend notwendigen Waren-Einfuhren zu bezahlen. Am augenfälligsten ist die kulturelle Entwicklung, die sich in einer starken Wiederbelebung von Wissenschaft, Kunst und Literatur widerspiegelt. Die Stimmung der Bevölkerung ist, wie nur begreiflich, nach den entsetzlichen Erlebnissen der Nazi-Zeit, zwar noch immer gedrückt, aber der Wille zum Leben, zum Arbeiten und zum Wiederaufbau des Landes ist unverkennbar. Das dürften, im ganzen genommen, die Eindrücke gewesen sein, die der Oberkommissar von seiner Reise empfangen haben wird. Die Vertreter der einzelnen deutschen Behörden haben jedenfalls Gelegenheit gehabt, ihre Sorgen, aber auch ihre Wünsche für die Zukunft vorzubringen. Sie werden zweifellos beim Oberkommissar ein bereitwilliges Ohr gefunden haben.

Minister Schneider hat sich auf seiner Reise mehrfach in programmatischen Äußerungen über die Grundsätze der Besatzungspolitik ausgesprochen. Frankreich gehe, erklärte er, in der Besatzungszone ohne Rachegefühle an seine Aufgaben heran und sei bemüht, alle Probleme zu meistern, sachlich und objektiv, und sei bestrebt, der deutschen Bevölkerung, im Vertrauen auf den demokratischen Geist, das Selbstverwaltungsrecht zu gewähren. Im Zuge dieser Politik liege die Begründung des neuen Rhein-pfälzischen Landes mit Mainz als Hauptstadt, und nun habe die deutsche Bevölkerung eigene Initiative zu entwickeln, um auf diesem gelegten Grunde das neue Haus, frei von aller Tyrannei von Preußen, aufzurichten. Die Bevölkerung solle sich selbst eine Verfassung geben. Die gegenwärtigen Gemeindegewalten würden bereits einen gewissen Überblick über die neu sich bildende politische Struktur ergeben. Sorgen mache freilich der noch immer beengte Warenaustausch von Zone zu Zone, aber die französischen Behörden seien daran, ihn zu bessern, damit man die wirtschaftlichen Aufgaben, die vor einem lägen, meistern könne. Frankreichs Wille sei, alles in allem, klar und entschieden. Es werde niemals zulassen, daß sich an seinen Grenzen wieder eine Angriffsgefahr bilde. Die deutsche Bevölkerung solle, unter dieser Voraussetzung, die Möglichkeit haben, zu Arbeit, Wohlergehen und Frieden zu gelangen. So sei ihre Zukunft schließlich in ihrer eigenen Hand beschlossen. Frankreich liege es fern, in Deutschland etwa Kolonialpolitik treiben zu wollen.

Die Erklärungen des Ministers, die in ihrer knappen und präzisen Form, in ihrer Offenheit und Versöhnungsbereitschaft wohlthuend und ermutigend auf die Bevölkerung gewirkt haben, werden dazu beitragen, den Geist in der Besatzungszone weiter im Sinne einer verständnis- und hoffnungsvollen Zusammenarbeit der deutschen Bevölkerung mit den Militärbehörden zu beleben.

Es geht hier nicht nur um den wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch um die politische Freiheit des Landes. Wie wäre es, um nur ein Beispiel zu nennen, um das Recht der freien Meinungsäußerung bestellt, wenn alle Druckereien, Verlage, Zeitungen und Zeitschriften dem unmittelbaren Einfluß der

vollziehenden Gewalt, das heißt vielleicht einer einzelnen herrschenden Partei unterworfen wären?

Nur bei absoluter Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Gewalt gegenüber den Einflüssen politischer Machtgruppen kann die Nation vor Willkürherrschaft und politischer Versklavung bewahrt

können die durch Präsident Roosevelt im Jahre 1942 aufgestellten vier fundamentalen Grundsätze jedes freien Gemeinwesens vor Beeinträchtigung bewahrt werden, nämlich: freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsausübung, Bewahrung vor Mangel und Furcht.

Vorläufige Landesversammlung / in der Bildung

Kreistagwahlen am 13. Oktober — Regierungs-Bezirk Mainz kommt zu Rheinland-Hessen-Nassau

Im Anschluß an die Festlichkeiten, zu denen die Neugründung des Rheinisch-pfälzischen Landes Anlaß gaben, und die in Mainz in Anwesenheit der Generale Koenig und de Monabert, sowie des Administrateur Général Laffon veranstaltet wurden, fand Donnerstag um 16 Uhr im Reichsbahngebäude eine Sitzung des paritätischen Regierungs-Ausschusses für die Übergangszeit statt.

Zur Einführung der Mitglieder dieser gemischten Kommission, die sämtlich unter dem Vorsitz des Präsidenten, Dr. Boden, anwesend waren, hatten sich die Herren Hettier de Bois-lambert, Gouverneur von Rheinland-Hessen-Nassau, und Brozen-Fave-ro-u, Gouverneur von Hessen-Pfalz, eingefunden. Gouverneur de Bois-lambert gab dem Ausschuss sämtliche Einzelheiten über die ihm auferlegten Aufträge bekannt und verkündete gleichzeitig zwei wichtige Mitteilungen:

1. Die baldige Bildung einer „Vorläufigen Landesversammlung“ für das Rhein-pfälzische Land, deren Aufgabe es sein wird, im Einvernehmen mit der Kommission einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.
2. Die baldige Loslösung des Regierungspräsidiums Hessen-Pfalz und seine Angliederung an den Oberregierungsbezirk Rheinland-Hessen-Nassau.

Die wichtigsten Erklärungen des Gouverneurs de Bois-lambert und die Ergebnisse der von beiden Seiten erörterten Fragen und Antworten waren folgende:

Was die Bildung einer Vorläufigen Landesversammlung für die Rhein-

pfalz anbelangt, so wird diese aus zwei Elementen bestehen, und zwar aus Mitgliedern der am 15. September in den größeren Städten gewählten Gemeinderäten und der am 13. Oktober gewählten Kreisversammlungen. Die endgültige Zusammensetzung der Vorläufigen Landesversammlung wird durch Verfügung des französischen Oberkommandierenden in Deutschland bestimmt werden. Doch wird die gemischte Kommission alle ihr nützlich erscheinenden Vorschläge der Militär-Regierung vorlegen können. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn diese Vorschläge einstimmig durch die Kommission angenommen würden. Auf alle Fälle wird die Militär-Regierung bestrebt sein, allen Gruppen und Schichten der Bevölkerung eine Vertretung in der Vorläufigen Landesversammlung zu sichern und auf die beiden Wahlergebnisse Rücksicht zu nehmen.

Es steht zur Zeit noch nicht fest, ob in zwei verschiedenen Gruppen gewählt werden wird, und zwar in einer für das Rheinland und in einer anderen für die Pfalz. Auch hier können der Oberen Militär-Regierung durch die Kommission alle nützlichen Vorschläge gemacht werden. Selbstverständlich ist, daß es nur eine einzige Vorläufige Landesversammlung für Rheinland, Hessen und Pfalz geben wird, und daß die Städte und Kreise die Hauptgrundlage für diese indirekt gewählte Versammlung bieten werden.

Die Verwaltungsänderung

Was nun die Verwaltungsänderung in der nördlich besetzten Zone betrifft, so hat die französische Behörde bereits beschlossen, den Regierungsbezirk

Mainz an das Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau anzugliedern. Nur das Datum ist noch nicht festgesetzt. Ueber diese Frage, die wahrscheinlich finanzielle Rückwirkungen hervorruft, wird, hat die gemischte Kommission ihr Gutachten abzugeben. Regierungspräsident Steffan betonte hierbei, daß die Ab- und Neugliederung sehr wahrscheinlich zu einem Vermögensgleichgewicht zwischen den zwei Verwaltungsgebieten Anlaß geben würde. Jedoch muß der endgültige Beschluß vor den Kreiswahlen gefaßt sein.

Endlich kam Gouverneur de Bois-lambert auf die Aufträge der Gemischten Kommission zu sprechen. „Grund der heutigen Sitzung“, betonte der Gouverneur, „ist nicht, Ihnen Anweisungen zu geben. Ich möchte nur hervorheben, was schon beschlossen worden ist, und Sie meine Herren, auf die Wichtigkeit Ihrer Aufgabe aufmerksam machen. Ich erlaube mir jedoch, Ihnen zu empfehlen, so schnell wie möglich einen Plan für Ihre Arbeiten festzulegen. Unter Ihnen befinden sich Parlamentarier die genau wissen, daß man keinen Entschluß treffen kann, wenn die Sache nicht sorgfältig vorbereitet worden ist. Es handelt sich nämlich darum, rasch und in den besten Verhältnissen die zukünftige Regierung des Landes ins Leben zu rufen. Ist das geschehen, so werden viele Fragen leichter zu lösen sein. Deshalb auch überlasse ich Ihnen die freie Festlegung Ihres Arbeitsprogramms und der Zeit Ihrer Sitzungen.“

Gouverneur de Bois-lambert sprach nur den Wunsch aus, die Protokolle der vorgeschrittenen Arbeit regelmäßig zu empfangen, und mit den Mitgliedern des Ausschusses ständig in Führung zu bleiben.

Der Standpunkt der Araber

Zur Frage Palästinas

London (BBC). Auf der Palästina-Konferenz in London umriß am Mittwoch der Sprecher der sieben arabischen Staaten den arabischen Standpunkt.

Er erklärte, kein Teil Palästinas dürfe abgetrennt werden, um als Heimstätte oder Staat für eine Gemeinschaft von Einwanderern zu dienen, die sich aus den verschiedensten Nationalitäten rekrutiert. Die jüdische Frage gehe die ganze Welt an und erfordere daher eine weltweite Lösung. Der gesunde Menschenverstand, so sagte der Sprecher, diktiert die natürliche Lösung des Problems, nämlich die Anerkennung des Rechtes der Bevölkerung Palästinas, im eigenen Lande in Sicherheit zu leben und über ihr eigenes Geschick zu entscheiden.

Der Sprecher drückte die Genugtuung der arabischen Länder über die wohlwollende Haltung aus, mit der Großbritannien arabische Länder bei der Erreichung von Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt habe. Er fuhr fort, wenn den palästinensischen Juden politische Unabhängigkeit zuerkannt werde, so würde jede wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den arabischen Staaten ergebnislos bleiben.

Die Palästina-Konferenz tagte sodann in geschlossener Sitzung. Außenminister Bevin ersuchte die Konferenz, das vorliegende Problem, dessen Auswirkungen weit über Palästina hinausgehen, in allen seinen Aspekten zu prüfen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga betonte den aufrichtigen Wunsch der arabischen Delegierten, eine gerechte und faire Lösung der Palästina-Frage zu finden.

Waffenstillstand in China

Ein kommunistischer Vorschlag

Schanghai (Dana). Der chinesische Kommunistengeneral Chu-en-lai schlug am Donnerstag dem amerikanischen Botschafter in China, Stuart, den sofortigen Wiederausbruch des von General Marshall vorgeschlagenen Komitees zur Verhandlung über einen Waffenstillstandsvertrag in Nordchina vor. Die früheren kommunistischen Forderungen nach einem bedingungslosen Waffenstillstand als Voraussetzung für Friedensverhandlungen war von General Tschiang Kai-scheck abgelehnt worden.

Nach Meldungen von der Front des chinesischen Bürgerkrieges befinden sich die kommunistischen Streitkräfte an verschiedenen Abschnitten in der Defensive.

Eine Asien-Konferenz

London (BBC). Der Vizepräsident der neuen indischen Interimregierung Pandit Nehru hat die Staaten Asiens zur Teilnahme an einer Konferenz über asiatische Angelegenheiten eingeladen. Die Konferenz soll zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden und u. a. folgende Fragen erörtern: Rassenprobleme, der Übergang von der Kolonial- zur Nationalwirtschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklung der Industrie und die Rechte der Frauen.

Zu milde Sühne

für einen „Stürmer“-Redakteur

Nürnberg. Der öffentliche Ankläger der Nürnberger Spruchkammer hat gegen den Sühnentscheid, den die Spruchkammer gegen den ehemaligen Redakteur des „Stürmer“, Hans Winkler, verhängte, Einspruch erhoben und sich für eine schärfere Bestrafung ausgesprochen. Winkler war zu drei Jahren Arbeitslager, fünfzigprozentigen Einzug seines Vermögens und langjähriger Aberkennung der öffentlichen Rechte verurteilt worden. Der öffentliche Ankläger verlangt acht Jahre Zwangsarbeit für den ehemaligen Stürmer-Redakteur, der in zahlreichen Artikeln für die Ziele der Naziführer eingetreten war.

Vor einer Einigung über Triest?

Italien verhandelt unmittelbar mit Jugoslawien

Paris (BBC). In den Fragen Triest und Venezia Giulia scheint sich eine neue Entwicklung anzubahnen. Die Vertreter Jugoslawiens und Italiens halten zur Zeit informelle Besprechungen ab. Jugoslawien soll den auf einer Geheiminsizung der vier Außenminister im Juni vorgebrachten Vorschlag Molotows erneut vorgebracht haben, daß Triest und Umgebung ausschließlich unter gemeinsamer italienisch-jugoslawischer Kontrolle, ohne die Mitwirkung anderer Mächte, stehen sollen. In der Frage Venezia Giulia hat Italien vorgeschlagen, die italienisch-jugoslawische Grenze durch Volksentscheid in Venezia Giulia zu bestätigen.

Der italienische Vorschlag war in einem Schreiben des italienischen Hauptdelegierten Bonomi an den Vorsitzenden des Italien-ausschusses für politische und territoriale Fragen enthalten. Dieser Ausschuss ist für das Problem Triest und die italienisch-jugoslawische Grenze zuständig. Bonomi führte in seinem Schreiben an, nach den von der italienischen und jugoslawischen Delegation vorgebrachten Erwägungen seien die beiden Regierungen in zwei Punkten im wesentlichen einig:

1. die italienisch-jugoslawische Grenze solle eine ethnische Grenze sein, d. h. sie solle soweit wie möglich die italienische Bevölkerung von der jugoslawischen scheiden, so daß keine erhebliche Minorität unter fremder Herrschaft bleibe;
2. bei der Bestimmung dieser ethnischen Grenzlinien sollten die Wünsche der Bevölkerung des strittigen Gebietes Venezia Giulia berücksichtigt werden.

Am Mittwoch wurden die Vorschläge der vier Großmächte zum Problem Venezia Giulia, nach denen die sogenannte „französische Linie“ angenommen werden soll, von dem jugoslawischen Delegierten im Italien-Ausschuss erneut angegriffen. Er beschränkte sich dieses Mal auf jenen Teil der „französischen Linie“, durch den die Stadt Görz an Italien fallen soll, und be-

hauptete, daß Jugoslawien ein ethnisches und historisches Recht auf Görz besitze, das den gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelpunkt eines großen slowenischen Gebietes bilde.

Arbeit des Friedenskongresses

End-Termin der Ausschüsse

Paris (BBC). Den Ausschüssen des Friedenskongresses ist mitgeteilt worden, daß sie ihre Arbeiten spätestens bis zum 5. Oktober zu beenden haben. Der Generalsekretär des Kongresses, berichtete am Donnerstag über die Arbeiten der Ausschüsse. In neun Ausschüssen sind bisher nur 53 von den 223 Artikeln der fünf Friedensvertragsentwürfe behandelt worden. Es wurde indessen darauf hingewiesen, daß diese Bilanz bis zu einem gewissen Grade irreführend ist, weil viele der noch offenen Artikel und Zusatzanträge in mehreren der Verträge vorkommen und wahrscheinlich schnell geregelt werden können, wenn man sich erst über die Grundsätze verständigt habe.

Die schlimmsten Verzögerungen sind im Ausschuss für politische und territoriale Fragen für Italien und im Wirtschaftsausschuss für den Balkan und Finnland eingetreten. Aendererseits macht der Militärausschuss gute Fortschritte. Dieser Ausschuss hat am Donnerstag die italienischen Klauseln des Vertrags mit Italien stehen praktisch bereits fest. Der Ausschuss für Finnland hat am Donnerstagabend seine Arbeiten beendet. Der politische und territoriale Ausschuss für Rumänien gab den Abschluß seiner Erörterungen bekannt.

Der Territoriausschuss für Italien wird am Freitag das Triester Statut erörtern. Bei den Donnerstagberatungen wurde die von Frankreich vorgeschlagene und von den Großmächten gebilligte Grenze zwischen Italien und Jugoslawien von den meisten Delegierten angenommen. Eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Man nimmt jedoch an, daß die Beratungen über die Abänderungsvorschläge zu der von Frankreich vorgeschlagenen Grenzlinie abgeschlossen sind.

Die Nürnberger Angeklagten

Besuch der Angehörigen

Nürnberg (Rheina). Frau Emmy Göring, die am Mittwoch mit ihrer 10jährigen Tochter Edda in Nürnberg angekommen war, konnte am Donnerstag zum ersten Male ihren Mann, den Angeklagten Hermann Göring, für eine halbe Stunde im Nürnberger Gerichtshof besuchen. Bis zur Urteilsverkündung am 23. September, darf sie ihren Mann täglich eine halbe Stunde sehen. Ihre Tochter Edda ist von diesen Besuchen ausgeschlossen, da Jugendliche unter siebzehn Jahren das Gefängnis nicht betreten dürfen. Auch Frau von Ribbentrop, die in Amersee bei München lebt, traf am Mittwoch in Nürnberg ein. Bisher waren nur die Frau des Angeklagten Jodl und der Sohn Franz von Papens, beide als Mitarbeiter der Verteidigung in Nürnberg anwesend.

Die Angeklagten verbringen ihre Zeit damit, sich in kleinen Gruppen zu unterhalten und zu lesen. Die strengen Gefängnisregeln sind jetzt aufgelockert worden, so dürfen die Gefangenen zum Beispiel jetzt täglich vier Stunden ins Freie gehen, anstatt eine Stunde, wie während des Prozesses.

Der Rundfunk zur Wahl

Der „Südwestfunk“ richtet aus Anlaß der Gemeindegewahlen in der französischen Zone für alle sender einen Wahlsonderrundfunk ein, der ununterbrochen in der Nacht zum 18. September die einlaufenden Wahlergebnisse aus der gesamten Zone bekanntgibt. Die Wahlergebnisse werden jeweils in das während der ganzen Nacht laufende Musikprogramm einge-

Der Aufbau des Rechts

Wieder Verwaltungs-Gerichtsbarkeit

Der Nazi-Staat war ein Gewalt- und kein Rechtsstaat. Die Richter waren nicht mehr unabhängig, sondern mußten Recht nach den jeweiligen Auffassungen und Auslassungen des sogenannten Führers sprechen. Die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit hatte sogar völlig aufgehört. Ein Einspruch oder ein Verfahren gegen irgendwelche Entscheidungen oder Verfügungen von Ämtern war unzulässig, da das gegen das Führerprinzip verstößen hätte. Wie man sich erinnert, stand an der Spitze jedes Amtes ein kleiner, mittlerer oder großer Führer. Auf alle Fälle ein Führer, dem jedermann zu parieren hatte. Auch gegenüber der Polizei gab es keine Einsprüche. Sie konnte praktisch mit jedem tun, was sie wollte. Niemand konnte ihr dabei, außer den oberen Instanzen, dreinreden. Nur so war es möglich, daß die Gestapo, also die Geheime Staatspolizei, ein Willkür-Regiment ohne gleichen ausüben konnte, dem schließlich Millionen Menschen zum Opfer fielen. Diese Willkür ging so weit, daß die Gestapo mehr und mehr auch in das ordentliche Rechtsverfahren der Gerichte eingriff und ihrerseits Recht auf ihre Art schuf, das heißt, einen völlig rechtlosen Zustand.

Im Zuge der Wiederherstellung eines ordentlichen Rechtes, nach dem die Gerichte wieder in voller Unabhängigkeit ihre Tätigkeit ausüben können, wird auch die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit wieder eingeführt. Eine soeben vom Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz ergangene Rundverfügung, die wir an anderer Stelle in vollem Wortlaut veröffentlichten, regelt den Aufbau, die Zuständigkeit und das Verfahren der Verwaltungs-Gerichte. Diese sind: die Kreisverwaltungs-Behörden, die Bezirksverwaltungs-Gerichte und das Oberverwaltungs-Gericht. In erster Rechtsstufe entscheiden die Landräte und Oberbürgermeister und in zweiter die Bezirksverwaltungs-Gerichte bei den Regierungspräsidenten, bestehend aus drei Mitgliedern, die die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen müssen. Als oberste Instanz figuriert das Oberverwaltungs-Gericht, das sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt, die die gleichen Voraussetzungen wie bei den Bezirksverwaltungs-Gerichten erfüllen müssen. Die Mitglieder der Gerichte sind bei ihren Entscheidungen an keinerlei Weisungen gebunden.

Der Wiederaufbau der Verwaltungs-Gerichtsbarkeit ist ein erfreulicher Fortschritt in der Wiederaufrichtung eines normalen und unabhängigen Rechtes, so daß fortan auch wieder sämtliche Verordnungen, Anordnungen und Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, nicht zuletzt der Polizei, dem Rechtsanspruch unterliegen können. Die Verwaltungs-Gerichte werden ihre Tätigkeit sofort aufnehmen. Das ist gerade jetzt von besonderer Bedeutung, da diese Gerichte auch für Entscheidungen über Wahlanfechtungen zuständig sind.

Razzia auf Edelmetall

durch britische und US-Militärpolizei

Berlin (BBC). Bei einer Suchaktion der britischen und amerikanischen Militärpolizei, die seit Montag in den beiden Zonen sowie in den beiden Sektoren von Berlin durchgeführt wird, sind Edelsteine, größere Mengen Platin, Gold und Silber im Gesamtwert von mehreren Millionen Pfund Sterling beschlagnahmt worden.

Im Verlauf der Aktion waren in beiden Zonen viele hundert Personen vernommen und in der britischen Zone allein 40 verhaftet worden. Bei den Razzien, die unter der Bezeichnung „Operation Spader“ durchgeführt wurden, sind bis zu 1000 Mann der britischen, amerikanischen und deutschen Polizei eingesetzt worden. Es sollten alle Bestände an Edelsteinen und Edelmetallen erfaßt und sichergestellt werden, die entgegen den Bestimmungen nicht angemeldet waren. Diese Wertgegenstände standen bis zum Zusammenbruch unter der Kontrolle der Reichsstelle für Edelmetalle in Berlin, die auch die bedeutendsten, während des Krieges von der Reichsregierung und anderen deutschen Stellen im Ausland erworbenen Bestände erfaßte. Im Frühjahr 1945 waren sie an verschiedenen Plätzen verlagert, um sie einer Beschlagnahme durch die Alliierten zu entziehen. Erst nach monatelangen Nachforschungen konnten die alliierten Behörden die meisten Verstecke feststellen.

Berliner SP.-Führer entlastet

Swolinsky war kein Nazi

Berlin (Rheina). Die gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner SP, Swolinsky, erhobenen Anschuldigungen, er habe im „Dritten Reich“ durch das Tragen des Parteiabzeichens seine Sympathie für die Nazis bekundet, wurden jetzt nach einer Beweisaufnahme durch den Tempelhofer Entnazifizierungsausschuss mit der Begründung zurückgewiesen, für den unbedingten Beobachter ergäbe sich nicht die Wahrscheinlichkeit, daß die Beschuldigungen objektiv seien und der Wahrheit entsprächen.

Gegen die acht Belastungszeugen, die sich teilweise in Widersprüche verwickelten, waren 27 Entlastungszeugen aufgetreten, die dem Gericht glaubwürdig erschienen und die es für ausgeschlossen erklärten, daß Swolinsky jemals ein Abzeichen der NSDAP getragen habe.

Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien sollen ab Ende September in monatlichen Durchschnittskontingenten von fünfzehntausend Mann rückgeführt werden. Dies wurde in einer Erklärung der britischen Regierung bekanntgegeben. Nur höhere Offiziere und überzeugte Nazis sind nicht in dem Rückführungsplan inbegriffen. Als erstes deutsches Mädchen erhielt eine Berlinerin vom britischen Innenminister die Erlaubnis, einen englischen Staatsbürger zu heiraten und nach Großbritannien zu gehen.

Hier sprechen die Parteien!

SP Glück und Wohlfahrt für alle!

Von Regierungspräsident J. Steffan-Mainz

Als die französische Militärregierung beschlossen hatte, auch in der von ihr besetzten Zone Wahlen auszuschreiben, hat sie damit zweifellos richtig gehandelt. Der Bevölkerung sollte damit die Möglichkeit gegeben werden, in freier Wahl ihren politischen Willen kund zu tun. Das Ergebnis der ersten Wahlen, der Gemeinderatswahlen, wird die Grundlage der parlamentarischen Vertretung der kleinsten Zelle der so genannten Anordnungsstellen, nämlich der Gemeinde, liefern. An Stelle der seit längerer Anordnungsstellen, die kraft höherer Anordnung bestellt wurden und lediglich beratenden Charakter hatten, tritt nunmehr der in freier Wahl ermittelte Gemeinderat, der durch sein Wirken die kommunalpolitische Arbeit wesentlich beeinflussen und entscheiden oder beeinflussen kann. Hat sonach die Militärregierung, als sie diese Wahl anordnete, durchaus richtig gehandelt, ist es nunmehr Sache der Wähler, zu beweisen, daß auch sie richtig zu handeln versteht.

Zwischen den „Wahlen“ des tausendjährigen Reiches und derjenigen des 15. September 1946 ist die in die Augen springende Verschiedenheit offenbar. Dort eine bis zur Unertlichkeit gehende kreischende Propaganda und entwürdigendes Kommandiertwerden, hier das Werben der Vertreter zugelassener Listen, in sachlicher Art die Entscheidung dem freien Willen der Wahlberechtigten überlassend. Das ist eben der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie. Die Ersteren haben wir Gott sei Dank überwunden, die Letztere wollen und sollen wir uns jetzt wiedergeben. Das schreibt sich so leicht, und es sollte eigentlich auch leicht sein. Aber schon zweimal in seiner neuen Geschichte hatte das deutsche Volk die Möglichkeit, sich demokratisch zu orientieren. Zum ersten Male 1848, als die Sehnsucht nach politischer Freiheit und nach den Menschenrechten in Deutschland lebendig ward. In heller Begeisterung strömte sehnsüchtig die akademische Jugend zu den Fahnen der Demokratie, die der Bürgerstand entrollt hatte. In Berlin wurde auf Befehl des späteren Kaisers Wilhelm I. die Freiheitskämpfer zusammenkartiert, und der schöne Traum von Menschentum und Menschenrechten war ausgeträumt. Der Geist von Potsdam trat an seine Stelle, und das deutsche Volk wurde von Großadmiral, Großindustriellen und Militärs wiederum in den Zustand der Unfreiheit zurückgestoßen.

In jener Zeit beginnt der leidenschaftliche Kampf der deutschen Sozialdemokratie für die Freiheit und für die Menschenrechte der Unterdrückten.

Und wenn es in der heutigen Zeit noch keine Sozialdemokratie gäbe, müßte sie noch in diesen Tagen geschaffen werden. Achtzig lange, vielfach harte, aber traditionsreiche Jahre hat die Sozialdemokratie ihr Wirken in Deutschland entfaltet. Ihr schlugen die Herzen der arbeitenden Be-

völkerung heiß entgegen. Sie war die Sachwalterin der werktätigen Bevölkerung. In ihr hatte Platz ein jeder, der eine der menschlichen Gesellschaft nützliche Arbeit verrichtete, der Arbeiter, der Angestellte, der Bauer, der Beamte, der Gewerbetreibende und der Handwerker, der Hand- und Kopfarbeiter. Die Partei wurde aus kleinsten Anfängen zur Partei des Volkes und sie war im wahrsten Sinne des Wortes deshalb auch die Volkspartei. Daß im kaiserlichen Deutschland ein Sozialdemokrat kaum für geeignet befunden wurde, einen Posten in der Verwaltung zu bekleiden, ist noch in aller Erinnerung. Im Großherzogtum Hessen wurde nicht einmal ein Nachwähler bestätigt, der sich zur Sozialdemokratie bekannte. Unbeirrt aber hielt die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Kriegstreiber, sie warnte vor dem Wirtum, weil sie wußte, daß jedes Wirtum im Kriege enden muß. Sie wußte nur zu gut, daß die breiten Massen des Volkes in jedem Kriege die Opfer an Gut und Blut bringen müssen. Sie führte ebenso leidenschaftlich den Kampf gegen die Ausbeuter und versuchte, die Lebenslage der arbeitenden Massen nach besten Kräften günstiger zu gestalten.

Als das kaiserliche Deutschland im November 1918 unter den Schlägen der Alliierten zusammenbrach, hatte das deutsche Volk zum zweiten Male vom Schicksal die Möglichkeit erhalten, sich die Demokratie zu geben. In der Weimarer Verfassung wurden die politischen Freiheiten und die Menschenrechte verankert. Daß diese Verfassung, die an Genauigkeit alle Verfassungen der Welt übertraf, verdient hätte, bis in alle Ewigkeit das Grundgesetz unseres Staatslebens zu bleiben, kann heute von niemand bestritten werden. Daß sie im Jahre 1933 von dem Usurpator Hitler beseitigt und außer Kraft gesetzt werden konnte, war das Unglück für Deutschland und die Welt. Was an ihre Stelle trat, war grausame Entrechtung, blutige Tyrannei.

Wenn wir nun inmitten einer zusammengebrochenen Welt zum ersten Mal wieder die Möglichkeit haben, in freier Wahl unseren politischen Willen zu bekunden, legt uns diese Freiheit eine große Verpflichtung auf. Es wäre falsch, wollte man sagen, die Gemeinderatswahlen hätten mit den großen Problemen nichts zu tun. Ich weiß, daß es solche Neumal-Weisen gibt, die so sagen: Es sind die, die die Nase rümpfen, wenn man von Parteien spricht, und sie fühlen sich sehr stolz, wenn sie sagen können, sie seien parteilos.

Gibt es überhaupt etwas Derartiges? Nein! Jeder ergreift irgendwann und irgendwo einmal Partei, und ohne daß er es will, steht er mitten drin im Parteilieben. Sogenannte Parteilose haben schon oft hören müssen, daß parteilos gleich sinnlos heißt. Sie aber eine Gesinnung muß man haben. Sie kann gut oder böse sein. Beides wird

man alsbald erkennen. Und wenn die Sozialdemokratische Partei sich kraft ihrer Tradition und Kraft ihrer Leistung aus der Vergangenheit an die Wählermassen wendet, dann wendet sie sich an diejenigen mit guter Gesinnung.

Die Gemeinderatswahlen haben diesmal einen hochbedeutsamen politischen Charakter.

Vor uns selbst müssen wir bestehen können. Die Ueberreste des tausendjährigen Reiches müssen ausgeräumt werden. An ihre Stelle muß wieder treten der Glaube an das Gute, an das Menschentum, an die Menschenrechte. So, wie das Gesicht der ganzen Welt nach diesen furchtbaren aller Kriege sich verändert hat, so hat sich auch das Gesicht unseres Vaterlandes verändert. Die Züge, noch verkrampft aus dem furchtbaren Erlebnis, müssen wieder menschlich werden. Die Not ist so riesengroß, das Leid so unsagbar, daß wir aus dieser Not gemeinsam geschlossen sein müssen, eine neue Lebensgemein-

Alle Stimmen der SP!

schaft aufzurichten. Wir müssen uns gegenseitig helfen und in denjenigen, die unter den harten und grausamen Folgen eines tyrannischen Systems nicht mehr froh werden wollen, die Ueberzeugung aufzichten, daß wir in ihnen unsere Brüder und Schwestern sehen. Ich weiß, daß es schwer ist, vor Menschen, die von der Not gequält und gequält werden, von Problemen der Zukunft zu sprechen. Ihnen brennen die Gegenwartstragen unter den Fingernägeln. Ohne Wohnung, ohne Kleidung, ohne Hausrat, ohne ausreichende Ernährung, haben sie ein Recht darauf, von uns zu wissen, was wir zu tun entschlossen sind, um ihnen zu helfen. Diese Aufgaben gilt es zu meistern.

Von der Gesamtbevölkerung Deutschlands haben 35 Prozent noch alles und mehr dazu, als sie je besaßen, 25 Prozent haben nur das, was zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, sie können nur leben in starker Aniehung an die ersten 35 Prozent. Aber 40 Prozent besitzen gar nichts, sie haben nur das, was sie auf Grund ihrer Lebensmittellkarten erhalten, und Bezugschein die Gott sei Dank einmal eingelöst werden. Hier erwächst für unsere neue Gemeinschaft die Verpflichtung zu helfen. Und da beginnt die Arbeit der politischen Parteien schon im Gemeinderat.

Die Sozialdemokratische Partei betrachtet es als ihre heilige Aufgabe, dieser Frage die stärkste Beachtung zu schenken, und sie wird entschlossen sein, sie unter Anwendung aller parlamentarischen Mittel auch zu lösen.

Wohnungen müssen gebaut, Hausrat muß zur Verfügung gestellt, Wäsche und Kleidung und die sonstigen Bedürfnisse müssen befriedigt werden.

Vor dieser Aufgabe muß jeder Egoismus verstummen, und hier wird die Sozialdemokratische Partei, überall dort, wo sie auftritt und wirkt, im Interesse aller Notleidenden ihre Anträge stellen. Nicht aus propagandistischen Gründen, sondern von der tiefen Sorge erfüllt, wahrhaft zu helfen. Ist dies alles aber eine Angelegenheit, die unter kommunal- und innenpolitischen Gesichtspunkten die vordringlichste ist, so hat doch die Wahl vom 15. September auch außenpolitische eine Bedeutung, die nicht unterschätzt werden darf.

Einmal müssen wir uns sagen, daß das Ausland wissen will, ob wir uns von dem Ungeist von Potsdam, von den Folgen des Nationalsozialismus wirklich endgültig losgesagt haben, und ob wir entschlossen sind, uns für eine wahre und starke Demokratie zu entscheiden. Das wird das Fundament für unser außenpolitisches Leben sein. Entscheiden wir uns hierzu, wird der abgrundtiefe Haß, der als Folge der Hitler-Tyrannei in dem ganzen Welt gegen alle Deutsche vorhanden ist, nach und nach ausgeräumt und wir wieder mit Vertrauen behandelt werden. Handelspolitische Beziehungen werden möglich sein, und aus

diesem Außenhandel wird die Bessergestaltung unseres Lebens kommen.

Noch sind Millionen unserer Kriegsgefangenen nicht bei uns. Ihr Schicksal wird wesentlich bestimmt davon, ob auch wir in der französischen Zone uns für die Völkerverständigung und die Völkerveröhnung und damit für den Völkerrfrieden entschieden. Deshalb wird die Wahl vom 15. September weit über die Bedeutung einer früheren Gemeinderatswahl hinaus von Wichtigkeit sein. Keine Frau und kein Mann wird sich dieser Erkenntnis verschließen dürfen.

Die Sozialdemokratische Partei hat stets für den Frieden gekämpft. Sie hat nicht anderen Völkern das Lebensrecht streitig gemacht, und sie wird um deswillen auch für das Lebensrecht unseres Volkes in dieser Zeit bei allen internationalen Verhandlungen ihre Stimme erheben dürfen.

Sie ist hierzu berechtigt. Und schon sind Stimmen aus den sozialistischen Parteien des Auslandes laut vernnehmlich geworden, die den Willen auch ihrer Völker zu Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke bekunden. Wenn dieser Zustand erreicht werden kann, dann wird menschliches Glück und Wohlfahrt auch bei uns in der französischen Zone einkehren. Deshalb:

Macht die Sozialdemokratie stark! Wählt Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung!

Die Kandidaten für die Gemeinderatswahl in Mainz

Sozialdemokratische Partei

1. Calujek Anton, Angestellter, Mainz, Ehrhardstraße 10; 2. Krahn, August, Versicherungskassierer, Mainz, Karthäuserstr. 6; 3. Freitag, Alfred, Parteisekretär, Mainz, Am Zollhafen 10; 4. Matthes, Magdalena, Geschäftsfrau, Mainz, Hechtshofer Straße 5; 5. Hufschmidt, Max, Ortsvorsteher, Mainz-Weisenau, Rheinstr. 85; 6. Johanniterweg, Heinrich, Schlossermeister, Oderstraße 33; 7. Gückinger, Friedrich, Landwirt, Mainz-Mombach, Feldherrnstr. 8; 8. Szymoszek, Albert, Angestellter, Mainz-Gonsenheim, Mombacher Straße 36; 9. Fröhder, Hermann, Elektromonteur, Mainz-Bretzenheim, Dalheimerstr. 1; 10. Hennig, Dora, Hausfrau, Mainz-Mombach, Koppelstraße 2; 11. Herrmann, Paul, Behörden-Angest., Bismarckplatz 6; 12. Bitter, Aug., Buchdrucker, Görzstraße 4; 13. Wenk, Johann, Maschinenschl., Fischerstr. 7; 14. Müller, Josef, Maurerpolier, Mainz-Weisenau, Taunusstraße 4; 15. Werner, Else, Verwaltungs-Angestellte, Mainz, Grebenstraße 4; 16. Que'sch, Willi, Ingenieur, Mainz-Bretzenheim, Dalheimerstraße 16; 17. Kemtner, Wilhelm, R.-B.-Werkemeister, Mainz, Am Römerlager 40; 18. Harasin, Heinrich, Graphiker, Mainz, Mozartstraße 6; 19. Nikolaus, Jakob, Strommeister, Mainz-Gonsenheim, Bornwald 12; 20. Limbach, Franz, Soz.-Vers.-Angestellter, Adelnstr. 30; 21. Weiß, Hermann, Buchhändler, Mainz, Schneckenburgerstraße 12; 22. Wellinger, Lina, Einlegerin, Mainz, Zangasse 28; 23. Distelhub, Paul, Reichsbahnheifer, Mainz-Mombach, Jahnstr. 13; 24. Heller, Adam, Verwaltungs-Angestellter, Mz.-Weisenau, Schillerstraße 22; 25. Enderle, Karl, Großhändler, Mainz, Kühltstr. 24; 26. Weiß, August, Brauer, Mainz, Emmerich-Josef-Straße 8; 27. Hell, Gustav, Schreinermeister, Mainz, Langenbeckstr. 30; 28. Juli, Albertine, Hausfrau, Mainz, Kühltstr. 16; 29. Bund, Karl, Schneidermeister, Mainz, Ehrhardstraße 47; 30. Becker, August, Kopfschlichtermeister, Mainz-Zehlbach, Lenzeloh 41; 31. Menz, Heinrich, Kranführer, Mainz, Am Pulverturm 2; 32. Schmitt, Jak., Autoschlosser, Mainz-Bretzenheim, Schulstraße 95; 33. Weyer, Willi, Kaufm., Kaiserstraße 66; 34. Kaczor-Ludwig, Käthi, Hausfrau, Mainz-Gonsenheim, Friedenstraße 33; 35. Schuchmann, Karl, Joh. Jak., staatl. geprüfter Obergärtner, Wallaustraße 75; 36. Mundschenk, Josef, Dreher, Mz.-Weisenau, Goldenluftstraße 4.

Christlich-Demokratische Union

1. Diehl, Lorenz, Privatmann, Mainz, Holzofstr. 4/10; 2. Dahlem, Dr. Friedrich, Rechtsanwalt, Mainz, Große Bleiche 35/37; 3. Kraus, Dr. Emil, Oberbürgermeister, Mainz, Am Rosengarten 18; 4. Gahr, Hans Josef, Rektor, Mainz-Gonsenheim, Nerostr. 3; 5. Zickwolf, Otto, Kaufm., Mainz, Kupferbergterrasse 16; 6. Schmidt, Christian, Bauarbeiter, Mainz, Drususwall 72; 7. Eisenhauer, Peter, Schreiner, Mainz, Kaiser-Karl-Ring 13; 8. Schwahn, Dr. Quimbert, Oberrechtsrat, Mainz, Rittersstraße 3; 9. Diefenbach, Ludwig, Verwaltungs-Angestellter, Mainz, Feldbergstraße 16; 10. Matthes, Hermann, Dinkon, Mainz, Auf der Steig 6; 11. Mayer, Dr. August, Oberstudiendirektor, Mainz, Langenbeckstr. 24; 12. Laubach, Jak., Stadtsinp. i. R., Mainz-Weisenau, Fruchtestraße 17; 13. Ludwig, Josef, Landwirt und Obst- und Gemüsegroßhändler, Mz.-Gonsenheim, Marienstraße 3; 14. Heim, Michael, Landwirt, Mainz-Mombach, Hauptstr. 145; 15. Bachmann, Anton, Bäckermeister, Mainz, Betzelsasse 20; 16. Ruckesbüser, Ludwig, Schmiedemeister, Mz.-Bretzenheim, Kirchstraße 43; 17. Fischer, Peter, Schriftsetzer, Mainz, Weichselstraße 44; 18. Waldschmitt, Lorenz, Kaufmann, Mainz, Freiligrathstr. 14; 19. Gerster, Gottfried, Generalangl., Mainz, Weibergerstr. 11; 20. Bucksmaier, Katharina, Verw.-Angestellte, Mz.-Gonsenheim, Lennbergstraße 24; 21. Risch, Jak., Ofensetzermeister, Mainz, Boppstr. 3; 22. Spieß, Dr. Paul, Apotheker, Mainz, Augustinerstr. 23; 23. Kohl, Dr. Josef, wissenschaftl. Assistent, Mainz, Schleichstraße 18; 24. Fischer, Adam, Gastwirt, Mainz-Weisenau, Pömerstraße 19; 25. Schmitt, Phil. L., Kaufmann, Mz.-Gonsenh., Goetheplatz 6; 26. v. Jungenfeld, Dr. Jakob, Studienrat, Mainz, Hallesplatz 2; 27. Magerkurth, Heinrich, Eisenbahnamtmann, Mainz, Mombacher Straße 7; 28. Aufleger, Albert, Stadtervermessungsinspektor, Mainz, Am Fort Heiligskreuz 2; 29. Kappesser, Karl, Lohnbuchhalter, Mainz-Bretzenheim, Hochstr. 71; 30. Kriegl, Konr., Stadtoberinspektor, Mainz, Augustusstr. 2; 31. Herrm. Heinrich, Bäckermeister, Mainz, Mombacher Straße 9/10; 32. Heinrich, Fritz, Glaserstr., Mainz, Ballpl. 2; 33. Queischer, Josef, techn. Eisenbahnsinp., Mainz, Willigisstraße 8; 34. Spanner, Ignaz, Bilanzbuchhalter, Mainz, Boppstr. 42.

Kommunistische Partei

1. Baumann, Paul, Angestellter, Mainz, Adelnstr. 16; 2. Köth, Karl, Lackierer, Mainz, Mathildestraße 9; 3. Halein, Josephine, Angestellte, Mainz, Hint. Bleichstr. 4; 4. Hauck, Joh., Angestellter, Mainz-Bretzenheim, Bahnsr. 6; 5. Wittmann Josef 35/10; 6. Orth, Joh., Eisenleger, Mainz-Bretzenheim, Anzenasse 13; 7. Löff, Eleonore, Sekretärin, Mainz, Ehrhardstraße 44; 8. Weber, Heinrich, Schlosser, Mainz, Wallstraße 36; 9. Andres, Käthe, Hau frau, Mainz, Holsteinstraße 3; 10. Reiningger, Johanna, Hausfrau, Mainz-Mombach, Schönbergstraße 12; 11. Danyi, Anton, Werkzeugmacher, Mainz-Weisenau, Kirchstraße 6; 12. Wori, Friedrich, Wagenmeister, Mainz-Gonsenheim, Oranienstraße 7; 13. Scheer, Philippine, Hausfrau, Mainz, Schönbornstraße 14; 14. Riedel, Konrad, Schlosser, Mainz, Annabergr. 24; 15. Linke, Peter, Schmid, Mainz-Mombach, Jahnstraße 35; 16. Selbert, Paul, Eisenbahnarbeiter, Mainz, Kühltstraße 19; 17. Fasel, Lina, Hausfrau, Mainz-Weisenau, Bleichstr. 71; 18. Schweidler, Bernhard, Schlosser, Mainz, Willibaldgasse 3; 19. Sauerzger, Magdalena, Metzgerin, Mainz-Gonsenheim, Marsallestr. 14; 20. Krollmann, Seb., Maurerpolier, Mainz-Bretzenheim, Klübistenstr. 3; 21. Ehrhard, Georg, Ofensetzer, Mainz, Lahnstr. 18; 22. Traut, Hanni, Graphikerin, Mainz, Uhlandstraße 14; 23. Mühlbach, Fritz, Arbeiter, Mainz, Schneckenburgerstr. 3; 24. Feuer-

Das Spiel der Kräfte

Von Diakon H. Matthes, Mainz

Man begegnet häufig der Auffassung, daß den bevorstehenden Gemeinderatswahlen nicht die politische Bedeutung beizumessen sei, die ihr von einzelnen Parteien oder von deren Führer beigelegt wird. Erst den im Anschluß an die Gemeinderatswahlen folgenden Wahlen für die Kreistage usw. wird entscheidende politische Bedeutung zuerkannt. Es wird hierbei auf Wahlmethoden und -ergebnisse in anderen Zonen anläßlich der Gemeinderatswahlen verwiesen, insbesondere auf die Möglichkeit von freien Listenverbindungen, die den Vorteil haben sollen, den örtlichen Verhältnissen von Fall zu Fall besser Rechnung tragen zu können. Die CDU, Rheinhesens und deren Führer können diese Auffassung aus mancherlei Gründen nicht teilen.

überwindet und der ihr zukommenden Verantwortung bewußt wird. Das Ergebnis muß eine erste Revue der Parteien werden.

Daß der Wahlkampf selber fair und dem Ernst der Lage entsprechend ausgetragen wird, ist ein Wunsch, der alle wirklich demokratisch gesinnten Menschen gleichermaßen beseelt. Wir wollen dabei bedenken, daß wir nach den Wahlen wieder an einem Tisch beisammensitzen müssen, und daß wir alle aufbauwilligen Kräfte nötig haben, um den überkommenen Notstände nach Möglichkeit Herr zu werden. Dieses gemeinsame Ziel darf heute kein politischer Mensch aus dem Auge verlieren.

Gegenseitige Achtung

Dessenungeachtet müssen wir uns gegenseitig Achtung entgegenbringen, auch dann, wenn wir im politischen Kampf nicht immer einer Meinung sein können. Das wird die erste Stufe zu einer wirklichen Demokratie sein. Die gemeinsamen Opfer des hinter uns liegenden Krieges und des politischen Machtkampfes des Dritten Reiches erheben ihre mahnenden Stimmen.

Die Eröffnungsbilanz, nach der heute bei uns Politik gemacht werden muß, ist so

Wir wissen aus der Geschichte, unter welch schweren Opfern und Schmerzen auch in anderen Ländern neue Formen, etwa die Demokratie geboren wurden. Erkenntnis an die Geschichte der Demokratie in England. Wir vermissen im Chor der Parteien eben jene klare grundsätzliche Benennung auf das Fundament, von dem man aus den Neubau aufzurichten will. Wir geben zu, daß dies keineswegs leicht ist, denn alle bisher gekannten politischen Glaubensbekenntnisse sind durch die harte Wirklichkeit des Geschehens am Ende. Und wir wollen uns hüten, vorschneidende politische Glaubensbekenntnisse, neue politische Propheten auszurufen. Seit 1914 bis dahin sind wir von einer Krisis in die andere geschlittert, eben weil es an der kinderen Grundlegung gefehlt hat. Im Endergebnis hat dieser Mangel dazu geführt, daß sich in Deutschland eine Unzahl von Interessengruppen gebildet haben, die aber in sich keine einigende Kraft haben konnten. Wir müssen auch bezweifeln, daß die kollektive Gesellschaft eines Marx heute etwa noch den Grund abgeben könnte, eine politische Stabilität zu gewährleisten, die jetzt nötiger ist denn je. Andererseits erfüllt uns die Beherrschung der Natur und ihrer Kräfte durch die Technik und der zum Götzen erhobene Materialismus auch nicht gerade mit einer reinen Freude. Im Hintergrund sieht das Zittern vor kommenden Dingen. Sozialismus an sich ist zwar ein Programm, aber keine Grundlegung. Der Dunst einer allgemeinen Menschlichkeit, wie er im Zeitalter der Aufklärung wie ein Wolkennebel über einer menschenfreundlichen Zeit lag, ist verloren. An seine Stelle ist ein allgemeiner Egoismus getreten, der jetzt manchmal recht brutale Formen annimmt.

Christlich und Sozial

Die CDU ist gewiß eine Neugründung, aber wie uns scheint, eine notwendige. Wenn sie ihre Gegner dadurch reizt, daß sie sich bewußt als christliche Partei manifestiert hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß man dort die Dinge noch nicht klar gesehen hat, daß man selber noch keinen absolut eindeutigen Standort bezogen hat. Man wird für die Folge keine Politik auf weite Sicht treiben können, ohne eine wie oben nachgewiesene Grundlegung. Da indessen christlicher Glaube nicht jedermanns Ding ist, erhebt wir auch keinen Anspruch auf christliche Persönlichkeiten in anderen Parteien vertreten sein können, doch haben wir keinerlei Einfluß auf einen noch näher festzulegenden weltanschaulichen Grundplan der anderen Parteien. Das müssen wir ihnen selber überlassen, und wir sind die Letzten, die nicht bereit wären, mit allen, die guten Willens sind, in einer von echt demokratischem Geist ge-

CDU-Neugründung
Erstens liegt bis zur Stunde die Wahlordnung für unser Gebiet nicht vor, es ist also noch nicht ersichtlich, ob eine solche Listenverbindung zulässig sein wird oder nicht. Und wenn diese Wahlordnung vorliegt und alle die erwünschten Erleichterungen für einzel gelagerte Fälle vorausgesetzt werden könnten, haben wir kein Interesse an einer so entstehenden Ver-

Wählt CDU!

schleierung des tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisses. Aus einem anderen Grunde aber haben wir das allergrößte Interesse an einer möglichst klaren Feststellung des Volkswillens, weil es eine nicht wegzuleugnende Tatsache ist, daß die Schlüsselstellungen, insbesondere in den kommunalen Verwaltungen, nicht annähernd dem zu erwartenden Stimmenverhältnis entsprechen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die übrigen zugelassenen Parteien schon haben in stärkerem Maße mit der Verantwortung darstellend und als solche nicht von vornherein so zur Mitverantwortung herangezogen werden konnten, wie es nach demokratischer Auffassung hätte sein müssen. Für uns bedeutet daher das Ergebnis der Wahlen nicht eine Bestätigung bereits bestehender Verhältnisse, das heißt, wir sind die einzige Partei, die erst ihre Position erkämpfen muß. Wir sind im parlamentarischen Sprachgebrauch die „Opposition“. Aus diesen Gründen haben wir das allergrößte Interesse an unabweisbaren Feststellungen. Aus diesen Gründen müssen wir aber auch die Erwartung aussprechen, daß die Wählerschaft die allenthalben festzustellende Wahlmüdigkeit

niederdrückend, daß wir uns allerdings darüber Rechenschaft geben müssen, auf welchem inneren Kapital, aus welchen Ideen und Kräften wir unsere Politik gestalten wollen. Es beruht auf einem grundlegenden Irrtum, wenn Führer anderer Parteien ihren Anhängern glauben lassen zu dürfen, daß sie, das heißt, ihre Partei keinerlei Umstellung vorzunehmen brauchen, daß sie kein neues Programm und noch weniger einen neuen Namen nötig gehabt hätten. In Bezug auf den Namen mag dies zutreffen. In Bezug auf die Inhalte der Politik vielleicht auch, aber in Bezug auf die Basis stellt diese Verkündung einen Irrtum dar, der fast unverzeihlich ist. Man ist sich dort noch nicht klar geworden, daß eben die Ideologiekritik der Parteien vor 1933 Hitler zur Macht verholten hat. Und es heißt den Sinn der Geschichte verkennen, wenn man glaubt, man könnte heute einfach dort fortfahren, wo man im Jahre 1932 oder 1933 aufgehört hat. Auch die um in jeder Hinsicht als regelgerechten Jahre haben ihre unauslöschliche Bedeutung und ihren unersetzlichen Wert, wenn sie uns neue Erkenntnisse geschenkt haben, und wenn sie uns auf den Weg zu einer neuen Idee geführt haben.

Rheinischer Merkur

Nr. 50 / 1. Jahrgang C

Dienstag, 3. September 1946

Einzelpreis 20 Pfg.

Der neue Staat am Rhein

Das Land Rheinland-Pfalz ist gebildet worden. Der Oberkommandierende der französischen Besatzungszone, General Koenig, legte in einer Erklärung vor dem Alliierten Kontrollrat und in einer sechs Artikel umfassenden Verfügung den Grundriß dieses Landes fest. Die rheinische Bevölkerung soll diesen Rahmen nun mit demokratischen Leben und mit dem Geist ihrer rheinischen, pfälzischen Eigenart erfüllen. Diese Aufgabe ist bedeutsam. Sie stellt das Land vor einen neuen historischen Anfang.

Geographisch wächst der Staat Rheinland-Pfalz, von der Ahr und Eifel im Norden bis zum Wasgenwald im Süden, am Rhein entlang gespannt, zunächst aus der Eigenart der nordfranzösischen Zone, die unvermittelt und abgeschnitten vor den Toren Kölns endet. Er umgreift das eigentliche Rhein- und Weinland, Rebstock an Rebstock an der Mosel und am Mittelrhein, Rebzeile an Rebzeile in Rheinhesen und der Rheinpfalz. Hier liegt, ohne sich damit zu erschöpfen, das wirtschaftliche Schwergewicht dieses Raumes, der in der Verwebung von historischen Linien und Gesetzen seine geistige und politische Eigenart entwickelte.

Das neue Gebilde umgreift das Gebiet zweier Oberpräsidien, die in fünf Verwaltungskörper unterteilt sind und schafft einen großen geschlossenen Bezirk. Der Vorteil liegt auf der Hand. Die Verwaltung wird sehr wesentlich vereinfacht werden können. Das wirtschaftliche Leben gewinnt, aus der bisherigen dürtigen Enge herausgelöst, einen größeren, natürlichen Fluß. Das mit staatlicher Repräsentation ausgestattete Land schafft sich das Gewicht und die Vollmacht zu einem Gespräch und zum Verkehr mit den Nachbarländern über die Mauern der letzten zwölf Jahre hinweg. Die Entwicklung soll aus der Enge in die Weite führen.

Wenn wir die Erklärung General Koenigs richtig lesen, wird das neue eigenstaatliche Gebilde aus zwei Teilen von ungleichmäßiger Größe bestehen:

1. dem eigentlichen Rheinland mit den Regierungsbezirken Mainz, Koblenz, Trier und Montabaur;
2. der Pfalz, der es nach den Worten General Koenigs im besonderen möglich bleiben soll „das Land auf demokratischer Grundlage unter Beachtung der heimischen Überlieferungen und Bestrebungen zu organisieren.“

Die besonders enge Beziehung, in die nunmehr der Regierungsbezirk Rheinhesen zu dem Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau treten wird, kommt ferner dadurch zum Ausdruck, daß unserem Vernehmen nach der Gouverneur Hettler de Boislabert mit der Koordinierung der französischen Dienststellen beauftragt ist.

Das „Goldene Mainz“ wird die Hauptstadt des neuen Staates am Rhein werden. Diese Ranghöhung für die erst junge Universitätsstadt ist sehr ehrenvoll. Sie wird in der ersten Phase allerdings mit manchen Schwierigkeiten und Lasten verbunden sein, um Raum für die Verwaltungen und Wohngelegenheiten zu finden. Ihr Oberhaupt, Oberbürgermeister Dr. Kraus, einer der fähigsten und entschlossensten Verwaltungsfachleute, steht hier vor einer neuen Aufgabe und Bewährung.

Die Stadt Koblenz tritt der berühmteren und größeren Schwester am Rhein diese Stellung neidlos, wenn auch nicht leichten Herzens ab. Sie wird bei dieser Gelegenheit allerdings den Wunsch und die Erwartung vorbringen dürfen, daß ihr Zukunftsprogramm und ihre großzügigen Planungen durch Zuweisung anderer Verwaltungszweige, insbesondere auch von Ausbildungsstätten, berücksichtigt werden. Koblenz ist nun einmal als Verwaltungstadt angelegt und nachdem sein Wiederaufbau durch Bürgermeister Schnorbach auf eine sehr gesunde Grundlage gestellt worden ist, wird sie weitere Förderung erwarten können.

In diesem Kranz mittelrheinischer Städte wird das alte, nunmehr Grenzstadt gewordene Trier, das sich als erste deutsche Stadt in die Geschichte eingeschrieben hat, gleichzeitig die Berücksichtigung finden müssen, um die sich dort gegenwärtig Regierungspräsident Dr. Steinlein und Oberbürgermeister Breitbach bemühen.

Die rheinische Bevölkerung wird mit besonderer Genugtuung die Betrauung des Gouverneurs Hettler de Boislabert zur Kenntnis nehmen. Es ist kein Geheimnis, daß der Gouverneur an seiner Aufgabe ein großes persönliches Interesse nimmt und sich in den letzten Wochen und Monaten mit Nachdruck für die wirtschaftliche Besserstellung seines Bezirks eingesetzt hat. Wenn die Schwierigkeiten und Sorgen auch noch groß genug sind, so dürfen die dank seiner Initiative erzielten Fortschritte, die vor allem auf dem Gebiet der Requisitionen und der Lebensmittelrationen liegen, als ein günstiges Symptom für die Zukunft aufgenommen werden.

Rückkehr König Georgs II.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Griechenland

ATHEN, 2. Sept. (Drahtbericht.)

Am 1. September wurde in Griechenland die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über die Wiedereinführung der Monarchie durchgeführt. Der stellvertretende Ministerpräsident gab am Montagmorgen bekannt, daß 70 Prozent der bisher abgegebenen Stimmen eine Rückkehr des Königs begünstigten. In Athen und Saloniki sprachen sich mehr als 60 Prozent, in den Landbezirken 90 Prozent für die Rückkehr aus. Auf Kreta dagegen stimmten 65 Prozent für die Republik. Ministerpräsident Tsaldaris, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, wird heute König Georg von der überwältigenden Mehrheit für die Monarchie ununterrichtet.

Mit einigen wenigen Ausnahmen verlief der Volksentscheid völlig ruhig. Frauen waren zu den Wahlen nicht zugelassen. Die Überwachung der Abstimmung lag nicht, wie erwartet, unmittelbar in den Händen interalliierten Kommissionen. Die in Griechenland stationierten britischen Truppen blieben in den Quartieren. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung waren die griechischen Militärbehörden und die Polizei verantwortlich.

Die Abstimmung war bis zuletzt in Frage gestellt. Sowjetische und kommunistische Kreise operierten mit dem Argument, die Stationierung englischer Streitkräfte in Griechenland bedeute eine direkte Einmischung in innergriechische Angelegenheiten und begünstige monarchistische Elemente. Die dadurch beabsichtigte Verschlebung des Plebiszits wurde nicht erreicht.

Auch außenpolitisch stand Griechenland in den letzten Tagen im Mittelpunkt starker Angriffe seitens seiner Nachbarn und des slawischen Blocks. Der ukrainische Außenminister Manuilsky hatte sich an den Generalsekretär der UNO gewandt und erklärt, daß Griechenland bei den Grenzstreitigkeiten mit Albanien den Frieden auf dem Balkan untergraben und eine systematische Kampagne gegen die Anhänger der linksstehenden Parteien eingeleitet hätte. Unter diesen Umständen widerspräche die Volksabstimmung der Charta der Vereinten Nationen, in der es heißt, daß jedes Volk frei über sein Schicksal und seine Regierung bestimmen könne. Die Opposition ging so weit, zu behaupten, die Volksabstimmung sei, wie immer auch das Ergebnis ausfallen würde, ein Betrug. Sie würden die Monarchie keinesfalls anerkennen. Die Kommunisten hatten sogar 98 Prozent der Stimmen für sich beansprucht.

Der griechische Regent, Erzbischof Damaskinos, der auf Wunsch Georg II. die Regentschaft übernommen hatte, wird bis zu dessen Rückkehr aus London im Amt verbleiben. Bereits nach den ersten Wahlen, am 5. April dieses Jahres, hatte Damaskinos seinen Rücktritt bekanntgegeben. Der König hatte den Rücktritt angenommen, den Regenten aber gleichzeitig gebeten, vorläufig im Amt zu bleiben. Auch der britische Außenminister Bevin und der amerikanische Geschäftsträger in Athen hatten sich mit einem ähnlichen Appell an Damaskinos gewandt.

Einem Abte zum Gedächtnis

VON F. A. KRAMER

In den frühen Morgenstunden des Montag ist der Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, im Kreise seiner Söhne, die er noch in letzter Stunde segnete, sanft entschlafen.

An seiner Bahre stehen nicht nur Prior und Konvent, sondern die Bevölkerung dieses Landes in ihrer Gesamtheit. Es sind zwei Generationen, die ihm Dank und bleibende Verehrung schulden.

Ildefons Herwegen hat für mehrere Jahrzehnte zu den bedeutendsten Gestalten rheinischen Geisteslebens gehört. Dieser durchleuchtete Kopf über einem feingliedrigen, zerbrechlichen Körper wurde auf keinem Kongreß übersehen, und seine unvergleichliche Art, persönliche Bescheidenheit mit dem sicheren Bewußtsein seiner Würde zu verbinden, ließ ihn zu einem der eindrucksvollsten Repräsentanten kirchlichen Amtes werden. Es war wie ein Bild aus den Zeiten romanisch-germanischen Mittelalters, ihn an der Spitze seiner Mönche in die alte Abteikirche einziehen zu sehen, ihn im Kapitelsaal, im Refektorium oder im Kreuzgang zu beobachten.

Schon in jungen Jahren war Ildefons Herwegen von der Bewegung zur Erneuerung des monastischen und liturgischen Lebens erfaßt worden, die von der bretonischen Abtei Solesmes ausging, und durch die Abteien der Beuroner Kongregation in West- und Süddeutschland verbreitet wurde. Nach seiner Wahl zum Abt von Maria Laach wußte er nicht nur den eigenen Konvent für diese Gedanken zu gewinnen, wie sie in seinem Buch über den Hl. Benedikt, seinem Kommentar zur Ordensregel und in den von ihm herausgegebenen Schriftenreihen, insbesondere der „Ecclesia Orans“ und „Zur Geschichte des alten Mönchtums“ ihren Niederschlag gefunden haben. Es gelang ihm, sie auch in breitere Kreise zu tragen, wobei er durch den langjährigen Prior der Abtei, P. Albert Hamenstedt unterstützt wurde (der nach achtjährigem Exil kürzlich aus den Vereinigten Staaten zurückkehren konnte). In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg ging eine ungewöhnlich starke Wirkung von Maria Laach aus, die sich zunächst auf die Universitäten Bonn, Köln und Münster erstreckte, um später die Jugend sowie die Organisationen aller Stände zu erfassen.

Als die Entwicklung der Nachkriegszeit eine bewegtere wurde, ist es Ildefons Herwegen nicht immer gelungen, die Abtei der politischen Erörterung fernzuhalten. Es wurde ihm insbesondere die Stellungnahme zu Herrn von Papen vorgeworfen. Wer im Jahre 1932 den Gegenstand des ersten Prozesses gebildet hat, den Herrn von Papen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig führen ließ, wer in diesem Punkte also eine extrem entgegengesetzte Haltung eingenommen hat und aus diesem Anlaß von dem Grafen Galen öffentlich kritisiert wurde, wird an dieser Stelle bezeugen dürfen, daß der Irrtum beider ein größerer gewesen ist. Es war weder einem Herwegen noch einem Galen vorstellbar, daß ein Edelmann Wort und Eid brechen könne, und daß einem Reichskanzler seine persönliche Karriere wichtiger sein werde als das Gemeinwohl.

Ein Herwegen, ein Galen waren von der hohen Aufgabe durchdrungen, das geistige Erbe weiterzugeben zu müssen, das ihnen übertragen war. Ihr Konservatismus, ihre Bemühung, zu bewahren und zu erhalten, war geistiger Art, wenn auch von einem politischen Konservatismus nicht genügend differenziert. Es war von der Stille einer Mönchszelle, von der kontemplativen Abgeschiedenheit des Laacher Sees allerdings wohl nicht leicht zu erkennen, daß die geistige Konservativität mit der politischen und sozialen nicht mehr identisch waren! Daß man gegenüber der politischen und sozialen Scheinordnung des großpreussischen, neuen Deutschlands nicht konservative, sondern völlig neue Wege gehen mußte, wenn man die deutsche und europäische Tradition wirklich retten wollte.

Als im Jahre 1933 der Nationalsozialismus sich als die eigentlich treibende Kraft enthüllte, hat Abt Ildefons Herwegen die wirkliche Situation schnell erkannt. In dem Konflikt, der bis zum letzten Tage des Regimes dauern sollte, zeigte er hierbei den gleichen Mut und die gleiche überlegene Festigkeit, wie sie auch Graf Galen bewiesen hat. Der Abt von Maria Laach wurde im Laufe der Jahre nicht weniger als fünfmal von der Geheimen Staatspolizei verhört. Im Jahre 1937 mußte er sich auf kurze Zeit in die Schweiz begeben, um sich der Festnahme zu entziehen, die von Goebbels gegen den „geistigen Führer des rheinischen Katholizismus“ beantragt war. Im Jahre 1941 lag bei der Geheimen Staats-

Die Gemeindevahlen in Sachsen

Der erste Wahlgang in der Sowjetzone

DRESDEN, 2. September.

Im Lande Sachsen fanden am Sonntag die ersten Gemeindevahlen der Ostzone statt. Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen erhielt die SED 205 686 Stimmen. An zweiter Stelle folgt die CDU mit 123 639, an dritter die LDP mit 122 847 Stimmen.

Dr. Lemmer, der zweite Vorsitzende der CDU der Ostzone, erklärte zu diesem für seine Partei angesichts der einseitigen Bevorzugung der SED über Erwartung günstigen Ergebnis: Trotz der relativen Stimmenmehrheit der SED, seien CDU und LDP mit ihren Erfolgen sehr zufrieden. In den meisten Gemeinden könnten die beiden wahrscheinlich die Mehrzahl der Sitze beanspruchen.

Die endgültigen Wahlergebnisse dürften am Dienstag vorliegen.

Die Wahlbeteiligung war stark. In den Städten betrug sie bis zu 95 Prozent, während sie in den Landkreisen zwischen 70 und 75 Prozent schwankte. In einigen Orten mußten Männer und Frauen ihre Stimmen getrennt abgeben, weil man einen Überblick über die politische Aktivität der Frauen gewinnen wollte.

Der Wahlverlauf war im allgemeinen ruhig, nur hier und da kam es zu Störungen. In einem Dresdener Vorort wurden der CDU von einem russischen Offizier alle Plakate und Flugblätter von einem Propagandawagen genommen. Für die kleinen Parteien war ein solcher Verlust besonders schwer, da ihnen bei der Wahlpropaganda gegenüber den 800 Tonnen Papier der SED nur 9 Tonnen zur Verfügung standen. Damit die Plakate nicht vorher abgerissen werden konnten, waren sie

Die ersten Pressestimmen aus Paris, die sich mit der Bildung des Staates Rheinland-Pfalz befassen, weisen auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Neuschöpfung hin, die sich ganz im Rahmen der alliierten Besatzungspolitik hält: Zur Vorbereitung einer kommenden Verfassung Deutschlands politische Gebilde entstehen zu lassen, in denen den Deutschen allmählich die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten übertragen werden. Die Voraussetzungen hierfür liegen in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands verschiedlich.

Während in der russischen Zone drei geschlossene Länder, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg und zwei ehemalige Provinzen, Brandenburg und Sachsen, von vornherein gegeben waren, hat die willkürliche Ziehung der Zonen Grenzen im übrigen Deutschland manche Probleme aufgeworfen, deren Lösung in der amerikanischen Zone durch die Schaffung der drei Länder Bayern, Großhessen und Baden-Württemberg erreicht wurde, während die Entwicklung in der englischen Zone durch die Bildung der Länder Nordrhein-Westfalen und Hannover angebahnt worden ist.

Besonders schwierig lagen und liegen die Verhältnisse in der französischen Besatzungszone. Mit Recht weist die französische Presse auf die unglückliche Struktur der französischen Zone hin. So besteht die französische Südzone nach wie vor aus Teilen Württembergs und Badens,

für den letzten Tag aufgehoben worden. In Zittau wurden Zettelverteiler der LDP von der Polizei arretiert und in Godewitz eine Wahlversammlung der LDP von der SED durch Steinwürfe gestört. Straßenbahnen und Rundfunk betrieben ausschließlich Propaganda für die SED.

Betriebe in russischer Hand

LONDON, 2. Sept. Der „Observer“ meldet aus Dresden, daß die Russen nach dem Volksentscheid über die Enteignung von nationalsozialistischen Betrieben in Sachsen über 200 der wichtigsten Fabriken in ihren Besitz gebracht hätten. Nach der Volksabstimmung seien ursprünglich zwei Kategorien von Industriebetrieben vorgesehen gewesen: solche, die im Privatbesitz blieben und solche, die enteignet und von der öffentlichen deutschen Verwaltung geleitet werden sollten. Durch die Übernahme der Werke durch die Russen sei ohne Rücksicht auf den Volksentscheid eine dritte Kategorie geschaffen worden. Unter den von den Russen beschlagnahmten Anlagen befanden sich die I. G. Farben-Anlagen in Leuna, Zeiß in Jena, Krupp in Magdeburg, die bedeutendsten Fabriken für Eisen und Stahl, Zement, Braunkohle, Pottasche, Zigaretten, Leder, Textilien, Musikinstrumente und fast die ganze chemische Industrie. Durch diese Maßnahmen seien nahezu 300 000 deutsche Arbeiter „Angestellte der Sowjetunion“ geworden. Die deutschen Direktoren seien entlassen und durch Russen ersetzt worden. Die Produktion dieser Betriebe gehe bis zu 80 Prozent nach Rußland, würde aber nicht als Reparationsleistung berechnet. Nur der Kapitalwert zähle als Abzahlung der Deutschland auferlegten Schuld.

während auf der anderen Seite der Zonengrenze aus Teilen derselben beiden Länder ein geschlossener staatsrechtlicher Körper entstanden ist. Während die Dinge hier einsteilen noch in der Schwebe bleiben werden, konnte im Gebiet der Nordzone zum Wohl der deutschen Bevölkerung selbst, ein größeres Ganzes geschaffen werden.

Der Sprecher der französischen Regierung hat in seinem Kommentar zur Verordnung der französischen Regierung auf die Absicht hingewiesen, endlich von rein militärisch fundierten Zonengrenzen zu einer natürlichen staatlichen Aufgliederung und föderalistischen Gestaltung Deutschlands zu kommen. Pariser Blätter, wie „Le Monde“, bemerken dazu, daß man sich über den Föderalismus, den die Alliierten vorbereiten, keine Illusionen machen dürfe. Dieser Föderalismus werde den Staaten oder Ländern, aus denen Deutschland bestehen werde, nur die Autonomie geben, die das deutsche Volk ihnen lassen wolle. Die Zeitung weist dabei mit Recht auf die Bedeutung hin, die den kommenden Verfassungen dieser Staatsgebilde zukommen wird. Hieraus ergibt sich die große Tragweite der kommenden Wahlen in Rheinland-Pfalz, weniger freilich der am 15. September stattfindenden Gemeindevahlen, bei denen die lokalen Interessen im Vordergrund stehen werden, als bei den anschließenden Wahlgängen, die entscheiden werden, welcher Geist die neuen politischen Institutionen erfüllen soll.

Die Erklärung von General Koenig

Zur Gründung des Staates Rheinland-Pfalz

BADEN-BADEN, 30. Aug. 1946.

Der Oberkommandierende der französischen Besatzungszone, General d'Armée Koenig, hat folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung bezüglich der Schaffung eines Rheinisch-Pfälzischen Landes.

Die Absicht, die deutsche Bevölkerung soweit als möglich mit der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer Gebietsteile zu betrauen, hat mich dazu veranlaßt, die Vereinfachung des verwaltungsmäßigen Aufbaues der französischen Besatzungszone sowohl auf dem rechten wie auf dem linken Rheinufer ins Auge zu fassen.

Im Zuge dieses Planes und von dem Willen besetzt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln, habe ich insbesondere die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz sein und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen wird.

In diesem Sinne habe ich eine Verfügung getroffen, welche die grundlegenden Elemente des neuen Landes festlegt und es seiner Bevölkerung ermöglicht, dieses Land auf demokratischer Grundlage unter Beobachtung der heimischen Überlieferungen und Bestrebungen, z. B. in der Pfalz, zu organisieren.

Der Wortlaut der Verfügung

Verfügung Nr. 57

Artikel 1: Es wird hiermit ein Land geschaffen, welches die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur umfaßt.

Artikel 2: Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Artikel 3: Eine beratende Versammlung, die sich aus den erwählten Vertretern der im Artikel 1 bezeichneten Gebiete zusammensetzt, wird alsbald nach den Wahlen vom 13. Oktober gemäß den Bedingungen gebildet, die später bekanntgegeben werden.

Artikel 4: Die vorläufige Regierung des Landes wird nach Befragen der oben erwähnten Versammlung, und zwar spätestens am 30. November, gebildet werden.

Artikel 5: Die beratende Versammlung wird im Einvernehmen mit der vorläufigen Regierung einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen soll. Über den Verfassungsentwurf wird durch Volksentscheid entschieden werden.

Artikel 6: Eine gemischte, aus den Mitgliedern der Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz zusammengesetzte Kommission ist damit beauftragt, die Arbeit der beratenden Versammlung gemäß der Verfassung vorzubereiten und die Verwaltung der Übergangszeit festzulegen, der das Land bis zur Billigung der Verfassung durch den Volksentscheid unterstellt bleibt.

Baden-Baden, den 30. August 1946.

Der General d'Armée Koenig
Französischer Oberkommandierender
in Deutschland
gez.: Koenig.

polizei in Frankfurt ein Aufhebungsbe- fehl für die Abtei bereit. Im Sommer 1944 sollte ein Überfallkommando die Abtei besetzen, was nur durch die örtliche Polizei in letzter Stunde verhindert werden konnte. Im September 1944 entging Abt Ildelfons Herwegens nur um Haarsbreite der Erschießung, und auch für das Kriegsende stand er an ehrenvoller Stelle auf der Todesliste.

Die letzten beiden Lebensjahre waren für Abt Ildelfons Herwegens, der an einem Unterleibskrebs erkrankt war, von schwersten körperlichen Leiden begleitet. Mit der ihm eigenen Luzidität des Geistes überwand er sie jedoch in einem solchen Maße, daß er an allen Vorgängen in der Abtei, an allen geistigen und politischen Entwicklungen der Zeit vollen Anteil nahm. Er gehörte, zwischen Leben und Tod stehend, zu den wenigen, die sie in ihrer vollen Tragweite begriffen und die Notwendigkeit erkannten, die gebotenen Folgerungen aus ihnen zu ziehen.

Der Lebenslauf Herwegens

Ildelfons Herwegens wurde am 27. November 1874 zu Junkersdorf bei Köln als Sohn des Lehrers Peter Herwegens geboren. Er besuchte bis zur Obersekunda das Gymnasium an Aposteln bzw. Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, dann die Oblatenschule zu Seckau. Am 7. September 1895 trat er in Maria Laach ein, wo er nach seinen Studien in Maria Laach und Beuron am 25. September 1901 durch Bischof Korom von Trier zum Priester geweiht wurde. Hierauf studierte er noch ein Jahr Theologie in Sankt Anselm zu Rom. Nachdem er ein Jahr lang zweiter Kantor und zweiter Gastpater gewesen war, war er von 1903 bis 1904 als Lehrer für Deutsch an der Abteischule zu Maredsous in Belgien tätig. Von 1904 bis 1906 studierte er in Bonn Geschichte und Rechtsgeschichte. Am 26. Juni 1913 wurde er als Nachfolger des zum Abt-Primas erwählten Fidelis v. Stotzingen zum Abt von Maria Laach erwählt.

Seine schriftstellerische Tätigkeit war zunächst der Rechtsgeschichte und der Kunstgeschichte gewidmet, bevor er sich der Geschichte seines Ordens zuwandte. Eine größere Anzahl von Aufsätzen und Schriften galten der Bedeutung der Liturgie. Eine besonders große Beachtung fanden neben seinem Buche über den Heiligen Benedikt die Schriften „Persönlichkeit und Liturgie“, „Die Liturgie als Lebensstil“, „Alte Quellen neuer Kraft“, „Lumen Christi“. Unter den von ihm herausgegebenen Schriftenreihen fand die der „Ecclesia orans“ gleichfalls weiteste Verbreitung.

Die Preiskontrolle in den Besatzungszonen

BERLIN, 2. Sept.

In Berlin begann eine Konferenz über Preiskontrollfragen und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Probleme, an der außer deutschen Vertretern aus den vier Besatzungszonen auch Verwaltungsbeamte der vier Besatzungsmächte teilnehmen. Die Konferenz wird Preiskontrollmaßnahmen erörtern und Vorschläge ausarbeiten, die die Einheitlichkeit der Preiskontroll-Verwaltung für ganz Deutschland gewährleisten.

Die Grundlage für diese Preiskontrolle bilden die Potsdamer Beschlüsse, die bestimmen, daß Deutschland einer wirtschaftlichen Kontrolle in dem Umfang unterstellt wird, der notwendig ist, um „die Gütererzeugung und die Aufrechterhaltung der Dienstleistungen sicherzustellen, und geeignet ist, Deutschland einen Lebensstandard zu gewähren, der den durchschnittlichen Lebensstandard der europäischen Länder (mit Ausnahme Großbritanniens und der Sowjetunion) nicht überschreitet“.

Die Anordnungen für Preiskontrolle bestehen im wesentlichen aus folgenden Punkten:

1. Im Regelfall sollen die Preise auf den Stand der Zeit vor der Besetzung gehalten werden.

2. Preiserhöhungen über diesen Stand sollen als Ausnahmen nur dann gestattet werden, wenn alle Möglichkeiten zur Beseitigung der Ursachen für die beantragte Preiserhöhung erschöpft sind.

3. Preiserhöhungen sollen so bemessen sein, daß auf keinen Fall eine preissteigernde Wirkung auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten eintreten kann, die ihrerseits wieder zu einer Angleichung des allgemeinen Lohnniveaus an die erhöhten Lebenshaltungskosten führen müßte.

4. Der alliierte Kontrollrat behält sich vor, bestimmte Gebrauchsgütergruppen (es wurden dreizehn ausgewählt) zu bezeichnen, die für die Bestimmung des allgemeinen Preisniveaus maßgebend sein sollten. Alle übrigen Preise sollten die Zonenbefehlshaber in Übereinstimmung mit der allgemeinen Preiskontrollpolitik festsetzen.

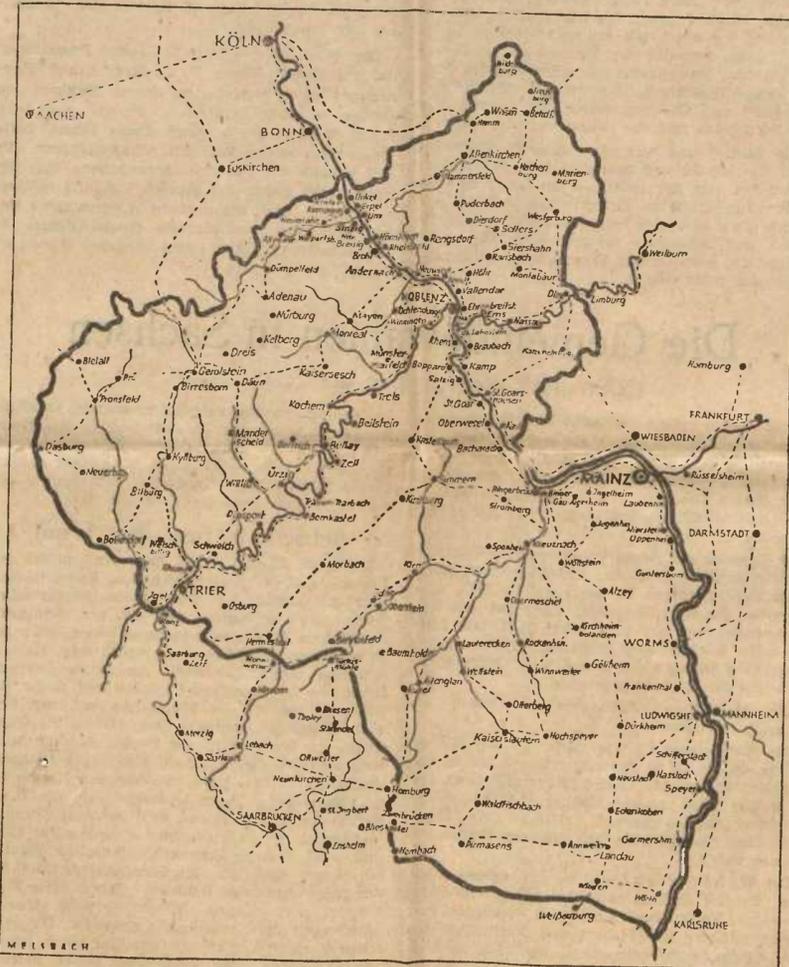
Auf einer Tagung von Vertretern der Wirtschaftsverwaltungen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Juni dieses Jahres in Berlin wurde Übereinstimmung über die Wichtigkeit der Preisüberwachung sowie der Aufrechterhaltung des einheitlichen Preisniveaus für den Interzonenhandel und die wirtschaftliche Gesundheit Deutschlands erzielt.

Parteitag der französischen sozialistischen Partei

PARIS, 2. September.

Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten wurde mit mehr als zwei Drittel Mehrheit der Bericht der Parteileitung verworfen, obwohl Léon Blum dazu aufgefordert hatte, sich eng um die gegenwärtige Führung zu scharen. Der Vorstand der Sozialistischen Partei sah das Abstimmungsergebnis als Mißtrauensvotum an und erklärte seinen Rücktritt.

Die Krise, die auf schwere Angriffe seitens des linken Flügels zurückzuführen war, scheint mit der Wahl des neuen Parteiausschusses und mit der einstimmigen Billigung eines neuen politischen Programms behoben zu sein. Das Programm erklärt, daß die sozialistische Partei innerpolitisch ihre völlige Unabhängigkeit bewahren, obwohl es eine sozialistische Regierung befürwortet, wendet es sich schärfstens gegen die Kommunisten. Eine Vereinigung des Proletariats sei so lange nicht zu erreichen, wie die kommunistische Partei unter dem politischen und geistigen Einfluß Sowjetrußlands stehe und keine wirkliche Demokratie der Arbeiter-



Der neue Staat Rheinland-Pfalz umfaßt die ehemals preußischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier, vier ehemals hessisch-nassauische Kreise auf Taunus und Westerwald (jetzt Regierungsbezirk Montabaur), die ehemals bayerische Rheinpfalz und den hessischen Regierungsbezirk Rheinhessen. Das Land hat eine Flächeninhalt von 19 744 qkm und 2 660 099 Einwohner. Hiervon entfallen 12 775 qkm mit 1 390 716 Einwohnern auf das bisherige Rheinland-Hessen-Nassau und 6 972 qkm mit 1 269 383 Einwohnern auf das bisherige Hessen-Pfalz. Die Bevölkerungsdichte beträgt 134,7 Einwohner auf den Quadratkilometer. Von den Einwohnern sind 1 539 287 Katholiken und 1 051 336 Protestanten, wobei im Norden der katholische Bevölkerungsanteil, im Süden der protestantische überwiegt. Mainz, Trier und Speyer sind Bischofsitze. Nach Flächeninhalt und Bevölkerungszahl gleicht das neue Land dem früheren Württemberg, dessen Flächeninhalt 19 507 qkm und dessen Bevölkerungszahl 2 696 314 betrug.

Die wichtigsten Städte des Landes sind Mainz, Koblenz, Trier, Montabaur, Worms, Frankenthal,

neue Generalsekretär der Partei wird am Mittwoch gewählt werden.

Die wichtigsten Städte des Landes sind Mainz, Koblenz, Trier, Montabaur, Worms, Frankenthal, Klasse vertrete. In der Außenpolitik lehnt das Programm jede Angliederung deutscher Gebiete ab. Es fordert eine Beseitigung der Zonengrenzen und eine internationale Besetzung bis zur völligen politischen Säuberung, Internationalisierung der Ruhr und wirtschaftliche Ausnutzung der Saargruben für Frankreich als Reparationsleistung. In den Parteiausschuß wurden gewählt der Führer des linken Flügels, Abgeordneter Guy Mollet und Lamine Gueye, ein farbiger Vertreter aus Senegal. Zu den Wiedergewählten gehören die drei Mitglieder der Regierung Depreux, Tanguy-Prigent und Neaegelen, ferner die beiden früheren Minister Philip und Laurent, die sich um einen Kompromiß zwischen dem rechten und dem linken Flügel bemüht hatten, sowie der Generalsekretär Daniel Mayer und der Außenpolitiker des „Populaire“, Dumas, die beide als Anhänger eines von den Kommunisten unabhängigen Kurses bekannt sind. Der

Ludwigshafen, Speyer, Landau, Neustadt an der Haardt, Kaiserslautern, Pirmasens. In wirtschaftlicher Hinsicht sind Weinbau und Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Nach den letzten Erhebungen über die Bodenbenutzung beträgt die Ackerfläche 628 736 ha, die Fläche der Forsten 737 907 ha und die des Reblandes 42 352 ha. Aber auch die Industrie nimmt einen breiten Raum im Wirtschaftsleben ein. In der Pfalz ist eine bedeutende chemische (Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen), Eisen-, Tabak- und Webindustrie heimisch. Die Schuhindustrie von Pirmasens ist weltbekannt. Mainz, Koblenz und Trier sind Zentren des Weinhandels und der Sektzeugung. Der Koblenzer Raum verfügt über eine ausgeprägte Baustoff-Industrie (Schiefer Basalt, Schwammstein, Lava und Traß). Das Land ist reich an landschaftlichen Reizen, an wertvollen geschichtlichen Denkmälern (Dome in Trier, Mainz, Worms, Speyer) und Kunstschätzen, die es zu einem der meistbesuchten Fremdenverkehrsgebiete Europas machen. Die neugegründete Mainzer Universität ist ein geistiger Mittelpunkt des neuen Staates.

neue Generalsekretär der Partei wird am Mittwoch gewählt werden.

Geldstrafen bis zu 10 000 Mark oder Gefängnis bis zu fünf Jahren sieht eine Verordnung des Staatskommissars für Flüchtlinge in Bayern für Wohnungsinhaber vor, die sich weigern, Ausgewiesenen ihre beschlagnahmten Wohnräume zur Verfügung zu stellen. Der gleichen Bestrafung unterliegt jeder Quartiergeber, der Nebenleistungen wie Küchen- und Abortbenutzung verweigert oder Einrichtungsgegenstände entfernt, um die Wohnbarkeit der Räume zu verhindern.

Ein Verwaltungssystem, das sich in seinen demokratischen Grundgedanken nach dem der Vereinigten Staaten richtet, wird in der amerikanischen Besatzungszone eingeführt werden. Das neue System steht mit der Politik der Dezentralisation und der Festigung der Länder im Einklang.

Kleine Chronik

Im Nürnberger Prozeß haben die Angeklagten ihr Schlußwort gesprochen. Jedem von ihnen waren 15 Minuten zugestanden worden. Die meisten versuchten noch einmal, ihre Vergangenheit zu rechtfertigen. Anschließend wurden die Verhandlungen auf den 23. September vertagt.

In den Landratswahlen auf den verschiedenen Kreistagen der 39 Landkreise von Großhessen wurden 16 der früheren Landräte nicht wieder gewählt, weil sie nicht der Partei angehörten, die im Kreistag die Mehrheit besitzt. 24 der neugewählten Landräte sind Mitglieder der SPD, 13 Mitglieder der CDU, und zwei sind parteilos.

In Stuttgart wurde eine Spionageorganisation aufgedeckt, die in russischen Diensten arbeitete. 15 Mitglieder, darunter der Chef der Organisation, ein gewisser Kazmarek, wurden von dem amerikanischen Intelligenz-Dienst verhaftet.

Nach einem Reformvorschlag des Bayerischen Kultusministers soll in Bayern jeder die Hochschule besuchen können. Die Immatrikulierten werden in eine „Studentenschaft“ mit Abitur und in eine „Hörschaft“ eingeteilt. Jeder Hochschulbesucher legt nach drei Jahren eine Universitätsprüfung ab. Nach fünfjährigem Studium kann ein Diplom und nach sieben Hochschuljahren der Doktorgrad erworben werden.

In Luxemburg findet im Oktober eine internationale Konferenz über die Schaffung eines europäischen Föderativsystems statt, die nach Mitteln und Wegen suchen soll, die UNO in eine Welt-Bundesregierung umzuformen.

Molotow ist nach Moskau abgereist. Die Besprechungen der vier Außenminister sollen nach seiner Rückkehr fortgeführt werden.

Über 12 000 Deutsche haben bis jetzt Prag verlassen. Prag zählte vor 1938 rund 45 000 deutsche Einwohner.

Das in Prag erscheinende Organ der tschechischen Nationalen Sozialisten, „Svobodne Slovo“ wendet sich gegen die von den Kommunisten organisierten obligatorischen Kundgebungen, von denen die Arbeiter genug hätten. In den tschechisch-mährischen Werken würde der Betriebsrat jeweils die Tore schließen lassen, um die Arbeiter zu zwingen, an diesen Kundgebungen teilzunehmen.

Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, der während seines Besuches in Moskau von Stalin empfangen worden war, erklärte, die Sowjetunion sei im nächsten Jahre in der Lage, ihre Lebensmittelüberschüsse anderen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Fragen der Zonenangleichung

STUTT GART, 2. Sept. Der süddeutsche Länderrat beschloß die Grundlagen einer deutschen Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen der englisch-amerikanischen Zonenangleichung. Die neue, beide Zonen umfassende Verwaltung soll einen Hauptausschuß mit einem Geschäftsführer bilden, der voraussichtlich der Sonderbeauftragte in der amerikanischen Zone, Reichsminister a. D. Dr. Dietrich, sein wird. Diese Verwaltung soll alle Gebiete der Ernährung, die Planung, Verwaltung, Verteilung der Erzeugnisse, die Festsetzung der Lebensmittelpreise, die Probleme, die das Siedlungsgesetz aufweist usw. umfassen. Als eine der ersten Maßnahmen ist eine Nahrungs-Hauptreserve für den Notfall geplant. Diese erscheint deswegen notwendig, weil mit einem weiteren Ansteigen des Flüchtlingsstromes zu rechnen ist, der für alle Nahrungskalkulationen eine Gefahr darstellt. Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen ist, wie verlautet, eine Menge von 1300 Kalorien pro Tag für beide Zonen ab 94. Periode festgesetzt worden, wobei die während des Sommers eingetretene Benachteiligung der Gemeinden unter 20 000 Einwohnern wieder fortfällt.

Während der Verhandlungen über die Zonenangleichung hat sich übrigens gezeigt, daß im britischen Sektor ein Zentralisierungssystem herrscht, das dem in der amerikanischen Zone eingeführten demokratischen System der Selbstverwaltung nur schwer anzupassen ist. Während die Länder Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen seit langem von selbständig arbeitenden und nur in den wichtigsten Fragen überwachenden Regierungen geleitet werden, besteht im britischen Sektor die Dachorganisation der Militärregierung unter der eine Reihe von deutschen Zentralinstanzen arbeitet, die in ihren selbständigen Entscheidungen noch stark gehemmt sind.

1,2 Millionen Opfer des Luftkrieges

NEW YORK, 2. Sept. Louis Dublin, ein hoher Funktionär der „Metropolitan Life Insurance Co.“, teilte mit, daß im letzten Kriege 12 Millionen Zivilpersonen durch Luftbombardamente getötet wurden, während 1914 bis 1918 nur 5000 Tote als Opfer von Luftangriffen zu verzeichnen waren. Durch die beiden über Japan abgeworfenen Atombomben wurden allein 105 000 bzw. 120 000 Menschen getötet. Der schwerste Luftangriff auf Tokio vom 9. März 1945 erforderte 85 000 Todesopfer. Die Gesamtzahl der durch Luftangriffe in Japan ums Leben gekommenen Personen wird auf 375 000 geschätzt, während eine riesige Anzahl von Verwundeten zu beklagen war. In Deutschland kamen durch die alliierten Bombardierungen 500 000 Zivilpersonen ums Leben, davon 60 000 bei den drei großen Angriffen auf Hamburg im Juli 1943. Großbritannien hat vom März 1940 bis März 1945 60 000 Zivilpersonen durch Luftangriffe verloren.

Das Geheimnis der Invasion

PARIS, 2. Sept. Eine der gewaltigsten technischen Leistungen während des Krieges, die von England nach dem Kontinent in zwei 22 Rohrlängen umfassenden Systemen führende Benzinleitung „Pluto“ wird jetzt wieder abmontiert. Lange vor der Landung der Truppen in der Normandie hatten Ingenieure die Vorbereitungen zum Bau begonnen, und wenig nach dem 6. Juni 1944 konnten die alliierten Truppen durch die aus Bleirohren gebaute Leitung von England aus direkt mit Benzin versorgt werden. Allein der Wert des aufgewandten Materials betrug eine Million englische Pfund, und mehrere Millionen Liter des kostbaren Treibstoffes sind, vor Luftangriffen geschützt, während des Feldzuges auf den Kontinent gepumpt worden.

NEUER

MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MAINZ, WEIHERGARTEN 5, TELEFON 29. ANZEIGEN- UND ABONNEMENTS-ANNAHME: COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 35, TELEFON NR. 29
 MONATSBEZUGSPREIS: RM 1,75 ZUZÜGLICH 25 RPF. TRÄGERLOHN. DURCH DIE POST RM 1,94 EINSCHL. POSTZEITUNGS- UND ZUSTELLGEBÜHR. ZUZÜGLICH 25 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

Nummer 81 M

Samstag, 31. August 1946

Preis 20 Pfg.

Um die Bürgermeister

Das französische Gemeinderecht

Von unserem h - Mitarbeiter in Paris

Die Anordnung der Militärregierung, in allen Gemeinden der französischen Besatzungszone am 15. September Wahlen abhalten zu lassen, ist von dem Geiste inspiriert, der bei französischen Gemeindegewahlen herrscht. Dies gilt insbesondere von der Wahl der Bürgermeister. Jede Gemeinde wählt in Frankreich gemäß ihrer Bevölkerungszahl Stadträte, in Paris achtzig, weil die Stadt in achtzig Viertel eingeteilt ist. In kleineren Städten werden 36 Gemeinderäte gewählt, in noch kleineren 24, zwölf oder acht. Jeder Ort wählt den Bürgermeister, der meist nur eine repräsentative Rolle spielt. Er leitet die Gemeinderatssitzungen, vertritt die Stadt bei öffentlichen Feierlichkeiten, trägt in deren Namen bei der Regierung Wünsche und Beschwerden vor. Die eigentlichen Gemeindegeschäfte werden von einem *Secrétaire de mairie* geleitet, einem vom Stadtrat angestellten Beamten. In den Dörfern ist dies meist der Lehrer, der in seinen freien Stunden das Amt gegen geringe Bezahlung ausübt. Alle Entscheidungen jedes Gemeinderats unterliegen der Bestätigung durch den *Préfète* des Departements, in dem sich die Gemeinde befindet. Ohne dessen Zustimmung kann kein Ratsbeschluss durchgeführt werden. Der *Préfète* ist von der Regierung ernannt, und fast jeder Regierungswechsel zieht Auswechslungen in den *Préfecturen* nach sich. (Man nennt dies *valse des préfets*).

In allen Orten wird der Bürgermeister von den Gemeinderäten gewählt. Die bedeutendsten politischen Persönlichkeiten, Deputierte und Senatoren, sind häufig Bürgermeister, zum Beispiel in Lyon Herriot, in Lille war dies der spätere Innenminister Salengro, in Marseille ist der kürzlich zurückgetretene Informationsminister Defferre Bürgermeister usw. Natürlich kann sich ein Mann wie Herriot, der während der Parlamentstagungen in Paris weilen muß, nicht um alle städtischen Angelegenheiten kümmern, die vielmehr von dem Sekretär der Bürgermeisterei versehen werden. Alle großen Entscheidungen behalten sich natürlich Herriot und die anderen Bürgermeister vor. Gelegentlich geschieht es, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bürgermeistern und den *Préfecten* auftauchen, die dann durch Verhandlungen ausgeglichen werden müssen, oder, wenn ein Ausgleich nicht möglich ist, mit dem Rücktritt des Bürgermeisters oder des *Préfecten* enden.

Was Paris anlangt, so wird jedes Jahr ein neuer *Président du Conseil municipal* gewählt. Er führt also nicht den Titel Bürgermeister der Stadt, sondern den des *Präsidenten des Stadtrates*. Dagegen hat jeder der zwanzig *Arrondissements* (Kreise) einen von der Regierung ernannten *maire* (Bürgermeister). Es geschieht nur in den seltensten Fällen, daß der *Président des Pariser Stadtrates* ein zweites Jahr im Amte verbleibt. Er ist immer Parteimann. Vor dem Kriege hatten in der Hauptstadt die Rechtsparteien die Mehrheit, seit der Befreiung sind Sozialisten Stadtratspräsidenten. Auf Antrag des *Präsidenten* werden alle Projekte beschlossen oder abgelehnt. Jede Abstimmung muß dem von der Regierung ernannten *Seine-Préfecten* vorgelegt werden.

Im Grunde genommen wird Paris von dem von der Regierung ernannten *Préfecten* verwaltet. Er legt dem Stadtrat Memoranden vor, in denen zum Beispiel Anträge auf Anlage von Straßen, Häuser-Entscheidungen, Erbauung von Untergrundbahn-Linien, Umgestaltung des Autobusverkehrs usw. vorgesehen sind. Der Stadthaushalt muß vom *Préfecten* gebilligt werden, ebenso die Höhe der Steuerzahlungen. Der *Président des Stadtrates* leitet die Sitzungen, die eigentlichen Gemeindegeschäfte werden vom *Syndic* (Rechtsbeistand der Gemeinde) betrieben, der von den Stadträten aus ihrer Mitte gewählt wird.

Waffenerzeugung in Sowjetzone

Eine Stellungnahme Amerikas

Washington. (BBC.) Auf einer Pressekonferenz äußerte sich der stellvertretende amerikanische Außenminister Acheson zu dem Bericht, daß in der russischen Besatzungszone Deutschlands entgegen dem Potsdamer Abkommen Waffen hergestellt würden. Acheson erklärte, die amerikanische Regierung habe auf der Außenministerkonferenz vorgeschlagen, eine Viermächtekommission zur Untersuchung der Herstellung von Kriegsmaterial in ganz Deutschland einzusetzen. Der russische Außenminister habe jedoch diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Die Verhandlungen hierüber seien daher nicht weitergekommen. Ohne eine solche Untersuchungskommission habe die amerikanische Regierung keine Möglichkeit, Behauptungen über die Herstellung von Kriegsmaterial in der russischen Besatzungszone nachzuprüfen.

Ein Rhein-Pfälzisches Land

Baden-Baden, 30. August 1946.

Der Oberkommandierende der französischen Besatzungszone, General d'Armée Koenig, hat folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung bezüglich der Schaffung eines Rhein-Pfälzischen Landes

Die Absicht, die deutsche Bevölkerung soweit als möglich mit der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer Gebietsteile zu betrauen, hat mich dazu veranlaßt, die Vereinfachung des verwaltungsmäßigen Aufbaues der französischen Besatzungszone sowohl auf dem rechten wie auf dem linken Rheinufer ins Auge zu fassen.

Im Zuge dieses Planes und von dem Willen beseelt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln, habe ich insbesondere die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz sein und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen wird.

In diesem Sinne habe ich eine Verfügung getroffen, welche die grundlegenden Elemente des neuen Landes festlegt und seiner Bevölkerung ermöglicht, dieses Land auf demokratischer Grundlage unter Beobachtung der heimischen Überlieferungen und Bestrebungen, z. B. in der Pfalz, zu organisieren.

Der Wortlaut der Verfügung

Verfügung Nr. 57

Artikel 1: Es wird hiermit ein Land geschaffen, welches die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur umfaßt.

Artikel 2: Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Artikel 3: Eine beratende Versammlung, die sich aus den erwählten Vertretern der im Artikel 1 bezeichneten Gebiete zusammensetzt, wird alsbald nach den Wahlen vom 13. Oktober gemäß den

Bedingungen gebildet, die später bekanntgegeben werden.

Artikel 4: Die vorläufige Regierung des Landes wird nach Befragen der oben erwähnten Versammlung und zwar spätestens am 30. November gebildet werden.

Artikel 5: Die beratende Versammlung wird im Einvernehmen mit der vorläufigen Regierung einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen soll. Über den Verfassungsentwurf wird durch Volksentscheid entschieden werden.

Artikel 6: Eine gemischte, aus den Mitgliedern der Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz zusammengesetzte Kommission ist damit beauftragt, die Arbeit der beratenden Versammlung gemäß der Verfassung vorzubereiten und die Verwaltung der Übergangszeit festzulegen, der das Land bis zur Billigung der Verfassung durch den Volksentscheid unterstellt bleibt.

Baden-Baden, den 30. August 1946.

Der General d'Armée Koenig
 Französischer Oberkommandierender in Deutschland
 gez.: Koenig.

Neue Grundlage für den Frieden

Die vier Außenminister traten zu einer neuen Konferenz zusammen

Paris (BBC.). Am Donnerstag traten die Außenminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs zusammen.

Die Anregung zu dieser Sitzung ging von dem britischen Außenminister Bevin aus. Der amerikanische Außenminister Byrnes stimmte vor einigen Tagen zu. Außenminister Molotow hat seine Zustimmung bekanntgegeben unter der Voraussetzung, daß diese Sitzung auf derselben Grundlage wie die früheren Außenministersitzungen stattfindet. Der französische Außenminister dürfte inzwischen die Anregung gleichfalls angenommen haben.

In Paris begrüßten die Vertreter aller Nationen die Nachricht von der Zusammenkunft der vier Außenminister. Sie wird informatorischen Charakter haben, und jeder Minister wird nur von zwei Beratern und einem Dolmetscher begleitet sein.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ erklärt, die Sitzung habe den Zweck, das Einverständnis der vier Außenminister zu erzielen, wenn die Probleme der Zusätze zu den Vertragsentwürfen zur Sprache kommen. Der Korrespondent fügt hinzu, man sei deshalb der Hoffnung, daß der Friedenskongreß eine neue Grundlage von Ordnung und Zusammenhang erhalte.

Sechs Ausschüsse des Friedenskongresses beschäftigten sich am Mittwoch mit den politischen und wirtschaftlichen Klauseln der Friedensverträge.

Außenminister Bevin traf Mittwoch nachmittag zur Teilnahme an der inoffiziellen Sitzung des Außenministerrates in Paris ein.

Vor seiner Abreise erklärte der britische Außenminister:

Ich habe nicht viel zu sagen, höchstens, daß ich ungeduldig bin, wie alle anderen auch. Die ganze Welt wartet auf eine Lösung der Friedensprobleme.

Man hoffe, daß die Ursachen für einige

der Verzögerungen in der Arbeit des Kongresses jetzt beseitigt werden. Die Notwendigkeit für diese Zusammenkunft hat sich in den Erörterungen nur zu deutlich widerspiegelt. Viele der 250 Zusatzanträge beschäftigen sich mit Gegenständen, zu denen die vier Großmächte ihren Standpunkt noch nicht festgelegt haben. Da diese gemeinsame Stellungnahme fehlte, standen Störungsversuchen Tür und Tor offen.

In diesem Sinne erklärte auch Bevin nach seiner Ankunft in Paris: er habe das Empfinden, daß die Besprechungen der vier Außenminister viel dazu beitragen könnten, die Arbeit des Kongresses reibungsloser zu gestalten, wenn die Minister versuchten, Differenzen zu bereinigen, ohne die Arbeit des Kongresses selbst zu beeinträchtigen.

Am Donnerstag wurde ein von den Außenministern Bevin, Byrnes, Molotow und Bidault gefaßtes Kommuniqué bekanntgegeben, in dem es unter anderem heißt: „Die vier Außenminister werden zu inoffiziellen Besprechungen zusammen-

treten, um eventuelle Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und um Vorschläge ihrer Stellvertreter zu sanktionieren. Diese Beschlüsse wurden auf einer vierstündigen Sitzung gefaßt, die sehr freundlich verlief. Die Geschäfte wurden reibungslos erledigt.“

Erste Beratungen

bleibt der UNO-Termin?

Paris. (Dana.) Auf der ersten Sitzung der vier Außenminister der Großmächte schlug der sowjetische Außenminister Molotow vor, die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die für den 23. September festgesetzt ist, auf Ende Dezember dieses Jahres oder Anfang des nächsten Jahres zu verschieben. Außenminister Byrnes und Außenminister Bevin widersprachen diesem Vorschlag und erklärten sich für die Beibehaltung des 23. September als Termin für den Beginn der Vollversammlung der Vereinten Nationen, selbst wenn die Pariser Friedenskonferenz noch nicht abgeschlossen sei.

Vergessener Angeklagter

Von Erich Dombrowski

Der Nürnberger Prozeß geht zu Ende. Ueber neun Monate hat er gedauert. Die Ankläger haben, Wochen über Wochen, dem Gerichtshof ihr Material vorgelegt. Amtliche Dokumente. Persönliche Briefe. Aufzeichnungen. Eine Fülle unwiderlegbarer Anklagen ohne Gleichen. Denn es lag schwarz auf weiß vor. Die Angeklagten selbst wurden verhört. Menschliches, allzumenschliches wurde, jenseits von Gut und Böse, in stinkiger Atmosphäre ans Land geschwemmt. Die letzten Hüllen menschlicher Würde fielen dabei. Nackt und bloß standen sie da. Nichts hatten sie ausgelassen, in fiebernder Macht- und Blutgier, was Mensch an Menschen sündigen kann. Ihre Verbrechen, die sie, nun selbst erschauernd, von sich abschüttelten, versuchten sie, einer wie der andere, von sich auf andere abzuwälzen. Vor allem auf die drei Toten: Hitler, Himmler, Göbbels. Oder auf die völlige Ahnungslosigkeit, in der sie sich alle befunden haben wollten. Die ganzen zwölf Jahre hindurch. So vereist waren ihre moralischen Gefühle allmählich geworden, daß sie nicht mehr wußten oder wissen wollten, daß ein Verbrechen ein Verbrechen ist. Selbst in dem ungeheuerlichsten Ausmaße nicht. Ihre geistig-seelische Welt hatte sich so verschoben, daß sie nichts mehr gemein hatte mit dem ethischen Lebensbild und Lebensziel eines Kulturmenschen oder sagen wir, kurz heraus, eines anständigen Menschen überhaupt. Was sie in sich entfesselt hatten, war die Hölle, in die sie, mit satanischen Methoden, das deutsche Volk, das übrige Europa und schließlich die ganze Welt hineinzerren wollten. Keine normale Phantasie reicht aus, dieses sinnverwirrende teuflische Gewebe bis in seine letzten Fäden aufzuknüpfen. Wie ist das zu erklären? Als ein spontaner Vulkanausbruch hemmungsloser Triebe und Begierden, oder ist der Boden systematisch, in langen Jahren, dazu vorbereitet worden? Das ist ohne weiteres zu bejahen. Der geistige Vater und Wegbereiter dieses „dyonisischen Rausches“, der mit Hitler über das deutsche Volk kam, ist Friedrich Nietzsche, dieser Halb-gott aller Halbgebildeten, die den Schein für das Wesen der Dinge nehmen und deren beschränkte Ein- und Durchsicht nicht zu erkennen vermag, daß hinter dem Schein, bei Nietzsche die unerhört zugespitzte und scharf geschliffene, schillernde Sprache, eben nur Schein ist und nichts weiter. „Es wird sich einmal an meinen Namen“, schreibt er, „die Erinnerung an etwas Ungeheures anknüpfen, an eine Krisis, wie es keine auf Erden gab, an die tiefsten Wissens-kollisionen, an eine Entscheidung, heraufbeschworen gegen alles, was bis dahin geglaubt, gefordert, geheiligt worden war. Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit.“ In der Tat, er war das Dynamit, die Atombombe, die das deutsche Volk in seinen letzten Grundfesten erschütterte hat. Er ist indessen der große Angeklagte, der erste und der letzte, den der irdische Richter weder verhören noch verurteilen konnte, weil er schon vor bald einem halben Jahrhundert, nach innerlich zehrender Lues, dem Wahnsinn verfallen war, bis er nach einem Jahrzehnt völliger geistiger Umnachtung und körperlichen Verfalls sein Leben aushauchte.

Was schrieb, was lehrte, was hämmerte er dem Menschen ein? Merkwürdig: er selbst war eine typische Verfallerscheinung. Ein dekadenter Mensch. Körperlich und geistig von Krankheits- und Schwächeständen hin- und hergeworfen. Wenige Jahre nachdem er, nach einem glänzenden akademischen Anlauf, eine Professur in Basel erhalten hatte, mußte er sie aufgeben, weil er nicht mehr imstande war, die einfachsten Voraussetzungen seiner Lehraufgabe, seinen Beruf mit Treue und Hingabe zu erfüllen. Unstet wurde sein Leben fortan. Von Dämonen ghetzt. Ein Feuerkrater, in dem er sich selbst verlor. So, zwischen den Welten taumelnd, sah er die Menschen um sich herum. Schief und verzerrt. Wie in einem Hohlspiegel. Alles kam ihm dekadent vor. Er, der Pastorensohn, der sich früh schon allem Göttlichen entfremdet hatte, fühlte in sich die Berufung, der Erlöser dieser, seiner Meinung nach langsam verfallenden Gesellschaft zu werden. Dazu bedurfte es einer Umwertung aller bestehenden Werte. Alle moralischen und ethischen Gesetze, vornehmlich die christliche Liebe und Demut, wurden von ihm ins Gegenteil verkehrt: „Wir Umgekehrten, wir vermeinen, daß Härte, Grausamkeit, Sklaverei, Gefahr auf der Gasse und im Herzen, Verborgenheit, Stoizismus, Versucher-kunst und Teufelei jeder Art, daß alles Böse, Furchtbare, Tyrannische, Raubtier- und Schlangenhafte am Menschen so gut zur Erhöhung der Spezies des Menschen dient als sein Gegensatz.“ Am Ende seiner Philosophie, wenn man sie ironisch so bezeichnen darf, steht der Wille zur Macht, die Hochzüchtung einiger Herrenmenschen, denen die Massen zu dienen und zu gehorchen haben, der „lachenden Löwen, der blonden Bestien“, um seine eigenen Ausdrücke zu gebrauchen: „Wohlan, der Löwe kam, meine Kinder



Der australische Delegierte Evatt verabschiedet sich vor der Abreise vom Pariser Friedens-Kongreß von dem amerikanischen Außenminister Byrnes

sind nahe. Zarathustra wird reif, meine Stunde kam. Dies ist mein Morgen, mein Tag geht an, herauf nun, herauf Du großer Mittag."

Ja, der Mittag ist dann durch Hitler, den Vollstrecker des Nietzsche'schen Nihilismus, gekommen. Nur ist es ein Mittag ohne strahlende Sonne. Ein Mittag tiefer Finsternis geworden. Ein Mittag von Tod und Ruinen. Die psychoanalytische Wissenschaft arbeitet in ihrer Typenlehre mit dem Ausdruck Archaismus. Das ist der vorkulturelle Charakter...

Wie sah denn eigentlich Nietzsche, dieser Herren-, dieser Adelsmensch, selbst aus? Eine imponierende Kraftgestalt mit einem faszinierenden Willen zur Macht? Nein. Ein Männlein, nicht ein Mann, ein schwächlicher, innerlich verfolgter und gepöckelter Mensch...

Dem Nürnberger Gerichtshof werden noch heute viele vor, daß er als einseitiger Gerichtshof der Sieger moralisch nicht berechtigt sei, über die besiegten Verbrecher zu urteilen. So? Bereits nach dem ersten Weltkrieg sollten die Kriegsschuldigen bestraft werden...

DER FALL MAURIZIUS

ROMAN VON JAKOB WASSERMANN

Copyright by Carl Posen-Verlag Zürich 1944

Man müßte etwas sagen, denkt Herr von Andergast. Nein, erwidert eine andere Stimme in ihm kategorisch, man enthalte sich jedes Wortes. Er greift nach dem Hut, den er vor neunzehn Jahren auf den Tisch gelegt hat...

kommen. Die Kriegsschuldigen bleiben unangetastet und lobten fortan, in der Fülle ihrer Behaglichkeit, als ob nichts gewesen wäre. Kaum aber hatten sie sich vom ersten Schock erholt, als sie, erst heimlich, dann immer offener, auch schon den zweiten Krieg vorzubereiten begannen...

Die Schlußplädoyers in Nürnberg

Der englische Ankläger gegen die Nazi-Organisationen

Die drohende Faust der Nazis

Im Nürnberger Prozeß begann der britische Ankläger, Sir David Maxwell Fyfe, sein Schlußplädoyer gegen die Nazi-Organisationen. Er erklärte: „Die ganze Welt weiß, zu welchem Zweck die Nazi-Partei das deutsche Volk organisiert hat. Der Zweck hieß: Weltbeherrschung...

Was zum Schutze nottut

„Unsere Aufgabe besteht nun darin, das deutsche Volk zu schützen und ihm die Gelegenheit zu geben, sich in der Achtung der Welt zu rechtfertigen. Wie wäre das möglich, wenn wir in seiner Mitte diejenigen Elemente, die die größte Verantwortung für die Nazi-Tyrannie und die Nazi-Verbrechen tragen, ungeachtet und unbestraft ließen? Aber nicht nur das deutsche Volk müssen wir schützen...

Keine Scham und Reue

Sir David Maxwell Fyfe fuhr fort. Die einzige Hoffnung für Deutschland und die Welt ist, daß das deutsche Volk seine Schuld für ein System erkennt und bereut, das die Schrecken der Sklaverei erneuert hat, die Schuld für ein System der Verfolgung und des Mordes gestürzt hat...

Die einzelnen Organisationen

Der britische Ankläger trat sodann dem Einwand der Verteidigung entgegen, daß die Zellen- und Blockleiter keine politischen Führer gewesen seien. Ueber die SA, sagte er: Die Schriften der SA enthalten nicht ein Wort über eine anständige Lebensführung...

Die Wiederaufwertung der umgestürzten moralischen Werte ist notwendig. An der Jugend haben wir damit anzufangen und beim Alter nicht aufzuhören. Dieser Genesungsprozeß wird eine lange Weile dauern. Zu große Teile der deutschen Menschen waren zu verseucht, als daß eine kurze Kur genügen könnte...

1934 praktisch bewiesen, als die SS, Henkersdienste versah. Die Männer des Generalstabes und des OKW führten Befehle aus, die nach dem Geständnis vieler von ihnen, was sie noch an Gewissen hatten, schwer belasteten...

Der amerikanische Ankläger Alsdann begann der stellvertretende amerikanische Hauptanklagevertreter Thomas Dodd sein Schlußplädoyer gegen die Organisationen. Er erklärte: Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, die angeklagten Organisationen seien einzelne und unabhängig Personenvereinigungen gewesen...

Vor der Spaltung

der französischen Sozialistenpartei?

h Paris (Eig. Meldung), 30. August Auf der ersten Sitzung des nach Montrouge bei Paris einberufenen außerordentlichen Kongresses der französischen Sozialistischen Partei, die Donnerstag stattfand, wurde der Bericht des Generalsekretärs der Partei, Daniel Mayer, mit großer Mehrheit abgelehnt...

Aufnahme in die UNO

Ein Veto Englands und Amerikas Großbritannien und die Vereinigten Staaten machten jetzt zum ersten Male im Welticherheitsrat von ihrem Vetorecht Gebrauch. Am Donnerstagabend erhoben die beiden Mächte Einspruch gegen die Aufnahme Albanien und der Außenminister Mongolei in die Organisation der Vereinten Nationen...

Stahlerzeugung gesteigert

Essen. (BBC.) Die Stahlproduktion in der britischen Besatzungszone hat infolge erhöhter Zuteilungen von Kohlen und Koks im dritten Quartal 1946 den höchsten Monatsdurchschnitt seit Beginn der Besetzung erreicht. Bei ausreichenden Arbeitskräften wäre die Produktionsziffer noch höher gewesen.

Gestapo-Chef von Luxemburg als Kriegsverbrecher festgenommen

Augsburg (Rheina). Fritz Hartmann, ehemaliger deutscher Gestapo-Chef in Luxemburg-Trier wurde, einer Bekanntgabe des Hauptquartiers der dritten amerikanischen Armee zufolge, jetzt festgenommen. Hartmann, den die Luxemburgische Regierung als Kriegsverbrecher suchte, wurde durch Beamte des amerikanischen Fahndungsdienstes in einem Hotel in Aichach bei Augsburg verhaftet...

Die Kölner Patton-Brücke

Die Kölner Patton-Brücke, die erste nach dem Kriege gebaute eisfeste Rheinbrücke, soll nach Mitteilung der britischen Militärregierung im September abgerissen werden. Eine technische Untersuchung zum Teil nur noch einen Meter tief in der Erde stehen und die Brücke daher nur noch einige Monate erhalten werden könnte.

Der Warenverkehr in der britisch-amerikanischen Zone

Die Beratungen des Stuttgarter Länderrates Von unserem F.-F.-Mitarbeiter

Stuttgart. Die Verhandlungen über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone haben offenbar ihr letztes Stadium erreicht. Die drei Ministerpräsidenten der Länder der US-Zone traten im Laufe dieser Woche zu zwei außerordentlichen Sitzungen des Länderrates zusammen. In eingehenden Beratungen, zu denen auch tagelange Sitzungen der ständigen Länderrats-Berechtigten gehörten, wurden die Entwürfe für Statuten der neuen überzonalen Institutionen entworfen...

sprochen, daß das Hauptverkehrsorgan nach Frankfurt kommt, das deshalb in erster Linie in Betracht gezogen wird, weil es verkehrsmäßig unter allen Städten der beiden Zonen am günstigsten liegt. Die Verteilung der neuen Organe auf mehrere Plätze wird zwar die Arbeit nicht gerade erleichtern. Aber die Schwierigkeiten der Unterbringung der Büros und des Personals erfordert ebenso diesen Ausweg wie die gewichtige Überlegung, durch örtliche Zusammenfassung aller gemeinsamen Organe könne eine Art neuer Hauptstadt entstehen...

an sich zog, daß sie wie eine Stange aussah. „War jemand da?“ fragte Etzel unruhig. Das Mädchen erwiderte grob: „Wer soll denn dagewesen sein? Wer kommt denn schon zu Ihnen? War denn schon mal einer bei Ihnen?“ Etzel versetzte: „Das stimmt. Es war noch keiner da, aber es ist möglich, daß einer kommt.“

hinter, daß er solche Angst vor dem Doktor hat, sagte sie sich, doch beschloß sie, ihn so gut es ging selber zu pflegen. Sie hatte eine kleine Hausapotheke, in der sich Antipyrin vorfand, löste zwei Tabletten in Wasser auf und löste es ihm löffelweise ein. Hübscher Junge, dachte sie, während sie sein glühendes Gesicht betrachtete.

entledigt hatte. „Möchten Sie nicht ein bißchen leiser reden, Professor,“ bat Etzel. — „Gewiß. Selbstverständlich. Die Nerven, selbstverständlich,“ nuschelte Warschauer und sah aus, als könne er sich seine Rücksichtslosigkeit nicht vergeihen; überhaupt, es soll ja bloß ein fliegender Besuch sein.“ fuhr er mit betulicher Handbewegung fort, „ich möchte um keinen Preis zur Last fallen. Um keinen Preis die Rekonvaleszenz verzögern. Denn in der Rekonvaleszenz befinden wir uns doch bereits, nach den beruhigenden Angaben der Dame draußen zu schließen.“

Lichter der Romantik

Gemälde-Ausstellung im Mainzer Schloß

Die Zeit von 1830 bis 1860, die Zeit der Romantik, wird in der neuen Gemälde-Ausstellung im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz wieder wach. In den hohen Räumen, die nun zum zweiten Male einer Ausstellung geöffnet wurden, ist die etwas kühle, nervöse Luft der modernen Malerei vom warmen, beschaulichen Gemüt der Rokoko- und Biedermeierzeit abgelöst worden. Die Mainzer werden großenteils die ihnen bekannten Gemäldesätze der Mainzer Galerie wiederfinden, die nach Wildungen und Erbach ausgelagert völlig erhalten wurden. Diese Mainzer Galerie hat keine großen, in Flammenschrift durch die Jahrhunderte leuchtenden Namen. Ihre Pflege galt immer zuerst der Kunst der Heimat. Doch auch ohne Glanzstücke hat die Ausstellung die Atmosphäre des künstlerischen Ernstes und einer besonnenen Stimmung. Die Männer, die vor hundert Jahren lebten, konnten zeichnen! Welche Wärme strahlen ihre gut kolorierten Landschaften unter italienisch-blauen Himmeln, ihre verschleierte Frauenporträts aus!

R ANZEIGER

ANNAHME: COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 35, TELEFON NR. 29
1,94 EINSCHL. POSTZEITUNGSGEBÜHR. ZUZÜGLICH 26 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

1. August 1946

Preis 20 Pfg.

französisches Land

Baden-Baden, 30. August 1946.

General d'Armée Koenig, hat folgende Erklärung ab-

des Rhein-Pfälzischen Landes

der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer
ang des verwaltungsmäßigen Aufbaues der französischen
ufer ins Auge zu fassen.

französischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu
zu entwickeln, habe ich insbesondere die Schaffung
und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-
e umfassen wird.

Grundlegenden Elemente des neuen Landes festlegt und es
Grundlage unter Beobachtung der heimischen Überlie-

Verfügung

später bekannt-

fige Regie-
nach Befragen
sammlung und
ember gebildet

e Versammlung
nit der vorläu-
rfassungs-
er insbesondere
den verschie-
andes festlegen

Artikel 6: Eine gemischte, aus den Mit-
gliedern der Oberpräsidien Rheinland-
Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz zusam-
beauftragt, die Arbeit der beratenden Ver-
sammlung gemäß der Verfassung vorzu-
bereiten und die Verwaltung der Über-
gangszeit festzulegen, der das Land bis
zur Billigung der Verfassung durch den
Volksentscheid unterstellt bleibt.

Baden-Baden, den 30. August 1946.

Der General d'Armée Koenig

Vergessener Angeklagter

Von Erich Dombrowski

Der Nürnberger Prozeß geht zu Ende. Ueber neun Monate hat er gedauert. Die Ankläger haben, Wochen über Wochen, dem Gerichtshof ihr Material vorgelegt. Amtliche Dokumente. Persönliche Briefe. Aufzeichnungen. Eine Fülle unwiderlegbarer Anklagen ohne Gleichen. Denn es lag schwarz auf weiß vor. Die Angeklagten selbst wurden verhört. Menschliches, allzumenschliches wurde, jenseits von Gut und Böse, in stinkiger Atmosphäre ans Land geschwemmt. Die letzten Hüllen menschlicher Würde fielen dabei. Nackt und bloß standen sie da. Nichts hatten sie ausgelassen, in fiebernder Macht- und Blutgier, was Mensch am Menschen sündigen kann. Ihre Verbrechen, die sie, nun selbst erschauernd, von sich abschüttelten, versuchten sie, einer wie der andere, von sich auf andere abzuwälzen. Vor allem auf die drei Toten: Hitler, Himmler, Göbbels. Oder auf die völlige Ahnungslosigkeit, in der sie sich alle befunden haben wollten. Die ganzen zwölf Jahre hindurch. So vereist waren ihre moralischen Gefühle allmählich geworden, daß sie nicht mehr wußten oder wissen wollten, daß ein Verbrechen ein Verbrechen ist. Selbst in dem ungeheuerlichsten Ausmaße nicht. Ihre geistig-seelische Welt hatte sich so verschoben, daß sie nichts mehr gemein hatte mit dem ethischen Lebensbild und Lebensziel eines Kulturmenschen oder sagen wir, kurz heraus, eines anständigen Menschen überhaupt. Was sie in sich entfesselt hatten, war die Hölle, in die sie, mit satanischen Methoden, das deutsche Volk, das übrige Europa und schließlich die ganze Welt hineinzerrten wollten. Keine normale Phantasie reicht aus, dieses sinnverwirrende teuflische Gewebe bis in seine letzten Fäden aufzuknüpfen. Wie ist das zu erklären? Als ein spontaner Vulkanausbruch hemmungsloser Triebe und Begierden, oder ist der Boden systematisch, in langen Jahren, dazu vorbereitet worden? Das ist ohne weiteres

Natürlich kann sich ein Mann wie Herr...